

Awat Asadi

Der Kurden-Konflikt im Irak

Awat Asadi

Der Kurden-Konflikt im Irak

1917-1990

Analyse verpasster Lösungsmöglichkeiten

2004

Bonn

© 2004 Awat Asadi
Alle Rechte vorbehalten
Umschlagentwurf: Devrim Ercan-Bozay
Eigendruck
Kontakt: awatasadi@gmx.de

Politikwissenschaft

Der Kurden-Konflikt im Irak
Vom Ersten Weltkrieg bis zum Ausbruch des Zweiten Golfkrieges
Ein Beitrag zur Friedens-und Konfliktforschung

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades

der

Philosophischen Fakultät

der

Westfälischen Wilhelms-Universität

zu Münster (Westf.)

vorgelegt von

Awat Asadi

aus Kirkuk

2003

Tag der mündlichen Prüfung: 9. Juli 2003

Dekan der Philosophischen Fakultät: Prof. Dr. Tomas Tomasek

Referent: Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Meyers

Danksagung

Mein aller erster Dank gilt Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Meyers für die freundliche Betreuung der vorliegenden Arbeit sowie für mehrere Gespräche, Korrekturvorschläge und Tips, die die Konturen wie den Inhalt dieser Untersuchung mitprägten.

Bei Herrn Prof. Dr. Walter Keim, Lehrbeauftragter der Universität Münster und der damalige Abteilungsleiter des Dokumentationszentrums vom Deutschen Bundestag, der sich als zweiter Gutachter zur Verfügung gestellt hat, möchte ich mich auch herzlich bedanken. Er ermöglichte mir, in dem genannten Zentrum sämtliche Presseauschnitte über den Irak ablichten zu können.

Danken möchte ich insbesondere dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), der durch ein kurzfristiges Stipendium für den Libanon mir große Unterstützung gewährt hat. Dort erhielt ich den Zugang zu der vielen in Deutschland nicht erhältlichen Literatur. Ebenfalls in Beirut konnte ich u.a. den großen und interessanten Bestand der Bibliothek des Orient-Institut-Beirut mitverwenden. Den hilfsbereiten Angehörigen des Instituts gilt ebenfalls mein Dank.

All jenen, die mir bei der Literaturbeschaffung Hilfe geleistet haben, bin ich zu Dank verpflichtet: Meinem Bruder Aras Asadi (Coventry), Abdullah Ali (Königsluther), Tekosch Khamse (Celle) und Sadiq Erfani (Saqiz-Iran). Ich möchte mich auch bei denen bedanken, die das Manuskript lektorierten: Katrin Meesmann (Bonn), Christian Janel (Köln), Ernst Tremel (Münster), Ulrich Herrmann Waßner (Heidelberg).

In besonderer Weise danke ich meiner Ehefrau Susanne Asadi, für ihr Verständnis sowie technische Unterstützung, meiner Tochter Lana für ihre Geduld und meinen Eltern.

Diese Arbeit ist meiner Frau, meiner Tochter Lana und meinen Eltern gewidmet.

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Karten	1
Verzeichnis der Abbildungen	1
Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen	2
Einleitung	3
1 Die Relevanz des Themas	3
2 Eine Einführung.....	5
3 Zu den herangezogenen Quellen	7
4 Die Struktur der Arbeit.....	9
Historischer Rückblick	11
Die Entwicklung Kurdistans und die machtpolitischen Interessen der europäischen Staaten bis zum Ersten Weltkrieg.....	11

Erster Teil

Der Kurden-Konflikt von seinem Anfangsstadium 1917 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges

Kapitel Eins

Die ersten Bemühungen von Shaikh Mahmud Barzinji zur Gründung eines kurdischen Staates in der Zeit der britischen Okkupation Süd-Kurdistans 1917-1919	21
1 Die ersten kurdisch-britischen Annäherungsversuche in Süd-Kurdistan	21
2 Die Unstimmigkeiten in den britisch-kurdischen Verhältnissen	24
3 Wilsons ablehnende Haltung gegenüber dem kurdischen Staat und Shaikh Mahmuds erste Erhebung	29
Fazit	34

Kapitel Zwei

Der diplomatische Kampf um Süd-Kurdistan zwischen den nationalen Akteuren des Mittleren Ostens und den internationalen Kräften	37
1 Die Interessengegensätze der Ententestaaten im Osmanischen Reich in Bezug auf das Wilayat Mossul	37
2 Die Kurdistanfrage und die internationalen Verhandlungen und Verträge der Nachkriegszeit	42
2.1 Die Ansprüche der nationalen Akteure des Mittleren Ostens auf Kurdistan.....	43
2.2 Die US-amerikanische Kurdistanpolitik	47
2.3 Die Kurdistanfrage und die anglo-französischen Verhandlungen	48

Kapitel Drei

Die britische Süd-Kurdistan-Politik	57
1 Wilsons prekäre Einstellung in der Süd-Kurdistan-Frage	57
2 Das britische Mandat über den Irak und Süd-Kurdistan	60
3 Die Inanspruchnahme Süd-Kurdistans durch die Elite des Irak	65
4 Die Konferenz von Kairo und die Entscheidungen in der Kurdenfrage	68
5 Prinz Faisals Krönung im Irak und die Haltung der Kurden zu ihm	70
6 Die lokalen Aufstände, die Türken und Shaikh Mahmuds Rückführung	71
7 Das anglo-irakische Kommuniqué vom Dezember 1922	75
8 Die Eskalation der politischen Lage und die militärische Okkupation Süd-Kurdistans durch die anglo-irakischen Streitkräfte	76
Fazit	79

Kapitel Vier

Das Ringen zwischen Großbritannien und der Türkei um das Wilayat Mossul	83
1 Das Wilayat Mossul als Konfliktstoff zwischen Briten und Türken	83
2 Der Lausanner Vertrag	85
3 Die Feststellungen und Empfehlungen der Untersuchungskommission des Völkerbundes zur Mossulfrage und die daraus resultierenden Entscheidungen ..	86
4 Die endgültige Annexion Süd-Kurdistans durch den Irak	91
Fazit	92

Kapitel Fünf

Der Kurden-Konflikt nach der Einverleibung Süd-Kurdistans in den Irak und während des Zweiten Weltkrieges	95
1 Die politische Lage nach der Entscheidung des Völkerbundes	95
2 Die Haltung der Konfliktparteien beim irakischen Unabhängigkeitsprozess	96
Fazit	100
3 Die Kurdenfrage während des Zweiten Weltkrieges	101
3.1 Shaikh Mahmuds letzte Rückkehr ins politische Leben	101
3.2 Der Beginn der Ära Barzani	102
3.2.1 Die Deeskalationsbemühungen der Iraker und Briten	104
3.2.2 Der erneute Ausbruch von Kämpfen	106
Fazit	107
Zusammenfassung	107

Zweiter Teil

Der Kurden-Konflikt im Irak 1958-1968

Kapitel Sechs

Die Republik Irak in der Ära Kassem und der Kurden-Konflikt (Juli 1958 - Februar 1963).....	113
1 Die Phase der Kooperation.....	113
1.1 Direkte Kontaktaufnahmen nach dem Staatsstreich	113
1.2 Barzanis Rückkehr in den Irak.....	115
1.3 Befriedigende Fortschritte in den Bereichen von Politik und Kultur	116
1.4 Die Politik der VKDP	118
1.5 Die 'Unionsfrage', die die politischen Kräfte im Irak entzweite	118
1.6 Die Unruhen in der Stadt Kirkuk.....	120
Fazit	122
2 Die Phase des gegenseitigen Misstrauens	123
2.1 Die Legalisierung der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK)	123
2.2 Die Unstimmigkeiten im kurdisch-irakischen Verhältnis.....	125
2.3 Die politische und militärische Lage Ende 1960 - September 1961	127
Fazit	130
3 Die Phase des Krieges	131
3.1 Der Kriegsausbruch	131
3.2 Kassems Politik.....	133
3.3 Die DPK auf der Suche nach Alternativen	134
Zusammenfassung.....	135

Kapitel Sieben

Die Zweite Republik und der Kurden-Konflikt.....	139
1 Die arabisch-nationalistischen Strömungen und der Kurden-Konflikt	139
1.1 Das Treffen von Kani Maran und die vorläufige Verständigung	141
1.2 Die Frage der Union mit der VAR.....	143
1.3 Die Lösungsmodelle der Konfliktparteien.....	145
1.4 Das Wiederaufflammen des Krieges	148
2 Die Ära der Alleinherrschaft Arefs und der Kurden-Konflikt.....	153
2.1 Das Aref-Barzani-Abkommen vom 10. Februar 1964.....	154
2.2 Die vorläufige Verfassung und die Spaltung im kurdischen Lager	155
2.3 Die Tschwarta-Zusammenkunft vom 24. August und Barzanis Memorandum vom 11. Oktober 1964.....	157
2.4 Erneute Eskalation nach monatelangen Verhandlungen.....	161
2.5 Das erste Kabinett Abdul-Rahman al-Bazzaz.....	163
2.6 Die Frage der Union mit der VAR und Nassers Einstellung zur Kurdenfrage.....	165
Zusammenfassung.....	169

Kapitel Acht

Die Phase des passiven Friedens im Kurden-Konflikt in der Ära Arefs II.....	171
1 Die Deklaration al-Bazzaz' vom 29. Juni 1966.....	172
2 Talibs Kabinett und die Kurdenfrage	175
3 Aref II., die VAR und die Kurden	178
4 Yahyas Kabinett und die Kurdenfrage	179
5 Die letzten sechs Monate der zweiten Republik.....	181
Fazit	182

Kapitel Neun

Der irakische Kurden-Konflikt und die regionalen und internationalen Kräfte	185
1 Die Nachbarstaaten und der irakische Kurden-Konflikt	185
1.1 Der Iran	185
1.2 Die Türkei	189
1.3 Syrien	191
Fazit	192
2 Großbritannien und die Supermächte und der irakische Kurden-Konflikt.....	193
2.1 Großbritannien	193
2.2 Die USA.....	195
2.3 Die Sowjetunion	197
Fazit	202

Dritter Teil

Der Kurden-Konflikt seit der zweiten Machtübernahme der Baathpartei 1968 bis 1990

Kapitel Zehn

Der Kurden-Konflikt vom Beginn der Ära al-Bakrs und Saddam Husseins bis zum Zusammenbruch des kurdischen Widerstands durch das Algerien-Abkommen im März 1975 (Juli 1968 - März 1975).....	207
1 Die Kurdenfrage in den ersten zwei Jahren der Ära al-Bakrs	207
1.2 Al-Bakrs Machtkonsolidierung.....	207
1.2 Die anfänglich friedliche Haltung der Konfliktparteien und der darauffolgende erneute Ausbruch der Kämpfe bis zu ihrem Ende im Jahr 1969	208
2. Das 11.-März-Abkommen von 1970 - der Durchbruch.....	212
2.1 Die Vorbereitungen.....	212
2.2 Die Hauptstreitpunkte bei den Verhandlungen.....	215
2.3 Die Erklärung des 11.-März-Abkommens	216
Kommentar.....	218
Fazit	219
3 Die Baath-DPK-Beziehungen von März 1970 bis zum Jahresende 1972	220
3.1 Die ersten eingeleiteten Schritte in Richtung der kurdischen Autonomie	220
3.2 Der Aufstieg Saddam Husseins	221
3.3 Die Zwietracht stiftenden Punkte bis zum Jahr 1972	223

Fazit	232
4 Die politische Lage von 1973 bis zur letzten Verhandlungsrunde vor dem Kriegsausbruch im April 1974	233
5 Die Hauptstreitfragen zwischen der Zentralregierung und den Kurden	236
5.1 Die Frage der Gebietsgrenzen der zu bildenden autonomen Region	236
5.2 Der Konflikt um die Kompetenzen der Zentralregierung im kurdischen Autonomiegebiet	240
5.3 Der Konflikt um die Machtbeteiligung der Kurden	244
5.4 Weitere wichtige Faktoren, die den Kriegsausbruch forcierten	246
Fazit	247
6 Der Kriegsausbruch und der Zusammenbruch des kurdischen Widerstandes (März 1974 - März 1975)	248
6.1 Der Kriegsausbruch	249
6.2 Die außenpolitischen Verbindungen der Konfliktparteien	251
6.3 Das Algerienabkommen von 1975, welches zum kurdischen Desaster führte	253
6.4 Zu Barzanis Entscheidung, die Kampfhandlungen einzustellen	257
Fazit	260

Kapitel Elf

Der Kurden-Konflikt nach dem Algerien-Abkommen	263
vom März 1975 bis zum Ende der Präsidentschaft von al-Bakr	263
1 Die politische und militärische Lage nach dem März 1975	263
2 Neuformierungen der kurdischen Seite	265
2.1 Die Patriotische Union Kurdistan	266
2.2 Die Demokratische Partei Kurdistans - Provisorische Führung	267
2.3 Die kleineren Gruppierungen	267
3 Die erneute Aufnahme des bewaffneten Kampfes	268
4 Zu den innerkurdischen Rivalitäten	269
5 Die Gespräche zwischen PUK und Regierung von 1977	271
6 Die Hakkari-Vorfälle	272
7 Saddams Einstellung zur Kurdenfrage 1978	274
8 Die Kommunistenverfolgung durch die Baath-Regierung	277
Fazit	278

Kapitel Zwölf

Der Kurden-Konflikt nach dem Beginn der Alleinherrschaft von Saddam Hussein 1979 - Die Kriegsära	281
1 Saddams Machtantritt als Präsident	281
2 Die Gespräche der Sozialistischen Partei Kurdistan mit Bagdad	284
3 Die Lage von Barzanis DPK-PF	285
4 Die Lage der Kurden nach 1979 bis 1983	286
4.1 Der Meinungs austausch zwischen Regierung und PUK von 1982	290
4.2 Das politische und militärische Wirrwarr des Jahres 1983 und die Massaker an den Barzanitten	292
5 Die PUK Gespräche und Verhandlungen mit der Regierung 1983/84	295
6 Die politisch-militärische Lage nach Januar 1985	301

6.1 Die innerkurdische Versöhnung und die Verbindungen zum Iran.....	302
6.2 Die berüchtigten al-Anfal-Operationen der irakischen Streitkräfte	304
Fazit	311

Kapitel Dreizehn

Der irakische Kurden-Konflikt und die regionalen und internationalen Akteure	315
1 Iran	315
2 Türkei	326
3 Syrien.....	327
4 Die Sowjetunion	330
5 Die USA	334
Fazit	337

Resümee

I	343
II	346
III	351
Fazit	360
Ausblick	363

Literaturverzeichnis.....	369
---------------------------	-----

Verzeichnis der Karten

Karte 1	Der Teilungsplan des Sykes-Picot-Abkommens	39
Karte 2	Shèrif Pashas Kurdistan Karte	45
Karte 3	Die Grenzen des vorgesehenen Staates Kurdistan gemäß Sèvres-Vertrag	53
Karte 4	Die ökonomische Karte der kurdischen Gebiete (Süd-Kurdistan) im Wilayat Mossul	63
Karte 5	Die ethnische Karte vom Wilayat Mossul	89
Karte 6	Nord-Irak und der prozentuale Anteil der kurdischen Einwohner in den umstrittenen Gebieten	149
Karte 7	Das kurdische Autonomiegebiet	241
Karte 8	Al-Anfal-Operationen	309
Karte 9	Das kurdisch kontrollierte Gebiet	367

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1	Die Beziehungen der beiden Supermächte mit dem Irak, den Nachbarstaaten und den Kurden	204
Abb. 2	Überblick über die Parteienlandschaft in Irakisch-Kurdistan zwischen 1975-1988	280

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen

ASBP	Arabische Sozialistische Baath Partei
ASU	Arabische Sozialistische Union
Baathpartei	Arabische Sozialistische Baath Partei
BDOW	British Documents on the Origins of the War 1898-1914
BWK	Bund der Werktätigen Kurdistans
CENTO	Central Treaty Organization
DAAA	Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871-1914
DBFP	Documents on British Foreign Policy
DPK	Demokratische Partei Kurdistan
DPK-Iran	Demokratische Partei Kurdistan-Iran
DPK-PF	Demokratische Partei Kurdistans - Provisorische Führung
DPK-VK	Demokratische Partei Kurdistans - das Vorbereitende Komitee
DUK	Demokratische Union Kurdistan
ID	Irakischer Dinnar
IKF	Irakisch-Kurdistan Front
IKP	Irakische Kommunistische Partei
INA	Die Irakische Nachrichtenagentur
IPC	Iraq Petroleum Compagne
KRR	Kommandorat der Revolution
PUK	Patriotische Union Kurdistan
RAF	Royal Air Force
SBK	Sozialistische Bewegung Kurdistans
SKP	Sozialislistische Partei der Kurden
VAR	Verinigte Arabische Republik
VDPK	Vereinigte Demokratische Partei Kurdistan
USD	US-amerikanische Währung

Einleitung

Zu jenen politischen Fragen, denen seit dem Ende des zweiten Golfkrieges, je nach aktueller politischer Lage, ein verstärktes Interesse der Medien zuteil geworden ist und die somit auch in der Forschung einen Bedeutungszuwachs erfahren haben, gehört zweifelsfrei die Kurdenfrage im Irak. Das zunehmende Interesse an diesem Thema hat durchaus seinen Grund. Angefangen hat es im Grunde im Jahr 1988, als sich die traurigen Bilder der Opfer irakischer Giftgasangriffe auf die Stadt Halabja tief ins Gedächtnis eingegraben haben. Doch die Symptome dieses Konfliktes sind seitdem nur noch schlimmer geworden. Im Irak-Kurden-Konflikt schritt der politische Verfall unermesslich fort. Im April 1991 bewegte die Massenflucht der irakischen Kurden in Richtung Iran und Türkei die Gemüter der Welt. Der Kurden-Aufstand war zuvor in ein Fiasko ohnegleichen gegliiten. Denn die während des Krieges um die Befreiung von Kuwait verschont gebliebenen Eliteeinheiten von Saddam Hussein eroberten alle kurdischen Städte in wenigen Tagen zurück. Die Kurden standen kaum drei Wochen lang im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit, als ein weiteres Ereignis die andere Seite dieser historischen Auseinandersetzung ins Licht rückte und damit für große Überraschungen sorgte: Über die Fernsehschirme liefen neben den elenden Flüchtlingsbildern Szenen vom brüderlichen Treffen zwischen Saddam Hussein und den beiden kurdischen Führern, Jalal Talabani und Massud Barzani. Obwohl diese Bilder auf den ersten Blick unverständlich und gegensätzlich erschienen, ergänzten sie sich in Wirklichkeit. Denn die Beziehungen zwischen dem Staat Irak und den Kurden gestalten sich tatsächlich auf vielschichtige Art und Weise. Assimilationsversuche und einseitige Versprechungen der Regierung bezüglich verschiedener Arten von Zugeständnissen an die Kurden sowie andere politische Bemühungen einerseits und die kriegerische Konfrontation zwischen beiden Parteien andererseits kennzeichnen den Entwicklungsverlauf dieses über achtzig Jahre alten Konfliktes. Vor diesem Hintergrund ist die Fragestellung der vorliegenden Arbeit auf zwei große Themenkomplexe gerichtet:

1. welche Hindernisse sich der Entstehung eines kurdischen Staates in Süd-Kurdistan (heute Nord-Irak und/oder Irakisch-Kurdistan) nach dem Ende des Ersten Weltkrieges entgegenstellten und
2. weshalb zwischen 1917 und 1990 trotz zahlreicher politischer Bemühungen keine Regelung des Kurden-Konfliktes im Irak herbeigeführt werden konnte.

Die Bearbeitung dieser Fragen führt zu weiteren Überlegungen. Zunächst muss analysiert werden, um welche Zusammenhänge es in diesem Konflikt geht und wie sich die Konfliktparteien verhalten haben. Eine wissenschaftliche Behandlung dieser Fragen setzt eine chronologische Darstellung der Geschehnisse voraus, um die ausschlaggebenden Antriebskräfte in diesem Konflikt erkennen zu können. Nur so werden die Entstehungsbedingungen der immer wieder auftauchenden Dialog- und Kooperationsbereitschaft der Akteure in diesem Konflikt einerseits und die Gründe für deren Scheitern andererseits erkennbar.

1 Die Relevanz des Themas

Diese Arbeit hat eine umfassende Darstellung des Entstehungsprozesses und des Entwicklungsverlaufs des Kurden-Konfliktes im Irak in seinen angespanntesten Phasen bis 1990 zum Gegenstand. Sie soll darüber hinaus dazu beitragen, einen breit angelegten

und fundierten Einblick in die wesentlichen Problemfelder möglicher Lösungsmechanismen des Kurden-Konfliktes zu geben. Ein solcher Versuch besitzt seine Berechtigung schon deshalb, weil man in der inzwischen stark angewachsenen, vielfältigen journalistischen und wissenschaftlichen Literatur zum Kurden-Konflikt eine Untersuchung dieser Art kaum findet. Die Forschung hat sich nicht eingehend der Frage zugewandt, welche Gründe insgesamt den Ausschlag dazu gaben, dass der Kurdenstaat nach dem Ersten Weltkrieg nicht realisiert wurde und dass die Kurdenfrage auch nach der Errichtung des Staates Irak und nach der Ausrufung der Republik 1958 weiterhin ungelöst blieb. Selbst wenn Teile dieser Gründe von manchen Autoren erkannt worden sind, kommen sie in den Quellen doch nicht explizit zur Sprache. Darum versucht diese Studie, die Faktoren zu benennen, die eine tragfähige Lösung in diesem Konflikt zwischen 1917 und 1990 verhindert haben. Der relativ lange Zeitraum, der somit im Entwicklungsablauf dieses Konfliktes betrachtet wird, erscheint aus mehreren Gründen der Bearbeitung wert:

- Der zu bearbeitende Zeitraum kennzeichnet die ersten Phasen des immer noch andauernden Kurden-Konflikts im Irak, die bereits den Keim zu allen weiteren Entwicklungen in sich tragen. Es ist zum Verständnis der späteren und gegenwärtigen Ereignisse unentbehrlich, die Entwicklungen in dieser Zeitspanne aus einer zeitgeschichtlichen und analytischen Sicht festzuhalten.
- Der Kurden-Konflikt verweist auf die höchst sensible Frage nach dem realen Grad an Liberalität, Modernisierung und Demokratie im Irak.
- Inzwischen hat der Kurden-Konflikt eine Eigendynamik entwickelt, so dass grundsätzlich gilt, dass ein als endgültiger Sieg interpretierbares Konfliktende zu eigenen Gunsten, wie es hin und wieder den Machthabern in Bagdad vorschwebt und wie es die Kurden wünschen, nicht möglich ist. Folglich geht die Untersuchung der Thematik nicht nur die vergangenen Kriege und Konflikte, sondern auch einen künftigen Frieden an.
- Ob wir nun das Engagement der irakischen Kurden als eine patriotische und/oder reife nationale Bewegung betrachten oder als verzweifelten und/oder gewagten Versuch machtbewusster kurdischer Aktivisten, in jedem Fall bildet die Kurdenfrage eine zentrale Rolle in der irakischen Geschichte: die Kurden streben nach Anerkennung und politischem Einfluss.
- Der Zeitraum zwischen 1917 und 1990 liefert reichlich Material für die Friedens- und Konfliktforschung. Er umfasst grausame Kampfhandlungen wie auch politische Bemühungen zu einer friedlichen Lösung; kein innerstaatlicher Konflikt im Vorderen Orient kennt m.E. so viele gescheiterte politische Bemühungen wie der Kurden-Konflikt im Irak.
- Die Ereignisse in dieser Zeitspanne vermitteln einen Einblick in die Herrschaftsstrukturen eines Entwicklungslandes, die beispielhaft für viele andere Länder der Dritten Welt sind.
- Mittlerweile sind ähnliche Konflikte in vielen Staaten gegenwärtig, beispielsweise in der Türkei, in den GUS-Staaten, im Sudan etc., und es ist in vielen dieser Fälle noch keine endgültige Regelung in Sicht. Die Politikwissenschaft kann aus dem Verlauf dieses exemplarischen Konfliktes Anregungen für ihre Theoriebildung gewinnen.
- Die Klärung der damaligen Verhältnisse ist auch für die Konflikt- und Kriegsursachen in der Region insgesamt von erheblicher Bedeutung. Denken wir daran, welche Rolle der irakische Kurden-Konflikt seit 1961 in den irakisch-iranischen Auseinandersetzungen gespielt hat. Der Höhepunkt der Feindseligkeiten

dieser Staaten gipfelte bekanntlich in einem der verlustreichsten und längsten Kriege in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dieser Krieg war in erster Linie ein Folgekonflikt des Algier-Abkommens von 1975 zwischen beiden Staaten, dessen Preis die Kurden bezahlten. Als Gegenleistung für die Einstellung iranischer Unterstützung für die irakischen Kurden erhielt das Kaiserreich strategisch wichtige Territorien vom Irak. Über Nacht brach die ca. 100000 Mann starke Bewegung der irakischen Kurden zusammen. Der Kurden-Konflikt im Irak wirft vor diesem Hintergrund die grundsätzliche Frage nach den Konsequenzen auf, die sich aus seiner Missachtung ergeben. Er kann durchaus zu den nachhaltigsten Ursachen für Instabilität und grenzübergreifenden Konflikten in der Region überhaupt zählen.

2 Eine Einführung

Wer sich der Entstehungsgeschichte des Kurden-Konfliktes im Land des Tigris und Euphrat stellt, wird den Geschehnissen und frühen Folgen des Ersten Weltkrieges nicht aus dem Wege gehen können. Denn die ersten entscheidenden Phasen dieses Konfliktes greifen in das Jahr 1917 zurück, noch vor dem Ende des Ersten Weltkrieges, als Großbritannien den Irak und Süd-Kurdistan¹ (das heutige Nord-Irak oder Irakisich-Kurdistan²) in direkter und indirekter Form unter seine Kontrolle brachte.

Grob formuliert, handelte es sich bei diesem Konflikt in der heutigen Republik Irak um einen langwierigen Kampf mit verschiedenen Mitteln zwischen zwei Kräften. Die eine, das Britische Empire, wollte eine bestimmte Ordnung zustande bringen - die Kreation eines probritischen Staates in Mesopotamien inklusive Süd-Kurdistan. Die Gegenkraft, die Kurden in Süd-Kurdistan unter Führung von Shaikh Mahmud Barzinji, hatte eine andere Ordnung ins Auge gefasst. Ihr Ziel war die Gründung des Staates Kurdistan. Dieser Gegensatz, der mehr oder minder bis zu den frühen 30er Jahren anhielt, endete bekanntlich mit dem Ergebnis, dass die erstgenannte, stärkere Kraft ihre Ziele erreichte. Vor dem Hintergrund ihrer strategischen, wirtschaftlichen und politischen Überlegungen lag den Briten in der Folgezeit wenig daran, Mittel und Wege zu finden, die eine dauerhafte Lösung dieses Konfliktes ermöglichten. Folglich entstand eine langfristig explosive Situation, die heute als Kurden-Konflikt bezeichnet wird.

Ogleich Großbritannien bis 1933 der Entscheidungsträger im Irak war und seine dominante Rolle bis 1958 unumstritten blieb, waren dort nationale, regionale und internationale Faktoren im Spiel, die sämtliche Lösungsoptionen der Kurdenfrage zum Scheitern verurteilten.

Im Jahr 1958 begann eine neue Periode in der Geschichte dieses Konfliktes. Machtbewusste irakische Offiziere setzten der probritischen Monarchie in Bagdad ein blutiges Ende. Seitdem war das Land tatsächlich im Begriff, in eine neue Phase seines politischen Lebens zu treten, und die Dinge veränderten sich tiefgreifend und rasch. Oft gab es während dieser Zeit Augenblicke, in denen die Beilegung des Kurden-Konfliktes

¹ Der Begriff *Süd-Kurdistan* ist eine Bezeichnung für die mehrheitlich von Kurden bevölkerten Gebiete in Kurdistan, die in der Osmanischen Zeitverwaltungsgemäß dem Wilayat Mossul zugeordnet waren (*Wilayat* war eine große Osmanische Verwaltungseinheit, die mehrere *Senjaqs* 'Distrikte' umfasste). Dieser Begriff scheint zuerst von der britischen Diplomatie während des Ersten Weltkrieges benutzt worden zu sein.

² Seit 1974 bezeichnet auch die irakische Regierung bei bestimmten Gelegenheiten drei kurdische Distrikte des Landes, die formell unter der autonomen kurdischen Verwaltung stehen, als »Irakisich-Kurdistan«. Auf irakische Landkarten und Atlanten jedoch wird diese Grenze nicht markiert.

nahe schien. Doch war dies immer nur eine vorübergehende Hoffnung, weil die Kluft zwischen der irakischen Staatsmacht und den Kurden auch im Zeitalter der sogenannten gemeinsamen Republik weiter unüberbrückbar blieb. Politisch gesehen war das Jahr 1958 ein Wendepunkt für das Land Irak und die Kurden, war es ein wichtiger Schritt - aber wohin?

Die während der sechziger Jahre deutlich gewordene Verzerrung der Kurdenfrage hat den Erkenntnisprozess bei den Baathisten, die im Juli 1968 die Macht übernahmen, in Gang gesetzt, dass der ungelöste Kurden-Konflikt jederzeit mit verheerenden Verlusten explodieren konnte. Vor diesem Hintergrund unterzeichnete Bagdad zur Entschärfung bzw. Regelung dieses Konfliktes zusammen mit der Führung der Kurden das März-Abkommen von 1970 - eine einmalige Vereinbarung zwischen einem Staat des Mittleren Ostens und Vertretern einer staatenlosen Volksgruppe.

Es ist evident, dass der ein Jahr lang blutig geführte Krieg (März 1974 - März 1975) letztendlich von einem vorgetäuschten Frieden abgelöst wurde, der wahrlich nicht als konstruktiver Anfang für die ohnehin von Misstrauen geprägten Beziehungen der Antagonisten in diesem Konflikt gelten dürfte. Trotz alledem stellt sich die Frage, ob sich die gegnerischen Parteien mit dem März-Abkommen doch sorgfältig und zukunftsweisend eine friedvolle Ordnung zum Ziel hätten setzen können.

In Anbetracht der langfristigen Folgen der Kurdenfrage ist eine weitere wichtige Überlegung anzustellen, die sich u.a. auf die gegenwärtige Situation bezieht: Waren der Umgang der Baathisten mit der Kurdenfrage und der daraus resultierende Verzicht auf die Staatsterritorien zugunsten des östlichen Nachbarlandes Iran durch das Algier-Abkommen vom 1975, das das Schicksal der Kurden besiegelte, nicht die ersten Ursachen für den Krieg gegen den Iran und der darauffolgenden Kriege mit allen ihren bekannten tragischen Folgen?

Zu welchem Ausmaß der Einfluss Saddam Husseins auf schicksalhafte Entscheidungen gewachsen war, ließ das Algier-Abkommen erahnen. Er war es, der als stellvertretender Vorsitzender des Kommandorats der Revolution (KRR), Iraks oberstes Machtorgan seit 1968, das erwähnte Abkommen mit dem Schah unterschrieb. Offenbar schienen ihm damals wichtige politische Interessen jedoch geboten, sich mit dem Iran und nicht mit den Kurden im eigenen Land zu verständigen.

Saddam Hussein wurde 1979 Nachfolger von Präsident General Ahmad Hassan al-Bakr und seitdem kündigen sich beinahe regelmäßig gewaltige Beben in der Nahostregion an. Der Zweite Golfkrieg von 1990-1991 war nicht der letzte. Der Dritte fand im Jahr 2003 statt und beendete letztendlich Saddam Husseins Herrschaft. Der vierte irakische Präsident³ hielt von Anfang an seinen Militärapparat intakt. Wenige Monate nach der islamischen Revolution von 1979 im Iran griff er im September 1980 völlig überraschend das Nachbarland an, in erster Linie um die 1975 verlorenen Gebiete zurückzuerobern. Die Folgen dieses Krieges begünstigten die Rückkehr zum normalen Rhythmus des Kurden-Konfliktes, d.h. das ständige Hin und Her zwischen militärischen Operationen und friedlichen Bemühungen. In der letzten Dekade unseres Untersuchungszeitraums gingen zumindest zwei einschneidende Kapitel friedlicher Bemühungen zur Beilegung des Konfliktes in die Geschichte ein. 1982 führte Bagdad Verhandlungen mit der Demokratischen Partei Kurdistans - Irak und 1983 mit der Patriotischen Union Kurdistan, also den beiden stärksten kurdischen Fraktionen. Im Gegensatz dazu wurde

³ General Abul-Karim Kassen bekleidete das Amt des Ministerpräsidenten zwischen Juli 1958 und Februar 1963 und nicht das des Präsidenten.

1988 durch blindwütige Massaker der Einheiten der Regierung gegen die kurdische Zivilbevölkerung der grausige Höhepunkt eines Verbrechens namens al-Anfal-Operationen markiert, der in der neuen Geschichte des Orients kein Beispiel hat. Welche Faktoren ermöglichten diese äußerst gefährliche Eskalation in der irakischen Kurdenfrage?

3 Zu den herangezogenen Quellen

Im folgenden wird ein Überblick über die wichtigsten Quellen der vorliegenden Arbeit gegeben. Drei Dissertationen gelten als Standardwerke für die irakische Kurdenfrage. Da ist zunächst die aus zehn Kapiteln bestehende Arbeit von Sa'ad Jawad *Iraq & the Kurdish Question 1958-1970* (London 1981), die eher auf Interviews mit betroffenen Personen und einer großen Anzahl von Primärliteraturtiteln basiert. Der Autor untersucht den Konflikt von 1958 bis 1970 chronologisch und liefert wichtige Analysen für den bearbeiteten Zeitraum. Diese Studie fand im zweiten Teil der vorliegenden Arbeit vielfältige Verwendung. Im Zusammenhang mit der Formierung und Entwicklung der bewaffneten Bewegung in Irakisch-Kurdistan seit 1961 ist die Dissertation von Ismet Chériff Vanly *La question nationale du Kurdistan irakien, Etude de la Révolution de 1961* (Neuchatel 1970) von großer Bedeutung. Ferhad Ibrahims Abhandlung *Die kurdische Nationalbewegung im Irak, Eine Fallstudie zur Problematik ethnischer Konflikte in der Dritten Welt* (Berlin 1983) schließlich ist das deutschsprachige Standardwerk, das sich den irakischen Kurden, deren Geschichte und Politik für den Zeitraum zwischen 1917 und 1975 widmet und politische und soziale Aspekte dieses Konfliktes untersucht.

Die 1989 in Moskau erschienene Studie von M. S. Lazarev *Imperializm i kurdskkii vopros 1917-1923*, deren arabische Fassung 1991 in Beirut unter dem Titel⁴ *Die Kurdenfrage (1917-1923)* erschien und die die Kurdenfrage in allen Teilen Kurdistans und die Rolle der internationalen Akteure darin behandelt, ist inzwischen eine der wichtigsten Quellen für die politisch-historischen Aspekte des Kurden-Konfliktes nach dem Ersten Weltkrieg.

Jede Beschäftigung mit der irakischen Politik bis 1958 muss auf das wertvolle zehnbändige, arabischsprachige Werk von A. al-Hasani *Die Geschichte der irakischen Kabinette* (Bagdad 1988) zurückgreifen, das chronologisch die Politik aller irakischen Kabinette und die wichtigsten Ereignisse bis 1958 im Irak anhand zahlreicher offizieller Quellen dokumentiert.

Auch wenn die arabischsprachigen Veröffentlichungen auf eine große Anzahl von Büchern über den ersten irakischen Regierungschef nach Juli 1958, General Abdul-Karim Kassem, verweisen, bleibt das Werk von Uriel Dann *Iraq under Qassem, A Political History, 1958-1963* (Jerusalem 1969) immer noch an erster Stelle. Diese Studie untersucht eine der wichtigsten Phasen der irakischen Geschichte, u.a. den Kurden-Konflikt in dem bearbeiteten Zeitraum.

Die in dieser Arbeit herangezogenen Publikationen von Journalisten, die dem Thema Kurden-Konflikt gewidmet sind, beinhalten neben der Wiedergabe der wichtigsten

⁴ Die Titel der in dieser Arbeit herangezogenen arabisch-, kurdisch- und persischsprachigen Literatur werden aus technischen Gründen nicht in der Originalsprache und -schrift wiedergegeben und auch nicht transkribiert, sondern jeweils sofort ins Deutsche übersetzt. Personennamen und Ortsbezeichnungen werden überwiegend nach dem englischen Vorbild geschrieben, ansonsten nach der geläufigen deutschen Rechtschreibung.

Geschehnisse viele Interviews mit den Handelnden dieses Konfliktes. Vorrangig wurden davon die Bücher von Schmidt, Adamson, O'Ballance, Deschner und Schlumberger herangezogen.

Die vorliegende Arbeit stützt sich zur Bearbeitung des Zeitraums von 1917 bis 1933 überwiegend auf britisches Material. Obgleich diese Dokumente fast ausschließlich die britische Sicht widerspiegeln, sind sie trotzdem eine reiche Fundgrube an Fakten. Erwähnenswert sind insbesondere: *Review of the Civil Administration of Mesopotamia (1920)*; *Documents on British Foreign Policy 1919-1939* und die Jahresberichte Großbritanniens über Mesopotamien bis 1933. Dagegen konnten die Dokumente des Foreign- und Colonial Office, die in den deutschen Bibliotheken nicht zugänglich sind, nur mittelbar, über Zitate in verschiedenen Monographien, herangezogen werden. Das 1992 in arabischer Sprache erschienene Buch von Welid Hamdi *Die Kurden und Kurdistan in den britischen Dokumenten, Eine historisch-dokumentarische Studie* sowie die Aufsätze von Saad Eskander: *Britain's Policy in Southern Kurdistan: The Formation and the Termination of the First Kurdish Government, 1918-1919* und *Southern Kurdistan under Britain's Mesopotamian mandate: from separation to incorporation, 1920-23*, konnten glücklicherweise häufig diese Lücken füllen.

Die Verwendung von Veröffentlichungen und Nachlässen von Zeitgenossen und Politikern, die in diesen Konflikt involviert waren, ist für eine solche Untersuchung unverzichtbar. Zu den wichtigsten hier herangezogenen Büchern zählen die von Wilson, Edmonds, Bell und Longrigg, die allesamt hohe politische Ämter im Irak bekleideten, sowie von Hilmi, der zeitweilig die Dolmetschertätigkeit für ranghohe englische Offiziere ausübte und dem Kurdenchef Shaikh Mahmud nahestand. Hilmis Nachlässe sind ebenfalls in englischer Sprache erschienen. Die Memoiren von zwei weiteren Zeitgenossen - Khawaja, Shaikh Mahmuds Schatzmeister, sowie Taque, eine bekannte kurdische Persönlichkeit der zwanziger Jahre - sind ebenfalls veröffentlicht worden. In diesen werfen sie Licht auf nicht wenige dunkle Stellen der kurdischen Zeitgeschichte. Nicht zu vergessen sind die Memoiren des ehemaligen britischen Premiers Lloyd George, die bemerkenswerte Daten enthalten.

Zur Rekonstruktion der Ereignisse zwischen 1958 und 1980 wurden alle Zeitungsausschnitte aus dem Gesamtbestand der Pressedokumentation des Deutschen Bundestags, die diese Zeit behandeln, berücksichtigt. Dieser für die Untersuchung der irakischen Politik maßgebende Archivbestand hat höchstwahrscheinlich bisher keine planmäßige Erforschung erfahren. Wohl aber spielten für die Ereignisse nach 1975 auch die Bücher von Zeitgenossen eine wichtige Rolle. Die Trilogie von Noshirwan Mustafa Emin, einem der einflussreichsten Führungsköpfe der 1975 gegründeten Patriotischen Union Kurdistans (PUK) (*Vom Donauufer bis zum Nawzang-Tal, Die sich gegenseitig die Finger brechen* und *Drehen im Kreis*) die jeweils den Untertitel *Die inneren Ereignisse in Irakisch-Kurdistan* tragen, geben die Entwicklungen der Kurdenfrage in den Jahren 1975-1978, 1979-1983 und von 1984-1988 aus Sicht der PUK in kurdischer Sprache wieder. Der Autor verrät an einigen Stellen seiner Schriften geheimnisvolle Vorkommnisse, die der Schlüssel für das Verstehen vieler noch unklar gebliebener Vorgänge sind. Ähnliche umfassende Publikationen für den Zeitraum der Jahre 1975-1990 aus der Sicht der anderen wichtigen kurdischen Gruppierung, der Demokratischen Partei Kurdistans - Irak (DPK), konnten leider nicht ermittelt werden. Daher waren die Entwicklungen der Organisation im Rahmen dieser Arbeit nicht ausreichend unter die Lupe zu nehmen. Die dreibändige kurdischsprachige Publikation des kurdischstämmigen damaligen

Kommunisten Rasull von 1991, 1992 und 1994, enthält ebenfalls eine Reihe von Dokumenten, die gewisse Entwicklungen aus der Sicht der Irakischen Kommunistischen Partei (IKP) erläutern. Manche Aussagen des irakischen Präsidenten Saddam Hussein, die in Form von Büchern und Broschüren publiziert sind (in diesem Fall die in Bagdad erschienene zehnbändige Auswahl in arabischer Sprache und die Broschüren der irakischen Botschaft in Beirut), ermöglichten die Kenntnisnahme der offiziellen Haltung der baathistischen Administration bzw. von Saddam Hussein zur Kurdenfrage.

4 Die Struktur der Arbeit

In der vorliegenden Arbeit geht es um die empirische Tatsachenerkennung. Die Perzeption der Konfliktparteien und die daraus resultierende Handlungsweise der Konfliktbeteiligten war stets die treibende Kraft der Konfliktdynamik. Von daher ist diese Abhandlung weitgehend chronologisch aufgebaut. Sie besteht aus drei Hauptteilen.

Im Anschluss an diese Einleitung wird in einem historischen Rückblick in kompakter Form die Geschichte von Kurdistan und dessen Bedeutung für die rivalisierenden Kräfte vor dem Ersten Weltkrieg dargestellt.

Im ersten Hauptteil dieser Untersuchung, der den Kurden-Konflikt von 1917 bis 1945 umfasst, nimmt die Entstehungsphase des Kurden-Konfliktes zwischen 1917 und 1925 einen großen Raum ein. Kenner der kurdischen Geschichte wissen, dass die Figur Shaikh Mahmuds aus der Geschichte des Kurden-Konfliktes nicht wegzudenken ist und die Entstehungsgeschichte dieses Konfliktes im vergangenen Jahrhundert im Allgemeinen und im Irak im besonderen aufs engste mit dem Handeln dieser Person verflochten ist. Darum werden seine Bemühungen zur Gründung eines kurdischen Staates in den Jahren 1917-1919 im Kapitel Eins ausführlich beschrieben.

Den Ereignissen auf der internationalen Ebene ist das Kapitel Zwei gewidmet. Hier wird das Schwergewicht auf die anglo-französischen Verhandlungen über die Kurdistanfrage gelegt. Kapitel Drei schildert die Politik des Hauptakteurs Großbritannien in diesem Konflikt. In diesem Zusammenhang kommt u.a. der Erörterung der Frage, warum die Briten von der Errichtung eines Staates Kurdistan abgesehen haben, große Bedeutung zu.

Die Untersuchung der anglo-türkischen Verhandlungen und die Vorstellung des Berichtes der Untersuchungskommission des Völkerbundes über das Wilayat Mossul sind die Hauptthemen im Kapitel Vier.

Die notwendige Begrenzung des Umfangs dieser Arbeit bei der Behandlung des Zeitraums 1925-1958 verlangt eine gewisse Beschränkung. Die Ereignisse dieser Zeitspanne wurden nur insoweit behandelt, als sie für die vorliegende Untersuchung relevant erschienen. Außer auf die Entwicklungen nach der Entscheidung des Völkerbundes über das Schicksal des Wilayat Mossul und auf die turbulenten Ereignisse während des Zweiten Weltkrieges wurde im Kapitel Fünf auf weitere Ereignisse nicht näher eingegangen. Der erste Hauptteil schließt mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, da es aufgrund der militärischen Niederlage der kurdischen Bewegung unter der Führung Mulla Mustafa Barzanis 1945 im Irak bis 1958 keine starke politisch-militärische Kraft mehr gab, die die Kurden repräsentieren konnte.

Der zweite Hauptteil der Arbeit behandelt ein einziges Dezennium des Konfliktes (1958-68). Die grundsätzliche Bedeutung der innenpolitischen Umbrüche in diesem Jahrzehnt für den Irak im Allgemeinen und für die Kurden im Besonderen legt eine Gliederung in drei Teile nahe, die je eine Teilperiode dieses Zeitraums umfassen: Im Kapitel Sechs wird die Regierungszeit von Kassem (Juli 1958 - Februar 1963)

thematisiert. Kapitel Sieben behandelt die Zeit der Präsidentschaft Arefs I. (Februar 1963 - April 1966). Kapitel Acht die von Aref II. (April 1966 - Juli 1968).

Die ausgiebige Erörterung wesentlicher Momente bzw. Reaktionen auf den irakischen Kurden-Konflikt auf regionaler und internationaler Ebene erschien für die Bearbeitung unseres Themas unumgänglich, vor allem die der spannungsgeladenen Jahre zwischen 1958 und 1964. Diesen drei Kapiteln schließt sich ein Kapitel über die internationale Dimension dieses Konfliktes an.

Der dritte Teil dieser Studie untersucht den Zeitraum von 1968 bis 1990. Dort wird zunächst die Zeit zwischen 1968 und 1975, d.h. von der zweiten baathistischen Machtübernahme bis zum Zusammenbruch des kurdischen Widerstands von 1975, eingehend thematisiert. Dem folgen die zwischen 1975 bis 1979 liegenden Entwicklungen, in denen das kurdische Lager sich neu formierte. Die Ereignisse nach der endgültigen Machtergreifung von Saddam Hussein bis zur Invasion in Kuwait (1979-1990) sind der Inhalt des vorletzten Kapitels dieses Teils. Ähnlich wie im Teil Zwei der Arbeit wird die regionale und internationale Dimension dieses Konfliktes im letzten Kapitel aufgegriffen.

Im abschließenden Teil dieser Arbeit wird in drei getrennten Resümees versucht, die oben angesprochene Leitfrage nach den Ursachen, weshalb ein Kurdenstaat nicht entstehen konnte, der Kurden-Konflikt im Irak zwischen 1958-1968 sowie in dem Zeitraum zwischen 1968-1990 ungelöst blieb, zu beantworten. Aus aktuellem Anlass wird in diesem letzten Teil ein kurzer Ausblick auf die weitere Entwicklung nach dem Untersuchungszeitraum gegeben.

Historischer Rückblick

Die Entwicklung Kurdistans und die machtpolitischen Interessen der europäischen Staaten bis zum Ersten Weltkrieg

Ob die Kurden ein Konglomerat von Einwanderern hauptsächlich iranischer Herkunft und Nachfahren der Meder sind, die im Jahr 612 v.Chr. das Assyrische Reich eroberten, oder ob sie seit der frühesten Geschichte in dem Gebiet beheimatet sind, das heute als Kurdistan bezeichnet wird, ist eine noch nicht geklärte Frage der sozialwissenschaftlichen Abhandlungen. Es fehlen bis heute zuverlässige Theorien über die vorislamische Geschichte der im Vorderen Orient angesiedelten Kurden. Im Rahmen dieser Arbeit genügt es aber auch, auf eine unwiderlegbare, historische Tatsache hinzuweisen: so wie es keinem der umliegenden Reiche im Mittleren Osten jemals gelungen ist, all die unzugänglichen Gebiete, in denen die Kurden beheimatet waren, vollständig zu besetzen,¹ so glückte es auch umgekehrt keiner kurdischstämmigen Dynastie je, ein Heer aufzustellen, mit dem sie ihre Macht langfristig über all diese Gebiete ausdehnen bzw. eine erfolgreiche Expansionspolitik betreiben konnte.

Um die historische Entwicklung der Kurden und Kurdistans im Mittleren Osten zu veranschaulichen, ist es ratsam, einen Blick auf die Zeit nach der Islamisierung der Mehrheit der Kurden zu werfen. In dieser Epoche bildeten mehrere kurdische Dynastien in ihrem Siedlungsraum staatliche Institutionen im weitesten Wortsinn aus und waren ein nicht undeutender Machtfaktor in der islamischen Welt.

Nach der vollständigen Eroberung der arabischen Halbinsel (Arabien) starteten die arabisch-islamischen Armeen einen militärischen Vorstoß gen Norden: gegen die zwei großen Reiche des Mittleren Orients: das Oströmische Reich im Nordwesten und das Persische Reich der Sassaniden-Dynastie im Nordosten. Die Araber verbuchten dabei Erfolge in großen Schlachten in den Jahren 634 und 636 n.Chr. gegen die Römer und 637 und 642 n.Chr. gegen die Perser, deren damalige Hauptstadt, Ctesiphon, in der Nähe des heutigen Bagdad gelegen war. Nach diesen Ereignissen veränderten sich im Orient die Machtverhältnisse, die mehr oder weniger bis zum Sturz des Abbasiden-Reiches im Jahr 1258 stabil blieben.

Natürlich blieb das an Mesopotamien angrenzende Land der Kurden nicht von den Auswirkungen dieser Epoche verschont. Unter schweren Kämpfen vollzog sich zwischen 637-645 n.Chr. die arabisch-islamische Eroberung großer Teile des heutigen Kurdistans. Die meisten Kurden nahmen zwar den Islam als Religion an, galten aber nicht unbedingt als treue Untertanen der islamisierten Araber. Unter der Herrschaft der arabischen Khalifen, ob Raschidun 632-661, Omayyaden 661-750, oder Abbasiden 750-1258 sind zahlreiche lokale und regionale Erhebungen dokumentiert, an denen die Kurden allein oder mit beteiligt waren.²

In der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts zeichnete sich der Aufstieg mehrerer bekannter kurdisch-islamischer Dynastien ab, die die Schwäche der Zentralgewalt der Abbasiden-Khalifen infolge des verstärkten Einflusses der Buyaiden-Dynastie und die fortdauernden Rivalitäten zwischen relativ etablierten Autoritäten ausnutzten³ und ihre

¹ Vgl. M. M. van Bruinessen: Agha, Scheich und Staat, Politik und Gesellschaft Kurdistans, Berlin 1989, S. 27 und 169-70.

² Siehe zahlreiche Beispiele bei V. Minorsky: Kurden, in: Enzyklopaedie des Islam, Leipzig 1927, S. 1212 -1240, 1215-17.

³ So interpretiert van Bruinessen (1989, S. 171-79) diese Entwicklung.

Herrschaft über große Teile des heutigen Kurdistan ausdehnen und behaupten konnten. Die Shaddadiden vom Stamm Rawadi, aus dem später die große Ayubiden-Dynastie 'Salahaddin' hervorging, welche Ägypten und Syrien regierte, die Hasnawayden und die Marwaniden zählten zu den wichtigsten Dynastien, die über Jahrzehnte hinweg jeweils große Teile des heutigen Kurdistan beherrschten.

Der Einfall der Saljuken im Mittleren Osten um die Jahrtausendwende erschwerte die Situation dieser kleinen politischen Einheiten mit weitgehend heterogener Bevölkerung. Sie waren militärisch nicht in der Lage, solchen großen Überfällen erfolgreich entgegenzutreten.⁴ Überdies konnte angesichts ständig wiederkehrender Überfälle von fremden und/oder zugewanderten Truppen in dieser Region politisch keine Ruhe einkehren. Der Einfall der Mongolen im 13. Jahrhundert im Mittleren Osten war von besonderer Art. Er erschütterte den Orient in seinen Grundfesten und rief eine neue Ordnung hervor;⁵ das islamische Reich der Abbasiden ging endgültig unter.

Den Mongolen schrieb die Geschichte ebenfalls keine Stetigkeit im Orient zu. Nach ihnen übernahmen zwei turkmenische Dynastien die Herrschaft über Kurdistan. Diesen gelang es bis ins Herz des Kurdenlandes vorzudringen,⁶ wodurch die politisch-militärische Führungsrolle der kurdischen Fürsten bzw. Stämme weitgehend demontiert wurde.⁷ Ab der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts begann die Sternstunde der Osmanen, eine der vielen türkischstämmigen Einwanderer aus Mittelasien. Unter Sultan Mehmed II. dehnten sie die Grenzen ihres Reiches auf Kosten anderer kleiner türkischer Reiche bis Anatolien aus.⁸ Im Westen (dem heutigen Nordwesten des Iran) behauptete im frühen 16. Jahrhundert eine andere Dynastie, die Safawiden, ihre Macht. Dort ließ sich Ismail zum Schah krönen und beseitigte in der einen oder anderen Form alle schwachen Führer dieser Gebiete. Die harte Politik Ismails gegen die alten Adelsfamilien und die Kurden allgemein, die von Izady als »scorched earth policy«⁹ beschrieben wird, trieb die meisten kurdischen Aristokraten in die Arme der Osmanen. Seitdem strebten die kurdischen Fürsten danach, mit Hilfe der Osmanen die Safawiden loszuwerden, um dadurch ihre Autorität wieder zu erlangen.¹⁰ Tatsache ist, dass der Kampf um die Vorherrschaft zwischen den Osmanen und Safawiden zum größten Teil in Kurdistan stattfand. Angefangen von der Schlacht von Calderan im August 1514, die nordöstlich des Vansees stattfand; hier unterlagen die Safawiden den Osmanen, die von den Kurden unterstützt wurden.¹¹ Bis zum Jahr 1823 brachen insgesamt vierundzwanzig Kriege zwischen diesen Dynastie-Reichen aus.¹²

In den Kontext der osmanisch-safawidischen Auseinandersetzung gehörten aber auch eine Reihe politischer Verträge. 1639 wurde der erste Vertrag über eine Art Grenzziehung für die Vorherrschaft auf bestimmte Territorien unterzeichnet. Diese Grenzziehung hat - abgesehen von wenigen Änderungen - bis heute, ablesbar an der türkisch-iranischen bzw.

⁴ Siehe Minorsky, 1927, S. 1219-20 und van Bruinessen, 1989, S. 177.

⁵ Vgl. H. Küchler: Öffentliche Meinung, Eine theoretisch-methodologische Betrachtung und eine exemplarische Untersuchung zum Selbstverständnis der Kurden, Berlin 1978, S. 97.

⁶ Minorsky, 1927, S. 1222.

⁷ Ebd. Vgl. auch van Bruinessen, 1989, S. 180.

⁸ Ebd., S. 181.

⁹ M. R. Izady: The Kurds, A Concise Handbook, Washington/London 1992, S. 51.

¹⁰ Van Bruinessen, 1989, S. 183-89.

¹¹ Minorsky, 1927, S. 1223-24.

¹² A. J. Weldani: Untersuchung der historischen irakisch-iranischen Grenz-Konflikte (Persisch), hrsg. vom Außenministerium der Islamischen Republik Iran, 2. Aufl., Teheran 1370 (1992), S. 4.

irakisch-iranischen Grenze, überdauert.¹³ So entstand eine Situation, in der Kurdistan zumindest nominell von mehr als einer Macht beherrscht wurde.

Der dauerhafte Konflikt zwischen den Osmanen und Safawiden ermöglichte einerseits den Fürsten der kurdischen Stämme eine jahrhundertslange Autonomie,¹⁴ andererseits blockierte die Existenz dieser Reiche die Entstehung eines großkurdischen Reiches.

Die alten kurdischen Dynastien suchten zwischen den Osmanen und Safawiden ihren Weg. Sie tendierten dabei eher zu den Osmanen. Somit fiel ein großer Teil Kurdistans in die Einflusszone des Osmanischen Reiches. Dementsprechend wurden die alten kurdischen Aristokraten z.T. als erbliche Distriktstatthalter eingesetzt, die weitgehend autonom regierten und *kürd hükumeti* 'kurdische Regierungen' genannt wurden.¹⁵ Sie standen im Tributregister der Pforte oder in direkter Verbindung mit ihr. In dieser Epoche, der Blütezeit der halbunabhängigen kurdischen Emirate, waren die Kurden zumeist Vasallen der Osmanen oder bildeten kleine politische Einheiten. Die drei mächtigsten Herrscher-Dynastien des heutigen Irakisch-Kurdistan existierten in den 20er und 30er Jahren des 19. Jahrhunderts: *Soran* mit der Hauptstadt Ruwandiz, *Baban* in der Sulaimani-Region und *Badinan*, dessen Regierungssitz in Amadia war.

In der Zeit zwischen 1822-1824 eroberte Soran mehrere Gebiete von Baban. 1831 bemächtigte sich dessen Fürst, Miri Kora, ganz Badinans.¹⁶ Miri Koras Machtexpansion wurde endgültig Einhalt geboten, nachdem er das Botan-Emirat¹⁷ überfiel. Sorans Fürstentum wurde von einer Osmanischen Strafexpedition im Jahr 1836 unterworfen.¹⁸ Ähnlich verlief die Entwicklung in fast allen übrigen Emiraten wenige Jahre später und zwar durch eine Verkettung ungünstiger Umstände: innere Machtrivalität, die wechselhafte Beziehung der Emirate untereinander sowie zu den Osmanen und Safawiden etc. Der Zentralgewalt der Osmanen gelang es letztendlich, das endgültige Ende dieser halbselbständigen Emirate Mitte des 19. Jahrhunderts mit der Unterwerfung Babans herbeizuführen.¹⁹ So änderte sich die Lage in allen Zentren Kurdistans durch die direkte Herrschaft osmanischer Gouverneure von Grund auf.²⁰

Nach dem Untergang der kurdischen Emirate begann mit der Bewegung von Shaikh Ubeidulla Nahri eine neue Epoche. Nahrins Bemühungen hatten zum Ziel, z. T. als Reaktion auf die miserablen Zustände in den Reichen der Osmanen und Safawiden, eine unabhängige kurdische staatliche Institution zu errichten.²¹ Der Shaikh übernahm anstelle

¹³ Die wichtigsten späteren Verträge, die auch auf den Vertrag von 1639 basierten, waren: Gurdan von 1746, Arzarum I und II von 1823 und 1847. Vgl. ebd., S. 16-23; van Bruinessen, 1989, S. 185-87; G. Behrendt: Nationalismus in Kurdistan, Hamburg 1993, S. 122-24.

¹⁴ Ebd., 1993, S. 106.

¹⁵ Minorsky, 1927, S. 1223. Van Bruinessen, 1989, S. 189. Vgl. J. Matuz: Das Osmanische Reich. Grundliniern seiner Geschichte. 2. Aufl. Darmstadt 1990, S. 97.

¹⁶ J. Nebez: Der kurdische Fürst Mîr Muhammed-î Rawândizî genannt Mîr-î Kôra im Spiegel der Morgenländischen und Abendländischen Zeugnisse, Ein Beitrag zur kurdischen Geschichte, Hamburg 1970, S. 123-35. Minorsky, 1927, S. 1228-29.

¹⁷ Botan war unter Fürst Badirkhan im Begriff, einen Kurdenstaat zu gründen. Nebez, 1970, S. 133.

¹⁸ Nebez thematisiert in Kapitel D seiner Dissertation die Sturzursachen Miri Koras. Ebd., S. 136-151.

¹⁹ S. H. Longrigg: Four Centuries of Modern Iraq, Oxford 1925, S. 286-87.

²⁰ Vgl. van Bruinessen, 1989, S. 236.

²¹ Laut Schilderungen der russischen Diplomatie habe Nahri einen Aufstand gegen die Osmanen anzetteln wollen, um »in Türkei-Kurdistan eine kurdische Regierung unter seiner Führung zu bilden und die Stadt Mossul zu seiner Residenz zu machen.« J. Jalil: Der Aufstand der Kurden im Jahr 1880, aus dem Russischen ins Kurdische von Kaws Qaftan, Bagdad 1987, S. 167. Siehe auch

der säkularisierten Fürsten die Führung und durch seine religiöse Funktion war er imstande, eine Art gesamtkurdisches Konzept zu vertreten.²² Diese neue Bewegung, die nationale bzw. patriotische Züge in sich trug, verzeichnete zwar kurzfristig Erfolge, musste aber unter den Kämpfen mit den Osmanen zurückweichen. Daraufhin lenkte Nahri 1880 seine Ambitionen in Richtung des Safawiden-Reiches um. Erfolgreich war er dort in der Anfangszeit: Die iranischen Kurden empfingen ihn als Befreier.²³ Sein Aufstand hielt jedoch gegen großangelegte Offensiven der safawidischen Truppen nicht allzu lange stand.²⁴ Nach seiner vollständigen Niederlage im selben Jahr kehrte er in seinen Heimatort zurück und wurde später nach Mekka verbannt, wo er ein Jahr später verstarb.²⁵

Nach dieser gescheiterten Bewegung sind zwei weitere Entwicklungen im Rahmen dieser Arbeit erwähnenswert: Im Jahr 1890 schuf Sultan Abdul-Hamid aus zumeist kurdischen und teilweise turkmenischen Stämmen aus einigen Provinzen im Osten Anatoliens die Hamidiya-Milizen, um einerseits die armenischen Partisanen effektiver zu bekämpfen²⁶ und das Reichsheer zu stärken, und andererseits die Stammesleute indirekt unter Kontrolle halten zu können.²⁷ Diese Politik kann als ein Rückschlag für die schon zuvor angestrebten Dezentralisierungsversuche des Reiches betrachtet werden, die das Imperium von den enormen Krisen nicht befreiten. Die zweite wichtige Entwicklung spielte sich im Juli 1908 ab. In jenen Tagen drohte ein Militärputsch der Jungtürken die Macht des Sultans endgültig zu brechen. Daraufhin berief der Sultan das dreißig Jahre zuvor suspendierte Parlament wieder ein. Dadurch verbreitete sich eine allgemeine Stimmung der Versöhnung. Aus dieser Veränderung zogen auch die Kurden Nutzen. Kurdische Aristokraten gründeten in Istanbul am 19. September des gleichen Jahres die erste definitiv kurdische Organisation *das Kurdische Komitee für gegenseitige Hilfe und Fortschritt*.²⁸ Obgleich die Aktivitäten dieses Komitees auf den engen Kreis des städtischen Milieus beschränkt waren und das Komitee keine große Resonanz in der breiten Bevölkerung hatte, war dies der Beginn der Entwicklung eines kurdischen Nationalbewusstseins. Ähnlich wie der kurzlebige jungtürkische Liberalismus, konnte sich diese Organisation nicht lange halten. Nach achtmonatiger Herrschaft der Jungtürken versuchten diese, alle "Oppositionellen" zu beseitigen.²⁹

Außer den Osmanen und den Safawiden interessierten sich andere Akteure für Kurdistan wie: Russland, Großbritannien, Deutschland und Frankreich. All diese Mächte konkurrierten um den Einfluss im Kurdengebiet.

Nahris politischen Aussagen bei: Die Kurdische Bewegung im neuen Zeitalter, Jalili Jalil, Lazarev, Hasratian u.a., aus dem Russischen ins Arabische von Abdi Hajji, Beirut, 1992, S. 34-35.

²² F. Ibrahim: Die kurdische Nationalbewegung im Irak, Eine Fallstudie zur Problematik ethnischer Konflikte in der Dritten Welt, Berlin 1983, S. 138-39.

²³ The Teheran Times vom 17. November 1880, nach Die Kurdische Bewegung im neuen Zeitalter, 1992, S. 36.

²⁴ Die Kurdische Bewegung im neuen Zeitalter, 1992, S. 37-39.

²⁵ Siehe dazu: E. Franz: Kurden und Kurdentum, Zeitgeschichte eines Volkes und seine Nationalbewegungen, Hamburg 1986, S. 135; Behrendt, 1993, S. 214-226.

²⁶ An den Massakern an den christlichen Armeniern (1894-1896) beteiligten sich diese Regimenter aktiv. Vgl. dazu: K. M. Ahmad: Kurdistan während der Jahre des Ersten Weltkrieges (Kurdisch), Bagdad 1975, S. 89-156 (1995 erschien die englische Ausgabe dieses Buches in Großbritannien) und Behrendt, 1993, S. 247-54.

²⁷ Siehe ebd. S. 240.

²⁸ Ebd. S. 268.

²⁹ Ebd. S. 276.

Das geographisch benachbarte zaristische **Russland**, das seit Peter dem Großen einen eisfreien Zugang zum Meer anstrebte³⁰ und die Sicherheit an seinen Südgrenzen im Kaukasus suchte,³¹ richtete im letzten Jahrhundert seinen Blick verstärkt in Richtung Süden und nahm dabei auch Kurdistan ins Visier. Obgleich Russland in seinem Kampf gegen die Osmanen und die Safawiden eine geringe Anzahl kurdischer Stämme auf seine Seite ziehen konnte, blieb seine Rolle in der Kurdenfrage eher unbedeutend. Einerseits standen die Kurden in der Mehrzahl aus religiösen und geographischen Gründen den Osmanen nahe, andererseits räumte Russland der Armenienfrage Priorität ein.³²

Das Zarenreich erhielt mit dem Vertrag von San Stefano von 1878 einige Sonderrechte im Osmanischen Reich. Mit diesem Vertrag war das Imperium bemüht, seine Interessen zu wahren. Darüber hinaus hielt eine eventuelle Errichtung britischer Stützpunkte im Osmanischen und Persischen Reich die Russen davor zurück, die "Kurdenfrage" direkt auszunutzen.³³

Anders als Russland begannen zwischen den Jahren 1870 und 1914 die europäischen Staaten Territorien jenseits der eigenen Grenzen zu politisch und wirtschaftlich abhängigen Kolonien zu machen, und sogar überseeische Kolonialreiche zu gründen. Man spricht von der Epoche des Imperialismus. Großbritannien, Deutschland und Frankreich waren die Mächte, deren Einfluss im Mittleren Osten am stärksten war.

Großbritannien, das durch den Bau der größten Handelsflotte der Welt eine wirtschaftliche und politische Vormachtstellung innehatte,³⁴ unterstützte seit dem 19. Jahrhundert die Souveränität und Integrität des Osmanischen Reiches. Mehrere Faktoren lagen dieser Politik zu grunde: einer dieser Faktoren war die geographische Nähe. Die südwestlichen Grenzen des Osmanischen Reiches stießen an den Persischen Golf, wo die Engländer eine ihrer wichtigen Einflusszonen hatten. Ein anderer Faktor waren die Handels- und Wirtschaftsinteressen des britischen Empires in dieser Region, die immer mehr an Bedeutung gewannen.³⁵

³⁰ Im Jahr 1703 gründete er St. Petersburg und gewann damit für Russland einen Hafen an der Ostsee. F. Rasoul: Großmachtpolitik und Freiheitskampf, Kurdistan und die sowjetische Nahost-Politik, Wien 1988, S. 65.

³¹ Der russische Außenminister A. M. Gortschakow erklärte schon 1864 in einer berühmten Note an die europäischen Mächte das Vordringen seines Landes in Asien folgendermaßen: »Die Sicherheit der Grenzen und des Handels verlangt (...), daß der zivilisierte Staat ein gewisses Übergewicht über seine Nachbarn ausübe. Zunächst sind ihre Einfälle und Plünderungen zurückzuweisen. Um denselben ein Ende zu machen, ist man genötigt, die Grenzbevölkerung zu einer mehr oder minder direkten Unterwerfung zu zwingen.« O. Hoetzsch: Rußland in Asien, Geschichte einer Expansion, Stuttgart 1966, S. 27.

³² Vgl. Ahmad, 1975, S. 25-26.

³³ Rasoul, 1988. S. 66.

³⁴ G. v. Schulze-Gaevernitz: Britischer Imperialismus und englischer Freihandel zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts, Leipzig 1906, S. 287.

³⁵ Kedourie, 1956, S. 10, nach G. R. Atiyah: Iraq: 1908-1921, A Socio-Political Study, Beirut 1973, S. 71. Eine medizinische Mission, die der englischen Kirche angehörte, musste aus Mangel an Geldmittel in Mossul aufgeben. Der englische Konsul in Bagdad schaltete sich aktiv ein und ließ dies nicht zu. In diesem Zusammenhang schrieb Lloyd G. über die Bedeutung der englischen Präsenz dort folgendes: »From a political point of view (...), it should be clearly realized that its existence and work is of immense and far-reaching importance British interests also are destined to rapidly develop or decline in the course of the next decade, in view of the development which promises to open up this country to foreign enterprise and competition, and it seems most inadvisable that such a powerful lever of civilizing and political influence should be thrown aside ...« F.O. 371/353/30070, zitiert nach ebd., S. 75.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war Großbritannien am Bestehen eines möglichst starken Osmanischen Reiches interessiert, um jeglichen Gefahren durch feindliche Mächte rechtzeitig entgegenwirken zu können.³⁶

Ein weiterer maßgeblicher Faktor, der die englischen Interessen bestimmte, war das Erdöl. Admiral Lord Fischer erkannte als erster die Bedeutung des Erdöls. Im Jahr 1882 sagte er der britischen Regierung: »The use of fuel oil adds 50 % to the value of any fleet that uses it.«³⁷ Diese Feststellung fand große Resonanz bei den Engländern. Bereits im Mai 1901 gelang es dem Engländer W. K. D'Arcy vom Schah eine Ölkonzession für 60 Jahre zu erhalten.³⁸ Winston Churchill, damals der erste Lord der Admiralität, legte sogar dem Unterhaus am 17. Juli 1913 die Richtlinie seiner Politik folgendermaßen vor:

»Der Endzweck unserer Politik ist der, dass die Admiralität unabhängiger Eigentümer und Erzeuger der von ihr benötigten Vorräte an flüssigem Heizmaterial werde. Erstens müssen wir hier im Lande selbst eine Ölreserve schaffen, die genügend gross ist, um uns für Kriegszeiten zu sichern und in Friedenszeiten Preisschwankungen auszuschalten; zweitens müssen wir die Befugnisse erlangen, Rohöl einkaufen zu können, wenn es billig auf den Markt kommt; die dritte Seite dieser Politik ist die, dass wir zumindest bezüglich eines Teils des Rohöls, das wir benötigen, Eigentumsrecht, jedenfalls aber Kontrolle an der Quelle selbst erlangen.«³⁹

Den Beweggrund dazu formulierte er wie folgt: »the oil supplies of the world in the hands of vast oil trusts under foreign control. . . Oil had to be bought in a monopolyridden market.«⁴⁰

Es lag nahe, dass das Osmanische Reich, genannt »der kranke Mann am Bosphorus«, auf die Dauer kein Bestehen haben würde. Die Engländer zogen dessen Verfall in Erwägung und beabsichtigten, die Osmanen in Mesopotamien zu beerben.⁴¹ Dies brachte der britische Botschafter in Teheran, G. N. Curzen, ein Nahostkenner, schon 1892 in seinem Buch über Persien⁴² sowie im Jahr 1899 in einem Lagebericht über die britische Politik in Persien und am Persischen Golf zum Ausdruck.⁴³

Dass der Persische Golf und Mesopotamien allein die englischen Ambitionen nicht restlos befriedigten, wird aus in einer im House des Lords gehaltenen Rede des bereits genannten englischen Politiker deutlich:

³⁶ H. U. Hoepli: England im Nahen Osten, Das Königreich Irak und die Mossulfrage, Erlangen 1931, S. 19.

³⁷ E. H. Davenport/S. R. Cooke: The Oil Trusts & Anglo-American Relations, 2nd ed., London 1976 (1923), S. 4.

³⁸ Siehe Einzelheiten bei ebd., 1923, S. 11-12 und S. H. Longrigg: Oil in the Middle East, Its discovery and development, 2nd impr., London/New York 1955 (1954), S. 17.

³⁹ Parliamentary Debates, House of Commons, 17th July 1913, Vol. 55, Cols. 1474-1475, Speech by W. Churchill, nach L. Denny: Ölquellen / Kriegsquellen, Aus dem englischen *We fight for Oil* von F. v. Richetti übersetzt, Zürich/Leipzig 1930, S. 26.

⁴⁰ Davenport/Cooke, 1976, S. 22.

⁴¹ Vgl. Atiyyah, 1973, S. 108.

⁴² G. N. Curzon: Persia an the Persian question, 2nd impr., Vol. 2. London 1966 (1892), S. 578. Dort bemerkte er: »Baghdad, in fine, falls under the category of the Gulf ports, and must be included in the zone of indisputable British supremacy.«

⁴³ Es hieß: »The fate of Mesopotamia lies beyond our ken: and it may be that in the collapse of the Ottoman Empire, some stronger Power may one day exercise dominion at Baghdad, may occupy Basrah, and may demand access for its vessels to the neighbouring waters of the Gulf. Such a consummation, it is in our opinion, in the interests of British policy, as long as may be possible, to postpone.« British Documents on the Origins of the War 1898-1914, ed. by G. Gooch/ H. Temperley, Vol. IV, The Anglo-Russian Rapprochement 1903-7, London 1929, S. 356-363 (Künftig zitiert als BDOW, 1929).

»It would be mistake to suppose that our political interests are confined to the Gulf. They are not confined to the Gulf; they are not confined to the region between Basra and Baghdad: they extend right away up to Baghdad.«⁴⁴

Der Satz »extend right away up to Baghdad« erfaßte zweifelsfrei Süd-Kurdistan, das bekanntlich in Norden und Nordosten von Bagdad liegt.⁴⁵

Behält man die Interessen bzw. das Vordringen der Russen im Norden und die Interessen der Briten im Süden in das Reich der Sultane vor Augen, wird die Annäherung der Osmanen an **Deutschland**, das um die Jahrhundertwende immer stärker als eine weltpolitische Macht auftrat, besser verständlich. Angefangen haben die deutsch-osmanischen Beziehung eher in Form der Militärmissionen. Die schwere Niederlage der Osmanischen Armee im Krieg gegen Russland (1828-29) bewies, in welcher schwieriger Modernisierungskrise sich das Reich mit seinen verkrusteten Strukturen befand. Der Herrscher am Bosphorus war auf die Militärhilfe einer Macht angewiesen, die in keinem Konflikt mit ihm stand. Preußen, das eine hervorragende Armee besaß, war hier der geeignetste Partner.⁴⁶ In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die deutsch-osmanischen Beziehungen konkreter gestaltet. Die Deutsche Bank z.B. spielte bei vielen Projekten des Reiches eine kaum zu übersehende Rolle. Das Vorhaben des Sultans, die Bahnlinie von Angora bis Bagdad zu verlängern, sorgte für die Zuspitzung des Interessenkampfes der europäischen Mächte. Alle verhandelten in der Hoffnung, die Konzession für dieses Projekt zu gewinnen. Deutschland erhielt schließlich die Zusage für den Bau der Bahnlinie Konia-Bagdad-Basra am 26. November 1899. 1903 unterschrieb man den entsprechenden Vertrag.⁴⁷ Diese Konzession eröffnete den Deutschen große Einflussmöglichkeiten im Mittleren Osten. Darum waren die Konkurrenten Deutschlands äußerst beunruhigt und traten diesem Projekt massiv entgegen. Vor allem England, so stellt Longrigg es dar, »was shocked now at the threat to India and to British interests in 'Iraq and the Gulf.«⁴⁸ Das Deutsche Kaiserreich wich der Verwirklichung dieses Großunternehmens jedoch nicht aus, sondern versuchte, die gegensätzlichen Interessen auszugleichen. Diese Bemühungen waren von Erfolg gekrönt.⁴⁹ Als der Erste Weltkrieg ausbrach, blieb jedoch das Projekt aber auf halbem Wege stecken.

⁴⁴ P. W. Ireland: 'Iraq, A Study in Political Development, 2nd ed., London 1970 (1937), S. 49.

⁴⁵ Vgl. Ahmad, 1975, S. 20-21.

⁴⁶ Vgl. H. v. Moltke: Unter dem Halbmond, Erlebnisse in der alten Türkei 1835-39, Stuttgart 1979, S. 32-33. Lebendig und unterhaltsam erzählt von Moltke von seinen Erlebnissen dort, u.a. wie er einmal bei »Belagerung eines Kurdenschlosses« persönlich mitwirkte. Ebd., 248-58.

⁴⁷ Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871-1914, Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914. Sammlungen der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes, 14. Band: Weltpolitische Rivalitäten, Zweite Hälfte, Berlin 1914, S. 443 und 491-93 (Künftig zitiert als DAAA, 1924).

⁴⁸ S. H. Longrigg: 'Iraq, 1900 to 1950, A Political, Social, and Economic History, 2nd impr., London 1956 (1953), S. 59.

⁴⁹ Russland zog seinen Einspruch gegen die Bagdadbahn im November 1910 gemäß dem Potsdamer Abkommen zurück, als der deutsche Vertreter »agreed that Germany would not seek concessions in North Persia likely to affect Russia's strategic interests.« C. J. Lowe/ M. L. Dockrill: The Mirage of Power, Vol. 1: British Foreign Policy 1902-1914, London/Boston 1972, S. 89. Frankreich erhielt im Februar 1914 das Recht, eine Bahnlinie in Syrien und Südanatolien zu bauen. Am 28. Juni 1914 erfolgte die offizielle Konzessionsverteilung an der Turkish Petroleum Company, an der die anglo-persische Oil-Company mit 50% beteiligt war, welche sämtliche Erdölvorräte in Mossul und Bagdad umfasste. Siehe Einzelheiten bei: BDOW, Vol. X, Part II: The Last Years of Peace, 1938, S. 199-420 und DAAA, 37. Bd.: Entspannungen unter den Mächten 1912-1913 Erste und Zweite Hälfte, 1926, S. 139-640.

Weniger maßgeblich war der wirtschaftliche und politische Einfluss **Frankreichs** im Osmanischen Reich. Die Franzosen versuchten ebenfalls ihre Interessen in der Region geltend zu machen und richteten ihr Augenmerk insbesondere auf Mossul und dessen Umgebung.⁵⁰ Da ihr Auftreten jedoch weniger drohend als das der Engländer war, spielten sie während der wichtigsten Entwicklungen im Osmanischen Empire eine weitaus geringere Rolle.⁵¹

⁵⁰ Ahmad, 1975, S. 28-29.

⁵¹ Vgl. DAAA, 1924, S. 457.

Erster Teil

Der Kurden-Konflikt von seinem Anfangsstadium 1917 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges

Kapitel Eins

Die ersten Bemühungen von Shaikh Mahmud Barzinji zur Gründung eines kurdischen Staates in der Zeit der britischen Okkupation Süd-Kurdistans 1917-1919

In der beginnenden Neuzeit des zwanzigsten Jahrhunderts drängte sich der Eindruck mehr denn je auf, dass die Herrschaftslegitimität des Osmanischen Reiches, welche sich auf den islamischen Universalismus gründete, trotz deren breiter Anerkennung und Akzeptanz durch die Muslime, von nicht wenigen einflussreichen Persönlichkeiten und elitären Schichten der orientalischen Gesellschaften allmählich in Frage gestellt wurde. Verstärkt nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges hielt die Idee des europäischen Nationalstaates in der einen oder anderen Form Einzug bei den Aktivisten der jeweiligen Gemeinschaften. Nun stand das Osmanische Reich eindeutig auf wackligen Füßen und musste den neuen politischen Strömungen nach und nach weichen. Die fortdauernden Niederlagen des Osmanischen Heeres begünstigten die Entfaltung dieser emanzipatorischen Bestrebungen erheblich. Seitdem waren viele, unterschiedlich starke Bewegungen in den verschiedenen kulturellen Gemeinschaften des Osmanischen Reiches zu beobachten, die auf eine grundlegende Änderung der politischen Verhältnisse zielten. Diese erhofften sich, dass daraus konstitutionell verfasste, nationalstaatliche Gebilde in der Region entstünden.

1 Die ersten kurdisch-britischen Annäherungsversuche in Süd-Kurdistan

Mit der Landung britischer Streitkräfte in der kleinen Hafenstadt Faw am persischen Golf Anfang November 1914 begann das Einrücken Großbritanniens in den Irak.¹ Am 23. des gleichen Monats okkupierte die einmarschierte Armee, genannt Indienarmee, Basra, das Wilayat-Zentrum, ohne jegliche Kampfhandlungen. Trotz des erbitterten Widerstandes der Osmanischen Streitkräfte, die gelegentlich von arabischen sowie kurdischen Kräften unterstützt wurden, war das Vordringen der Briten langfristig nicht aufzuhalten. Durch den fortdauernden Vormarsch Großbritanniens bis nach Bagdad im März 1917² taten sich jedoch neue Perspektiven für die Zukunft dieser Region auf. Denn nach den englischen Plänen durfte »Mesopotamien«³ nicht mehr in türkische Hände fallen.⁴

¹ M. G. S. P. Cox: Iraq, in: The Journal of the Royal Empire Society, Vol. XX, No. 3, London, March 1929, S. 132-144, 135. Ireland, 1970, S. 21.

² E. Topf: Die Staatenbildungen in den arabischen Teilen der Türkei seit dem Weltkriege nach Entstehung, Bedeutung und Lebensfähigkeit, Hamburg 1929, S. 86-87.

³ Im Kapitel Drei (Abschnitt 3) dieser Arbeit wird der Begriff Mesopotamien in seinem historischen und geographischen Zusammenhang kurz vorgestellt.

⁴ Der britische Premier Lloyd George verteidigte in seiner Rede vom 29. Juni 1917 in Glasgow, das Kriegsziel Großbritanniens: »We are fighting for the essential principles of civilization, and unless we insist upon it we shall not have vindicated what is the basis of right in every land.« Lloyd George wies zwar die Vorwürfe zurück, wonach sie hinter den deutschen Kolonien, Mesopotamien und wahrscheinlich auch Palästina stünden, sagte aber über die Zukunft Mesopotamiens, das er 'Wiege' und 'Tempel der Zivilisation', nannte, die unter türkischer Herrschaft ein »wilderness« sei: »What will happen to Mesopotamia must be left to the peace conference when it meets, but there is one thing that will never happen to it - it will never be restored to the blasting tyranny of the Turk.« J. B. Scott: Official Statement of War Aims and Peace Proposals, December 1916 to November 1918, Washington 1921, S. 110-11. Die oben aufgeführte Beschreibung des britischen Premiers ähnelt inhaltlich sowie sprachlich der ebenfalls

Anfang Dezember 1914 waren bereits formelle Verbindungen zwischen den Engländern und Kurden, insbesondere von Süd-Kurdistan aufgenommen worden.⁵ Diese Beziehungen nahmen in den darauffolgenden Jahren an Bedeutung zu. Nach der Okkupation der Stadt Kirkuk im Mai 1918 durch die britischen Streitkräfte entschieden die in der Stadt Sulaimani versammelten kurdischen Notabeln und Stammesführer des Gebietes, eine provisorische kurdische Regierung zu bilden. Diese Regierung, die unter der Führung Shaikh Mahmud Barzinjis, dem Oberhaupt der bekannten Barzinji-Shaikh-Dynastie, die schon im 17. Jahrhundert internationalen Ruf als Gelehrte erworben hatte,⁶ stehen sollte, war bemüht, freundschaftliche Beziehungen zu den britischen Streitkräften aufzunehmen.⁷ In seinem Brief an die Briten bat Shaikh Mahmud Großbritannien herzlich, »not to exclude Kurdistan from the list of liberated peoples.«⁸ Dies dokumentiert u.a., dass spätestens zu diesem Zeitpunkt patriotische Tendenzen bzw. Ideen zu nationalstaatlichen Organisationsformen einflussreiche Kurden in Süd-Kurdistan erreicht hatten.

Der plötzliche Abzug der Engländer nach zwei Wochen aus der eroberten Stadt und die Rückeroberung des Gebietes durch die Osmanen enthüllte diese Kontakte, was die Türken dazu veranlasste, Shaikh Mahmud und andere kurdische Notabeln mit Gefängnis oder Bußgeldern zu bestrafen.⁹ Da die Gefahr der Russen noch im Osten lauerte, vermieden die Türken, eine neue Front in den letzten Monaten des Krieges gegen die Kurden zu öffnen. Sie versöhnten sich mit Shaikh Mahmud, der zuvor auf ihrer Seite stand bzw. eine bedeutende Rolle bei der Vertreibung der Russen gespielt hatte, und ernannten ihn zum Milizenführer und am 2. Oktober 1918 zum Statthalter für das Gebiet Sulaimani.¹⁰

Fünf Tage vor dem Ende des Ersten Weltkrieges nach dem Mudros-Abkommen vom 31. Oktober 1918 rückten die Engländer erneut in die Stadt Kirkuk ein. Damit blieb die in Sulaimani stationierte Osmanische Garnison von der Hauptstadt des Wilayat Mossul abgeschnitten. Gemäß dem erwähnten Waffenstillstandsabkommen¹¹ zogen sich die

1917 in einer 47seitigen Broschüre von einem englischen Pfarrer über Mesopotamien publizierten Ausführungen. J. T. Parfit: *Mesopotamia: The Key to the Future*, London/New York 1917.

⁵ Arnold T. Wilson: *Mesopotamia, 1917-1920, A Clash of Loyalties, A Personal and Historical Record*, London 1931, S. 4. Schon in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts hatten sich englische Reisende in Kurdistan aufgehalten und das Land kennengelernt. Ahmad, 1975, S. 1-29.

⁶ Siehe R. Hilmi: *Memoiren, Irakisch-Kurdistan und die Erhebungen Shaikh Mahmuds (Kurdisch)*, Bd. 1, Bagdad 1956, S. 33-36, J. Taqe: *Der Kampf des kurdischen Volkes in den Memoiren von Ahmad Taqe (Kurdisch)*, Bagdad, 1970, S. 16 sowie van Bruinessen, 1989, S. 290-91.

⁷ *Review of the Civil Administration of Mesopotamia*, in: *The House of Commons/Great Britain, Account & Papers*, Published by His Majesty's Stationery Office, Vol. 51, London 1920, S. 911-1062. 43. Siehe auch Wilson, 1931, S. 86.

⁸ *Review of the Civil Administration of Mesopotamia*, 1920, S. 59. Wilson schreibt dazu: »Shaikh Mahmud himself worte 'on behalf of all the Kurdish people on either side of the frontier' [auf beiden Seiten Kurdistans (Persisch- sowie Osmanisch-Kurdistans)], offering to hand over the reins of Government to us or to officiate as our representative under the protection the glorious British flag. The people of Kurdistan, he said, were delighted with our successes, and, freed by the valour of our troops from Turkish despotism, looked forward to prosper under our rule as 'Iraq had prospered. He concluded by asking for an assurance that in no circumstances would we permit the restoration of Turkish authority in Kurdistan.« Wilson, 1931, S. 86. Siehe auch A. Khawaja: *Was ich gesehen habe, Die Aufstände vom großen Shaikh Mahmud (Kurdisch)*, Bd. 1, Bagdad 1968, S. 18.

⁹ Wilson, 1931, S. 87.

¹⁰ Hilmi, Bd. 1, 1956, S. 50 ff. Taqe, 1970, S. 21, Khawaja, Bd. 1, 1968, S. 19.

¹¹ Siehe den Text bei Scott, 1921, S. 444-45.

osmanischen Behörden aus der Stadt Sulaimani zurück. Shaikh Mahmud übernahm das Amt des Gouverneurs und suchte erneut Kontakte zu den Engländern, die ihm ihrerseits eine Delegation unter Leitung von Major Noel zuschickten.¹²

Als amtierender 'Civil Commissioner' stellte Kolonel Arnold T. Wilson Major Noel als 'Political Officer' der Division von Kirkuk ein. Diese Division erstreckte sich vom Fluss des kleinen Zab bis Diyala und nordöstlich des Flusses bis zur osmanisch-persischen Grenze. Noel wurde u.a. beauftragt:

»For the present it must be considered as falling within the sphere of military occupation and administration of this Force, and you should proceed on this assumption in your dealings with local chiefs, bearing in mind that it is improbable that the military authorities will see their way to detach troops permanently to Sulaimani or to other places east of our present line. It should be your object to arrange with local chiefs for the restoration and maintenance of order in areas outside the limits of our military occupation, for the exclusion and surrender of enemy agents and for the supply of commodities needed by our troops. You are authorized to incur such expenditure as may be necessary to this end, subject to previous authority in case of large sums and on the understanding, which should be made clear to the chiefs, that any arrangements you may make are of necessity provisional and subject to reconsideration at any time. You are authorized to appoint Shaikh Mahmud as our representative in Sulaimani, should you consider this expedient, and to make other appointments of this nature at Chamchamal, Halebja, &c. at your discretion [...]«¹³

Major Noel, der englische Gesandte, gab in Sulaimani bekannt, dass Shaikh Mahmud zum Gouverneur 'Hukomdar' des Distrikts ernannt worden ist.¹⁴ Am Tag dieser Erklärung wurde Shaikh Mahmud als Gouverneur von den örtlichen Notabeln, Stammesführern der Region und der Bevölkerung gehuldigt. Es wurde auch vereinbart, dass Noel entsprechende Maßnahmen auch in anderen kurdischen Gebieten zum Anschluss an das neue Kurdistan treffen sollte.¹⁵

Nicht nur für die Engländer, die ohne militärische Operationen eine große Provinz halten konnten, war diese Verständigung mit den Kurden von Bedeutung; für die Kurden ebenfalls. Der Krieg hatte Spuren der Not in der Region hinterlassen. Wirksame britische Hilfe linderte diese Notlage immens.¹⁶

Der konkrete Anlass der Engländer für diese Annäherung an die Kurden bestand vorerst darin, dass die schweren Kriegsfolgen an Großbritanniens militärischen und finanziellen Kräfte erheblich gezehrt hatten. Je mehr die Briten während des Krieges nach Norden vordrangen, desto mehr waren sie auf lokale Hilfe angewiesen.¹⁷ Wie es auch

¹² Hilmi, Bd. 1, 1956, S. 57.

¹³ Wilson, 1931, S. 128.

¹⁴ Ebd. Nach Khawaja soll Noel, der in persischer Sprache seine Erklärung abgegeben hat, Shaikh Mahmud zum Gouverneur von Kurdistan erklärt haben. Khawaja, Bd. 1, 1968, S. 21. Taque, 1970, S. 23. Der Begriff Hukomdar zu Deutsch 'Machtinhaber' war bis dahin bei den Kurden nicht bekannt, so erzählt Shaikh Raouf, Shaikh Mahmuds Sohn, in seinen unveröffentlichten Memoiren. Manchmal sei die Bedeutung des Begriffs als König interpretiert worden, fügt er dem hinzu. Nach M. R. Hawar: Der Leader Shaikh Mahmud and der Südliche Staat von Kurdistan (Kurdisch), London 1991, S. 408.

¹⁵ Hilmi, Bd. 1, 1956, S. 62.

¹⁶ Ebd., S. 63-64. Siehe auch Wilson, 1931, S. 128-29.

¹⁷ Lowe/Dockrill, Vol. 2, 1972, S. 362; Hoepfli, 1931, S. 34. Vgl. auch Review of the Civil Administration of Mesopotamia, 1920, S. 63.

gewesen sein mag - letztendlich diente die Kooperation der Briten mit Shaikh Mahmud dazu, die Idee eines Kurdenstaates voranzubringen und zu realisieren.¹⁸

2 Die Unstimmigkeiten in den britisch-kurdischen Verhältnissen

Auf die kurzfristige Phase der erfolgreichen Annäherung folgte eine eher kritische Zeitspanne, in der die nun befreundeten Parteien jeweils bemüht waren, sich über die Zukunft Klarheit zu verschaffen.

Wilson stattete dem kurdischen Gebiet am 1. Dezember 1918 einen Besuch ab. Nach langwierigen Diskussionen mit den Kurden war der Ausgang der Verhandlungen für beide Seiten zufriedenstellend. Die kurdische Seite, erzählt Wilson, unterzeichnete folgendes Dokument:

»His Majesty's Government having announced that their intention to liberate the Eastern peoples from Turkish oppression and to grant assistance to them in the establishment of their independence, the chiefs, as the representatives of the people of Kurdistan, beg Government to accept them also under British protection and to attach them to 'Iraq so that they may not be deprived of the benefits of that association. They request the Civil Commissioner of Mesopotamia to send them a representative with the necessary assistance to enable the Kurdish people under British auspices to progress peacefully on civilized lines. If Government extends its assistance and protection of them, they undertake to accept its orders and advice.'«¹⁹

Shaikh Mahmud erhielt ein unterschriebenes Dokument mit zwei Punkten: jedem kurdischen Stamm vom Großen Zab bis Diyala wurde das Recht gewährt, aus eigenen Willen die Führung Shaikh Mahmuds zu akzeptieren. Shaikh Mahmud sollte außerdem die moralische Unterstützung Großbritanniens erhalten, um die oben genannten Bereiche im Namen der britischen Regierung, deren Ordnungen er zu befolgen beabsichtigte, zu kontrollieren.

Wilson machte bei diesem Besuch die ersten kritischen Anmerkungen. Die Kurden, so fand er heraus, waren zwar bereit bei der Rückkehr der Türken Widerstand zu leisten, so wie es sich die Briten wünschten. Dagegen stimmten die Ziele und Vorstellungen von Shaikh Mahmud nicht unbedingt mit den britischen Plänen überein; zumindest nicht in der Form, wie einerseits der Kurdenchef sie zu pflegen versuchte und andererseits wie Wilson sie zu interpretieren vermochte. Shaikh Mahmud verstand sich als Vertreter aller im Wilayat Mossul lebenden Kurden, auch der aus dem Iran, und verfolgte das Ziel der Errichtung eines autonomen kurdischen Einheitsstaates unter britischem Protektorat. Der Feststellung fügt Wilson allerdings hinzu: »The possibility clearly deserved the closest

¹⁸ Ibrahim meint im Zusammenhang zu der Kritik der Engländer über das von ihnen selbst eingeführte 'indirect-rule'-System, welche Shaikh Mahmud für seine eigene Anstrengungen ausnutzte und zur »Retribalisierung« der Kurden geführt hatte, dass »[...] die Entstehung einer Zentralinstanz oder Autorität in Süd-Kurdistan bedeutend für die nationale Aspiration der Kurden« war. Ibrahim, 1983, S. 264.

¹⁹ Wilson, 1931, S. 129. Es ist anzumerken, dass dieses Dokument das Badinan-Gebiet nordwestlich von Mossul nicht erfasste und namentlich Iranisch-Kurdistan aus der Sache ausschloss. Unter Berufung auf ein offizielles Dokument (India Office, Political Department, 27 August 1919, FO371/4192, PRO, p.2) schreibt Eskander: »At this meeting, the Kurdish side sought to obtain a promise from the British regarding the political future not only of southern Kurdistan, but all parts of Kurdistan, i.e. united and an independent Kurdistan under British protection.« S. Eskander: Britain's Policy in Southern Kurdistan: The Formation and the Termination of the First Kurdish Government, 1918-1919, in: British Journal of Middle Eastern Studies, Vol. 27 (2), London 2000, S. 139-163, 151.

consideration, for if feasible it promised greatly to simplify the task of forming an Arab State from the rest of three wilayats [Basra, Bagdad und Mossul].«²⁰

Gemäß der Übereinkünfte schien sich die politische und wirtschaftliche Lage zu verbessern. Zeitgleich aber drängte sich die Notwendigkeit auf, die gegensätzlichen Meinungen zu klären. Shaikh Mahmuds Einfluss erstreckte sich zunächst schnell bis zu den Kleinstädten Rania und Ruwandiz, nachdem Major Noel Ende Dezember 1918, wie vereinbart, die Gebiete besucht hatte. Wilson schreibt über die kurdischen Führer dort: »They all expressed their readiness to accept Shaikh Mahmud as British representative in Kurdistan, and professed themselves eager to join the Kurdish confederacy.«²¹

Darüber hinaus vertrauten sich kurdische Stämme aus dem iranischen Teil von Kurdistan seiner Führung an. Beispielsweise Simko,²² der berühmteste iranische Kurdenführer, versuchte den iranischen Teil von Kurdistan in Shaikh Mahmuds autonomes Gebiet einzugliedern.²³ Die Ausdehnung der Einfluss-Sphäre Shaikh Mahmuds über die damalige osmanische Grenze hinaus befand sich tatsächlich kaum im Einklang mit den englischen Plänen. Die dortigen Kurden, so die Erwartungen der Engländer, hätten sich zu dem ja mit Großbritannien befreundeten Iran loyal zu verhalten.²⁴

Die Dinge nahmen wenig später einen verhängnisvollen bzw. unerwarteten Verlauf, so dass sich die Briten zum Eingreifen gezwungen sahen. Bemerkenswert ist eine Tatsache: Die ranghöchsten englischen Vertreter führen den unglücklichen Verlauf des Geschehens auf die Person Shaikh Mahmuds zurück. Für ihre Entscheidung gegen einen kurdischen Staat bringen sie hin und wieder die geographische Lage Kurdistans als Argument vor. Nehmen wir die Sache aus britischer Sicht unter die Lupe und zwar aus dem Blickwinkel derer, die ganz offensichtlich gegen die Schaffung des kurdischen Staates waren. Miss Bell legt den beunruhigenden Zustand folgendermaßen dar:

»By the end of December doubts were beginning to arise as to the wisdom of allowing the power of Shaikh Mahmud to increase to too great an extent. His record in Turkish times was not one to inspire confidence [...]«.²⁵

Wegen seiner Vergangenheit sahen die Engländer schon weniger als einen Monat nach Wilsons Besuch in Sulaimani Shaikh Mahmuds wachsende Macht skeptisch entgegen, dennoch:

»Without the full measure of co-operation and assistance which he was giving us,« schreibt Bell weiter, »it would have been necessary to bring in a strong garrison, which at the time was out of the question. From the political point of view it was of great importance that we

²⁰ Vgl. ebd. S. 130.

²¹ Ebd. S. 132.

²² Die Autorin der *Review of the Civil Administration of Mesopotamia, 1920*, G. L. Bell schreibt auf Seite 66: »At Bashqalah, further south, there was a movement in favour of Kurdish independence which found sympathy in Persian Kurdistan, the leading figure being Simko, chief of the Shikak.«

²³ C. Kutschera: *Le Mouvement National Kurde*, Paris 1979, S. 93.

²⁴ Wilson, 1931, S. 130.

²⁵ *Review of the Civil Administration of Mesopotamia, 1920*, S. 63. In der Behandlung der Kurdenfrage basiert dieses Dokument auf einen Bericht, der sich einer Zusammenfassung der Angelegenheiten Süd-Kurdistans während des Ersten Welt Krieges widmet. FO 371/4192, 3. September 1919, Director of Military Intelligence to FO, nach W. Hamdi: *Die Kurden und Kurdistan in den britischen Dokumenten, Eine historisch dokumentarische Studie (Arabisch)*, o.O. 1992, S. 43 ff.

should maintain order in the area, and at the time should avoid the appearance of using force for this purpose.«²⁶

Den Briten war die Bedeutung Shaikh Mahmuds bekannt. Trotzdem war die erzielte Kooperation - bedingt durch die militärische Lage - eine Handlung auf Abruf und keinesfalls eine langfristige politische Entscheidung. Im Bericht wird zudem die sogenannte "erbarmungslose Logik der Geographie" Kurdistans angesprochen und deren zwangsläufigen Folgen hervorgehoben.

»A connection with Baghdad was dictated by the inexorable logic of geography and was further a matter of everyday convenience, if not of necessity, but there was no reason why it should interfere with the development of the country on national lines [...] As regards finance, the country would have its own provincial budget, and the taxes collected would be devoted to the administration and development of the country, but a contribution would be paid towards the expenses of the parent administration at Baghdad. On the other hand, the association with Mesopotamia would assure material advantages of great importance; education, public works, agriculture and communications would all derive their main inspiration and impetus from Baghdad.«²⁷

In Wahrheit kommt diese britische Logik in dem Schriftstück als eine zwar mit schönen Worten verbrämte, aber dennoch klare Absage an dem geplanten kurdischen Staat gleich, auf die die Kurdenchefs abzielten. Daher zog man gleichzeitig die patriotischen bzw. nationalistischen Ziele der kurdischen Chiefs in Zweifel mit der Begründung:

»It was hard to tell how far a national movement for independence existed and how far it was an artificial product of the personal ambitions of the Kurdish leaders, who doubtless saw in Kurdish autonomy an unequalled opportunity for furthering their own interests.«²⁸

Dazu wird auch ein Report von Major Soane zitiert, der dazu dient, die "destruktive" Rolle von Shaikh Mahmud und seinen Anhängern hervorzuheben:

»While southern Kurdistan was offered an autonomous condition under British supervision and the help of British officials in organisation, Shaikh Mahmud, the most powerful personality of the country, at once conceived the possibility of constructing with our assistance a State which should be free from the obligation of administration directly controlled from Baghdad, and which should - so far from being the vehicle of emancipation and instrument of reconstruction of a ruined country - widen the circle of his personal influence and power till he should become the despot of all lands from Khaniqin to Shamsdinan and from the Jabal Hamrin to within the borders of Persia.«²⁹

Der Bericht setzt den Leser davon in Kenntnis, dass die Engländer erfahren hatten, dass Shaikh Mahmud in Kontakt mit der gegen sie opponierenden Bewegung stand, deren Zentrum sich in Shernakh befand. In Bells ganzer Ausführung scheint die folgende Passage eine besondere Bedeutung für die Verschlechterung der Beziehungen der Parteien zu sein:

»[...] Shaikh Mahmud was not prepared to accept from us [Großbritannien], any more than he had accepted from the Turks, a limitation of his authority. He was surrounded by interested sycophants who filled his head with extravagant ideas and encouraged him to style himself ruler of the whole of Kurdistan. He interfered constantly in local

²⁶ Review of the Civil Administration of Mesopotamia, 1920, S. 63.

²⁷ Ebd.

²⁸ Ebd.

²⁹ Ebd., S. 64.

administration and flooded the administrative departments with his relations and hangers on.«³⁰

Daraus wird ersichtlich, dass die Idee des Staates Kurdistan ein Ziel der kurdischen Aktivisten war. Wie aber Bell diese Tatsache beschreibt, unterstreicht sie eher die Inkompatibilität der Interessen beider Parteien, als dass es eine plausible Rechtfertigung der britischen Einstellung wäre.

In seinem Buch behandelt Kolonel Wilson, der ab April 1918 das höchste Amt, das des Zivilen Kommissars in den okkupierten Gebieten von Irak und Süd-Kurdistan übernommen hatte, die Kurdenfrage relativ ausführlich. Er hebt zunächst die beträchtlichen Schwierigkeiten hervor, die dem Plan des kurdischen Staates entgegenstanden. Hierzu zählt er den unterentwickelten Zustand des Landes, den Mangel an Kommunikationen und die Meinungsverschiedenheit zwischen den einzelnen Stämmen. Vor diesem Hintergrund glaubt Wilson, dass Süd-Kurdistan in geographischer und wirtschaftlicher Hinsicht nur als Teil von »Mesopotamia« (Irak) gedeihen könnte. Bagdad und Mossul waren nach seiner Auffassung die einzigen Märkte für Kurdistan, durch die auch weitere Verbindungen möglich wären. Solche Faktoren mussten aus seiner Sicht zu einer Modifikation der britischen Politik in Süd-Kurdistan führen.³¹ Es ist aber auch kein Zufall, dass Wilson der Angelegenheit der Kurden von vornherein nur wenig Bedeutung beimaß. Sein Augenmerk galt hauptsächlich der Region nördlich vom Golf, dem Irak. Bereits 1918 empfahl er mehrmals den britischen Behörden, den kleinen Zab-Fluß als Grenzlinie für den zu bildenden irakischen Staat zu nehmen.³² Selbst als klar war, wie Lt.-Col. Leachman bei seiner Umfrage in Wilayat Mossul festgestellt hatte, dass die kurdischen Bewohner des Wilayats ethnopolitisch eine anti-arabische Haltung pflegten, sah sich Wilson nicht veranlasst, den Kurden mehr als »etwas Autonomie« im Rahmen des Staates Irak zu gewähren. Dieses sollte möglichst auf britische Initiative hin erfolgen und nicht auf der Friedenskonferenz.³³

Stützen wir uns nur auf seine 1931 preisgegebenen Informationen, so können wir uns von Wilson's Vorüberlegungen kein richtiges Bild machen. Im Dezember 1919 entschied er, so stellt Major Noel fest: »dass die zu bildende kurdische Autonomie unter der Bedingung errichtet werden darf, dass sie die unmittelbar von Großbritannien verwalteten, benachbarten arabischen Gebiete nicht benachteiligt.«³⁴ Dies ist noch einmal ein eindeutiger Hinweis darauf, dass Wilson der Zukunft des Irak stets Priorität einräumte, selbstverständlich wegen den britischen Interessen. Obgleich er im Dezember 1918 durch seine Vereinbarung mit Vertretern der Kurden tatsächlich den Grundstein für den Staat Kurdistan unter Führung Shaikh Mahmuds und unter britischer Aufsicht legte, blieb Wilson der Auffassung, dass die Kurden unfähig seien, sich zu regieren. Er vertrat in seinem Bericht vom 7. Dezember 1918 an London den Standpunkt, dass britische Interessen am besten bedient seien, wenn man das alte osmanische administrative Arrangement wieder einführt:³⁵ das Wilayat Mossul würde in Gänze dem Irak angegliedert.

³⁰ Ebd.

³¹ Wilson, 1931. S. 133.

³² FO 371/3407 From Political Baghdad, 15. November 1918, No. 8744, nach Hamdi, 1992, S. 38. Siehe auch sein Vorschlag von 22. Mai 1918 bei Sir Arthur Hirtzel. Wilson, 1931, S. 119. Diese Linie kam auch in den britisch-französischen Geheimvereinbarungen den Engländern zu.

³³ Siehe ebd. S. 112 sowie 117.

³⁴ C.O. 730-13, Note by Major E.W.C. Noel, March 16th 1921, nach Hawar, 1990, S. 460.

³⁵ Political, Baghdad, 7. December 1918, FO371/3386, PRO, nach Eskander, 2000, S. 146.

Wilson erkannte bereits bei seinem Besuch in Sulaimani, dass das Ziel von Shaikh Mahmud nicht mit seinem eigenen Lösungsmuster übereinstimmte. Dass er nun den Kurdenchef zur Zielscheibe seiner Kritik macht, ist nicht verwunderlich:

»Shaikh Mahmud himself was our most difficult problem. In ignorance, but not in innocence, he was a child, with great ambitions and much natural cunning.«

Die plötzliche Entmachtung von Shaikh Mahmud war sicherlich Ende 1918 keine leicht zu bewältigende Aufgabe:

»Yet with all his faults he had, at this time, a large following. In Southern Kurdistan, for one who opposed his appointment there were four others who professed to welcome it«, stellte Wilson fest.³⁶

Von daher musste eine neue Politik gegenüber Shaikh Mahmud praktiziert werden. Mit Wilson an der Spitze schlugen die verantwortlichen Briten seit Februar 1919 im Irak einen provokativen Kurs ein. Sie waren bemüht, Shaikh Mahmuds ständig wachsendem Einfluss stufenweise Einhalt zu gebieten.³⁷ Wilson hatte selbst bei seinem Besuch im Dezember 1918 eine gewisse Uneinigkeit zwischen einzelnen kurdischen Chefs beobachtet.³⁸ Dies konnten die Briten für ihre Ziele ausnutzen. Zu diesem Zweck führten sie Mitte März 1919 einen Personalwechsel durch - der willensstarke Major Soane, »der für seinen Hass auf den gleichermaßen eigensinnigen Scheich bekannt war«³⁹ und fließend kurdisch sprach, trat als Berater an die Stelle Major Noels.⁴⁰ Khawaja erzählt, dass der neue Political Officer von Sulaimani, Soane, weder bei seiner Ankunft noch irgendwann später Shaikh Mahmud einen offiziellen Besuch abgestattet hätte.⁴¹ Das dokumentiert das äußerst gespannte, aber auch provokante Verhältnis von Soane zu Shaikh Mahmud. Und zwar vom ersten Tag an, obgleich er vorher in keinerlei persönlicher Beziehung zu ihm stand.⁴²

Soane ging an die Arbeit. Ende April berichtete er seinen Vorgesetzten zufrieden, dass Shaikh Mahmuds Einfluss in den einzelnen Landstrichen schnell gesunken sei. Ferner meinte er, während die öffentliche Ordnung gefestigt und die Vorteile einer rechtmäßigen Administration gewachsen sei, habe man innerhalb der Stämme in zunehmenden Maße Unzufriedenheit mit der Richtlinie Shaikh Mahmuds streuen können. Dementsprechend habe er den großen Jaf-Stamm von Shaikh Mahmud abwerben können. Er behauptete weiter, sobald verstanden worden sei, dass die Engländer keine Absicht mehr haben würden, Shaikh Mahmuds Herrschaft zwangsweise bei unwilligen Stämmen durchzusetzen bzw. zu erzwingen, habe sich dessen Anhängerschaft vermindert. Viele, so

³⁶ Wilson, 1931, S. 134. Ähnliche Bemerkungen macht auch der Political Officer von Kirkuk Longrigg. Longrigg, 1956, S. 104. Siehe auch Edmonds, 1967, S. 103 sowie G. M. Lees: Two Years in South Kurdistan, in: Journal of the Royal Central Asian Society, Vol. 15, London 1928, S. 253-277, 253-54.

³⁷ Review of the Civil Administration of Mesopotamia, 1920, S. 64. Der Feststellung fügt Lees hinzu: »[...] if possible, in such a way as to avoid an open breach.« Lees, 1928, S. 255.

³⁸ Wilson, 1931, S. 129.

³⁹ Van Bruinessen, 1989, S. 291. Soane wird von Longrigg, einer seiner Kollegen, als »cynical realist and disillusioned critic of the Shaykh« charakterisiert, Longrigg, 1956, S. 104. Wilson's Behauptung (1931, S. 134), dass dieser Personalwechsel »with Noel's full concurrence« erfolgte, ist höchstwahrscheinlich nicht zutreffend. Vgl. Eskander, 2000, S. 152.

⁴⁰ Review of the Civil Administration of Mesopotamia, 1920, S. 64. Lees, 1928, S. 255.

⁴¹ Khawaja, Bd. 1, 1968, S. 30-31.

⁴² Wilson, 1931, S. 134. Während seiner geheimen Mission in Sulaimani 1909 hatte Soane einen negativen Eindruck über Shaikh Mahmud entwickelt. Siehe E. B. Soane: To Mesopotamia and Kurdistan in Disguise, London 1912, Kapitel 9, besonders S. 192.

Soanes Behauptung in dem Bericht, die von Shaikh Mahmud in einer Deklaration zu seinen Gunsten gezwungen worden seien, rissen sich von ihm los. Folglich sank Shaikh Mahmuds Ansehen rapide.⁴³

Shaikh Mahmuds Machtbefugnisse waren selbst in den britischen Konstruktionen nicht eindeutig definiert.⁴⁴ Ob die Briten dem Kurdenchef ein amtliches Schriftstück über die Art seiner Autorität ausgehändigt haben, ist in Anbetracht dessen politischer Bedeutung kaum denkbar. Fakt ist aber, dass er seinen Status und seine Machtbefugnisse völlig anders verstand bzw. interpretierte, als ein bloßes Befolgen britischer Anweisungen, zumindest in der Art wie Soane und seine Kollegen sie nun zu praktizieren pflegten. Sie förderten die Rivalen von Shaikh Mahmud und waren dabei bemüht, dessen Macht zu zerstören. Durch ihr Verhalten ließen sie keinen Zweifel daran, dass sie fest entschlossen waren, das Geschehen in Kurdistan selbst zu diktieren.⁴⁵ Major Soane und Major F.S. Greenhouse, britischer Militärverantwortlicher, verboten den kurdischen Offizieren mit dem Kurdenchef in Kontakt zu treten,⁴⁶ und waren auch bemüht, Shaikh Mahmuds Beziehungen zu anderen kurdischen Persönlichkeiten zu unterbinden.⁴⁷

3 Wilsons ablehnende Haltung gegenüber dem kurdischen Staat und Shaikh Mahmuds erste Erhebung

Seitdem Major Soane seinen Dienst angetreten war, war Shaikh Mahmud mit der neuen britischen Politik nicht mehr zufrieden. Laut kurdischen Angaben schrieb er - offenbar nach der Abtrennung Kirkuks von seinem Machtbereich - einen mahnenden Brief an die Engländer, worin er sie zwecks Vermeidung möglicher Konfrontationen erneut aufforderte, die Interessen seines Volkes zu gewährleisten und einen notwendigen Personalwechsel vorzunehmen.⁴⁸ Gemäß den neuen britischen Plänen mussten solche Forderungen unbeachtet bleiben.⁴⁹ Ferner versuchten sie in einem geheimen Gespräch mit Shaikh Mahmud, ihn zum Rücktritt zu bewegen, wobei ihm sein Eigentum und seine Einkünfte garantiert werden sollten. Der Kurdenchef konsultierte seine Berater wegen dieser Forderung. Sie wurde zurückgewiesen, weil man »sich der kurdischen Sache

⁴³ Review of the Civil Administration of Mesopotamia, 1920, S. 64. Siehe auch Lees, 1928, S. 256 sowie Wilson, 1931, S. 135. Über die politische Bedeutung Soanes aus britischer Sicht in Süd-Kurdistan siehe Anon.: Major Soane in Sulaimaniyah, in: Journal of the Royal Central Asian Society, Vol. X, London 1923, S. 145-148.

⁴⁴ Um ein Beispiel zu nennen, erzählt Hay, der Political Officer von der Kleinstadt Koi im Jahr 1919, dass er bezüglich der Einstellung eines vom Shaikh Mahmud als Gouverneur von Koi ernannte kurdische Persönlichkeit keine Idee hatte, welche Vollmachten Major Noel Shaikh Mahmud gewährt hatte. Hay, der eine andere Person im Auge hatte, hätte es so von seinem vorgesetzten Noel verstanden, er selber habe einen Mann als Gouverneur zu nominieren. William Rupert Hay: Two Years in Kurdistan, London 1921, S. 132-33.

⁴⁵ Hilmi, Bd. 1, 1956, S. 95 ff; Khawaja, Bd. 1, 1968, S. 23 ff. Der erstgenannte Autor geht relativ detailliert auf diesen Aspekt ein und schildert einige Beispiele, die er selbst erlebt hat.

⁴⁶ Hawar, 1990, S. 438. Der Autor zitiert die Memoiren von Shaikh Mahmuds Sohn.

⁴⁷ Siehe dazu Erzählungen zweier Augenzeugen. Taqe, 1970, S. 37. Memoiren aus Kurdistan, Erinnerungen von Shaikh Raaouf Diyaai von den Geschehnissen der Präsenz der Russen, Briten und Osmanen und die inneren Unruhen, angefertigt mit Unterstützung von Omar Farouqi (Persisch), Uromia, 1347, S. 92-93.

⁴⁸ Khawaja, Bd. 1, 1968, S. 31-32 u. 36. Dieser Brief muss im März zugeschickt worden sein.

⁴⁹ Die in dieser Arbeit herangezogenen britischen Quellen gehen auf dieses Schreiben gar nicht ein.

verantwortlich fühlte.«⁵⁰ Über die Gründe ihres Kurswechsels setzten die Briten Shaikh Mahmud nicht in Kenntnis.⁵¹

Es besteht kein Zweifel darüber, dass Shaikh Mahmud mit den Vertretern Großbritanniens Kontakte geknüpft hatte, in der Erwartung eine abgesicherte politische Perspektive zu erhalten. Nun empfing er Signale, die eindeutig das Gegenteil bewiesen. Da seine Ambitionen weit über den von den britischen ranghöchsten Beamten bestimmten Rahmen hinausgingen, welche Kurdistan in einen Vasallen Großbritanniens machen sollten, sah er sich veranlasst, dieser Entwicklung entgegenzutreten.

Unter diesen ungewöhnlichen Gegebenheiten schien der Spielraum für politische Gespräche und eine friedliche Regelung der bestehenden Unstimmigkeiten immer enger zu werden. Das lag aber nicht an der kurdischen Seite oder an den britischen Anweisungen aus London oder aus Indien. Es lag eindeutig an Wilsons Einstellung den Dingen gegenüber. Am 10. Mai 1919, einen Tag nach seiner Rückkehr aus Europa, erhielt Wilson einen offiziellen Auftrag von seiner Behörde aus London, welcher unmittelbar das Schicksal Süd-Kurdistans berührte:

»Constitution for 'Iraq. We authorize you to take in hand the construction of five provinces for 'Iraq proper on the same lines as recommended by Howel in enclosures five and six of your letter of April 6th. You will also proceed with the creation of the Arab province of Mosul fringed by autonomous Kurdish States under Kurdish Chiefs who will be advised by British Political Officers.«⁵²

D.h. Wilsons Vorschlag einer »Form der Autonomie« für die Kurden in Süd-Kurdistan fand in einer entwickelten Form, nämlich der Bildung mehrerer kleiner, autonomer kurdischer Staaten unter britischer Vorherrschaft, Zustimmung in Großbritannien. Wilson scheint diese Entscheidung nicht gefallen zu haben. Dass er willentlich auf eine Eskalation der Situation setzte, kann ernsthaft vermutet werden. Ihm war wohl bekannt, dass die Lage in Sulaimani heikel war. Einer seiner Mitarbeiter, so stellt er selber fest, hatte ihn davon in Kenntnis gesetzt. Dennoch war er nicht bereit, rechtzeitig zu handeln. Er arrangierte den Flug nach Kurdistan für Ende Mai, um Shaikh Mahmud persönlich zu sehen und, wie er behauptet, »um eine Lösung zu erreichen, die es ermöglicht, die grundlegende Struktur der kurdischen Autonomie beizubehalten.«⁵³ Interessant ist jedoch, dass es kein Anzeichen für die Annahme gibt, dass Wilson Shaikh Mahmud über die britische Entscheidung vom 9. Mai oder gar über seine geplante Flugreise für Ende des Monats informiert hat. Lees stellt seinerseits fest:

»Major Soane in Sulaimani was pursuing his policy with apparent success, and, although we realized that Shaikh Mahmud would eventually make a bid for independence, we hoped that before he decided to do so we should have sufficiently curtailed his power as to render him harmless. But events were to prove otherwise.«⁵⁴

Währenddessen erreichte die Unzufriedenheit Shaikh Mahmuds ihren Höhepunkt. Er begann, Kräfte zu mobilisieren und eigenmächtig zu handeln. Ein großer Aufstand gegen

⁵⁰ Diese Information hat einer der Söhne Shaikh Mahmud in seinen unpublizierten Memoiren bekanntgemacht. Siehe Hawar, 1990, S. 436 ff. In den britischen Quellen finden solche Ereignisse keine Erwähnung.

⁵¹ Vgl. Taqe, 1970, S. 15.

⁵² Wilson, 1931, S. 123.

⁵³ Ebd., S. 136.

⁵⁴ Lees, 1928, S. 258.

die Engländer brach am 22. Mai aus,⁵⁵ als ein mit Shaikh Mahmud verbündeter Stammesführer, Mahmud Khani Dizli, mit einer sorgfältig geplanten Aktion Sulaimani militärisch besetzen konnte.⁵⁶ Überdies ließ Shaikh Mahmud die Kurdistan-Flagge mit einem Mond auf grünem Untergrund aufziehen, und die der Briten einholen.⁵⁷ Er erklärte sich zum »chief ruler of all Kurdistan.«⁵⁸ Somit wurde praktisch der erste unabhängige Staat auf den Trümmern des asiatischen Teils des zusammengebrochenen Osmanischen Reiches gegründet.⁵⁹ Dass dies mehr als eine lokale Erhebung war, schildert Wilson:

»[...] the rebellion spread across into Persian territory, and several tribes arose against the Persian Government, proclaiming themselves partisans of Shaikh Mahmud and of his scheme for a united free Kurdistan.«⁶⁰

Shaikh Mahmuds Erhebung war nur der erste Schritt. Die Konsolidierung der inneren und äußeren Verhältnisse Kurdistans musste seine nächste Aufgabe sein, der er jedoch nicht gewachsen war.

Es ist nicht ganz klar, ob es nach dem 23. Mai zu irgendwelchen Kontakten zwischen Shaikh Mahmud und Wilson gekommen ist. Eine kurdische Quelle spricht von einem Telegramm, das der Kurdenchef an Wilson gesendet haben soll, in dem das Leben der britischen Gefangenen garantiert und erneut die Umsetzung britischer Versprechungen zur Freiheitsfrage der Kurden eingefordert worden sei.⁶¹ Zwei weitere kurdische Quellen sprechen davon, dass Wilson während seines Fluges über Sulaimani einen Flugblatt abgeworfen hatte, in dem er von Shaikh Mahmud eine Reise nach Bagdad verlangt haben soll.⁶² Diese Informationen finden in Wilsons Buch keine Erwähnung.

Es ist aber ganz offenkundig, dass Wilson weiterhin versuchte, seine Ansichten bei seinen Vorgesetzten in London und Indien zu verfechten bzw. zu rechtfertigen. Am 30. Mai, eine Woche nach Shaikh Mahmuds Erhebung, wick er von seinem früheren, aber seitens Großbritannien angenommenen Vorschlag über Kurdistan ab. Er erinnerte zunächst London daran, dass er bereits während seines Aufenthaltes in Paris der Meinung war, dass der vorgesehene Besuch einer internationalen Kommission (um die Meinung der Einheimischen in Erfahrung zu bringen) in politischer Hinsicht ungünstig, wenn nicht gar gefährlich, war. Ohne auf Details einzugehen, warum sich die Lage dermaßen zugespitzt hatte, fügte Wilson hinzu:

⁵⁵ Dieses Datum wird nicht einheitlich angegeben. Bell (*Review of the Civil Administration of Mesopotamia*, 1920, S. 64) erzählt vom 20. Mai; Hilmi (Bd. 1, 1956, S. 114) vom 21. Mai, Churchill datiert die Erhebung mit dem 22. Mai (*The Parliamentary Debates, Official Report, Fifth Series - Volume 116*, S. 2256.), auch Wilson (1931, S. 136) erzählt indirekt vom gleichen Datum, wie von Churchill. Edmonds dagegen (1957, S. 30) spricht vom 23. Mai. Taqe (1970, S. 29) schreibt, dass der Aufstand am 22. Mai ausbrach und am 23. Mai wurde Sulaimani erobert.

⁵⁶ Siehe *Review of the Civil Administration of Mesopotamia*, 1920, S. 64-65, Lees, 1928, S. 258-59 und Hilmi, Bd. 1, 1956, S. 114 ff. Khawaja dokumentiert die wichtigsten offiziellen Erklärungen von Shaikh Mahmud in einer relativ modernen Sprache. Khawaja, Bd. 1, 1968, S. 42 ff.

⁵⁷ Vgl. ebd. S. 54 ff. und C. J. Edmonds: *Kurds, Turks and Arabs, Politics, Travel and Research in North-Eastern Iraq 1919-1925*, London/New York 1957, S. 30. Siehe auch Wilson, 1931, S. 136.

⁵⁸ Wilson, 1931, S. 136. Lees schreibt, Shaikh Mahmud habe sich zum König von Kurdistan erklärt. Lees, 1928, S. 260.

⁵⁹ Schon Anfang Januar 1919 sollen, laut einem Bericht vom Major Noel vom 6. Januar 1919, die Kurden in Bashqalah, in einem Ort der heutigen Türkei, ihre Unabhängigkeit erklärt haben. Hamdi, 1992, S. 74.

⁶⁰ Wilson, 1931, S. 137.

⁶¹ Khawaja, Bd. 1, 1968, S. 39.

⁶² Hilmi, Bd. 1, Teil 2, 1956, S. 116. Taqe, 1970, S. 29.

»In present circumstances, with Kurdistan in state of ferment, I am obliged to modify this view. In Kurdistan and Mesopotamia alike the visit of the Commission is likely to undermine de facto position of European Powers in the Middle East, were our military position is not so strong that we can afford to neglect popular sentiment. ...«⁶³

Das zeigt, dass Wilson trotz des kurdischen Aufstandes unbeirrt an seiner Idee der Angliederung Süd-Kurdistans an den Irak festhielt. Am 7. Juni unternahm er einen bemerkenswerten Schritt in dieser Richtung. Er schrieb nach London und Indien, dass es schwer bzw. fast unmöglich sei, die notwendigen Maßnahmen für die Schaffung einer Verfassung für den Irak zu treffen, solange das Schicksal vom Wilayat Mossul »Mesopotamien« gegenüber nicht entschieden worden sei.⁶⁴ In einem weiteren Schreiben (vom 13. Juni) nach Indien betonte Wilson seine Ansicht in der Form, dass es aus strategischen und ökonomischen Gründen vorteilhaft und wünschenswert sei, die Grenzen der mesopotamischen Administration über die Linie Nasibain-Mardin bis zur persischen Grenze auszudehnen. Iranisch-Kurdistan sollte völlig ausgeschlossen werden. Außergewöhnlich in diesem Schreiben ist das Schlusswort,⁶⁵ in dem eine sehr pessimistische Einstellung den Kurden gegenüber zum Ausdruck kommt: »Ich ziehe es vor, in Kurdistan Amerika oder sogar die Türkei anstatt einer kurdischen Unabhängigkeit [regierend] zu sehen.«⁶⁶ Diese unausgewogene Haltung wird verständlich, wenn man an die Konsequenzen von Shaikh Mahmuds Aufstand gegenüber Wilsons Politik denkt. Der Aufstand hatte, wie der englische Offizier Hay feststellt, »had been a serious blow to British prestige throughout Kurdistan.«⁶⁷ Zumal entzog er Wilsons Vorschlag der Einführung einer direkten britischen Herrschaft in den okkupierten Gebieten den Boden. Wilson, den sein Biograph als ein »convinced Imperialist« bezeichnet,⁶⁸ trat dafür ein, sämtliche neu besetzten Gebiete der einstigen osmanischen Territorien direkt der britischen Krone zu unterstellen.⁶⁹ Im Vertrauen auf die Richtigkeit seiner Ansichten opponierte er beinahe kontinuierlich gegen jede aus London oder Indien eingetroffene Anweisung oder Empfehlung, die eine gewisse Abweichung von seinem Lösungsmuster aufwies. Der damals 35 Jahre alte Offizier war der festen Auffassung, dass es die Aufgabe Großbritanniens sei, den "unterentwickelten" Völkern beizubringen, wie sie zu leben hätten.⁷⁰ Dass aber im Zeitalter des Selbstbestimmungsrechts der Völker diese starre Meinung nicht unproblematisch war - selbst, wenn sie auch unter Berücksichtigung der Zustände in den besetzten Landstrichen eine Berechtigung hatte - schien Wilson dies nicht begreifen zu können oder zu wollen. Der Ablauf der Geschehnisse lässt erkennen: wer vom vorgeschriebenen Weg Wilsons deviierte, durfte nicht ungestraft davonkommen.

⁶³ F.O. 371/4181/86913. From Political Officer, Baghdad, dated May 30. 1919, nach Atiyyah, 1973, S. 185-84.

⁶⁴ F.O. 371/4149/90611. From Political Officer, Baghdad, June 7, 1919, nach Atiyyah, S. 185.

⁶⁵ In den hier verwendeten Quellen ist die Rede von British political representative in Baghdad. M. C. Lazarev: Die Kurdenfrage (1917-1923) (Arabisch), Aus dem Russischen ins Arabische von Abdi Hajji übersetzt, Beirut 1991 (Originalfassung erschien 1989 in Moskau unter dem Titel *Imperializm i kurdsii vopros, 1917-1923*), S. 90. S. S. Gavan: Kurdistan, Divided Nation of the Middle East, London 1958, S. 29. Dieses Amt wurde zu dem Zeitpunkt von Wilson getragen, von daher dürfte Wilson das Schreiben verfasst haben, oder zumindest unter seiner Anweisung verfasst worden sein. Diese Annahme wird dadurch bestärkt, weil Wilson in seinem Buch (1931, S. 144) auch auf ein mit gleichem Datum versehenes Schreiben hinweist.

⁶⁶ Lazarev, 1991, S. 90.

⁶⁷ Hay, 1921, S. 193.

⁶⁸ J. Marlowe: Late Victorian, The Life of Sir Arnold Talbot Wilson, London 1967, S. 21.

⁶⁹ Wilson, 1931, S. 110.

⁷⁰ Cox, 1929, S. 143.

In den darauf folgenden Wochen wurde allerdings auf die Erhebung Shaikh Mahmuds mit einer heftigen militärischen Reaktion geantwortet. Man leitete eine Großoffensive ein, deren entscheidende Schlacht am 19. Juni 1919 am Pass von Bazian stattfand.⁷¹ Die Bazian-Schlacht machte das reale Kräfteverhältnis in diesem Konflikt deutlich. Das englische Expeditionsheer errang einen relativ schnellen Sieg über die Kurden und nahm Shaikh Mahmud verwundet fest. Der gefangengenommene Anführer der kurdischen Bewegung wurde dann von einem von ihm jedoch nicht anerkannten militärischen Gericht⁷² zu zwanzig Jahren Haft verurteilt.⁷³ Wilson machte aus seiner Abneigung gegenüber Shaikh Mahmud keinen Hehl. Er opponierte offiziell gegen diesen Urteil mit der Begründung

»so long as Shaikh Mahmud was alive his adherents in Southern Kurdistan would live in the hope, and his enemies in the fear, of his eventual return, and that his death would contribute more than any other single factor to the restoration of tranquillity.«⁷⁴

In seinem Buch schildert Wilson u.a. eine Begebenheit, die Auskunft darüber gibt, wie Shaikh Mahmud seine Einstellung begründete, in dem er sich auf das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker berief, welches von den Alliierten in Aussicht gestellt worden war.

»I had seen him«, erzählt Wilson, »in hospital when, with a magnificent gesture, he denied the competence of any Military Court to try him, and recited to me President Wilson's twelfth point, and the Anglo-French Declaration of 8th November 1918, a translation of which in Kurdish, written on the fly-leaves of Qur'an, was strapped like a talisman to his arm.«⁷⁵

Letztendlich ist es nicht unwichtig zur Kenntnis zu nehmen, dass die Beziehungen zwischen den Briten und den Einheimischen bereits vor der Erhebung einige kritische Züge erfuhren.⁷⁶ Die außerordentlich hohen Steuern, die sich im Vergleich zur Zeit der Osmanen fast verdoppelt hatten, belasteten alle Schichten der Gesellschaft.⁷⁷ Nicht

⁷¹ Edmonds, der selbst an den Kampfhandlungen als Politischer Offizier beteiligt war, schildert im Kapitel 3 und 4 seines Buches einige Einzelheiten. Edmonds, 1957, S. 28 ff.

⁷² Hilmi, Bd. 1, 1956, S. 176.

⁷³ Lees, 1928, S. 265.

⁷⁴ Wilson, 1931, S. 139. Lieut.-General Sir George MacMunn sagte auf einer Veranstaltung von Central Asian Society am 14. März 1928 in London: »Shaikh Mahmud was brought home a prisoner from the Bazian Pass. I had him tried, and he was sentenced to death. I knew he was an infernal scoundrel, and people wanted me to hang him, but I thought there was no fair ground for such action. The general delay in settling the future of Iraq had been so great as to be quite enough to confuse any man. Shaikh Mahmud owed no temporary allegiance to the British. When he engineered the *coup d'état* he did not kill the four or five British officers he had in his hands, and I did not think it would be playing the British game fairly to shoot him. [...] I sent him to India with a twenty years' sentence.« Lees, 1928, S. 277.

⁷⁵ Es ist noch nicht bekannt, wann und wie Shaikh Mahmud von Präsident Wilson sowie der anglo-französischen Deklaration erfahren hat. Denn die Briten hielten sie geheim. Topf, 1929, S. 87. Wilson, 1931, S. 139.

⁷⁶ Ahmad führt die alltäglichen schlechten Beziehungen zwischen den Kurden und Briten aus. K. M. Ahmad: Einige Blätter aus der Geschichte des kurdischen Volkes (Kurdisch), Bagdad 1985, S. 185 ff. Haldane, der die Niederschlagung des Aufstandes vom 1920 in Mesopotamien kommandierte, bezeichnet sogar diese Problematik als eine der wichtigsten Gründe für diesen größten Aufstand, der den ganzen heutigen Irak erfasste, S. J. A. L. Haldane: The Insurrection Mesopotamia 1920, Edinburgh 1922, S. 20-21.

⁷⁷ Ahmad, 1985, S. 179 ff.

unerwähnt bleiben darf die massive Propaganda pro-türkischer Kreise, die den Kurden ein Horrorbild von den Engländern und Christen entwarfen.⁷⁸

Fazit

Aufgrund der vorangegangenen Betrachtungen und Darlegungen kann man abschließend bemerken, dass sich vor dem Hintergrund der Folgen des Ersten Weltkrieges in Süd-Kurdistan, markiert durch den Rückzug bzw. der Schwäche der Osmanischen Truppen, die kurdischen Stammesführer sich früh vor die Notwendigkeit gestellt sahen, alle Wege zu eruieren, die zu einer wirksamen Durchsetzung ihrer Interessen führen könnten. Sie waren in Folge der jüngsten kriegerischen Entwicklungen auf die Unterstützung einer Macht angewiesen, die sich in ihrer Nähe befand. Da die Osmanen bis dahin ihr Herrschaftsrecht auf die Region noch nicht aufgegeben hatten, kamen nur die Briten in Frage, weil sie, zum Einen die Kriegsgegner der Türken waren und sich zum Anderen nach der Eroberung der Stadt Kirkuk den Kurden annäherten.

Die kurdisch-britische Verständigung basierte auf einem gegenseitigen Entgegenkommen. Zu Beginn glückte die Zusammenarbeit zwischen Vertretern beider Seiten. Eine friedliche Ära begann. Doch die Interessen der Akteure stimmten nicht sehr lange überein. Keine der beiden Seiten hielt sich aus der dualen Dynamik von Handeln und Gegenhandel heraus, was zur Folge hatte, dass das gerade begonnene Aufleben nur von kurzer Dauer war.

Der populäre und sich selbst als Repräsentant eines Volkes sehende Kurdenchef Shaikh Mahmud strebte die Gründung eines kurdischen Staates an und in dieser Sache ließ er es an Deutlichkeit nicht fehlen. Hingegen hatten die Briten vor Ort unter Kolonel Wilsons Leitung das Ziel ins Auge gefasst, Süd-Kurdistan an den Irak anzugliedern und die beiden Gebiete in die britische Herrschaftssphäre zu integrieren. Dabei war für die Kurden eine begrenzte Autonomie vorgesehen, welche aber keinen negativen Einfluss auf den unter direkter britischer Herrschaft stehenden Irak haben sollte. Dieser unüberbrückbare Gegensatz barg den Kern der britisch-kurdischen Auseinandersetzung.

Der ranghöchste britische Entscheidungsträger, Wilson, sah in Shaikh Mahmuds Zielsetzung und Handlungsweise die Gefährdung seines eigenen politischen Ziels. Den Ambitionen des Shaikhs kam er zuvor, in dem er versuchte, dessen Einfluss zu beschneiden. Indizien dafür, dass die Briten dem permanent steigenden Misstrauen Shaikh Mahmuds energisch entgegengewirkt hätten, liegen nicht vor. Eine mögliche Erklärung dieser Haltung dürfte sein, dass sie die militärische Option in Erwägung gezogen und sich für unbesiegbar gehalten hatten. Es ist aber auch kein Zufall, dass Shaikh Mahmud der britischen Rücktrittsaufforderung nicht nachkam, um damit eine Eskalation zu vermeiden. In den Augen seiner Rivalen hätte er dabei einen Mangel an Zielstrebigkeit und Verantwortungsgefühl bezeugt, geschweige denn die große Wahrscheinlichkeit, die Zukunft und das Wohlwollen der Kurden im Allgemeinen weitgehend zu verwirken.

Allerdings zeigen die Folgen der kriegerischen Auseinandersetzung, dass die aufständischen Kurden die wirklichen Stärken ihrer Schlagkraft nicht erkannt haben. Gegen einen wohlgerüsteten und kriegserfahrenen Gegner wie Großbritannien, konnten

⁷⁸ »Before long,« zitiert Wilson ein Beispiel der pro-türkischen Propaganda, »your ears will be deafened by the sound of the bell - the voice of the mu'ezzin will no longer be heard. Christian officials will treat you as did the Russians, and you will have to kiss the feet of Arabs and Chaldeans. Support was lent to Kurdish fears of this sort by the action of 'British Relief Officers [...]« Wilson, 1931, S. 131.

sie langfristig nur einen ungleichen Kampf führen, der unausweichlich mit einer verheerenden Niederlage sein Ende finden musste.

Während dessen warteten die Briten auch darauf, welchen Verlauf die Dinge auf regionaler und internationaler Ebene nahmen. Aus diesem Grund trafen sie, außer der Beibehaltung der Kontrolle über diese Landstriche, keine weiteren Maßnahmen für die Zukunft Süd-Kurdistan. Dass die Briten sich nicht beeilten, ist leicht begreiflich. Sie strebten lediglich aus politischen und strategischen Motiven eine Eroberung an. Mit anderen Worten: Dem weiteren politischen Prozess blieb vorbehalten, für die Kurden eine adäquate politische innere und äußere Struktur zu schaffen. Das war das durchgängige Prinzip britischer Diplomatie der Nachkriegszeit.

Der diplomatische Kampf um Süd-Kurdistan zwischen den nationalen Akteuren des Mittleren Ostens und den internationalen Kräften

1 Die Interessengegensätze der Ententestaaten im Osmanischen Reich in Bezug auf das Wilayat Mossul

Mit dem einsetzenden inneren Zerfallprozess, den nationalen Erhebungen innerhalb des Reiches und dem Scheitern der Modernisierungsbemühungen war der Untergang des Osmanischen Imperiums vorgezeichnet. Der Erste Weltkrieg beschleunigte diesen Prozess. Mit den Niederlagen gegen die Alliierten ging die Ära der Osmanischen Vorherrschaft im Mittleren Osten zuende. Unmittelbar nach dem Eintritt der Türken in den Krieg auf deutscher Seite sprach man von einer Zerstückelung des asiatischen Teils des Imperiums.¹ Die Gegner der Osmanen, Großbritannien, Frankreich und Russland, schmiedeten seither heimtückisch Pläne zur Verwirklichung einer derartigen Teilung. Das Ergebnis war das am 16. Mai 1916 zwischen Großbritannien und Frankreich vereinbarte Sykes-Picot-Abkommen.² Bezüglich Osmanisch-Kurdistan teilte das erwähnte Abkommen das Land in drei Teile: Russland bekam einen Teil der Landstriche von Nord-Kurdistan. Während Frankreich den westlichen Teil und einen großen Teil der Mossul-Gebiete erhielt, ließ sich Großbritannien nur mit dem westlichen Teil des Wilayats Mossul abspeisen (siehe Karte 1).³

Im Februar 1916 wurde dieser Entwurf von Großbritannien und Frankreich gebilligt. Der russische Außenminister S.D.Sazanov akzeptierte das Abkommen ohne Vorbehalte und regelte lediglich mit dem französischen Diplomaten Picot die präzise Grenze der russischen und französischen Einflusszonen in Kurdistan. Im April 1916 wurde damit das Abkommen erfolgreich abgeschlossen.⁴ In Bezug auf die einstige Interessenlage der Akteure schreiben Lowe und Dockrill über das Sykes-Picot-Abkommen

»In Mesopotamia, Indian and Admiralty interests were to be catered for by the British annexation of the vilayets of Basra and Baghdad, whilst a useful buffer between Britain and Russia was created by extending the French territory in the gulf of Alexandretta inland into Kurdistan as far as the Persian frontier. For purposes of imperial communications Britain was to have the right to build an extra-territorial railway from Haifa to Baghdad.«⁵

Doch dieser eilig entworfene und willkürliche Verteilungsplan über das territoriale Erbe der Osmanen, ohne besondere Rücksichtnahme auf die strategische und wirtschaftliche Bedeutung der zu teilenden Gebiete, stimmte die Verantwortlichen in London skeptisch. Nicht nur die Distrikte des Wilayats Mossul wurden geteilt, sondern auch Süd-Kurdistan, das einen Teil dieses Wilayats bildete.⁶ Der Plan erwies sich kurze

¹ J. Nevakivi: Britain, France and the Arab Middle East 1914-1920, London 1969, S. 13 ff.

² Siehe den Wortlaut des Abkommens bei ebd., S. 261-63.

³ H. W. V. Temperley: A History of the Peace Conference of Paris, Vol. VI, London 1924, S. 16.

⁴ Lowe/Dockrill, Vol. 2, 1972, S. 222. Punkt 1 des geheimen Memorandums des russischen Außenministers vom 6. März 1917 zeichnet u.a. die russische Einflusszone in Kurdistan. Temperley, Vol. VI, 1924, S. 16.

⁵ Lowe/Dockrill, Vol. 2, 1972, S. 220-21.

⁶ Ein Blick auf die Karte bestätigt die Richtigkeit dieser Feststellung. Vielen Autoren ist diese Tatsache entgangen, wahrscheinlich deshalb, weil das Wilayat-Zentrum Mossul, den Franzosen zukam.

Zeit später als undurchführbar. Einerseits tobte der Krieg noch weiter, und es war nicht vorauszusehen, welche Kräfteverhältnisse nach Kriegsende zustande kommen würden, andererseits erhoben die mit den Engländern verbündeten Araber ihre Ansprüche auf Gebiete wie Syrien, die in der Einflusszone Frankreichs lagen.⁷ Außer diesen Tatsachen gab es für Großbritannien noch andere Faktoren zur Revision dieses Abkommens, wie der britische Ministerpräsident George in seinen Memoiren nachträglich feststellte:

»But for many other practical reasons the Sykes-Picot Pact was discredited, and the British authorities were convinced that in at least two respects amendment was essential. The first was in regard to the severance of Mosul from Mesopotamia. Deprived of the grain and oil supplies of this region, Irak would have been seriously crippled financially and economically. The second was the partition of Palestine into three separate areas under three different administrations.«⁸

Das erste aufgeführte Argument ist im Grunde eine klare Feststellung eines einstigen Entscheidungsträgers dafür, dass die Überlebensfähigkeit des Irak in der Angliederung Mossuls gesehen wurde. Diese britische Haltung war aber auch verständlich: Das erfolgreiche Vordringen der britischen Truppen bis Bagdad im März 1917 sollte belohnt bzw. gesichert werden. Verschärft wurde diese Situation durch die unerwarteten Folgen der Oktoberrevolution in Russland. Die Bolschewisten enthüllten die europäischen Pläne, u.a. das eingangs erwähnte Sykes-Picot-Abkommen über die Verteilung der Osmanischen Territorien. Dadurch erhob sich ein Sturm der Empörung, vor allem in den arabischen Kreisen, gegen die Engländer.

Zu diesem Zeitpunkt musste als erstes das Vertrauen der entrüsteten Völker wieder zurückgewonnen werden, das durch die bolschewistischen Enthüllungen verloren gegangen war. Die Briten gaben zusammen mit den Franzosen am 7. November 1918 eine Deklaration heraus, in der sie das Kriegsziel der beiden Staaten die Befreiung der unterdrückten Völker unter den Osmanen nannten und den Völkern die Anerkennung ihrer nationalen Regierungen und Verwaltungen versprachen.⁹

Frankreichs Interessen am Wilayat Mossul blieben weiter bestehen. Dennoch verschob sich die Konstellation in diesem Wilayat in den letzten Kriegswochen zugunsten Großbritanniens. Als das Mudros-Abkommen am 30. Oktober 1918 zwischen den Osmanen und Alliierten unterzeichnet wurde, waren die beiden an den Kampfhandlungen gegen die Osmanen beteiligten französischen Regimenter weit von Mossul entfernt, sie befanden sich in Beirut.¹⁰ Gemäß diesem Abkommen zogen sich die Osmanen aus dem Wilayat zurück. Die Engländer hielten dort Einzug und gewannen die Oberhand. Diese Entwicklung stellte die Ambitionen der Franzosen bezüglich Mossul in Frage. Die Wahrscheinlichkeit, dass Frankreich Mossul einnehmen würde, verringerte sich zusehends.¹¹

⁷ Ebd., S. 221.

⁸ D. Lloyd George: The Truth about the peace Treaties, Vol. II, London 1938, S. 1037-38.

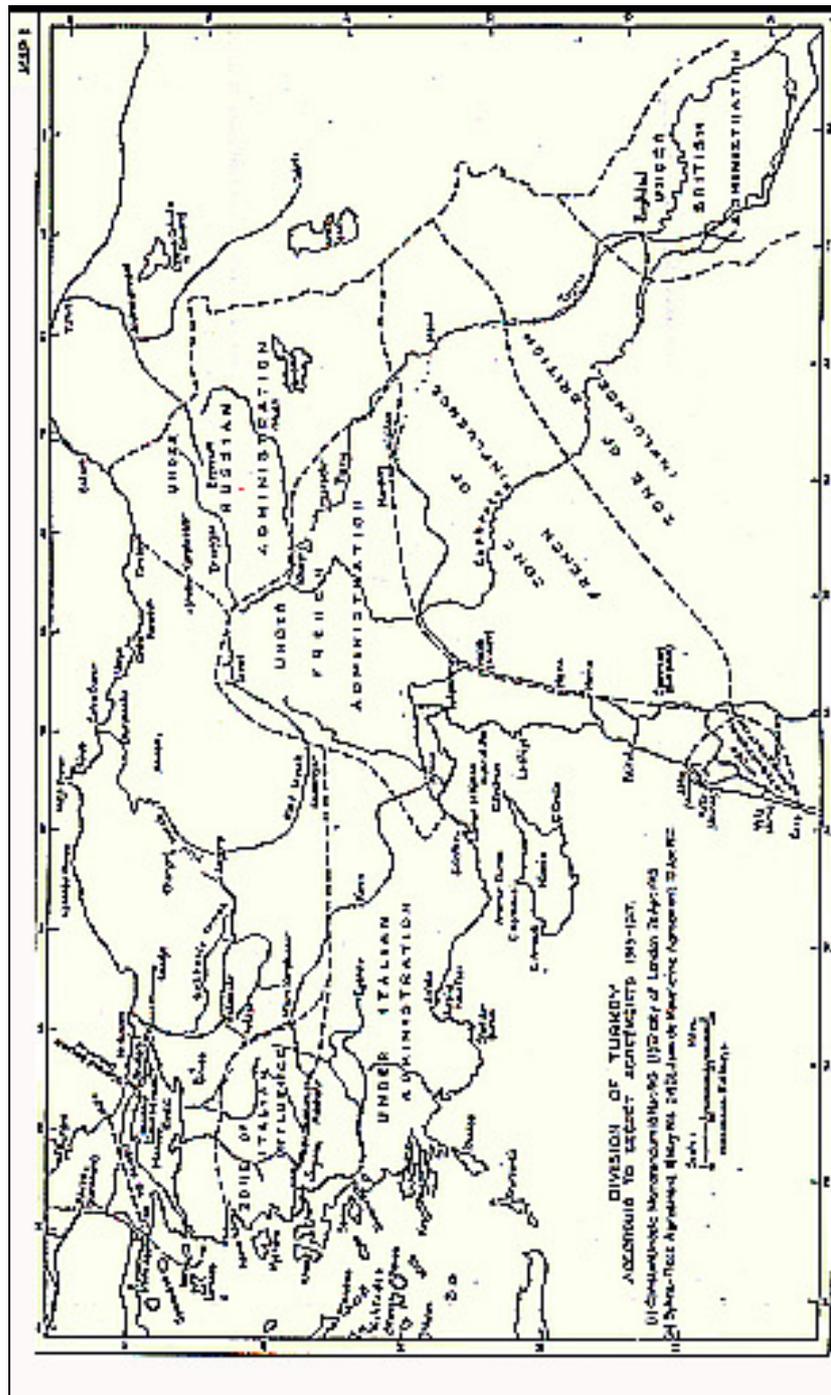
⁹ Siehe den vollständigen Text bei ebd., S. 1036 und Nevakivi, 1969, S. 264.

¹⁰ Lowe/Dockrill, Vol. 2, 1972, S. 357.

¹¹ Siehe Lazarev, 1991, S. 61.

Karte 1 Der Teilungsplan des Sykes-Picot-Abkommens

Quelle: Temperley, Vol. VI, 1924, S. 7.



Zudem war Paris auf die britische Unterstützung bei den bevorstehenden Verhandlungen mit Deutschland angewiesen und von daher war der Verzicht auf Mossul denkbar.¹² In der Tat bestätigte der französische Präsident Clemenceau Ende 1918 auf seiner Reise nach London die Aufgabe der französischen Ansprüche auf Mossul. In London trat der Mann aus Paris in Verhandlung mit dem englischen Premierminister Lloyd George, der vor allem das britische Interesse an Mossul unterstrich. Dem stimmte Clemenceau ohne Vorbehalte zu. Zudem einigten sich die beiden Staatschefs über die Verteilung der Osmanischen Gebiete. Großbritannien erhielt Palästina und »Mesopotamien« einschließlich Mossul, während Syrien und ein Teil von Cilicia Frankreich zugeschlagen wurden.¹³ Diese Übereinkunft wurde später zur Grundlage der Lösung des anglo-französischen Nahostkonflikts.¹⁴ Nach dem Verzicht auf Mossul gegen einen Teil des Erdölgewinns aus diesem Gebiet,¹⁵ trat Armenien anstelle von Mossul verstärkt in den französischen Focus. England gab sich damit zufrieden.¹⁶

Neben der Schilderung der anglo-französischen Interessengegensätze ist es hilfreich, einen kurzen Blick auf die US-Politik im Nahen Osten zu werfen sowie knapp auf die Interessen der Russen einzugehen.

Die **USA** strebten ebenfalls zu Beginn des 20. Jahrhunderts danach, ihre wirtschaftlichen Interessen im Osmanischen Reich geltend zu machen. Große Erfolge blieben aber aus. Denn weder war ihre Präsenz dort stark genug, noch ließen die Konkurrenzkräfte (vor allem Deutschland) das Eindringen neuer Akteure in der Region zu.¹⁷ Aber in der Nachkriegszeit erschien die Bedeutung der wirtschaftlich und militärisch starken USA, die bei vielen Völkern einen guten Ruf genossen, notwendig, um die Stabilität in vielen Gebieten der Erde zu gewährleisten.¹⁸ Vor diesem Hintergrund versuchte Großbritannien, die USA zur Übernahme direkter Verantwortung für einen Teil des Osmanischen Erbes (Armenien und Konstantinopel kamen dafür in Frage) zu überreden.¹⁹ Aber die Amerikaner waren von einem solchen Projekt wenig begeistert. Wahrscheinlich deshalb, weil ein ähnliches Experiment auf den Philippinen gescheitert war.²⁰

Anders als bei den europäischen Mächten fand die Kurdistanfrage in der US-Diplomatie bemerkenswerte Erwähnung. Wenn in Wilsons Deklaration vom 8. Januar 1918 die Rede vom Recht der anderen Nationen im Osmanischen Reich auf ein sicheres Leben, eine freie und unabhängige Entwicklung war,²¹ so fand das Land der Kurden auf der Liste des vierten Entwurfes des US-Präsidenten über die Territorien, die unter ein

¹² H. A. Foster: *The Making of Modern Iraq, A Product of World Forces*, Oklahoma 1935, S. 128.

¹³ Siehe den Gesprächsverlauf bei Lloyd George, Vol. I, 1938, S. 288-90.

¹⁴ Lowe/Dockrill, Vol. 2, 1972, S. 363.

¹⁵ Ebd., S. 359.

¹⁶ Lazarev, 1991, S. 62. Curzon sagte am 20. November 1918 im Kabinett: »(...) there was Armenia, where the inhabitants themselves were asking for either French or American protection.« Lloyd George, Vol. 1, 1938, S. 121-22.

¹⁷ Davenport/Cooke, 1976, S. 24-25.

¹⁸ Lowe/Dockrill, Vol. 2, 1972, S. 358.

¹⁹ Das Einbeziehen der USA in die Nahostpolitik hätte aus der Sicht Belfore, einer des bekanntesten englischen Architekten der Nahostpolitik, die Position Großbritanniens im Konkurrenzkampf gegen Frankreich verstärkt. Ebd., S. 359.

²⁰ Lloyd George, Vol. 1, 1938, S. 115.

²¹ Scott, 1921, S. 238.

Völkerbundmandat gestellt werden sollten, einen recht beachtlichen Platz; es stand zwischen Armenien und Arabien.²²

Im großen und ganzen hätte die Wilson-Deklaration die Interessen der europäischen Mächte erheblich beeinträchtigt bzw. wäre den vorbereiteten anglo-französischen Plänen zuwider gelaufen. Darum wurde sie kritisch aufgenommen. Über die 8.-Januar-Deklaration schrieb Lloyd George:

»This declaration, which subsequently played such an important part at the Armistice and the Peace Conference, was not regarded by any of the Allies, as being at variance on vital matters, except in respect of Freedom of the Seas, with their own declarations - although we never formally accepted them, and they constituted no part of the official policy of the Alliance.«²³

Der Autor begründete selber an einer anderen Stelle diese Politik im Zusammenhang mit dem Kriegsziel der Alliierten: »It was a war of protection for weak nations against arrogant and aggressive militarism, and not a war of liberation for oppressed races.«²⁴

Russlands Nahostpolitik in Hinblick auf die Kurden und Kurdistan erfuhr (im Vergleich zur Zarenzeit) während des Ersten Weltkrieges, keine Veränderungen. Der Armenienfrage wurde weiterhin Priorität eingeräumt. Diese Haltung setzte sich auch nach der Oktoberrevolution fort, als sich die Bolschewisten mit den Türken über die türkisch-russischen Grenzen verständigen konnten. Die »Kurdenfrage« blieb in der russischen Politik nach wie vor im Hintergrund.²⁵

Aus diesen Darlegungen folgt, dass das militärische Eindringen in Mossul während des Krieges einerseits und die diplomatischen Arrangements andererseits den Briten die Möglichkeit eröffneten, ohne große Probleme die Oberhand über das ganze Wilayat Mossul zu gewinnen. Die Naturressourcen des Wilayats und die Wahrung der englischen Interessen im Irak waren die Hauptmotive dieser gelungenen Interventionen. Dies geschah zu einer Zeit, als der Armenienfrage von Frankreich, Russland und den USA, die in Kurdistan keine Präsenz aufwiesen, höchste Priorität eingeräumt und der Kurdistanfrage, die sich gerade erst herausbildete, keine Relevanz beigemessen wurde.

2 Die Kurdistanfrage und die internationalen Verhandlungen und Verträge der Nachkriegszeit

Dem Ende des Ersten Weltkrieges waren, wie bereits angedeutet, die anglo-französischen Entwürfe zur Zerstückelung des Osmanischen Reiches vorausgegangen. Um die territoriale Neuordnung von 1918/19 zu sichern bzw. die vorgelegten Teilungspläne in die Tat umzusetzen, mussten vielfältige und multilaterale Verhandlungen geführt werden. Im folgenden Abschnitt wird in kompakter Form ausgeführt, welche Entscheidungen in den internationalen Verträgen der Nachkriegszeit für Kurdistan getroffen und wie die Kurdistanfrage thematisiert wurde.²⁶

Zuerst darf darauf verwiesen werden, dass die französische Hauptstadt Paris zu dem Ort wurde, in dem die Friedensverhandlungen zwischen den Siegermächten und

²² H. Duncan Hall: Mandates, Dependencies and Trusteeship, Washington 1947, S. 37.

²³ D. Lloyd George: War Memoirs, Vol. V, London 1936, S. 2488-89.

²⁴ Lloyd George, Vol. 2, 1938, S. 752.

²⁵ Vgl. Lazarev, 1991, S. 34.

²⁶ Lazarev widmet diesem Thema fast drei Kapitel seines aus sechs Kapitel bestehenden Buches. Die zumeist auf Dokumenten der Britischen und Russischen Außenpolitik basierenden und recht einleuchtenden Darlegungen dieses Werkes halfen bei den Recherchen der vorliegenden Arbeit häufig.

Besiegten im Krieg monatelang stattfanden. Dort waren sich die Siegermächte schon zu Beginn der Verhandlungen einig, Armenien, Syrien, Mesopotamien, Kurdistan, Palästina und Arabien vom türkischen Reich abzutrennen. Außerdem hatten sie den Völkern dieser Länder versprochen, durch Mandate des Völkerbundes die Entwicklung und Souveränität der jeweiligen Länder zu verwirklichen.²⁷ Soweit dies Kurdistan betraf, bedeutete die gemeinsame Entscheidung, dass der unter der türkischen Herrschaft verbliebene Teil Kurdistans vom Empire abgeschnitten und unter das Mandat des Völkerbundes gestellt werden würde.

2.1 Die Ansprüche der nationalen Akteure des Mittleren Ostens auf Kurdistan

Bei näherer Betrachtung des Verlaufs der Verhandlungen und Beratungen wird deutlich, dass unmittelbar am Ort des Geschehens in Paris mehrere Akteure aus dem Mittleren Osten Ansprüche auf Teile bzw. ganz Kurdistan anmeldeten, abgesehen von den Osmanischen Bemühungen. Dies war im Grunde genommen der verzweifelte Versuch, das zu retten, was noch zu retten war; und war aber von vorneherein zum Scheitern verurteilt.²⁸ Ähnliches galt für die territorialen Forderungen des unter dem Schutz Großbritanniens stehenden Iran, der mit einer Delegation auf der Konferenz erschien und bemüht war, seine Ambitionen in Kleinasien bis hin zum Euphrat wiederaufleben zu lassen. Diese von Temperley als »reminiscent of the old days of Persia's glory«²⁹ beschriebene Zielsetzung wurde selbst von den Briten völlig ignoriert.³⁰

Die Kontroverse um Kurdistan brach relativ schnell aus. Prinz Faisal von Arabien präsentierte im Februar 1919 seine Forderung auf der Konferenz. Er verlangte: »the independence of all the Arabic-speaking peoples in Asia, from the line Alexandretta-Diarbekir southward.«³¹

Ebenfalls im Februar erhob M. Aharonian im Namen der Armenier Ansprüche auf viele Gebiete Kleinasiens, die u.a. große Teile von Nord-Kurdistan umfassten. Aharonian forderte die militärische Unterstützung für seine relativ starke Bewegung, die die Gründung eines Großarmenien zum Ziel hatte.³²

General Shérif Pasha war die Persönlichkeit, die die kurdischen Interessen in Paris vertreten wollte.³³ Er forderte in seinem auf den 22. März 1919 datierten Memorandum

²⁷ Lazarev, 1991, S. 145-46.

²⁸ Siehe dazu Lloyd George, Vol. II, 1938, S. 1004-14.

²⁹ Temperley, Vol. VI, 1924, S. 211.

³⁰ Lazarev, 1991, S. 153. Der iranische Außenminister Nosrat al-Dowla fand es in seinem Gespräch mit seinem britischen Kollegen in London am 16. Oktober 1919 falsch von Türkisch-Kurdistan und Persisch-Kurdistan zu sprechen. In Wirklichkeit, meinte der Iraner, gibt es nur ein Kurdistan und die Grenzen seien erfunden. Seinem Gesprächspartner ersparte al-Dowla nicht, was er damit genau bezweckte: Er wollte sich die Kontrolle über ganz Kurdistan verschaffen. Documents on British Foreign Policy 1919-1939, ed. by R. Butler/J. P.T. Bury, Vol. IV, London 1952, (künftig zitiert als DBFP) S. 1213-14.

³¹ Lloyd George, Vol. II, 1938, S. 1039.

³² Ebd., S. 1322.

³³ Der britische Hochkommissar in Mesopotamien, Wilson, hatte Grund zur Sorge, dass Süd-Kurdistan verloren geht. Er telegraphierte nach London, um gegen Shérif Pasha zu manövrieren. Er lehnte es entschieden ab, dass er die irakischen und allgemein die Kurden vertritt, mit dem Vorwand, er sei unfähig und nicht populär. Siehe Lazarev, 1991, S. 193. Vor diesem Hintergrund darf es kaum überraschen, dass Shérif Pasha ganz allein die Kurden vertrat. Als Shaikh Mahmud ein Memorandum mit anderen kurdischen Führern Süd-Kurdistans anfertigte, und es mit zwei Delegierten Shérif Pasha zusenden wollte, kamen diese nie in Paris an, weil die beiden Boten von den Briten in Alipo keine Einreisegenehmigung nach Paris erhielten. Hilmi, Bd. 1, 1956, S. 65, 201 und Bd. 2, 1957, S. 377 und 486.

an die Friedenskonferenz »die legitimen Rechte der kurdischen Nation« von der Gründung eines kurdischen Staates gemäß Wilsons Prinzipien über das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein. Der größte Teil dieser Denkschrift, der eine Karte von Kurdistan beigelegt war (siehe Karte 2), vermittelte durch etliche Argumente den Siedlungsraum der Kurden, um hauptsächlich armenische Ansprüche auf Landstriche Kurdistans zu widerlegen. Shérif Pasha brachte ebenfalls zur Debatte, dass der iranische Teil von Kurdistan auch an Großkurdistan angegliedert werden sollte. Der aus der Stadt Sulaimani stammende Pasha forderte weiter, dass eine internationale Kommission beauftragt werden sollte, damit die Grenzen der mehrheitlich von Kurden bewohnten Gebiete gemäß den Nationalitätsprinzipien gezogen würden.³⁴

Schätzt man diese drei Forderungen richtig ein, so erkennt man als erstes, dass zumindest in einem Punkt die Argumentation Prinz Faisals nicht stichhaltig war. In den von ihm geforderten Gebiete südlich von Diarbakir und in den nordwestlichen Teilen von Mossul wird weder mehrheitlich arabisch gesprochen, noch übersteigt der arabische Bevölkerungsanteil dort die Grenze von 20%. Daher kann Faisals Position, die in Wahrheit seit 1915 von den arabischen Nationalisten vertreten wurde, eher als ein Versuch verstanden werden, möglichst große Territorien den Arabern zu unterwerfen, denn einen rein arabischen Nationalstaat ins Visier genommen zu haben.

Das galt in geringerem Maß für Aharonian, der in seinen Forderungen große Teile der nun von Kurden besiedelten Gebiete in Ostanatolien seinem Großarmenien anschließen wollte, um die armenischen Ansprüche maximieren zu können.³⁵

An dieser Stelle muss auf eine Tatsache hingewiesen werden: Eine präzise Grenzziehung zwischen Kurdistan und Armenien ist aufgrund der Verflochtenheit vieler Randgebiete dieser Länder bis heute eine heikle Angelegenheit und war auch damals nicht zu lösen.³⁶

Shérif Pasha hatte es in Paris nicht leicht. Obgleich seine Forderungen relativ bescheiden erschienen gegenüber denen von Faisal und Aharonian, strebte er sie zu einem ungünstigen Zeitpunkt an, den »imperialistic claims of Armenia«, wie es zu Beginn seines Memorandums hieß, entgegenzutreten. Durch die Massaker an christlichen Armeniern hatte die Armenienfrage - zumindest formell - die allgemeine Aufmerksamkeit der Alliierten auf sich gezogen, während die Kurdistanfrage noch keine allgemeine Beachtung errungen hatte.³⁷ Außerdem verlangte Shérif Pasha, der ehemalige osmanische Diplomat, dass Iranisch-Kurdistan auch an Großkurdistan angegliedert werden sollte. Zugestimmt hätten die Briten solchen Forderungen kaum; Iran stand ja schon unter ihrem Schutz.

Solche Ansprüche der nahöstlichen Akteure waren allerdings kein Grund zur Sorge für die Alliierten, denen vermutlich bewusst war, dass die in Paris anwesenden Vertreter dieser Völker, diese lediglich symbolisch repräsentierten und in der Realität wenig mehr tun konnten, als ihre z.T. exorbitanten Territorial-Forderungen kundzutun.³⁸

³⁴ Shérif Pasha: Memorandum on the Claims of the Kurd People, Paris 1919.

³⁵ Vgl. Lazarev, 1991, S. 150. Siehe auch Lloyd George, Vol. II, 1938, S. 1322.

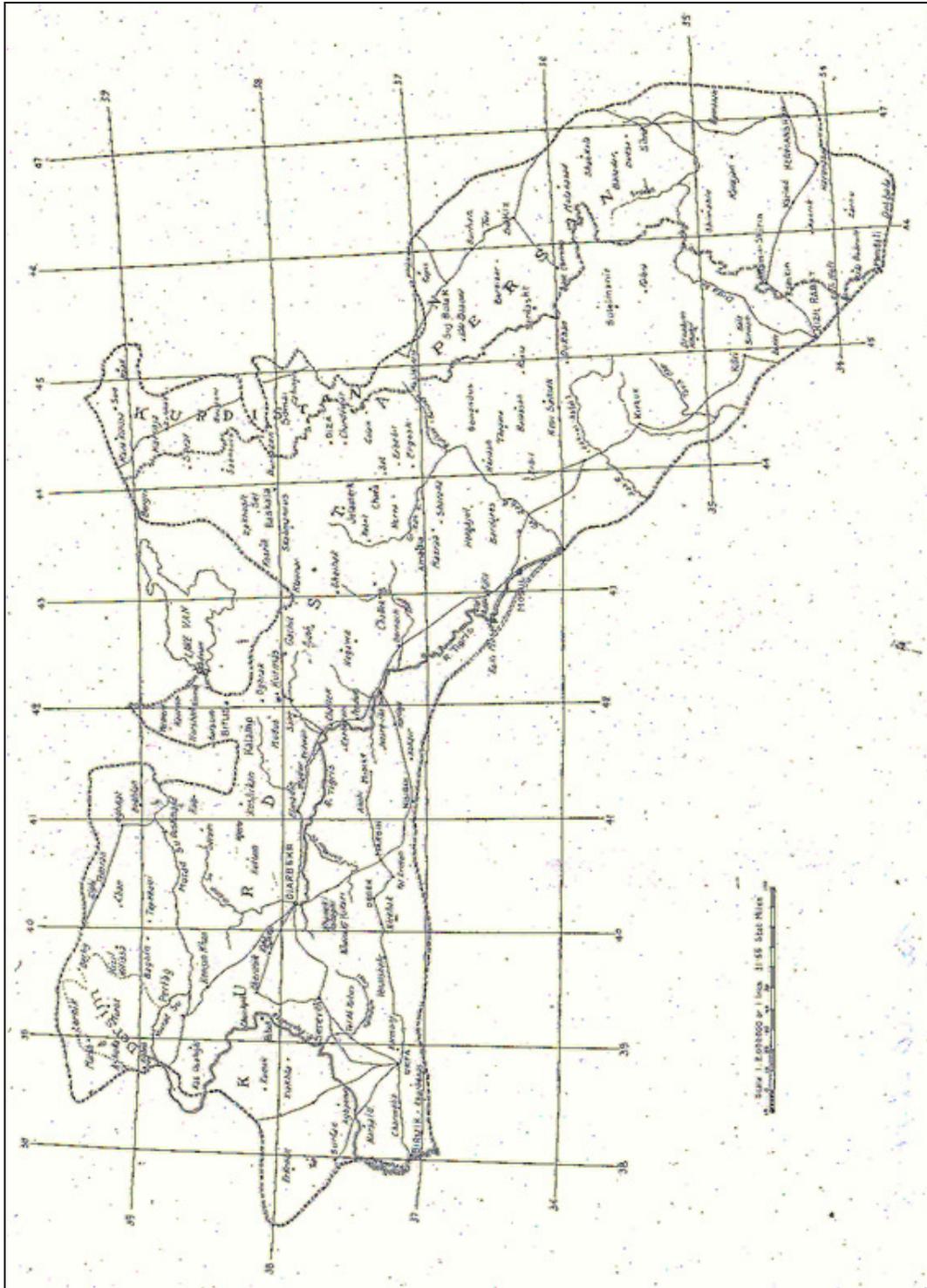
³⁶ Allgemeine Informationen über die beiden Länder veröffentlichte das britische Foreign Office in einer Broschüre: Armenia and Kurdistan, Handbooks prepared under the direction of the historical section of the foreign office. No. 62, London 1920.

³⁷ Vgl. Lazarev, 1991, S. 151-52.

³⁸ Vgl. DBFP, Vol. IV, 1952, S. 747 und 928.

Karte 2 Shérif Pashas Kurdistan Karte.

Quelle: Shérif Pasha: Memorandum on the Claims of the Kurd People, Paris 1919.
Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz. Signatur: 1a: U1 2804/15.



Das darf aber nicht dazu führen, eine wichtige Tatsache zu übersehen, nämlich die, dass die Präsenz vieler Völker in Paris, zur Vertretung ihrer Interessen, eine historische Entwicklung neuesten Datums war.³⁹

Soweit sich die Dinge bezüglich der Kurdistanfrage im Zusammenhang mit der Pariser Friedenskonferenz überblicken lassen, wurden obige Ansprüche der ethnisch-nationalen Akteure des Mittleren Ostens auf Kurdistan vorgestellt. Nun gehen wir zur Einstellung der Siegermächte über.

Faktisch erklärten die Westmächte durch die Teilungsvorhaben der zwischen Mittelmeer und persischer Grenze gelegenen Gebiete das Ende des Osmanischen Reiches. Hinter den Kulissen führten sie eifrig Verhandlungen, um das Erbe des untergehenden Imperiums gemäß ihren Interessen unter sich aufzuteilen. Dadurch sah Osmanisch-Kurdistan, das etwa die heutigen kurdischen Teile der Türkei, Iraks und Syriens umfasste, einer neuen Zukunft entgegen.

2.2 Die US-amerikanische Kurdistanpolitik

In der französischen Hauptstadt wurde die amerikanische Position hinsichtlich der Kurdenfrage im Lichte der Ergebnisse einer in den Mittleren Osten entsandten Untersuchungskommission (King-Crane-Kommission), die auf den Vorschlag des US-Präsidenten Wilson hin gebildet worden war, formuliert. Albert Libeer reichte als Mitglied der US-Delegation der Konferenz ein Memorandum ein, das eine Lösung der Kurdenfrage enthielt. Er forderte, den Kurden die geographischen Gebiete zuzugestehen, die zwischen Armenien im Norden, Mesopotamien im Süden, Euphrat und Tigris im Westen und der persischen Grenze im Osten liegen. Ferner hielt es Libeer für möglich, diesen Gebieten, die unter einem Mandat des Völkerbundes stehen sollten, Autonomie zu gewähren, um dann in der Zukunft für eine Unabhängigkeit oder Konföderation mit den Nachbarn vorbereitet zu sein. Bemerkenswert ist, dass das Memorandum die Evakuierung der Armenier und Türken in diesen Gebieten auf freiwilliger Basis für angemessen hielt, so dass letztendlich 1,5 Mio. Kurden übrig bleiben würden. Darüber hinaus wurde aus geographischen Gründen empfohlen, Kurdistan einem Mandatar-Staat zu übergeben, dem »Mesopotamien« übertragen wird. Kurdistan dürfe nicht mit Armenien oder Anatolien verbunden werden, so forderte er weiter. Schließlich hatten die Amerikaner vorgezogen, dass Mossul und »Mesopotamien« vereint unter das Mandat Großbritanniens gestellt würden.⁴⁰ Eine weitere US-Mission nach Anatolien sprach sich für die Übernahme des Mandats über Armenien aus.⁴¹

Die US-Pläne, die offensichtlich darauf abzielten, Anatolien und Armenien einem eigenen Mandat zu unterstellen, ließen sich in der Praxis nicht umsetzen. Aus etlichen Gründen wurden Stimmen in Washington und im Kongress gegen den Versailler-Vertrag laut, gegen die Teilnahme am Völkerbund, sowie gegen die Übernahme des Mandats über Armenien. Die Folge war das Fernbleiben der Amerikaner ab Ende 1919 von den Verhandlungen der Pariser Friedenskonferenz.⁴² Die USA traten damit den Briten und Franzosen ihre Ansprüche (Mandat über Anatolien und Armenien) ab. Wie diese mit der

³⁹ Dieser Gedankengang ist in Lloyd Georgs Memoiren zu lesen: »The Treaties of Paris constitute the greatest measure of national liberation of subject nations ever achieved by any war settlement on record.« Lloyd George, Vol. II, 1938, S. 751.

⁴⁰ DBFP, Vol. IV, 1952, S. 814.

⁴¹ Lazarev, 1991, S. 155-59.

⁴² Ebd., S. 160-61.

Kurdistanfrage umgehen, wird im nächsten Abschnitt behandelt. Zuvor scheint es angebracht, Folgendes über die US-Kurdistanpolitik anzumerken:

- 1) Durch ihre Untersuchungskommissionen waren die Amerikaner über die aktuellsten demographischen Faktoren im Mittleren Osten informiert. Sie erkannten damit, was den Briten schon bekannt war, dass die Frage des großarmenischen Staates, auf den die Aufmerksamkeit in Europa gerichtet war, nicht völlig unabhängig von der Kurdistanfrage zu regeln war. Denn viele im östlichen Anatolien liegende Gebiete, die für armenisch gehalten wurden, waren mehrheitlich von Kurden bewohnt.⁴³
- 2) Die US-Vorschläge über die Kurdistanfrage lassen sich nicht mit der Wilson-Deklaration über das Selbstbestimmungsrecht der Völker einwandfrei in Einklang bringen, weil weder Iranisch-Kurdistan noch Süd-Kurdistan auf der Gebietsliste des kurdischen Staates oder der Konföderation standen. Dieser wohldurchdachte Plan bezweckte höchstwahrscheinlich nur eines, nämlich die Schutzherren Irans und Besetzer Süd-Kurdistans, also die Briten, die die USA zwecks Schwächung Frankreichs bei den Verhandlungen zur Einmischung aufforderten, zufriedenzustellen.

2.3 Die Kurdistanfrage und die anglo-französischen Verhandlungen

Während der Pariser Verhandlungen wurde die Kurdistanfrage eher oberflächlich von den Alliierten thematisiert.⁴⁴ Sie wurde aber bei den bilateralen Gesprächen zwischen Frankreich und Großbritannien intensiver aufgegriffen.

Zu Beginn darf darauf hingewiesen werden, dass Frankreich von Beginn an Abstand von der King-Crane-Kommission nahm, weil die Franzosen, so interpretiert Lazarev, in den Untersuchungsgebieten der Kommission, in Syrien, Anatolien und Mossul, nicht willkommen waren.⁴⁵ Wenn wir uns die Reisezeit der genannten Kommission in Erinnerung rufen - drei Wochen nach der ersten Erhebung Shaikh Mahmuds -, ist anzunehmen, dass die Engländer aus denselben Gründen nicht an der US-Kommission teilnahmen.

Im vorherigen Abschnitt wurde erwähnt, dass Frankreich Ende 1918 zugunsten Großbritanniens auf Mossul verzichtete. Dieser Verzicht war jedoch nicht unumstößlich. Den Franzosen fiel es schwer, den Engländern ohne jegliche Gegenleistung ein Wilayat zu schenken, schon gar nicht, wenn es reich an Erdöl war.

Im Dezember 1919 schrieb Clemenceau in seinem Memorandum an Lloyd George:

»The Mosul concession in so far as France is concerned entails, as an essential compensation demanded alike by industry and by the French Parliament, strict equality in the exploitation of petroleum in Mesopotamia and Kurdistan. This point carries great importance, by reason of the absolute lack of petroleum in France and her needs. Like iron and coal, petroleum has assumed a vital part in the independence and 'self-defence' of all the nations of the world.«⁴⁶

Der Präsident Frankreichs plädierte daraufhin für die Ausdehnung der Zusammenarbeit beider Länder auch in der Industrie und anderen Bereichen. Hinsichtlich des Friedensvertrages mit den Türken bemerkte Clemenceau:

»This first sketch of the essential lines of settlement as regards the Turkish Empire (an international neutral State of Constantinople and the Straits, a Turkish State relegated to

⁴³ Vgl. ebd., S. 160-64.

⁴⁴ Ebd., S. 144 ff.

⁴⁵ Ebd., S. 155-56.

⁴⁶ Lloyd George, Vol. II, 1938, S. 1100-01.

Asia Minor and Anatolia, the recognition of the independence of Armenia, within the limits imposed by history, justice and reason, a definite understanding on the question of the independence of the Arabs and Syrians under a French and British mandate respectively) will be completed by an exchange of views regarding the Caucasus, Kurdistan and Persia, on which it appears that no dissension need arise. They will only come in question so far as they are affected by the present settlement.«⁴⁷

Wirft man einen genauen Blick auf die letzte Passage, so stellt man fest, dass Clemenceau bis dahin nicht beabsichtigte, die Kurdistanfrage unnötig anzuregen. Er setzte die übliche französische Kurdistanpolitik fort. Die Briten waren ihrerseits solchen Forderungen zuvorgekommen. Lloyd George beispielsweise wollte von den wirtschaftlichen Bedeutungen dieses Wilayats nichts gewusst haben, als er in seinem Brief vom 18. Oktober 1919 an den Konsul des Völkerbundes den Grund für die Interessen seines Landes an Mossul ablieferte. Er hätte schon 1918 verstanden, »that Mosul was geographically and economically part of Mesopotamia«.⁴⁸

2.3.1 Die Londoner Verhandlungen

Die mehrfach erwähnte französische Indolenz gegenüber der Kurdistanfrage blieb nicht immer konstant, vor allem während der dritten anglo-französischen Gespräche im britischen Außenministerium über die Vorbereitungen für einen Friedensvertrag mit den Türken. Dort referierte der französische Vertreter M. Berthelot als erstes am 23. Dezember 1919 über Kurdistan. Zu Beginn wies er auf die Unmöglichkeit der Angliederung eines geographisch mit dem Wilayat Diarbakir und südlich von Van beschriebenen Kurdistans an Armenien hin. Er schlug vor, dass ein Teil von Kurdistan unter das Mandat der Briten in Mesopotamien fallen und der Rest in einer föderalen Organisation unter europäischer Kontrolle gestellt werden sollte. Gleichzeitig sollte bis zur Festlegung der Grenzen Armeniens und Mossuls das endgültige Schicksal Kurdistans aufgeschoben werden. Ferner verlangte der französische Politiker, dass die Macht des türkischen Sultans über Kurdistan formell aufrechterhalten bleiben sollte, weil, so argumentierte er, in Kurdistan Turkmenen lebten.⁴⁹

Diese überraschende Wende in der französischen Kurdistanpolitik dürfte taktisch motiviert gewesen sein, mit dem Ziel, sich einen direkten Zugang zu den herrenlosen Gebieten zu ermöglichen, in denen man noch keinen Einfluss besaß. Denn Anfang 1920 kehrten die Franzosen von dieser Politik ab und legten das Hauptgewicht ihrer Nahostpolitik wieder auf die Armenienfrage.⁵⁰

Die Vorschläge der britischen Seite bei dieser Verhandlungsrunde, die vom Außenminister Curzon vorgetragen wurden und in vielen Punkten den französischen widersprachen, lauteten:

1. No mandate, whether English or French, or Anglo-French, was possible or desirable for Kurdistan as a whole, except perhaps for the more settled areas in Southern Kurdistan.
2. Turkish rule, for obvious reasons which past experience made clear, should not continue in Kurdistan in even a nominal form.
3. The Kurds were quite capable of making (and according to his latest information were disposed to make) a working arrangement with the Assyrians on one side and the Armenians on the other. The Kurdistan question could not therefore be considered apart from the formation of the Armenian State on which the French and British were agreed.

⁴⁷ Ebd., S. 1101. Siehe auch DBFP, Vol. IV, 1952, S. 452-54.

⁴⁸ Lloyd George, Vol. II, 1938, S. 1091.

⁴⁹ Siehe DBFP, Vol. IV, 1952, S. 969-70.

⁵⁰ Vgl. ebd., S. 1024-25.

4. Lord Curzon's own idea was to allow the Kurds to decide whether they would form a single State or a number of small loosely knit areas. Time and non-interference by the Turks could alone show what they were capable of.
5. The Kurds should, if possible, be guaranteed against Turkish aggression, but should preferably not have formally appointed advisers, whether French or British.
6. Both from the British and French points of view it was undesirable to create a frontier problem similar to that with which the British were confronted in India.⁵¹

Punkt eins kam der Erteilung einer Absage an die französischen Ersuche, in Kurdistan Einfluss zu gewinnen, gleich. Während die restlichen Bestimmungen, von 2 bis 5, die Zerstückelungspolitik der Alliierten gegenüber dem Osmanischen Reich bekräftigten, lag der letzte Punkt als einziger den Hauptzielen Großbritanniens nahe, nämlich die Aufrechterhaltung bzw. Sicherung der englischen Interessen in »Mesopotamien« und dem Golf.

Wie auch immer, die Verhandlungsparteien waren sich darin einig, noch keine Entscheidung über Kurdistan zu fällen.

Die Kurdistanfrage nahm bei den Unterredungen auf der Londoner Konferenz, an der die Regierungschefs Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Japans beteiligt waren, (10. Februar -10. März 1920) weiter keine Gestalt an,⁵² obgleich die Franzosen am 12. und 26. Februar näheres über die englischen Ziele und Vorhaben zu erfahren wünschten. Außerdem versuchten sie, die bereits bestehende Vereinbarung über den französischen Anteil am Erdöl von Mossul zu verwirklichen.⁵³

Der Grund für die Verschiebung der Kurdistanfrage auf unbestimmte Zeit war eindeutig auf die Haltung der Briten zurückzuführen, die in »Mesopotamien« und Süd-Kurdistan das Sagen hatten und noch nicht bereit waren, gegenüber den Franzosen, die zuversichtlich auf ihren Anteil am Osmanischen Erbe warteten, irgendeine Verpflichtung einzugehen.

2.3.2 Neue Verhandlungen in San Remo

In San Remo, wo die Alliierten vom 18. bis 26. April 1920 neue Verhandlungen aufnahmen, stand die Kurdistanfrage erneut auf der Agenda.

Der britische Außenminister Curzon lieferte eine relativ umfangreiche Analyse über die Kurdistanfrage, in der er zunächst darauf hinwies, dass diese Frage für die europäischen Mächte interessant sei, weil das Land in der Nachbarschaft von Armenien liege und Süd-Kurdistan einen Teil des Wilayats Mossul bilde, »which was likely to pass under the mandatory control of Great Britain.«⁵⁴ Curzon schlug einen Lösungsansatz für Kurdistan vor, der die Übernahme Kurdistans durch ein britisches und französisches Protektorat vorsah. Dem Minister erschien es wünschenswert, das Land von der Türkei abzulösen und ihm Autonomie zu gewähren. Der Brite meinte, es sei schwierig zu erkennen, was die Kurden sich wünschten, und ob sie überhaupt fähig seien, Stabilität zustande zu bringen, um einen autonomen Staat zu gründen. Weiter fuhr er damit fort, aus der Kurdistanfrage einen komplexen Sachverhalt herauszugreifen, nämlich die Führungsfrage: »No Kurd«, behauptete er, »appeared to represent anything more than his

⁵¹ Ebd., S. 966-70.

⁵² Siehe Einzelheiten in ebd., S. 257-58.

⁵³ Am 12. Februar stellte die französische Seite die folgende Frage: »The question of Mesopotamia depended largely upon the question, what were to be its northern limits? Should Kurdistan remain a Turkish province? Should it come under one of the two mandatory Powers?« Ebd., Vol. VII, 1958, S. 103. und 108.

⁵⁴ Ebd., Vol. VIII, 1958, S. 43.

own particular clan«. ⁵⁵ Für ihn galt im Fall Shérif Pasha das gleiche. Auf der anderen Seite meinte er, dass die Kurden zu wissen scheinen, dass sie ohne Unterstützung einer Großmacht ihre Existenz nicht behaupten können und sie ein britisches sowie französisches Protektorat akzeptieren würden. Übernahmen diese Mächte nicht die Verantwortung, so wäre es besser, sagte der englische Außenminister, die Kurden den Türken zu überlassen; das Land sei die türkische Herrschaft gewöhnt.

»One part of Southern Kurdistan«, stellte der britische Minister fest, »affected British interests, as the hilly part of the Vilayet of Mosul was inhabited by Kurds. When an independent Kurdistan had been thought of,« so hoffte er, dass »[...] these Kurds could be severed from the rest of the Mosul Vilayet and joined to the new independent State of Kurdistan.« ⁵⁶

Darüber hinaus wollte er informiert sein, dass die Teilung des Wilayats Mossul undurchführbar sei, und die Kurden selbst zum Opfer würden. Hierzu schlug er vor, dass die Einwohner in diesem Wilayat entscheiden sollten, ob sie sich an das unabhängige Kurdistan anschließen oder unter britischem Protektorat bleiben wollten. ⁵⁷

Es ist evident, dass die Franzosen Curzons Meinungen und Vorschläge teilten. Folglich wurde in San Remo eine Einigung über die bis dahin ungeklärt gebliebene Kurdistanfrage erzielt. ⁵⁸

Großbritannien legte schließlich einen Entwurf über die Paragraphen des türkischen Friedensvertrages vor, die auf Kurdistan Bezug nahmen und später im Pariser Vorort Sèvres (der Sèvres-Vertrag vom 10. August 1920) in den Artikeln 62-64 des türkischen Friedensvertrags Einzug fanden (siehe Karte 3).

»In the case of Kurdistan,« so gibt Temperley die Artikel zusammenfassend wieder, »an inter-Allied Commission was, within six months from the coming into force of the Treaty, to draft a scheme of local autonomy for the predominantly Kurdish areas lying east of the Euphrates, south of the southern boundary of Armenia, as determined by the 'Wilson Award', and north of the frontier of Turkey with Syria and Mesopotamia - that is, in effect, for all territories east of the Euphrates over which Turkish sovereignty was otherwise to continue (Art. 62). If within one year from the coming into force of the Treaty the Kurdish peoples within the areas thus defined were to address themselves to the Council of the League of Nations in such a manner as to show that a majority of the population of these areas desired independence from Turkey, and if the Council then considered that these peoples were capable of such independence and recommended that it should be granted to them, Turkey was to renounce all rights and title over these areas. In that event, no objection would be raised by the Principal Allied Powers to the voluntary adherence to such an independent Kurdish State of the Kurds inhabiting that part of Kurdistan which had hitherto been included in the Mosul vilayet (Art. 64).« ⁵⁹

⁵⁵ Ebd.

⁵⁶ Ebd.

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Dieser Entwurf erfuhr leichte Ergänzungen im Hinblick auf die Rücksichtnahme auf die französischen Interessen östlich vom Euphrat. Überdies beschloss man, »In the event of the members of the Kurdistan Commission not being unanimous on any question under their consideration, the said question should be referred by them to the heads of their respective Governments.« Ebd., S. 77.

⁵⁹ Temperley, Vol. VI, 1924, S. 90-91. Siehe auch N. Aziz: Kurdistan, Menschen. Geschichte. Kultur, Nürnberg 1992, S.147-48.

Wie aus den Verhandlungen des 23. April hervorgeht, lag das Hauptinteresse Großbritanniens in Süd-Kurdistan. Was den Rest betraf, war für England offenbar wenig von Belang.⁶⁰

Die Alliierten regelten zum Schluss punktgenau, und zwar zumeist zugunsten Großbritanniens, ihre Interessengebiete, wobei sie sich verpflichteten, das unabhängige Kurdistan unmittelbar anzuerkennen und in seiner Entwicklung zu unterstützen.⁶¹

Wie sind aber im Allgemeinen die Entwürfe der Westmächte in Paris und San Remo zu bewerten?

Theoretisch waren die Beschlüsse der Alliierten, die streng geheim gehalten wurden⁶² und nie zum Durchbruch kamen, das einmalige und wichtigste Dokument zur Anerkennung eines kurdischen Staates; jedoch nicht für alle Kurden. Dass die o.g. Beschlüsse Iranisch-Kurdistan gänzlich ignorierten und Süd-Kurdistan nur am Rande streiften, zeigt zumindest keine vorbildhafte Norm, nach der das Handeln der Ententestaaten einwandfrei positiv beurteilt werden kann. Mit Art. 64 des Sèvres-Vertrages wurde die Süd-Kurdistan-Frage, wie bereits erwähnt, lediglich zu einem Randthema, das weitgehend von der Situation in Nord-Kurdistan abhing. Es musste in Nord-Kurdistan etwas 'Positives' im Sinne des Vertrages geschehen, damit die im Wilayat Mossul lebenden Kurden eine Entscheidung über ihren Anschluss an den Staat Kurdistan treffen konnten. Hinter dieser Bestimmung verbargen sich zweifellos die vielschichtigen Interessen des Architekten Großbritannien in Süd-Kurdistan, die zu diesem Zeitpunkt in krassem Widerspruch zu der Idee eines Großkurdistan standen. Nachdem sich die Amerikaner jeglicher Verantwortung im Mittleren Osten entzogen hatten, hätte ein kurdischer Staat im Norden, wie ihn der Sèvres-Vertrag vorsah, möglicherweise unter französischem Mandat stehen können.⁶³ Eine solche Entwicklung schien den Engländern eine Unannehmlichkeit, weil sie unabsehbare Folgen haben konnte. In erster Linie hätte sie Süd-Kurdistan den Weg der Ablösung von der britischen Herrschaft geöffnet und herbeigeführt, was die Briten aufgrund ihrer Interessen in »Mesopotamien« vermeiden wollten.

Die Kontrolle über Süd-Kurdistan wurde seitens Großbritanniens nie ernsthaft in Frage gestellt. Im Gegenteil: sie wurde sogar gestärkt, wenn wir uns daran erinnern, wie die Briten die Unstimmigkeiten der kurdischen Führer in Süd-Kurdistan geschürt haben, als sie schon 1919 Maßnahmen zur Schwächung Shaikh Mahmuds unternahmen.

Mit anderen Worten: Ein kurdischer Staat im Norden, wo die Engländer weder große Interessen noch maßgeblichen Einfluss hatten, hätte den Verlust Süd-Kurdistans bedeutet und den Einfluss Großbritanniens in »Mesopotamien« und dem Mittleren Osten berührt. Darum lag den Briten wenig daran, die Idee eines kurdischen Staates voranzutreiben.

⁶⁰ Curzon sagte dort: »(...) the British Government had proposed to claim similar advantages in the eastern and southern areas of Kurdistan. This claim was now withdrawn. The only part in which Great Britain would be concerned was the part lying around Sullimanieh [sic] forming an integral portion of the Mosul Vilayet. The rest of Kurdistan would be subject to no claim for economic priority raised by Great Britain.« BDFP, Vol. VIII, 1958., S. 133.

⁶¹ Ebd., S. 141-42.

⁶² Vgl. ebd., Vol. XIII, 1963, S. 65-66.

⁶³ Die Briten ließen sich die Chance nicht entgehen, dass die Pforte in der Osmanischen Hauptstadt, das Eindringen der Franzosen in Anatolien verhinderte. Lazarev, 1991, S. 195.

Karte 3 Die Grenzen des vorgesehenen Staates Kurdistan gemäß dem Sèvres-Vertrag
 Quelle: Izady, 1992, S. 58.



Die Briten rieten den nationalistischen Personen aus Nord-Kurdistan, wie z.B. Said Abdul-Kadir, dem Präsidenten des Kurdischen Clubs, der oft mit Vertretern Großbritanniens in Verhandlung trat, von ihren Staatsgedanken ab. Sie wurden in Ihrer Zielsetzung nicht ermutigt.⁶⁴

Die bisherigen Darstellungen zeigen, dass die Konstellation etlicher Faktoren nach dem Ersten Weltkrieg die internationale Behandlung der Kurdistanfrage herbeiführte:

- mit eigener Tradition und Geschichte wurden die Kurden als eine 'ethnische' Gruppe angesehen. Diese Tatsache dürfte durch Shérif Pashas Bemühungen in Paris bekräftigt worden sein;
- Wilsons Deklaration und die Oktoberrevolution erschwerten in unterschiedlichem Maße - zumindest in der Öffentlichkeit - die Position der britischen sowie französischen Kolonialmächte, die neu eroberten Gebiete, u.a. Teile von Kurdistan, wie eine bloße Kolonie zu behandeln und
- die nicht zu leugnende geographische Nachbarschaft und die Verflochtenheit zwischen Kurdistan und Armenien ließ den Mächten, die häufig nur von Armenien sprachen, tatsächlich wenig Spielraum, vom Thema Kurdistan völlig abzuschweifen.

Aus den vorherigen Ausführungen ist auch zu konstatieren, dass etliche Faktoren einem Staat Kurdistan im Wege standen. Zu den wichtigsten zählen:

- der Aufgabe jeglicher Verantwortung seitens der USA. Dieser Vorfall versetzte die Briten in eine unerschütterliche Position im Mittleren Osten. Die Bolschewisten bildeten bis dahin keine ernsthafte Gefahr für die britischen Interessen. Selbst persische Anregungen in diesem Zusammenhang fanden in London kein Gehör;⁶⁵
- die Spontanität und Lokalität der kurdischen Erhebungen nach dem Krieg in Nord-Kurdistan ließen keine umfassende nationale Bewegung entstehen. In diesem Zusammenhang darf daran erinnert werden, dass die unter der langjährigen Osmanischen Herrschaft herauskristallisierte Struktur der kurdischen Gesellschaft in sozialer und politischer Hinsicht für die aktiven nationalistischen Kräfte Nord-Kurdistans eine unüberwindbare Hürde bildete. Es war problematisch die unpolitisierten Massen in bestimmte Bahnen zu lenken und den kurdischen Nationalgedanken unmittelbar nach dem Krieg entscheidend ins Bewusstsein zu rufen. Zudem waren sich diese Strömungen nicht einmal untereinander über ein gemeinsames politisches Handeln einig.⁶⁶ Die Bemühungen solcher Kräfte fanden zu wenig Resonanz in der Bevölkerung. Gleichzeitig war es den Türken gelungen, durch geschicktes Taktieren in Nord-Kurdistan Fuß zu fassen und von dort aus gegen die Alliierten zu operieren.
- die Pariser Beschlüsse erwiesen sich in Wirklichkeit - in unserem Fall bezüglich Kurdistan - als zu wenig tragfähig. Sie forderten eine militärische Intervention, zu der weder ausreichend Truppen noch andere Alternativen vorhanden waren.⁶⁷ Die

⁶⁴ Siehe DBFP, Vol. IV, 1952, S. 678-80 und 925-27.

⁶⁵ Siehe dazu ebd., Vol. XIII, 1963, S. 490.

⁶⁶ Vgl. Ibrahim, 1983, S. 196.

⁶⁷ In einem geheimen Memorandum des Generalstabs über die Situation in der Türkei wurde dieser Aspekt hervorgehoben. Über Kurdistan wurde definitiv geschrieben: »As regards Kurdistan it is impossible to foresee what difficulties may arise in giving effect to the Provision of the Treaty which concerns this province, as the attitude of the Kurds themselves is uncertain, but it is clear that the Allied Powers are not in a position to make any military intervention on the spot, and they must rely therefore on the pressure they can exert at Constantinople and elsewhere.« Zum Schluss

britischen Truppen waren nur bis Mossul marschiert. Im Norden hatten weder sie noch die Franzosen das Sagen, sondern die Osmanischen Truppen.

- die Entstehung des osmanischen Widerstandes in Ostanatolien stellte auf dem Boden der Realität das größte Hindernis für den Staat Kurdistan dar. Mostafa Kemal, der diese Bewegung leitete und dabei viel Geschick aufbrachte, wurde von nicht wenigen Kurden zum politischen Aufstieg verholfen. Andererseits stärkten die politischen und militärischen Unterstützungen durch die Russen und die Verständigung mit Frankreich die Position der Türken immens.⁶⁸

Unter diesen komplizierten Rahmenbedingungen ließ sich ein kurdischer Staat, an den sich Süd-Kurdistan hätte anschließen können, kaum verwirklichen. In der Folgezeit begann sich die Kurdistanfrage in komplexer Weise zu überlagern.

sagte die Denkschrift: »From a military standpoint it is undesirable that any conditions should be embodied in the Peace Treaty which the Allies are not prepared to enforce.« DBFP, Vol. XIII, 1963, S. 35 und 38. Vgl. auch Lazarev, 1991, S. 201-04.

⁶⁸ Auf diesen Punkt kommen wir im Kapitel 4 dieser Arbeit zurück.

Die britische Süd-Kurdistan-Politik

1 Wilsons prekäre Einstellung in der Süd-Kurdistan-Frage

Eine der wichtigsten Konsequenzen der Erhebung Shaikh Mahmuds war, dass die offenbar durch Wilsons Beteuerungen in London und Indien verbreitete Ansicht der Akzeptanz einer direkten britischen Herrschaft in Süd-Kurdistan, aber auch im ganzen Irak,¹ in Frage gestellt wurde. Am 24. August 1919 telegraphierte das India Office (aus London) ein Schreiben nach Bagdad, welches ein Bild der Unzufriedenheit über Wilsons Behauptungen in dieser Sache vermittelte. Dort wurde festgestellt: dass die britische Regierung geglaubt hatte, dass die Bewohner Süd-Kurdistans selbst für die Ausdehnung des britischen Einflusses in ihrem Gebiet sind. Von daher hatte London den Vorschlag gemacht, den autonomen kurdischen Staat ins Leben zu rufen.

»It would now appear«, hieß es weiter, »that belief was misplaced and that inhabitants so far from welcoming British influence are so actively hostile that strategic railways [Ein Vorschlag Wilsons] are required to keep them in check.«²

Dieses Telegramm wurde mit einem Satz abgeschlossen, der das Hauptziel der Politiker in der Londoner Regierung definierte: »Last think they desire is to create a new North-West Frontier problem on the very doubtful border of 'Iraq.«³

¹ Das India Office entsandte bereits am 16. Juli 1919 ein Schreiben an Wilson, in dem die arabische Irak-Frage angesprochen wurde. Das Schreiben ist in Wahrheit eine Forderung an Wilson, ein Umdenken in der zukünftigen Herrschaftsfrage der okkupierten Gebiete, in diesem Fall Irak, zu vollziehen. Es hieß: »As regards Arabs nationalism, I think you will find yourself in pretty deep water, and, to be frank, I do not feel that you are going the right way to work with it. ... You appear to be trying, impossibly, to stem the tide instead of guiding it into the channel that would suit you best. You are going to have an Arab state whether you like it or not, whether Mesopotamia wants it or not; and the constitution (which is not really a constitution at all, because the vital part - the Central Government - is omitted) accepted when you were over here can only be a very temporary affair for the duration of the British occupation. ...« Hirtzel fuhr in seinem Schreiben fort, und konstatierte, »that the idea of Mesopotamia as the model of an efficiently administered British dependency or protectorate is dead (the same idea is dying in India, and is decomposing in Egypt), and that an entirely new order of ideas reigns. No doubt we must do what we can to put on the brakes.... But it is of no use to shut one's eyes to the main facts. We must adapt ourselves and our methods to the new order of ideas and find a different way of getting what we want.« Sir Arnold Wilson Papers, Vol. I, Add. Ms. No. 52455, nach Atiyyah, 1973, S. 196. Wilson konnte also an den Realitäten seines Zeitalters nicht immer vorbeigehen. Wiederholt wurde er daran erinnert. Derselbe Beamte vom India Office schrieb ihm sogar am 3. Februar 1920: »Unfortunately your policy is inconsistent with the policy laid down by H.M.G. in March 1917, from which they have never departed, nor giving any indication of departing. ... The intention has always been the same, to set up an Arab Administration with British advisers. What is new is the discovery of Lord Curzon (which we have done nothing to hasten because we wanted to give you every chance of doing things in your own way) that the tendency of local policy was in the opposite direction [...] I should like to put to you. Have you ever considered the possibility of having to clear out? It is a possibility which is slowly becoming a probability. Our military weakness is such that we may no longer be able to maintain the army of occupation; our financial difficulties are such that I do not think any Government will contemplate with equanimity having to pay for it ...;« Ebd. S. 200. Schließlich wollte Hirtzel in seinem Schreiben vom 6. April 1920 Wilson alle Argumente aus der Hand nehmen, die für eine direkte britische Herrschaft sprachen und immer wieder von Wilson direkt oder indirekt vertreten wurden. Siehe Marlowe, 1967, S. 186.

² Wilson, 1931, S. 142.

³ Ebd.

Wilson schien seinen Vorgesetzten ins Gehege geraten zu sein. Durch seine ablehnende Politik gegenüber den kurdischen Belangen hatte er sich in Wahrheit in eine Position der Rechtfertigung manövriert. Trotzdem blieb er standhaft und ließ sich nicht umstimmen. In seiner Antwort auf das erwähnte Schreiben spielte er die jüngsten politischen und militärischen Entwicklungen herunter und suchte erneut die Richtigkeit seines Standpunktes, was die Einverleibung der kurdischen Teile in den Irak betraf, zu bekräftigen. Er stellte die Behauptung auf, dass dieses Gebiet (Süd-Kurdistan) von den Türken immer als Teil von Mesopotamien angesehen und auch in den Sykes-Picot-Vereinbarungen so klassifiziert würde. Geographisch sowie strategisch gehöre das Gebiet Mesopotamien und nicht Kurdistan. Wilson brachte seine Bedenken vor allem zu den möglichen Auswirkungen der Option, das Gebiet von Sulaimani seinem Schicksal zu überlassen, zum Ausdruck: »Disorderly elements would quickly get the upper hand and we should require a larger force at Kirkuk, Kifri and Arbil, than we now have at or near Sulaimani.«⁴ Des weiteren ergänzte Wilson seine Argumentation damit, dass sich seine Ansicht nicht geändert habe, was eine wirkungsvolle Politik für einen autonomen kurdischen Staat betrifft, der von der Londoner Regierung am 9. Mai 1919 zugestimmt wurde. Seiner Meinung nach aber müsste das Maß der britischen Aufsicht über diese autonome Region von den Erfordernissen des Landes und von strategischen Erwägungen abhängig gemacht werden. Die britische Aufsicht sollte daher in dem Gebiet Sulaimani im Verhältnis stärker sein. Als Begründung dafür führte er die geographische und strategische Situation des Gebietes, sowie dessen landwirtschaftlichen Reichtum und den Wunsch der Bevölkerung an.⁵ Er beharrte also weiterhin auf der Annexion sämtlicher Teile der als Süd-Kurdistan bezeichneten Gebiete an den Irak. Bezogen auf die nordwestlichen Grenzen des Staates Irak, was ausdrücklich in dem Schreiben des India Office betont wurde, antwortete Wilson mit der Feststellung: »Frontier problem will be created only if Kurdistan is left to its own devices.«⁶

In seinen Ausführungen erzählt der britische Hochkommissar weiter, dass in London für einige Monate derartige Ansichten keinesfalls annehmbar waren. Dort wurde stark die Meinung vertreten, dass die Grenzen des zukünftigen arabischen Staates Irak, soweit wie möglich, ethnisch statt ökonomisch oder geographisch ausgerichtet sein sollten.⁷ Nach dem Austausch weiterer Noten, so Wilson, fiel schließlich die Entscheidung, Süd-Kurdistan endgültig an den Irak anzuschließen.⁸ Kolonel Wilson erläutert in seinem Buch die Einzelheiten jedoch nicht. Wie wir sehen werden, war dies nicht grundlos.

Kurz vor dem Ende des Jahres 1919 schlug der Indianminister Montagu vor, die mehrheitlich von den Kurden bewohnten Gebiete von dem Anschluss an den mesopotamischen Staat auszunehmen. Er empfahl eine Trennungslinie zwischen Süd-Kurdistan und dem Irak, die sich über die Linie Khanaqin - Kifri - Kirkuk - Altunkopri - Arbil - Zakho bis Fischkhabur zog. Nordwestlich dieser Linie, bis zur persischen Grenze, östlich und nördlich bis etwa zur heutigen irakisch-türkischen Grenze, sollte sie demnach das Gebiet um den unabhängigen Staat Süd-Kurdistan unter britischer Aufsicht

⁴ Ebd.

⁵ Ebd., S. 143-44.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

⁸ Ebd., S. 146.

umfassen.⁹ Auch die finanzielle Situation dieses Staates wurde angesprochen: »With the natural resources of Kurdistan as great as Colonel Wilson appears to anticipate, the State should at a very early date attain to financial stability.«¹⁰ In London konnte sich die Regierung kein klares Bild über die Verhältnisse in Kurdistan machen, um eine Entscheidung treffen zu können. Man glaubte, dass es keine starke kurdische Persönlichkeit gebe, die imstande wäre, den kurdischen Willen auf der Friedenskonferenz zu präsentieren - dabei kam die Sprache auf Shérif Pasha. Der britische Außenminister Curzon teilte am 23. März 1920 Wilson diese Informationsdefizite mit. Curzon stellte einen Rückzug aus Kurdistan bis auf die südlichen Gebiete in Aussicht und verlangte von ihm die kurdischen Persönlichkeiten zu nennen, die fähig seien, die Kurden und ihre Interessen vertreten zu können.¹¹

Der britische Hochkommissar, der im Februar 1920 in zwei Telegrammen nach London die militärische Bedeutung von Süd-Kurdistan hervorgehoben hatte, war mit dem Rückzugsvorschlag aus der Region nicht einverstanden. Er war der festen Überzeugung, dass die Kontrolle über diese Landstriche für die Wahrung Mesopotamiens schicksalhaft sei. Er konstatierte, dass die drei Wilayats (Basra, Bagdad und Mossul) von den Türken als eine Einheit behandelt würden. Eine Trennung, die derzeit in London in Erwägung gezogen werde, würde chaotische Zustände in dem Gebiet zwischen der irakischen Ebene und der persischen Grenze hervorrufen. Sie würde aber auch die dadurch benachteiligten Gebiete dieser vorteilhaften Einheit in Aufregung versetzen und deren Hass gegen uns (die Briten) schüren. Um seiner Ansicht Nachdruck zu verleihen, stellte er die Behauptung auf, dass es aufgrund der sozialen und ethnischen Verflochtenheit schwer sei, eine Grenzlinie zwischen Kurdistan und Mesopotamien zu ziehen.¹² Darüber hinaus meinte er, keinen Kurden zu kennen, der fähig wäre, Kurdistan zu vertreten. Die Kurden hätten nur ein ethnisches und kein nationales Bewusstsein, denn die geographische Lage hätte stets verhindert, eine größere politische Einheit entstehen zu lassen. Zu den Wünschen der Einheimischen sagte Wilson, nach seiner Auffassung und der seiner Mitarbeiter, seien die Kurden mit dem gegenwärtigen System zufrieden.¹³

Solche Korrespondenzen wurden zu einem Zeitpunkt ausgetauscht, an dem man nicht von Ruhe in Süd-Kurdistan reden konnte. Denn die Hoffnung auf 'Frieden' nach der Verbannung Shaikh Mahmuds bewahrheitete sich dort in den Jahren 1919-1920 nicht. Einerseits formierte sich rasch der Widerstand gegen Großbritannien in Form politischer Organisationen (dies war zugleich die Geburtsstunde der ersten politischen Organisationen in Süd-Kurdistan). Andererseits kamen lokale Aufstände traditioneller Art und Mordanschläge auf britische Offiziere nicht selten vor.¹⁴ Sie waren oft Ausdruck der Unzufriedenheit der Einheimischen mit den Engländern - genauer gesagt gegen jegliche

⁹ F.O. 371/5068/1034/78, Kurdistan, India Office Recommendations, 20th December 1919, nach Fat-Hullah, 1994, S. 143. Dort wird der Originaltext abgedruckt. In dieser Sache teilten sich der Außenminister Curzon und Montagu die Meinung.

¹⁰ Ebd. Wilson hatte am 15. Oktober 1918 (F.O. 371/3407) London über den Reichtum des kurdischen Gebietes berichtet. Eskander, 2000, S. 146.

¹¹ F.O. 371/5068, From Secretary of State to Civil Commissioner Baghdad, 23. March 1920, nach Hamdi, 1991, S. 94-95. Siehe auch Marlowe, 1967, S. 175.

¹² Dies widersprach der Wahrheit. In den von Montagu genannten Grenzen waren auch damals schätzungsweise 85 % allein von Kurden besiedelt.

¹³ F.O. 371/5068 From Civil Commissioner, Baghdad, 25 March 1920, nach Hamdi, 1992, S. 96-100.

¹⁴ Siehe Khawaja, Bd. 1, 1968, S. 61 ff, 73, 78-85, 90; Hay, 1921, S. 180; Marlowe, 1967, S. 174 und Eskander, 2000, S. 153-54.

Fremdherrschaft, die verstärkt nach der Einführung des direct-rule Systems infolge der gescheiterten Erhebung Shaikh Mahmuds auftrat. Dieses System provozierte die Kurden, die in ihrer jüngeren Geschichte selten einer Staatsautorität unterstellt waren.¹⁵ In London beobachtete man solche Entwicklungen skeptisch. Im März 1920 schien die britische Regierung sogar den Schritt zu erwägen, aus Süd-Kurdistan den Rückzug anzutreten.¹⁶ Jedenfalls nahm die britische Politik in den besetzten Gebieten in der ersten Hälfte von 1920 allmählich Gestalt an. Unumstritten war dies allerdings nicht, wie wir im folgenden Abschnitt feststellen werden.

2 Das britische Mandat über den Irak und Süd-Kurdistan

Bei den Verhandlungen auf der Pariser Friedenskonferenz entwickelte man das Mandatssystem, um eine Lösung zwischen der alten Kolonialpolitik und der Erfüllung, der von den Alliierten versprochenen Freiheit für die unterdrückten Völker herbeizuführen. Die offizielle Begründung hierzu lautete, dass die meisten neu zu entstehenden Staaten weder wirtschaftlich noch politisch auf den eigenen Beinen stehen können.¹⁷ In San Remo kamen die Alliierten im April 1920 nochmals zusammen. Dort teilten sie die Mandatsgebiete unter sich auf: Großbritannien erhielt das Mandat über Irak einschließlich des Wilayats Mossul.¹⁸

Bereits am 23. März des gleichen Jahres beriet der britische Ministerrat über die Zukunft des Irak. Man fasste den Beschluss, das Mandat über den Irak zu übernehmen und das Wilayat Mossul sollte diesem Mandat unterstellt werden.

»The mandate territory must include Mosul, since there is no suitable physical boundary for Mesopotamia in the plains between Mosul and the Persian Gulf; since the inhabitants object to the partition of their country; and since the oil-bearing regions of Mosul are essential to the revenue on which the future development of the whole country will depend.«¹⁹

Zwei Tage später wurde die eigentliche Bedeutung von Mossul vom Premier Lloyd George im Parlament ganz offen festgestellt: »Mosul is a country with great possibilities. It has rich oil deposits.«²⁰

Infolgedessen zeichneten sich in London die ersten Anzeichen dafür ab, dass das Wilayat Mossul in direkter Verbindung zum Irak gebracht wurde. Dies bedeutete jedoch keine automatische, bedingungslose Annexion von Süd-Kurdistan an den neu zu bildenden Staat. Am 15. April 1920 schrieb Hirtzel an Wilson:

»The one think that nobody will look at is to incorporate Kurdistan into Mesopotamia... We are proposing to leave north Kurdistan from the Euphrates to the Persian border under Turkish suzerainty and to make south Kurdistan including Rowanduz an autonomous state on exactly the same footing as Mesopotamia with ourselves as Mandatory, and with the understanding that in course of time it may amalgamate either with north Kurdistan or with Mesopotamia. But Lord Curzon has gone off to San Remo without making up his mind.«²¹

¹⁵ Vgl. Ibrahim, 1983, S. 265 ff. sowie Eskander, 2000, S. 153-54.

¹⁶ Marlowe, 1967, S. 175.

¹⁷ Foster, 1935, S. 87 ff. Lazarev, 1991, S. 147.

¹⁸ Temperley, Vol. VI, 1924, S. 505. Hoepli, 1931, S. 63.

¹⁹ F.O. 371/5071/E 2167. The future of Mesopotamia, Draft Conclusion of a Cabinet meeting held on March 23, 1920, nach Atiyyah, 1973, S. 201.

²⁰ Parliamentary Debates, House of Commons, Vol. 127, Col. 622-664, dated March 25 1920, S. 662.

²¹ Marlowe, 1967, S. 176.

Das zeigt, dass Wilsons Argumente über den Anschluss vom Wilayat Mossul an den Irak schließlich die Zustimmung in London fand. Abermals wiederholte er energisch seine Ansicht, ein solcher Anschluss sei »essential to making a viable state of Iraq.«²²

Die offizielle Erklärung zur Durchführung des Mandates, die am 20. Juni 1920 veröffentlicht wurde, enthüllte die dominante Rolle der Briten im 'souverän' werdenden Irak. Sie erweckte den Eindruck, dass die Herrschaft über diese Territorien gänzlich den Engländern zustünde. Die Verkündung dieses Mandates im Irak und die Versäumnisse in der englischen Verwaltung lösten eine Flut von Protestkundgebungen aus, die in der Geschichte als *Thawrat Eshrin* 'Revolution vom Jahr 1920' eingegangen ist.²³ Der Aufstand von 1920, der erneut Kosten in Millionenhöhe für Großbritannien bedeutete, rüttelte die britische öffentliche Meinung ernsthaft auf.²⁴ Diese Eskalation wäre höchstwahrscheinlich vermeidbar gewesen, hätte Wilson nicht permanent auf eine direkte britische Herrschaft in den besetzten Gebieten bestanden. Man kann Atiyyah zustimmen, wenn er feststellt:

»Instead of Wilson's policy of direct rule, Whitehall chose to adopt a policy of indirect rule for Iraq. But the change came too late prevent the outbreak of a widespread armed rising in Iraq.«²⁵

Das britische Mandat über den Irak wurde später in ein Allianzverhältnis (Vertrag von 1922) umgewandelt, welches den einheimischen Nationalisten die Leitung der inneren Angelegenheiten erlaubte, wohl aber die britischen Interessen nicht in Gefahr zu bringen vermochte.²⁶ Für uns ist Art. 16 des Mandates von Bedeutung:

»Nichts, was in diesem Mandat steht, hindert den Mandatar daran, eine administrative unabhängige Regierung in den kurdischen Gebieten, nach seinem Ermessen, zu bilden.«²⁷

Somit bekamen die Briten auch völkerrechtlich im Wilayat Mossul freie Hand, was bedeutete, dass die Zukunft Süd-Kurdistans, das zu diesem Zeitpunkt ebenfalls von den Osmanen beansprucht wurde, nun von der britischen Entscheidung abhing.

Auf einer Sitzung des Oberhauses in London wurde die Zukunft von Süd-Kurdistan am 25. Juni 1920 von Earl Curzon, dem Außenminister, im Zusammenhang mit der irakischen Frage angesprochen.²⁸ Curzons Thematisierung ging in die Richtung, die offenbar fest geplante Fusion zwischen Süd-Kurdistan und dem Irak zu begründen. Hierbei wies er auf zwei allgemeine Schwierigkeiten hin. Die Erste beschrieb er als Grenzproblematik. Er konstatierte, dass die Grenze Kurdistans rechts unten auf der

²² Ebd., S. 175.

²³ Topf, 1929, S. 87-88. Siehe auch F. Hussein: *Das Mossul-Problem, Eine Studie über die englische, irakische und türkische Diplomatie und die öffentliche Meinung* (Arabisch), Bagdad 1955, S. 11-12 und K. Nieme: *König Faisal I., die Engländer und die Unabhängigkeit* (Arabisch), Beirut 1988, S. 44 ff. Anm.: Diese beiden Titel sind Dissertationen (Indiana Universität 1952 und Wales Universität 1974), die von den Autoren selbst ins Arabische übersetzt worden sind.

²⁴ Siehe Einzelheiten bei Haldane, 1922.

²⁵ Atiyyah, 1973, S. 205.

²⁶ Vgl. Hoeppli, 1931, S. 83. Bell schreibt: »It would be a magnificent move if we're bold enough to do it. It isn't the mandate which bothers us here-no Nationalist wants to shake loose from British help and control-but the word mandate isn't popular and a freely negotiated treaty would be infinitely better liked, besides giving as a much freer hand.« G. Bell: *The Letters of Gertrude Bell*. Selected and ed. by Lady Bell, D. B. E., Vol. 2, London 1927, S. 593.

²⁷ A. al-Hasani: *Die Geschichte der irakischen Kabinette* (Arabisch), 7. erw. Aufl., Bd. 1. Bagdad 1988, S. 303. Vgl. auch A. S. Klieman: *Foundations of British Policy in the Arab World: The Cairo Conference of 1921*, London 1970, S. 123.

²⁸ *The Parliamentary Debates, House of Lords*, Vol. X., London 1920, S. 883.

Grenzstraße von Bagdad in Richtung Kermanschah im Iran verläuft. Zwecks Bewahrung dieser Linie des militärischen Anschlusses sollte die Nordgrenze geschützt werden. Den zweiten wichtigeren Grund präsentierte Curzon wie folgt: Er meinte, als bei einer alliierten Konferenz über die Zukunft Kurdistans gesprochen wurde, hätten alle den ausdrücklichen Wunsch geäußert, die gebirgigen Distrikte von Süd-Kurdistan (Badinan-Gebiet) nicht von den Fluss-Gegenden (Soran-Gebiet) zu trennen. Jedoch die Kurden selbst hätten gegen eine Trennung vom Wilayat Mossul protestiert und gesagt:

»We have been accustomed all our lives to be treated for administrative and other purposes as part of the Mosul vilayet. If you cut us from the Mosul vilayet you cut us off from our markets and our connections; you leave us to fight and squabble with each other, which we shall certainly do; and the only guarantee we have for our tranquillity is that you should continue to keep us in the Mosul vilayet as in the past.«²⁹

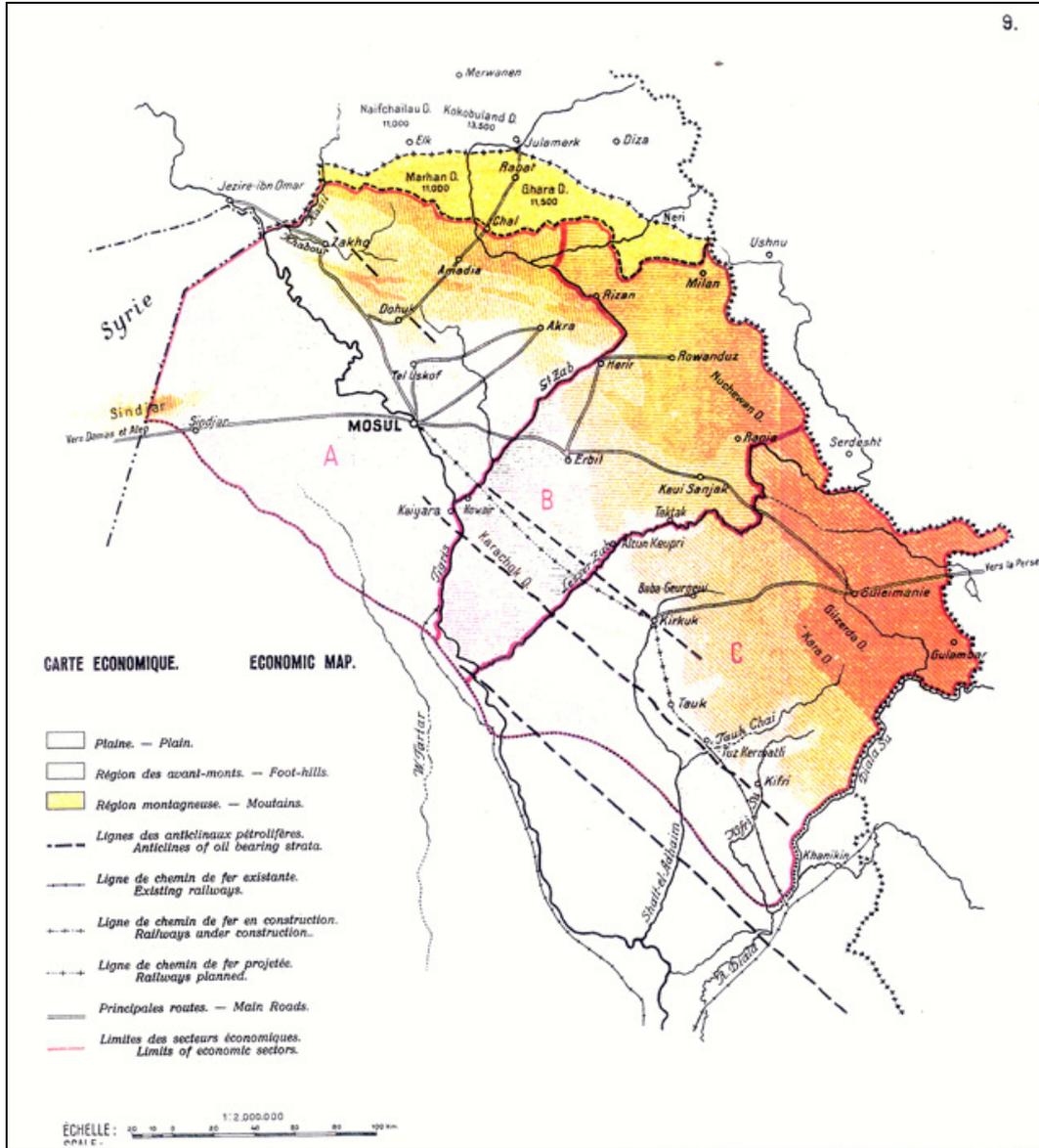
Solche Erwägungen hätten schließlich die Briten dazu veranlasst, so Curzon weiter, sogar eine provisorische und weitgehende Verbindung mit dem Land beizubehalten. Es war klar und entsprach den Tatsachen, dass die Stadt Mossul einen wichtigen Markt und ein wichtiges Kommunikationszentrum für die nördlichen Teile Süd-Kurdistans (Badinan-Gebiet) darstellte. Noch klarer aber war, dass kurdische Aktivisten der beiden genannten Gegenden keine arabische Herrschaft akzeptierten. Nur wenige Tage nach Curzons Stellungnahme wurde dem britischen Hochkommissar Wilson in Bagdad Anfang Juli 1920 ein Memorandum übergeben, das die Unterschrift von allen 62 Stammeshäuptlingen und Notabeln der kurdischen Gebiete trug. In diesem Memorandum forderten die sich als Führer des kurdischen Volkes bezeichnenden Kurden die Gründung des unabhängigen Staates Kurdistan unter britischem Protektorat gemäß den britischen Versprechungen während der Kriegszeit. Ferner hielten die Unterzeichner dieser Denkschrift die Ernennung von Repräsentanten des Volkes Kurdistan für die Friedenskonferenz in Paris für notwendig. Sie beabsichtigten aber auch die Verbindungen zum Irak aufrecht zu erhalten.³⁰ Das zeigt, dass die Vertreter der Kurden klare Erwartungen von den Briten hatten und ihre Wunschliste über eine bloße Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den benachbarten Teilen des geplanten irakischen Staates hinausgingen (Siehe Karte 4).

Und doch schien es, als habe sich Wilsons Weigerung, mit den Kurden einen Kompromiss einzugehen, zusammen mit seinem unerschütterlichen Glauben und seiner Entschlossenheit, zumindest seine Ansichten in der Süd-Kurdistan-Frage durchzusetzen, letztendlich bezahlt gemacht. Wilsons Ansicht war der Anfang eines richtungsweisenden Plans, nämlich Süd-Kurdistan an den Irak anzuschließen.

²⁹ Ebd.

³⁰ F.O. 371/5069, From Civil Commissioner, Baghdad, 3 July 1920, nach Hamdi, 1992, S. 104. Khawaja, Bd. 1, 1968, S. 72. Lazarev, 1991, S. 99.

Karte 4 Die ökonomische Karte der kurdischen Gebiete (Süd-Kurdistan) im Wilayat Mossul
 Quelle: League of Nations: Question of the Frontier between Turkey and Iraq, Report submitted to the Council by the Commission instituted by the Council Resolution of September 30th, 1924, C. 400. M. 147, Geneva 1925, Karte 9.



Das britische Außenministerium machte sich Wilsons Standpunkt 1920 zu eigen. In diesem Jahr veröffentlichte dessen historische Abteilung eine Dokumentationsreihe, in der Süd-Kurdistan nicht unter »Armenia and Kurdistan« sondern unter »Mesopotamia« behandelt wurde.³¹ Nach seiner Absetzung im Oktober 1920 führte der Nachfolger Sir Percy Cox, der schon sein Vorgänger war, Wilsons politische Linie in der Kurdenfrage nahezu unverändert weiter, obgleich diese Linie bei nicht wenigen britischen Politikern bis 1923 auf Ablehnung stieß. Jedoch, bevor wir die britische Süd-Kurdistan-Politik weiter ausführen, richten wir unser Augenmerk kurz auf die Haltung der irakischen Araber gegenüber Süd-Kurdistan, um brisante Zusammenhänge nachvollziehbar zu machen.

3 Die Inanspruchnahme Süd-Kurdistans durch die Elite des Irak

Am Ende des Ersten Weltkrieges wurden die arabischen Aktivisten, wie die der meisten Völker des Osmanischen Reiches von der Idee des Nationalismus verstärkt erfasst. Diese hatten nach der Niederlage der Osmanen ein Ziel fest im Auge gehabt: auf den Trümmern des unumkehrbar zusammengebrochenen Reiches der Türken arabische Nachfolgestaaten oder einen einheitlichen Staat ins Leben zu rufen.

Bereits vor dem vollständigen Zusammenbruch des Reiches schwebte in der Vorstellung einiger arabischer Aktivisten in Syrien eine bestimmte Grenzlinie für den zu bildenden arabischen Staat. Es waren solche Aktivisten, die schon im Juli 1915 den Prinz von Arabien, Sharif al-Husseini, veranlasst hatten, von den Briten die Anerkennung der arabischen Länder zu verlangen, deren nördlichen Grenzen wie folgt bezeichnet wurden: Mersina und Adana bis zur Linie des 37° Breitengrades, die bei Birijik liegt, und Urfa, Mardin, Midiat, Jezirat, Amadia bis hin zur persischen Grenze.³² Also wurden die Landstriche von Süd-Kurdistan schlichtweg als arabisches Land in Anspruch genommen. Großbritannien signalisierte theoretisch sein Einverständnis mit der geforderten Linie, vorausgesetzt dass Mersina und Alexandretta ausgeklammert werden, weil diese nicht rein arabisch seien.³³ Von solchen geheimen Vereinbarungen erfuhren die Kurden nichts. Die Führer der arabischen Iraker in den Wilayats von Bagdad und Basra waren höchstwahrscheinlich ebenfalls nicht davon unterrichtet. Die Vermutung liegt nah, dass es sogar bis zum Ende des Ersten Weltkrieges unter den Arabern des heutigen Irak keine aktive politische Bewegung gegeben hat. Die Kommandanten der britischen Expedition im Irak, General Nixon und der Chef der Political Officers Cox, schrieben am 9. November 1915 nach London:

»As stated therein the formation of an autonomous state in Iraq appears unnecessary and impossible. There is no sign here, in Iraq, of the slightest ambition of the kind among the people who expect our administration and seem to be quite ready to accept it.«³⁴

Erst nach Kriegsende nahm die Politik der irakischen Aktivisten relativ klare Gestalt an und zwar genau zu dem Zeitpunkt, als die Briten sie baten, die drei folgenden Fragen zu beantworten:

³¹ Peace Handbooks, Turkey in Asia (2), Vol XI, (62) Armenia and Kurdistan, (63) Mesopotamia, Issued by the Historical Section of the Foreign Office, London, 1920, 1973.

³² Atiyah, 1973, S. 132. Amadia liegt heute innerhalb der irakischen Grenzen.

³³ Ebd., S. 133.

³⁴ Ebd., S. 135. Es hat den Anschein, dass etwa um diese Zeit die Meinungsverschiedenheiten in der Art des Umgangs mit den okkupierten Gebieten zwischen den britischen Verantwortlichen vor Ort und in London sichtbar wurde.

»1) Do they favour a single Arab state under British tutelage stretching from the Northern boundary of the Mosul wilayat to the Persian Gulf? 2) in this event, do they consider that a titular Arab head should be placed over this new State? 3) In that case, whom would they prefer as head?«³⁵

Daraufhin überreichte Anfang 1919 die Elite der arabischen Bevölkerung der politisch wichtigsten Zentren des Irak, insbesondere Bagdad und Najaf Denkschriften an die Vertreter Großbritanniens, in denen die Forderung, einen arabischen Staat im Irak mit 'seinen natürlichen Grenzen' zu gründen, gestellt wurde.³⁶ Während solche Dokumente nur ungefähr von einer Grenze sprachen, welche im Norden von Mossul begann, war das Programm der kleinen politischen Gruppe um al-Ahad einigermaßen präzise. Die nördliche Grenze des Irak wurde wie folgt beschrieben:

»Sie erstreckt sich von den Ufern des Euphrat, die nördlich von Dir al-Zour und die sich unweit von Diarbakir erstreckende Tigris-Bank, bis zum Golf von Basra und erfasst die beiden Seiten von Euphrat und Tigris vom Norden und rechts davon eingegrenzt mit natürlichen Hindernissen.«³⁷

Mit den natürlichen Hindernissen war allerdings die Grenze zwischen den beiden Reichen des Orients, Osmanen und Safaweeden (Persien) gemeint. Diese Grenzziehung entsprach etwa die der fünf Wilayats des Osmanischen Reiches, Diarbakir, Der al-Zour, Mossul, Bagdad und Basra.³⁸

Solche Ansprüche zu stellen, war in Wahrheit eine Herausforderung besonderer Art. Nicht nur, weil sie mit den Interessen der Kurden in Süd-Kurdistan zusammenprallen mussten. Die arabischen Iraker schienen alles andere als gut organisiert zu sein, um ihre Forderungen bewerkstelligen zu können. Aus historischen, ethnographischen und objektiven Gründen fehlte ihnen ohnehin das grundsätzliche Substrat eines einheitlichen Nationalstaates. Die Führung von Basra war ernsthaft bemüht, ihre eigene politische Unabhängigkeit zu erreichen.³⁹ Die Kurden hatten bekanntermaßen ihre eigenen, denen der irakischen Araber konträren Ziele.

Fakt ist, dass im Zeitalter des Nationalismus zwecks Legitimation eigener Ansprüche viele historische und geographische Tatsachen und Begriffe beliebig neu definiert wurden. Der geographische Begriff *Irak*, vor der Islamisierung nicht vorhanden, wurde in einem noch nie bekannten Maße ausgedehnt. Dieser Name ersetzte nach den islamischen Eroberungszügen im siebten Jahrhundert die alte arabische Bezeichnung *Sawad* 'Schwarz' für den Teil des Landes, der in der frühen Geschichte als Babylonien bekannt war und sich in der Neuzeit auf die wichtigsten Städte Basra und Kufa bezog. Die zwischen den beiden Flüssen Euphrat und Tigris liegenden nördlichen Landesteile, welche seit der griechischen Epoche als *Mesopotamien* bezeichnet wurden und zum Zeitalter der Babylonier von Assyrern besiedelt und beherrscht wurde, gehörten und gehören in Wahrheit nicht dazu. Von daher ist es nicht zutreffend, das Wort *Irak* als Äquivalent für *Mesopotamien* zu benutzen. Es war höchstwahrscheinlich für die Briten zweckdienlich, das Wort *Mesopotamien* in ihrem Sinne zu verwenden. Über den Begriff *Mesopotamien* schreibt Saggs:

³⁵ Wilson, 1930, S. 111.

³⁶ M. M. al-Baseer, Die Geschichte der Irakischen Frage (Arabisch), 2. Auflage 1990 (1923), S. 49-50.

³⁷ Ebd., S. 58.

³⁸ Vgl. ebd., S. 66.

³⁹ Ebd., S. 233-36, al-Hasani, Bd. 1, 1988, S. 102-02.

»Wer mit den britischen Operationen im Nahen Osten während des Ersten Weltkrieges vertraut ist, versteht darunter das Einzugsgebiet der Flüsse Euphrat und Tigris vom Persischen Golf bis nach Mosul. Für die, die in der klassischen Antike zu Hause sind, bedeutet er den Nordwestteil dieses Gebiet.«⁴⁰

D.h. wiederum, historisch betrachtet, hat selbst *Mesopotamien* einen begrenzten Geltungsbereich. Es umfasst nicht die von den Kurden bewohnten Gebiete zwischen den beiden Zab-Flüssen.

Die irakischen Araber schienen von solch neuen Bezeichnungen der Briten zu profitieren. In Übereinstimmung mit den britischen Interessen, beabsichtigten sie, ihre Gebietsansprüche zu maximieren. Erst recht als sie mit britischer Unterstützung ihre erste Regierung in Bagdad ins Leben rufen konnten.

Der britische Hochkommissar hatte bereits am 22. Februar 1921 dem am 25. Oktober 1920 gegründeten Ministerrat Iraks ein Schreiben überreicht, in dem die britischen Verpflichtungen gegenüber den im Wilayat Mossul lebenden Kurden im Hinblick auf ihre freiwillige Vereinigung mit dem vorgesehenen Kurdenstaat gemäß dem Friedensvertrag von Sèvres erläutert wurden. Dabei wurden direkte Anmerkungen über eine einheitliche britische Irak- und Sulaimani-Politik gemacht. Zwei Wochen später, am 7. März 1921, überreichte der irakische Ministerrat dem Hochkommissar ein Memorandum, in dem der Vorschlag gemacht wurde, Sulaimani in das Land Irak zu integrieren.⁴¹

Das eingereichte Memorandum hatte weniger den Charakter einer Annexionsforderung, als vielmehr den einer Forderung nach der Wiedervereinigung. Diese Annexions-Absicht war in historische und wirtschaftliche Argumente und Sicherheitsfragen gekleidet. Der Vorschlag »das Alte beim Alten zu lassen«, der die historische Einheit des Landes (die Einheit der Wilayats von Bagdad, Basra und Mossul) erklären sollte, war nichts anderes als die Fortsetzung des seit 1850 eingeführten und schon zuvor vielfach veränderten Verwaltungssystems des Osmanischen Reiches, das das Wilayat Mossul, ganz Süd-Kurdistan und einen Teil der arabischen Jaziere umfasste und dem Bagdader Wali unterstanden hatte.⁴²

Für die irakischen Araber, den König eingeschlossen, war es sinnvoll, sich für die Annexion Süd-Kurdistans einzusetzen. Ihr ökonomisch armes und militärisch-strategisch ungeschütztes Land konnte von Süd-Kurdistan profitieren. Drei Faktoren dürften die Hoffnung auf Erfolg genährt haben:

1. Während der letzten Jahre der Osmanischen Herrschaft bildete Süd-Kurdistan einen Teil des Wilayats Mossul, das dem Bagdader Wali unterstellt war.
2. Es gab unter den Arbern eine Schicht, die sich mit Großbritannien arrangierte. Dieses Arrangement dürfte von den Briten Rechnung tragen.
3. Die bedeutenden wirtschaftlichen Beziehungen Süd-Kurdistans mit dem arabischen Irak. Der Irak stellte in der Tat ein Absatzgebiet für den Überschuss landwirtschaftlicher Produkte Kurdistans dar.

Die Bagdader Regierung feilte schon am Zeitplan ihrer eigener Ambitionen und tat oft so, als ob Süd-Kurdistan schon ein Teil vom Irak sei. Als das Gesetz zur konstitutionellen

⁴⁰ H. W. F. Saggs: Kindlers Kulturgeschichte, Mesopotamien, Assyrer, Babylonien, Sumerer, 1966, S. 1.

⁴¹ Al-Hasani, Bd. 1, 1988, S. 34-35.

⁴² Auch die Kommission des Völkerbundes zur Mossulfrage, worauf wir später eingehen, stellte fest, dass der Irak nur aus Basra und Bagdad bestehe. Siehe auch Longrigg, 1925, S. 95.

Nationalversammlung am 2. Mai 1922 verabschiedet wurde, sah man eine Anzahl von Parlamentssitzen für die Vertreter der kurdischen Gebiete vor.⁴³

4 Die Konferenz von Kairo und die Entscheidungen in der Kurdenfrage

Der britische Kolonialminister Winston Churchill berief am 12. März 1921 eine Konferenz in Kairo zur Festlegung der englischen Nahostpolitik ein. Jordanien und der Irak waren die Schwerpunktthemen dieser bis zum 30. März dauernden Konferenz.⁴⁴ Zur Zukunft der Kurden wurden in Kairo zwei konträre Ansichten vertreten: die Angliederung von Süd-Kurdistan an den Irak und die Schaffung eines pro-britischen Kurdenstaates. Die Vertreter der ersten Option, der britische Hochkommissar in »Mesopotamien«, Sir Percy Cox sowie Miss Bell waren der Auffassung, dass die kurdischen Distrikte die integralen Teile vom Irak seien, während Noel, der Befürworter des zweiten Lösungsvorschlags dachte, »the Kurds would prefer home rule and might be a useful buffer state against both Turkish pressure from without and Iraqi anti-British movements from within.«⁴⁵

Young von dem neu gebildeten Middle East Department teilte diese Meinung, die aber auch von Lawrence (von Arabian) unterstützt wurde.⁴⁶ Churchill seinerseits schloss sich auch dieser Alternative an.⁴⁷ Dennoch wurde offenbar auf die Empfehlung von Cox hin eine Einigung in der Richtung getroffen, dass zuerst abgewartet werden sollte, bis eine repräsentative Gruppe der Kurden ihrerseits die Angliederung an den Irak wählt. In Zukunft sollte aber der Staat Kurdistan unter britischer Schirmherrschaft mit dem Irak verflochten sein.⁴⁸ Diese Tatsache betonte Churchill am 14. Juni 1921 in der Debatte um die britische Nahostpolitik im Londoner Unterhaus:

»Before Sir Percy Cox left Baghdad, he had intimated to the Kurds that, in anticipation of the plebiscite, which was provided for them in the Treaty of Sèvres, he would continue to administer Kurdistan direct. The Kurd does not appreciate the prospect of being ruled by an Arab Government. He is more ready, more contented to rule himself under the guidance and advice of the British administration. But they have expressed considerable apprehension at the idea of an Arab Government, because they have not been informed of the extent to which we shall support that Government and sustain it, and they do not know whether the Arab Government will be a success or not. We have therefore instituted inquiries throughout the Kurdish areas, and the result has been to confirm the view that the people of Southern Kurdistan would only accept union with Iraq if they were dealt with by the High Commissioner direct. Therefore Sir Percy Cox will perform a dual function in regard to Iraq and Kurdistan, somewhat analogous to the functions of the Governor-General

⁴³ Al-Baseer, 1990, S. 246-47.

⁴⁴ Edmonds, 1957, S. 117-18.

⁴⁵ Klieman, 1970, S. 110.

⁴⁶ S. Eskander: Southern Kurdistan under Britain's Mesopotamian mandate: from separation to incorporation, 1920-23, in: Middle Eastern Studies, Vol. 37 (2), Ilford 2001, 153-180, 155.

⁴⁷ Klieman, 1970, S. 110. Miss Bell schreibt über die Kairoer Konferenz: »The other important question discussed was the treatment to be accorded to the Kurdish districts in the mandated territory and in this connection it was decided to make an attempt to ascertain the wishes of the Kurdish communities as to the degree of their prospective inclusion in, or separation from, the Iraq State.« Bell, Vol. 2, 1927, S. 532. Ähnlich formuliert Longrigg die Ergebnisse dieser Konferenz über die Kurden, »the distinctness of Kurd from Arab by a measure of administrative variation, to treat them with sympathy, and to hope for their ultimate willing adhesion to the 'Iraq State, to which in any case they could not but be economically united.« Zuvor schreibt er: »It was already clear that the Kurdish State visualized at Sèvres would never exist, and that the Treaty itself had been rendered inoperative by Kamal's unimagined national revival in Turkey.« Longrigg, 1956, S. 131.

⁴⁸ Siehe Klieman, 1970, S. 110 und Lazarev, 1991, S. 214-15.

of South Africa with regard to the Union and Rhodesia and the native territories. I trust that, under his influence, Southern Kurdistan and Iraq will be drawn closer together, but, in the meantime, I want to make it quite clear that we are developing, as it were, a principle of home rule for Southern Kurdistan within the general area of Mesopotamia at the same time that we are developing the general self-government of Mesopotamia.«⁴⁹

Als sich Lord R. Cecil nach einer Frage von Mr. Asquith, versichern wollte, dass der gesamte Norden des Irak in Süd-Kurdistan inbegriffen ist, erwiderte Churchill:

»Of course, they are going to be administered as one commercial area, but the chiefs in Southern Kurdistan will look direct to the High Commissioner and will not be themselves under this new Arab Government until a later stage, when we hope matters will be so far stabilised that there will be a general community of interests. Such are the arrangements, political, financial and military, by which we hope to erect and to sustain during its early years an Arab Government in Mesopotamia.«⁵⁰

Ungeachtet all dieser Aussagen sprach nichts dagegen, dass Großbritannien nach der Kairoer Konferenz vor allem darauf setzte, einen pro-britischen arabischen Staat zu bilden und die Kontrolle über das ölreiche und mehrheitlich von Kurden bewohnte Wilayat Mossul in der einen oder anderen Form weiter zu behalten. Die Gründung eines kurdischen Staates blieb zweitrangig. Tatsache ist aber, dass die Durchsetzung der Beschlüsse der Kairoer Konferenz mit vielen Problemen behaftet war: die Zusammenziehung türkischer Truppen im Norden; eine ungewisse Zukunft des Wilayats Mossul; die unentschiedene Kurdenfrage und die Propaganda gegen die Briten im Irak sowie gegen den Königskandidaten der Briten, Prinz Faisal.⁵¹

Erst am 6. Mai 1921, als Süd-Kurdistan am Rande eines neuerlichen Aufbruchs stand, wurden in einem Deeskalationsversuch die Bestimmungen über die Verwaltung der kurdischen Gebiete gemäß den Vereinbarungen der Konferenz bekanntgegeben. Demzufolge sollten diese Gebiete direkt den englischen Offizieren unterstellt werden. Dieser Zustand blieb in den meisten kurdischen Gebieten bis 1926 fast unverändert.⁵²

Der britische Hochkommissar Cox hatte im wahrsten Sinne des Wortes den Platz von Wilson übernommen, insbesondere bezüglich der Kurdenfrage. Er war bemüht, u.a. mit geographischen Argumenten, die Installation einer einheitlichen, kurdischen Verwaltung als undurchführbar hinzustellen.⁵³ Dabei ging er sogar gegen die Briten vor, die als Verfechter des Kurdenstaates galten, beispielsweise setzte er Major Soane unmittelbar nach der Konferenz von Kairo ab.⁵⁴ Dauernd brachte Cox strategische, politische und

⁴⁹ The Parliamentary Debates, House of Commons, Vol. XI. London 1921, S. 281.

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Nieme, 1988, S. 69.

⁵² Longrigg, 1956, S. 131. Edmonds, 1957, S. 118-20. Zwei wesentliche Punkte enthielt die erwähnte Erklärung: Die Verwaltung der kurdischen Gebiete um Mossul wurde in einer Zweigprovinz vereint - vermutlich auf die Wünsche der einheimischen Bevölkerung hin. Die finanziellen und juristischen Angelegenheiten dieser Zweigprovinz waren jedoch den Bagdader Behörden untergeordnet. Das war der erste offizielle Schritt zur Annexion eines Teils von Süd-Kurdistan an den Irak. In anderen Gebieten sollte der Willen der Einheimischen bei Einstellung von Beamten berücksichtigt werden. Siehe al-Hasani, Bd. 1, 1988, S. 281.

⁵³ F.O. 371/6346, High Commissioner for Mesopotamia to S/S for the Colonies, 21th June 1921, nach Eskander, 2001, S. 160.

⁵⁴ Hierüber schreibt Lees in einem unüberhörbar traurigen Ton: »It is a sad story. Major Soane left for England on leave in April, and while at home he was informed that his services would be no longer required. He had stubbornly resisted the attempt on the part of the Baghdad administration to bring Kurdistan directly under the Arab Government, and High Commissioner Sir Percy Cox decided that Kurdistan could be administered without and in spite of him. I realized that the ideals for which we had struggled so long, and the welfare of Kurdistan which we had so much at heart,

ökonomische Argumente sowie Vorwände anderer Art gegen einen Kurdenstaat vor - genauso wie sein Amtsvorgänger Wilson. Dies war kein Zufall. Wer die Haltung der beiden britischen Tendenzen in der Süd-Kurdistan-Frage genauer unter die Lupe nimmt, gelangt zu dem Ergebnis, dass es eine Art Rivalität gegeben hat. Die später gehaltenen Vorträge und Lesungen dieser Politiker in der britischen Hauptstadt über ihre Erlebnisse bestätigen diese Annahme.⁵⁵

5 Prinz Faisals Krönung im Irak und die Haltung der Kurden zu ihm

Auf der Kairoer Konferenz beschloss man u.a. daran zu arbeiten, Prinz Faisal, »ein erprobter Freund der Engländer«,⁵⁶ aus dem Stamm der Hashimiten in Arabien, als König im Irak einzusetzen. Zur Klärung der Einstellung der kurdischen Bevölkerung gegenüber dem Irak, führten die Engländer nach dieser Entscheidung eine Umfrage in Kurdistan durch. Aus den Gesamtergebnissen dieser Umfrage, die am 1. Juni 1921 in Bagdad von dem mesopotamischen Hochkommissar erstellt⁵⁷ und dessen Ergebnisse vom irakischen Innenministerium am 18. August 1921, Schreiben Nr.: 15119 an das Sekretariat des Ministerrates überreicht wurden,⁵⁸ konnte man folgendes ersehen: 1) alle kurdischen Gebiete waren einstimmig für eine britische Verwaltung bzw. ein britisches Mandat; 2) sie lehnten auf alle Fälle eine arabische Regierung ab; 3) die überwiegende Mehrheit der Befragten waren gegen einen Anschluss an den Irak und 4) die Kurden beabsichtigten aber, ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Bagdad und Mossul aufrechtzuerhalten.

Von diesen eindeutigen Ergebnissen waren selbst die Briten überrascht, denn, wie in dem Bericht stand, gab es keine kurdisch-nationalen Gefühle. Dennoch soll das vorherrschende Misstrauen gegenüber den Arabern⁵⁹ der entscheidende Faktor gewesen sein, der zur Haltung der Kurden geführt hatte.⁶⁰

Es mag richtig sein, was etliche für den Irak agitierende Autoren immer wieder interpretieren, dass, um die Araber mit der Kurdenfrage unter Druck zu setzen, die Briten (dabei wird keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Vorstellungen der Beamten gemacht) die Kurden zur Einnahme dieser "anti-arabischen" Einstellung ermutigt haben sollen. Solche Behauptungen verstellen allerdings den Blick auf eine brisante Tatsache: Es ging den Kurden vor allem darum, ihr Land autonom und mit britischer Unterstützung zu regieren. Sie hatten keinerlei Gründe, die Herrschaft eines benachbarten Volkes wie z.B. die der Araber zu akzeptieren, die auch gerade dabei waren mit britischer Hilfe ihren Staat aufzubauen.

were doomed if this policy were persisted in, so I handed in my resignation.« Anschließend merkt Lees an: »Kurdistan was Major Soane's only interest in life, and with the loss of that and with instead a life of inaction, the tuberculosis reappeared and he died in April, 1923.« Lees, 1928, S. 269.

⁵⁵ Vgl. die Aufsätze und Wortmeldungen der Veranstaltungen von Cox (1929) und Lees (1928) miteinander.

⁵⁶ Topf, 1929, S. 90.

⁵⁷ Siehe C.O. 730/4/46069. Intelligence Report, No. 19, August 15, 1921, nach Atiyah, 1973, S. 391-94 Colonial Office, 730-3-41687, Intelligence Department Report, No. 14. 11. June 1921, nach Nieme, 1988, S. 72. A. al-Hajj: Die Kurdenfrage in den zwanziger Jahren (Arabisch), Beirut 1984, S. 148-54.

⁵⁸ Al-Hasani, Bd. 1, 1988, S. 58-60.

⁵⁹ Vgl. Wilson, 1931, S. 112.

⁶⁰ Al-Hasani, Bd. 1, 1988, S. 58-60. Dieses Misstrauen der Kurden bedarf einer gründlichen Untersuchung, die aber nicht losgelöst von politischen Motiven und Willen zur Selbstverwaltung betrachtet werden kann.

An dieser Stelle ist es aber wichtig zu bemerken, dass die ablehnende Haltung der Kurden in der Frage der Angliederung Süd-Kurdistans an den Irak und die Ablehnung König Faisals, nicht als ein endgültiger Abbruch oder gar Boykott jeglicher Beziehung zwischen den Wortführern beider Seiten gleichkam. Es hat oft Kontakte zwischen ihnen gegeben. Auf der irakischen Seite gab es sogar hin und wieder Bemühungen, die Kurden für sich zu gewinnen. Die Reise Amir Ziads, Faisals jüngerer Bruder, nach Mossul Ende 1922⁶¹ und im März 1923 nach Kirkuk und Arbil, und die brieflichen Kontakte zwischen Shaikh Mahmud und König Faisal⁶² belegen, dass es gewisse Beziehungen zwischen der königlichen Familie und den kurdischen Führern gegeben hat. Shaikh Mahmud hatte seinerseits, englischen Quellen zufolge, auch mit dem am 23. August 1921 feierlich zum König des Irak gekrönten Faisal I.⁶³ persönlich und zumindest mit einer führenden Persönlichkeit der irakisch-schiitischen Opposition in Bagdad, Shaikh Mahdi al-Khalisi, briefliche Kontakte. König Faisal hatte bei Shaikh Mahmud für ein Referendum in Kurdistan nach dem "Musterbeispiel" vom Irak geworben.⁶⁴ Faisal erkannte die Belange der Kurden und ihm war bewusst, wo die Grenzen seines arabischen Reiches lagen. Der hochrangige britische Beamte Young hatte ihm im Oktober 1921 in einem vertraulichen Gespräch mitgeteilt, dass das Ziel Großbritanniens das »encouragement of Arab nationalism not Arab imperialism« sei.⁶⁵ Young informierte den König über die vorgesehene Linie der britischen Politik in der Süd-Kurdistan-Frage in der Form, dass das Land vorerst vom Irak separiert bleiben sollte.⁶⁶

Fakt ist, dass die klare Haltung der Kurden in der Ablehnung des arabischen Königs im Irak gleichzeitig eine herbe Niederlage für Cox's Lösungsweg war; nichts desto weniger für Churchills Hoffnungen von einer gemeinsamen Zukunft zwischen Süd-Kurdistan und dem Irak. Am 11. Juli 1922 hatte Churchill im britischen Unterhaus erneut angekündigt, dass sie [die Briten] nicht vorhaben, das Volk von Süd-Kurdistan unter die Regierung von König Faisal zu zwingen. Er meinte zu glauben, dass die Interessen von Süd-Kurdistan so eng in den Irak involviert seien, dass ohne irgendeinen Zwang ihrerseits, die beiden Territorien (Irak und Süd-Kurdistan) schließlich zu einer harmonischen Verständigung kommen würden.⁶⁷

Doch in Süd-Kurdistan waren die Bemühungen der kurdischen Aktivisten auf ein völlig anders Ziel gerichtet; weit entfernt von der vom Kolonialminister in London optimistisch verbreiteten Zukunftsvision.

6 Die lokalen Aufstände, die Türken und Shaikh Mahmuds Rückführung

In den meisten Gegenden Süd-Kurdistans verfolgten die einflussreichen Vertreter der Kurden die allgemeine politische und militärische Lage mit Argwohn. Zwei Gründe veranlassten sie dazu, neue Wege zur Realisierung ihrer Interessen zu suchen: Sie

⁶¹ Bell, Vol. 2, 1927, S. 543. Vgl. Foster, 1935, S. 120.

⁶² Hilmi, Bd. 1, 1956, S. 124. F.O. 371/9009, Secret, Intelligence Report No. 1-2. Secretariat of the High Commissioner for Iraq, Baghdad, 1 January 1923, nach Hamdi, 1992, S. 160-61,163.

⁶³ Bell, Vol. II, 1927, S. 609-612. Faisal traf erst am 24. Juni 1921 in Basra ein. Am 11. Juli 1921 wählte ihn der Staatsrat von Bagdad einstimmig zum König. Hoepli, 1931, S. 81. Dass die erwähnte Krönung ein englisches Szenario war, bezeugen zumindest die datierten Briefe vom 8. und 16. Juli 1921 von Bell.

⁶⁴ F.O. 371/9009, Secret, Intelligence Report No. 1-2. Secretariat of the High Commissioner for Iraq, Baghdad, 1 January 1923, nach Hamdi, 1992, S. 160-61,163.

⁶⁵ Klieman, 1970, S. 168.

⁶⁶ C.O. 730/6 Cox to Churchill, 25 Oktober 1921, nach Eskander, 2001, S. 162.

⁶⁷ The Parliamentary Debates, House of Commons, Vol. XVII., London 1922, S. 1122-23.

erkannten im Laufe der Zeit, dass die Zusammenarbeit mit Vertretern Großbritanniens nicht zu der angepeilten Gründung eines kurdischen Staates geführt hatte, so wie es die Briten nach dem Krieg in Aussicht gestellt hatten. Parallel dazu trat ein ganz neues Phänomen in Erscheinung, mit dem man nach der Eroberung der Hauptstadt des Osmanischen Reiches durch die Alliierten nicht gerechnet hat, nämlich die neue osmanische Staatsautorität in Anatolien - die in die Literatur irrtümlich als türkisch-nationaler Widerstand eingegangen ist.⁶⁸ Diese neue, relativ starke Autorität in Anatolien verbreitete mit Erfolg auch in Süd-Kurdistan eine wirkungsvolle, anti-britische Propaganda für die Rettung des Islamischen Reiches. Diese Propaganda war stark mit religiösen Parolen verbrämt und konnte eine Zeit lang durch eine in Ruwandiz intervenierte einhundert Mann starke Truppe unter Kolonel Shafik (bekannt als Öz Demir), Fuß fassen.⁶⁹ Dort wurde sogar - gemäß Anweisungen aus Ankara - ein sogenannter Nationalrat ins Leben gerufen.⁷⁰ Diese Konstellation bekräftigte umso mehr den Widerstandswillen der kurdischen Stämme, die offensichtlich auch die geplante Annexion ihres Landes an den arabischen Staat Irak ahnten und diese nicht einfach hinnehmen wollten. Ein Erfolg der kurdisch-türkischen Zusammenarbeit hätte zwar höchstwahrscheinlich keinen kurdischen Staat hervorgerufen, jedoch für die Briten zumindest den Verlust des ölreichen Wilayats Mossul bedeutet, dessen Schicksal bis dahin noch offen war. Die Briten befürchteten tatsächlich die Gefahr eines militärischen Einfalls der neuen Autorität in Anatolien in den noch nicht genügend gefestigten Irak. Sie hätten zu diesem Zeitpunkt einen solchen Angriff aus eigener militärischer Kraft nicht überstanden.⁷¹

Die militärische Lage, die den Briten etliche schmerzhaftige Niederlagen bereitete,⁷² spitzte sich permanent zu und forderte von den Briten effektives Handeln, bevor der neue Aufstand der Kurden alle Gebiete erfasste. Goldsmith, der an Stelle von Soane der englische 'Political Officer' von Sulaimani geworden war, überstellte zunächst den Behörden des Distrikts einen gewählten Rat mit dem Vorsitz von Shaikh Mahmuds Bruder, Shaikh Qadir, kurz bevor die Engländer am 5. September 1922 die Stadt Sulaimani fluchtartig per Flugzeuge verließen.⁷³

Das Land stand weiter in offenem Aufruhr. Nachdem Großbritannien trotz Einsatz von Brandbomben die Unterwerfung der z.T. mit türkischer Unterstützung opponierenden kurdischen Stämme nicht gelang,⁷⁴ sah sich die damalige Weltmacht gezwungen, eine neue Politik zu verfolgen, um zumindest die anti-britischen Kurden wieder im Zaun halten zu können.⁷⁵ Viele Anhänger Shaikh Mahmuds und kurdische Notabeln der

⁶⁸ Siehe Behrendt, 1993, S. 317-323.

⁶⁹ Edmonds, 1957, S. 245. Taqe, 1970, S. 34-51. Über die erfolgreiche Wirkung der türkischen Propaganda, die auch nach Absprachen mit einigen kurdischen Stammeshäuptlingen lief und oft von Bedrohung begleitet war, siehe die Meinung zweier Zeitgenossen: Hilmi, Bd. 2, 1957, S. 505, 525 und 574; Khawaja, Bd. 1, 1968, S. 82 ff.

⁷⁰ Taqe, 1970, S. 55.

⁷¹ Bell, Vol. 2, 1927, S. 592. Hoepli, 1931, S. 81.

⁷² Taqe, 1970, S. 64.

⁷³ Siehe E. B. Soane: Evacuation of Kurdistan: An Ill-fated Expedition, in: Journal of the Royal Central Asian Society, Jg. 10, Heft 1, London 1923, S. 73-74; Edmonds, 1957, S. 260 und Hilmi, Bd. 2, 1957, S. 350.

⁷⁴ Siehe Edmonds, 1957, S. 300.

⁷⁵ D.h.: den Ansprüchen der Türken auf Mossul auf diplomatischen Wege, sowie im Geheimen mit militärischen Mitteln setzte Großbritannien allerdings Widerstand durch Annäherung zu den Kurden entgegen.

Gebiete Sulaimani, Kirkuk und Kifri hatten auch in dieser Zeit (etwa Mitte 1922) den Engländern Denkschriften für eine Rückkehr Shaikh Mahmuds überreicht.⁷⁶ Großbritannien kündigte schließlich entgegen der festen Opposition des britischen Hochkommissars Cox,⁷⁷ die Zustimmung zu seiner Rückkehr an.⁷⁸ Dieser Schritt war ein Versuch, »to fill the vacuum of Government«, so der damalige 'Political Officer' von Kirkuk, Longrigg,⁷⁹ und um den Einfluss der Türken in Süd-Kurdistan zurückzudrängen bzw. zu beenden.

Die kurdische Flagge wurde in einer großen öffentlichen Feierstunde erneut gehisst.⁸⁰ Am 30. September 1922 traf Shaikh Mahmud in Sulaimani ein und wurde in euphorischer Stimmung königlich empfangen.⁸¹ Die Chefs sowie Notabeln der wichtigsten Städte Süd-Kurdistans erklärten umgehend ihre Unterstützung für ihn.

Worüber sich die Briten genau mit Shaikh Mahmud geeinigt haben, bleibt im Bereich der Spekulationen. Es ist aber anzunehmen, dass eine formelle Vereinbarung in der Richtung getroffen worden war, dass zunächst Shaikh Mahmud die Regierung von Sulaimani führen sollte. Als Gegenleistung sollte er die Türken aus Süd-Kurdistan vertreiben,⁸² schließlich würde er danach die gesamten kurdischen Gebiete von Süd-Kurdistan regieren.⁸³

Am 10. Oktober 1922 bildete Shaikh Mahmud als »Hukmdar or Ruler of Independent Kurdistan«, wie Edmonds ihn nennt, ein achtköpfiges Kabinett.⁸⁴ Doch sah sich diese zweite kurdische Administration bzw. Regierung in Süd-Kurdistan recht früh mit dem britischen Hochkommissar in Bagdad konfrontiert. Etwa zwei Wochen später schickte Shaikh Mahmud eine kurdische Delegation nach Bagdad, um bei Cox die Forderung zu stellen, zwecks Bildung einer Kurdischen Nationalversammlung, Wahlen in Kurdistan abzuhalten. Diese Versammlung sollte die Zukunft des kurdischen Staates und die entsprechende Regierungsform für die Kurden regeln. Die Delegation bat um offizielle britische Anerkennung der kurdischen Regierung und die Unabhängigkeit von Süd-Kurdistan. Cox seinerseits lehnte ab, freie Wahlen in den kurdischen Gebieten zuzulassen. Statt freier Wahlen verlangte er, dass die kurdischen Nationalisten ihre Forderungen moderieren. Dabei versprach er, London und der irakischen Regierung zu empfehlen, das Recht der Kurden auf die Bildung einer eigenen Nationalregierung

⁷⁶ Hilmi, Bd. 2, 1957, S. 521. Eskander, 2001, S. 166.

⁷⁷ Siehe Cox's Haltung zu Shaikh Mahmud: F.O. 371/7781, High Commissioner of Iraq to S/S for the Colonies, C.O. 730/4, High Commissioner of Iraq to S/S for the Colonies, 26 August 1921, nach Eskander, 2001, S. 168.

⁷⁸ Hierzu schreibt Edmonds: »[...] we had despaired of keeping out the Turks with our own resources and had brought back Mahmud to consolidate Kurdish national feeling as the sole means of doing so; unless our policy was to stultify itself we must accept its logical consequence and concede all his demands, supported as they were by the Kurds of all three liwas.« Edmonds, 1957, S. 303-304. Dagegen interpretiert Hilmi diesen Schritt folgendermaßen: »es sollte kein Grundstein für einen kurdischen Staat gelegt werden, sondern auf Kosten der Kurden und Kurdistan ein neues Schauspiel vorbereitet werden.« Hilmi, Bd. 2, 1957, S. 531.

⁷⁹ Longrigg, 1956, S. 144.

⁸⁰ Hilmi, Bd. 2, 1957, S. 532.

⁸¹ Ebd., S. 537. Khawaja (Bd. 1, 1968, S. 104) datiert dieses Ereignis für den 22. September 1922.

⁸² Edmonds, 1957, S. 301. Zum Wortlaut der offiziellen Erklärung siehe Khawaja, Bd. 1, 1968, S. 116. Der Autor veröffentlicht auf den Seiten 116-120 seines Buches die von Shaikh Mahmud bei der ersten Kabinettsitzung gehaltene Rede, in der er sich hauptsächlich auf seinen Kampf für ein unabhängiges und freies Kurdistan konzentriert.

⁸³ Siehe Hilmi, Bd. 2, 1957, S. 551 und 623.

⁸⁴ Edmonds, 1957, S. 301.

innerhalb des Irak, offiziell anzuerkennen.⁸⁵ Cox's Bedingung schien der kurdischen Regierung in Sulaimani inakzeptabel zu sein. Von der Gnade der benachbarten Araber wollten sie offenbar künftig nicht abhängig sein. Daraufhin unternahm das kurdische Kabinett einen eigenmächtigen Schritt: Es fasste den Beschluss, ein neues Programm zu verfolgen und ernannte Shaikh Mahmud am 18. November 1922 zum König von Kurdistan.⁸⁶ Der kurdische König, der in seiner Hauptstadt eine noch nie dagewesene Militärparade abhielt,⁸⁷ erhob nun den Anspruch auf alle kurdischen Städte.⁸⁸

Der anfängliche Entschluss der Briten, Shaikh Mahmud vorerst im Amt zu belassen, zeugte eher von der Absicht, eine relative Stabilität zu gewährleisten, als eine tiefgreifende Änderung der politischen Strategie herbeiführen zu wollen. Um diese vorläufige Kursänderung Großbritanniens hinreichend zu erklären, ist ein weiterer Faktor zu berücksichtigen: die Türken schienen in Süd-Kurdistan den Briten politisch und militärisch überlegen zu sein. Die Situation hatte sich nach der Rückkehr Shaikh Mahmuds grundlegend geändert. Die Engländer erschienen in dieser Zeit zu schwach, um ihre Präsenz zu behaupten. Die pro-türkischen Kreise besaßen weiterhin großen Einfluss. Hier dürfte der Grund liegen, weshalb Shaikh Mahmud nicht unmittelbar nach seiner Rückkehr gegen die Türken, deren Flugblätter überall in vielen kurdischen Gebieten verteilt wurden und auf deren Seite viele Stammeshäuptlinge standen, in die Offensive ging.⁸⁹ Es ist aber auch nicht auszuschließen, dass Shaikh Mahmud möglicherweise nicht bereit war, sich von den Briten derart instrumentalisieren zu lassen,⁹⁰ solange ihm keine konkrete Garantie für die Gründung eines kurdischen Staates vorlag. Mit Cox war ein solches Ziel allerdings nicht zu realisieren. Der setzte alles daran, um seinen Lösungsweg (die Annexion) zu realisieren. Cox war entschieden gegen das Referendum in Süd-Kurdistan. Er unternahm ernsthafte Anstrengungen, um Shaikh Mahmuds Einfluss in den kurdischen Landstrichen zu beschneiden. Außerdem gewährleistete er die offensichtlich vereinbarte logistische Unterstützung für Shaikh Mahmud bei der Bekämpfung der Türken nicht.⁹¹ Als in dieser Zeit die Londoner Regierungskoalition von Lloyd George zusammenbrach, übernahm der mit der Kurdenfrage nicht unbedingt vertraute Leo Amery das Ministeramt für Kolonien. Außenminister Curzon, der Cox' Meinung zur Frage einer Fusion von Süd-Kurdistan mit dem Irak nahezu vorbehaltlos teilte, behielt in der neuen Regierung sein Amt. Diese Entwicklung brachte für Cox einen relativ großen Spielraum, was die Realisierung seines politischen Zieles betraf.⁹²

⁸⁵ F.O.371/7772 No. 21, 1 Nov. 1922 sowie No. 22, 15 Nov. 1922, nach Eskander, 2001, S. 174.

⁸⁶ Franz schreibt: »Diese Proklamation ist als eine Reaktion auf die unterdessen erfolgte Gründung des Königreiches Irak und die Einsetzung von Faisal I. als König durch die britische Mandatsmacht im August 1921 zu verstehen.« Franz, 1986, S. 136. Vgl. aber auch Khawaja, Bd. 1, 1968 S. 127ff.

⁸⁷ Khawaja, Bd. 1, 1968 S. 128-29.

⁸⁸ Vgl. Edmonds, 1957, S. 301 und Hilmi, Bd. 2, 1957, S. 553.

⁸⁹ Hilmi, Bd. 2, 1957, S. 383, 565 und 582. Khawaja, Bd. 1, 1968, S. 145-46. Siehe auch Report by His Britannic Majesty's Government on the Administration of 'Iraq for the Period April, 1923-December, 1924, Issued by the Colonial Office, London 1925. (Künftig zitiert als: Report on the Administration of Iraq for 1923/24) S. 5-6.

⁹⁰ Vgl. Lazarev, 1991, S. 222 und 252.

⁹¹ Eskander, 2001, S. 172.

⁹² Siehe Eskander, 2001. S. 171-72, 175. Darüber hinaus warnte Curzon Ankara vor der Abhaltung eines Referendums, weil die Kurden, nach seiner Meinung, zweifelsfrei für eine Unabhängigkeit Kurdistans stimmen würden. F.O./ 9058 Curzon's Replay to Ismet Pasha, Respecting Mosul, No. 1, 23 Jan. 1923, nach Eskander, 2001. S. 175.

7 Das anglo-irakische Kommuniqué vom Dezember 1922

In einem weiteren Versuch, die Unterstützung der Kurden gegen die Türken zu erlangen und die moderaten Kurden auf die britische Seite zu ziehen, schlug Cox, der britische Hochkommissar, dem Kolonialministerium vor, durch die Herausgabe eines Kommuniqués die Rechte der Kurden innerhalb des Iraks anzuerkennen.⁹³ Dieser Vorschlag fand die Zustimmung der britischen Regierung, woraus folgendes Kommuniqué vom 21. Dezember 1922 resultierte:

»His Britannic Majesty's Government and the Government of Iraq recognize the right of the Kurds living within the boundaries of Iraq to set up a Kurdish Government within those boundaries and hope that the different Kurdish elements will, as soon as possible, arrive at an agreement between themselves as to the form which they wish that that Government should take and the boundaries within which they wish it to extend and will send responsible delegates to Baghdad to discuss their economic and political relations with His Britannic Majesty's Government and the Government of Iraq.«⁹⁴

Dieses Kommuniqué hatte eine klare Aussage: das Ziel der Kurden, die Gründung eines völlig von den Arabern unabhängigen Kurden-Staates war nicht zu realisieren. Süd-Kurdistan wurde als Teil des Irak bezeichnet und die Kurden sollten eine Delegation nach Bagdad schicken, um ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur britischen und irakischen Regierung zu diskutieren.

Von dem Kommuniqué selbst wurden die Kurden seinerzeit nur mündlich in Kenntnis gesetzt und zwar »with some misgiving«, wie Edmonds selbst in seinem Buch zugibt.⁹⁵ Edmonds vertrat, ähnlich wie Cox, eine Position, die der Gründung eines kurdischen Staates ablehnend gegenüberstand. Nur wenige Tage nach dieser Mitteilung warnte er seinen Vorgesetzten vor dem gewachsenen Einfluss von Shaikh Mahmud. Für ihn repräsentierte der Kurdenchef einen extremen kurdischen Nationalismus. Edmonds hatte seine Befürchtung zum Ausdruck gebracht, dass die Kurden in Arbil eine Vereinigung ihrer Region mit Kurdistan verlangen würden. Shaikh Mahmud hatte bereits die Kurden von Kirkuk für sich gewonnen.⁹⁶

Die Jahre 1922-23 waren eine Phase fieberhafter Komplotte und politischer Intrigen. Alle Beteiligten litten unter finanzieller und militärischer Schwäche.⁹⁷ Die in dieser Zeit geführten Verhandlungen und Gespräche zwischen den Konfliktparteien verliefen immer in einer von Misstrauen geprägten Atmosphäre.⁹⁸ An dieser Stelle dürfte ausreichen, darauf zu verweisen, dass seitens Shaikh Mahmuds an die Briten stets die Aufforderung

⁹³ Foreign Office, 371-7782, From the High Commissioner for Iraq to the Secretary of State for the Colonies, 16. November 1922, nach Hamdi, 1992, S. 155-56.

⁹⁴ Edmonds, 1957, S. 312; Al-Hasani, Bd. 1, 1988, S. 282.

⁹⁵ Edmonds, 1957, S. 312.

⁹⁶ Eskander, 2001, S. 171.

⁹⁷ Edmonds, 1957, S. 333.

⁹⁸ Hilmi, der einen Akteur der Ereignisse zitiert, erweckt den Eindruck, dass sich die Beziehungen zwischen Shaikh Mahmud und den Engländern deshalb verschlechterten, weil die offensichtlich auf ein gegenseitiges Entgegenkommen basierende Abmachung von den Engländern nicht eingehalten wurde. Gegen die Räumung der Stadt Rania durch die Türken und deren Einnahme durch Shaikh Mahmud sollte die Stadt Koya von den Engländern an Shaikh Mahmud übergeben werden. Das geschah aber nicht. Diese Haltung sorgte für den Verlust der Vertrauensfrage. Hilmi, Bd. 2, 1957, S. 582. Weitere Beispiele lassen sich zum Thema Vertrauensfrage aufführen: Die Truppenbewegung der Iraker und Kurden trübten die Atmosphäre der im Januar 1923 in Kirkuk geführten Verhandlungen zwischen Shaikh Mahmuds Vertreter und den Engländern über das ausgeführte Kommuniqué. Siehe Hamdi, 1992, S. 162.

erging, das Königreich Kurdistan offiziell anzuerkennen. Die Briten beabsichtigten nicht, solchen Forderungen Folge zu leisten. Cox, der in seinen Briefen an das Kolonialministerium aus seiner Abneigung gegenüber dem Kurdenchef keinen Hehl machte, hielt solche Ansprüche für illusionär.⁹⁹ Er blieb Befürworter des Anschlusses Süd-Kurdistans an den Irak und weigerte sich, mit Shaikh Mahmud in Verhandlung zu treten.¹⁰⁰

8 Die Eskalation der politischen Lage und die militärische Okkupation Süd-Kurdistans durch die anglo-irakischen Streitkräfte

Einer bevorstehenden Ausdehnung des 'Königreichs' Kurdistan konnten die Engländer, deren Einfluss in den kurdischen Gebieten weitgehend geschwächt war, nicht tatenlos zusehen. Die Gespräche der Konfliktparteien scheiterten an der Ablehnung der Briten, weitere kurdische Gebiete unter Shaikh Mahmuds Einflussbereich zu stellen.¹⁰¹ In der Folge wendete sich Shaikh Mahmud im Geheimen an die Türken in der Hoffnung, das Unerreichte mit deren Hilfe zu verwirklichen.¹⁰² Er schrieb sogar an die Regierung der Sowjetunion einen Brief, worin er im Namen der Kurden die Aufnahme tiefer freundschaftlicher und diplomatischer Beziehungen wünschte und um militärische Hilfe bat.¹⁰³ Faktisch blieb er aber in Kontakt zu den Briten. Obgleich er in seinem Brief vom 17. Februar 1923 an die Briten sein Bedauern über das Scheitern der Verhandlungen zum Ausdruck brachte und seine Bereitschaft zur erneuten Aufnahme der Verhandlungen zeigte,¹⁰⁴ stiegen die Spannungen mit dem britischen Ultimatum vom 21. Februar 1923, wonach er sich innerhalb von fünf Tagen mit seinen Behörden bei den Engländern ergeben sollte. Eine Unterredung zwischen Shaikh Mahmud und Chapman, dem englischen Vertreter in Sulaimani, ging am 25. Februar ohne positive Ergebnisse zu Ende.¹⁰⁵ Großbritannien wollte nicht gestatten, dass die Kurden irgendwelche Kontakte zu ihren türkischen Feinden knüpften.¹⁰⁶ Die Mauer zwischen den Parteien, die mit der Rückführung des Kurdenführers zunächst zu bröckeln schien, schien erneut infolge der verworrenen Lage und der unterschiedlichen Zielvorstellungen auf beiden Seiten wieder hoch zu gehen. Diese Entwicklung machte einen Krieg nun eher wahrscheinlich, denn als vermeidbar. Vergeblich forderte Shaikh Mahmud mehr Zeit und Erklärungen. Er brachte allerdings den Zusicherungen der Engländer, ihn achtungsvoll zu behandeln, wenn er dem Ultimatum nachkäme, kein Vertrauen entgegen.¹⁰⁷ Bevor die britischen Flugzeuge ihre Bomben auf Sulaimani am 3. März 1923 abwarfen, verließen Shaikh Mahmud und seine Gefolgsleute die Stadt, um einerseits die Stadt vor möglichen unnötigen Verlusten zu

⁹⁹ Siehe dazu FO371/9009, Secret, Intelligence Report No. 1. Secretariat of the High Commissioner for Iraq, Baghdad, 1 January 1923, nach Hamdi, 1992, S. 158-59 und Khawaja, Bd. 1, 1968, S. 142.

¹⁰⁰ Eskander, 2001, S. 176.

¹⁰¹ Ibrahim, 1983, S. 302.

¹⁰² Siehe Report on the Administration of Iraq for 1923/24, S. 31-32.

¹⁰³ J. Talabani: Kurdistan und Kurdische Nationalbewegung (Arabisch), 2. erw. u. korr. Aufl., Beirut 1971, S. 219-21. Siehe auch Shaikh Mahmuds Äußerung bei Khawaja, Bd. 2, 1969, S. 26.

¹⁰⁴ Hamdi, 1992, S. 163.

¹⁰⁵ Allerdings macht der Engländer bei diesem Treffen eine bemerkenswerte Andeutung, deren Inhalt offensichtlich die Kurden nicht zur Kenntnis nahmen, dass Süd-Kurdistan dem Irak angeschlossen werden muss. »Die Kurden müssen sich mit den Arabern einigen«, sagte Chapman. Der Kurdenchef, erzählt Khawaja, erwiderte verärgert, »mit denen (also mit den Arabern) sind wir Geschwister und haben wir keine Komplikationen und Feindschaften und hatten wir auch nie gehabt. Über welche Unstimmigkeiten sollten wir uns einigen?« Khawaja, Bd. 1, 1968, S. 142.

¹⁰⁶ Khawaja, Bd. 1, 1968, S. 147.

¹⁰⁷ Edmonds, 1957, S. 314 ff. Einzelheiten bei Hamdi, 1992, S. 163 ff. 170-73.

bewahren, andererseits um den Marsch auf Kirkuk vorantreiben zu können.¹⁰⁸ Trotz der andauernden Luftangriffe der Briten bezogen die Armee und die Stammeskrieger der Kurden weiterhin die Verteidigungsposition in der Hoffnung, dass die Briten ihren Forderungen doch in letzter Minute entgegenkommen würden.¹⁰⁹ Sie standen offenbar den Militäraktionen sehr reserviert gegenüber. Diese Einstellung dürfte langfristig jedoch eine Art Demoralisierung der wenig disziplinierten Armee Kurdistans hervorgerufen haben.¹¹⁰ Unterdessen traf sich der Anführer der kleinen türkischen Truppe, Öz Demir, mit der Führung der Kurden und zog sich nach Absprachen mit ihr in Richtung Anatolien zurück.¹¹¹ Dennoch war die Situation für die Kurden wahrlich verfahren. Rasches Handeln tat Not. Auf diplomatischer Ebene versuchte Shaikh Mahmud vergeblich über Teheran Hilfe bei den USA, sowie der Türkei, Russland, Italien, Frankreich und ebenfalls dem Iran selbst zu erhalten.¹¹²

Mitte Mai 1923 gelang es den Briten, Sulaimani, die Hauptstadt des kurdischen 'Königreichs', ohne Widerstand zu besetzen. Im gleichen Monat unternahm der irakische Ministerpräsident Abdul-Muhsin al-Saadoun in Begleitung einiger britischer Hochbeamter eine Reise in die Region, um bei den Kurden Sympathien zu erwerben und gleichzeitig die Einheit des Landes zu demonstrieren.¹¹³ Sulaimani wurde aber am 20. Juni von Shaikh Mahmuds Armee, genannt *Nationale Armee Kurdistan* unter ihrem Kommandanten Majid Mustafa,¹¹⁴ zurückgewonnen.¹¹⁵ Auch wenn manche Zeitgenossen, wie Khawaja¹¹⁶ auf ein gewisses Maß an Ordnung und Stabilität in dieser kurzen Zeit hinweisen, blieben in Wirklichkeit solche Etappen lediglich Provisorien, die seit 1917 nicht zur Normalität werden konnten.

Bereits im April 1923 beendete Cox in Bagdad seinen Dienst.¹¹⁷ Von Cox' Ausscheiden aus der Politik konnten die Kurden jedoch nicht profitieren. Der neue Hochkommissar, Henry Dobbs, der vorherige Vize von Cox, verfolgte treu die Linie seines Vorgängers. Der Kolonialminister Amery hatte zu diesem Zeitpunkt seine Bedenken gegenüber dem Vorschlag von Dobbs, Süd-Kurdistan in die bevorstehenden Wahlen im Irak einzubeziehen, zum Ausdruck gebracht. Amery teilte Dobbs am 7. Juni 1923 mit, dass es angesichts der ausdrücklichen Versicherungen seines Vorgängers (Churchill) vom Juli 1922 im Parlament erforderlich sei, dass sie (die Briten) den Kurden eine reale Gelegenheit geben sollten, selbst zu entscheiden, wie ihre Haltung in solchen Fragen sein soll.¹¹⁸ Dobbs kam der Forderung bekanntermaßen nicht nach.

Am 11. Juli 1923 gaben die Irakis nach Besprechungen mit den Briten und unter deren Anweisungen eine Dreipunkteerklärung ab, in der sie die Einstellung arabischer Beamter (außer Technikern) in den kurdischen Distrikten und den Zwangsgebrauch der arabischen

¹⁰⁸ Khawaja, Bd. 1, 1968, S. 150-51.

¹⁰⁹ Ebd., Bd. 2, 1969, S. 13-14.

¹¹⁰ Ebd., S. 21 ff.

¹¹¹ So der Protokollant dieses Treffens. Nähere Angaben liefert er aber nicht, z.B. weshalb vollzog Öz Demir diesen Schritt. Ebd. 17-19.

¹¹² Ebd., S. 33-43. Der Autor selber hatte die Appelle in den Iran getragen. Ausführlich schildert er in seinem Buch über seine Mission in dem Nachbarland.

¹¹³ Al-Hasani, Bd. 1, 1988, S. 168.

¹¹⁴ Kutschera, 1979, S. 73.

¹¹⁵ Bell, Vol. 2, S. 544. Das Datum der Einnahme ist laut Khawaja der 26. Juni. Khawaja, Bd. 2, 1969, S. 43.

¹¹⁶ Siehe Khawaja, Bd. 2, 1969, S. 49 ff.

¹¹⁷ Al-Hasani, Bd. 1, 1988, S. 181.

¹¹⁸ F.O.371/9014 S/S to Acting High Commissioner, 7 June 1923, nach Eskander, 2001, S. 176.

Sprache bei Behörden in diesen Distrikten ausschlossen. Schließlich garantierten sie die religiösen und zivilen Rechte der Einwohner.¹¹⁹ Edmonds, der selbst eine nicht zu übersehende Rolle in dieser Politik spielte, kommentiert die Zusammenhänge zwischen der Dezember- und Juli-Erklärung zutreffend:

»Kurdish nationalists could of course complain that the assumptions latent in this document had little relation to their rights as admitted in the Christmas proclamation. But by this time it had become clear to all except the blindest that incorporation in Iraq offered the only possible future for their sorely afflicted country, though they might hope that the central Government would have the wisdom to cement their loyalty by recognizing the existence of the Kurds quâ Kurds and not just as individuals having the same civil rights as individuals of the Arab majority, and that it would pursue a magnanimous policy towards their cultural aspirations and other manifestations of national consciousness as a mother race in the population of Western Asia.«¹²⁰

Diese Dreipunkteerklärung war eine zweite, offizielle Limitation der Interessen der Kurden durch die Briten und ihre Partner, die Iraker.

Nach der Rückeroberung Sulaimanis durch die *Nationale Armee Kurdistan* schrieb Edmonds einen dringenden Brief an Shaikh Mahmud, in dem er ihm im Namen des Hochkommissars ermahnte, sich keineswegs in die Angelegenheiten der Distrikte um Sulaimani einzumischen.¹²¹ Shaikh Mahmud beugte sich dieser Mahnung nicht. Sein Hauptquartier in Sulaimani, so berichtet Edmonds, wurde am 16. August 1923 mit den zum ersten Mal eingesetzten 220 Pfund schweren, britischen Bomben bombardiert.¹²² Eine Kette von Niederlagen mussten die Kurden durch die Koordination der britischen und irakischen Bodenoffensive mit verstärkten Angriffen durch die *Royal Air Force* (RAF), vor allem im Dezember 1923 und Mai 1924¹²³ einstecken. Infolgedessen versuchte Shaikh Mahmud intensiver auf Verhandlungen mit den Briten zu setzen. Dass all seine Bemühungen erfolglos blieben, ist offensichtlich auf die starre Haltung und das Desinteresse der Engländer zurückzuführen,¹²⁴ denen es gelungen war, das gesamte Kurdistan unter ihre Kontrolle zu bringen und Sulaimani, die Hochburg des kurdischen Widerstandes, am 19. Juli 1924 als irakische Provinz behaupten zu können.¹²⁵

Ab diesem Datum begann eine neue Etappe in der Kurdenfrage. Etwa einen Monat vor der Eroberung Sulaimanis suchte die Regierung in Bagdad die Kurden mit einigen nicht unwichtigen kulturellen Vorteilen zu gewinnen. Konkrete politische Angebote legte man jedoch nicht vor, dennoch bekannte sich der irakische Premier zu ihrer Sache in einer wichtigen Angelegenheit. Am 16. Juni 1924 befasste sich die irakische konstituierende

¹¹⁹ Der Text befindet sich bei al-Hasani, Bd. 1, 1988, S. 168, 282 sowie Edmonds, 1957, S. 344.

¹²⁰ Ebd., S. 344-45.

¹²¹ Im Brief stand: »If (which God forbid) you act against these instructions and interfere in the said districts or intrigue against the Government in other ways, the most drastic action will be taken against you. For the present, provided that you do not interfere with the above-specified districts and provided that you do not commit hostile acts, His Excellency does not intend to take action against you.« Edmonds, 1957, S. 346. Siehe auch Report on the Administration of Iraq for 1923/24, S. 31.

¹²² Edmonds, 1957, S. 350. Ende Juni war die Stadt ebenfalls Ziel Angriffe der RAF. Khawaja, Bd. 2, 1969, S. 59.

¹²³ Vor allem, nachdem die Engländer von den Plänen Shaikh Mahmuds erfuhren, Kirkuk zu attackieren. Report on the Administration of Iraq for 1923/24, S. 32.

¹²⁴ Vgl. Edmonds, 1957, S. 364 ff. und Hamdi, 1992, S. 178.

¹²⁵ Zu Einzelheiten der Kämpfe siehe Khawaja, Bd. 2, 1969, S. 59 und vgl. Kutschera, 1979, S. 76. Es ist anzumerken, dass diese erfolgreich geführte Operation, die erste der neugegründeten Armee des Königreichs Irak war.

Versammlung mit den Rechten der Kurden. Dort stellte der irakische Ministerpräsident Abdul-Muhsin al-Saadoun folgendes fest:

»Ich finde, es ist erforderlich und notwendig, dass wir liberal sein sollen und allen Volkselementen die Freiheit geben. Im Irak gibt es ein großartiges Volkselement. Das ist das kurdische Volkselement. Falls wir dem kurdischen Volkselement seine Rechte nicht gewähren, und nicht zulassen, dass in dessen Schulen die kurdische Sprache unterrichtet wird, könnte das Ergebnis nicht gut sein ... Deswegen wünsche ich mir von der Versammlung, dass sie in der Gewährung dieses Rechtes nicht geizt, damit die Herzen einheitlich sind, übereinstimmend und Befürworter der arabischen Einheit werden. Falls wir denen [den Kurden] diese Rechte nicht geben, dann können wir die von uns gewünschte arabische Einheit nicht erreichen.«¹²⁶

Erwähnenswert ist, dass die Wahlen für die konstituierende Versammlung im Irak am 12. März 1924 abgehalten wurden. Die Kurden schickten 17 Abgeordnete ins Parlament, die teilweise gegen die irakisch-britische Kooperation in der Versammlung opponierten.¹²⁷

Fazit

Die englische Kurdistan-Politik wirkte ab dem Jahr 1919 diffus und unentschlossen. Der rege Briefwechsel zwischen Indien, England, Kurdistan und Bagdad und die mehrfach abgehaltenen Konferenzen und Beratungen ranghoher britischer Beamten und Offiziere lässt die Schlussfolgerung zu, dass mehrere Vorschläge und Projekte, je nach innen- und außenpolitischer Lage, zum Thema Kurdistan vorlagen - von der Gründung eines unter britischem Einfluss stehenden Staates bzw. mehrerer autonomer kleiner Staaten; über die Aufteilung Kurdistans zwischen Frankreich und Großbritannien und die Angliederung Süd-Kurdistans an den vorgesehenen irakischen Staat, bis hin zum Teilrückzug aus dem Gebiet. Wie wir gesehen haben, wurde Süd-Kurdistan letztendlich dem Irak zugeschlagen. Diese Entwicklung vollzog sich aufgrund der Tatsache, dass sich die beiden britischen Hochbeamten, die Hochkommissare Wilson und Cox, von vorneherein für diese Alternative entschieden hatten. Sie arbeiteten mit ihrer ganzen Kraft daran und besetzten eine Schlüsselposition, die es ihnen ermöglichte, folgenschwere Entscheidungen zu treffen. Für ihre ablehnende Haltung bei der Schaffung eines Kurdenstaates lieferten sie in der Regel Auslegungen, die oft wirkten, als ob die Kurdenchefs lediglich versuchten, ihr singuläres Anliegen erzwingen zu wollen. Solche Argumentation hält einer Prüfung nicht stand. Nicht nur, weil eine eindeutige Mehrheit unter den Kurden die Angliederung ihres Landes an den arabischen Staat Irak zurückwies. Es gab eine Reihe in Kurdistan tätiger britischer Hochbeamter, die ebenfalls vehement gegen die Angliederungsalternative von Wilson und Cox waren. Dazu zählen u.a. Major Noel,¹²⁸ der von manchen als der "Kurdish Col. Lawrence"¹²⁹ bezeichnet wurde, Captain Beale,¹³⁰ Major Soane, sowie Lees.¹³¹ Diese über die Zustände vor Ort gut informierten Briten erkannten,

¹²⁶ H. Jamil: Der Irak, Politische Aussagen 1908-1930 (Arabisch), London 1987, S. 143.

¹²⁷ Ebd., 1979, S. 74.

¹²⁸ 1928 sagte Noel auf einer Veranstaltung der Royal Central Asian Society: »Kurdistan will never really welcome rule from Baghdad. You may get a temporary peace, but it is not a stable arrangement and never can be.« Lees, 1928, S. 275.

¹²⁹ DBFP, Vol. IV, 1952, S. 693.

¹³⁰ Eskander, 2000, S. 155.

¹³¹ Lees, 1928, S. 269-70. Über Major Soanes Verhaltensweisen in Sulaimani sind die kurdischen Quellen nicht gut zu sprechen, obgleich seine Dienste in der Förderung der kurdischen Sprache Anerkennung gefunden hat. Siehe z.B. Taqe, 1970, S. 34-35.

dass die Angliederungsoption, unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen auch immer, problematisch war. Bemerkenswert ist auch, dass Soane und Lees eine entscheidende Rolle bei der Mai-Eskalation von 1919 in der Sulaimani-Region gespielt hatten.

In seinem 1931 erschienen Buch legt Wilson die Kurdenfrage und seine Politik nicht immer geradlinig dar. In der Einleitung schreibt er, dass sich das Kurdenproblem als unlösbar erwiesen habe. Die Stämme seien gespalten und unlenksam gewesen; Deren Führer hätten keine gemeinsame Politik gehabt. Sie hätten aber nur in ihrer Opposition gegen jede mögliche Form der Regierung übereingestimmt, die sie unter arabische Herrschaft gebrachte hätte. So macht Wilson bewusst die Kurden selbst für die Nicht-Lösung ihrer Probleme verantwortlich. Über seine Ende 1919 durchgeführte Politik, *'teile und herrsche'*, verliert er selbstverständlich kein Wort. Genau so wenig, warum er tatkräftig zu realisieren versuchte, was die Kurden einstimmig, wie er selber feststellt, zurückwiesen. Diese Tatsache festzustellen, ist deswegen von Belang, weil er an einer anderen Stelle seines Buches (Seite 144) indirekt eine weitere Erklärung über die Kurdenpolitik, genauer gesagt über die Angliederungsursache, macht. Nicht ohne Stolz weist er dort daraufhin, dass er seine Ansicht - in der Hervorhebung des wirtschaftlichen Aspekts bei der Behandlung der Kurdenfrage - in London letztendlich durchgesetzt hatte. Kurzum: die politische Zielsetzung der britischen Hochkommissare in Bagdad war entscheidend dafür, das Schicksal Süd-Kurdistan entgegen dem Willen der Kurden und entgegen den Plänen einiger nicht weniger Verantwortliche des britischen Empires, zu besiegeln.

Weitere Faktoren, die in diesem Entwicklungsprozess unmittelbar eine Rolle spielten, dürfen nicht unerwähnt bleiben.

Vor dem Hintergrund der vorangegangenen Ausführungen des Konfliktverlaufes lässt sich ebenfalls feststellen, dass die ungeklärt gebliebene Kurdenfrage verstärkt ins Rollen gebracht wurde, als die Kurden sich der Autorität in Anatolien zuwandten und seitdem eine kleine türkische Interventionstruppe in Süd-Kurdistan präsent war. Inzwischen hatte der britische Hochkommissar eine relativ zuverlässige Regierung in Bagdad gebildet bzw. für sich gewonnen, deren Interesse hauptsächlich darin bestand, sich das ganze Wilayat Mossul anzueignen. Daraus resultierte, dass die Option auf einen unabhängigen kurdischen Staat auch seitens der Regierung in London nicht mehr als Lösung der Kurdenfrage in Erwägung gezogen wurde, wie aus dem anglo-irakischen Kommuniqué vom Dezember 1922 eindeutig ersichtlich war. Man setzte ausschließlich auf den Staat Irak.

Der zwecks Vertreibung der Türken zurückbeordnete Shaikh Mahmud verfolgte weiterhin sein Ziel der Gründung eines kurdischen Staates, welches den britischen Plänen zu dem Zeitpunkt entgegenstand. Obgleich mit seiner Rückführung eine verbale Kurskorrektur angezeigt war, welche den Kurden eine friedliche Zukunft konzedierte, ließ das politisch begründete Festhalten an alten Positionen (die Angliederung Süd-Kurdistan an den Irak) schnell den Schwung der vermeintlichen Erneuerung verpuffen.

Shaikh Mahmud befand sich in einem Dilemma. Keine der Konfliktparteien, ob Briten und Iraker einerseits oder die Türken andererseits, hatten jegliches Interesse an der Verwirklichung seiner Bestrebungen. Ihr Interesse galt ausschließlich der Instrumentalisierung der Kurdenfrage im Hinblick auf die damals heiß umstrittene Mossulfrage. Erschwerend kam für den Kurdenchef die eigene militärische Schwäche hinzu. Sein Waffenpotenzial war nicht imstande, die britischen Pläne zu vereiteln. Dem Kurdenchef

fügten die Briten, die willig schienen, die Politik der Konfrontation zu verfolgen, zusammen mit den Irakern zahlreiche Niederlagen zu. Dadurch erlangten sie letztendlich die Herrschaft über Süd-Kurdistan.

Mit der unfreiwilligen Akzeptanz der arabisch-irakischen Herrschaft durften die Kurden nun mit einer 'Belohnung' rechnen. Per Gesetz gewährte Bagdad ihnen das Recht, ihre Sprache in den Schulen zu unterrichten.

Wichtig ist, an dieser Stelle noch einmal darauf zu verweisen, dass ein bloßer Vergleich zwischen dem Kommuniqué vom Dezember 1922 und der Erklärung vom Juli 1923 zeigt: je erfolgreicher das Ziel der Briten, in Süd-Kurdistan Fuß zu fassen, verwirklicht wurde, umso mehr vernachlässigten sie die Belange der Kurden.

Kapitel Vier

Das Ringen zwischen Großbritannien und der Türkei um das Wilayat Mossul

1 Das Wilayat Mossul als Konfliktstoff zwischen Briten und Türken

Der Konflikt um das Wilayat Mossul, das aus Süd-Kurdistan und einem Teil von Jaziere bestand, zählte zu einem der schwierigsten der Nachkriegszeit. Das 1879 von den Osmanen gebildete Wilayat wurde von der Provinzhauptstadt Mossul aus verwaltet und regiert.¹ Der türkische Rückzug aus dem Wilayat und dessen Okkupation durch Großbritannien erfolgte erst nach Kriegsende, was sein Schicksal völkerrechtlich gesehen, unentschieden ließ. Die alliierten Siegermächte hatten eine günstige Position im Vergleich zu der der Osmanen. Artikel sieben des Modrus-Abkommens ermächtigte sie, jeden strategischen Punkt besetzen zu dürfen, sollten sie ihre eigene Sicherheit gefährdet sehen. Davon hatte vor allem Großbritannien Gebrauch gemacht, indem es seine Truppen in das Gebiet einmarschieren ließ.²

Trotz des Friedensvertrages von Sèvres, der den Durchbruch herbeiführen und das Schicksal des Osmanischen Reiches besiegeln sollte, waren die Türken als ein Machtfaktor von der Bildfläche der nahöstlichen Politik nicht verschwunden. Ihnen kamen zweierlei Tatsachen zugute: einerseits wurde der kurdische Staat, wie im vorherigen Kapitel aufgezeigt wurde, aus vielen Gründen, nicht realisiert. Ähnlich erging es dem armenischen Staat. Andererseits wurde der Sèvres-Vertrag von den Kontrahenten, also den Türken und Briten nicht ratifiziert.³ Schon vor dem Unterzeichnen dieses Vertrages entbrannte unter den Osmanen - der Sultan auf der einen Seite und die Militärgeneräle, angeführt von Mustafa Kemal, auf der anderen Seite - ein Streit über die »Aufteilung« Anatoliens, die die Letztgenannten nicht hinnehmen wollten.⁴

Die Türken traten seitdem gestärkt auf. Die politischen und militärischen Entwicklungen der Nachkriegszeit, vor allem der türkisch-französische Vertrag vom 20. Oktober 1921 und die Anerkennung der syrischen Grenzen sowie die Räumung Kilikiens durch die Franzosen versetzten die Türken, die durch den Friedensvertrag mit der Sowjetunion vom 16. März 1921 materielle und politische Unterstützung bekamen,⁵ in die Lage, die Alliierten zu einem neuen Vertrag zwingen zu können, nämlich den Vertrag von Lausanne, in dem das Schicksal von Mossul debattiert und dadurch der erwähnte Sèvres-Vertrag zunichte gemacht wurde. Infolgedessen beschränkte sich die Kurdistanfrage auf internationaler Ebene auf das Schicksal der Kurden in Mossul.

Das Wilayat Mossul war von strategisch wichtiger Bedeutung. Die niedergeschlagenen Türken verfolgten nach dem Krieg das Ziel, innerhalb möglichst weiter Grenzen einen türkischen Staat zu etablieren. Dabei bot sich das Wilayat Mossul als

¹ Diese Provinz sowie Basra unterlagen seit Mitte des 19. Jahrhunderts dem Osmanischen Wali in Bagdad.

² Foster, 1935, S. 127

³ Hussein, 1955, S. 29.

⁴ Vgl. Matuz, 1990, S. 269 und Lazarev, 1991, S. 249.

⁵ Zu den weiteren Entwicklungen zählen: die Niederlagen der Armenier und Griechen durch die Türken; der Rückzug der Italiener aus Antalya (Südwest-Türkei) gegen einige Versprechungen; die gelungene Vertreibung der Griechen aus Izmir (Ost-Türkei) am 9. September 1922, die schließlich zum Waffenstillstand von Mudania vom 11. Oktober 1922 mit Frankreich, Großbritannien und Italien führte. Ebd., 1955, S. 26-27. Lazarev, 1991, S. 250.

geeignetes Mittel an, um dieses Ziel zu erlangen. Noch ausschlaggebender war die Befürchtung der türkischen Machthaber über die Konsequenzen der Spaltung Osmanisch-Kurdistan (Nord- und Süd-Kurdistan). Von den Folgen einer sich frei in Süd-Kurdistan entwickelnden national-kurdischen Bewegung, ob eine autonome oder souveräne, wäre Nord-Kurdistan, das einen Teil des türkischen Staates bildete, langfristig nicht verschont geblieben. Daher strebten die Türken danach, ganz Kurdistan unter ihre eigene Kontrolle zu bringen, um die Kurden mit dem türkischen Staatswesen zu verschmelzen und so die kurdische 'Bedrohung' endgültig auszuschalten. Diese recht interessante Feststellung hat Toynbee schon 1923 gemacht, bevor die systematische Unterdrückungspolitik der kemalistischen Türkei gegen die Kurden von Nord-Kurdistan bzw. Südwestanatolien, seinen Lauf nahm.

Toynbee schreibt, dass er in Angora (heute Ankara) über das Wilayat Mossul mit mehreren, u.a. Ra'uf Bey, dem Premierminister, gesprochen habe:

»These conversations have left me with the conviction that the dominant motive behind the Turkish insistence upon the restoration of this province is neither economic nor strategic but political, and that it is concerned entirely with the Kurds. Even the Treaty of Sèvres left the northern half of Kurdistan within the Turkish frontiers, and though provisions were added for its autonomy and eventual independence, the omission of these was among the earliest of the concessions offered to Turkey by the Allies. Meanwhile, the Turks, on their side, have resolved to assimilate the Kurds to their body-politic. It seems a rash decision, for even though the Kurds may still for the most part be in the tribal stage, and may possess neither a literary language nor a national consciousness, the attempt to turn them into Turks will be the surest way to bring both into existence, and they will probably give Angora as much trouble as the Albanians gave to the old Ottoman Empire.«⁶

Andererseits ließen vier Hauptfaktoren das Wilayat Mossul für Großbritannien als unverzichtbar erscheinen:

1. Landwirtschaftliche Faktoren: viele Gegenden des Wilayats, anders als Bagdad und Basra, waren Kulturlandschaften mit verschiedenen Agrarprodukten (Getreide, Tabak, Obst).
2. Wirtschaftliche Faktoren: mit der Erfindung des Motordiesels wandelte sich bekanntlich die Bedeutung des Rohstoffs Erdöl. Die Motorisierung der Produktionsmittel ließ die damals kleine Zahl von Industriestaaten zu dem Schluss kommen, dass der Besitz von Erdöl ein wichtiger Machtfaktor ist,⁷ und Mossul war so reich an Öl, dass es von den Engländern ernstlich erkämpft wurde.⁸

⁶ A. J. Toynbee: Angora and the British Empire in the East: in *The Contemporary Review*, No. 680, London 1923, S. 680-691, 686. Siehe auch A. J. Toynbee: *Survey of International Affairs*, Vol. 1, *The Islamic World since the Peace Settlement*, London 1925, S. 494.

⁷ Vgl. Davenport/Cooke, 1976, S. 3 ff.

⁸ Siehe dazu den Abschnitt Rückblick in dieser Arbeit. Spätestens während des Ersten Weltkrieges erkannte man, welche Bedeutung Öl haben konnte. Churchill forderte sogar die direkte Partizipation der Politik der Regierung in den Ölgeschäften. Ebd., S. 23. Siehe auch Curzons Rede über die Bedeutung des Öls bei Denny, 1930, S. 27. Hier möchten wir eine Anmerkung an unsere Feststellung hängen. Zu dem Zeitpunkt wurde die Öl-Thematik in der Mossulfrage heftig in der Weltpresse thematisiert. Lord Curzon nahm dazu Stellung: »It is supposed and alleged that the attitude of the British Government with regard to the retention of Mosul is affected by the question of oil. The question of the oil of the Mosul vilayet has nothing to do with my argument. I have presented the British case on its own merits quite independent of any natural resources there may be in the country. I do not know how much oil there may be in the neighborhood of Mosul or whether it can be worked at a profit, or whether it may turn out after all to be a fraud. During the time I have connected with the foreign affairs of my country I have never spoken to or interviewed an oil magnate. I have never spoken to or negotiated with a single concessionaire or would-be

3. Militärisch-strategische Faktoren: »Ein innerlich gefestigtes Araberreich Irak«, so glaubten die Engländer in Anbetracht der historischen Tatsachen, »konnte militärisch nur in den Bergen Kurdistans verteidigt werden.«⁹
4. Religiöse Faktoren: bezüglich der religiösen Zugehörigkeit hätten die Schiiten mit ca. 79% in einem nur aus Bagdad und Basra bestehenden arabischen Staat die absolute Mehrheit. Hierzu konnten die sunnitischen Kurden zusammen mit den Christen ein relatives Gleichgewicht für den sunnitischen König, der aus Arabien stammte, schaffen, etwa 45:55.¹⁰

Den Türken gelang es, bei den bilateralen Gesprächen vom Februar 1921 in London, die Briten davon abzubringen, ernsthaft über Nord-Kurdistan zu verhandeln. Sie betonten wiederholt, dass sie nicht nur die Türkei vertreten, sondern auch Kurdistan.¹¹ Ihr Delegationsleiter, Bekir Sami Bey, behauptete sogar am 26. des gleichen Monats:

»[...] the Kurds had always proclaimed that they constituted an indivisible whole with Turkey: the two races were united by a common feeling, a common culture and a common religion.«¹²

Die Auswirkung dieser Entwicklungen war tiefgreifend und einschneidend für die Kurdistanfrage. Als die Außenminister der Alliierten zwischen dem 22. und 26. März 1922 zusammentrafen, legten diese Mächte der Kurdenfrage keine Bedeutung bei. Sie sahen praktisch von einem Staat Kurdistan ab. Folglich wurde die Lösung der Kurdenfrage in Nord-Kurdistan in das Ermessen der Türkei gestellt.¹³

2 Der Lausanner Vertrag

In Lausanne trafen sich die Alliierten im November 1922 mit den Türken zu neuen Verhandlungen.¹⁴ Die erste Verhandlungsrunde erzielte keinen Fortschritt in Richtung einer Lösung der Mossulfrage. Erst auf der zweiten Lausanner Konferenz (April-Juli

concessionaire for the Mosul oil or any other oil.« B. Shwadran: *The Middle East, Oil and the Great Powers*, 3ed ed., rev., & enl., New York/Toronto, 1973, S. 219-20. Vgl. ebenfalls Foster, 1935, S. 147. Curzon aber wusste in Wirklichkeit was Öl bedeutete. Einen Tag nach dem Modrus-Abkommen sagte er auf einer Party in London: »The Allies floated to victory on a wave of oil.« Ebd., S. 130.

⁹ Hoeppli, 1931, S. 100. Vgl. Foster, 1935, S. 132.

¹⁰ G. Fat-Hullah: *Boykottierte Meinungen über die modernen irakischen Angelegenheiten (Arabisch)*, Stockholm 1994, S. 31. Es sieht so aus, dass die Elite der arabischen Sunniten oft die Briten an dieser Angelegenheit erinnert haben. Siehe dazu R. Olson: *The Kurdish Question and Turkish-Iranian Relations from World War I to 1998*, California 1998, S. 7-9.

¹¹ DBFP, Vol. XV, 1967, S. 193 ff.

¹² Ebd., S. 213.

¹³ Ebd., Vol. XVII, 1970, S. 676-763. Schon Mitte der 30er Jahre kritisierte Foster den Westen für dessen Haltung in dieser Frage. Er schrieb, dass noch keine Lösung in den türkisch-kurdischen Fragen erreicht worden ist. : »Western nationalism,« fügte er hinzu, »under its wonted policies, may, with no sense of obligation, leave this awkward situation to the Turks and Anatolian Kurds, but the League, it would seem, cannot thus acquit itself of its task, operating as it does under the ægis of the sacred trust of civilization, without in some measure feeling that its obligations have not been fully met.« Foster, 1935, S. 177.

¹⁴ Kurz vor der Aufnahme dieser ersten Verhandlungen von Lausanne, die den Sèvres-Vertrag zunichte machten, war die Herausgabe eines Kommuniqués, das die offiziellen Vorschläge zur endgültigen Lösung der Kurdenfrage enthielt, notwendiger denn je für die britische Politik. Das Kommuniqué, wie vorher ausgeführt, wurde am 21. Dezember 1922 herausgegeben.

1923) schloss man am 24. Juli 1923 den Vertrag von Lausanne.¹⁵ Art. 3, Abs. 2 dieses Vertrages handelte die Ziehung der türkisch-irakischen Grenze ab. Falls innerhalb einer Frist von neun Monaten Großbritannien und die Türkei die Grenze nicht auf gütliche Weise festsetzen können, so die Vertragsbestimmung, solle die Streitfrage dem Völkerbund unterbreitet werden. Des weiteren verpflichteten sich die beiden Kontrahenten, die gegenwärtigen provisorischen Grenzen zu respektieren.¹⁶ Keine der beiden Konflikt-Parteien hielt sich allerdings in der Praxis an diese Bestimmung. Die bereits erwähnte türkische Intervention im Nordwesten und das britische Bombardement belegen diesen Verstoß.

Die nachfolgenden Gespräche, die zuletzt zwischen dem 19. Mai und 5. Juni 1924 in Konstantinopel stattfanden, scheiterten am Beharren der Parteien auf ihre jeweiligen Standpunkte.¹⁷ Während die Briten permanent an einer bloßen Grenzziehung festhielten, erhoben die Türken immer wieder ihre Ansprüche auf das ganze Wilayat.¹⁸ Der Völkerbund übernahm somit die Verantwortung und beschloss die Entsendung einer neutralen Untersuchungskommission nach Mossul, um dort die Behauptungen und Argumente der Parteien zu untersuchen. Zu einer geeigneten Regelung dieser Frage schlug die Türkei eine Volksabstimmung vor. Großbritannien brachte viele Einwände gegen diesen Vorschlag vor, u.a., dass die Hälfte der Einwohner Mossuls Kurden sind, und »the great majority of whom are members of primitive tribes, incapable of a coherent expression of their views.«¹⁹ Offenbar fürchteten die Briten ein gegen ihre Interessen gerichtetes Ergebnis bei dem Referendum.²⁰

Die Völkerbund-Kommission, die Anfang 1925 ihre Arbeit aufnahm, befand den Vorschlag Großbritanniens für angemessen, Informationen zu sammeln und gleichzeitig »ascertaining the desires of the population«, wie die Türken es forderten.²¹

3 Die Feststellungen und Empfehlungen der Untersuchungskommission des Völkerbundes zur Mossulfrage und die daraus resultierenden Entscheidungen

Die Untersuchungskommission des Völkerbundes, bestehend aus dem vormaligen ungarischen Premierminister Graf Teleki, dem schwedischen Bevollmächtigten Minister M. af Wirsèn und dem belgischen General Paulis, begann ihre Arbeit mit der Untersuchung der geographischen, ethnographischen, historischen, ökonomischen, strategischen und politischen Argumente der streitenden Parteien, der Türkei und Großbritannien, um das Wilayat Mossul.

¹⁵ England, Frankreich, Italien, Japan, Jugoslawien, Rumänien und die Türkei haben diesen Vertrag unterschrieben. Hussein, 1955, S. 38. Foster bezeichnet den Vertrag als »a much greater boon to Iraqi affairs«. Foster, 1935, S. 121.

¹⁶ Siehe Hoeppli, 1931, S. 105, Foster, 1935, S. 152-53 und Hussein, 1955, S. 38.

¹⁷ Die Konfliktparteien von Lausanne, die Türken und die Briten, waren sich offenbar über zwei wesentliche Punkte einig: Mossul wird mehrheitlich von Kurden bewohnt, was sie auch offen zugaben. Der andere Punkt, worüber sie sich still einigten, war: die Gründung eines kurdischen Staates keineswegs zu debattieren. Vgl. Shwadran, 1973, S. 222.

¹⁸ Foster, 1935, S. 148 u. 154.

¹⁹ League of Nations: Question of the Frontier between Turkey and Iraq, Report submitted to the Council by the Commission instituted by the Council Resolution of September 30th, 1924, C. 400. M. 147, Geneva 1925, S. 16.

²⁰ Vgl. Foster, 1935, S. 145.

²¹ League of Nations: Question of the Frontier between Turkey and Iraq, 1925, S. 19.

Eine knappe Vorstellung der wichtigsten Ergebnisse dieser überwiegend von fundierten Sachkenntnissen geprägten Untersuchung, die von einer neutralen Kommission durchgeführt wurde und an Aktualität beinahe nichts verloren hat, liefert uns brisante Informationen über diesen Konflikt:

1. Die klimatischen und topographischen Gegebenheiten und die Geschichte des Namens Irak bestätigen, dass das umstrittene Gebiet, also das Wilayat Mossul, niemals ein Teil des Irak war, und genauso wenig ein Teil von Anatolien. Die Kommissionsmitglieder stellten fest, dass der Irak und das umstrittene Gebiet eindeutig aus drei klar voneinander abzugrenzenden Teilen bestand: dem arabischen Irak, Jaziere und Kurdistan.²²

2. Die Kurden wiesen ethnisch mit ca. 7/8 der Bevölkerung (eingeschlossen die nicht moslemischen kurdischen Jezedi) die Mehrheit auf; den anderen kleineren Teil bildeten Araber, Türken und andere Ethnien. Die Kurden sprachen (und sprechen) eine indo-arische Sprache und unterscheiden sich auch ethnisch von diesen anderen Völkern, deren Teil sie nicht waren (und sind).²³ Daraus folgt

»If the ethnic argument alone had to be taken into account,« so der Bericht wörtlich, »the necessary conclusion would be that an independent Kurdish State should be created [...]«.²⁴

In vielen Gebieten lebten die genannten Ethnien allerdings gemischt, was eine Grenzziehung bei einer eventuellen Teilung erschweren würde (siehe Karte 5).²⁵

3. Das Gebiet stand seit vier Jahrhunderten, wie auch Bagdad, unter der Herrschaft der Türken. Diese Herrschaft war jedoch weder permanent wirksam noch umfasste sie alle Gebiete, besonders soweit es die kurdischen Gebiete betraf.²⁶

4. Die hauptsächlichsten Handelsbeziehungen pflegte das Wilayat mit Bagdad und in unbedeutendem Maße auch mit Anatolien. Daher hielt die Kommission den Anschluss des Wilayats an den Irak für vorteilhaft. Man schloss allerdings einen Teilungsplan nicht aus.²⁷

5. Vom militärischen Standpunkt aus sah die Kommission mehrere Möglichkeiten zu einer Grenzziehung zwischen dem Irak und der Türkei.²⁸

6. Die politischen Gesichtspunkte:

- Auf juristischer Ebene hatten nach Meinung des Kommissionsberichts beide Parteien auf das Wilayat Anspruch, da die Türkei nach Auffassung der Kommission, weiter die Herrschaft über das Gebiet behielt, solange sie nicht darauf verzichtete, und der Irak moralisch das Recht darauf hatte, eine Grenze zu haben, die sein Überleben sicherte.

- Zur innenpolitischen Lage im Irak vertrat die Kommission die Ansicht, dass der erzielte Fortschritt im Irak durch britische Unterstützung zustande gekommen war und kein Zweifel daran bestand, dass das Land weiter instabil war.

»Notwithstanding the good intentions of the statesmen of Iraq,« fügte der Kommissionsbericht hinzu, »whose political experience is necessarily small, it is to be feared that serious difficulties may arise out of the differences which in some cases exist in

²² Ebd., S. 25-29, 56 und 86.

²³ Ebd., S. 57, 86.

²⁴ Ebd., S. 57.

²⁵ Ebd., S. 58-59.

²⁶ Ebd., S. 59-60.

²⁷ Ebd., S. 72-73 und 82.

²⁸ Ebd., S. 73, 87.

regard to political ideas between the Shiites of the South and the Sunnits of the North, the racial differences between Arabs and Kurds, and the necessity of keeping the turbulent tribes under control. These difficulties might be fatal to the very existence of the States if it were left without support and guidance. For the sake of the development and prosperity of the country, the Commission feels that it should remain under League of Nations mandate for about twenty-five years.«²⁹

- Über die Wünsche der Einheimischen bemerkte der Bericht des Völkerbund-ausschusses, dass sie den Irak gegenüber der Türkei bevorzugten.

»It must, however, be realised«, wurde betont, »that the attitude of most of the people was influenced by the desire for effective support under the mandate, and by economic considerations, rather than by any feeling of solidarity with the Arab kingdom; if these two factors had carried no weight with the persons consulted, it is probable that the majority of them would have preferred to return to Turkey rather than to be attached to Iraq.«³⁰

Die Kommission behauptete aber auch, dass das Wilayat, wenn es notwendig sei, geteilt werden könne, ohne dass eine solche Teilung allgemein zu neuen politischen Konflikten führen könnte.³¹

In ihrem endgültigen Bericht empfahl die Untersuchungskommission den Anschluss des Wilayats an den Irak unter zwei Bedingungen: das Territorium sollte noch 25 Jahre unter dem effektiven Mandat des Völkerbundes bleiben und

»Regard must be paid to the desires expressed by the Kurds that officials of Kurdish race should be appointed for the administration of their country, the dispensation of justice, and teaching in the schools, and that Kurdish should be the official language of all these services.«³²

Die Kommission war davon überzeugt, dass die Mehrheit der Kurden eine türkische Herrschaft einer irakischen vorziehen würde, falls ihnen nicht vor Ablauf des anglo-irakischen Vertrages bestimmte Garantien über eine »local administration« gegeben würde. Sollte das Mandat nicht aufrechterhalten bleiben, würden gefährliche politische Komplikationen auftreten. In diesem Fall fand die Kommission es vorteilhafter, das Wilayat der Türkei zu geben, da deren Lage stabiler als die des Irak sei.³³

Der Rat des Völkerbundes sprach am 16. Dezember 1925 Mossul dem Königreich Irak zu, unter den Bedingungen, die Mandatsfrist zu verlängern und u.a. die Wünsche der Kurden zu berücksichtigen.³⁴ Die türkische Führung beriet wenig später die Lage bzw. die Option einer gewaltsamen Austragung des Konfliktes.

²⁹ Ebd., S. 88.

³⁰ Ebd.

³¹ Ebd., S. 85, 88.

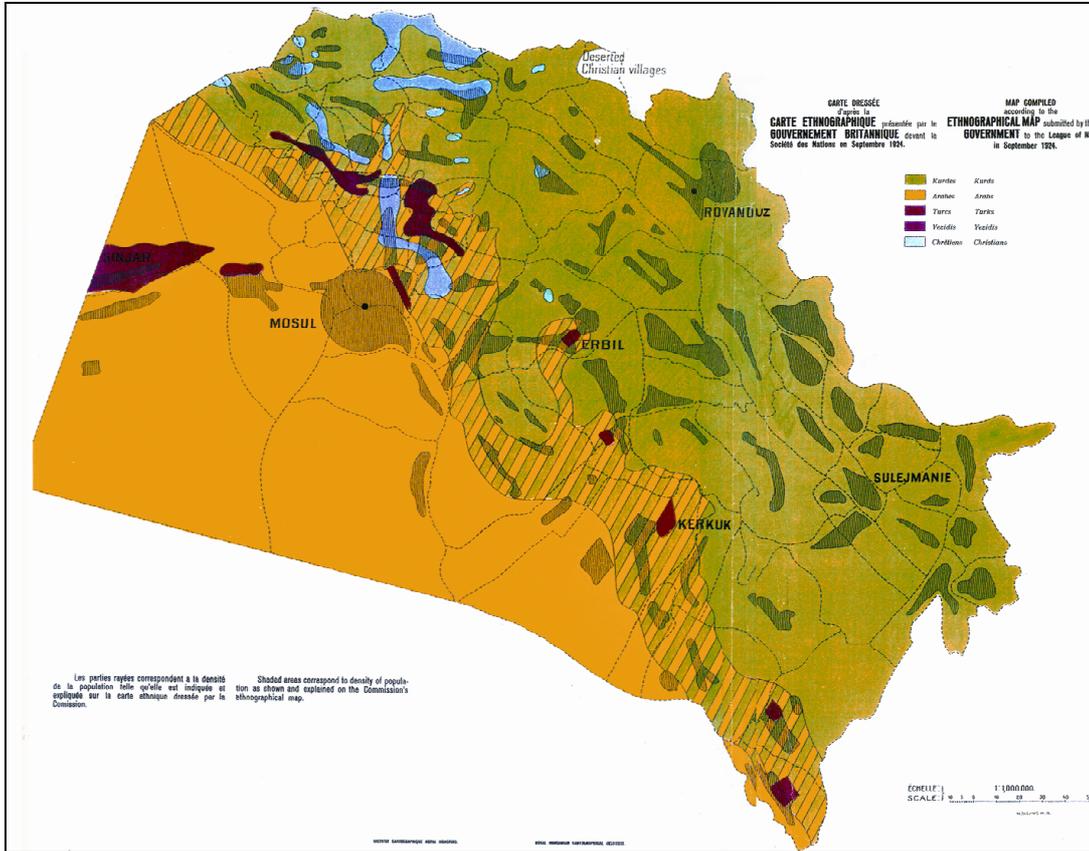
³² Ebd., S. 88-89.

³³ Ebd., S. 88-89.

³⁴ Siehe den Text in Société des Nations: Journal Officiel, VII^e Année. N° 2. Février 1926, S. 187-93.

Karte 5 Die ethnische Karte vom Wilayat Mossul

Quelle: League of Nations: Question of the Frontier between Turkey and Iraq, Report submitted to the Council by the Commission instituted by the Council Resolution of September 30th, 1924, C. 400. M. 147, Geneva 1925, Karte 4.



Doch die nicht zu erfüllenden Erwartungen einer russischen Unterstützung hielt die Türken von der Aufnahme eines Krieges um Mossul ab.³⁵

Nun hatte Großbritannien es leicht, den Völkerbund von der Erfüllung dieser Bedingungen zu überzeugen. Am 2. März 1926 schickte es dem Generalsekretär des Völkerbundes den anglo-irakischen Vertrag von 1926, der die Mandatsfrist verlängerte, zu, zusammen mit einem Memorandum über die Verwaltung der kurdischen Gebiete im Irak, das im Detail die Einstellung kurdischer Beamter und Angestellter in kurdischen sowie in nicht-kurdischen Gebieten behandelte. Das Memorandum sicherte zu, dass der Irak entsprechende Maßnahmen in diesen Angelegenheiten unternehmen würde.³⁶

Endgültig fällte die damalige Weltorganisation die Entscheidung über das Wilayat Mossul am 11. März 1926 zugunsten des Irak.³⁷

Die Türken gingen aber nicht leer aus. Zehn Prozent des irakischen Erdöleinkommens wurden ihnen zugesprochen. Die Briten bewahrten nicht nur das Wilayat Mossul, vor dem Zugriff der Türken, sondern sie gewannen durch diese Entwicklung die Iraker für ihre strategischen Interessen. Nach der Bekanntgabe der Entscheidung sagte König Faisal im Hinblick auf den bevorstehenden umstrittenen Vertrag zwischen Großbritannien und seinem Königreich:

»I see no reason why Iraq should not have an amicable alliance with England, not only for twenty-five years, but for any length of time which may be necessary, provided always that the dignity of the nation is preserved, and that there are no stipulations which would retard the progress of Iraqi people.«³⁸

Am 5. Juni 1926 unterschrieben die Türkei, Großbritannien und der Irak einen Grenz- und Freundschaftsvertrag.³⁹

4 Die endgültige Annexion Süd-Kurdistan durch den Irak

Nachdem die Elite der arabischen Iraker Anspruch auf Süd-Kurdistan erhoben hatte, wurde der Prozess der vollständigen Annexion Süd-Kurdistan an den Irak neu aufgerollt. Der irakische Premier Yassin al-Hashimi stattete am 1. Mai 1925 den kurdischen Gebieten einen Besuch ab, um die Bedürfnisse der Bevölkerung und die dortigen Entwicklungen vor Ort zu beobachten. Er erteilte bei diesem Besuch den Befehl, zwei weitere Städte, Tschwarta und Halabja zu besetzen. In Kirkuk unternahm er einige politische und militärische Maßnahmen zur Eindämmung der Aktivitäten von Shaikh Mahmud.⁴⁰ Schon am 9. Mai 1924 hatte sich das irakische Kabinett getroffen, um u.a. Kirkuk, ähnlich wie die anderen irakischen Distrikte, zu verwalten.⁴¹ Damit waren die notwendigen Schritte zur endgültigen Annexion längst vor der Völkerbundsentscheidung unternommen worden.

Der Irak hatte ebenfalls ein Konzept zur 'Lösung' der Kurdenfrage, das spätestens kurz vor der Völkerbundsentscheidung entworfen bzw. öffentlich formuliert wurde. Der

³⁵ Foster, 1935, S. 175.

³⁶ Vollständige Texte dieser Schriftstücke finden sich bei ebd., VII^e Année. N° 4. Avril, 1926, S. 548-53.

³⁷ Ebd., S. 502-03. Einzelheiten dieser Debatten bei Foster, 1935, S. 167ff. Die wichtigsten Passagen dieses Vertrages schildert Shwadran, 1973, S. 227-28.

³⁸ Foster 1935, S. 176.

³⁹ Al-Hasani, Bd. 2, 1988, S. 62-74; Hoepli, 1931, S. 111.

⁴⁰ Al-Hasani, Bd. 1, 1988, S. 252.

⁴¹ Ebd., S. 210. Bereits Edmonds war beauftragt worden, entsprechende Maßnahmen für diese Zwecke zu unternehmen. Edmonds, 1957, S. 303.

Ministerpräsident Abdul-Muhsin al-Saadoun sprach in der Zeit seines zweiten Kabinetts die Kurdenfrage im Parlament am 21. Januar 1926 an:

»This country cannot live unless all elements of the 'Iraq State enjoy their rights. We shall give the Kurds their rights. Their officials shall be from among them, their official language shall be their own tongue, and with their mother tongue their children shall be taught in the schools. All elements of the State shall be treated with justice and granted their rights, whether they be Moslem or non-Moslem.«⁴²

Der Lösungsentwurf der Iraker enthielt also keine politische Autonomie, lediglich eine Art Sprachautonomie, welche freilich die Ansprüche zentraler Instanzen in Bagdad auf Kurdistan keineswegs reduzierte. Damit war die letzte Stufe der Einschränkungen der Interessen der Kurden in der Mandatszeit dokumentiert.

Am 26. Juli 1926 wurde der erste irakische Senat⁴³ mit seinen 20 Mitgliedern eröffnet. König Faisal, der bei seiner Krönungsrede das Wort *Kurden* nicht einmal in den Mund genommen hatte,⁴⁴ verlor dieses Mal bei seiner Ansprache kein Wort über die Araber. Vielmehr sprach er von *unserer Nation* (sechs mal) und von *nördlichen Gebieten, Grenzen und Distrikten*. Er betonte auf »die Verteidigung der Einheit des Irak und die Verfolgung jeder Festhaltung oder Idee, die eine Spaltung unter den irakischen Mitgliedern verursacht«.⁴⁵ Bei einer anderen Gelegenheit lenkte ihn der Vertreter des britischen Hochkommissars während einer festlichen Veranstaltung anlässlich des Vertrages vom 25. Januar 1926 zwischen dem Irak und Großbritannien darauf, öffentlich über die Kurden zu reden. Der britische Vertreter ging auf die Kurden ein und meinte, sie seien keine Araber und man müsse ihnen alle Möglichkeit geben, Kurden zu sein. König Faisal erwiderte zustimmend:

»[...] Ich glaube, dass die größte Aufgabe eines Arabers ist, seinen irakischen kurdischen Bruder zu unterstützen, dass er sich an seiner Nationalität festhält und sich der irakischen Flagge, die das Symbol für alle und die Quelle ihres materiellen und geistigen Glücks ist, anschließt, so werden sie aktive Mitglieder zum Wohle der gemeinsamen Heimat.«⁴⁶

Damit war den Kurden als Individuen die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Emanzipation eröffnet. In einem betont arabischen Staat hätten sie nicht als volle Bürger gelten können.

Fazit

Mit der Entscheidung des Völkerbundes, Mossul dem Irak zuzuschlagen, wurde ein internationaler Konflikt zwischen der Türkei und Großbritannien beigelegt und gleichzeitig ein Neuer geschaffen: der irakische Kurden-Konflikt. Die durch den Völkerbund beauftragte Kommission hatte die Frage zu lösen, ob das Wilayat Mossul der Türkei oder dem Irak zugesprochen werden sollte und wie die Grenzen zwischen den beiden Staaten gezogen werden sollten. Vor diesem Hintergrund wurden die Belange der Kurden kaum noch in Betracht gezogen. Die Untersuchungskommission erachtete es nicht einmal für nötig, Kontakt mit Shaikh Mahmud, einem der wichtigsten Kurdenchefs,

⁴² Report by His Britannic Majesty's Government to the Council of the League of Nations on the Administration of 'Iraq for the Year 1926, Issued by the Colonial Office, London 1927. (Künftig zitiert als: Report on the Administration of Iraq for 1926) S. 14.

⁴³ Zur Regierungsform in der irakischen Monarchie siehe M. Khadduri: Independent Iraq 1932-1958, A Study in Iraqi Politics, 2nd rev. ed., London 1960.

⁴⁴ Siehe seine Rede bei al-Hasani, Bd. 1, 1988, S. 66-68.

⁴⁵ Der vollständige Text ist zu finden in: ebd., Bd. 2, S. 8-11.

⁴⁶ Ebd., S. 54-55.

aufzunehmen, weil er - so sah man ihn - ein "Gesetzesbrecher" war.⁴⁷ Selbst die sogenannte *local administration* für die Kurden wurde nicht präzise definiert, so dass sie eine konkrete Anwendung finden könnte. Wie sie politisch gestaltet sein sollte, blieb im Dunkeln. Beliebig und nur nach ihrem Ermessen interpretierte die irakische Führung diesen Grundsatz: z.B. die Integration der kurdischstämmigen Intellektuellen in staatliche Institutionen etc.

Die Konfliktparteien, also die Türken und Briten, waren sich zumindest in der Kurdenfrage, je nach ihren eigenen Erwartungen und Zielsetzungen, darin einig, dass sie nicht nach den kurdischen Vorstellungen geregelt werden sollte. Sie glichen ihre gegensätzlichen Interessen aus; Großbritannien erlangte seine Ziele bezüglich der Kontrolle über das ganze strategisch wichtige, erdölreiche Wilayat Mossul und sicherte sich somit auch die irakische Loyalität. Die Türken bekamen einen Teil der Einkünfte aus dem Erdöl von Mossul und mussten nicht mehr die Schaffung eines kurdischen Staates in Süd-Kurdistan fürchten.

Die arabischen Iraker kamen dank der beharrlichen Politik Großbritanniens zwar in den Besitz von einem Land, dessen Ressourcen ihnen großen Reichtum bescherte, aber dessen Bevölkerung große Konflikte schuf. Sie nahmen offensichtlich diesen Konflikt in Kauf in dem Bewusstsein, dass sie als Staat fähig sein würden, mit britischer Unterstützung, der Lage Herr zu werden.

Zweifelsfrei waren die eigentlichen Verlierer des Lausanner Vertrages und der Entscheidung des Völkerbundes die Kurden und nicht der Irak, wie manchmal behauptet wird.⁴⁸ Noch einmal erfuhren sie eine weitere Limitation ihrer Interessen, so dass man ganz aufhörte, von einer politischen Autonomie zu reden. Dennoch, rufen wir die 80jährige türkische Kurden-Politik in Erinnerung, so müssen die Gesamtergebnisse dieser Entwicklung für die irakischen Kurden als positiv gewertet werden. Ein Anschluss an die Türkei hätte höchstwahrscheinlich noch schwerwiegendere Folgen gehabt als die spätere Situation.

⁴⁷ Edmonds, 1957, S. 422. Shaikh Mahmud hatte am 1. März 1925 den führenden Mitgliedern der Untersuchungskommission Briefe geschrieben mit dem Inhalt: Die Kurden kämpfen für ihre Freiheit und stehen auf der Seite derer, die diese Zielsetzung zu verwirklichen suchen. Khawaja, Bd. 2, 1969, S. 123.

⁴⁸ Siehe z.B. Hussein, 1955, S. 301.

Der Kurden-Konflikt nach der Einverleibung Süd-Kurdistans in den Irak und während des Zweiten Weltkrieges

1 Die politische Lage nach der Entscheidung des Völkerbundes

Die Mossulfrage und die damit verbundene Süd-Kurdistan-Frage galt nach dem Völkerbundsentscheid auf internationaler Ebene als ein bereits abgeschlossenes Kapitel. Seitdem trat im Irak eine neue Situation ein. Richten wir unser Augenmerk aber noch einmal auf die lokale Ebene des Konfliktes, ins Kurdenland. Im Kapitel Drei wurde darauf verwiesen, dass es den Engländern gelang, am 19. Juli 1924 in Sulaimani einzurücken. Die Kurdenarmee war zwar noch nicht geschlagen, konnte jedoch gegen die absolute Lufthoheit der Briten nur bedingt in die anglo-irakischen Einflusszone in Aktion treten.¹ Anders formuliert: Shaikh Mahmuds Aktivitäten, die sich auch in den Jahren 1925/26 in Süd-Kurdistan und den grenznahen Gebieten zum Iran fortsetzten,² waren angesichts des fehlenden Gleichgewichts der militärischen Kräfte und des Ausbleibens jeglicher Hilfe von Außen verzweifelte und schwache Versuche zur Sicherung kurdischer Interessen. Diesem aufständischen Kurden blieben die Engländer mit ihren irakischen Verbündeten dicht auf den Fersen und berieten oft unter Einbeziehung der iranischen Regierung über ihn, ohne jemals seinen Aktionen ein Ende bereiten zu können.³ Doch mit der Zeit geriet Shaikh Mahmud immer mehr in Bedrängnis. Die Eroberung der Stadt Sulaimani durch die Briten wirkte in der kurdischen Führung lange nach, zumal sie bis 1927 den Verlust aller anderen Kleinstädte nach sich zog.

Über Mittelsmänner strebten die Briten erstmals vergeblich danach, gegen die Gewährung bestimmter Privilegien, Shaikh Mahmud zur Aufgabe seiner politischen Ziele zu bringen.⁴ Den britischen Angaben zufolge schrieb er im Winter 1926 einen Brief an sie, in dem er seinen guten Willen unterstrich und darin um die Aufnahme von Verhandlungen über 'seine Zukunft' bat. Die Briten kamen dieser Initiative entgegen. So trafen sich am 9. Oktober 1926 die Kontrahenten in Khormal, einem kleinen Ort im Nordosten von Sulaimani. Trotz zäher Verhandlungen konnten sich die Verhandlungsparteien, Shaikh Mahmud selbst und Cornwallis, der britische Gesandte, nicht einigen.⁵ Erst Anfang 1927 gelang eine Annäherung der Positionen. Die irakische Regierung unterschrieb den Entwurf eines ausgehandelten Abkommens über die Zukunft von Shaikh Mahmud. Demnach durfte er sich weder politisch betätigen noch im Irak aufhalten. Dafür konnte er seinen Sohn zum Studieren nach Bagdad schicken und all sein beschlagnahmtes Eigentum und Vermögen zurückerhalten.⁶ Shaikh Mahmud stellte nun

¹ Gemäß der in dieser Arbeit vorgenommenen Recherchen dokumentiert Khawaja als einziger Zeitgenosse relativ ausführlich Einzelheiten über die damaligen Militäroperationen, dramatisch und unterhaltsam zugleich. Khawaja, Bd. 2, 1969, S. 64 ff.

² Siehe Report by His Britannic Majesty's Government to the Council of the League of Nations on the Administration of 'Iraq for the Year 1925, Issued by the Colonial Office, London 1926, S. 20-21 und 28 ff., sowie Report on the Administration of Iraq for 1926, S. 15.

³ Kutschera, 1979, S. 106-07.

⁴ Siehe A. Sajadi: Die Geschichte der Erhebungen der Kurden (Kurdisch), 2. Aufl. 1996 (1959), Saqiz, S. 71-72.

⁵ Report on the Administration of Iraq for 1926, S. 15. Bei Sajadi wird die Initiative umgekehrt präsentiert. Sajadi, 1996, S. 72.

⁶ Al-Hasani, Bd. 2, 1988, S. 120-21. Vgl. auch Khawaja, Bd. 2, 1969, S. 155.

die Bedingung, dass Großbritannien seine Versprechungen gegenüber dem Völkerbund im Hinblick auf die kurdischen Forderungen und ihre legitimen politischen Rechte einlösen sollte. Er selbst verlangte mindestens den Distrikt von Penjwen als Residenz für solche Leute zur Verfügung zu stellen, die sich, wie er, für die kurdische Sache engagierten. Großbritannien verneinte die Existenz solcher Rechte und erwiderte: Der Völkerbund habe ein unabhängiges Kurdistan nicht befürwortet. Er habe lediglich festgelegt, es sei zu berücksichtigen, dass die Beamten in Kurdistan Kurden sein sollten und kurdisch die Amtssprache werde. Beides sei bereits geschehen.⁷ Die Verhandlungen ergaben nicht die von Shaikh Mahmud angestrebten Resultate. Am 23. April 1927 kam es zu Gefechten in Penjwen zwischen den irakischen und britischen Streitkräften, unterstützt von der RAF und Shaikh Mahmuds Anhängern, in denen der Kurdenführer seine 'entscheidende Niederlage' durch den Verlust dieser Kleinstadt an der irakisch-iranischen Grenze erlitt. Spätestens seit diesem Zeitpunkt befand sich Shaikh Mahmuds Stern im Sinken. Letztendlich unterschrieb er das oben erwähnte persönliche Abkommen. Am 28. Juni 1927 traf er in Penjwen den irakischen Ministerpräsidenten Jaafar al-Askari, der ihn nach Bagdad einlud.⁸ Am 5. Juli 1927 traf der Eingeladene in Bagdad ein und bat den britischen Hochkommissar um Erlaubnis, sich entweder in Mossul oder in Bagdad aufhalten zu dürfen und nicht im Iran.⁹ Auf Wunsch des Hochkommissars stattete Shaikh Mahmud König Faisal I. ebenfalls einen Besuch ab.¹⁰

2 Die Haltung der Konfliktparteien beim irakischen Unabhängigkeitsprozess

Die Völkerbundsentscheidung und die Niederlage des kurdischen Widerstands, verkörpert in der Bewegung Shaikh Mahmuds, zwang die Kurden, neue und andere Formen des Kampfes aufzunehmen.¹¹ Die kurdische Intelligenzija, die z.T. in den irakischen zivilen und militärischen Institutionen tätig war und einige kulturelle Organisationen gebildet hatte,¹² wartete zuversichtlich darauf, dass zumindest die versprochenen Rechte der Kurden hinsichtlich der Sprache eingelöst wurden.¹³ Doch die Gefahr der politischen Eskalation war keineswegs gebannt, besonders als sich die britische Mandatsfrist für den Irak ihrem Ende näherte. Gerade aus diesem Grund weiteten sich die Unruhen der Kurden außerordentlich aus.

»In February, 1930, a Kurdish Deputy«, so Großbritannien in Jahresbericht von 1930 über den Irak an den Völkerbund, »asked the Prime Minister whether the rights of the Kurdish areas referred to in the report of the Boundary Commission of the League of Nations would be safeguarded in the new treaty which was about to be concluded with the British Government. This was the question uppermost in most Kurdish minds. They wanted guarantees for the future.«

Darüber hinaus erklärt der Bericht den Grund für die Besorgnis der Kurden:

⁷ Al-Hasani, Bd. 2, 1988, S. 120-21.

⁸ Sajadi, 1996, S. 75.

⁹ Report by His Britannic Majesty's Government to the Council of the League of Nations on the Administration of 'Iraq for the Year 1927, Issued by the Colonial Office, London 1928, S. 23. Schon am 28. Juni 1927 hatte der irakische Premier bei seinem Besuch in Sulaimani ihn zu diesem Besuch nach Bagdad überzeugt. Al-Hasani, Bd. 2, 1988, S. 122.

¹⁰ Laut Khawaja, der Shaikh Mahmud bei diesem Besuch begleitete, soll der Shaikh erneut mit seiner Kritik gegen die britische Politik nicht gespart haben. Khawaja, Bd. 1, 1969, S. 159.

¹¹ Vgl. Ibrahim, 1983, S. 316.

¹² Siehe Khawaja, Bd. 3, 1970, S. 38 ff.

¹³ Ibrahim, 1983, S. 318.

»The essential character of the new treaty, an alliance between independent States, made it impossible to include in it any such safeguards as might perhaps have allayed Kurdish apprehensions.«¹⁴

Man hatte mit Recht die skeptische Frage gestellt, ob allein irakische Versprechungen vor dem Völkerbund die Verwirklichung kurdischer Interessen umsetzen würden. Der britische Hochkommissar beriet diese Problematik mit König Faisal I. und anderen Beratern gründlich. Diese unausweichliche Situation sollte vor der Verkündung des neuen Vertrages durch die Verabschiedung eines Gesetzes über die Anerkennung des Kurdischen als offizielle Sprache in den kurdischen Gebieten entkrampft werden.¹⁵ Mitte April 1930 wurde ein solcher Gesetzentwurf veröffentlicht, der von den Kurden gutgeheißen, und von einigen arabischsprachigen Zeitungen in Bagdad jedoch heftig kritisiert wurde.¹⁶ Das Paket enthielt auch die Eröffnung eines Übersetzungsbüros im Innenministerium in Bagdad zwecks Übersetzung der Gesetze, offizieller Vorschriften etc. und ein partielles Entgegenkommen bezüglich der Märzpetition der kurdischen Abgeordneten, nämlich die Schaffung eines allgemeinen Inspektorats für die Bildung in kurdischen Distrikten und die Bildung einer *Kurdish Assistant-Director-General of Administration* im Innenministerium.¹⁷

Doch die Lage eskalierte mit dem unterschriebenen anglo-irakischen Vertrag vom 30. Juni 1930, der das britische Mandat formell beendete und den Irak somit nominell unabhängig machte. Diese für die Kurden besorgniserregende Tatsache löste eine neue Flut von Petitionen und Protokollen seitens der kurdischen Bevölkerung aus, um bei der Regierung in Bagdad zu protestieren. Sie schickten auch mehrere Telegramme an den Völkerbund, um ihre Rechte sicherzustellen.¹⁸

Diese Proteste versetzten die irakischen Politiker in Unruhe, da sie glaubten, dass die Briten ihre Finger im Spiel hätten. Um ihre gemeinsame Politik zu demonstrieren,

¹⁴ Report by His Majesty's Government in the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the Council of the League of Nations on the Administration of 'Iraq for the Year 1930, Issued by the Colonial Office, London 1931 (Künftig zitiert als: Report on the Administration of Iraq for 1930), S. 25. Die wichtigsten Forderungen der Märzpetition einiger kurdischer Abgeordneter an den irakischen Premier waren: die Gründung eines Distrikts aus allen kurdischen Gebieten um Mossul; die Schaffung eines allgemeinen Inspektorats für Bildung in Kurdistan und das Unterstellen aller kurdischen Distrikte unter einen allgemeinen Inspektor. Al-Hasani, Bd. 3, 1988, S. 65-66.

¹⁵ Report on the Administration of Iraq for 1930, S. 25.

¹⁶ Siehe al-Hasani, Bd. 3, 1988, S. 14-15, Sajadi, 1996, S. 78 und A. A. al-Nasiri: Nuri al-Said und seine Rolle in der irakischen Politik (Arabisch), Einsichtnahme von K. M. Ahmed, Bagdad 1988, S. 235. Vgl. auch Foster, 1935, S. 280.

¹⁷ Siehe Report on the Administration of Iraq for 1930, S. 25 und al-Hasani, Bd. 3, 1988, S. 65-66.

¹⁸ Report on the Administration of Iraq for 1930, S. 25-26. »Hinsichtlich des neuen [anglo-irakischen] Vertrages verlangten wir eine Dezentralisierung 'Mukhtarrayat al-Idara' von den Arabern.«, so in ihrer Petition vom 26. Juli 1930, »aber bedauerlicherweise erfuhren wir, dass die Beamten der Behörden der kurdischen Gebiete, die mehrheitlich Araber sind, angefangen haben, Druck und Terror auf die Kurden auszuüben, um sie zur Aufgabe ihrer legitimen Rechte zu zwingen. [...] Angesichts dieser erwähnten Tatsachen ist die endgültige und definitive Entscheidung der Kurden, die Gründung eines unter Aufsicht des Völkerbundes stehenden kurdischen Staates, zu fordern.« Gegen diese Forderung war der Irak bereit, einen harten Kurs gegen die Kurden einzuschlagen. Die Briten erhoben aber Einspruch. Auf jeden Fall wurde diese Forderung zurückgewiesen, da bei dem Völkerbund solche Projekte nicht auf der Tagesordnung standen. Die Organisation richtete lediglich eine Anfrage an Großbritannien, ob der Irak alle seine Verpflichtungen den Kurden gegenüber eingehalten habe. Erwartungsgemäß wurde diese Anfrage von Großbritannien bejaht. Siehe al-Hasani, Bd. 3, 1988, S. 59 ff.; Hamdi, 1992, S. 230; Talabani 1971, S. 231. ff.

besuchte der irakische Vize-Ministerpräsident Jaafer al-Askari mit zwei Ministern und einem hochrangigen englischen Beamten die kurdischen Provinzen zwischen dem 8. und 10. August 1930. Sie versicherten den Kurden, dass sie alle ihre Verpflichtungen erfüllen würden, auch in der Zeit nach 1932, wenn der Irak unabhängig sein würde.¹⁹ Darunter gaben sie die Anerkennung des Kurdischen und die Einstellung von mit der kurdischen Sprache vertrauten Beamten zu verstehen. Der Vertreter der Administration erklärte mahnend:

»Die Regierung seiner Majestät König Faisal I. (...) hält sich energisch an der Notwendigkeit der Liquidierung von jeglichen Tendenzen, die auf die Verletzung der Einheit des irakischen Heimatlandes abzielen, oder die ungetrübte gute Nachbarschaft mit den beiden befreundeten Staaten der Türkei und des Iran trüben.«²⁰

Während die kurdischen Repräsentanten der besuchten Städte ihre Gäste an ihre Erklärung vom 1922 im Hinblick auf die kurdischen Interessen erinnerten, betonten sie wiederholt, dass der Völkerbundentscheid eine Bestimmung enthält, nach dem die Kurden eine Autonomie nach ihren Wünschen erhalten würden, wenn eine Änderung in der irakischen Regierung auftreten würde.²¹ Die angereisten Gäste stellten solche Schilderungen in Abrede.²² Dass die Kurden die Entscheidungen des Völkerbundes so missverstanden hatten, ist angesichts des Dunkels, in das die Briten die Verfügungen der damaligen Weltorganisation zu hüllen wussten, nicht überraschend. Bemerkenswert jedoch ist, dass nach dem Ende der Tour der Repräsentanten aus Bagdad die kurdischen Aktivisten versuchten, die innerkurdische Kommunikation zu verstärken, um gemeinsame Ziele zu formulieren und somit den Druck auf Bagdad zu erhöhen. Erfolge blieben ihnen jedoch versagt. Einflussreiche Kurden aus den zumeist nördlichen Gebieten ließen sich kaum für die kurdische Sache begeistern.²³

Gegenüber derartigen irakischen Versprechungen stieg der Zweifel der Kurden. Ein Boykottversuch der bevorstehenden Parlamentswahlen gab ihnen Anlass, ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen. Aus diesem Versuch entwickelte sich am 6. September 1930 ein Volksaufstand in Sulaimani, der blutig durch irakische Truppen und Polizei niedergeschlagen wurde.²⁴ Unmittelbar danach folgte eine Verhaftungswelle in der Region.²⁵ Infolge dieser Politik versuchte Shaikh Mahmud, ²⁶ wieder auf die politische Bühne zurückzukehren, nachdem er von einigen kurdischen Persönlichkeiten darum gebeten worden war. Seinerseits forderte er die Mandatsmacht auf, eine kurdische Regierung von Sakho bis Khanaqin²⁷ unter der Mandats Herrschaft des Völkerbundes zu installieren.²⁸ Als Konsequenz flackerten die Kämpfe in den östlichen Teilen des

¹⁹ Al-Nasiri, 1988, S. 238. Britisch Report on the Administration of Iraq for 1930, S. 26.

²⁰ Siehe ihre Reden bei al-Hasani, Bd. 3, 1988, S. 61-63.

²¹ Diese Informationen hat Khawaja einem Zeitungsartikel entnommen, der am 14. August 1930 in kurdischer Sprache erschienen ist. Khawaja, Bd. 3, 1970, S. 57-81.

²² Vgl. ebd. und al-Hasani, Bd. 3, 1988, S. 61 ff.

²³ Sajadi, 1996, S. 81-83.

²⁴ Report on the Administration of Iraq for 1930, S. 26-27. Siehe auch Sajadi, 1996, S. 83-84.

²⁵ Sajadi, 1996, S. 84-85.

²⁶ Khawaja, Bd. 3, 1970, S. 84 u. 92.

²⁷ Das sind die natürlichen Grenzen von Süd-Kurdistan aus kurdischer Sicht.

²⁸ Ebd. Am 10. Oktober 1930 hatte Shaikh Mahmud dem britischen Hochkommissar dieses Memorandum, das die Unterschriften von ca. 30 Persönlichkeiten trug, zugesendet. In dem hieß es: »Nach dem die Rechte der Kurden in solcher traurigen Beschaffenheit unterdrückt wurden [gemeint sind die Ereignisse in Sulaimani von September], ist es klar geworden, dass die Kurden nicht mehr mit den Arabern vereint bleiben können. Daher haben die Kurden entschieden, sich von

Distrikts Sulaimani, in Penjwen, wieder auf. Anders als bei seinen anderen Erhebungen konnte Shaikh Mahmud dieses Mal nur mit einer ca. 200 Mann starken Armee kämpfen.²⁹ Einige kurdischstämmige Offiziere der irakischen Armee schlossen sich frühzeitig der Bewegung an. Den aufständischen Kurden gelang es, so aus Erzählungen von Sajadi einen der Offiziere Jamal Arefs zitierend, die drei vorgerückten Truppeneinheiten der irakischen Streitkräfte am 3. November 1930 aufzureiben. Daraufhin trat der Kommandant der geschlagenen Truppen, Bakr Sidqi, eine Woche später mit der Führung der Bewegung in Verhandlung. Ein zehntägiger Waffenstillstand wurde vereinbart. Die von den Kurden gestellten Forderungen sollten gemäß dieser Vereinbarung beim Ministerrat in Bagdad eingereicht werden. Man suchte mit den Forderungen hauptsächlich die Spuren der September-Ereignisse zu beseitigen und den Rückzug der irakischen Truppen aus Sulaimani herbeizuführen, bis der Völkerbund die Entscheidung fällt, eine Delegation nach Kurdistan zu entsenden.³⁰ Die Frist des Waffenstillstands lief ab, ohne dass ein Entgegenkommen sichtbar wurde. Von daher plante Shaikh Mahmud die Region Kirkuk unter seine Kontrolle zu bringen, mit dem Ziel, die in der Gegend von Sulaimani stationierten Truppen von der Armeeführung abzuschneiden. Seine Rechnung ging aber nicht auf.³¹ Nach heftigen Gefechten in Aui-Barika am 5. April 1931 zogen sich die aufständischen Kurden am 20. des gleichen Monats über die iranische Grenze zurück, wo sie auch vom Iran unter Druck gesetzt wurden. Letztendlich ergab sich Shaikh Mahmud bei den Behörden und wurde in den Süd-Irak verbannt,³² was zwar den Untergang seiner Ära bedeutete, gleichwohl aber keinen Frieden brachte. Gleichzeitig stieg der Stern einer neuen Führung auf, aus einem anderen Gebiet, der des Barzani-Stammes.³³

Die folgende Passage aus der am 11. Juni 1931 in der Gemeinde der Stadt Sulaimani gehaltenen Rede des irakischen Königs Faisal I., formuliert das erreichte Ziel und die zukünftige irakische Kurdenpolitik: »Zweifellos weiß jeder von Euch, dass der Staat Irak keine Teilung und Trennung akzeptiert. Er ist in seinem Ganzen ein untrennbarer Teil geworden.«³⁴

Seitdem begann eine Entwicklung, in deren Verlauf Kurdistan fest an den Irak gebunden wurde. Die Kurden-Frage blieb weiter ungelöst, auch nachdem der Irak am 3.

den Arabern ganz und gar zu trennen.« Al-Hasani, Bd. 3, 1988, S. 67 und 129. Die Erwiderung der Briten und Iraker auf diese Forderung war ausweichend und ablehnend. Sie war ausschließlich darauf beschränkt, Shaikh Mahmud auf einen Vertragsbruch (von 1927) aufmerksam zu machen. Ebd., S. 129-31. Kutschera, 1979, S. 111.

²⁹ Vgl. Report on the Administration of Iraq for 1930, S. 28. Die Zahlen sind nirgendwo nur annähernd nachprüfbar.

³⁰ Bevor die Delegationen beider Seiten sich trennen, fragt ein Mitglied der irakischen Seite, den kurdisch-stämmigen Offizier Bahaddin Nuri: »Wenn ihr zu einem kurdischen Staat werdet, wo wird Euer Zugang zum Meer sein?«. »Wenn wir diese Stufe erreichen,« erwidert ihm Aref, »dann fragen wir die österreichische Regierung, wo deren Zugang zum Meer ist, und dass sie uns diesen zeigen.« Er fügt hinzu: »Hast von unseren Forderungen irgendwelche separatistische Tendenzen gerochen, dass Du so etwas fragst?« Sajadi, 1996, S. 89. Die Argumentation des Meerszuganges wurde und wird nicht selten als Vorwand für das Scheitern eines kurdischen Staates vorgebracht.

³¹ Ebd. S. 91.

³² Report by His Majesty's Government in the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the Council of the League of Nations on the Administration of 'Iraq for the Year 1931, Issued by the Colonial Office, London 1932. (Künftig zitiert als: Report on the Administration of Iraq for 1931) S. 26. Siehe auch Sajadi, 1996, S. 91-92.

³³ M. Farouk-Sluglett/P. Sluglett: Der Irak seit 1958, Von der Revolution zur Diktatur, Aus dem Englischen von G. Brock (Künftig zitiert als: Sluglett/Sluglett, 1991) Baden-Baden 1991, S. 36.

³⁴ Al-Hasani, Bd. 3, 1988, S. 138.

Oktober 1933 Mitglied des Völkerbundes wurde.³⁵ Der Völkerbund hatte dem Land vor seiner Aufnahme als souveränes Mitglied Auflagen gemacht, die u.a. die Berücksichtigung der *local administration* für die Kurden vorsahen. Darum verkündete das Königreich Irak am 28. Januar 1932 seine Bereitschaft, die kurdische Sprache in den mehrheitlich von den Kurden besiedelten Distrikten des Landes neben dem Arabischen anzuerkennen und in den dortigen Ämtern soweit möglich einheimische Beamte einzustellen, wie es bereits das Gesetz Nr. 74 von 1931 vorsah.³⁶ Hierzu wurde dem Völkerbund ein entsprechendes Memorandum überreicht.³⁷ Darüber hinaus ließ sich dem Problem jedoch nicht nur dadurch zu Leibe rücken, dass man angibt, in wieweit die Iraker den kurdischen Forderungen entgegengekommen sind. Sondern für den Fall, dass sich der Irak in dieser Angelegenheit vertrauensunwürdig erweist, beteuerten die Briten, »die moralische Verantwortung« zu übernehmen. Der Völkerbund ließ sich davon überzeugen.³⁸

Fazit

Weshalb blieb die Kurdenfrage weiterhin ungelöst?

Ob freiwillig oder gezwungenermaßen ging der Irak auf die Verpflichtungen ein, die im Kern die Interessen der Kurden (als Volk) berührten. Die endgültige Lösung der Kurdenfrage hing nach dem Scheitern der Bewegung Shaikh Mahmuds davon ab, ob der souverän gewordene Irak die Grundsätze, nach denen er seine Unabhängigkeit erhalten hatte, befolgen bzw. angemessen weiterentwickeln würde.

Vorrangig setzte der Irak darauf, die Kurden in das irakische Staatswesen zu integrieren, indem man sie bei der Vergabe wichtiger Staatsämter nicht überging. Solche Bemühungen brachten kleine Erfolge. Doch viele kurdische Aktivisten konnten die Vergabe etlicher Staatsämter an kurdische Persönlichkeiten nur als bloße Beruhigungspolitik begreifen. Die Regierung schritt, so empfanden diese, kaum zum Kern des kurdischen Anliegens, der sich im Selbstverwaltungswillen verkörperte. D. h. die grundsätzliche Auffassung der Kurden von ihren zustehenden Rechten unterschied sich in vielen Dingen von der Politik der Iraker.

Zwei Dinge beeinträchtigten die Lösungsmechanismen des Kurden-Konfliktes: das eine waren die Dezentralisierungsversuche der Iraker, die zum Ziel hatten, die Staatsmacht überall zu etablieren. Im krassen Gegensatz dazu stand der Wunsch nach einer Art kurdischer Autonomie. Das andere waren die sehr schleppend angelaufenen Entwicklungsprogramme, die die Kurden offenbar nicht zufrieden stellten. Außerdem blieb die Verwendung des Kurdischen als offizielle Sprache begrenzt und erreichte nie die angestrebten Erwartungen.

Auf internationaler Ebene bildete die Staatssouveränität des Irak eine Hürde auf dem Weg zur Lösung dieses Konfliktes. Denn die alleinige Verantwortung des Irak vor dem

³⁵ Die historische Bedeutung dieses Ereignisses wird von Foster kommentiert: »Thus were concluded the commencement exercises of the first, and so far the only, graduate pupil of the League of Nations' tutorial school for backward peoples. The importance of this event as a precedent in the relations between so-called advanced and backward peoples remains for future history to reveal. But the organizational background, the technique and the considered legal elaboration of the procedure involved, and the prestige of the major participants must be powerful determinants in setting up international behavior patterns in these relations.« Foster, 1935, S. 294.

³⁶ Siehe den Text in Report on the Administration of Iraq for 1931, S. 73-75.

³⁷ Al-Hasani, Bd. 3, 1988, S. 192 ff.

³⁸ Im Juni 1931 brachte Sir Francis Humphreys, der britische Hochkommissar im Irak, solche Erwägungen vor dem besorgten Völkerbund vor. Foster, 1935, S. 304.

Völkerbund war langfristig am wenigsten geeignet, die elementarsten Voraussetzungen für einen dauerhaften Ausgleich zwischen den Kurden und dem Staat Irak zu schaffen. Sollte der Irak den Kurden gegenüber seine Versprechen nicht einhalten, die schließlich nur einen Teil der Rechte der Kurden streiften, wie hätten die Kurden völkerrechtlich vorzugehen? Der Völkerbund gewährte ihnen kein direktes Mitspracherecht.

Ein weiterer Faktor, der die Lösungsaussichten trübte, war die britische Politik. Für die Souveränität des Irak legte der Völkerbund Großbritannien die Pflicht auf, die Verwirklichung der kurdischen Interessen zu unterstützen. Somit lag der Schlüssel zur Lösung der Problematik in der Hand Großbritanniens. Der damaligen Weltmacht schien, ihre Interessen am besten durch die Annexion Süd-Kurdistan an den Irak zu verwirklichen. Auf die Belange der Kurden achtete sie lediglich im Rahmen dieser Strategie und handelte ausschließlich nach eigenem Ermessen. Sie wäre sehr wohl in der Lage gewesen, recht früh dem Kurden-Konflikt zu begegnen, indem sie der möglichen Gründung eines kurdischen Staates zugestimmt hätte.

3 Die Kurdenfrage während des Zweiten Weltkrieges

3.1 Shaikh Mahmuds letzte Rückkehr ins politische Leben

Bevor wir den Konfliktverlauf während des Zweiten Weltkrieges erörtern, scheint es angebracht, darauf hinzuweisen, dass sich aus der Annäherung der mit der Kurdenfrage konfrontierten Staaten Irak, Türkei und Iran - in der Übereinstimmung mit den Interessen Großbritanniens hinsichtlich der Eindämmung des sowjetischen Einflussbereichs - der 1937 in der iranischen Hauptstadt unterzeichnete Saadabad-Pakt ergab. Die Unterzeichner-Staaten verpflichteten sich zu einer engen Zusammenarbeit gegen jegliche bewaffnete Unternehmungen gegen die Sicherheit und Grenzen der Vertragspartner.³⁹ Diese Entwicklung erschwerte die Erfolgsaussichten jeglicher kurdischer Erhebung erheblich.

In Irakisch-Kurdistan, wo man immer noch auf die von den Briten versprochene Morgenröte wartete, traten in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts die gebildeten Schichten der kurdischen Gesellschaft verstärkt in politische Aktion und gründeten einige nationalpolitische Vereinigungen,⁴⁰ von denen sie sich die Verwirklichung kurdischer Nationalinteressen erhofften. Die Hiwa-Partei⁴¹ zählte zu der bekanntesten. Doch die Rückkehr zum normalen Rhythmus des Konflikts (eventuelle kriegerische Konfrontationen und Verhandlungen) wurde erst durch den Umstand begünstigt, dass der Irak nicht von den Einflüssen und Folgen des Zweiten Weltkrieges verschont blieb. Einige der inzwischen selbstbewusster gewordenen hohen Offiziere versuchten, sich unter Führung des arabisch-nationalistisch orientierten Regierungschefs Rashid Aali al-Gailani und mit Unterstützung Deutschlands während des Krieges von den Engländern zu lösen. Reibungslos und friedlich konnte dies nicht geschehen. Großbritannien sah sich

³⁹ Afghanistan gehörte ebenfalls zu den Unterzeichnerstaaten. Ibrahim, 1983, S. 673.

⁴⁰ In ihrer Arbeit geht Küchler diesen Angelegenheiten gründlich nach. Küchler, 1978, S. 224 ff.

⁴¹ *Hiwa-Partei* 'Hoffnung-Partei' war eine nationalistische Vereinigung der kurdischen Elite, die Mitte der dreißiger Jahre gegründet wurde. Die sozialrevolutionäre sowie traditionell-liberalen Elemente hatten in ihr Platz gefunden. Während die Ersteren in Anbetracht der in Iranisch-Kurdistan einmarschierten Roten Armee durch Revolution und Sozialismus die Erlangung kurdischer Nationalrechte sahen, waren die Letzteren für ein Bündnis mit Großbritannien, das den Schlüssel für politische Entscheidungen im Irak besitzt. Siehe Kutschera, 1979, S. 149 ff. und Küchler, 1978, S. 195 ff.

gezwungen, den Irak Mitte 1941 erneut zu besetzen,⁴² bevor das Dritte Reich diese einzigartige Gelegenheit ausnutzen konnte, sich der Ölfelder des Irak zu bemächtigen.

Aufgrund dieser Vorfälle erhob Shaikh Mahmud, der zu diesem Zeitpunkt in Bagdad unter Hausarrest stand, erneut die kurdischen Forderungen. Obgleich die Regierung einen Ausnahmezustand in der Region Sulaimani verhängte, vermied es Shaikh Mahmud, sich militärisch zu engagieren. Diese Entscheidung erfolgte nach Beratungen mit der Führung der *Hiwa-Partei* ebenso mit einer Anzahl von regionalen Stammesführern.⁴³ Die Einstellung wirkte sich in dieser kritischen Situation positiv aus. Großbritannien schaltete sich ein. Auf Drängen des britischen Beraters Edmonds im irakischen Innenministerium nahm Bagdad Gespräche mit Shaikh Mahmud auf, die aber in ihren Tendenzen und ihrer Qualität einer Privatverhandlung entsprachen.⁴⁴ Shaikh Mahmuds letzter Versuch, die Forderungen der Kurden durchzusetzen, welcher einen ganz friedlichen Verlauf nahm, ergab im August 1941 lediglich die Gewährung einiger Freiheiten für ihn persönlich.⁴⁵

3.2 Der Beginn der Ära Barzani

Wenn der Name Shaikh Mahmud in einem assoziativen Zusammenhang mit der Entstehungsgeschichte der Kurdenfrage steht, so ist die Weiterentwicklung dieser Frage mit dem Namen Mulla Mustafa Barzani (1903-79) verbunden. Barzani, wie der Name verrät, stammte aus dem berühmten Barzani-Stamm, der bereits Anfang der dreißiger Jahre eine der bis dahin größten Erhebungen gegen die Staatsmacht initiiert hatte. Diese Erhebung wurde durch irakisches und britisches Militäroperationen unterworfen und endete für den Stamm selbst mit bitteren Konsequenzen.⁴⁶

Nach langjähriger Verbannung in verschiedenen Städten des Irak und Kurdistans, gelang es Barzani, 1942 in seinen Heimatort zurückzukehren. Von dort aus übte er nun verstärkt seine politisch-militärische Tätigkeit aus, die sich anfänglich überwiegend auf Stammesangelegenheiten beschränkte.

Wenig später nahmen seine Aktionen klare nationalpolitische Züge an. Zusammen mit der *Hiwa-Partei* übergab er der Regierung ein Memorandum zur Entwicklung der Wirtschaft und Bildung in Kurdistan. In Bagdad fanden solche kritischen Denkschriften in der Regel kein Gehör.⁴⁷ Wahrscheinlich kam es deshalb zu kriegerischen

⁴² L. Lukitz: Axioms Reconsidered: The Rethinking of British Strategic Policy in Iraq during the 1930s, in: Britain and the Middle East in the 1930s, Security Problems, 1935-39, ed. by M. J. Cohen/M. Kolinsky, New York 1992, S. 113-127, 123-24. Zu Einzelheiten siehe M. Tarbush: The role of the military in politics, A case study of Iraq to 1941, London 1982.

⁴³ N. Shaweis: Aus meinen Erinnerungen, hrsg. von der Demokratischen Volkspartei Kurdistan (Arabisch), o. O. 1985, S. 30-31.

⁴⁴ Foreign Office, 371-22078, Baghdad. No. 185, 11. July 1941 to Fo and ibid No. 825. 4. July 1941, nach Hamdi, 1992, S. 238.

⁴⁵ Al-Hasani, Bd. 6, 1988, S. 34 ff. Am 9. Oktober 1956 starb Shaikh Mahmud in Bagdad und wurde in Sulaimani unter Begleitung großer Demonstrationen und Unruhen beigesetzt. Foreign Office, 371-121679, British Consulate, Kirkuk, 12. October 1956 to British Embassy, Baghdad, nach Hamdi, 1992, S. 259-60. Siehe auch die Schilderungen eines Augenzeugen Sajadi, 1996, S. 94.

⁴⁶ Die Literatur weist über Barzanis Person, seinen Stamm und seine Bewegung etliche Arbeiten auf. Aus arabisch-irakischer Sicht: H. Mustafa: Die Barzanitten (Arabisch), Beirut 1963 und F. al-Barrak: Mustafa al-Barzani, Mythos und Wirklichkeit (Arabisch), Bagdad 1989. Aus kurdischer Sicht: M. al-Brivkani: Historische Wahrheiten über die Frage des Barzanismus, Bagdad 1953; M. Jiyawuk: Die Tragödie des unterdrückten Barzan (Arabisch), Bagdad 1951.

⁴⁷ Die erwähnte Organisation überreichte im November 1943 der US-Botschaft in Bagdad ein weiteres Memorandum und bat um Hilfe. Siehe J. Nebez: Kurdistan und seine Revolution,

Auseinandersetzungen, die bis Ende 1943 für die in der Region Barzan stationierten Polizeikräfte und die vorgerückte irakische Brigade herbe Verluste brachten. Kurdische Nationalisten und Patrioten bezeichneten diese von Barzani angeführte Erhebung als gerecht und strebten danach, sie zu einer nationalen Bewegung auszubauen.⁴⁸ Eine solche organisierte Bewegung in der Zeit des Zweiten Weltkrieges hätte durchaus unübersehbare, gefährliche Folgen für Großbritannien und den Irak gehabt. Die Iraker gaben zwar der militärischen Lösung den Vorzug, die aber ohne direkte Unterstützung der mit dem Weltkrieg völlig überforderten Briten kaum Erfolge hätte erzielen können. Infolgedessen waren wirkungsvolle und vorbeugende Maßnahmen für die Iraker und ihren Partner Großbritannien, die weiterhin das Sagen im Irak hatten und sich große Sorgen über ihre strategischen Interessen machten, notwendiger denn je.⁴⁹

Die Vorgänge legen die Vermutung nahe, dass Barzani diese Tatsachen kannte. Er neigte deshalb zur Aufnahme direkter Beziehungen zu den Engländern, in der Hoffnung, nun kurdische Interessen durchzusetzen.⁵⁰ Er schrieb dem britischen Botschafter in Bagdad, Cornwallis, der Barzani aufgefordert hatte, die Kämpfe unverzüglich einzustellen, einen Brief, in dem er fünf Bedingungen für einen Waffenstillstand mit der Regierung festlegte. Die Bedingungen lauteten: die Bekämpfung der Korruption in den Behörden; die Gründung einer Sonderprovinz aus allen kurdischen Distrikten; Anerkennung des Kurdischen als offizielle Sprache; Einstellung kurdischer Vizeminister in allen Ministerien des Landes und Einstellung eines für die Sonderprovinz Kurdistan zuständigen kurdischen Ministers.⁵¹ Diese Punkte können als offizieller Durchbruch der kurdischen Forderungen gelten. Barzani erkannte damit implizit Kurdistan als Teil des Irak an. Aus diesem Grund beanspruchte er nun das Recht der Kurden, an der irakischen Politik teilzuhaben.

Cornwallis legte dem irakischen Ministerpräsidenten Nuri al-Said nahe, mit den kurdischen Führern zu verhandeln und schlug vor, Shaikh Mahmud und Barzani's älteren Bruder Shaikh Ahmad als Senatoren zu ernennen.⁵² Über diese Vorschläge schreiben Sluglett und Sluglett:

»Das erregte jedoch den Zorn des Regenten und vieler Kollegen Nuris, die in jeder Konzession an eine kurdische Autonomie ein bloßes Vorspiel zum Separatismus und folglich eine Beeinträchtigung der Souveränität des irakischen Staates sahen, der seine endgültige Form ja erst 1926 angenommen hatte.«⁵³

Diese starre Meinung über die Kurdenfrage war für die Kurden eines der schwerwiegendsten Ergebnisse der gewaltsamen Einverleibung Süd-Kurdistans in den Irak. Im Namen des Irak, ein künstliches Produkt britischer Interessen in der Nachkriegszeit, wurden die kurdischen Interessen nicht nur in den Hintergrund gedrängt, sondern als Gefahr für die Staatssouveränität dargestellt.

München 1972, S. 126-27. The New York Times vom 11. September 1962. Vgl. Sajadi, 1996, S. 115.

⁴⁸ Al-Hasani, Bd. 6, 1988, S. 289-90.

⁴⁹ Vgl. ebd., S. 256 und Kutschera, 1979, S. 138-39.

⁵⁰ Vgl. G. Fat-Hullah: Der Irak unter der Ära Qassim, Meinungen und Erinnerungen 1958-1988 (Arabisch), Bd. 2, o.O. 1989, S. 854. Der erste Band dieses Buches ist die arabische Fassung des Werks *Irak under Qassem* von U. Dann. Kutschera berichtet seinerseits auf den Seiten 139-40 seines Buches über Korrespondenzen zwischen Cornwallis und Barzani.

⁵¹ Jiyawuk, 1951, S. 158, nach al-Hasani, Bd. 6, 1988, S. 288 ff.

⁵² Vgl. Kutschera, 1979, S. 140 und Hamdi, 1992, S. 240.

⁵³ Sluglett/Sluglett, 1991, S. 38-39.

3.2.1 Die Deeskalationsbemühungen der Iraker und Briten

Zu dem Ende 1943 neu gebildeten Kabinett in Bagdad gehörten erstmals drei kurdischstämmige Minister. Einer von ihnen, Majid Mustafa,⁵⁴ der Minister ohne Portefeuille, wurde beauftragt, mit Barzani in Verbindung zu treten und die politische Lage in Augenschein zu nehmen. Das war der eigentliche Grund für die Berufung Mustafas als Minister. Er nahm unmittelbar Kontakte mit der Hiwa-Partei auf, um Verhandlungen mit Barzani in die Wege zu leiten. Zu Jahresbeginn traf er sich dann mit dem Kurdenführer in Mergasur.⁵⁵

Mustafa schlug in seinem Bericht vom 18. Januar 1944 einige Punkte vor: sofortige Rückkehr der verbannten Barzani-Stammesmitglieder; die Etablierung der Staatsapparate um die Region Barzan; großzügige Wirtschafts- und Aufbauhilfe in der Region und Maßnahmen zur Vertrauensbildung (durch Einladung Barzanis nach Bagdad). Nach der Beratung der Lage und der Vorschläge erfolgte ein unausgesprochener Waffenstillstand zwischen den gegnerischen Parteien und Barzani besuchte auf Einladung des Irak am 22. Februar 1944 Bagdad. Die anfänglichen Schwierigkeiten waren schnell überwunden. Die Lage schien sich zu normalisieren - jedoch nur für kurze Dauer. Die offizielle Erklärung der Administration in Bagdad schilderte diesen Besuch als Barzanis »Darbietung der Gehorsamkeit und Unterwerfung unter die königliche Hoheit«.⁵⁶ Dagegen hatte Cornwallis beim Aufenthalt Barzanis in der irakischen Hauptstadt erkannt, dass seine Bewegung planmäßig laufe.⁵⁷ Die brisante Frage bleibt aber bestehen, worüber sich die Parteien tatsächlich geeinigt haben? War es wirklich die "Unterwerfung" Barzanis gegen die Entwicklungsmaßnahmen der Regierung in der Barzan-Region, wie aus den irakischen Erklärungen zu vermuten ist? Die kurdische Seite beteuert, es hätte sich um mehr gehandelt. Dazu schreibt Abdulla:

»[...] Im Mai 1944 kam es zum Waffenstillstand nach dem man die letzte Einigung erreichte:

- 1) die befreiten Gebiete von Kurdistan bleiben weiter unter Kontrolle der Aufständischen.
- 2) Amnestieerlass für alle Inhaftierten und wegen Barzanis Aufstand vagabundierende Kurden.
- 3) Verteilung der Versorgungsgüter in Kurdistan auf eine angemessene und kontinuierliche Weise.
- 4) Einstellung kurdischer Beamter anstelle der arabischen Beamten in Kurdistan.
- 5) Kurdistan wird Autonomie für Bildungs- und Verwaltungsangelegenheiten gewährt.
- 6) die Regierung eröffnet nach Bedarf Schulen und Krankenhäuser in Kurdistan.«⁵⁸

⁵⁴ Mustafa galt bei den *Hiwa*-Mitgliedern als »agent stipendié des Anglais« 'besoldeter Agent der Engländer' und »traître« 'Verräter'. Kutschera, 1979, S. 140. Siehe auch Nebez, 1972, S. 127. Über diesen Politiker schreibt Ibrahim im Zusammenhang mit *Hiwa* »Die Kritik der kurdischen Nationalisten am Staatsminister Mâgid Mustafâ für seine Rolle im Konflikt kann in Wirklichkeit an die ganze Führung der "Hiwa" gerichtet werden. Mâgid Mustafâ vertrat in seiner Attitüde die ganzen Gruppen, die die Kurdenfrage als Vehikel zur Erlangung höherer Positionen im irakischen Staat benutzten.« Ibrahim, 1983, S. 394. Wenn man Sajadis Schilderungen zum Vergleich heranzieht, kommt man ins Grübeln. Die allgemeine Abneigung gegen Mustafa ist objektiv wenig nachvollziehbar. Zum Charakter Mustafas zählt der Umstand, dass er hohe Ämter im Irak bekleiden konnte. Sajadi, 1996, S. 117-18.

⁵⁵ Sajadi, 1996, S. 117-19.

⁵⁶ Al-Hasani, Bd. 6, 1988, S. 290-92.

⁵⁷ Kutschera, 1979, S. 142.

⁵⁸ A. Abdulla: Die Geschichte der Demokratischen Partei Kurdistan-Irak bis zu ihrer dritten Konferenz (Arabisch), 2. Aufl., o.O. 1991, S. 41.

Abgesehen von den Bestrebungen der Zentralgewalt, der Region Barzan, wo alle Staatsautorität suspekt war, den Fuß auf den Nacken zu setzen, wurde nichts verwirklicht, was die Belange der nationalen Forderungen betraf, zu denen sich die Regierung jedenfalls nicht entschieden hatte. Die irakische Führung ließ ihr weiteres Vorgehen völlig offen.⁵⁹ Diese Situation rief bei den Kurden Misstrauen hervor. Sie sahen dadurch die Notwendigkeit, die Briten erneut um Einmischung zu bitten.⁶⁰

Mitte Mai 1944 stattete der irakische Premier Nuri al-Said mit seinem kurdischen Minister Mustafa einigen kurdischen Städten Besuche ab. Dort brachte er in seinen Reden seine Sympathie für die kurdische Angelegenheit zum Ausdruck und gab bekannt, dass seine Mutter Kurdin sei. Wie Kutschera feststellt, versuchte er den Eindruck zu erwecken, er würde nach einer umfassenden Regelung der Probleme streben. Aber in seinem Gespräch mit Mustafa wird unmissverständlich klar, dass er vor allem darauf abzielte, Barzani Anhänger zur Rückgabe der erbeuteten Waffen zu bewegen und das Militär zu beruhigen, ohne entsprechende Maßnahmen zur Entwicklung in Kurdistan ergriffen zu haben.⁶¹

Die Haltung der Konflikt-Parteien in der Zeit der Waffenruhe verstärkte tatsächlich den Trend hin zu einer kriegerischen Auseinandersetzung. Die ständige Aufforderung Bagdads zur Rückgabe der erbeuteten Waffen ließ in Barzani Skepsis aufsteigen und das ganze als Vorbereitung für eine Militäraktion deuten. Folglich reiste der Kurdenchef in viele Gebiete, um seine Konflikte mit kurdischen Rivalen beizulegen.⁶² Die Zusammenarbeit zwischen ihm und den kurdischen Offizieren von der irakischen Armee und der Hiwa-Partei festigte sich. Gemeinsam setzten sie auf die Mobilisierung der kurdischen Kräfte und die Aufnahme geheimer Beziehungen zu den ausländischen Botschaften durch Hiwa-Mitglieder in Bagdad.⁶³

Schon im März 1945 gab es Anzeichen für einen drohenden Krieg,⁶⁴ die die Briten erneut zum Handeln bzw. zur Vermittlung drängten. Die Bemühungen ihres Gesandten, der u.a. Barzani über gemeinsame Manöver der britisch-irakischen Armee zur modernen Kriegsführung am 25. März 1945 unterrichtete, waren aber erfolglos. Er versuchte vergeblich zu erreichen, dass Barzani sich der Staatsautorität unterzuordnen hat und der irakischen Forderungen entgegenkommen sollte, die kurdischen Offiziere, die sich seiner Bewegung angeschlossen hatten, zu überstellen.⁶⁵

Trotz großer Meinungsverschiedenheiten rissen die Beziehungen nicht gänzlich ab. Doch bei den Verhandlungen im Mai des gleichen Jahres tat sich eine unüberbrückbare Kluft zwischen Barzani und der Regierung in Bagdad auf. Wie bereits erwähnt, hegten die Kurden ein tiefes Misstrauen gegenüber dem Irak. Dieser arbeitete vorrangig daran, in

⁵⁹ Siehe die Entscheidung des Ministerrates vom 16. Januar 1944 über diese Angelegenheit bei al-Hasani, Bd. 6, 1988, S. 291-92.

⁶⁰ Eine Anzahl dieser Korrespondenzen zwischen Barzani und den Briten sind in der Originalfassung bei al-Barrak zu sehen. Al-Barrak, 1989, S. 308-21. Wie ernst und kritisch die politische Lage war, lässt das mit dem Rücktrittsgesuch am 19. April 1944 eingereichte Memorandum über die Kurdenfrage des irakischen Premier al-Said an den Thronfolger, erahnen. Al-Said hatte persönlich dieses Memorandum angefertigt, dessen Wortlaut bei al-Hasani (Bd. 6, 1988, S. 194-98) zu lesen ist.

⁶¹ Kutschera, 1979, S. 143-44. Siehe auch Longrigg, 1956, S. 325.

⁶² Brivkani, 1953, S. 21, nach al-Hasani, Bd. 6, 1988, S. 293.

⁶³ Sajadi, 1996, S. 123.

⁶⁴ Ebd., S. 123-24.

⁶⁵ Jiyawuk, 1951, S. 171-72, nach al-Hasani, Bd. 6, 1988, S. 293-94. Die Namen dieser Offiziere werden bei Sajadi (1996, S. 123) aufgeführt.

der Region Barzan seine absolute Macht zu behaupten. Gerade bei dieser Verhandlungsrunde, bei der ein englischer Vertreter namens Kinch die irakische Delegation begleitete, sparte Barzani nicht mit schweren Vorwürfen gegenüber den Irakern, die ihn nochmals und dringend aufforderten, die erbeuteten Waffen zurückzugeben und die 250 Deserteure der Regierung zu überstellen. Forderungen, die Barzani ohne entsprechende Garantien wie eine Amnestie für die aufständischen Militärs nicht erfüllen wollte.⁶⁶

3.2.2 Der erneute Ausbruch von Kämpfen

Je mehr sich der Zweite Weltkrieg seinem Ende zuneigte, umso mehr verloren die Verhandlungen zur Lösung der Kurdenfrage bei den Irakern und Engländern an Bedeutung. In seinem Buch führt Sajadi eine Serie von etwa sieben Treffen der Kontrahenten allein zwischen März und Juli auf.⁶⁷ Charakteristisch für diese Begegnungen sind offenkundig die jeweils mehrstündigen Konsultationen, in denen die Parteien wiederholt ihren Forderungen Nachdruck verleihen. Mit augenscheinlich gut gemeinten Gesten und durch Überredungsarbeit versuchte die Administration, die Kurden zur Aufgabe ihres Widerstandes und ihrer Ansprüche zu bewegen. Die Gefahr einer erneuten militärischen Konfrontation war unverändert im Anzug.

Neue heftige Kämpfe brachen im August 1945 zwischen Barzanis Anhängern und den irakischen Streitkräften aus.⁶⁸ Barzani wandte sich mit Hilfsersuchen an die ausländischen Botschaften in Bagdad und beschuldigte den Irak, seine Versprechen über Entwicklungsmaßnahmen im Norden nicht eingehalten sowie mit dem Krieg begonnen zu haben.⁶⁹ Im gleichen Monat fällte der irakische Ministerrat die Entscheidung, »das Unruhe-Gebiet schnellstens militärisch zu besetzen« und verhängte zu diesem Zweck das Kriegsrecht in der Region. Er gab eine Erklärung zu diesen Vorgängen und Entscheidungen heraus, in der die Rede - ähnlich wie in den meisten anderen irakischen Erklärungen während der Zeit der Unruhen - von 'verbrecherischen Taten' Barzanis war, die die Regierung bereits verziehen hätte. Durch Wirtschafts- und Aufbauhilfen in der Region hätte die Regierung ihren guten Willen gezeigt. »Aber trotz alledem« so in der offiziellen Erklärung »weigerte sich Barzani und wollte unbedingt mit einigen seiner Anhänger verbrecherische und gesetzwidrige Taten begehen etc.«⁷⁰

Die Kampfhandlungen endeten am 13. Oktober 1945, nachdem Barzani mit seinen Kämpfern den Rückzug nach Iranisch-Kurdistan antrat,⁷¹ wo er später zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte des am 22. Januar 1946 gebildeten *Republikanischen Staates Kurdistan* mit der Hauptstadt Mahabad ernannt wurde.⁷²

Der militärisch erzwungene Rückzug der aufständischen Kurden in den Iran hinterließ in Irakisch-Kurdistan eine deutliche Lücke, was die Vertretung kurdischer Interessen betraf. Obgleich das seit 1935 zum Stillstand gekommene Parteienleben im Irak im Jahr

⁶⁶ Kutschera, 1979, S. 144.

⁶⁷ Sajadi, 1996, 123 ff.

⁶⁸ Sajadi (1996, S. 131 ff.) schildert die Details der Kämpfe.

⁶⁹ Jiyawuk, 1951, S. 183-84, nach al-Hasani, Bd. 6, 1988, S. 294-95. Siehe den Inhalt seiner Briefe bei Sajadi, 1996, S. 130-31.

⁷⁰ Der Wortlaut dieser Entscheidungen und Erklärung finden sich allesamt bei al-Hasani, Bd. 6, 1988, S. 295-98.

⁷¹ Ebd., S. 302.

⁷² Über den Aufstieg und Untergang dieser Republik siehe W. Eagleton: *The Kurdish Republic of Muhabad*, London 1963.

1946 wieder auflebte,⁷³ wurden die Appelle der Kurden an die Regierung bezüglich der Zulassung einer kurdischen Partei mit der Begründung abgelehnt, »that such a party was 'nationalist' and inconsistent with other parties in the country.«⁷⁴

Fazit

Ähnlich wie in der Zeit des Ersten Weltkrieges waren die Folgen des Zweiten Weltkrieges in Kurdistan spürbar: Sie gaben der Kurdenfrage neue starke Impulse, die zugleich zu militärischen und politischen Auseinandersetzungen führten. Die politischen Bemühungen der Briten während des Krieges hatten das Ziel, die Lage insofern ruhig zu halten, dass den Deutschen und ihren Verbündeten, den Türken, keine direkte Einmischung im Irak möglich war.⁷⁵ Diese Bestrebungen erzielten anfänglich positive Resultate, nicht zuletzt deshalb, weil die Kurden zufriedengestellt werden konnten. Im Gegensatz zu den arabischen Nationalisten, die im Irak 1941 die Macht an sich rissen, sympathisierten die Kurden nicht mit dem nationalsozialistischen Deutschland, dem Hauptfeind Großbritanniens. Ihre unerfreulichen Erfahrungen mit den arabischen Nationalisten ließ sie auch nichts Gutes erwarten.⁷⁶ In ihrer Strategie setzten sie auf die britische Einwirkung auf den Irak, die wiederum nichts Wesentliches an diesem Konflikt änderte, wie auch später eine kurdische Delegation, die am 29. November 1948 der UNO ein Memorandum zur Behandlung des Kurden-Konflikts übergab, nichts ausrichten konnte.⁷⁷

Zusammenfassung

In einem langjährigen Prozess erfolgte die Einverleibung des heutigen irakischen Teils Kurdistans in den Irak. Ohne die militärischen sowie politischen Misserfolge der kurdischen Bewegung in Süd-Kurdistan wäre diese Annexion, aus dem letztendlich der Irak Nutzen ziehen konnte, nicht denkbar gewesen.

Endogene und exogene Faktoren führten zu dieser Niederlage. Zu den ersteren gehört primär die segmentäre Struktur der kurdischen Gesellschaft, die der Stolperstein auf dem Weg war, das gestörte militärische Gleichgewicht auszubalancieren. In Anbetracht des sozio-ökonomischen und politischen Entwicklungsstandes in Süd-Kurdistan waren weder die charismatischen Führer, wie Shaikh Mahmud und/oder Barzani, noch irgend ein anderer Kurde im Stande, eine umfassende nationale Bewegung auf die Beine zu stellen, die die Interessen der Staatsmächte, vor allem die von Großbritannien bedroht hätte, so dass die Briten sich dann gezwungen gesehen hätten, den Kurden ernsthafter entgegenzukommen.

Wenn man bedenkt, dass die kurdische Nationalbewegung durch exogene Faktoren, wie z.B. durch die Folgen des Ersten und in geringerem Maße auch des Zweiten Weltkrieges, kräftige Impulse erhielt, bedeutet dies nicht zwangsläufig, dass die äußeren Umstände stets erfolgversprechend waren. In Anbetracht ihrer kurdischen Bevölkerung konnten weder die türkischen noch die persischen Machthaber die Entstehung eines kurdischen Staates in Süd-Kurdistan dulden. Sowohl die Türken als auch die Perser

⁷³ Fünf politische Parteien wurden im Irak zugelassen. al-Hasani, Bd. 7, 1988, S. 24 ff.

⁷⁴ M. Khadduri: Republican 'Iraq, A Study in 'Iraqi Politics Since the Revolution of 1958, London u.a. 1969, S. 174.

⁷⁵ Vgl. dazu H. Arfa: The Kurds, An Historical and Political Study, London 1966, S. 121-122; Nebez, 1972, S. 168 ff.

⁷⁶ Vgl. dazu Nebez, 1972, S. 123 und Shaweis, 1985, S. 29.

⁷⁷ Siehe Nebez, 1972, S. 128.

betrachteten die kurdischen Gebiete als ihre eigenen verlorenen Territorien und versuchten diese zurückzugewinnen. Daher war das Projekt 'Kurdistan' nur für Großbritannien akzeptabel. Etliche Gründe sprachen aber dafür, dass dieses Projekt in der britischen Diplomatie ad acta gelegt wurde. Die Briten legten hauptsächlich Wert darauf, sich im Irak zu etablieren. Der Irak war das nächste Nachbarland zur Golfregion, deren Sicherung den Engländern - vor allem dem britischen Hochkommissar Wilson - am Herzen lag. Doch der wirtschaftlich scheinbar arme und strategisch ungeschützte arabische Irak hätte die Ziele Großbritanniens nur schwer verwirklichen können. Hier bot sich das durch seine Landwirtschaft und die Erdölvorkommen reiche Süd-Kurdistan als geeignetes "Mittel zum Zweck" an. Somit waren die Briten - in Wahrheit auf Veranlassung und Druck von Wilson - Befürworter der Annexion und waren nicht mehr an einem kurdischen Staat interessiert. Vor diesem Hintergrund wurden die Unabhängigkeitsversprechen und Pläne durch eine Art 'föderalistische' Regelung ersetzt und die politischen Gespräche mit den Kurden erzielten eine begrenzte Autonomie. Später wurde diese auf die Nicht-Einstellung von arabischen Beamten beschränkt. Schließlich sollten die Kurden sich mit einer halbherzigen Anerkennung ihrer Sprache abfinden. Für Großbritannien war es zweckmäßig, die Kurdenfrage in dem neu gegründeten irakischen Staat offen zu lassen. Die Briten legten die Lunte ans Pulverfass und standen permanent bereit, sich direkt in die nun irakischen Angelegenheiten einzumischen, um in erster Linie ihre eigenen Interessen zu wahren.

Die Existenz der beiden Mächte Großbritannien und Irak kam den Kurden insofern zugute, als die Iraker nicht ausschließlich nach ihrem eigenen Ermessen Entscheidungen bezüglich der Kurden treffen konnten. Dass sich im monarchistischen Irak keine dramatisch nationalistischen Tendenzen nach türkischem Muster (Kemalismus) herausbildeten und die Kurden nicht völlig geächtet wurden wie in der Türkei - wo sie *Bergtürken* genannt und rücksichtslos unterdrückt wurden - ist gewiss den Bemühungen Shaikh Mahmuds und der Präsenz der Engländer zu verdanken und nicht der Überzeugungsarbeit der arabischen Machthaber in Bagdad. Hatte Prinz Faisal I. während der Pariser Verhandlungen 1919 durch seine Ansprüche auf Gebiete südlich der Linie Alexandretta-Diarbekir die Existenz der Kurden nicht öffentlich verleugnet?

Mit dem Bewusstsein, dass Großbritannien der eigentliche Entscheidungsträger war, setzten die Kurdenchefs zur Verwirklichung ihrer Interessen vorrangig auf Verhandlungen mit den Engländern.⁷⁸ Sie griffen aber auch, wie die Ereignisse nach 1919 zeigten, vergeblich zur militärischen Option. Den mit modernen Waffen ausgerüsteten und zahlenmäßig überlegenen Kräften Großbritanniens, beschirmt und unterstützt durch Maschinen der RAF, konnte die kurdische Seite nur wenig entgegensetzen. Die Versuche eines koordinierten Vorgehens mit den Türken, um gemeinsame Ziele zu erreichen, ergaben außer leeren Versprechungen Nichts, und mit den Sowjets erzielten sie ebenfalls keine befriedigenden Fortschritte.⁷⁹ Jedoch waren diese mehrgliedrigen Bemühungen nicht ganz umsonst; Es war eigentlich das kurdische

⁷⁸ Ironischerweise stempeln eine Reihe für den Staat Irak agitierenden Autoren aufgrund dieser Tatsache die kurdische Nationalbewegung als eine von den Engländern selbst und Feinden des Irak provozierte separatistische(!) Bewegung ab. Sie wollen die künstliche Entstehung des Staates Irak und dessen Instrumentalisierung durch die Engländer übersehen. Siehe dazu al-Hajj 1984 und al-Barrak 1989.

⁷⁹ Vor allem aus Enttäuschung über die Engländer und ihre Ahnungslosigkeit darüber, mit welchen Mitteln die Türken ihre eigenen Kurden behandelten, so ein Zeitgenosse. Siehe Hilmi, Bd. 2, S. 377.

Engagement, das den Irak zur Übernahme bestimmter Verpflichtungen vor dem Völkerbund zwang.

Vom kurdisch-britischen Konflikt profitierten die Iraker. Sie näherten sich den Engländern und beteuerten, ihre Existenz sei von Mossul, einschließlich Süd-Kurdistan, abhängig.⁸⁰ Mit der Überzeugung, dass sie als Staatsmacht auch in der Zukunft im Stande sein würden, kurdische Erhebungen niederzuschlagen bzw. ihre Ziele militärisch zu erlangen, nahmen sie den Kurden-Konflikt in Kauf. Den Kurden gegenüber übernahmen die Iraker (vor ihrer Unabhängigkeit) bestimmte Verpflichtungen auf internationaler Ebene. Der Inhalt dieser Verpflichtungen beschränkte sich auf die Anerkennung der kurdischen Sprache und die Absicht, dass man bemüht sei, die Kurden im Irak zu integrieren. Die Iraker ließen sich somit die Chance nicht entgehen, um für einen geringen Preis einen großen, strategisch gar unschätzbaren Gewinn zu machen.

Es hat den Anschein, dass der Irak durch die Gewährung autonomer Privilegien an die Kurden in der Folgezeit gefährliche Entwicklungen gefürchtet hat. Solche Privilegien hätten vermutlich aus der Sicht der arabischen Führung die Entwicklung des kurdischen Nationalbewusstseins weiter verstärkt. In diesem Fall wäre die Wahrscheinlichkeit eines Verlustes der gerade durch Großbritannien gewonnenen Territorien noch größer geworden. Ohne die Briten hätten die Grenzen des heutigen Irak im Norden völlig anders ausgesehen, als sie es seit Mitte der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts tun. König Faisal I. war dieses bekannt. Ebenso war ihm bekannt, wie schwierig es war, einen einheitlichen Nationalstaat aus arabischen Schiiten und Sunniten, Kurden usw. zu bilden. Allein die Erhebung von Shaikh Mahmud 1930/31, die nicht einmal einen ganzen Distrikt erfasste, bereitete seiner Regierung so große Schwierigkeiten, die er aus eigener militärischer Kraft nicht hätte bewältigen können. Durch diese Tatsachen gewann der König immer mehr den Einblick in die Frage der Machtverhältnisse. Folglich verstärkte er als erstes die Einheiten des Militärs so, »dass es in der Lage ist, jeden ausgebrochenen bewaffneten Aufstand mindestens in zwei von einander entfernt liegenden Orten zu unterwerfen.«⁸¹ Die Verwirklichung dieses Planes erwies sich allerdings langfristig als Bumerang. Während viele Anhaltspunkte dafür sprechen, dass sein Sohn König Ghazi Opfer eines Komplottes zwischen den rivalisierenden Militärs war, ist allgemein bekannt, dass sein Enkel, König Faisal II., zusammen mit beinahe der gesamten königlichen Familie durch einen Staatsstreich des Militärs 1958 auf tragische Weise ums Leben kam.⁸² Dass sich bereits in den dreißiger Jahren ein Machtzuwachs des Militärs abzeichnete und gerade der erste Militärputsch in der Region des Vorderen Orients im Irak geschah,⁸³ ist gewiss auf diese Politik zurückzuführen.

⁸⁰ König Faisal I. beteuerte in einem Brief an den englischen Außenminister Curzon, nachdem die Lösung der Mossulfrage vom Völkerbund übernommen wurde, dass das Leben des Irak von Mossul abhängig sei. Al-Hasani, Bd. 1, 1988, S. 186.

⁸¹ Al-Hasani, Bd. 3, 1988, S. 318.

⁸² Zum Fall König Ghazi siehe A. Fawzi: Die bekanntesten politischen Ermordungen im Irak (Arabisch), Bagdad 1987, S. 131-72.

⁸³ Am 29. Oktober 1936 entmachtete ein kurdischstämmiger General Namens Bakr Sidqi das Kabinett und setzte ein neues ein. Dieses Ereignis war in erster Linie eine »qualitative Veränderung beim Kampfspiel um die Macht, denn es war der Anfang der Einmischung des Militärs im politischen Leben des Landes.« K. A. Ahmad: Blätter aus der modernen irakischen Geschichte, Analytische Studien (Arabisch), Bagdad 1987, S. 119. Dass General Sidqi in der Realität nicht für die kurdische Sache stand, wie hin und wieder in der Literatur das Gegenteil behauptet wird, zeigt Ahmad im sechsten Thema seines zitierten Buches unter dem Titel *Bakr Sidqi und die kurdische Frage* mit unwiderlegbaren Belegen.

Zwischen der ersten irakischen Regierung (gebildet am 25. Oktober 1920) und der letzten Regierung in der Zeit der Monarchie (gestürzt am 14. Juli 1958) amtierten 23 Regierungschefs in 59 Regierungen. Von den 16mal verhängten Ausnahmezuständen wurden nur zwei über das ganze Land verhängt; sechs davon allein auf genau definierte kurdische Gebiete begrenzt.⁸⁴ Diese Zahlen spiegeln die permanente Instabilität der politischen Lage in einer Zeit, in der die Briten weitgehend an den Entscheidungen der irakischen Politik mitwirkten und sie darüber hinaus nicht selten diktiert haben.

⁸⁴ Al-Hasani, Bd. 10, 1988, S. 281 ff.

Zweiter Teil

Der Kurden-Konflikt im Irak 1958-1968

Kapitel Sechs

Die Republik Irak in der Ära Kassem und der Kurden-Konflikt (Juli 1958 - Februar 1963)

Im ersten Teil dieser Arbeit wurde aufgezeigt, wie die heutigen kurdischen Gebiete gewaltsam dem neu geschaffenen Staat Irak angegliedert wurden, und wie oft es unerfüllte Garantien, Versprechungen und Erlasse zur vermeintlichen Lösung der Kurdenfrage gab, bis der Irak seine formelle Unabhängigkeit erhielt. Nun gehen wir zu einer anderen Periode der Geschichte des Kurden-Konflikts im Irak über, zu einer Zeit, als die Iraker, ohne jegliche Einmischung der Engländer, alle Entscheidungen allein trafen.

Diese Periode begann mit dem Staatsstreich vom 14. Juli 1958, mit dem der Monarchie ein Ende gesetzt wurde, und sich die politische Landschaft im Irak änderte. Eine breite Zustimmung für das neue Regime war durch die Massendemonstrationen im ganzen Lande wahrzunehmen. Darüber hinaus war die politische Atmosphäre in der Geburtsstunde der Republik euphorisch und vielversprechend. Die Kurden hatten ebenfalls Grund zur Freude, in Erwartung dessen, ihre »Rechte« geltend zu machen.¹ Die erste erfreuliche Botschaft wurde wenige Tage nach dem Staatsstreich, der sogenannten Juli-Revolution, verkündet: im dreiköpfigen Souveränitätsrat, der die Präsidentschaft der Republik ausüben sollte, war, neben einem sunnitischen und einem schiitischen Araber, eine mit den Putschisten sympathisierende kurdische Persönlichkeit, Khalid Naqshbandi, Mitglied.² Diese Botschaft war eigentlich »eine Geste des guten Willens«,³ denn die personelle Partizipation kurdischer Persönlichkeiten im Staat wurde schon in der Zeit der Monarchie praktiziert. In fast allen irakischen Kabinetten saßen kurdischstämmige Minister. Sogar der letzte Premier in der Monarchiezeit, Ahmad Mukhtar Baban, war ein Kurde.

Den Kurden ging es »vielmehr um die juristische Fixierung« ihrer Rechte und »die faktische Praktizierung dieser Rechte.«⁴ Daher war es selbstverständlich, dass die ungelöste Kurdenfrage, die nach wie vor auf einer Regelung beharrte, »der neuen Regierung in Bagdad schweres Kopfzerbrechen bereitet[e] wie allen irakischen Regierungen seit jeher.«⁵

1 Die Phase der Kooperation

1.1 Direkte Kontaktaufnahmen nach dem Staatsstreich

Die neuen Machthaber, die allesamt Offiziere der arabischen Sunniten waren und sich zuvor in einer geheimen Organisation namens *Freie Offiziere*⁶ zusammengefunden

¹ C. J. Edmonds: The Kurds and the Revolution in Iraq, in: The Middle East Journal, Vol. 13, No. 1, Washington 1959, S. 1-10, 4.

² Khadduri, 1969, S. 69.

³ Sluglett/Sluglett, 1991, S. 90.

⁴ Ibrahim, 1983, S. 451.

⁵ Das hat bereits zwölf Tage nach dem Putsch die Zürcher Zeitung *Tat* vorausgesagt. *Tat* vom 26. Juli 1958.

⁶ Batatu listet die Namen aller 15 Mitglieder des höchsten Komitees dieser Organisation mit ihrer Herkunft und ihrem militärischen Werdegang auf. Batatu, 1978, S. 778-83.

hatten, hatten weder eine gemeinsame Ideologie⁷ noch irgendwelche konkreten Pläne für ihre Politik. Sie hatten sich über viele Fragen vor ihrer blutigen Machtübernahme weder auseinandergesetzt noch einigen können, u.a. über die Kurdenfrage, die keineswegs an Bedeutung eingebüßt hatte. Wohl aber wussten die Offiziere, dass sie den Kurden gegenüber mehr Toleranz zu zeigen hätten als das alte Regime.⁸ Die Kurden leiteten ihrerseits Annäherungsversuche zur neuen Regierung in die Wege. Am zweiten Tag des Staatsstreiches gab die am 16. August 1946 im Untergrund gegründete Vereinigte Kurdische Demokratische Partei (VKDP)⁹ eine Deklaration heraus, in der sie ihre Unterstützung für die neue Regierung beteuerte.¹⁰ Am 17. Juli besuchte eine kurdische Delegation unter der Leitung des Generalsekretärs der VKDP, Ibrahim Ahmad, den Staatschef, General Abdul-Karim Kassem, um ihm anlässlich des Sturzes des alten Regimes zu gratulieren.

»The delegation«, berichtet Dann, »asked Qassem to grant the Kurdish area a degree of administrative autonomy; Qassem refused. Chaderchi,¹¹ solicited for support, told Ibrâhîm Ahmad that this aspect of “Kurdish rights” should be settled by the Permanent Constitution of the republic, not in the provisional one then under consideration.«¹²

Trotz Kassem's ablehnender Haltung zeigten die Kurden Bereitschaft, mit der neuen Republik zusammenzuarbeiten. Die Regierung kam ihnen entgegen. Eine allgemeine Amnestie und weitere Maßnahmen zur Rehabilitierung wurden für die Bürger, die unter dem früheren Regime gelitten hatten, erlassen, welche die Freiheit für viele berühmte Kurden brachte, wie u.a. für Barzanis älteren Bruder Shaikh Ahmad, für Shaikh Mahmuds Sohn Shaikh Latif.¹³

Der Sturz der Monarchie war in mancher Hinsicht ein positiver Wendepunkt in der irakischen Geschichte. In der provisorischen Verfassung, die am 27. Juli 1958 veröffentlicht wurde, wurde festgelegt: »[...] Araber und Kurden sind Partner in der irakischen Heimat und ihre Rechte werden im Irak anerkannt«.¹⁴

Dieser in Art. 3 des ersten Kapitels verankerte Satz war die erste Manifestation einer nationalen Identität für die Kurden und ihre völlige Gleichberechtigung mit den Arabern. Es blieb aber abzuwarten, ob diese Manifestation tatsächlich die Lösung der Kurdenfrage herbeiführen konnte, weil die politischen Überlegungen in andere Richtungen gingen, wie es in Art. 2 desselben Kapitels zu erahnen war. Es hieß: »Irak ist ein Teil der arabischen Nation«.¹⁵

⁷ Um ein Beispiel zu nennen: während Kassem ein irakischer Patriot 'Watani' war, war sein Stellvertreter Aref ein arabischer Nationalist 'Qaumi'. Sluglett/Sluglett, 1991, S. 62.

⁸ Khadduri, 1969, S. 29.

⁹ Abdulla, 1991, S. 50 ff; Talabani, 1971, S. 145 ff.

¹⁰ Siehe den Text bei Talabani, 1971, S. 277-78.

¹¹ Ein bei den Kurden angesehener irakischer Politiker, der für eine demokratische Lösung der Kurdenfrage bekannt war. Vgl. Shaweis, 1985, S. 67.

¹² U. Dann: Iraq under Qassem, A Political History, 1958-1963, Jerusalem 1969, S. 136.

¹³ Edmonds, 1959, S. 3. Vgl. auch M. al-Barzani: Barzani und die kurdische Nationalbewegung (Arabisch), Bd. 2, Kawa-Publikationen, Beirut 1997, S. 42-43 und 53-54.

¹⁴ Die wichtigsten Passagen dieser Verfassung finden sich bei einigen Quellen, u.a.; Archiv der Gegenwart vom 27. August 1958, S. 7250. Al-Hasani, Bd. 10, 1988, S. 326 ff.

¹⁵ Ebd. Dann legt den Zusammenhang zwischen diesen beiden Artikeln so aus: »Throughout Qassem's regime these two rubber clauses provided the basis for government claims on Kurdish loyalty and for Kurdish counterclaims to their rights.« Dann, 1969, S. 136. Fat-Hullah, ein Jurist, der die alte und neue Verfassung gegeneinander abwägt, kommentiert Art. 2 damit: Er entzieht den Kurden das Recht auf ihr Land und degradiert sie als solche, die sich plötzlich einem Teil des arabischen Vaterlandes aufgezwungen haben. Fat-Hullah, Bd. 2, 1989, S. 598.

Am Tag der Verkündung der erwähnten provisorischen Verfassung fand ein weiteres Treffen statt. Auf diesem politischen und freundschaftlichen Treffen sprach der kurdische Delegationsleiter Ahmad in seiner Rede über den gemeinsamen Kampf der Kurden und Araber gegen das alte Regime. Er berichtete über die Diskriminierungs- und Unterdrückungspolitik des gestürzten Regimes gegen die Kurden. Der Redner, der die provisorische Verfassung begrüßte, brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die erforderliche Gesetzesverordnung zur Verwirklichung bzw. Praktizierung des dritten Artikels erlassen würde.¹⁶ Seinerseits legte Kassem die Betonung auf die kurdisch-arabische Bruderschaft und lud Mulla Mustafa Barzani, der ihn um die Rückkehr aus seinem Exil gebeten hatte, ein, in die Heimat zurückzukehren.¹⁷

Dann berichtet in seinem Buch über ein Treffen, das zwei Wochen später, ebenfalls auf höchster Ebene, stattgefunden hatte. Diese Zusammenkunft soll wenig erfolgreich gewesen sein, weil, so vermutet er, die Kurden dort klare Forderungen gestellt hatten.¹⁸

Der von der VKDP eingeschlagene versöhnliche Kurs musste so optimiert werden, dass er eine gewisse Grenze nicht überschritt, und dadurch die anfängliche Kooperation nicht zur Konfrontation würde. Die Funktionäre der VKDP mussten daher den kurdischen Forderungen weiter diplomatisch Nachdruck verleihen. Trotzdem waren klare Erfolge schwer wahrzunehmen. So fanden am 19. August 1958 die drei von der kurdischen Partei gestellten Forderungen, angefangen von der Zulassung einer kurdischen Zeitung, der offiziellen Anerkennung des kurdischen Neujahrsfestes bis hin zur Verleihung der irakischen Staatsbürgerschaft an den in Bagdad lebenden kurdischen Faili,¹⁹ nur bedingt und indirekt die Zustimmung des Innenministers Abdul-Salam Aref.²⁰

Die Kontaktaufnahmen zur Regierung Kassem wurden hinlänglich aufrechterhalten. Bei solchen Treffen vermied es der 1914 in Bagdad geborene Kassem, auf die nationalen Rechte der Kurden einzugehen. Für ihn hatten die Revolution und die provisorische Verfassung alle Arten der Unterdrückung abgeschafft. Er appellierte z.B. beim Treffen vom 18. September 1958 an die Teilnehmer, sich um ein fröhliches und friedfertiges Zusammenleben sowie die Bewältigung aller Arten von Hass und Diskriminierung zu bemühen.²¹

1.2 Barzanis Rückkehr in den Irak

Nach dem Untergang des Republikanischen Staates Kurdistan in Iranisch-Kurdistan hatte sich Barzani, unter schweren Bedingungen, mit seinen Anhängern in die Sowjetunion eingeschleust, wo man ihnen Zuflucht gewährte.²² Von dort aus ersuchte er persönlich um Erlaubnis zur Rückkehr in den Irak.²³ Daraufhin richtete Kassem Anfang September

¹⁶ Der vollständige Text bei Talabani, 1971, S. 279-84.

¹⁷ S. Jawad: Iraq & the Kurdish Question, 1958-1970, London 1981, S. 39.

¹⁸ Dann, 1969, S. 137

¹⁹ Das sind die Kurden der schiitischen Glaubensrichtung, die einen südkurdischen Dialekt sprechen und im östlichen Teil des Irak leben.

²⁰ Ebd.

²¹ Ebd., S. 64.

²² Über den Fortgang der Geschehnisse siehe Von Barzanis historischen Überlieferungen 1945-1958, Der historische Marsch in die Sowjetunion (Arabisch), hrsg. von der Presseabteilung des Politbüros der Demokratischen Partei Kurdistan-Irak, o.O. 1985 sowie das Buch eines iranischen Offiziers, der Barzani lange Zeit begleitet habe: M. Zerbakht: Von Irakisch-Kurdistan bis zum anderen Ufer des Ares Flusses, Der historische Marsch Mulla Mustafa Barzanis, 1326 (Persisch), Teheran 1376 (1995).

²³ Ebd., S. 43. Siehe auch Sajadi, 1996, S. 160.

1958 ein Telegramm an Barzani, worin er ihn davon in Kenntnis setzte, dass seine Regierung ihm Amnestie gewährt und ihn zur Rückkehr in den Irak eingeladen habe.²⁴ Diese amtliche Mitteilung warf ein weiteres, bezeichnendes Licht auf die versöhnliche Politik Kassem in der Kurdenfrage.

Barzani, der seine Loyalität zur neuen Regierung verkündete, traf in Bagdad im Oktober des gleichen Jahres ein und wurde als nationaler Held von den Kurden sowie von Kassem ehrenhaft empfangen. Er residierte auf Wunsch des Regierungschefs in Bagdad.²⁵ »It was understood«, schreibt Khadduri, »that the two had reached full understanding on matters concerning co-operation between Arabs und Kurds.«²⁶

1.3 Befriedigende Fortschritte in den Bereichen von Politik und Kultur

Zwischen Kassem und Barzani herrschte ein vertrautes Verhältnis.²⁷ Die VKDP war mittlerweile eine politische Macht, die öffentlich auftreten konnte ohne offiziell zugelassen zu sein. Sie veranstaltete im März 1959 eine große Feier zum kurdischen Neujahrsfest 'Nawroz' in Bagdad. Kurz vor Beginn dieser Veranstaltung, die von Barzani eröffnet wurde, erschien auch Kassem. Als Vertreter der VKDP hielt Nuri Shawais eine, nach eigenen Worten, sorgfältig vorbereitete Rede, die eine Mischung aus verborgener Kritik an den negativen Erscheinungen und Lob auf die Errungenschaften von Kassem's Politik war.²⁸ Kassem's Rede, die auf Wunsch der Anwesenden gehalten wurde, enthielt u.a. Vorankündigung einer wichtigen Bekanntmachung, die in den darauffolgenden Tagen erfolgen sollte.²⁹ Diese für die Kurden positive Meldung wurde in der Tat am 24. März bekannt gegeben: Der Irak trat offiziell aus dem Bagdadpakt aus. »Wir müssen befürchten,« erklärte Kassem in der Begründung dieses Schrittes, dass »der Vertrag nur als Vorwand für eine

²⁴ Siehe National-Zeitung vom 4. September 1958 und Edmonds, 1959, S. 7. Kassem's nationalistische Kollegen, wie Aref, waren gegen Barzani's Rückkehr mit der Begründung, »that the Republic was not yet established on a solid foundation and that Mulla Mustafa's many enemies in the north might be aroused against it by his return.« Dagegen meinte Kassem: »the Barzani's have had enough troubles in their exile under the old regime, and we should be more tolerant.« Jawad, 1981, S. 39-40. Vgl. auch M. al-Durra: Der Kurden-Konflikt und die Arabische Nation in der Irakischen Schlacht (Arabisch), Beirut 1963, S. 279-82. Tatsache ist, dass eine dreiköpfige kurdische Delegation Aref einen Besuch abstattete, um von ihm ebenfalls eine verbale Zustimmung zur Rückkehr von Barzani einzuholen. M. Mohammad: Die Reise meines Lebens (Kurdisch), Stockholm 1992, S. 360. Der Autor, einst ein hochrangiges Mitglied der DPK und bekannte kurdische Persönlichkeit, war selber ein Mitglied der kurdischen Delegation.

²⁵ Edmonds, 1959, S. 7; D. Kinnane: The Kurds and Kurdistan, London/New York 1964, S. 60.

²⁶ Khadduri, 1969, S. 175.

²⁷ Barzani gehörte zu den häufigsten Besuchern Kassem's. Siehe Christ und Welt vom 21. April 1960. So war die Beziehung zumindest nach außen gut und harmonisch. Nach dem Kriegsausbruch gab Barzani seine erste Einschätzung zu Kassem in der Öffentlichkeit Preis. »Three days after my return, I went to see Kassim,« erzählte Barzani dem Korrespondenten der amerikanischen Zeitung The New York Times, D. A. Schmidt, »Upon my return home, my nephew asked my impression and I told him, 'he is worse than Nuri as-Said.'« The New York Times vom 11. September 1962. Al-Said war der bekannteste Ministerpräsident in der Monarchiezeit, der zwischen März 1930 und Juli 1958 fünfzehn Regierungen bildete. Al-Hasani, Bd. 10, 1988, S. 281-84.

²⁸ Shawais, 1985, S. 72.

²⁹ Siehe Die Prinzipien der Revolution vom 14. Juli in den Reden von Herrn General Abdul-Karim Kassem (Arabisch), Bagdad 1959, S. 44-46.

Einmischung in unsere Angelegenheit dient.«³⁰ Auch wenn dieser Vertrag die Kurden nicht namentlich nannte, war er zweifelsohne gegen sie gerichtet.³¹

Die politischen Signale blieben weiter auf Fortschritt gestellt. Das VKDP-Pressorgan, *Khabat 'Kampf'*, das bereits vor Juli 1958 heimlich herausgegeben wurde, erschien ab 4. April 1959 offiziell in Bagdad. Die Zeitung erklärte, sie stünde völlig hinter der 'Juli-Revolution' und deren Führer Kassem. Im Hinblick auf die Kurdenfrage suchte die Zeitung »the legitimate aspirations of the Kurdish nation to those of the Iraqi Republic« in der Brüderlichkeit zwischen Arabern und Kurden. Eine dieser Bestrebungen war »the restoration to the Kurdish nation of its administrative and cultural rights.«³² Außer *Khabat* wurden insgesamt 14 Zeitungen und Zeitschriften zugelassen.³³

Weitere Beispiele für den Fortschritt im kulturellen Bereich waren die Gründung eines Generaldirektorats für kurdische Studien im April desselben Jahres, dessen Aufgabe es war, die technischen und administrativen Aspekte des kurdischen Schulwesens zu beaufsichtigen.³⁴ Darüber hinaus wurde ein kurdologisches Institut an der Bagdader Universität errichtet, und kurdischsprachige Radioprogramme wurden ausgeweitet bzw. häufiger ausgestrahlt.³⁵

Außerdem kehrten an Bord des sowjetischen Frachters *Gruzia* Mitte April 1959 über 800 kurdische Flüchtlinge, die 1947 mit Barzani die Flucht in die Sowjetunion ergriffen hatten, zurück.³⁶

Neben diesen positiven Entwicklungen sah die politische Lage nicht überall so rosig aus. Die im September 1958 verabschiedeten Bodenreformgesetze bedrohten die Existenz vieler Bauern, die sich nicht im Besitz von Urkunden befanden. Sie legten eine Höchstgrenze für den Landbesitz fest und gefährdeten damit die Interessen der Großgrundbesitzer immens.³⁷

Barzanis Verbindungen mit den Linken und die »strengen Maßregeln« Kassem gegen die Grundbesitzer verbreiteten Unruhe und Sorgen bei einigen Stämmen, die, nach etlichen begrenzten Scharmützeln, einen Massenexodus mehrerer Stämme auslösten.³⁸

³⁰ Neue Zürcher Zeitung vom 26. März 1959.

³¹ Erwähnenswert ist, dass die Türkei und der Iran, die ebenfalls mit der Kurdenfrage konfrontiert waren und sind, neben dem Irak zu den wichtigsten Mitgliedsstaaten dieses Vertrages gehörten. Siehe auch Kapitel Acht dieser Arbeit.

³² Dann, 1969, S. 197. Siehe ebenfalls Kutschera, 1979, S. 208.

³³ I. C. Vanly: *Kurdistan im Irak*, in: *Kurdistan und die Kurden*, hrsg. von Gérard Chaliand, Bd. 1, Göttingen/Wien 1988, S. 259-394. 282. Ihrerseits führt Küchler 25 Presseorgane, die zwischen 1959-60 lizenziert wurden, auf. Küchler, 1978, Fußnote 502, S. 586-88.

³⁴ Dann, 1969, S. 198.

³⁵ Nebez, 1972, S. 146.

³⁶ Die Rückkehr dieser Flüchtlinge verursachte lebhaftere Erregung in den diplomatischen Kreisen und in der Presse. Die Welt, die politischen Beobachter in Ägypten zitierend, bezeichnete die Flüchtlinge als 'voll bewaffnete und gut ausgerüstete Sowjetbürger kurdischer Abstammung.' Die Welt vom 7. April 1959. Vgl. auch die National-Zeitung (Basel) vom 8. April 1959. Am 9. April ließ dann die Zürcher *Tat* die nebulösen Nachrichten widerlegen, als sie die realen Hintergründe dieser Flüchtlinge erklärte.

³⁷ Mohammad, 1992, S. 366 ff.

³⁸ Al-Barzani's Schilderungen zur Folge soll Kassem Barzani darum gebeten haben, unverzüglich den Unruhen ein Ende zu setzen. Dem Kurdenchef gelingt dies. Al-Barzani, Bd. 2, 1997, S. 90-91. Stimmt diese Schilderung mit den Tatsachen überein, so ist daraus der Schluss zu ziehen, dass sich Barzani und Kassem beide gleichermaßen vertrauten und voneinander abhängig waren. In diesem Zusammenhang ist ebenfalls anzumerken, dass zur gleichen Zeit, etwa im Mai 1959, die Wiederbewaffnung von den aus der Sowjetunion zurückgekehrten Barzaniten durch Kassem erfolgte. Siehe dazu die Erzählungen des kurdischstämmigen Verbindungsoffiziers, der mit der

Tausende Angehörige dieser Stämme passierten Ende April 1959 die Grenze zum Iran und zur Türkei.³⁹ Die meisten dieser Stämme kamen ein paar Monate später wieder zurück, allerdings erst nach einem Amnestieerlass der Regierung in Bagdad.⁴⁰ Doch, wie wir sehen werden, konnte diese hochexplosive Problematik nicht endgültig geregelt werden.⁴¹

1.4 Die Politik der VKDP

In der ersten Hälfte des Jahres 1959 hatte die VKDP, angeführt von dem mit kommunistischer Vergangenheit bekannten Hamsa Abdullah,⁴² einen Kurs der bedingungslosen Unterstützung des Regimes und der Linken eingeschlagen, welcher dem Aufbau der Republik die höchste Priorität auf Kosten der Kurdenfrage einräumte. Unter Druck der Irakischen Kommunistischen Partei (IKP) unterschrieb die VKDP am 19. November 1958 die Satzung der irakischen Parteien, dass sie u. a. den Irak als ein Teil der arabischen Nation bezeichnete.⁴³ Dieser Flügel wurde Ende Juni 1959 von der Partei suspendiert.⁴⁴ Die neuen Funktionäre der VKDP nahmen eine kritische Haltung ein. Die Grundsätze dieser Politik waren die Kritik an den »negativen Erscheinungen gegenüber der Lösung der Kurdenfrage und der Versuch, Qâsim als unparteiliche Figur darzustellen.«⁴⁵

Dieser Personalwechsel innerhalb der VKDP gab der Angelegenheit der Kurden neue Impulse; doch beeinträchtigte er die Kassem-Kurden-Beziehungen. Jawads Vermutungen gehen so weit, dass in dieser Zeit der letzte Bruch zwischen Kassem und der kurdischen Partei geschah. Er schreibt:

»Ahmad's re-election to the Secretary-Generalship in September 1959 may be said to mark the final break between Qasim and the KPD; from then on, Qasim ignored the party, believing that he could always control the Kurdish nationalist movement through Mulla Mustafa, and hence saw no real threat in the KDP's growing demand for effective autonomy.«⁴⁶

1.5 Die 'Unionsfrage', die die politischen Kräfte im Irak entzweite

Die erste Reaktion der Vereinigten Arabischen Republik (VAR), die im Februar 1958 zwischen Ägypten und Syrien ins Leben gerufen wurde, kam etliche Stunden nach der Bekanntgabe des Umsturzes vom 14. Juli 1958. »Der Irak wird von nun an seine Bündnispolitik mit dem Bagdadpakt fallen lassen und den Grundsätzen des arabischen

Aufgabe beauftragt worden war. N. Talabany: Meine Erinnerungen mit Shaikh Ahmad Barzani (Kurdisch), in: Malband, Nr. 86, August 1998.

³⁹ Arfa notiert Namen der geflohenen Stämme und ihrer Ankunftsorte im Iran. Arfa, 1966, S. 132-33. Dann, 1969, S. 199.

⁴⁰ Arfa, 1966, S. 134. Dann, 1969, S. 199-200.

⁴¹ Schon im Mai 1959 gab es offene Auseinandersetzungen zwischen den Barzanitten und dem Zebari-Stamm, die sich gegenseitig der Aggression beschuldigten. Middle East Record, Vol. 2, 1961, S. 281. Seinen Gegnern in den feindlichen Stämmen gegenüber blieb Barzani offenbar unversöhnlich, obgleich Kassem ihm beim ersten Treffen aufgefordert hatte, Frieden mit ihnen zu schließen. Vgl. M. H. Aziz: Fünf Stunden mit Ibrahim Ahmad (Kurdisch), o.O., 1995, S. 21.

⁴² Dann, 1969, S. 213. Jawad, 1981, S. 45.

⁴³ Ibrahim, 1983, S. 466. Siehe Nebez, 1972, S. 148.

⁴⁴ Ebd., S. 149. Vgl. auch Aziz, 1995, S. 16-19.

⁴⁵ Ibrahim, 1983, S. 467.

⁴⁶ Jawad, 1981, S. 71.

Nationalismus folgen«, hieß es wörtlich in der offiziellen Erklärung des staatlichen Senders von Radio Kairo.⁴⁷

Schon einige Monate nach der 'Revolution' war die Regierung von Kassem Ziel eines Umsturzversuches der rechtsorientierten Mächte, der vom ehemaligen Putschisten von 1941, Rashid Aali al-Gailani, mit Wissen und Geldern Ägyptens geschmiedet worden war. Dieser Vorfall bewies zumindest, dass es im Irak Kräfte gab, die bereit waren, um jeden Preis an die Macht zu gelangen und rücksichtslos panarabische Gedanken zu verbreiten. Solche Kräfte waren auch in der Führungsmannschaft präsent. Darum kam es schnell zu Unstimmigkeiten zwischen den Führern des Putsches vom 14. Juli 1958. Abdul-Salam Aref, der ausführende Offizier des Staatsstreiches, gab sich offensichtlich nicht damit zufrieden, als Innenminister, Vizeministerpräsident und stellvertretender Befehlshaber der Streitkräfte im Irak die zweite Geige zu spielen. Er war bestrebt, Kassem den Boden unter den Füßen wegzuziehen, durch eine Kampagne, die den Anschluss des Irak an die VAR befürwortete.⁴⁸ Somit trat der ideologische Antagonismus zwischen den beiden Hauptstreitern rasch in den Vordergrund, der später, nach der Entmachtung Arefs, von den anderen Rivalen Kassems weiter getragen wurde. Auf jeden Fall kennzeichneten die niedergeschlagene Mossul-Revolution vom März 1959 - als Oberst Abdul-Wahab Shawwaf mit einer handvoll wild entschlossener nationalistischer Kassem-Gegner in Mossul das Regime in Bagdad zu stürzen wagte - und der gescheiterte Attentatversuch der Baathpartei auf Kassem im Oktober desselben Jahres den tiefsten Stand dieses blutigen Konfliktes um die Macht, die ideologisch begründet wurde. Diese eher symbolische Grundsatzfrage erfasste unweigerlich die Anhängerschaft der beiden Kontrahenten - Nationalismus 'Panarabismus' gegen Patriotismus 'Irakismus'. Denn für die wenig populären, nationalistischen Kräfte im Irak, die vom ägyptischen Präsidenten Jamal Abdul-Nasser angetan waren, war ein sofortiger Anschluss an die VAR ein »Knüppel«, mit dem sie auf die populärsten und stark organisierte Partei, die Irakische Kommunistische Partei (IKP), einschlagen konnten. In der VAR, wo man nur eine Einheitspartei zuließ, war kein Platz für die Tätigkeit von anderen politischen Organisationen. Das passte nicht in das Konzept der IKP.⁴⁹

Ohne Zweifel hätte sich die Lage der Kurden in der VAR nicht verbessert. Hierfür sprachen viele Gründe:

- Gerade in Syrien, nach Ägypten das zweite Mitglied dieser Vereinigung, machte die dort lebende kurdische Minderheit keine guten Erfahrungen mit der dort praktizierten Politik.
- Aufgrund der negativen Haltung der arabisch-nationalistischen Kräfte im Irak in der Kurdenfrage⁵⁰ prophezeite eine mögliche Union, die diese Kräfte hätte stärken können, keine bessere Zukunft für die Kurden

⁴⁷ Die Welt vom 15. Juli 1958.

⁴⁸ Vgl. Khadduri, 1969, S. 90-91. Haikal, Nassers Pressesprecher, berichtet über ein Treffen zwischen Aref und dem ägyptischen Präsidenten Jamal Abdul-Nasser in Damaskus, das wenige Tage nach dem Putsch im Irak stattgefunden hat. Auf diesem Treffen beschwert sich Aref über Kassem und seine Ambitionen. Nasser gewinnt durch seine Gespräche mit ihm und anderen irakischen Delegationsmitgliedern die Erkenntnis über die unruhige Lage und die schlechten Verhältnisse unter den irakischen Offizieren. Er zeigt deshalb keinerlei Begeisterung für eine sofortige Vereinigung mit dem Irak. M. H. Haikal: Der dreißigjährige Krieg, Die Jahre des Aufbruchs (Arabisch), Bd. 1, Kairo 1988, S. 379.

⁴⁹ Sluglett/Sluglett, 1991, S. 62-68. Vgl. ebenfalls Ibrahim, 1983. 454 ff.

⁵⁰ Vgl. ebd., S. 685.

- Die Kurden dürften befürchtet haben, dass sie durch eine Vereinigung zwischen der VAR und dem Irak zahlenmäßig in eine noch hoffnungslosere Unterlegenheit geraten würden.
- Wäre eine Fusion zu Stande gekommen, wäre es zu diesem Zeitpunkt unvorstellbar gewesen, dass die VAR den kurdischen Forderungen nachgekommen wäre, Kurdistan als föderales Mitglied der Republik anzuerkennen, wie es die VKDP in ihrem vom 11. September 1958 datierten Brief an Kassem und Aref vorgeschlagen hatte.⁵¹

Vor dem Hintergrund solcher Überlegungen und Bedenken waren die Kurden ebenfalls gegen eine Verbindung des Irak mit der VAR und näherten sich Kassem, der seine Macht zu sichern suchte und an Vereinigungsformen nicht interessiert war, sowie den Linken, die den sofortigen Zusammenschluss zurückwiesen.⁵² Die Republik blieb zwar vereint, aber durch dieses Thema gespalten wie nie zuvor.

Doch die Haltung der VKDP gegenüber Nasser war durch diese Übereinstimmung mit Kassem und den Linken nicht feindlich gestaltet. Die Partei bemängelte sogar, in der Zeit der Krise zwischen Kassem und Nasser, in ihrem Presseorgan »das Nichtvorhandensein der kontinuierlichen Arbeit für die Beilegung der Differenzen mit der VAR.«⁵³ Allerdings, als der Aufstand der Kurden 1961 ausbrach, akzeptierte Nasser, dass Shawkat Aqrawi als kurdischer Repräsentant in Kairo aufgenommen wurde.⁵⁴

1.6 Die Unruhen in der Stadt Kirkuk

Die 280 km nördlich von Bagdad gelegene Stadt Kirkuk ist das Zentrum eines mehrheitlich von Kurden bewohnten Distrikts, der auch eine bedeutende turkmenische Bevölkerungsminderheit im Distriktzentrum aufweist.⁵⁵ Ökonomisch zählt das Gebiet zu den wichtigsten Regionen des Landes. Denn dort befindet sich eine der wichtigsten Erdölquellen des Landes und das größte Ölfeld der Welt überhaupt. Vor diesem Hintergrund wurde und wird diesem Distrikt stets eine außerordentliche Bedeutung von den Konfliktparteien beigemessen.

Die geographische Lage der Stadt hat darüber hinaus dem Distrikt eine zusätzliche militärisch-strategische Bedeutung verliehen. In Kirkuk war die zweite Division der irakischen Armee stationiert, die faktisch den ganzen Norden des Irak regierte.

Schon seit der Juli-Revolution zeichnete sich eine gespannte Atmosphäre in Kirkuk ab. Zwei Fronten hatten sich infolge der unterschiedlichen ökonomischen, ethnischen sowie parteipolitischen Unterschiede und Zielsetzungen gebildet und standen sich misstrauisch gegenüber: die Linken mit den VKDP-Kurden einerseits und die konservativ-nationalistischen Turkmenen andererseits.⁵⁶

⁵¹ Der Text dieses Briefes ist bei: Talabani, 1971, S. 314-16 und I. C. Vanly: La question nationale du Kurdistan irakien, Etude de la Révolution de 1961, Neuchatel 1970, S. 86-88 zu sehen.

⁵² Vgl. Sluglett/Sluglett, 1991, S. 90-91.

⁵³ Khebat vom 13. Januar 1961, zitiert nach Ibrahim, 1983, S. 687.

⁵⁴ Jawad, 1981, S. 281.

⁵⁵ Laut der offiziellen Statistik von 1957 bildeten die Kurden 48,3 %, die Turkmenen 28,2 % und die Araber 21,4% der gesamten Bevölkerung des Distriktes. N. Talabany: Die Region Kirkuk und die Versuche zur Änderung ihrer nationalen Realitäten (Arabisch), London 1999, S. 81.

⁵⁶ Laut turkmenischen Angaben, opponiert diese Ethnie gegen eine Änderung der ethnischen Merkmale der Stadt Kirkuk. A. Q. al-Samanji: Die historische Geschichte der Turkmenen im Irak (Arabisch), Beirut/London 1999, S. 153. Aus einer von der VKDP veröffentlichten Presseerklärung geht hervor, dass ein in Kirkuk von Turkmenen und Republikfeinden geplantes

Die Bemühungen der kurdischen Lehrer, Kirkuk als Zentrum für ihre geforderte Bildungsdirektion zu erwerben, stießen auf die Ablehnung des arabisch-nationalistisch orientierten Kommandanten der zweiten Division, Nathim Tabaqchali.⁵⁷ Die Turkmenen, die dem Kommandanten nahe standen,⁵⁸ teilten mit ihm diese Ablehnung, denn sie hielten Kirkuk für eine zweifellos turkmenische Stadt und lehnten es ab, sie in innerhalb der Grenzen Kurdistans integrieren zu lassen.⁵⁹

Der Distrikt wurde von den politischen Ereignissen des Landes erfasst. Nach der Niederschlagung der arabisch-nationalistischen Mossul-Revolution im März 1959 ließ Kassem den Militärkommandanten zusammen mit den mutmaßlich involvierten turkmenischen Notabeln der Stadt verhaften. An die Stelle von Tabaqchali trat nun ein linksorientierter General namens Dawud al-Ganabi. Mit diesem Schritt übernahmen die Linken, mehrheitlich kurdischer Abstammung, praktisch alle wichtigsten Ämter der Stadt, und somit vollzog sich eine mehrmonatige Verschiebung der Kräfteverhältnisse. Im Juni schien sich die Lage auszubalancieren, als Kassem eine Amnestie für die Inhaftierten erließ und den Kommandanten in den Ruhestand versetzte.⁶⁰ Doch die inzwischen ins Unermessliche gewachsene Feindseligkeit der Fronten und die Funktionsuntüchtigkeit der polizeilichen Organe führten zu einer gewaltigen Explosion in Kirkuk, die einschneidende politische Folgen mit sich brachten. Während der Feierlichkeiten zum ersten Jahrestag der 'Revolution' demonstrierten die beiden Fronten getrennt voneinander. Offensichtlich geriet die Lage durch die gegenseitigen Provokationen außer Kontrolle. Es kam zu blutigen Ereignissen, die auf das Konto der Kommunisten sowie Kurden gingen. Beinahe alle 32 gefallenen Opfer gehörten der turkmenischen Minderheit an,⁶¹ die diese Ausschreitungen zum Anlass nahmen, bei Kassem gegen die Linken und Kurden zu opponieren.⁶² Die Kommunisten büßten seitdem viel an Ansehen ein. Die unglücklichen Vorfälle in Kirkuk nutzte Kassem seinerseits aus, um sich von der inzwischen stärker gewordenen IKP abzuwenden, während er sich merklich den geschlagenen Nationalisten und Konservativen zuwendete. In schärfster Form begann er nun, die Linken und deren Sympathisanten zu attackieren.⁶³ Ferner schränkte er den Handlungsspielraum der linksgerichteten bewaffneten Einheiten des Volkswiderstandes ein und ließ die Führung der völlig unter dem Einfluss der Kommunisten stehenden Gewerkschaften in der Republik an das Militär übertragen.⁶⁴

Anschlagversuch auf das Leben von Barzani im November 1958 von Kurden vereitelt worden sein soll. Siehe dazu die Presserklärung bei al-Barzani, Bd. 2, 1997, S. 317-21.

⁵⁷ Die Texte seiner Berichte zur Führung in Bagdad sind bei L. N. al-Jaf: Kirkuk, Historische Augenblicke (Arabisch), Khabat Publikationen, o.O. 1992, S. 45-53. zu lesen.

⁵⁸ Talabany, 1999, S. 57.

⁵⁹ Siehe dazu den Wortlaut der Presseerklärung der turkmenischen Politiker auf einer VDKP-Erklärung bei al-Barzani, Bd. 2, 1997, S. 322-24.

⁶⁰ Talabany, 1999, S. 58-59.

⁶¹ Wie es genau dazu kam, ist Gegenstand von Spekulationen. Die im Rahmen dieser Arbeit untersuchten Schriften, die sich diesem Thema relativ ausführlich widmen, leiden allesamt in unterschiedlichem Maße an einer (un)gewollten Einseitigkeit. Aus politischen Gründen ist es niemandem bisher gelungen, alle zuverlässigen und unverzichtbaren Informationsquellen gleichermaßen unter die Lupe zu nehmen. Vgl. die 23. Beilage von Fat-Hullahs Buch (Bd. 2, 1989, S. 733-63), Batatu, 1979, S. 912-21, Talabany, 1999, S. 56 ff. sowie al-Samanji, 1999, S. 144 ff.

⁶² Die turkmenischen Notabeln hatten Kassem aufgefordert, »Kirkuk von dem Wirkungsbereich des "Generaldirektorats kurdischer Studien" auszuschließen und den Artikel 3 aus der provisorischen Verfassung auszustreichen.« Ibrahim, 1983, S. 476.

⁶³ Fat-Hullah, Bd. 2, 1989, S. 733-63.

⁶⁴ Sluglett/Sluglett, S. 81-82.

Das war mit Blick auf seine langfristigen Folgen eine schwerwiegende Gradwanderung in Kassems Politik gegenüber den Linken, die ihn immer mehr in die Isolation trieb. Denn er distanzierte sich von einem starken sowie relativ loyalen Partner zu einem Zeitpunkt, wo er sich einer national-konservativen Richtung näherte, deren Loyalität sich nicht umpolen ließ, wie sich später herausstellte.

Die Folgen der tragischen Ausschreitungen in Kirkuk bedeuteten für die Kurden zweierlei: Auf lokaler Ebene waren sie äußerst negativ, weil sie den ohnehin belasteten kurdisch-turkmenischen Beziehungen immensen Schaden zufügten, der bis in die heutige Zeit reicht.⁶⁵ Auf Landesebene jedoch kam die Verdrängung der Kommunisten den Kurden gelegen. Die VKDP, die gerade kommunistische Elemente aus den eigenen Reihen suspendierte, stand in vielen kurdischen Gebieten in Konkurrenz zur starken IKP.⁶⁶ Kassem markierte unmittelbar nach den Juli-Ereignissen in Kirkuk ernsthaftes Betreiben nach der Entmachtung der IKP, über deren Politik und die Vorgehensweisen ihrer Sympathisanten in den kurdischen Gebieten sich Barzani bei Kassem beschwert hatte.⁶⁷

Fazit

Für die Mehrheit der irakischen Bevölkerung war die Juli-Revolution 1958 eine erfreuliche Entwicklung in Erwartung dessen, dass das Land in Kürze Fortschritte in gesellschaftlichen sowie politischen Bereichen erzielen würde. Auch für die Kurden gab es einige spürbare positive Veränderungen. Die brüderliche und friedliche Atmosphäre gab ihnen Hoffnung, ihre Interessen endlich in die Tat umsetzen zu können. Die Putschisten bezeichneten sich mit Recht als Umstürzler eines verhassten Regimes und konnten durchaus mit der starken Sympathie der ärmeren und mittleren Schichten der Bevölkerung rechnen. In dieser Zeit arbeiteten sie voller Elan daran, ihre Position zu stabilisieren und benötigten daher die Kräfte aller gesellschaftlichen Schichten und Volksgruppen einschließlich der Kurden. Unter Berufung auf Art. 3 der provisorischen Verfassung beabsichtigten sie, die Kurdenfrage zu klären.

Die Verkündung der provisorischen Verfassung war ein bedeutender Schritt in die richtige Richtung trotz ihrer Mängel an einigen empfindlichen Stellen:

1. Die arabisch-nationalistischen Ansätze dominierten bei den Grundsätzen in zweierlei Hinsicht: a) dass der Irak ein Teil der 'arabischen Nation' sei, wurde vor die Partnerschaft der Kurden und Araber in der irakischen Heimat gesetzt und b) man bezeichnete den gesamten Irak als einen Teil der arabischen Nation, ohne die Kurden vorher um ihre Zustimmung gefragt zu haben.
2. Die provisorische Verfassung enthielt außerdem keinerlei Bestimmungen über irgendeine Mitwirkungsgarantie an politischen Entscheidungen für die Kurden. Es

⁶⁵ Nach dem Sturz Kassems überreichte eine Delegation, bestehend aus turkmenischen Notabeln, dem neuen arabisch-nationalistischen Machthaber in Bagdad die turkmenischen Forderungen, die in drei Punkten gefasst waren: Vollstreckung der Todesurteile an den Verurteilten, die in Verbindung mit den Juli-Ereignissen standen; Repatriierung der Kurden, die "illegale" Häuser gebaut haben; Gewährung nationaler, kultureller und politischer Rechte für die Turkmenen. Die Regierung verwirklichte die ersten zwei Forderungen. Al-Samanji, 1999, S. 189.

⁶⁶ Zur Bedeutung der Kommunisten im Irak siehe Dann, 1969, S. 93 ff.

⁶⁷ Jawad, 1981, S. 66. Der Autor berichtet darüber hinaus: »Mulla Mustafa [Barzani] took advantage of the new situation both to encourage and assist Qasim in his anti-ICP drive and to consolidate his own personal position.« Weiter fährt er fort: »The new situation appeared to place Mulla Mustafa in an uncontestable position in Kurdistan. However, Qasim was aware of his growing power and set about cautiously trimming his influence.« Jawad, 1981, S. 67.

wurde nicht genau definiert, was mit kurdischen und arabischen »Rechten« gemeint war, die »im Irak anerkannt« werden sollten.

Kurz zusammengefasst: Die provisorische Verfassung regelte keineswegs die Kurdenfrage, obgleich Art. 3 dies augenscheinlich beteuerte. Entscheidend war, dass die Signale im allgemeinen positiv standen und zumindest eine relative Verbesserung und keine Eskalation versprachen. Beide Seiten waren offensichtlich bestrebt, eine harte Frontenstellung zu vermeiden.

Wie ist die anfängliche Verständigung Kassems mit den Kurden zu erklären?

Außer Vermutungen anzustellen, ist es an dieser Stelle schwierig eine genaue Antwort auf diese Frage zu geben. Zwei Motivationen sind am wahrscheinlichsten: Sollte Kassem mit der Verständigung mit den Kurden langfristige Ziele verfolgt haben, dann hatte er mit seiner völlig friedlichen Kurdenpolitik die ersten Schritte in die Wege geleitet, die in der Zukunft noch klarere Dimensionen annehmen sollten. Hingegen, wenn er kurzfristige Ziele damit ins Visier genommen haben sollte, so darf man seine Politik eher als taktisch motivierte Handlung betrachten. Denn es steht fest, dass er sich zum Ziel gesetzt hatte, seine nächsten arabischen Konkurrenten, die ihm durch Putsch- und Attentatsversuche die Macht in der Hauptstadt strittig machten, weitgehend aus den Schlüsselpositionen zu entfernen. Dazu nahmen die 'Säuberungsaktionen' bereits nach dem ersten Staatsstreichversuch Ende 1958 ihren Lauf. Zu diesem Zeitpunkt blieb ihm durch die Verständigung mit den Kurden das Risiko eines Zweifrontenkrieges erspart. Überdies gewann er mit kurdischer Hilfe das Kräftespiel um die Macht im Irak.

2 Die Phase des gegenseitigen Misstrauens

2.1 Die Legalisierung der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK)

In einem Schritt zur Beendigung der 'Übergangsperiode' nach der Juli-Revolution hob Kassem das Parteienverbot auf.⁶⁸ Im Februar 1960 wurde die VKDP in Demokratische Partei Kurdistan (DPK) umbenannt und offiziell legalisiert.⁶⁹ Die Ziele der zugelassenen Partei wurden in 19 Artikeln des aus 21 Artikeln bestehenden Parteiprogramms formuliert. Während Art. 3 die Bewahrung und Konsolidierung der Demokratie in der

⁶⁸ Anfang Januar 1960 hatten vier bereits bekannte politische Parteien ihre Zulassung beantragt: die Nationale Demokratische Partei, die VKDP und zwei irakische kommunistische Parteien. The Times vom 11. Januar 1960. Offensichtlich hatte sich Kassem die Spaltung aller Parteien zum Ziel gesetzt. Bei den Freidemokraten und der IKP war ihm dies allerdings gelungen, bei der kurdischen Partei jedoch nicht. Siehe dazu Aziz 1995, S. 23-25. Auch Jalal Talabani erzählt in seinem vierteiligen Interview mit der Londoner arabischsprachigen Wochenzeitschrift al-Wasat, dass Kassem bei dem ersten offiziellen Parteitag die Parteiführung aufgefordert hatte, sich von Barzani zu trennen, mit der Begründung, Barzani sei tribalistisch und sie eine politisch-zivilisierte Partei. Jalal Talabani erinnert sich, Teil 3, in: al-Wasat vom 30. November 1998, S. 26. In diesem Interview enthüllt Talabani einige bis dahin geheimgehaltene Informationen über die kurdischen Angelegenheiten. Künftig wird das Interview zitiert als: Talabanis Interview mit al-Wasat. Dabei wird sowohl der Teil als auch das Erscheinungsdatum des herangezogenen Heftes und die Seite angegeben.

⁶⁹ Nach seinem Interview mit Ahmad, dem Generalsekretär der DPK, berichtet Jawad über die vorgenommenen programmatischen Änderungen der Partei in Absprache mit Kassem. »At a meeting between Qasim, Ahmad, Mulla Mustafa and other prominent leaders of the UKDP [VKDP], Qasim argued that the word 'autonomy' could be used by his enemies against him while the Revolution was still fresh. 'Autonomy could give these enemies the idea of giving away Arab land.' He said that he was sympathetic to the Kurds' right to autonomy but not to the inclusion of this right in the programme. 'You may mention it in your newspaper', he told Ahmad.« Jawad, 1981, S. 49-50. Vgl. ebenfalls Neue Zürcher Zeitung vom 8. Januar 1961 und Dann, 1969, S. 297-99. Siehe ebenfalls Aziz, 1995, S. 22 sowie Fat-Hullah, 1998, S. 33-35.

Republik, Art. 5 die Verstärkung der Brüderlichkeit zwischen den verschiedenen Nationen im Lande und Art. 7-10 die Entwicklung der nationalen Ökonomie zum Ziel hatten, erstrebte Art. 6:

»[...] to secure for the Kurds and other citizens the right of employment and representation in all official and semi-official organs and institutions of the state; to guarantee the rights of the people in the Iraqi Republic on an equal basis and without distinction or discrimination.«⁷⁰

Anhand des Programms der DPK und ihrer Kooperationsbereitschaft mit der Regierung kann die kurdische Bewegung im Irak als nationalistisch mit gemäßigter Zielsetzung, die im wesentlichen eine 'Autonomie für Kurdistan im Rahmen des Irak' anstrebte, betrachtet werden. Mit ihren sozialen Plänen, im Hinblick auf die Entwicklung in allen Bereichen, war sie fortschrittlich orientiert. Sie legte dabei Wert auf die Demokratisierung im ganzen Irak.

Trotz der Legalisierung der DPK und drei weiterer Parteien gingen die positiven Entwicklungen in Richtung Demokratisierung nur zäh voran, wenn man aufgrund der Tatsache, dass Kassem immer mehr darauf setzte, seine Konkurrenten unschädlich zu machen, nicht von einem eingetretenen Stillstand im Demokratisierungsprozeß sprechen würde. Anfänglich rechnete Kassem mit den arabischen Rechten und Nationalisten ab. Kurze Zeit später bot er der Machtexpansion der Linken Einhalt. Nun waren die Kurden mehr oder weniger die einzige ernstzunehmende Kraft im Lande, die den Weg Kassems zur absoluten Herrschaft blockierten.⁷¹ Diesbezüglich stellt Jawad fest:

»By 1960, therefore, the Kurdish nationalist movement, with its different components, was the only influential group that remained in Iraq and Qasim sought to find a means of muzzling it. However his policy of balance proved a failure for three reasons. First, there was no well-organised pro-government group in Kurdistan to use against the Kurds. Secondly, Qasim failed to win over any Kurdish faction to his side in his fight against Mulla Mustafa and the KDP [DPK]. Instead, he favoured a number of aghas [Kurdische Großgrundbesitzer] who had collaborated with the ancien[t] régime, an element particularly hated by the nationalists. [...] Finally, and perhaps most ominously for the future, Qasim failed to appreciate the fact that Kurdistan was geographically well endowed for the Kurdish nationalists' defence of their interests.«⁷²

Daher wurden die Verhältnisse zwischen der DPK und Kassem nach der Legalisierung der DPK mehr und mehr belastet, bis hin zur gewaltsamen Auseinandersetzung.

Kassems Erwartungen bzw. Bemühungen, dass es zu einer Spaltung der DPK käme, bewahrheiteten sich nicht. Die Partei blieb einheitlich und stark, trotz internem Streit.⁷³ Doch während der fünften Konferenz der DPK (5.-10. Mai 1960) in Bagdad verbreitete sich eine alarmierende Meldung: Kassem empfing die Stammesführer der bekanntesten

⁷⁰ Program and Administrative Regulations of the Democratic Party of Kurdistan (1960), In: The Middle East Journal, Vol. 15, No. 4, Washington 1961, S. 445-448, 445. Dann vertritt ebenfalls die Meinung, dass Art. 6 der wichtigste Artikel im Programm dieser Partei war. Allerdings zitiert er *al-Thaqâfa al-Jadîda* (vom Februar 1960, S. 129-136), obwohl er auf das oben zitierte The Middle East Journal-Dokument hinweist und nicht der oben erwähnten Fassung genau entspricht, wenn er schreibt: er war bestrebt »to broaden the national rights of the Kurdish people on the basis of self-government within the unity of Iraq, to be recognized by the Permanent Constitution.« Dann, 1969, S. 297.

⁷¹ Vgl. Nebez, 1972, S. 151; Ibrahim, 1983, S. 479.

⁷² Jawad, 1981, S. 64.

⁷³ Shawais, 1985, S. 75-78. Schon nach der Rückkehr Barzanis gab es eine gespannte Beziehung zwischen dem Politbüro und dem Parteipräsidenten Barzani. Sie beschuldigten sich gegenseitig für diese Situation, die 1964-66 mit dramatischen Folgen für die Partei endete.

Widerstreiter Barzanis (Surchi, Harki, Zebari usw.) - eine unmissverständliche Mahnung an die DPK und zwar gezielt an deren Präsidenten Barzani.⁷⁴ Seit diesem Zeitpunkt stand die Kassem-Barzani-Beziehung auch nach außen nicht mehr in harmonischem Einklang.

Falls die Zulassung von drei politischen Parteien in den ersten Monaten von 1960 die ersten Schritte zur Demokratie verkündeten, so wurde in den letzten Monaten desselben Jahres das Kabinett endgültig »entpolitisiert«.⁷⁵ Die Republik stürzte immer mehr in die absoluten Verhältnisse einer Militärherrschaft. Das bedeutete für die Kurden, dass die optimistische Beurteilung der Lage Ende 1958 in der Folgezeit schrittweise revidiert werden musste.

2.2 Die Unstimmigkeiten im kurdisch-irakischen Verhältnis

Leicht verletzt überlebte Kassem am 9. Oktober 1959 mitten in der irakischen Hauptstadt einen Attentatversuch zum Sturz seines Regimes, der von der arabisch-nationalistisch orientierten Baathpartei ausgeführt wurde.⁷⁶ Unmittelbar nach diesem Vorfall tat sich ein Riss zwischen Kassem und Barzani auf, der sich ununterbrochen vertiefte und nur mühsam bis zum Kriegsausbruch geflickt werden konnte.⁷⁷ Nachdem Ministerpräsident Kassem das Krankenhaus - in Folge des erwähnten Attentats - verlassen hatte, begann er, Barzanis Rivalen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Denn der Premier, der sich als 'Sole Leader' für alle Iraker, ob Araber oder Kurden oder andere Gruppen verstand, war beunruhigt über den wachsenden Einfluss und die Popularität des Kurdenführers Barzani.⁷⁸ Nach Außen erkannte Barzani faktisch Kassem als 'Sole Leader' für alle Iraker an. Als er ihm seinen Dank für die Rückkehr seiner Kameraden aus der Sowjetunion aussprach, beendete der DPK-Präsident seinen Dankbrief mit dem Satz »Es lebe der einzige Führer für alle Iraker«.⁷⁹ Das persönliche Kassem-Barzani-Verhältnis legt Jawad folgendermaßen dar:

»His alliance with, or more correctly his dependence on Mulla Mustafa was only to enable him to use the latter and his tribal forces to balance other potentially dangerous forces, rather than to enhance Mulla Mustafa's position. For his part Mulla Mustafa believed that his loyalty to Qasim need not weaken his status as national leader of the Kurds.«⁸⁰

Allerdings übten die kritischen Verhältnisse in Bagdad nachhaltig entsetzliche Wirkung in Kurdistan aus, insbesondere auf den bereits erwähnten intribalen Konflikt

⁷⁴ Vgl. Dann, 1969, S. 299. Der Barzani-Zebari-Konflikt greift in das Jahr 1945 zurück, als die Zebariten die Barzani-Front wechselten und zur Regierungsseite überliefen. Ibrahim, 1983, S. 147.

⁷⁵ Ein Rückschlag, der bei Dann wie folgt niedergeschrieben wird: »It had been the glory of the revolution that its first Cabinet had assembled essentially the whole range of political forces in Iraq. It had taken twenty-eight months to remove the last members to hold their seats principally because they represented certain sectors of public opinion.« Dann, 1969, S. 306.

⁷⁶ Der irakische Staatspräsident Saddam Hussein soll nach seiner, zuerst in Französisch erschienenen offiziellen Bibliographie an diesem Attentat beteiligt gewesen und dabei verletzt worden sein. A. Askandar: Saddam Hussein, Ein Kämpfer, Denker und Mensch (Arabisch), o.O. 1980, S. 43 ff.

⁷⁷ Laut Angaben von Jalal Talabani informierte der Kurdenchef Kassem darüber, dass unter seinem Befehl ein beschuldigter Gegner der Barzaniten beseitigt worden sei. Dies habe Kassem mit Enttäuschung und Ärger zur Kenntnis genommen. Talabani, der selber bei diesem Gespräch anwesend war, sagt: »Dieser Zwischenfall war der Anfang des Missverständnisses zwischen den beiden.« Talabanis Interview mit al-Wasat, Teil 3, vom 30. November 1998, S. 26.

⁷⁸ Jawad, 1981, S. 68-69.

⁷⁹ Al-Barzani, Bd. 2, 1997, S. 55.

⁸⁰ Ebd., S. 67.

dort.⁸¹ Dieser hochexplosive Sprengsatz war offenbar leicht zu missbrauchen. Zahlreiche Funktionäre der Regierungsapparate sorgten tatkräftig dafür, die Spannungen zwischen den Barzaniten und deren Verbündeten einerseits und den Anti-Barzaniten-Stämmen andererseits zum Aufflammen zu bringen, indem sie durch offene Parteinahme das gegebene Gleichgewicht der Kräfte störten. Im Februar 1960 bat Barzani Kassem vergeblich, so der britische Botschafter in Bagdad, H. I. Traveled, die feindlichen Stämme zu evakuieren und die Gesetzesbrecher unter ihnen zu bestrafen.⁸² Aus denselben provokativen Gründen kam ebenfalls Barzanis älterer Bruder, Shaikh Ahmad, im Frühjahr 1960 nach Bagdad, um eine Lösung zu finden. Obgleich Kassem ihn höflich empfing, gab er ihm aber keine Chance, die bestehenden Probleme zu erörtern. Zwei weitere Bemühungen um Verständigung seitens Shaikh Ahmad bei Kassem blieben ohne Erfolg.⁸³ Die zwangsläufige Folge der erwähnten provokativen Maßnahmen der Staatsapparate in der Region um Barzan war die verstärkte Polarisierung der kurdischen Stämme, die um ihre Interessen äußerst besorgt waren. Hierzu nahm Kassem persönlich eine negative Stellung, als er die Koordination einiger kurdischer Stämme⁸⁴ um den Barzani-Stamm »als Indiz für separatistische Bestrebungen« wertete.⁸⁵

Ihrerseits befasste sich die DPK ernsthaft mit diesen brisanten Problemen. Die Unzufriedenheit mit Kassem's Politik war darum das Thema einer erweiterten Sitzung des Zentralkomitees der Partei Ende 1960, auf der Barzani Kassem scharf angriff und die Notwendigkeit sah, auf das Schlimmste vorbereitet zu sein. In dieser Zeit hatten aufwieglerische Aktionen der Kassem-Anhänger gegen Barzanis Stamm und dessen Sympathisanten klar erkennbare Dimensionen erreicht.⁸⁶

Die Talfahrt in der Regierung-Kurden-Beziehung war im allgemeinen unaufhaltsam. Sie setzte sich fort und spiegelte sich bei Pressedebatten sowie in den Reaktionen darauf wider. Um ein Beispiel zu nennen, kann ein Ausschnitt aus einem Artikel der Khabat-Zeitung, dem Presseorgan der DPK, aufgeführt werden, in dem der Artikel 2 der provisorischen Verfassung untersucht und auf die fehlende Rücksichtnahme der »wissenschaftlichen« Genauigkeit und »Logik« dieses Artikels aufmerksam gemacht wurde. Der am 19. November 1960 erschienene Zeitungsartikel kam zu dem Ergebnis, dass »der Irak nicht als ein Teil der arabischen Nation« zu betrachten sei, und »Kurdistan wurde nie als Teil der arabischen Heimat bezeichnet. Es war weder ein Teil von ihr noch gehörte es als geographische Einheit dazu.« Das gelte ebenfalls für den »annektierten Teil« von Kurdistan durch den Irak. »Daher ist es notwendig,« lautete der Artikel weiter,

⁸¹ Siehe Abschnitt 1.3 dieses Kapitels.

⁸² Hamdi, 1992, S. 277.

⁸³ I. A. Sharif: Die irakischen Kurden, Tragödie eines Volkes, Wien 1991, S. 72-75. Über die letzte Zusammenkunft zwischen Kassem und den beiden Barzani-Brüdern, Mulla Mustafa und Shaikh Ahmad, schreibt Sharif aus den unveröffentlichten Memoiren von Aziz Sharif: »Kassem weigerte sich, auf die Ursachen der Provokationen einzugehen. Er bekräftigte den Standpunkt der Regierung, betonte, diese wäre nicht daran interessiert, Provokateure zu unterstützen, und unterstrich die Notwendigkeit, brüderliche Beziehungen aufrechtzuerhalten. Zuletzt verkündete er, die Regierung stünde über den verschiedenen Neigungen und Strömungen. Als Scheich Ahmed nach dieser Begegnung mit Kassem nach Barzan zurückkehrte, hatte er jede Hoffnung aufgegeben.« Sharif, 1991, S. 75.

⁸⁴ Balik; Duski; Nerva; Mamash und Ako auf der Seite Barzanis und Zebari; Baradost; Herki; Raika und Surchi auf der gegnerischen Seite. Middle East Record, Vol. 2, 1961, S. 281.

⁸⁵ Sharif, 1991, S. 73.

⁸⁶ Shawais, 1985, S. 80. Siehe auch Talabanis Interview mit al-Wasat, Teil 3, vom 30. November 1998, S. 26.

»dass der betroffene Artikel in der endgültigen Verfassung präziser umformuliert wird, so dass er keine Missinterpretation entstehen lässt oder zum Streit führt, etc.«⁸⁷ Dass der Zeitungsherausgeber vor Gericht gestellt, aber freigelassen wurde, war vermutlich nichts anderes als eine Mahnung an die DPK, die festgelegten Grenzen nicht zu überschreiten.⁸⁸

Ende 1960 war es soweit, dass den Kurden die gegebenen kulturellen Zugeständnisse allmählich entzogen wurden.

2.3 Die politische und militärische Lage Ende 1960 - September 1961

Die Ereignisse im Zeitraum zwischen Dezember 1960 und September 1961 warfen die Schatten einer unausweichlichen, militärischen Konfrontation voraus. Während Barzani auf Besuch in Moskau weilte, geriet die militärische Lage um die Region Barzan außer Kontrolle. Pro-Regierungsstämme lieferten sich mit Pro-Barzani-Stämmen heftige Gefechte.⁸⁹ Überdies waren alle Privilegien Barzanis von der Regierung zurückgenommen worden.⁹⁰

Entgegen dieser Haltung erklärte Barzani in einem Interview mit der Beiruter *Nahdah* Zeitung, dass er die legitimen kurdischen Bestrebungen realisieren möchte, ohne die Existenz und Integrität der irakischen Republik zu verletzen.⁹¹ Man brachte dieser angemessenen Feststellung in der derzeitig spannungsgeladenen Atmosphäre kein Interesse entgegen. Selbst das freundschaftliche Treffen Barzanis mit Kassem im Januar 1961 bewirkte nichts Positives.⁹² Die *al-Thawra* 'Die Revolution' -Zeitung, die zum Sprachrohr Kassem geworden war, leugnete sogar am 19. Februar 1961, mit Unterstützung des Artikels 2 der provisorischen Verfassung, die Existenz des kurdischen Volkes im Irak.

»Derjenige, der historisch zur kurdischen, negriden (zungi) oder armenischen Rasse (irq) gehört,« schrieb die Zeitung »aber in der arabischen Heimat (al-Watan al-'Arabi) lebt, ist aufgrund der Realität (al-Waq') und der Schicksalsgemeinschaft Araber.«⁹³

Die Unstimmigkeiten in den Beziehungen dürften durch eine öffentliche Äußerung Kassem zusätzlich verstärkt worden sein, der, einen Tag nach dem erwähnten al-Thawra-Artikel, in einer Rede in der Öffentlichkeit durch die Erklärung des Wortes *Kurdu* die Einheit des Irak betonen wollte und die Verleugnung der Existenz des kurdischen Volkes bestärkte.⁹⁴ Am gleichen Tag verbot Kassem die Konferenz der

⁸⁷ Zitiert nach: Fat-Hullah, Bd. 2, 1989, S. 841-42. Vgl. Vanly, 1988, S. 283.

⁸⁸ Fat-Hullah, Bd. 2, 1989, S. 843. Ibrahim vermutet, dass diese Krise von pro-kommunistischen Offizieren entschärft wurde. Ibrahim, 1983, S. 483-84.

⁸⁹ Middle East Record, Vol. 2, 1961, S. 282. Dann, 1969, S. 334.

⁹⁰ Kinnane, 1964, S. 64.

⁹¹ Nahdah vom 20. Februar 1961, nach Middle East Record, Vol. 2, 1961, S. 282.

⁹² Die Mutmaßungen Kassem, dass Barzani ihm um die Führerschaft konkurriere, hätten ein nicht aus dem Weg zu räumendes Ausmaß erreicht, so erzählt al-Barzani, Bd. 2, 1997, 112.

⁹³ Zitiert nach Ibrahim, 1983, S. 482. Am 2. März schrieb dieselbe Zeitung einen Artikel mit dem Titel »Our people-Undivided« um zu beweisen, dass der Irak nicht aus einem »conglomerate of peoples« bestünde, sondern aus Arabern, Kurden, Turkmenen und anderen Ethnien, die aber eine unteilbare Nation bildeten. In schärfster Form protestierte Khabat am 6. und 7. März gegen diesen »attempt to melt down the Kurdish nation.« Nach Middle East Record, Vol. 2, 1961, S. 282. Das Presseorgan beteuerte weiter, dass die Verwirklichung der nationalen Rechte »den Ruf nach Assimilation und Separatismus eliminieren« würde. Nach Ibrahim, 1983, S. 484.

⁹⁴ Dort sagte Kassem: »"Kurdu" had been a title bestowed by the ancient kings of Persia upon valiant warriors, whose descendants later merged in the conquering Muslim army.« Dann, 1969, S. 333. Eine Erklärung, die sich einfach interpretieren lässt: Kassem's neues Ziel sei der Untergang des kurdischen Volkes in einem arabischen Irak.

kurdischen Lehrer in Bagdad.⁹⁵ Zudem äußerte sich Kassem negativ über die kurdischen Aufstände in der Monarchiezeit. Er bezeichnete sie als Verrat gegen das Land.⁹⁶ Es war paradox, dass ausgerechnet Kassem diese Aufstände als Verrat bezeichnete, während er selbst deren Betroffene zuvor rehabilitierte, wie im Abschnitt 1.1 dieses Kapitels erwähnt wurde.

Es war kaum ein Monat vergangen, als Bagdad den zündenden kurdischen Neujahrsartikel von Jalal Talabani, der sich wenig von den Äußerungen der Parteifunktionäre in den letzten Monaten unterschied, zum Anlass nahm, die Erscheinung des Presseorgans der DPK, die Zeitung Khabat, zu verbieten.⁹⁷ Inzwischen verließ Barzani Bagdad und kehrte nach Barzan zurück.⁹⁸

Ununterbrochen häuften sich friedensstörende Vorfälle. Ende März 1961 wurde der Kassem nahestehende Führer des Stammes Khoshnaw Sadiq Miran von Angehörigen der DPK erschossen.⁹⁹ Die Motive und Hintergründe dieses Attentates sind unklar. Klar ist aber, dass Bagdad aus diesem Grund einen Haftbefehl gegen den Generalsekretär der DPK, der daraufhin in den Untergrund ging, erließ, der aus Mangel an juristischen Beweisen aber aufgehoben wurde.¹⁰⁰ Darüber hinaus kam es zur Schließung der DPK-Büros in Kirkuk und Mossul im April.¹⁰¹

Kassem schloss einige Kanäle, die den Weg für einen Dialog ermöglichten.¹⁰² Seine ablehnende Haltung gegenüber die Umsetzung kurdischer Interessen, die sich kontinuierlich zuspitzenden intribalen Konflikte in Kurdistan und die nichts desto weniger kämpferische Position einiger Hardliner aus den Reihen der kurdischen Partei¹⁰³ beschleunigten den Gang der Ereignisse zum flächendeckenden Krieg. Die Regierung nutzte den gefährlichen Sprengsatz des intribalen Konflikts aus, um Barzanis wachsende Macht zu schwächen. Sie ermutigte u.a. die Zebari und Bradost-Stämme, die traditionellen Widerstreiter des Barzani-Stammes, zum Angriff auf diesen.¹⁰⁴ Barzani leitete gegen diese Stämme einen Präventivschlag ein, und besiegte sie zwischen dem 15. und 19. Juli 1961.¹⁰⁵

Nicht weniger explosiv waren die bereits erwähnten Bodenreformen, die die mächtigen Stammesführer und Großgrundbesitzer praktisch entmachteten. Die Betroffenen blieben logischerweise nicht tatenlos.¹⁰⁶ Die Vermittlungsversuche zur Versöhnung wären auf fruchtbaren Boden gefallen, hätte Kassem die Haftbefehle gegen die Stammesführer, die sich gegen den Staat aufgelehnt hatten, nicht erlassen.¹⁰⁷ Diese

⁹⁵ E. O'Ballance: *The Kurdish Revolt: 1961-1970*, London 1973, S. 72.

⁹⁶ Fat-Hullah, Bd. 2, 1989, S. 851. Fat-Hullah hatte selbst in Khabat auf diese 'Diffamierung' reagiert. Ebd., S. 854.

⁹⁷ Kinnane, 1964, S. 63; Dann, 1969, S. 333.

⁹⁸ O'Ballance, 1973, S. 73.

⁹⁹ Shawais, 1985, S. 82. *Middle East Record*, Vol. 2, 1961, S. 282.

¹⁰⁰ Dann, 1969, S. 333.

¹⁰¹ Mustaqbal vom 18. April 1961, nach *Middle East Record*, Vol. 2, 1961, S. 282.

¹⁰² Siehe Einzelheiten bei Mohammad, 1992, S. 387-88.

¹⁰³ Darunter Talabani selber. Talabanis Interview mit al-Wasat, Teil 3, vom 30. November 1998, S. 27.

¹⁰⁴ Vgl. O'Ballance, 1973, S. 69.

¹⁰⁵ Kinnane, 1964, S. 65. D. Adamson: *The Kurdish War*, London 1964, S. 97. Kutschera, 1979, S. 214.

¹⁰⁶ Mohammad widmet dieser Angelegenheit viele Seiten im elften Kapitel seines Buches. Mohammad, 1992, S. 375-405.

¹⁰⁷ Vgl. ebd. S. 398-402.

überraschend erlassenen Haftbefehle, so Mohammad, stellten faktisch alle Bemühungen auf den Kopf,¹⁰⁸ also ein politisch verfehlter Vorstoß aus Bagdad gegen Kurdistan.

Die DPK gab allerdings die Hoffnung nicht auf, den drohenden Krieg abzuwenden. Die Partei, die aus Angst vor Verfolgung seit Mai ihre öffentlichen Aktivitäten fast eingestellt hatte,¹⁰⁹ war zunächst fest entschlossen, keine Waffengewalt gegen Kassem anzuwenden, solange er gegen ihren Präsidenten Barzani und seine Verbündeten nicht direkt intervenierte.¹¹⁰ Die Partei ergriff eine neue friedliche Initiative zur Beilegung aller Streitfragen. Sie überreichte im Juli 1961 dem Premier Kassem eine Petition. Diese Bittschrift legte 19 Punkte fest, die auf die Versäumnisse der Regierung im Hinblick auf die Verwirklichung der erwarteten Autonomie, die Unterstützung der anti-kurdischen Elemente und die Verfolgung der DPK bzw. die Kurden im allgemeinen aufmerksam machte und hierzu die Regierung zur Rechenschaft zog. Zur Lösung der bestehenden Probleme fasste die Petition folgende Forderungen zusammen:

1. Rückzug der in der letzten Zeit nach Kurdistan verlegten Armee-Einheiten;
2. Zurückrufen bzw. richterliche Bestrafung aller Verwaltungs-, Sicherheits- und Polizeidirektoren, die ihre Ämter missbraucht haben;
3. die Rückführung aller versetzten kurdischen Beamten nach Kurdistan;
4. vollständige Praktizierung des Artikels 3 der Provisorischen Verfassung;
5. Säuberung des Staatsapparates von feindlichen Elementen der 14. Juli-Revolution;
6. möglichst schnelle Beendigung der Übergangsphase; Gewährung demokratischer Freiheiten und Aufhebung des Ausnahmezustandes;
7. Verwirklichung der Beschlüsse der Konferenz der kurdischen Lehre von 1960 über die Bildung in Kurdistan;
8. Anerkennung des Kurdischen als offizielle Sprache in allen kurdischen Gebieten;
9. Beseitigung aller Spuren der rassistischen Diskriminierung der Kurden;
10. Novellierung der Landwirtschaftssteuern; Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Senkung des überhöhten Preisanstiegs.¹¹¹

Kassem schenkte dieser Petition, die einen tiefen Blick in die gefährliche Lage gewinnen ließ, keine Aufmerksamkeit.¹¹² Dass er sie ignorierte, lag wahrscheinlich an seinem bereits getroffenen Konfrontationskurs.

Die DPK sah der Lage allerdings mit Skepsis entgegen. Sie konnte einerseits nicht tatenlos diese alarmierenden Entwicklungen verfolgen, und auf der anderen Seite wollte sie nicht in eine traditionelle intribale Rivalität und die tribale Erhebung gegen den Staat wegen Bodenreformen und Steuern hineingezogen werden. Noch bedrückender für sie war der Verlust der Führungsrolle. Mittlerweile hatten sich etliche bodenreformfeindliche Stämme verstärkt zu bewaffneten Einheiten zusammengesogen, die teilweise unter dem Namen Shorsh- 'Revolution' Partei tätig waren und in den strategisch bedeutsamen

¹⁰⁸ Ebd. S. 403.

¹⁰⁹ Kinnane, 1964, S. 65.

¹¹⁰ Khadduri, 1969, S. 179. Dann, 1969, S. 337.

¹¹¹ Talabani, 1971, S. 288-95. Siehe auch Arfa, 1966, S. 134. Kassem knüpfte an die Aufhebung der erhobenen 10%igen Erntesteuer die Bedingung, dass die Betroffenen zu ihm nach Bagdad kämen und ihn gegen Barzani und den ägyptischen Präsidenten Nasser unterstützen. Die kurdische Delegation stellte, zur Enttäuschung Kassems, in ihrem Memorandum die Forderung nach kultureller Autonomie und Bodenreformen, was Kassem dazu brachte, der von ihm erwünschten Delegation das Treffen zu verwehren. Nebez, 1972. S 152-53. Vgl. Adamson, 1964, S. 97.

¹¹² Talabani, 1971, S. 296.

Gebieten Stellung bezogen.¹¹³ Diese Verbände überfielen im Juli/August 1961 einige Polizeistationen und Gendarmerien in ihren Regionen und brachten einige Kleinstädte unter ihre Kontrolle.¹¹⁴ Zu spät aber stellte die Regierung die Durchführung der geplanten Bodenreformen in den gebirgigen kurdischen Gebieten für ein Jahr ein.¹¹⁵

Die Kampfhandlungen geschahen ohne Teilnahme der Armee-Einheiten, aber es war abzusehen, wohin diese Entwicklung führen würde, denn der Staat konnte mit seiner militärischen Macht nicht zu lange diesen Unruhen tatenlos zusehen. Mitten in dieser explosiven Stimmung sandte Barzani Ende August »an ultimatum to Qasim demanding an end to the 'period of transition' (that is to Qasim's exclusive rule), recognition of Kurdish autonomy and the restoration of democratic liberties.«¹¹⁶ Solche Ultimaten, die Ausdruck der Unzufriedenheit waren, bezweckten, in der Politik Bagdads Veränderungen herbeizuführen. Sie dürften aber von Kassem, dem ersten Mann der Republik, als Beleidigung empfunden worden sein und ihn zur Unnachgiebigkeit in seinen Ansichten geführt haben.

Die DPK, die keine militärische Organisation unterhielt, obgleich sich viele ihrer Sympathisanten und Mitglieder der Erhebung angeschlossen hatten,¹¹⁷ war zunächst bemüht, durch friedliche Appelle an das Volk, dem Krieg auszuweichen. Sie rief zwar zum Jahrestag des Septemberaufstandes von 1930 einen Generalstreik am 6. September 1961 mit Erfolg aus, doch die Bewegungsfreiheit der Parteiorganisation wurde immer enger. Die meisten Parteimitglieder wurden verfolgt oder hatten inzwischen Unterschlupf gefunden.¹¹⁸

Fazit

Die postrevolutionäre Zeit bis Mitte 1961 darf als die Phase der Verstärkung bzw. Konsolidierung der Fronten betrachtet werden.

In der ersten Phase gelang es Kassem, die Gefahr durch seine arabisch-nationalistischen Konkurrenten vorübergehend auszuschalten und seine Position zu stärken.¹¹⁹ Er war, laut Dann, Jawad und vielen anderen Autoren, in erster Linie daran interessiert, als 'Sole Leader' aller Iraker zu fungieren. Nun standen ihm nur die Kurden im Weg. Sie waren inzwischen, durch ihr politisches Engagement und die Folgen der versöhnlichen Haltung Kassems ihnen gegenüber, eine politische Macht in der Republik, mit der zumindest in den nördlichen Distrikten des Landes ernsthaft gerechnet werden musste. Zudem hatte die Existenz Barzanis, der bei der kurdischen Bevölkerung große Popularität genoss, und er als 'Kurds Leader' auftrat, Kassems Position beeinträchtigt. Das konnte Kassem nicht recht sein. Einerseits bereitete er selbst der Monarchie das Ende und gewährte Barzani Amnestie, so dass er nicht einsah, mit ihm seine Macht zu teilen. Andererseits sorgte er dafür, die Staatsautorität unter seiner Person überall im Lande zu etablieren, um Gefahren jeglicher Art zuvorkommen zu können. Dass er das 'Bündnis' mit den Kurden und deren Anführer Barzani nicht mehr fortsetzte, ging vor allem auf

¹¹³ Siehe Shawais, 1985, S. 81 und Jawad, 1981, S. 80.

¹¹⁴ Kinnane, 1964, S. 65. Middle East Record, Vol. 2, 1961, S. 281.

¹¹⁵ Mohammad, 1992, S. 397.

¹¹⁶ Kinnane, S. 65. Vgl. auch Middle East Record, Vol. 2, 1961, S. 283; Frankfurter Allgemeine Zeitung und Süddeutsche Zeitung vom 25. September 1961.

¹¹⁷ Dann, 1969, S. 336.

¹¹⁸ Shawais, 1985, S. 82 ff. Dann, 1969, S. 334.

¹¹⁹ Die starken Kommunisten hatten offenbar zu dem Zeitpunkt kein grünes Licht von den Sowjets, Kassem zu beseitigen.

machtpolitische Gründe zurück und weniger auf Befürchtungen vor einer eventuellen Entwicklung der nationalen Frage der Kurden in Richtung einer "separatistischen" Bewegung.

Im wesentlichen sind zwei Sachen zu konstatieren: Auf der einen Seite erlitt die Lage im allgemeinen durch Kassems Vorgehensweise eine schmerzhafteste Niederlage. Auf der anderen Seite gaben die Entwicklungen in den ersten zwei Jahren der Republik der kurdischen Seite kräftige Anstöße dafür, sich schlagartig entfalten zu können und ein relatives Gleichgewicht in Irakisch-Kurdistan herzustellen. Die Kurden wurden nun eine nicht zu ignorierende politische Macht im Norden des Landes.

3 Die Phase des Krieges

3.1 Der Kriegsausbruch

In den ersten Septembertagen des Jahres 1961 ließen die Kommandeure der zweiten Division der irakischen Armee, von der Kurdistan regiert wurde, ein endgültiges Ultimatum an die Führer der Aufständischen ergehen. Am 10. September verteilten irakische Flugzeuge Flugblätter, auf denen die kurdische Bevölkerung ermahnt wurde, keinen Widerstand gegen die angekündigte vorrückenden Staatstruppen zu leisten. Die Armee marschierte am Tag danach ein.¹²⁰ Den Kriegsausbruch dokumentiert Adamson mit folgenden Sätzen:

»Full-scale fighting broke out on September 11, 1961, when some 2,000 men of the Arkou¹²¹ attacked an Iraqi column on its way from Kirkuk to Sulaimaniya. The attack was a complete failure and the army decided to bring home the lesson to the Kurds by attacking the Barzani villages as well, although the Barzanis had not taken part in the rebellion. They had, though, mastered the régime's allies, the Zibaris and the Lolanis. The bombardment of the villages started on September 16th¹²² and the Barzanis were drawn into the fight together with some of the neighbouring tribes.«¹²³

¹²⁰ Mohammad, 1992, S. 407-08.

¹²¹ Gemeint ist der bekannte Stamm Ako, dessen Häuptling, Abbas Mahmand Agha, in besten Beziehungen zu Barzani stand. Kassem hatte zuvor seine Bereitschaft bei Unterhändlern erklärt, die barzaninahen Stammesführer, u.a. den mächtigen Mamand Agha, zu empfangen. Mamand Agha hatte aber die Einladung nicht wahrgenommen. Mohammad, 1992, S. 405. Vgl. auch Aziz, 1995, S. 31. Die Haltung Mamand kann so verstanden werden, dass er Barzani nicht isolieren lassen wollte. Kassem setzte bekanntlich auf die Politik »teile und herrsche«. Wenn man bedenkt, dass Barzani selber die Anweisung für diese Aktion erteilt hatte, so ist in Anbetracht der nachfolgenden Ereignisse festzustellen, dass er vergeblich aus der neuen Konstellation eine Annäherung an Kassem versuchte.

¹²² In der arabischen Fassung von Danns Werk (1969) stößt man bei einem vom Generalsekretär der DPK, Ahmad, zitierten Satz, in dem er das Bombardement von Barzan als »Qassem's great mistake« (Dann, 1969, S. 337) bezeichnet, auf eine Anmerkung des Übersetzers, der ausführt, dass Barzani nach dem Bombardement zwei Telegramme an Kassem sandte, in denen er ihm bestätigte, er sei in Barzan und habe keine Absicht, Waffen gegen ihn zu tragen. Weiter forderte er eine friedliche Lösung des Problems und stellte sich als Vermittler zur Verfügung. Seine Telegramme blieben unbeantwortet. Die irakischen Flugzeuge wiederholten das Bombardement des Dorfes am Tag danach. U. Dann: Irak under Qassem, A Political History, 1958-1963, von G. Fat-Hullah ins Arabische übersetzt und die Fußnoten kommentiert, Bd. 1, o.O. 1989, S. 420-21. Eine andere Version über dieses Thema schildert Die Welt knapp 11 Monate nach Kriegsausbruch. Dieser Version zufolge soll Kassem Barzanis Autonomieforderung »mit der Entsendung einer Hundertschaft Gendarmen« beantwortet haben, »die dem Kurdenführer eine „Einladung“ nach Bagdad überbringen sollte. Barzani zog es vor, in die Berge zu gehen.« Die Welt vom 14. August 1962. Vgl. auch Die Weltwoche vom 15. Juni 1962.

¹²³ Adamson, 1964, S. 97-98. Weitere Einzelheiten bei O'Ballance, 1973, S. 74 ff.

Ein grausam geführter Krieg war im September 1961 eine unwiderlegbare Realität im irakisch-kurdischen Konflikt, der anfangs in Form einer tribalen Erhebung gegen den Staat aufgeflammt war.

Auf einer fünfstündigen Pressekonferenz nahm der Ministerpräsident zum Krieg Stellung. Er gab Großbritannien und den USA die Schuld am Ausbruch der kurdischen Revolte, aufgrund ihrer Erdölverhandlungen und der Kuwait-Krise.¹²⁴ Ziel seiner Angriffe war ebenfalls Barzani, der Präsident der DPK; dessen Briefe an die Briten in den Jahren 1933 und 1945 legte er als Beweis für die Kollaboration mit den Imperialisten vor.¹²⁵ Der Aufstand der Kurden, der sich rasch über ein Drittel des Landes ausbreitete, sollte nach Kassem Angaben binnen einer Woche zerschlagen worden sein. Auf dieser Pressekonferenz verbot der Premier die DPK, die nach dem Bombardement von Barzan auf Barzani Seite stand,¹²⁶ jedoch bis dahin in keiner bewaffneten Auseinandersetzung mit dem Staat verwickelt war. Die Partei habe, entgegen den Vereinigungsgesetzen, nicht innerhalb eines Jahres den ersten Kongress abgehalten, so wurde dieses Verbot begründet.¹²⁷

Unter diesen Umständen erschien es der DPK nicht mehr möglich, ihren friedlichen Kurs weiter zu verfolgen, obwohl die Mehrheit der Politbüromitglieder keinen bewaffneten Kampf befürwortete. Das Zentralkomitee der Partei diskutierte im Dezember seine Teilnahme und Unterstützung der Revolte und beschloss die Bildung von Peschmarga-Einheiten. Damit gab die DPK der tribalen Erhebung weitgehend den Charakter einer Nationalbewegung. Vier Monate später kommandierte sie die Peschmarga-Verbände in der Umgebung von Sulaimani und Kirkuk.¹²⁸

Noch vor Jahresende kam es zur Verhandlung zwischen den Konflikt-Parteien. Das stets wachsende Misstrauen der Kurden gegenüber Kassem zeigte sich in Barzani Ablehnung, zwecks Verhandlungen der irakischen Hauptstadt einen Besuch abzustatten. Daraufhin entsandte Kassem eine fünfköpfige Delegation nach Kurdistan zu Barzani. Die Forderungen der kurdischen Seite bei diesem Treffen lauteten:

»Presse-, Meinungs-, und Bewegungsfreiheit für die kurdische Volksgruppe; Amnestie für alle verhafteten Kurden; das Recht der Kurden, Waffen zu tragen und ein ‚Entwicklungsprogramm‘ für Kurdistan.«¹²⁹

Diese Forderungen waren offenbar für die Zentralregierung inakzeptabel, denn der Krieg wurde im Frühjahr erneut mit unverminderter Härte aufgenommen.¹³⁰

Zur Unterstützung des Aufstandes und als Aufruf zur Bildung einer Nationalfront gegen Kassem, gab die DPK am 1. März 1962 eine Deklaration heraus,¹³¹ die jedoch kein Gehör fand. Zwei Wochen nach Herausgabe dieser Deklaration fand eine erneute Annäherung zwischen dem Herrscher in Bagdad und den Kurden statt. Offensichtlich handelte es sich bei dieser Annäherung um keine politische Verhandlung. Bagdad stellte

¹²⁴ Siehe folgenden Abschnitt.

¹²⁵ Nach Middle East Record, Vol. 2, 1961, S.287. Siehe auch Fat-Hullah, Bd. 2, 1989, S. 848 ff.

¹²⁶ Dann, 1969, S. 338.

¹²⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung und Süddeutsche Zeitung vom 25. September 1961. Dann, 1969, S. 338.

¹²⁸ Die anderen kurdischen (Badinan und Arbil) Gebiete blieben jedoch unter der direkten Kontrolle von Barzani selbst. O'Ballance, 1973, S. 78-79. Jawad, 1981, S. 82-84.

¹²⁹ Wochenpresse vom 3. Januar 1962, zitiert nach F. Khalil: Kurden heute, 2., aktu. u. korr. Aufl., Wien/Zürich 1990, S. 59.

¹³⁰ Kinnane, 1964. S. 68.

¹³¹ Nebez, 1972, S. 158.

eine Amnestie in Aussicht und zwar nur dann, wenn die Kurden die Waffen niederlegten.¹³² Das Angebot wurde von den Kurden abgelehnt. Sie beanspruchten »die verbürgten Rechte des kurdischen Volkes innerhalb der irakischen Einheit und eine Konstitutionelle Regierung anstelle der Diktatur und des persönlichen Regimes.«¹³³

3.2 Kassems Politik

Während seiner Amtszeit verwickelte sich Kassem in einige Affären, die sich als verhängnisvoll für ihn erwiesen. Seine Beziehungen zu den ausländischen Erdölgesellschaften seit August 1960 und sein Anspruch auf die Annexion Kuwaits im Sommer 1961, das gerade seine Unabhängigkeit von den Engländern erhalten hatte,¹³⁴ beeinträchtigten seine bis dahin weitgehend gut gepflegten Beziehungen zum Ausland¹³⁵ und kratzten an seinem Prestige.

Innenpolitisch sah die Lage schon einige Wochen nach seinem Machtantritt noch prekärer aus. »The official zeal for social reform«, schreibt Dann, »had died down after the first few months of the revolutionary regime.«¹³⁶ Nicht nur der verhasste Krieg in Kurdistan sorgte für Unzufriedenheit bei der Bevölkerung und der Armee. Kassem distanzierte sich permanent von den politischen Parteien, die ihm wohlwollend nahe standen.¹³⁷ Stattdessen: »He remained as disdainful of forming around himself an officers' junta as he had been of leading a political party.«¹³⁸ Er strebte danach, sich der Herrschaft über das Land zu bemächtigen.

Die Friedensappelle aus der Bevölkerung und von prominenten Politikern zur friedlichen Lösung der Kurdenfrage verhallten bei Kassem ungehört. Vielmehr ließ er nach einer Bittschrift mit den Unterschriften von 5000 Kurden, die ihn ersuchten, den Massensbombardierungen kurdischer Dörfer ein Ende zu setzen, die kurdischen Notabeln verhaften. Schon zuvor hatten acht prominente Politiker einen Aufruf zur Einstellung des Krieges in Irakisch-Kurdistan veröffentlicht. Diese wurden mit Zuchthaus bestraft.¹³⁹

Trotz fehlender Erfolge der Armee hielt Kassem an seiner Position fest und ließ in seiner Kriegsführung nicht nach. Hierbei darf nicht vergessen werden, dass die andauernden Misserfolge der Regierungstruppen in ihrem Kampf gegen die kurdischen Partisanen ihre Gründe hatten: nicht zuletzt wegen des taktischen Partisanenkrieges der aufständischen Kurden und der Haltung der kurdischstämmigen Armeemitglieder, die sich weigerten, in den Kampf gegen die Kurden zu ziehen.¹⁴⁰ Das teilweise erzwungene Ausscheiden zahlreicher ranghoher Offiziere lähmte die Armee abermals bei den Militäroperationen. Andererseits ließ sich Kassem persönlich im Kampfgebiet nie sehen.

¹³² Kassem hatte merkwürdige Vorstellungen von einer Konfliktlösung: der damalige, zu Barzani geschickte irakische Bote, Oberstleutnant Hassen Abbud, gab das eigentliche Ziel Kassems bei diesen Gesprächen bekannt: Er hätte eine vernichtende Aktion gegen Barzani geplant. Fat-Hullah, Bd. 2. 1989, S. 855 ff.

¹³³ Neue Zürcher Zeitung vom 10. Juni 1962. Vgl. Vanly, 1970, S. 121 und O'Ballance, 1973, S. 81.

¹³⁴ Siehe zu diesen Themen bei Khadduri, 1969, S.160 ff.

¹³⁵ Dann, 1969, S. 349-55.

¹³⁶ Ebd., S. 357.

¹³⁷ Anfang Juli 1962 stellte die letzte legal bestehende, politische Partei, *Progressive Nationale Partei*, die Nachfolgepartei der *Demokratischen Nationalen Partei*, ihre Tätigkeit ein. Neue Zürcher Zeitung vom 12. Juli 1962.

¹³⁸ Dann, 1969, S. 358.

¹³⁹ Ebd.

¹⁴⁰ O'Ballance, 1973, S. 80.

Ob er sich Illusionen über die Situation machte oder seine Umgebung ihn im Unklaren ließ, wie der damalige Beiruter SZ-Korrespondent Heinz Zimmermann vermutete, ist schwer zu beantworten.¹⁴¹

Die schwerwiegenden Niederlagen Kassem in der Innen- sowie Außenpolitik ließen keinen Zweifel daran, dass sein Amt, das auf keinem festen Fundament ruhte, bald dem Ende zuing. Die Frage war, wer würde ihn und wann ersetzen?¹⁴²

3.3 Die DPK auf der Suche nach Alternativen

Die Bemühungen der DPK, den Aufstand gegen Kassem mit der Parole 'Autonomie für Kurdistan und Demokratie für den Irak' zu irakifizieren, blieben ohne Erfolge. Die progressiven und gemäßigten Kräfte waren aus Angst vor einer rechtsorientierten Machtübernahme nicht bereit, sich in einer Front gegen Kassem einzureihen, obgleich sie keine guten Beziehungen zu ihm unterhielten. Folglich waren nur die rechtsorientierten Kräfte bereit, gegen Kassem ein Komplott zu schmieden.¹⁴³

Der Generalsekretär der DPK Ahmad ergriff die Initiative der Kontaktaufnahme zum Colonel Tahir Yahya, der zufälligerweise die Schlüsselfigur in der Anti-Kassem-Gruppe spielte und zu der Zeit Polizeichef war. Bei diesen Kontakten wurde über die Möglichkeit einer gemeinsamen Kooperation zwischen den Kurden und der Armee gegen Kassem diskutiert sowie über eine Lösung der Kurdenfrage auf Grund einer Autonomie für Kurdistan.¹⁴⁴

Die Partei weitete diese Kontakte auf andere Anti-Kassem-Kräfte, wie die Baathisten und die Istiqlal-Partei, aus.¹⁴⁵ Es kann angenommen werden, dass sich die DPK von diesen Beziehungen einen Machtwechsel und, damit verbunden, eine bessere Kurdenpolitik Bagdads erwartete, während für die nationalistischen Kräfte, die lediglich eine sichere Machtübernahme beabsichtigten, die Kurden insofern von Bedeutung waren, nicht frühzeitig von ihnen angefeindet zu werden.

Inzwischen festigte sich die Position der Kurden zusehends als eine politische und militärische Macht. Denn infolge der Kämpfe hielten sie im Nordosten des Landes einen Grenzstreifen unter Kontrolle, der etwa 400 km lang und durchschnittlich 150 km breit gewesen sein dürfte.¹⁴⁶ Dort bildeten sie eine Art eigene »Republik«.¹⁴⁷ So oder ähnlich blieb die militärische Lage fast unverändert bis 1975.

Obleich Kassem am 8. Januar 1963 eine neue Verfassung verkündete¹⁴⁸ und am 10. Januar 1963 ein neues Ultimatum an die aufständischen Kurden stellte, sich zu ergeben, wobei er der Armee befahl, sich defensiv zu verhalten,¹⁴⁹ räumte er einer umfassenden

¹⁴¹ Süddeutsche Zeitung vom 17. November 1962. Er erschien lediglich zur Eröffnung des Derbandikhan Damms 1962. Werners Vermutung über eine Machtdemonstration dort, kann man angesichts der oben erwähnten Tatsachen kaum zustimmen. L. M. Wenner: Arab-Kurdish Rivalries in Iraq, in: The Middle East Journal, Vol. 17, No. 1 & 2, Washington 1963, S. 68-82, 73.

¹⁴² Vgl. Jawad, 1981, S. 107.

¹⁴³ Vgl. ebd., S. 87 ff. und Dann, 1969, S. 356.

¹⁴⁴ Einzelheiten bei: D. A. Schmidt: Journey among Brave Men, Bosten 1964, S. 248-49. Vgl. ebenfalls H. al-Fekiki: Nester der Niederlage, Meine Erfahrung in der Baathpartei des Irak (Arabisch), London 1993, S. 191.

¹⁴⁵ Jawad, 1981, S. 110-11.

¹⁴⁶ Schmidt schätzte sie auf die halbe Fläche Irakisch-Kurdistan. Siehe New York Times vom 10. September 1962.

¹⁴⁷ Basler Nachrichten vom 18. Juli 1962.

¹⁴⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Januar 1963.

¹⁴⁹ Ebd. vom 9. Februar 1963. Kinnane, 1964, S. 71.

Regelung aller ungelöst gebliebenen Fragen keine Chancen ein. Bis zum Schluss beteuerte er, bei dem Kurden-Konflikt handle es sich nur um »einige Banden«.¹⁵⁰

Blutig und dramatisch endete Kassems Amtszeit am 8./9. Februar 1963, ähnlich wie sie am 14. Juli 1958 begann. Allerdings begann mit Kassems Ende das dunkelste Kapitel irakischer Geschichte.

Zusammenfassung

Der 14. Juli 1958 war unvermeidlich der Tag der Rückblicke und Ausblicke; an ihm wurde Bilanz gezogen und noch nicht Erreichtes umformuliert, in Katalogform vorgetragen. Ganz oben stand bei den Kurden der Wunsch nach Autonomie.

Mit Art. 3 der provisorischen Verfassung war eigentlich mehr als ein wichtiger Schritt in diese Richtung gemacht, in dem die Kurden mit den Arabern auf eine Stufe gestellt wurden. Doch die inkonsequente Anwendung dieser provisorischen Verfassung führte zu jener labilen Nachrevolutionsordnung, in der die ungelöste Kurdenfrage ein Symptom für die irakische Krise überhaupt darstellte und zugleich den Prozess der Diktaturherrschaft beschleunigte.

Über Kassems Kurdenpolitik wird oft spekuliert. Dieser, selbst bei den Kurden anfänglich beliebte, irakische Führer war ein Sonderfall in der irakischen Geschichte. Denn er zählte nicht zu den Diktatoren, die ihre Macht ausschließlich zur persönlichen Bereicherung und zum eigenen Ruhm ausnutzen. Dem widersprechen nicht einmal seine Gegner.

Kassems Vorgehensweise gegenüber den Kurden war in der Anfangszeit, noch bevor er sich mit den arabischen Nationalisten konfrontiert sah, eine entwickelte Form der Integrationspolitik. Er ließ die Kurden öffentlich bei politischen Ereignissen auftreten, sogar teilhaben, und duldete die Artikulation ihrer Vorstellungen und Anliegen. Offensichtlich war er im guten Glauben, dass er durch solche Verständigung mit ihnen die bestehenden Probleme regeln konnte. Die Kurden wurden weitgehend zufriedengestellt und sahen einer Verbesserung entgegen. Dadurch wurde eine Konstellation geschaffen, aus der kurze Zeit später Kassem selbst Nutzen ziehen konnte. Als die arabisch-nationalistischen Kräfte, die stärksten Gegenspieler, daran arbeiteten, ihn zu beseitigen, standen die Kurden fest auf seiner Seite.

Nachdem der General glaubte, die Fäden in Bagdad fest in der Hand zu halten, wechselte er langsam seinen Kurs. Mit seiner *'teile-und-herrsche-Politik'* versuchte er, in Kurdistan Herr der Lage zu werden und den Einfluss von Barzani zu brechen. Wahrscheinlich hatten die Bilder der 40er Jahre - Kassem war schon bei der Niederschlagung der Kurden in Zebar 1945 beteiligt und ausgezeichnet worden¹⁵¹ - seine Vorstellung über die Kurden so geprägt, dass er tatsächlich glaubte, den Konflikt militärisch lösen zu können. Er ahnte nicht, dass inzwischen auch eine relativ starke kurdische Partei existierte und in der Lage war, die kurdische Bevölkerung zu mobilisieren. Er dachte oder gab dieses nur irrtümlich an, dass die Unruhen im Norden seines Landes lediglich eine tribale Erhebung seien.

Mit dem DPK-Verbot erstickte Kassem offiziell die Stimme der Kurden in der irakischen Politik und beging gleichzeitig einen unnötigen zusätzlichen Fehler. Denn beinahe alle Parteimitglieder der DPK hatten sich aus Angst vor Repressalien der

¹⁵⁰ Christ und Welt vom 15. Februar 1963.

¹⁵¹ J. M. Mardan: Abdul-Karim Kassem, Der Anfang und Sturz (Arabisch), Bagdad 1989, S. 155 und 158.

Regierung auch ohne solche Verbote versteckt gehalten und trauten sich nicht, in der Öffentlichkeit aufzutreten. Ein solches im Grunde genommen unbegründetes Verbot bedeutete auch für die Kräfte innerhalb der kurdischen Partei, die gegen den bewaffneten Kampf waren, dass von Kassem nichts Positives mehr zu erwarten war.

Mit seiner Schuldzuweisung über die Verwicklung der Briten und Amerikaner in diesen Konflikt hat Kassem ein wichtiges Ziel erreicht. Er hetzte mit der Parole der 'imperialistischen Kollaboration der Revolte' wichtige Mächte in der Republik auf, die den Kurden gegenüber freundschaftlich eingestellt waren; zu ihnen zählte die IKP, die zwar von Kassem verfolgt wurde, aber trotzdem weiterhin jede militärische Auseinandersetzung mit der 'anti-imperialistischen' Republik verurteilte. Dieses bewirkte wiederum, dass die politischen Kräfte im Lande noch mehr auseinandergerissen wurden. Die Kurden, die den Kampf gegen Kassem aufnahmen, schafften es nicht, ihren Kampfgeist auf die anderen Fronten des Irak zu übertragen.

Kassem blieb auf der politischen Linie, die er selbst für 'richtig' erachtete; anderen Ideen war er unzugänglich. Seine letzte Verfassungsverkündung war kein Aufbruch und erst recht nicht ein Durchbruch. Folglich klafften die Meinungen und Forderungen der Konfliktparteien bei den direkten politischen Gesprächen nach Kriegsausbruch weit auseinander. Dies war nicht erstaunlich. Denn Bagdad wollte nichts von einer kurdischen Autonomie wissen. Außer einer Amnestie für die 'Rebellen' und Aufbaumaßnahmen für die durch den Krieg zerstörten Gebiete bot die irakische Regierung der kurdischen Führung nichts Handfestes an. Die Lösung der bestehenden Probleme konnte daher keine breite Grundlage finden, um den ins Stocken geratenen Normalisierungsprozess wieder in Gang zu setzen.

Nicht auszuschließen ist, dass viele Regierungsmitglieder von Kassem für eine gewaltsame Austragung des Konfliktes stimmten, weil sie, wie viele andere Machthaber, in der kurdischen Autonomie den ersten Schritt zum Separatismus fürchteten. Man zog es vor, eine kriegerische Auseinandersetzung zu riskieren, als einen Schritt zu machen, der in der Zukunft zum Verlust eigener Territorien führen könnte.

Aus vielerlei Gründen blieben bei den militärischen Operationen eindeutige 'Erfolge' aus. Die Kurden kapitulierten nicht, wie Kassem's Regierung es sich wünschte. Man konnte zwar die kurdischen Dörfer von der Luft aus bombardieren sowie den Verbänden der Aufständischen hin und wieder Niederlagen bereiten, wohl aber durch die Partisanentaktik der Kurden nie einen siegreichen Krieg führen. Nicht selten musste die Armee sogar demütigende Niederlagen einstecken. Dadurch vermehrte sich auch die Zahl der unzufriedenen Armeeangehörigen, die nun auf Kassem's Sturz warteten. Vermutungen liegen nahe, dass Kassem seine Armee nicht vollständig ausrüstete, um einen Krieg größeren Ausmaßes zu führen, weil er Angst davor hatte, dass irgendwann die Armee mit diesen Waffen in Bagdad einmarschieren würde. Der kriegerische Kurs wendete sich schließlich gegen ihn selbst.

Unumstritten ist die Einstellung der Kurden gegenüber Kassem. Sie waren bereit, seine Verbündeten zu sein, wenn er ihnen nur ein Stück Autonomie gewährt hätte.¹⁵² Aber die Frage bleibt: Warum griffen sie zu den Waffen?

Zwei Faktoren verwandelten die versöhnlichen Verhältnisse zwischen den Kurden und Kassem ins Kriegerische:

¹⁵² Nebez, 1972, S. 190. Dann schreibt über die DKP: »The party had been persuaded to remarkable restraint in its demands on the government, so that there had not as yet been occasion for serious disappointment«. Dann, 1969, S. 138.

1. Die positiven Entwicklungen nach der Geburtsstunde der Republik stagnierten zwei Jahre später vollständig. Bis August 1961 waren alle Freiheiten in einem solchen Maße eingeschränkt, dass Politik nur im Untergrund möglich war.

2. Durch Stammeskonflikte bzw. tribale Erhebungen gegen den Staat befand sich Kurdistan in einer äußerst angespannten Lage. Die Parteinahme Bagdads für die regierungsfreundlichen Fraktionen, in der Hoffnung, den Einfluss Barzanis, der den Willen der Kurden zu präsentieren vermochte, zu schwächen, entrüstete die Pro-Barzani-Kurden. Als die Appelle des Kurdenchefs zur Einstellung der Bombenangriffe auf taube Ohren stießen, war nun für die kurdische Seite, Extremisten sowie Gemäßigte, klar, dass die Zeit der Friedenspolitik längst vorbei war.

Kapitel Sieben

Die Zweite Republik und der Kurden-Konflikt

1 Die arabisch-nationalistischen Strömungen und der Kurden-Konflikt

Bei der Behandlung der Ära Kassem wurde darauf hingewiesen, dass die schwerwiegenden Fehlschläge dieses Mannes die Regierung in Bagdad in Verruf und Isolation brachten sowie deren voraussichtlichen Verfall ankündigten. Das Regime konnte jederzeit von den Kräften verdrängt werden, deren Ziele sich nur beim Sturz Kassems zu verwirklichen schienen. Aus naheliegenden Gründen kamen hierfür die Nationalisten in Frage: sie kämpften energisch um die Macht, die von Kassem monopolisiert worden war, und strebten nach der 'arabischen Einheit', die ebenfalls von ihm aus persönlichen und/oder patriotischen Gründen zurückgewiesen wurde. Verhängnisvoll für Kassem war seine Ahnungslosigkeit darüber, den Boden unter den Füßen verloren zu haben, während alle Strömungen des rechten Lagers tatkräftig Pläne für seinen Sturz schmiedeten. Einer dieser Pläne erschütterte in den Morgenstunden des 8. Februar 1963 die irakische Hauptstadt mit Bomben. Wie sich schnell herausstellte, hatte sich damit ein gewaltsamer, politischer Umsturz gegen General Kassem vollzogen. Ohne rechtliche Gerichtsverfahren wurde er zusammen mit seinen engsten Mitarbeitern im Bagdader Rundfunk erschossen.¹

Die neuen Militärmachthaber bestanden aus einer Koalition von arabisch-nationalistischen Kräften: den Baathisten, Nasseristen und Nationalisten.² Am 13. Februar gab der Außenminister Talib al-Shabib die politischen Ziele der neuen Regierung von Bagdad bekannt. Im Hinblick auf die Kurdenfrage brachte er u.a. die Absicht zur Wiederherstellung der kurdisch-arabischen Beziehungen zum Ausdruck.³ Die neue Regierung beabsichtigte ebenfalls, »das dringendste innenpolitische Problem, die *Kurdenfrage*, einer Lösung entgegenzuführen.«⁴

Ironischerweise hatten die Kurden, wie im vorherigen Kapitel kurz aufgegriffen, informelle Kontakte mit den Kassem-Umstürzern aufgenommen, bevor diese an die Macht gelangten. Es war daher nicht verwunderlich, dass die DPK unmittelbar nach diesem Machtwechsel ein Kommuniqué veröffentlichte, in dem sie dem 'Nationalrat der Revolutionsführung', der sich nach der Auflösung des Souveränitätsrates als oberste Autorität des Staates darstellte, ihre Unterstützung zusagte. Auferlegt mit den zwei Bedingungen, dass die Unterdrückungspolitik Kassems eingestellt würde und Wiedergutmachung erfolgte, gab Barzani am 14. Februar 1963 bekannt, den Aufstand einzustellen.⁵

¹ Über Kassems letzte Stunden hat Fawzi fast alle Berichte und Erzählungen in einem Buch zusammengefasst. A. Fawzi: Wo liegt die Wahrheit über den Tod Abdul-Karim Kassems .. !!? (Arabisch), Bagdad 1990.

² H. Batatu: The Old Social Classes and the Revolutionary Movements of Iraq, A Study of Iraq's Old Landed and Commercial Classes and of its Communists, Ba'athists, and Free Officers, New Jersey 1978, S. 974 ff.

³ Archiv der Gegenwart vom 17. und 18. Februar 1963, S. 10425-26.

⁴ Neue Zürcher Zeitung vom 19. Februar 1963.

⁵ Archiv der Gegenwart vom 17. und 18. Februar 1963, S. 10425-26. Der kurdischen Auslandsvertretung in Brüssel zufolge hatten die Kurden die Forderungen angemeldet: Gründung

Obleich der Sturz Kassems großes Unheil im Irak anrichtete,⁶ kam es infolge der vorausgegangenen Kontaktaufnahmen zu einer Annäherung zwischen den Kurden und Bagdad. Jalal Talabani und Salih Yusifi wurden als kurdische Delegierte am 18. Februar 1963 zwecks Verhandlungen mit einem Militärflugzeug von Kirkuk nach Bagdad gebracht. Zwei Tage später statteten sie dem Staatspräsidenten, Oberst Abdul-Salam Mohammad Aref⁷ und dem Ministerpräsidenten, Brigadegeneral Ahmad Hassan al-Bakr, einen Besuch ab.⁸ Es hatte den Anschein, dass beide Seiten auf dem richtigen Weg seien, die bestehenden Probleme friedlich lösen zu wollen. Als Geste ließen die Kurden Ende Februar alle gefangenen Soldaten frei,⁹ und schon zuvor wurden einige der 4700 inhaftierten Mitglieder und Sympathisanten der DPK von der Regierung aus ihrer Gefangenschaft freigelassen.¹⁰

Nun brachte die Regierungsseite bei den politischen Gesprächen mit den Kurden die endgültige Lösung der Kurdenfrage mit den bevorstehenden Unionsverhandlungen mit der VAR in Zusammenhang, die kurze Zeit später stattfinden sollten.¹¹ Diese Haltung war vor allem, wie Jawad nach seinem Interview mit dem Generalsekretär der Baathpartei, Ali Salih al-Saadi, feststellte, auf die unterschiedlichen Ansichten bzw. Erwartungen der neuen Verantwortlichen in Bagdad zurückzuführen:

»At this stage the Iraq government was still divided over the way to solve the Kurdish question; the officers opposed the idea of negotiations and were prepared to go to war again, while the Ba'thist civilians, headed by Sa'di, were more aware of the political repercussions and urged tact. They realised the difficulties of crushing the Revolt and decided on defeating it from within by 'infiltrating or splitting the Kurdish movement'.«¹²

einer autonomen kurdischen Regierung innerhalb der irakischen Grenzen, Abzug irakischer Truppen aus Kurdistan und gerechte Aufteilung der Erdöl-Einkünfte zwischen Bagdad und Kurdistan. Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Februar 1963 und The New York Times vom 16. Februar 1963.

⁶ Die Zeit zwischen Februar und November 1963 war die dunkelste Periode der irakischen Geschichte seit seiner Gründung. Willkürliche Verhaftungswellen, Folterungen und Terror gehörten zum Alltag der neuen Regimeanhänger. Vor allem die Kommunisten waren das Hauptziel blindwütiger Brutalität der irregulären Nationalgarde der Baathpartei, die mit der Polizei und der Armee autorisiert waren, »to annihilate anyone that disturbs the peace.« Batatu, 1978, S. 982. Selbst die Baathisten mussten später gestehen, ihre Erhebung vom 8. Februar sei, »sehr blutig« gewesen. Siehe dazu Arabische Sozialistische Ba'th Partei Irakische Region: Der politische Bericht verabschiedet vom achten regionalen Kongress, Publikationen des Informationsministeriums der Republik Irak, 1974, S. 43 (Künftig zitiert als *Der Politische Bericht, 1974*). Der 8. Februar-Putsch zeigt allerdings in extremer Weise, wohin Politik führt, die auf blindwütige Rache reduziert wird.

⁷ Über Aref wurde im vorherigen Kapitel kurz berichtet. Er hatte beim Staatsstreich vom 14. Juli 1958 führend mitgewirkt und war Befürworter der arabischen Union. Wegen eines Mordversuches an Kassem wurde er zum Tode verurteilt und später von Kassem begnadigt.

⁸ Neue Zürcher Zeitung vom 22. Februar 1963.

⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. Februar 1963.

¹⁰ Neue Zürcher Zeitung vom 22. Februar 1963.

¹¹ Schmidt, 1964, S. 253. Khadduri, 1969, S. 269. Mehr zur Frage der Union im Abschnitt 1.2 dieses Kapitels.

¹² Jawad, 1981, S. 130. Siehe auch Khadduri, 1969, S. 269 und Nebez, 1972, S. 171. Al-Fakiki's Schilderungen, der selbst damals ein hoher Funktionär der Baathpartei war, bestätigen diese Meinungsverschiedenheiten zwischen den Baathisten und Nationalisten. Al-Fakiki, 1993, S. 272-73. Vgl. auch Mohammad, 1992, S. 417.

So war vorauszusehen, dass das neue heterogene Regime am Tigris leicht über die Kurdenfrage, eine der gefährlichsten Hinterlassenschaften Kassems, stolpern konnte,¹³ denn seine versöhnliche Geste den Kurden gegenüber war eher taktisch als strategisch bedingt, wie im Folgenden ersichtlich wird.

1.1 Das Treffen von Kani Maran und die vorläufige Verständigung

Aus Verbitterung über die zwiespältige Haltung der Regierung bei den Gesprächen drohte Barzani Ende Februar damit, die Kämpfe wieder aufzunehmen und statt Autonomie Unabhängigkeit anzustreben, sollten keine handfesten Fortschritte erzielt werden.¹⁴ Daraufhin beeilte sich die Regierung und gab am 1. März eine Deklaration heraus, in der sie ohne Details oder irgendwelche Autonomiebegriffe zu erwähnen, die Verwirklichung der Rechte der Kurden garantiert haben wollte. Es hieß wörtlich:

»In recognition of the ties of brotherhood and friendship between Arabs and Kurds, the Revolution of February the eighth is determined to eliminate all ill effects of the defunct Kassemite regime by guaranteeing the rights of Kurds.«¹⁵

Diese Deklaration ähnelte Art. 3 der provisorischen Verfassung in der Ära Kassem. Es blieb ungeklärt, was mit den Rechten und Garantien gemeint war.

Um der irakischen Position Nachdruck zu verleihen und mit den Kurden über Lösungswege zu verhandeln, traf drei Tage später eine Delegation unter der Leitung des General Tahir Yahya mit drei kurdischstämmigen Politikern (zwei Minister und ein Diplomat) im Dorf Kani Maran ein, wo Barzani zu diesem Zeitpunkt residierte.¹⁶ Wenn auch Differenzen zwischen den beiden Seiten rasch sichtbar wurden, legte Barzani doch am 5. März ein Projekt als Basis zur Verhandlung vor, das neben den üblichen Forderungen nach Autonomie die Bildung einer Art 'Kurdistan-Armee' und Ansprüche auf einen Anteil von zwei Drittel der Öleinkünfte von 'Kurdistan' enthielt. Er setzte eine dreitägige Frist zur Verhandlung seines Projektes aus.¹⁷ Barzani wollte offenbar schnellstens eine Wende in der Kurdenfrage nach seinen Vorstellungen herbeiführen, bevor die neue Regierung sich in Bagdad stabilisierte.

Eine äußerst harte Reaktion auf diese aus Sicht der Regierung kräftig überzogenen Forderungen war vom irakischen Außenminister al-Shabib zu hören, als er einen Tag später sagte:

»Es geht nicht darum, den Kurden Autonomie zu gewähren. Es bedeutet schon viel, mit einem Gesetzlosen zu verhandeln, der ja im übrigen auch gar nicht von allen Kurden unterstützt wird. Wenn General Barzani keine Kompromissbereitschaft zeigt, werden wir nicht mehr lange brauchen, um die Rebellion ein für allemal zu vernichten.«¹⁸

¹³ Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 28. Februar 1963. Khadduri schildert die Folgen des Krieges in Kurdistan auf die politische Lage im Irak und meint, dass dieser Krieg »may be regarded as one of the important causes of Qasim's fall.« Khadduri, 1969, S. 181.

¹⁴ Ebd., S. 269. Kutschera, 1979, S. 230-31.

¹⁵ Schmidt, 1964, S. 254.

¹⁶ Ebd., S. 255. Ibrahim, 1983, S. 496.

¹⁷ Siehe den vollständigen Text bei al-Durra, 1963, S. 177-78 und D. Adamson/G. Fat-Hullah: Der Kurden-Krieg und die Spaltung von 1964 (Arabisch), Stockholm 1990, S. 341-42. Adamsons Werk *The Kurdish War* wird in diesem Buch von Fat-Hullah ins Arabische übersetzt. Der Übersetzer widmet die ersten 82 Seiten dieses Buches der Spaltung der DPK im Jahr 1964 durch eine bemerkenswerte Analyse der damaligen Ereignisse.

¹⁸ Le Monde vom 16. April 1963.

Aus Barzanis Forderungen zogen die Herrscher in Bagdad den Schluss, dass Barzani begonnen hatte, sich als »a real power in Iraqi politics« zu betrachten »and that they were only encouraging his ambitions by dealing with him on an official and equal footing.«¹⁹ Daher verwehrten sie ihm die Möglichkeit der gleichberechtigten Partnerschaft und beschlossen, diesbezüglich eine völkische Kontaktdelegation aus einigen irakischen Politikern zu bilden, um einerseits Barzani zur Mäßigung seiner Forderungen zu überreden, andererseits Zeit für die Reorganisation der Armee zu gewinnen.²⁰ Doch gelangten die gegnerischen Parteien am 7. März 1963 zu einer Einigung über folgende sechs Punkte:

1. Anerkennung der nationalen Rechte des kurdischen Volkes auf der Basis der Selbstverwaltung 'al-Idare al-Thattiya' und deren Verankerung in der Verfassung. Deren Realisierung sollte von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe erklärt werden, die sofort ihre Tätigkeit aufnehmen sollte;
2. allgemeine Amnestie und Freilassung der Inhaftierten;
3. Säuberung der Staatsapparate von Beamten, die ihre Aufgaben im Norden missbraucht hatten;
4. Aufhebung der verhängten Beschlagnahmung des Eigentums der Beteiligten an der kurdischen Revolution;
5. sofortige Aufhebung der Wirtschaftsblockade gegen Kurdistan und
6. als Geste des guten Willens sollte mit dem Rückzug von Militäreinheiten aus Kurdistan in ihre ständigen Standorte begonnen werden.²¹

Der Nationalrat der Revolutionsführung hob zuerst die verhängte Wirtschaftsblockade auf und erließ eine Amnestie. Schließlich stimmte er zur Verwirklichung der nationalen Rechte der Kurden am 11. März dem Grundsatz der Dezentralisierung zu.²²

Einen Tag später gab der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister, Ali Salih al-Saadi, in Damaskus, nach seinen dreitägigen Besprechungen über eine Dreier-Union zwischen Syrien, dem Irak und der VAR, bekannt, dass die zugestandenen Rechte an die Kurden keine Autonomie sei, sondern die Regierung wolle allen 14 Regionen des Landes größere Selbstverwaltungsbefugnisse gewähren.²³ Damit spielte al-Saadi mit Recht die Bedeutung dieses ersten Schrittes in Richtung einer friedlichen Beilegung des Kurden-Konfliktes entschieden herab und beabsichtigte damit, die Stärke seiner Regierung zu demonstrieren.

Die DPK sah diesen Entwicklungen nicht tatenlos zu. Sie handelte ebenfalls. In einer Konferenz zwischen dem 18. und 22. März in der Kleinstadt Koya mit ca. 2000 Anwesenden, die alle Schichten und Gruppierungen von Irakisch-Kurdistan repräsentieren sollten,²⁴ debattierten die Kurden den Status Quo und die zu stellenden Forderungen an die Regierung. Zu diesem Zweck wurde ein siebenköpfiges

¹⁹ Jawad, 1981, S. 135.

²⁰ So das wahre Ziel der Delegation, wie einer seiner Mitglieder Jawad preisgegeben hat. Ebd. Vgl. hierzu auch Nebez, 1972, S. 171.

²¹ Al-Durra, 1963, S. 171. Adamson/Fat-Hullah, 1990, S. 343.

²² Den Text bei al-Durra, 1963, S. 180. Siehe auch Schmidt, 1964, S. 258.

²³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. März 1963.

²⁴ Mit dieser Konferenz suchte man auch, die Differenzen zwischen der DPK und den Stämmen zu bewältigen. Schmidt, 1964, S. 260.

Verhandlungsteam gebildet.²⁵ Ende März traf die kurdische Delegation, an ihrer Spitze Talabani, in Bagdad ein, wo sie tagelang von den Verantwortlichen, die sich mit den Unionsverhandlungen beschäftigten, hingehalten wurde, bis es zu einem Treffen auf hoher Ebene kam.²⁶

1.2 Die Frage der Union mit der VAR

Die ersten Ankündigungen der neuen Herrscher bedurften keiner weiteren Erklärungen, welchen Grundsatz sie zu verwirklichen suchten. Schon am 11. März gab al-Shabib die politischen Ziele der 'Revolution' bekannt, u.a. »neue Bemühungen um die arabische Solidarität zu stärken und die arabische Einheit zu verwirklichen.«²⁷ Der Staatspräsident präzisierte diese Bemühungen um weitere Punkte: »Einheit, Freiheit und Sozialismus im Rahmen des Islam«. Er fügte in seinem Interview mit der ägyptischen Nachrichtenagentur MEN hinzu, dass das Endziel die Herstellung der Einheit aller Araber im Rahmen einer großen arabischen Nation sei.²⁸ Schon deshalb und unter dem Vorwand der Unionsverhandlungen mit der VAR, wie zuvor angedeutet, schob das neue Regime bei den ersten Verhandlungsrunden mit den kurdischen Unterhändlern die endgültige Lösung der Kurdenfrage hinaus.

Die Unionsfrage, die bereits in der Zeit Kassems eine schwere Niederlage erlitten hatte, als Syrien nach einem Machtwechsel im Januar 1961 seine Mitgliedschaft in der VAR kündigte, wurde durch die baathistisch-nationalistische Machtübernahme vom 8. Februar wiederbelebt und erhielt genau einen Monat später nach der Machtergreifung der Baathisten in Syrien kräftige Impulse.²⁹

Vor der Aufnahme der offiziellen Unionsverhandlungen besuchte eine irakische Delegation in Begleitung der kurdischen Vertreter Talabani und Fuad Aref, der letztgenannte war kurdischer Minister im irakischen Kabinett, Kairo zum Jahrestag der VAR.³⁰ Offenbar hatten die beiden Konfliktparteien zumindest einen Hoffnungsschimmer auf eine Lösung nach ihren eigenen Vorstellungen durch die Vermittlung des angesehenen ägyptischen Präsidenten Nasser. Denn nach Schilderungen des damaligen ägyptischen Botschafters Amin Huwedi, der die Delegation begleitete, bat einerseits al-Saadi, der irakische Delegationsleiter, Nasser u.a. darum, zur Lösung der Kurdenfrage bei den Kurden, die auf eine Autonomie bestanden, zu intervenieren. Es scheint hier folgerichtig zu sein, dass Bagdad offensichtlich den Kurden keine Autonomie zugestehen wollte. Jedenfalls versprach Nasser, alles zu unternehmen, um die Spannungen zwischen den beiden Kontrahenten zu lockern. Sein Versprechen löste er tatsächlich ein, so Huwedi.³¹ Andererseits forderten die Kurden, sich bei diesem Besuch in Kairo allein mit

²⁵ Ebd., S. 258-60. Al-Durra, 1963, S. 180-81. Schon während die Konferenz tagte, gab es einige Zwischenfälle in der Nähe von Kirkuk und Qush. Schmidt, 1964, S. 259.

²⁶ Ebd., S. 259. Khadduri, 1969, S. 272.

²⁷ Archiv der Gegenwart vom 17. Februar 1963, S. 10425.

²⁸ Ebd. vom 18. Februar 1963, S. 10426. Siehe auch Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Februar 1963.

²⁹ A. Hottinger: Kairo, Damaskus, Bagdad im labilen Gleichgewicht, Ein weiteres Jahr erfolgloser Einheitsbestrebungen, in: Europa-Archiv, Folge 16, Bonn 1964, S. 595-604. 595 ff. Siehe auch Archiv der Gegenwart vom 15. März 1963, S. 10465.

³⁰ Neue Zürcher Zeitung vom 28. April 1963. Die kurdische Delegation reiste auf Wunsch des Ministerpräsidenten al-Bakr nach Kairo, um Rat bei Nasser zu holen, Mohammad, 1992, S. 417.

³¹ A. Huwedi: Ich war Botschafter im Irak 1963-1965 (Arabisch), Kairo 1983, S. 18-19. Vgl. al-Fakiki, 1993, S. 287.

Nasser zu treffen und sagten zu ihm, wie Nasser in einem persönlichen Brief an den in Jemen weilenden ägyptischen Feldmarschall Abdul-Hakim Amir schreibt: sie »vertrauen keinen Versprechungen der Regierung, nur dann wenn ich [Nasser selbst] persönlich die Erfüllung dieser Versprechungen garantiere.«³²

In seinem Vereinigungskonzept hielt Nasser eine bloße politische Union für unzureichend. Sein Botschafter im Irak schilderte dieses Konzept folgendermaßen:

»[...] die Beteiligung aller Parteien und anderer nationaler Gruppierungen im Irak und Syrien an der politischen Führung auf der Unionsebene, Regionalebene sowie in der politischen Praxis als Garant gegen jeglichen Separatismus.«³³

Gerade aus diesem Grund dürfte Nasser mit den Kurden sympathisiert haben. Er appellierte ständig für Frieden und sah eine Selbstverwaltung als Lösungsmöglichkeit für die Kurdenfrage.³⁴ Hierauf reagierten die Baathisten, die die Mehrheit in der Bagdader Regierung bildeten und sich nach der baathistischen Machtübernahme vom 8. März in Syrien stärker fühlten, besonders empfindlich. Ob es am Opportunismus ihrer Führer lag, mit anderen die erlangte Macht nicht zu teilen, oder ob Nasser ihren Vorstellungen als Präsident der Republik nicht entsprach,³⁵ ist für diese Arbeit irrelevant. Relevant ist jedoch, dass sie nun gegen eine sofortige Vereinigung waren. Sie brachten die Kurdenfrage und die historisch belastete Beziehung mit Ägypten immer wieder als Argument bei den Unionsverhandlungen vor.³⁶ Den Kurden gegenüber versicherten sie fortwährend, dass eine arabische Union keine Bedrohung für sie bilden würde,³⁷ ohne ihnen irgendein Mitspracherecht bei den Verhandlungen zu gewähren.

Die arabischen Unionsverhandlungen schufen daher eine neue Konstellation. Die Kurden mussten Brücken bauen, ohne in einem eventuellen großarabischen Staat ihre

³² Haikal, Bd. 1, 1988, S. 681. Originalbrief auf S. 933. Nasser beendet diesen Abschnitt seines Briefes mit dem Satz »Anzumerken ist, dass die Regierung der Lösung ausweicht.« Zur Illustration der Vernebelungstaktik der Iraker bei den Verhandlungen mit den Kurden mag das Vergleichen folgender zwei Aussagen genügen. Der ägyptische Präsident erzählt weiter in seinem oben zitierten Brief, dass der irakische Verteidigungsminister S. M. Ammash, ihm mitgeteilt hat, »der Nationalrat hat entschieden, dass es unabwendbar sei, dass wir jeder Lösung des Problems der Kurden zustimmen müssen.« Ebd. »At one session Ammash,« erzählt Schmidt, »holding a finger to his neck, declared: "By God, Gamal Abdel Nasser would break our neck if we agreed to your demands." When Talabani insisted that Nasser had agreed to the principle of self-rule and would approve of any solution on which the two parties agreed, Ammash and Saadi replied that Nasser "talked one thing with you and another with us."« Schmidt, 1964, S. 256.

³³ Huwedi, 1983, S. 83. Vgl. auch Haikal, Bd. 1, 1988, S. 689-99.

³⁴ Siehe z.B. Khadduri, er schreibt: »According to Talibani's account, Nasir seems to have appreciated the Kurdish position and advised the acceptance of Kurdish autonomy.« Khadduri, 1969, S. 269. Vgl. ebenfalls Schmidt, 1964, S. 264. Dennoch erschien Nassers spätere Einstellung zur Kurdenfrage, wegen ihrer neutralen Zurückhaltung nach dem Ausbruch der Kampfhandlungen, die in Bagdad großes Misstrauen auslöste, wie Huwedi (1983, S. 120) ausführt, eher als eine suspekta Rückenstärkung für die Kurden. Diese Meinung vertreten mehrere Quellen: Neue Zürcher Zeitung vom 18. Juni 1963; Die Welt vom 15. Juni 1963; Nebez, 1972, S. 179. Im Zeitalter des gestärkten Panarabismus haben die Araber, Nasser eingeschlossen, nur ungern Stellung gegen die syrischen und irakischen Kampagnen gegen die Kurden bezogen. Siehe auch Abschnitt 2.6 dieses Kapitels.

³⁵ Vgl. Huwedi, 1983, S. 57; Haikal, Bd. 1, 1988, S. 698-99.

³⁶ Huwedi, 1983, S. 17-18, 48, 55 ff. Zu den Schwankungen der baathistischen Unionspolitik siehe Die Nationalen Werke von Sati al-Husari (15): Regionalismus, seine Wurzeln und Samen, Von A. S. al-Husari (Arabisch), Sonderausg., Beirut 1985, S. 43-47 und 62-66.

³⁷ Siehe al-Fakiki, 1993, S. 289.

Identität einzubüßen.³⁸ Aufgrund der Abwesenheit jeglicher kurdischer Vertreter am Verhandlungstisch blieb ihnen nichts anderes übrig, als den Delegationen der beteiligten Staaten am 8. April 1963 ein Memorandum zu überreichen, worin sie ihre Einstellung zu den arabischen Unionsfragen erklärten und die mögliche Gestaltung der zukünftigen Struktur der Beziehungen aus ihrer Sicht wie folgt formulierten:

- Bleibe der Irak unverändert in seiner politischen Form, so blieben die Forderungen der Kurden in der Durchsetzung der erst kürzlich vom Irak erklärten Dezentralisierung zur Lösung der Kurdenfrage bestehen.
- Beim Anschluss des Irak an eine arabische Föderation, sollten die Kurden eine vollständige Autonomie erhalten.
- Im Falle einer vollständigen Vereinigung sollte das kurdische Volk im Irak eine mit dem vereinigten Staat verbundene Provinz bilden, in der Form, die seine Existenz bewahren und gleichzeitig den Separatismus ausschließen würde.³⁹

Reaktionen auf dieses Memorandum blieben aus. Es liegt nahe, dass sich die Iraker während der Unionsverhandlungen in Kairo durchgesetzt hatten, die Kurdenfrage alleine ihnen zu überlassen.⁴⁰

Die Unionsverhandlungen endeten, ohne dass ein einziges Wort über die Angelegenheit der Kurden erwähnt wurde - eine Bestätigung dafür, dass Kairo seine Priorität in erster Linie auf die arabische Union setzte und weniger auf die innere Stabilität der Mitgliederstaaten. Dass diese Politik zum Scheitern verurteilt war, zeigte sich wenige Monate später. Zwar wurde eine grundsätzliche Einigung am 17. April 1963 unterzeichnet, die die Schaffung einer Föderation vorsah, in der die drei Staaten Ägypten, Irak und Syrien als gleichberechtigte Partner in der VAR galten.⁴¹ Aber schon im Mai spitzten sich die Machtkämpfe in Syrien und im Irak zwischen den Baathisten und den Nasseristen zu.⁴² Mit dem zahlreichen Ausscheiden der Letzteren aus der Regierungsmacht⁴³ wurde das Schicksal der VAR zunächst besiegelt, bis Nasser Ende Juli öffentlich erklärte, dass die Verwirklichung dieser Union unmöglich sei.⁴⁴

1.3 Die Lösungsmodelle der Konfliktparteien

Nun zurück zu den Kurden-Bagdad-Verhandlungen. Die kurdische Delegation gab am 10. April 1963 eine ausführliche Erklärung über die endgültige Regelung der Kurdenfrage heraus,⁴⁵ die drei Tage später bei den Verhandlungen mit Bagdad auf ein klares 'Nein' stieß.⁴⁶ Eine leicht abgeänderte Form dieses abgelehnten Projektes legten die

³⁸ In dem Verfassungsentwurf des Dreier-Bundesstaates waren die kurdischen Forderungen in der Tat unberücksichtigt geblieben. Beispielsweise gab es in diesem Staat nur die arabische Nation, und die innere Sicherheit gehörte zu den bundesstaatlichen Vollmachten etc. Siehe den Text bei Huwedi, 1983, S. 95-98 und die Buchbeilagen.

³⁹ Al-Durra, 1963, S. 191-92. Talabani, 1971, S. 321-23.

⁴⁰ Vgl. Vanly, 1970, S. 188.

⁴¹ Archiv der Gegenwart vom 17. April 1963 S. 10522-24. Diese Vereinbarungen wurden zwei Wochen später von den Mitgliedstaaten ratifiziert. Ebd. vom 24. April. 1963, S. 10538.

⁴² Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Mai 1963.

⁴³ Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 27. Mai 1963. Hottinger, 1964, S. 597-98.

⁴⁴ Siehe Archiv der Gegenwart vom 28. Juli 1963, S. 10718.

⁴⁵ Der Text befindet sich bei al-Durra, 1963, S. 182-86. Eine englische Fassung liefert Adamson, 1964, S. 211-15 und Vanly eine französische (1970, S. 369-73).

⁴⁶ E. Ghareeb: The Kurdish Question in Iraq, New York 1981, S. 63. Immerhin muss man Ibrahim zustimmen, wenn er schreibt, dass die April-Verhandlungen »als erste detaillierte Interpretation für

Kurden am 25. April vor, das nun aus 8 Paragraphen und 16 weiteren allgemeinen Paragraphen bestand. Denen zufolge sollte der Irak nach § 1 ein vereinigter Staat der Kurden und Araber seien, die gleichberechtigt sind und sich gemäß des Selbstbestimmungsrechtes zum Zusammenleben entschieden hätten. Die Verfassung enthielt Bestimmungen für ein hohes gesetzgebendes Organ für die Republik, den Präsidenten der Republik und die Regierung. Sie enthielt nach § 2 Bestimmungen für ein spezifisches Organ zwecks der legislativen, exekutiven und judikativen Angelegenheiten der Region Kurdistans. Zu dem Kompetenzbereich der Zentralregierung in § 3 zählten Außenpolitik, Verteidigung, Finanzpolitik, Erdöl etc. § 4 definierte die Praktizierung der kurdischen Autonomie über die von den Einwohnern Kurdistans frei gewählten legislativen und exekutiven Organe, die für Justiz, Inneres, Bildung, Gesundheit, Agrarwirtschaft, Kommunalverwaltung, Arbeit und Soziales, Bauwesen und Tourismus zuständig waren. Darüber hinaus fielen in den Verantwortungsbereich alle anderen Angelegenheiten, die die Entwicklung des Landes betrafen und nicht zu den Kompetenzbereichen der Zentralregierung gehörten. Das legislative Organ war bevollmächtigt, Gesetze zu verabschieden, den Präsidenten des exekutiven Rates zu wählen, die Vertrauensfrage an diesen Rat auszusprechen und ihm das Vertrauen zu entziehen. Das exekutive Organ war das ausführende Organ für die vom legislativen Organ verabschiedeten Gesetze sowie für die Gesetze der Zentralregierung soweit sie Kurdistan angingen. Dieser Rat stellte Beamte in der Region ein und war vor dem legislativen Rat für seine Taten verantwortlich. Gemäß der Relation der Einwohnerzahl Kurdistans zur Gesamtbevölkerung im Irak sollte Kurdistan der entsprechende Anteil von den Gesamteinnahmen zukommen, so zur Finanzfrage in § 5. Die Grenzen Kurdistans umfassten laut § 6 die Liwa⁴⁷ Sulaimani, Kirkuk, Arbil sowie die Verwaltungsbezirke in Diyala und Mossul, die eine Mehrheit der Kurden aufwiesen. Der irakische Vizepräsident werde ein vom Volke Kurdistans frei gewählter Kurde sein, besagte § 7, während § 8 die Rechte der ethnischen und religiösen Minderheiten in Kurdistan (Turkmenen, Assyrer, Armenier etc.) schützte. Die allgemeinen Paragraphen befassten sich mit der Stellung der Kurden in den staatlichen Organen, den Militärangelegenheiten und der Handhabung der Staatsangehörigkeitsfragen nach einer eventuell erfolgten Union mit der VAR. Im Falle einer Änderung der irakischen Präambel sollte ein Merkmal für die Kurden hinzugefügt werden. Insgesamt wurde eine entsprechende Präsentation der Kurden in Parlament, Regierung, Ministerien, sowie die Aufnahme der aus Kurdistan stammenden Studenten bei allen Hochschulen angestrebt und die Bewegungsfreiheit des Militärs in Kurdistan mit der Zustimmung der Autonomieorgane verknüpft.⁴⁸

Erhebliche Differenzen taten sich bei den Verhandlungen auf, die jeden positiven Ausgang blockierten. Hält man das aufgeführte Modell der Kurden mit dem von der Regierung einseitig am 1. Juni verabschiedeten Dezentralisierungsgesetz prüfend nebeneinander, so findet man beinahe keine Übereinstimmungen zwischen den beiden Modellen. Das Regierungsgesetz teilte das ganze Land in sechs Verwaltungsprovinzen, die unter der Aufsicht Bagdads ein geringes Maß an Selbstbestimmungsrecht erhielten,

die Selbstverwaltung seit der Entstehung des Irak betrachtet werden« können. Ibrahim, 1983, S. 501.

⁴⁷ *Liwa* ist eine irakische Verwaltungseinheit, die mehrere Bezirke umfasst.

⁴⁸ Der Text lässt sich bei al-Durra, 1963, S. 192-98 nachlesen sowie bei Adamson, 1964, S. 208-11. Zusammenfassungen werden bei fast allen Quellen dargelegt.

die aber gleichzeitig leicht von ihm einzuschränken bzw. aufzuheben waren. Die Kurdenfrage, der eigentliche Anlass dieses Gesetzes, wurde nur noch am Rande behandelt. Die Grenzen der Sulaimani-Provinz umfassten Sulaimani, Duhok und Arbil mit nur einem Bezirk von Kirkuk. Das Arabische und Kurdische waren die offiziellen Sprachen. Bis zur 9. Klasse war Kurdisch die Schulsprache in dieser Provinz.⁴⁹

Die Standpunkte der Konfliktparteien lagen also weit auseinander. Das Kurdenprojekt sah eher die Bildung eines vereinigten und im Grunde genommen föderalen Staates für die beiden Völker auf demokratischer Basis vor, während die arabischen Machthaber eine dezentrale provinzielle Verwaltung für das ganze Land vorschlugen bzw. durchführen wollten, in der die kurdische Sprache neben dem Arabischen in der Sulaimani-Provinz - man vermied, diese Provinz Kurdistan zu nennen - anerkannt wurde. Mit anderen Worten: Die von der Regierung in Aussicht gestellte Regelung kam einer Art von Verwaltungsreformen gleich und befasste sich zuwenig mit einer grundsätzlichen Beilegung der Kurdenfrage.

Unzählige Streitfragen stellten sich und blieben völlig offen, von den territorialen Fragen⁵⁰ (siehe Karte 6), der Form der Verwaltungsorgane in Kurdistan, der Finanzfrage, der Beziehung zwischen dem Zentralstaat und Kurdistan, der Stellung der Kurden im Staat bis hin zur Demokratiefrage. Man kann mit Entschiedenheit sagen, dass sich die Verhandlungsparteien zu keinem der oben genannten Punkte einigen konnten - ein erstaunliches und erklärungsbedürftiges Ergebnis der ersten politischen Gespräche zwischen Kurden und Bagdad. Sucht man diese Tatsache aufzuklären, so muss man sich mit der Herkunft und den Zielsetzungen der Handelnden in Bagdad auseinandersetzen:

1. Das neue Regime war durch einen blutigen Militärputsch an die Macht gekommen, um sich der Herrschaft in der Republik zu bemächtigen. Jedes Zugeständnis an die Kurden hätte, aus bekannten Gründen, das Einbüßen an der eigenen politischen Macht bedeutet.
2. Angesicht der Tatsache, dass die meisten neuen Machthaber aus den Reihen der Armee stammten, waren sie, in manchen Zügen ähnlich wie ihre Vorgänger, militaristisch eingestellt. Gesicherte Kenntnisse liegen darüber vor, dass der gewaltsamen Lösung von Beginn an Vorrang eingeräumt wurde.⁵¹ Daher dürften sie in den Verhandlungen zwei Ziele verfolgt haben:
 - a) den Kurden den eigenen Willen eventuell diplomatisch aufzuzwingen und
 - b) Zeit zur Vorbereitung einer großen Offensive zu gewinnen.

⁴⁹ Siehe den Text bei al-Durra, 1963, S. 199-202.

⁵⁰ Über Grenzstreitigkeiten führt Edmonds folgendes aus: »[...] the Kurds have found the scheme unacceptable is that it ignores completely the presence of large homogeneous Kurdish majorities in the greater part of the *liwa* of Kirkuk, in a large part of the *liwa* of Diyala in the proposed Region of Baghdad, and in two *qadas* of Mosul, Sinjar and Shaykhan, which have not been included in the proposed new *liwa* of Dihok.« C. J. Edmonds: The Kurdish War in Iraq: A Plan for Peace, in: The Journal of the Royal Central Asian Society, Vol. LIV, London 1967, S. 10-23. 16-17.

⁵¹ Nach eigenen Angaben wurde der ägyptische Botschafter Huwedi in Bagdad während der Verhandlungen vom irakischen Außenminister in einem vertrauten Gespräch davon in Kenntnis gesetzt, dass all diese Bemühungen nutzlos seien. »Sie konzentrieren ihre Kräfte im Norden und werden einen völlig anderen Plan als die von Abdul-Karim Kassem verfolgten Pläne durchführen.« Huwedi, 1983, S. 33. Der ägyptische Botschafter berichtet auf Seite 107 seines Buches über massive Truppenbewegung im Norden vor Kriegsausbruch. Präsident Aref hatte mit Baathführern von Anfang an Vorbereitungen für eine blitzkriegähnliche Großoffensive als erfolgreiches Mittel in Aussicht gestellt und befürwortet. Al-Fakiki, 1993, S. 272-73.

3. Die Nachfolger Kassem waren arabisch-nationalistisch bis chauvinistisch orientiert. Sie sahen sich der arabischen Einheit mehr als anderen Dingen verpflichtet. Konzessionen jeglicher Art an die Kurden begriffen sie als Vorzeichen für einen unannehmbaren Separatismus bzw. den Verlust von 'arabischem' Land sowie von Macht.

Ihrerseits dürften die Kurden die instabile Lage in Bagdad erkannt haben. Die Regierungsapparate hatten alle Hände voll damit zu tun, ihre Gegner (die Kommunisten) zu beseitigen. Darum hatten die Kurden ihre Rechte und Interessen in vollem Umfang mit der Hoffnung in Anspruch genommen, bei den Verhandlungen möglichst wenig vor dem Druck der Regierungsseite zurückzuweichen.

Überdies war der Erlass des Kurdischen bis zur 9. Schulklasse keine besondere Neuigkeit. Die kurdischen Distrikte sollten eigentlich laut monarchistischer Verfassung seit 1931 unter dem Gesetz der lokalen Sprachen stehen. Denn der Irak verpflichtete sich vor dem Völkerbund, sich stetig an diesen Grundsatz zu halten. Das war eine Bedingung für seine Souveränität, was im ersten Teil dieser Arbeit angedeutet wurde.

1.4 Das Wiederaufflammen des Krieges

Mit ihren unterschiedlichen Vorstellungen von einer Konfliktlösung gingen die Parteien, die ständig voreinander auf der Hut waren, völlig aneinander vorbei. Eine Annäherung der Standpunkte gelang, wie schon angedeutet, nicht. Dadurch lenkte die neue Ära ihre Wege bald wieder in die alten Bahnen. Der eingetretenen viermonatigen Kampfpause einschließlich der gescheiterten Verhandlungen folgte eine gravierende Eskalation bis hin zum Krieg. Damit trat der Kurden-Konflikt in ein neues tragisches Stadium.

Die Militärbefehlshaber waren der Auffassung, dass Kassem keinen entscheidenden Militärschlag gegen die Kurden geführt hatte, um die Kurdenfrage endgültig zu beenden. Mit seiner Kriegsführung gegen die Kurden hatte er hauptsächlich die Streitkräfte aus Angst vor einem Militärputsch von der Hauptstadt ferngehalten.⁵² Das Unerreichte, die Kurden militärisch zu besiegen, sollte daher mit einer großangelegten Offensive erzielt werden. Denn von Beginn an war, wie erwähnt, die militärische Eskalation keineswegs gebannt.

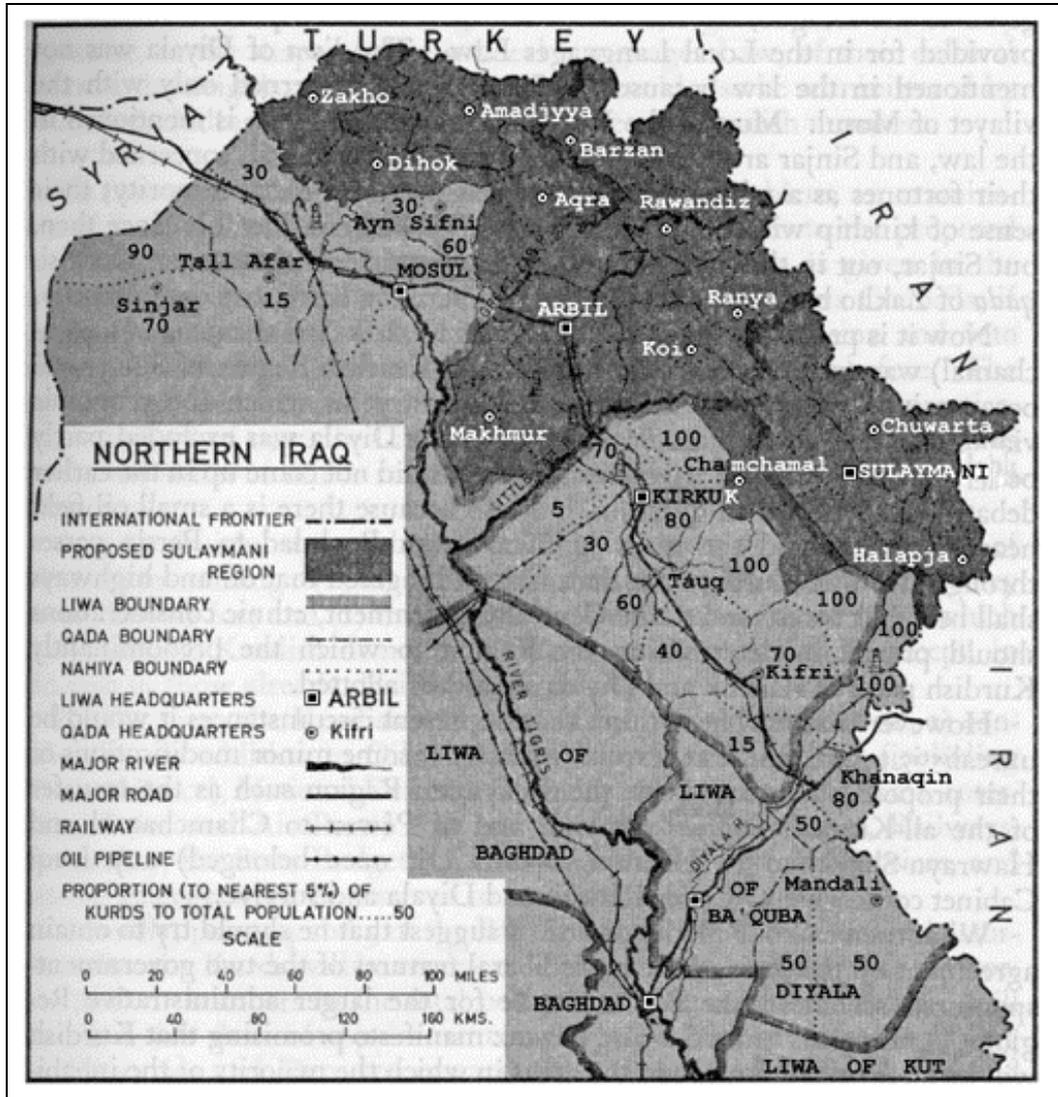
Zehn Tage nach der Verabschiedung des Dezentralisierungsgesetzes, also am 10. Juni 1963, wurde die kurdische Verhandlungsdelegation in Bagdad verhaftet⁵³ und ein Kommuniqué von der Regierung herausgegeben, in dem die Rede war von der, mit Imperialisten und Zionisten verbündeten, »separatistischen und reaktionären Gruppe«.

⁵² Kutschera, 1979, S. 236-37.

⁵³ Siehe Nebez, 1972, S. 171; Kutschera, 1979, S. 237 und O'Ballance, 1973, S. 103. Vgl. Mohammad, 1992, S. 419-20. Der Autor war selbst ein Mitglied der kurdischen Delegation. Wenige Tage später stellten die Kurden nach der Freilassung der Delegierten die Bedingung für jegliche Verständigung. Ebd. S. 424 und 427-28. Die Namen der in Kirkuk inhaftierten Delegationsmitglieder sind bei Fat-Hullah aufgeführt. Fat-Hullah, 1998, S. 37.

Karte 6 Nord-Irak und der prozentuale Anteil der kurdischen Einwohner in den umstrittenen Gebieten

Quelle: Edmonds, 1967, S. 17 (Überarbeitung von Erik Prüter).



Diese amtliche Verlautbarung listete 23 gesetzwidrige Handlungen bzw. Zwischenfälle dieser Gruppe als Beleg für ihre »separatistischen Anstreben« und »das Unterminieren der friedlichen Bemühungen« auf. Darüber hinaus wurde dieser 'Gruppe' ein 24stündiges Ultimatum zur Aufgabe gestellt und alle nördlichen Gebiete zu Operationsgebieten erklärt.⁵⁴

Die Regierung brachte belastendes Material gegen die Kurden vor und schwärzte sie mehr oder weniger in der Öffentlichkeit an. Hierzu gab man dieser Kampagne den gewünschten Dreh. Das Kommuniqué rückte bewaffnete Mitglieder der DPK-Verbände in den Dunstkreis krimineller Elemente. Es blieb die Frage, ob es tatsächlich nur diese vermeintlichen Überschreitungen waren, die die Regierung zu einem Krieg großen Ausmaßes veranlassten, wie aus dem Kommuniqué hervorging.

Die Antwort auf diese Frage gab al-Saadi fünf Tage nach Kriegsausbruch auf einer Pressekonferenz. Er sagte: »Wir geben ihnen [den Kurden] einen Inch, sie verlangen aber ein ganzes Yard.«⁵⁵ Es handelte sich also um das Entgegenkommen der Regierung zu den kurdischen Forderungen und weniger um die Herstellung von Ruhe und Ordnung im Norden des Landes. Mit dem »Inch« meinte al-Saadi gewiß den Erlass seiner Regierung über den Gebrauch des Kurdischen bis zur 9. Schulklasse.

Wesentlich grausamer flammte diesmal der alte Unruheherd am 10. Juni 1963 auf.⁵⁶ Die Drohung der Regierung, streng vorzugehen, wurde Realität. Der Präsident leitete selbst die Militäroperationen, bei denen dreizehn der sechzehn irakischen Brigaden im Norden des Landes konzentriert waren. Das Verteidigungsministerium ordnete seinerseits die Mobilisierung aller jungen Iraker im waffenfähigen Alter an.⁵⁷ Damit signalisierte die irakische Führung die Entschlossenheit und die Bereitschaft, den Konflikt mit Konsequenz zum Äußersten zu treiben. Außerdem wurden die eingesetzten Armeeeinheiten bei diesen Operationen von den unter dem Namen Fursan 'Ritter' organisierten, irregulären arabischen und kurdischen Pro-Regierungsstämmen gestärkt.⁵⁸ Das war eine äußerst gefährliche Entwicklung, deren Auswirkung bei Ibrahim wie folgt geschildert wird:

»Rassische, politische und tribale Motivationen waren voneinander nicht mehr zu trennen. Viele Stämme nahmen [...] die Möglichkeit ihrer Organisierung als "Fursân" zum Anlaß, die tribalen Konflikte im Rahmen des Kurdenkrieges zu lösen.«⁵⁹

Überraschend war diese dramatische Entwicklung für die Kurden jedoch nicht. Schon zuvor wurden sie durch die Wirtschaftsblockade seitens Bagdad alarmiert.⁶⁰ Die

⁵⁴ Al-Durra, 1963, S. 244-50.

⁵⁵ Nebez, 1972, S. 172-73.

⁵⁶ Zum Vorgehen der Baathisten gegen die Kurden siehe Hottinger, 1965, S. 472.

⁵⁷ Neue Zürcher Zeitung vom 14. Juni. 1963. Einzelheiten der Kampfhandlungen bei O'Ballance, 1973, S. 104 ff.

⁵⁸ Ghareeb, 1981, S. 66. Die anfänglichen Militärerfolge veranlassten den Verteidigungsminister Ammash auf einer Pressekonferenz am 2. Juli seinen berühmten Satz zu formulieren: »I do not consider this a war. It is a national picnic by the Army assisted by civilians to put an end to these gangs.«. Kinnane, 1964, S. 76.

⁵⁹ Ibrahim, 1983, S. 504-05.

⁶⁰ Siehe Khadduri, 1969, S. 272 und Ghareeb, 1981, S. 65.

'Militärdemonstrationen' auf den Straßen von Kirkuk und Sulaimani in der ersten Juniwoche ließen erahnen, was ihnen bevorstehen würde.⁶¹

Parallel zum Beginn der Militäroperationen startete Bagdad damit, strategisch bedeutende, nicht-arabische Gebiete systematisch zu arabisieren,⁶² um die absolute Mehrheit der Kurden in diesen Gebieten zu mindern und um zugunsten der Araber neue demographische Tatsachen zu schaffen.

Die aggressive Vorgehensweise verlief nach einer sorgfältig geplanten Programmatik, die langfristige Ziele zu verwirklichen suchte:

- In wirtschaftlich-strategischer Hinsicht wurden alle den Erdölquellen naheliegenden kurdischen Dörfer dem Boden gleichgemacht.
- Im Hinblick auf die ethnische Landkarte begann man damit, zahlreiche kurdische Dörfer, die an den kurdischen Grenzen lagen, zu deportieren und sie unmittelbar mit Arabern zu besiedeln.
- Bezogen auf das Personal betrieb man ebenfalls eine antikurdische Politik. Vor allem in Kirkuk wurden zahlreiche kurdischstämmige Beamten und Arbeiter versetzt.⁶³

Die neuen Machthaber am Tigris konnten bei der Bekämpfung der Kurden fest mit der unmittelbaren Unterstützung aller Nachbarländer rechnen. In Syrien war eine baathistische Regierung an die Macht gekommen, deren Interessen, infolge der Konkurrenz mit Nasser, mit denen der irakischen Baathisten konform ging; die Mitgliedsstaaten des CENTO-Paktes (Central Treaty Organization), dem Nachfolger vom Bündnis des Bagdad-Paktes, die Türkei und der Iran, waren über den Sturz Kassems, der Moskau zugeneigt war, ziemlich erleichtert. Erleichtert war ebenfalls das Emirat Kuwait, das seit dem 9. Februar 1963 von den Annexionsansprüchen Bagdads befreit war. Nach seiner Anerkennung durch den Irak gewährte das Emirat im Herbst 1963 den Baathisten in Bagdad großzügige Kredite.⁶⁴

Auf Einladung des Irak waren syrische Truppen sowie iranische und türkische Verbindungsoffiziere bei den Militäroperationen aktiv beteiligt. Diese Haltung der irakischen Regierung gab dem Kurden-Konflikt im Irak eine regionale Dimension. Als sich daraufhin die Sowjetunion einschaltete, wurde die irakische Kurdenfrage für kurze Zeit internationalisiert.⁶⁵

Es ist unklar, ob der Irak diesem internationalen Druck nachgab, oder ob Bagdad versuchte, wie O'Ballance auf Seite 108 seines Buches feststellt, infolge des unerwartet schweren Widerstands der Kurden bei den Kampfhandlungen und des fehlenden Fortschritts in den Offensiven, einen neuen Anlauf für die Verhandlungen mit den Kurden zu unternehmen. Im Zeitraum zwischen dem 30. Juli und 11. August 1963 fanden zwischen den Verantwortlichen in Bagdad und den aufständischen Kurden neue Verhandlungen mit Unterbrechungen statt. Der irakische Verteidigungsminister Ammash,

⁶¹ Schmidt, 1964, S. 245. Die Sowjetunion, die mit dem Sturz Kassems im Mittleren-Osten keinen Verbündeten mehr außer Nasser hatte und sich den Kurden annäherte, informierte die Kurden direkt über die bevorstehende Offensive. Siehe dazu Rasoul, 1988, S. 150.

⁶² S. Aschirian: Die Demokratische Nationalbewegung im Irakischen Kurdistan 1961-1968, vom Russischen ins Arabische von Wilato übersetzt, Beirut 1978 (Originalfassung 1975 in Moskau erschienen), S. 112. Kutschera, 1979, S. 237.

⁶³ Talabany, 1999, S. 68-69. Dort werden die Namen der betroffenen Dörfer aufgeführt.

⁶⁴ Archiv der Gegenwart vom 11. und 12. Oktober 1963, S. 10849.

⁶⁵ Mehr dazu im Kapitel Neun dieser Arbeit.

der die aus Bagdad eingereiste Delegation leitete, verlangte bei den ersten Verhandlungsrunden von der kurdischen Führung, die Waffen niederzulegen und den Dezentralisierungsplan der Regierung zu akzeptieren. Diese Forderungen stießen bei den Kurden auf Ablehnung, wodurch der Waffenstillstand im September desselben Jahres unterbrochen wurde.⁶⁶ Wenig später strebten die Kurden vergeblich an, mit der Proklamation eines Kurdenstaates dem irakischen Staat ihre Forderungen aufzuzwingen.⁶⁷

2 Die Ära der Alleinherrschaft Arefs und der Kurden-Konflikt

In der Zeit zwischen dem 8. Februar und Mitte November 1963 befand sich die 'Koalitionsregierung' in völlig zerrütteten Verhältnissen. Hauptsächlich rangen zwei Flügel der Baathpartei um die Macht: der al-Saadi Flügel mit seinen paramilitärischen Nationalgarden und die Vertreter des Militärs, dessen bekannteste Figuren der Ministerpräsident al-Bakr und der Verteidigungsminister Ammash waren. Hinter den Letzteren standen auch die 'Freien Offiziere'. Das Ringen endete mit der Ausschaltung des erstgenannten Flügels und der Entmachtung seiner Nationalgarde. Zugute kam dieser Machtkampf dem Präsidenten, Feldmarschall Aref, der als Staatsoberhaupt überwiegend repräsentative Funktionen versah und nun mit aller Kraft daran arbeitete, seine Position zu festigen.⁶⁸ Er sicherte sich das Vertrauen der Armee, indem er die Schlüsselpositionen dieser Grundsäule der Macht im Irak stufenweise seinen Verwandten - vor allem den Angehörigen seines Stammes 'al-Jumaili' - überließ und so die restlichen Baathisten allmählich von der Macht fernhalten konnte.⁶⁹

Nach dem Putsch vom 18. November gab Aref auf seiner ersten Pressekonferenz im gleichen Monat sein Regierungsprogramm bekannt. Ausweichend ging er auf die von den Journalisten angesprochene Kurdenproblematik ein. Er sprach über ein brüderliches Zusammenleben »bis zum Ende der Zeiten« und behauptete, dass die Kurden und Araber »vom selben Blute« seien. Ferner sprach der Präsident über baldige Befriedung und den Aufbau im nördlichen Irak.⁷⁰

Im Gegensatz zu den vorherigen Staatsstreichern gab es diesmal, so scheint es nach heutigem Untersuchungsstand, keine geheimen Kontaktaufnahmen⁷¹ zwischen den Kurden und den um die Macht streitenden Parteien in Bagdad. Dies veranlasste die Kurden, die zuerst keine Hoffnung auf eine Wende der Ereignisse in der irakischen Hauptstadt zugunsten ihrer Sache hatten, zur Zurückhaltung. Es wurden keine

⁶⁶ Süddeutsche Zeitung vom 20. August 1963. Siehe auch O'Ballance, 1973, S. 108 und Kinnane, 1964, S. 78-79. Vgl. Mohammad, 1992, S. 433-34. Der Autor schildert das Treffen vom 20. August, das vom Innenminister geleitet worden war.

⁶⁷ Archiv der Gegenwart vom 5. September 1963, S. 10781.

⁶⁸ Vgl. Hottinger, 1964, S. 601.

⁶⁹ Siehe Batatu, 1979, S. 1027-28, 1030-31 und 1034.

⁷⁰ Archiv der Gegenwart vom 29. November 1963, S. 10933. Siehe auch Süddeutsche Zeitung vom 23. November 1963.

⁷¹ Al-Saadis Behauptungen, dass Aref geheime Kontakte zu Barzani hatte, bevor er zum entscheidenden Schlag ausholt, wie er Jawad (1981, S. 154) gegenüber versichert hat, muss man skeptisch betrachten. Denn die Machtkämpfe spielten sich vor allem innerhalb der Baathisten und nicht zwischen Aref und ihnen ab, aus denen letztendlich Aref seine Profite zog.

Telegramme nach Bagdad geschickt,⁷² als Aref die Auflösung der berüchtigten Nationalgarde verkündete und alle wichtigen Ämter persönlich bekleidete.⁷³

2.1 Das Aref-Barzani-Abkommen vom 10. Februar 1964

In der Regel klangen die Kämpfe während der kalten Jahreszeit in den Gebirgen Kurdistans ab. Und gerade im Winter 1963 stand die militärische Lage in den Kampfgebieten eher zugunsten der Kurden, die nach der Armee die größte organisierte Machtgruppe im Irak darstellten.⁷⁴ Geschwächt wurde die irakische Armee, nachdem Aref die syrischen Streitkräfte⁷⁵ aufgefordert hatte, das Land zu verlassen - in Syrien waren die Baathisten noch an der Macht, und Aref muss sich über die Anwesenheit ihrer Kräfte im Irak Gedanken gemacht haben.

Diese Tatsachen nutzte der Staatspräsident, der seine Macht zu stabilisieren suchte und dem Druck von Seiten Ägypten ausgesetzt war,⁷⁶ um eine offizielle Kampfpause mit den Kurden anzutreten. Durch Barzani's älteren Bruder, Shaikh Ahmad und durch Shaikh Mahmuds Sohn, Baba Ali, übermittelte er Barzani 'seine guten Absichten'. Anfang Dezember beauftragte er den Gouverneur von Sulaimani, Brigadier Abdul-Razzaq Mahmud, offiziell mit den Kurden Kontakte herzustellen und einen Waffenstillstand zu erreichen.⁷⁷ Diese Initiative nahm Barzani positiv auf, denn in den letzten fünf Kriegsmonaten waren ca. 5000 Dörfer in Kurdistan zerstört worden.⁷⁸ Mit anderen Worten, es herrschte eine allgemeine »Kriegsmüdigkeit« unter der Bevölkerung und hieraus ging hervor, von welcher hoher Wichtigkeit eine Beilegung des Konfliktes war.⁷⁹

Aus diesen Bemühungen kristallisierte sich das in die Geschichte als 'Feldmarschall-Barzani-Abkommen' eingegangene Waffenstillstandsabkommen heraus, das am 10. Februar von Aref und Barzani gleichzeitig mit der Herausgabe zweier Kommuniqués bekannt gegeben wurde. Als erstes beschloss Arefs Kommuniqué die »Anerkennung der nationalen Rechte unserer kurdischen Brüder im Rahmen des irakischen Volkes in einer nationalen verbrüdernten Einheit und deren Verankerung in der vorläufigen Verfassung.«⁸⁰ Des weiteren sagte das Kommuniqué die Durchführung von folgenden Maßnahmen zu:

⁷² Aus der militärischen Lösung der Kurdenfrage machte Aref kein Hehl. »Die Zeit der Geduld und Verhandlungen mit den Kurden ist vorbei«, hatte er nach der Aufnahme der Kämpfe im Juni 1963 der libanesischen Zeitung *Le Soir* gesagt, nach Nebez, 1972, S. 173.

⁷³ Der von Aref verfasste Text über den Putsch vom 18. November lässt sich bei Adamson/Fat-Hullah, 1990, S. 348-49 und Huwedi, 1983, S. 166-67 nachlesen.

⁷⁴ Schon im Juli stellte S. A. Akrawi, ein hohes Mitglied der DKP, dieses fest. Kölner Stadt-Anzeiger vom 31. Juli 1963.

⁷⁵ Die militärische Einheit zwischen Irak und Syrien wurde am 8. Oktober verkündet. Archiv der Gegenwart vom 8. und 9. Oktober 1963, S. 10845. Doch sie wurde Ende April 1964 von Syrien aufgelöst. Die Welt vom 29. April 1964.

⁷⁶ Die Welt schrieb in ihrer Ausgabe vom 12. Februar 1964: »Die Beendigung des Kurdenkrieges ist eine direkte Folge der auf der arabischen Gipfelkonferenz in Kairo gefassten Beschlüsse. Besonders der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser hatte auf Abbruch des Feldzuges gedrängt, um die Front gegen Israel zu stärken. Nasser hatte in Kairo erklärt, er halte einen Krieg mit Israel für unvermeidlich.« Vgl. The New York Times vom 12. Februar 1964; Stuttgarter Zeitung vom 16. Juli 1964; Neue Zürcher Zeitung vom 2. November 1964. Seinerseits berichtet Rasoul über eine Vermittlerrolle der Sowjetunion Anfang 1964, dass Primakow hierzu Barzani in seinem Hauptquartier besucht habe. Rasoul, 1984, S. 153.

⁷⁷ Jawad, 1981, S. 155-56.

⁷⁸ Le Monde vom 7. Juli 1964.

⁷⁹ Neue Zürcher Zeitung vom 3. Juli 1964.

⁸⁰ Siehe den Text bei Adamson/Fat-Hullah, 1990, S. 351-52. Siehe auch Ibrahim, 1983, S. 509-10.

Wiedergutmachung für die Betroffenen im Norden und Herstellung der Stabilität bzw. Normalität im Lande, die den Aufbau in der Region vorantreiben würden.⁸¹

Barzanis Kommuniqué verbarg einige Verworrenheiten, die den Anlass dazu gaben, die in den kurdischen Reihen angestauten Probleme zur Explosion zu bringen.

»Als Geste des guten Willens der Regierung gegenüber, haben wir beschlossen«, hieß es in Barzanis Kommuniqué, »die Initiative zu ergreifen, das Feuer einzustellen, unsere Brüder zu bitten, in ihre Wohnstätten zurückzukehren und ihre freien, geachteten Berufe auszuüben.

Und so wird der patriotischen Autorität der Spielraum gewährt,« lautete das Kommuniqué weiter, »erforderliche Maßnahmen zur Wiederherstellung des Gewohnten, der Sicherheit und der Stabilität in der Region zu treffen und wird die Gelegenheit zur Bestätigung der nationalen Rechte für die kurdischen Bürger innerhalb des irakischen Volkes in einer patriotischen Einheit gegeben.«⁸²

Während jener Februartage kündigte Bagdad Pläne zu kurdischsprachigen Rundfunksendungen und zur Bildung eines Komitees zur Rehabilitation und zum Aufbau im Norden an.⁸³ Doch wenig später wendete sich das Blatt überraschend. Die Verantwortlichen in Bagdad schlugen eine schärfere Tonart an, die vor allem vor den Journalisten demonstriert wurde. Sie zeigten sich siegessicher und setzten die positiven Fortschritte nicht ins richtige Licht, indem sie die Kurdenfrage bewusst herabsetzten. Im März verabschiedete Aref sogar ein Gesetz zur Ordensverleihung an diejenigen, die »zum Zerschlagen der Rebellion und zum Niedergang des Aufstandes der verräterischen Banden« im Norden beigetragen hätten.⁸⁴ Die Regierung gab sich als die einzige legitime Autorität im Land und sah nicht ein, der kurdischen Bewegung irgendeine Rechtmäßigkeit zu zusprechen. Allerdings dementierten die Kurden die Erklärungen aus Bagdad, sie hätten ihre Waffen niedergelegt.⁸⁵

2.2 Die vorläufige Verfassung und die Spaltung im kurdischen Lager

Der Aref-Barzani-Vereinbarung standen viele bedenklich gegenüber,⁸⁶ was auch auf die politische Führung der DPK zutraf,⁸⁷ besonders nachdem bekannt wurde, dass kein

⁸¹ Ebd.

⁸² Adamson/Fat-Hullah, 1990, S. 350. Siehe auch The New York Times vom 11. Februar 1964.

⁸³ Kinnane, 1964, S. 80.

⁸⁴ Waqaie al-Iraqiyya vom 23. März 1964, nach Nebez, 1972, S. 181.

⁸⁵ Kinnane, 1964, S. 82. O'Ballance, 1973, S. 117.

⁸⁶ Khalil, 1990, S. 84. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung brachte damals solche Bedenken auf den Punkt, indem sie schrieb: »Indessen ist in der Vergangenheit schon so oft ein Ende der Kämpfe gemeldet worden, daß es angebracht erscheint, ein großes Fragezeichen hinter alle Berichte aus Bagdad zu setzen.« Nachdem die Zeitung die abgelehnten Forderungen der Kurden in Erinnerung rief, schrieb sie: »Es wäre verwunderlich, wenn der Preis der Kurden inzwischen niedriger geworden sein sollte oder wenn Bagdad ihn nun plötzlich in voller Höhe zahlen würde.« Frankfurter Allgemeine Zeitung von 13. Februar 1964. Siehe auch New York Harald Tribune vom 14. Februar 1964.

⁸⁷ Als Beispiel sei vorgestellt: Mit einem dreifachen Nein bestritt Barzani gegenüber Manfred von Juterzenka, einem Mitarbeiter der Zeitung *Mannheimer Morgen*, dass es geheime Abkommen gäbe. *Mannheimer Morgen* vom 30. April 1964. Später gab Barzani zu, dass es tatsächlich »keine präzisen Bedingungen« für dieses Abkommen gab. Doch er hatte gehofft, wie er dem isländischen Journalisten Erlendur Haraldsson mitteilte, dass »durch baldige weitere Verhandlungen« die Rechte der Kurden präzisiert würden. E. Haraldsson: Land im Aufstand ... Kurdistan, Hamburg 1966, S. 204. Eigenen Worten zufolge hatte Mohammad selbst den Text von Barzani verfasst. Er

geheimes Abkommen zwischen Aref und Barzani existierte. Barzani hatte die Partei über die Einzelheiten und Anlässe der Vereinbarung nicht unterrichtet. Außerdem ging aus seinem Kommuniqué hervor, dass er tatsächlich die Partei auflösen wollte bzw. musste.⁸⁸ Damit konnte sich die ausschließlich aus den städtischen Intellektuellen bestehende politische Führung der DPK nicht zufrieden geben. Denn für sie stand die Partei an erster Stelle und war wichtiger als die Stammesstrukturen, auf denen Barzanis militärische Macht beruhte. Somit traten die Differenzen zwischen dem Parteipräsidenten und dem Politbüro offen in Erscheinung. Da mehrfache Unterredungen ohne Erfolge blieben, wuchsen die Spannungen seitdem permanent.⁸⁹

Andererseits veröffentlichte die Regierung am 3. Mai 1964 eine neue provisorische Verfassung, in der die Kurden in Art. 3 nur kurz erwähnt wurden. Dort, unter 'Öffentliche Rechte und Pflichten', wo die Gleichheit aller vor dem Gesetz beteuert wurde, wurde u.a. deklariert:

»Araber und Kurden haben zum Schutz der Einheit des Landes zusammengearbeitet und deren nationale Rechte werden innerhalb der irakischen Republik von dieser Verfassung anerkannt.«⁹⁰

Praktisch blieb in dem neu formulierten Art. 3 alles beim Alten; in der Behandlung der Kurdenfrage zeichnete sich keine Neuerung ab. An einer anderen Stelle dokumentierte die Novellierung der provisorischen Verfassung von 1958 im Vergleich zu der Zeit Kassems eine gefährliche Entwicklung für die Kurden. Den neuen Machthabern reichte es nun nicht aus, dass der Irak ein Teil der arabischen Nation war. Sie fügten hinzu, dass das »Ziel die vollständige arabische Einheit« sei.⁹¹

Diese vorläufige Verfassung veranlasste Barzani, seine Probleme mit seiner Partei vorübergehend in den Hintergrund zu stellen.⁹² Er organisierte ein Treffen mit den politischen Verantwortlichen von Bagdad in der Kleinstadt Rania. Eine hochrangige Delegation unter der Leitung des Ministerpräsidenten Tahir Yahya traf zum Ortstermin ein, bei dem es genug Diskussionsstoff gab. Von Bedeutung erschien die Formulierung der vorläufigen Verfassung über die Kurden. Der Generalsekretär der DPK, Ahmad, bestand darauf, dass definitiv vom Volke der Kurden gesprochen würde. Obgleich Yahya der entsprechenden Veränderung in dieser Richtung prinzipiell zustimmte, hielt er aber zäh daran fest, dass die endgültige Entscheidung zur Bestimmung der nationalen Rechte der Kurden eine Angelegenheit des irakischen Parlaments sein würde.⁹³ Dem stimmte die kurdische Seite zu und reichte ihre nun zurückgeschraubten Forderungen für die Übergangsphase ein, wonach die Verwaltung in Kurdistan von Kurden geführt werden sollte. Dies stieß auf Ablehnung der Regierungsseite, die somit ohne Ergebnisse nach Bagdad zurückkehrte.⁹⁴ Drei Tage nach der Abreise der Delegation stattete Abdul-

bestätigt, dass der Text lediglich auf Stabilität und Frieden gerichtet war. Mohammad, 1992, S. 448.

⁸⁸ Vgl. Adamson/Fat-Hullah, 1990, S. 40-41 und 47-49.

⁸⁹ Siehe zu diesen Bemühungen Adamson/Fat-Hullah, 1990, S. 40 ff. und Vanly, 1970, S. 221-23.

⁹⁰ Archiv der Gegenwart vom 17. Juni 1964, S. 11277. Jawad, 1981, S. 175.

⁹¹ Archiv der Gegenwart vom 17. Juni 1964, S. 11277. Mehr dazu im Abschnitt 2.6 dieses Kapitels.

⁹² O'Ballance, 1973, S. 118-19. Adamson/Fat-Hullah, 1990, S. 50 ff.

⁹³ Adamson/Fat-Hullah, 1990, S. 51-52.

⁹⁴ Vgl. dazu ebd., S. 53-54; Kutschera, 1979, S. 250; Neue Zürcher Zeitung vom 3. Juli 1964; Jawad, 1981, Fußnote 56 auf der Seite 186-87. Die offizielle irakische Darstellung besagte

Razzaq, der Gouverneur von Sulaimani, Barzani einen Besuch ab. Über diese Zusammenkunft wurde damals nichts Näheres bekannt.⁹⁵

Kaum war ein Monat vergangen, als die Diskrepanz und das gegenseitige Misstrauen zwischen Barzani und dem politischen Flügel der DPK ihren gefährlichen Höhepunkt erreichte.⁹⁶ Der 6. Parteikongress der DPK fand Anfang Juli ohne Anwesenheit der Politbüromitglieder statt. Eine neue Führung wurde gewählt, und die Mitglieder der alten Führung wurden von der Partei ausgeschlossen. Sie wurden später über die Grenze in den Iran gejagt.⁹⁷ Erwartungsgemäß blieb Barzani weiter Parteipräsident. Unverändert blieb ebenfalls das Ziel der Partei: Autonomie für Kurdistan. Auf diesem Kongress wurde u.a. die Bildung einer zivilen Verwaltung über die von der Partei kontrollierten Gebiete beschlossen.⁹⁸

Aus dem Konflikt in den kurdischen Lagern konnte Aref leicht profitieren. Er nahm in einem Interview mit *Le Monde* im Juni, vor dem 6. Parteikongress der DPK, Stellung zur Kurdenfrage. Dort sagte er:

»Die Kurden sind wie ihre arabischen Bürger Moslime. Wir respektieren ihre Rechte, ihre eigene Sprache zu sprechen. Die meisten Beamten im Norden sind kurdischer Abstammung. Was wollen sie mehr?« Weiter machte er die DPK-Führer zum Ziel seiner Angriffe und beteuerte, dass »Barzani, wie wir, versucht, diese Partei zu beseitigen.«⁹⁹

2.3 Die Tschwarta-Zusammenkunft vom 24. August und Barzanis Memorandum vom 11. Oktober 1964

Es mag richtig sein, was die Autoren des Buches *Der Irak seit 1958* vermuten, dass das 10. Februar-Abkommen »im Grunde ein taktischer Schachzug« war, den sowohl Aref als auch Barzani für ihre Position jeweils in ihrem eigenen Lager ausnutzten.¹⁰⁰ Dennoch blieben die beiden Kontrahenten lange Zeit in Kontakt und traten nicht selten in politische Verhandlungen miteinander. Den irakischen Darstellungen zufolge tauschten z.B. die

dagegen den positiven Ausgang dieser Gespräche, wobei sie der kurdischen Seite vorwarf, sie hätte später die Vereinbarung nicht gehalten. Siehe *Die Patriotische Regierung und das Problem im Norden (Arabisch)*, Bagdad 1965, S. 22-24. Vgl. auch Mohammad, 1992, S. 451. Unumstritten bleibt, dass die Rania-Gespräche nicht zum Durchbruch verhalfen, denn die Kurdenfrage sollte von einer noch nicht existierenden Institution geregelt werden, dem irakischen Parlament.

⁹⁵ Adamson/Fat-Hullah, 1990, S. 55. Später stellte sich heraus, dass ein Abkommen erzielt worden war, das nichts grundsätzlich Neues zur Lösung der Kurdenfrage enthielt. Originaltext bei: *Die Patriotische Regierung und das Problem im Norden*, 1965, S. 44.

⁹⁶ Einzelheiten bei Adamson/Fat-Hullah, 1990, S. 55 ff.

⁹⁷ Ibrahim liefert eine bemerkenswerte Analyse zu den Hintergründen dieser Spaltung auf sozialer und politischer Ebene. Ibrahim, 1983, S. 517-32. Ebenfalls bemüht sich Fat-Hullah, unterstützt von Aussagen der beiden Seiten, unter Einbeziehung der internationalen Aspekte, Licht auf diese gefährliche Entwicklung zu werfen. Adamson/Fat-Hullah, 1990, S. 33-80. Siehe auch Fat-Hullah, 1998, S. 40. Entscheidend in dieser Entwicklung war der Verlust bedeutender Elemente in der kurdischen Politik und damit ihre mechanische Schwächung. Über diese neue politische Parteiführung, mit der sich der Neue Zürcher Zeitungs-Korrespondent einen Vormittag lang unterhalten hat, schrieb die Zeitung in ihrem 6teiligen Reisebericht: »[sie] erweckt den Eindruck, dass sie fest auf die Führung Barzanis vertraut und im wesentlichen dazu dient, den Parteimitgliedern die neue politische Linie des Kurdenführers zu erklären und schmackhaft zu machen.« *Neue Zürcher Zeitung* vom 27. Oktober 1964.

⁹⁸ Zu diesem Parteikongress siehe Vanly, 1970, S. 228 und A. Hottinger: *Der Kampf der irakischen Kurden um die Autonomie 1965*, in: *Europa-Archiv*, Folge 12, Bonn 1965, S. 465-475. 473-74.

⁹⁹ *Le Monde* vom 13. Juni 1964.

¹⁰⁰ Sluglett/Sluglett, 1991, S. 115.

Konfliktparteien bei einer Zusammenkunft in der Nähe der von Sulaimani liegenden Provinzstadt Tschwarta am 24. August 1964 ihre Meinung aus.¹⁰¹ Die Regierungsseite betonte die Notwendigkeit der Rückkehr der Bewaffneten in ihre bürgerlichen Berufe. Eindringlich behauptete sie, dass es allein der Nationalversammlung zustünde, eine Entscheidung über die entsprechenden Rechte der Kurden zu treffen und stellte den Kurden die Möglichkeit in Aussicht, in die genehmigte Organisation der Arabischen Sozialistischen Union (ASU), die das gesamte Volk aufnehmen und repräsentieren sollte, eintreten zu können. Außerdem zeigten die Regierungsvertreter Bereitschaft, den Kurden, die auf größeren Garantien bestanden, zusätzliche Zusicherungen zu geben. Hierbei betonten sie, dass das Thema der Sezession oder Autonomie keine Basis für irgendwelche Verhandlungen sein würde. Schließlich beteuerte die irakische Delegation, dass das, was in der vorläufigen Verfassung über die nationalen Rechte bestimmt wurde, eindeutig und aufrichtig sei.¹⁰²

Wenige Wochen später zeichneten sich auf der kurdischen Seite, nach dem 'Scheitern' der oben erwähnten Verhandlungsrunde, bemerkenswerte Entwicklungen ab. Nach der gelungenen Vertreibung der alten DPK-Führung¹⁰³ blieb Barzani, zur Enttäuschung Arefs, als einzige Autorität in Kurdistan. Mit dem Versuch, die Führung des Aufstandes repräsentative zu legitimieren, bildete Barzani am 29. September 1964 auf dem Volkskongress einen 48köpfigen Revolutionsrat mit Vertretern aller Gruppierungen, Schichten und vielen Stämmen Kurdistans. Dieser Rat, der die legislative Macht in den unter der Kontrolle der Kurden stehenden Gebiete darstellte und die Peschmarga, die Exekutive, fasste am 9. Oktober 1964 den Beschluss, dass die »Gewalt der kurdischen Revolution ein Ersatz für die Gewalt des irakischen Staates«¹⁰⁴ sei. Auf eigene Faust versuchten die Kurden, ihre Autonomie zu verwirklichen.¹⁰⁵ Zwei Tage später, also am 11. Oktober, versuchte Barzani, der zum Präsidenten dieses Rates gewählt worden war, die durch Verzögerung und Nichterfüllung der seitens Bagdad gegebenen Versprechungen eingetretene Stagnation in der Lösung der Kurdenfrage wieder in Gang zu setzen. Er reichte ein ausführliches Memorandum an den Präsidenten Aref und den Ministerpräsidenten Yahya ein, in dessen Vorrede er der Regierung ihre Versäumnisse in der Kurdenpolitik mit Erbitterung vorwarf,¹⁰⁶ um dann unter Berufung auf historische und politische Tatsachen¹⁰⁷ alle Rechtfertigungen der Regierung für null und nichtig zu erklären. Es hieß:

¹⁰¹ Die Patriotische Regierung und das Problem im Norden, 1965, S. 29-30.

¹⁰² Ebd.

¹⁰³ O'Ballance, 1973, S. 120-21.

¹⁰⁴ Vgl. Nebez, 1972, S. 188. Siehe auch Hottinger, 1965, S. 473-74 und Arfa, 1966, S. 152.

¹⁰⁵ Ausführliche Informationen über diese Entwicklung stellt Vanly im Kapitel VII seines Buches dar. Vanly, 1970, S. 218-55.

¹⁰⁶ Die Diskriminierung der Kurden bei der Armee und hohen Verwaltungsposten; Arabisierung der Ölgesellschaft; statt des versprochenen Aufbaus der Kriegsschäden der Bau von Militärstraßen und Stützpunkten und ununterbrochene Unterstützung der Kollaborateure; Arabisierungsmaßnahmen in Arbil und Kirkuk; Isolation der Kurden im politischen Leben durch Monopol der ASU für politische Tätigkeiten. Da hieß es: »Der Name offenbart die politische Isolation der Kurden. Ansonsten: Wie kann ein nicht-arabisches Volk politische Tätigkeit in einer Organisation ausüben, in der sie keinen Platz innehat.« Adamson/Fat-Hullah, 1990, S. 355.

¹⁰⁷ Das Memorandum rief die Verpflichtungen, die der Irak über die Anerkennung der kurdischen Sprache sowie der Verwaltung in den kurdischen Gebieten, welche er vor seiner Souveränität vor dem Völkerbund eingegangen war, in Erinnerung. Laut Art. 1 und 9 dieses Memorandums konnte

»Die gegenwärtige Regierung hat Gesetze verabschiedet, die nicht nur die Rechte und Pflichten der Bürger antasten, sondern ihre Existenz, z.B. durch die sozialistischen Gesetze. Sie verabschiedete Gesetze, die die Gesamtexistenz des Irak beeinträchtigen, wie der Unionsvertrag (vom 26. Mai). All dies geschieht ohne Anlehnung an eine Volksabstimmung oder ohne Zuwendung an eine gewählte parlamentarische Versammlung. Dagegen« fuhr das Memorandum fort, »argumentiert sie und schiebt die Lösung beim Thema der gesetzlich und international fixierten Anerkennung der nationalen Rechte des kurdischen Volkes unter dem Vorwand des Nichtvorhandenseins einer gewählten parlamentarischen Versammlung hinaus. Im bereits Erwähnten befindet sich ein erstaunlicher Widerspruch, der vieles in Frage stellt.«¹⁰⁸

Dann wurden die kurdischen Forderungen, die im Vergleich zum Projekt vom 25. April 1963¹⁰⁹ leichte Abänderungen und Ergänzungen erfahren hatten, in diesem Memorandum aufgelistet. Die wichtigsten Ergänzungen betrafen die provisorische Verfassung. Art. 19 sollte lauten: »Diese Verfassung erkennt die Rechte des kurdischen Volkes auf der Basis der Autonomie innerhalb der irakischen Einheit an.«¹¹⁰ Art. 1 sollte von »das irakische Volk ist ein Teil der arabischen Nation« in »das arabische Volk im Irak ist ein Teil der arabischen Nation« abgeändert werden.¹¹¹ Das Memorandum enthielt zusätzliche Bestimmungen über die Durchführung dieser Forderungen, dass beispielsweise ein gemeinsames Komitee gebildet werden sollte, das die kurdischen Rechte und Pflichten bestimmen könne. Weiter forderte das Memorandum, das in einem weiten Umkreis öffentlich verbreitet wurde, die Rückführung der in Kurdistan angesiedelten arabischen Stämme in ihre vorherigen Ortschaften, die Auflösung der Fursan-Verbände, die sofortige Freilassung aller wegen der Ereignisse in Kurdistan inhaftierten Menschen,¹¹² den Erlass einer Generalamnestie und die Durchführung erforderlicher Entschädigungsmaßnahmen.¹¹³

Es dauerte Wochen, bis Aref den mit der Kurdenfrage vertrauten, kurdisch-stämmigen Staatsminister Massud Mohammad zu Verhandlungen mit Barzani entsandte.¹¹⁴

Man verhandelte immer wieder ohne irgendwelche entscheidenden Fortschritte erzielen zu können. Es schien, als ob ein Klima des Vertrauens zwischen den Akteuren in diesem Konflikt nicht möglich war, oder sie sich mittlerweile mit der politisch-militärischen Pattsituation abgefunden hatten. Erst ein Jahr nach dem Putsch vom November 1963 stieg die Chance einer friedlichen Lösung des Konflikts durch das erneut von Yahya umgebildete Kabinett, dessen Richtlinien u.a. über die Kurdenfrage am 15. November 1964 bekannt gegeben wurden. Man beabsichtigte den Aufbau des Nordens schnell anzugehen und dort Frieden zu schaffen. Überdies war das Kabinett beauftragt,

sich der Irak »nie« von diesen Verpflichtungen lösen. Adamson/Fat-Hullah, 1990, S. 356. Siehe auch Teil 4 von Kapitel Eins dieser Arbeit.

¹⁰⁸ Adamson/Fat-Hullah, 1990, S. 357.

¹⁰⁹ Siehe Teil 1.3 dieses Kapitels.

¹¹⁰ Adamson/Fat-Hullah, 1990, S. 358.

¹¹¹ Ebd., S. 361.

¹¹² Per Gesetzeserlass hatte zwar die Regierung am 30. August einen Amnestieerlass verabschiedet, anscheinend hatten aber nur wenige Inhaftierte von ihm profitiert. The Weekly Gazette of the Republic of Iraq, published by the Ministry of Culture and Guidance - Bagdad, No. 3, 20th January 1965, S. 7-8 (Künftig zitiert als The Weekly Gazette).

¹¹³ Ebd.

¹¹⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. November 1964. Archiv der Gegenwart vom 15. November 1964, S. 11533-34.

eine beratende Versammlung zu bilden, um eine Lösung aller in Bezug auf die nationale Einheit bestehenden Probleme herbeiführen zu können.¹¹⁵

Bei den nächsten Gesprächsrunden war weiterhin keine bemerkenswerte Entwicklung zu verzeichnen. Der Innenminister, Oberst Sobhi Abdul-Hamid, der Barzani am 3. Dezember 1964 einen mahnenden Brief zu den kurdischen Forderungen geschrieben hatte,¹¹⁶ reiste am 7. des gleichen Monats mit dem Kommandanten der Luftwaffe, Stabsobehaupt Aref Abdul-Razzaq, in den Norden. In Kirkuk kam es nochmals zu einem Meinungsaustausch mit den Kurden. Die Regierungsseite wiederholte ihren Standpunkt zur Kurdenfrage nun in der Form, dass die nationalen Rechte der Kurden durch Anerkennung ihrer Existenz und durch ihre Nichtarabisierung bereits anerkannt seien. Details dieser Rechte sahen die beiden Generäle in der Gleichheit aller Bürger bei der Einstellung in den Staatsapparaten und die Zulassung von kurdischsprachigen Schulen bis zur 9. Schulklasse. Die kurdische Teilnahme an der Macht sollte nach Ansicht der irakischen Vertreter so aussehen, wie es vor dem Ausbruch der Kämpfe im Jahr 1961 war: Aufnahme von zwei bis drei kurdischstämmigen Ministern ins Kabinett, was die Fortsetzung der traditionellen irakischen Kurdenpolitik bedeutete. Die Regierungsvertreter, die Entschädigungsmaßnahmen versprochen, hielten die Forderung der Kurden nach dem legalen Fortbestand der Peschmarga-Verbände als dritte Kraft im Lande für undurchführbar. Sie verknüpften andererseits die Auflösung der Fursan-Verbände mit der Normalisierung der Lage. Schließlich wurde Barzani in Aussicht gestellt, einige kurdische Persönlichkeiten für die Kandidatur des Parlaments aufzustellen, das kurze Zeit später gebildet werden sollte.¹¹⁷

Eine andere Einstellung hatte die kurdische Seite zu diesen Vorschlägen. Ein gemeinsames Komitee sollte die Art und Weise der Teilnahme von Kurden an der Macht festsetzen. Neben der offiziellen Verwendung des Kurdischen in Kurdistan wurde die Einstellung von Teilen der Peschmarga-Verbände, zum einen als örtliche Polizei und zum anderen als Grenzpolizei, vorgeschlagen. Gefordert hatten die kurdischen Vertreter u.a. die Rückführung der in Kurdistan angesiedelten, arabischen Stämme in ihre vorherigen Orte und die Auflösung der Fursan-Verbände ohne jegliche Bedingung.¹¹⁸

Bevor wir den weiteren Verlauf der Bemühungen zur Beilegung dieses Konfliktes rekonstruieren, scheint es angebracht, an dieser Stelle einige Schlüsse aus dem bereits aufgeführten Material für den Zeitraum von Februar bis Dezember 1964 zu ziehen:

¹¹⁵ Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. November und 12. Dezember 1964 und Neue Zürcher Zeitung vom 16. November 1964.

¹¹⁶ In diesem Brief gab er den Peschmarga-Verbänden Schuld an der Unruhestiftung und der Unordnung im Norden des Landes und erinnerte Barzani an seine Erklärung vom 10. Februar, als er seine Anhänger zur Rückkehr in ihre Wohnstätten aufforderte. Das sei nicht geschehen, meinte der Minister, was den Aufbau im Norden unmöglich gemacht hat. Abdul-Hamid beteuerte in diesem Brief, dass die Regierung die meisten ihrer Versprechungen erfüllt habe, wie die Stellung der Kurden in der Verfassung, den Amnestieerlass, die Aufhebung der Wirtschaftsblockade im Norden und die Anordnungen für Vermögensschäden etc. Allerdings sollte dieser Brief Barzani von der »Entsendung unerfüllbarer Memoranden und Forderungen nach Autonomie« abhalten, wie dessen Autor ausdrücklich verlangte hatte. Er betonte, dass dies kein Mittel zur politischen Lösung sei, und dass alle künftigen Gespräche im Rahmen des 10. Februar-Abkommens abgehalten werden müssten. Siehe die meisten Auszüge dieses Briefes in: Die Patriotische Regierung und das Problem im Norden, 1965, S. 46-50.

¹¹⁷ Siehe ebd., S. 52-53 auch Ibrahim, 1983, S. 534.

¹¹⁸ Die Patriotische Regierung und das Problem im Norden, 1965, S. 56-57.

1. Die Not trieb Aref zur Beendigung der Kampfhandlungen: auf der einen Seite um seine eigene Position zu stabilisieren und auf der anderen Seite um Nassers Forderungen im Hinblick auf einen möglichen Krieg gegen Israel nachzukommen.
2. Das 10.-Februar-Abkommen sprach zwar von der Anerkennung der nationalen Rechte der Kurden, legte aber das Hauptgewicht auf die partielle Beseitigung einiger durch den Krieg entstandener Schäden; daher konnte das Abkommen keinen Schritt von besonderer Tragweite verkünden.
3. An der provisorischen Verfassung war ebenfalls keine entscheidende Veränderung zur Lösung der Kurdenfrage festzustellen. Es blieb weiter unklar, welche Rechte von den Arabern und von den Kurden in der Verfassung anerkannt werden sollten.
4. Bei den Verhandlungen wurde die endgültige Lösung des Konfliktes immer wieder von der Entscheidung einer noch nicht existierenden Institution abhängig gemacht, dem irakischen Parlament. Da andere schicksalhafte Entscheidungen, wie der Unionsvertrag mit der VAR, ohne Zustimmung dieser Institution fielen, ließ dies in den Kurden begründete Zweifel an der irakischen Forderung erwachen.
5. Häufig thematisierten die leitenden Männer von Bagdad bei den Verhandlungen mit den Kurden die Beseitigung der Kriegsspuren und gingen selten auf den Kern des Problems ein. Die Regierungsseite wollte dann im Dezember durch die Gleichsetzung aller Bürger und die Zulassung des Kurdischen bis zur 9. Schulklasse die Lösung der Kurdenfrage herbeigeführt haben.

Zusammenfassend: Unter dem Vorwand des fehlenden irakischen Parlamentes zögerte die Regierung eine Lösung der nationalen Frage der Kurden stets hinaus, um den Blick vom Konflikt abzuwenden und um später das gleiche Argument ihrer Vorgänger zu wiederholen, dass alle Bürger die gleichen Rechte und Pflichten hätten.

Durch die entsetzlichen Folgen des Krieges, die Arabisierungsmaßnahmen in Kurdistan und den Unionsvertrag mit der VAR erfuhr der irakische Kurden-Konflikt zusätzliche Komplikationen.

2.4 Erneute Eskalation nach monatelangen Verhandlungen

Mit der Aufhebung des seit Juli 1958 über das ganze Land verhängten Kriegsrechts am 6. Januar 1965¹¹⁹ war zu erwarten, dass im Laufe desselben Jahres eine neue Epoche der Stabilität und des Friedens anbrechen würde. Anfänglich schien ein Friedensvertrag zwischen Bagdad und den Kurden tatsächlich greifbar nahe. Zwecks Verhandlungen befand sich zwischen dem 10. und 24. Januar 1965 eine dreiköpfige kurdische Delegation, bestehend aus dem Generalsekretär der DPK, Habib M. Karim und zwei weiteren Politbüro-Mitgliedern, Hashim Aqrawi und Agid Seddiq, Barzanis Sprecher in Bagdad. Die Kurden stimmten diesmal in vielen bedeutenden Punkten zu, die sie zuvor abgelehnt hatten, wie die Auflösung der Peschmarga-Verbände und den Eintritt in die ASU. Die Regierung ihrerseits beabsichtigte, den gestellten minimalen Forderungen der Kurden entgegenzukommen, ausgenommen der Forderung nach einer Modifizierung der provisorischen Verfassung in dem Sinne, dass das arabische Volk im Irak ein Teil der arabischen Nation sei.¹²⁰

¹¹⁹ Archiv der Gegenwart vom 6. Januar 1965, S. 11628.

¹²⁰ Die Patriotische Regierung und das Problem im Norden, 1965, S. 65-66. Siehe auch Ibrahim, 1983, S. 535.

Doch je mehr sich der Jahrestag des Waffenstillstandsabkommens vom 10. Februar 1964 näherte, um so spannungsvoller wurde die ohnehin schon misstrauische Stimmung. Trotz Minimalisierung der kurdischen Forderungen war es nun mehr als fraglich, den erhofften Durchbruch zu Stande zu bringen, als der irakische Innenminister, Abdul-Hamid, Anfang Februar zur Kurdenfrage Stellung nahm, die im Grunde genommen der Ankündigung eines bevorstehenden Feldzuges gleichkam:

»Die irakische Regierung«, sagte der Minister, »wünscht kein irakisches Blut zu vergießen, aber sie wird vielleicht doch zur Gewalt Zuflucht nehmen müssen, um Gesetz und Ordnung im Norden wieder herzustellen.« Dann präzisierte er: »Wir denken nicht daran, irgend einem Teil des Irak Autonomie zu gewähren. Alle Iraker haben die gleichen Rechte und Pflichten, ob sie nun im Norden oder im Süden leben.«¹²¹

Daher war es nicht verwunderlich, dass große Schwierigkeiten bezüglich der Detaillösung bei den Verhandlungen, die sich bis Februar 1965 hinzogen, auftraten. Beispielsweise hielten die Spitzenpolitiker in Bagdad es für inakzeptabel, das Ministerium für den Aufbau im Norden in Ministerium für kurdische Angelegenheiten umzubenennen, weil dies den Eindruck einer Autonomie erwecken könnte.¹²² Jeder weitere Fortschritt wurde durch das Beharren der Parteien auf ihre Vorteile bei den Verhandlungen blockiert.¹²³ Folglich verschärften die vereinzelt Gefechte während der offiziellen Kampfpause den kriegerischen Trend.

Anfang April 1965 entbrannte wieder dieser Unruheherd im Norden des Landes.¹²⁴ Dieses Mal vermisste man die 'schnellen Triumphe' der irakischen Armee. Kläglich scheiterten die Regierungstruppen an der Eroberung strategisch wichtiger Punkte. Der Druck auf die kurdische Zivilbevölkerung wuchs aber enorm.¹²⁵ Nachdem die kurdische Partisanenarmee die Grenzgebiete zum Iran fest unter ihre Kontrolle gebracht hatte, verfügten die nun besser als je zuvor organisierten Kurden über schlagkräftigere Waffen aus dem Iran.¹²⁶ Bis Juli war weiterhin keine erfolversprechende Aussicht auf ein Ende des Krieges bemerkbar. Wahrscheinlich führte der Irak aus diesem Grund, ohne die Waffen schweigen zu lassen, Ende Juli geheime Gespräche mit den Kurden in Sulaimani. General Abdul-Rahman Aref, Stabschef und Bruder des Staatspräsidenten, vertrat die Regierung bei diesen Gesprächen, die eindeutig ohne Ergebnis abgebrochen wurden.¹²⁷

¹²¹ Süddeutsche Zeitung vom 6. Februar 1965. Kutschera, 1979, S. 254.

¹²² Die Patriotische Regierung und das Problem im Norden, 1965, S. 68. Vgl. Nebez, 1972, S. 190.

¹²³ Siehe Die Patriotische Regierung und das Problem im Norden, 1965, S.67-69 und 74-76.

¹²⁴ Handelsblatt vom 22. März 1965; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. April 1965.

¹²⁵ Hottinger, 1965, S. 475.

¹²⁶ D. A. Schmidt: Recent Developments in the Kurdish War, in: Journal of the Royal Central Asian Society, Vol. LIII, London 1966, S. 23-31, 27-28. Siehe auch den Augenzeugenbericht vom Korrespondenten der Deutschen Tagespost, Hans Vogel, vom 6. August 1965 und Die Presse vom 1. Oktober 1965.

¹²⁷ Über diese Gespräche zitiert die Frankfurter Allgemeine Zeitung in ihrer Ausgabe vom 3. August 1965 die tunesische Zeitschrift *Jeune Afrique*, deren Informationen auf offiziellen irakischen Quellen basieren sollen. Demnach soll Bagdad einen Fünfpunkteplan vorgelegt haben: »Gründung einer Region (Willaya) Kurdistan, bestehend aus den zwei Provinzen Sulaimaniyah und Irbel und aus Teilen der Provinzen Mossul und Kirkuk; Übertragung von fünfundzwanzig Prozent der Erdöleinkünfte des nördlichen Irak an die neue Region; Gleichberechtigung der kurdischen Sprache im Behördenverkehr und in den Schulen; Einsetzung kurdischer Einheiten der irakischen Armee in der Region; Vertretung der Kurden in der Zentralregierung in Bagdad, in der Verwaltung und in der irakischen Armee. Dagegen forderten die Kurden, dass die Willaya Kurdistan außer den Provinzen Sulaimaniya und Irbel die ganze Provinz Kirkuk sowie Teile der

2.5 Das erste Kabinett Abdul-Rahman al-Bazzaz

Der Staatspräsident Aref kündigte Mitte August 1965 ein Bündel innenpolitischer Änderungen an, die auf Anhieb den Eindruck hervorriefen, dass das Land auf dem Weg sei, in Richtung Demokratisierung zu steuern. Diese lauteten:

1. Auflösung des Nationalen Revolutionsrates und Übertragung seiner Befugnisse an den Präsidenten, Ministerrat und Verteidigungsrat,
2. Reorganisation der ASU,
3. Schaffung eines Nationalrates durch allgemeine Wahlen, mit den Aufgaben eines Parlamentes und
4. einer verfassungsgebenden Versammlung, die über den Wahlmodus des Staatspräsidenten entscheiden sollte.¹²⁸

Aref ignorierte bei diesen Änderungen jegliche Erwähnung der Kurdenfrage. Im Hintergrund stand höchstwahrscheinlich der Gedanke, dass Punkt 3 die Angelegenheit der Kurden löse, weil sie ohnehin irakische Staatsbürger seien und durch allgemeine Wahlen ihre Rechte und Interessen wahrnehmen könnten. Dennoch blieb die nicht ausdrückliche Erwähnung der Kurden eine unwiderlegbare Tatsache, die die Bedeutung solcher Schritte als Vorboten und erste Etappen auf dem Weg zu einer neuen Ordnung im Irak eindeutig relativierte.

Einen Monat später beauftragte Aref den Luftwaffenkommandanten, Brigadegeneral Aref Abdul-Razzaq, ein neues Kabinett zu bilden. Seine Amtszeit als Ministerpräsident währte gerade 10 Tage, da unternahm Abdul-Razzaq am 14./15. September einen Staatsstreich, der unblutig verlief und fehlschlug. Unmittelbar nach seinem gescheiterten Versuch flüchtete der General in die ägyptische Hauptstadt.¹²⁹ Daraufhin wurde am 22. September 1965 ein Erlass bekannt gegeben, in dem der langjährige Diplomat und konservative Nationalist Abdul-Rahman al-Bazzaz, der in dem kurzlebigen Kabinett von Abdul-Razzaq als Vizepremier und Außenminister amtiert hatte, zum Ministerpräsident ernannt.¹³⁰

In seinem Regierungsprogramm versprach dieser erste zivile Ministerpräsident der irakischen Republik die völlige Wiederherstellung des Friedens im ganzen Irak und die Sicherung seiner territorialen Einheit. Im Hinblick auf die Kurdenfrage erklärte er:

»While it recognizes the national rights of our brother Kurds - these are rights for which the temporary constitution was amended to reaffirm their establishment - it sincerely desires to work according to the provisions of the constitution.... The new local administrative law will affirm the identity of the Kurdish nationalism and will enable our citizens in the north fully to preserve their language and cultural heritage. It will also enable them to carry on

Provinzen Mossul und Diala umfassen solle, die von Kurden bewohnt werden. Die kurdische Verwaltung solle unabhängig von jeder Kontrolle durch die Zentralregierung tätig sein. Diese Verwaltung solle auch für die Ernennung der hohen kurdischen Beamten und Offiziere in der allgemeinen Verwaltung, Polizei und Armee zuständig sein. Der Vizepräsident des Irak solle ein Kurde sein, ebenso der Präsident der Abgeordnetenversammlung oder des Senats.«

¹²⁸ Archiv der Gegenwart vom 14. bis 16. August 1965, S. 12012.

¹²⁹ Einzelheiten bei Huwedi, 1983, S. 254-62.

¹³⁰ Batatu, 1978, S. 1034. Süddeutsche Zeitung vom 23. September 1965.

local activities which do not conflict with the unity of the country and which in no way paves the way for the loss of any part of our homeland.«¹³¹

Faktisch wiederholte das Regierungsprogramm des neuen Kabinetts die frühere Linie in der Kurdenfrage.

Der neue Regierungschef übernahm sein Amt zu einem für die irakische Armee gerade sehr ungünstigen Zeitpunkt im Kurdenkrieg. Die besser organisierten und schlagkräftiger gewordenen Kurden¹³² erhielten Unterstützung über die iranischen Grenzen hinaus. Daher waren die Iraker bemüht, den Grenzübergang zum Iran zu kontrollieren und konzentrierten zu diesem Zweck die Kämpfe in den Grenzregionen, welche zu mehrmaligen Zwischenfällen mit dem Iran führten.¹³³ Vergeblich versuchte die Regierung al-Bazzaz', diese strategisch bedeutenden Grenzübergänge für die Kurden abzuriegeln.¹³⁴ Es bestanden große Unstimmigkeiten in den irakisch-iranischen Beziehungen.¹³⁵

Erbittert wurde auf beiden Seiten weiter gekämpft. Schon im Winter brachte die äußerst schwierige Lage al-Bazzaz dazu, mindestens zweimal mit Barzani in Verbindung zu treten. Es wurde aber keine Einigung erzielt.¹³⁶ Erst ab Mitte März kam es zu einer Annäherung, nicht aber zwischen Bagdad und Barzani, sondern zwischen Bagdad und der Ahmad-Talabani-Gruppe, den suspendierten damaligen DPK-Politbüro-Mitgliedern,¹³⁷ die offenbar aus Angst vor Barzani Zuflucht bei der Regierung gefunden hatte.¹³⁸ Ab diesem Zeitpunkt bis zum Abkommen vom 11. März 1970 gewann die irakische Regierung diese durchaus bedeutende politische Gruppe für ihre Seite. Sie ermutigte sie mit militärischer Hilfe, gegen Barzani zu Felde zu ziehen. Die irakische Führung nutzte damit die innerkurdischen Konflikte aus, um das gestörte militärische Gleichgewicht in Kurdistan möglichst auszubalancieren.

¹³¹ Khadduri, 1969, S. 254-55. Siehe auch Edmonds, 1967, S. 14. Trotz dieser guten Gesten machte al-Bazzaz aus seiner Abneigung den aufständischen Kurden gegenüber kein Hehl, als er von Vokabeln des Militärs Gebrauch machte, in dem er die Aufständischen "Banditen" nannte, die von einem Nachbarstaat unterstützt würden. Siehe Die Presse vom 1. Oktober 1965.

¹³² Zum Krieg zwischen den Kurden und der irakischen Armee mit den entsetzlichen Verlusten an Menschenleben siehe den auf Exklusivinformationen aus dem Kampfgebiet basierenden Dokumentarbericht von R. Braumann im Rheinischer Merkur vom 14. Januar 1966.

¹³³ Kutschera, 1979, S. 255 ff.

¹³⁴ Handelsblatt vom 23. November 1965. Die Zeit vom 7. Januar 1966. O'Ballance, 1973, S. 133.

¹³⁵ Der wachsende Panarabismus und die sozialrevolutionären Tendenzen des Irak, eher gefördert durch Annäherung zu Nasser, zu dem der Schah keine gute Beziehung unterhielt, bereiteten dem Iran, der mit Israel in Kontakt stand, große Ängste. Hinzu kamen die Wünsche des Schahs über eine Revision des iranisch-irakischen Vertrages zum Schiffsverkehr auf der Wasserstraße vom Schatt al-Arab. Allerdings standen die Beziehungen am Rande eines größeren Konfliktes. Vgl. Weldani, 1992, S. 300; Süddeutsche Zeitung vom 18. Dezember 1965 und 12. Januar 1966; Die Zeit vom 7. Januar 1966.

¹³⁶ Am 8. Februar und 2. April 1966 sollen diese Kontakte stattgefunden haben. Nebez, 1972, S. 200 ff.

¹³⁷ Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. März 1966 und O'Ballance, 1973, S. 135.

¹³⁸ Mohammad erzählt, er habe selbst ein mit der Unterschrift von Barzani signiertes Blatt gesehen, das den Befehl zu ihrer Beseitigung enthalten habe. Mohammad, 1992, S. 495. Vgl. auch Aziz, 1995, S. 66.

2.6 Die Frage der Union mit der VAR und Nassers Einstellung zur Kurdenfrage

Aref, der stets öffentlich dem Arabismus die Treue hielt und als einer der »treuesten Paladine« Nassers galt,¹³⁹ kam nach seinem Putsch vom November 1963 der Verwirklichung der arabischen Union ein Stück näher. Bis dahin befanden sich die Unionspläne im »Stadium der Fühlungnahme«.¹⁴⁰ Natürlich sollte ihm so ein Schritt auch Vorteile einbringen. Schon im Dezember 1963 forderte er den Unionspartner Ägypten auf, ein bis zwei ägyptische Bataillone in den Irak zu entsenden, um als erstes

»die Kurden, die [Nasser und] der VAR vertrauen, unter Druck zu setzen, damit sie die Lösung des bestehenden Konfliktes in einer Form, die dem Willen der irakischen Regierung entspricht, zustimmen.«¹⁴¹

Solche Forderungen, wenn sie auch eher von symbolischer Bedeutung waren, dürften im unruhigen »Zweistromland« schwere Konsequenzen für das Land am Nil gehabt haben, welches militärisch im Jemen verwickelt war und sich wirtschaftlich in keinem hoffnungsvollen Stadium befand. Nasser stand diesen Forderungen eher bedenklich gegenüber. Aus diesem Grund stimmte er erst Monate später der Entsendung dieser Bataillone zu.¹⁴²

Nasser seinerseits hatte sich abermals gegen die Versuche ausgesprochen, die Kurden mit Gewalt zu unterwerfen.¹⁴³ Seine Abneigung gegen die vorschnellen Vereinigungspläne des im eigenen Lande wenig populären Präsidenten Aref¹⁴⁴ wuchs nach dem Wiederbeginn des Kurdenkrieges im April 1965 stärker denn je. Das führte dazu, dass die Differenzen zwischen Aref und den Nasseristen, die u.a. im Interesse der Union auf eine friedliche Lösung des Kurden-Konfliktes drängten, tiefer wurden. In

¹³⁹ Handelsblatt vom 15. April 1966.

¹⁴⁰ Hottinger, 1964, S. 602.

¹⁴¹ So hatte der irakische Innenminister Abdul-Hamid dem ägyptischen Präsident Nasser wörtlich erklärt, weshalb Aref nach der Entsendung ägyptischer Truppen gefragt hatte. Siehe Nassers Brief vom 1. Januar 1964 an Aref bei Huwedi, 1983, S. 233-35.

¹⁴² Siehe Die Welt vom 2. Oktober 1964 und Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Dezember 1964.

¹⁴³ Siehe D. Awni: Araber und Kurden, Streit oder Harmonie (Arabisch), Kairo 1993, S. 188-89 und Neue Zürcher Zeitung vom 30. April 1965. Der ägyptische Präsident Nasser nahm zu dem Kurden-Konflikt Stellung. In einem Interview mit der Zeitung *Le Monde* am 5. Juli 1963, also drei Wochen nach Ausbruch der Kämpfe, sprach er über die Notwendigkeit einer friedlichen Lösung dieses Konflikts. Der erste Mann Ägyptens ließ wissen, er hätte bereits Talabani, Barzanis Gesandten, empfangen, der ihm solche Gedankengänge zur Konfliktlösung vorgetragen hätte, die er selbst für durchaus verwirklichbar hielt. Er lehnte jeden Partikularismus in diesem Konflikt ab und bezeichnete die kurdische Frage als eine gesamtarabische und eine speziell irakische Frage. Archiv der Gegenwart vom 6. Juli 1963, S. 10675-76. Zuvor schrieb Haikal in einem Leitartikel der ägyptischen al-Ahram-Zeitung, dass eine friedliche Lösung der Kurdenfrage u.a. darum zu wünschen sei, »weil es im Interesse des Iraks liegt, seine Beziehungen mit der Sowjetunion zu verbessern«. Der Herausgeber des Blattes wies auf die internationale Lage hin, die durch den Druck Israels auf die Vereinten Nationen gekennzeichnet sei und meinte, es müsse den Arabern daran liegen, jede Spannung mit der Sowjetunion zu vermeiden. Neue Zürcher Zeitung vom 2. Juli 1963. Erst nachdem Aref I. die Baathisten am 18. November 1963 entmachtete, fanden diese Wörter im Irak Resonanz.

¹⁴⁴ »Unter Abdul Salam Aref«, schrieb Harald Vocke in der Frankfurter Allgemeine Zeitung am 19. April 1966, »hat der Irak die Stellung eines Satelliten Ägyptens gewählt, nicht aus Zwang oder Notwendigkeit, sondern aus innerer Schwäche.«

seiner Regierung stützte sich Aref seitdem weniger auf Nassers Anhänger im Irak, indem er sie ihrer Ämter enthob. Teilweise traten sie aber auch freiwillig zurück.¹⁴⁵

Die Unionsfrage war im Irak als Ganzes eine umstrittene Angelegenheit. Ihre Gegner fanden sich nicht nur in den Reihen der Kurden. Viele Schiiten, die als Glaubensgemeinschaft die Mehrheit im Irak bildeten und noch heute bilden, lehnten aus religiösen Gründen eine Union mit den ägyptischen Sunniten rundweg ab.¹⁴⁶ Außerdem hatte der langfristige Einfluss der Kommunisten in der irakischen Politik dem Nasserismus im Lande keinen großen Rückhalt ermöglicht und machte ihn wenig populär. Hinzu kam die nicht geringe Zahl der über die Unionspläne unzufriedenen Offiziere, ob aus irakisch-patriotischen Motiven, oder ob aus Sorge um ihr eigene Position.¹⁴⁷

Trotz alledem unternahm Aref nachfolgend genannte Schritte, die die Union mit Ägypten symbolisierten und den Irak immer fester an Ägypten banden:

- Art. 1 der provisorischen Verfassung, veröffentlicht am 3. Mai 1964, trug außerordentlich arabisch-nationalistische Töne. Er lautete:

»„Der Staat“: Die Republik Irak ist ein demokratischer sozialistischer Staat, dessen Demokratie und Sozialismus auf seinem arabischen Erbe und seinem islamischen Geist beruhen. Das irakische Volk ist ein Teil der arabischen Nation, deren Ziel die vollständige arabische Einheit ist. Die Regierung ist verpflichtet, für diese Einheit zu wirken, beginnend mit der Einheit mit der VAR. [...] Der Islam ist die Staatsreligion und die Basis der Verfassung, Arabisch ist die Staatssprache«¹⁴⁸

- Die Unterzeichnung des Abkommens über die Schaffung eines gemeinsamen Präsidialrates mit der VAR erfolgte am 26. Mai 1964.¹⁴⁹
- Die Konstituierung einer Einheitspartei namens Arabische Sozialistische Union (ASU)¹⁵⁰ nach ägyptischem Muster.
- Die Verstaatlichung aller Versicherungsgesellschaften, Banken und industriellen Großunternehmen wurde Mitte Juli desselben Jahres bekannt gegeben.¹⁵¹

¹⁴⁵ Vgl. Christ und Welt vom 16. Juli 1965; National Zeitung vom 16. August 1965; O'Ballance, 1973, S. 128.

¹⁴⁶ Vgl. S. Zubaida: Community, Class and Minorities in Iraqi Politics, in: The Iraqi Revolution of 1958, ed. by R. A. Fernea/W. R. Louis, London/New York 1991, S. 197-210, 198-99.

¹⁴⁷ Siehe Die Weltwoche vom 22. Januar 1965. Neben diesen Hindernissen gab es große Unterschiede zwischen dem Irak und Ägypten. Zutreffend beschrieb die *Stuttgarter Nachrichten* in ihrer Ausgabe vom 30. März 1965 die Unterschiede: »Stets am Rande einer Revolution, zehnmal reicher als Ägypten und hundertmal unruhiger und feuriger, zerfleischt von der Pest unübertrefflich grausamer Armut in gewissen Volksschichten, von höchster Modernität auf der anderen Seite und doch wieder unvorstellbar zurückgeblieben.«

¹⁴⁸ Archiv der Gegenwart vom 17. Juni 1964, S. 11277.

¹⁴⁹ Khadduri, 1969, S. 228. Der Text lässt sich bei Huwedi (1983) auf den Seiten 216-20 nachlesen.

¹⁵⁰ Der vollständige Text in: The Weekly Gazette, No. 5, 3rd February 1965, S. 6-7.

¹⁵¹ Ebd., No. 12, 24th March 1965, S. 4-13. Archiv der Gegenwart vom 23. Juli 1964, S. 11399. Heftig kritisierte Nasser wenige Tage später diesen Schritt. Denn mit solchen Verstaatlichungen, vor allem der einheimischen Versicherungen im Irak, hatte man lediglich den mittleren und reicheren Schichten der eigenen Gesellschaft Schaden zugefügt. Das an Erdöl reiche Land hätte darauf durchaus verzichten können. Mohammad, 1992, S. 467. Das belegt, ohne überlegte und vorherige Absprachen mit Kairo hat Bagdad spontan ägyptische Schritte nachgeahmt.

- Mitte September veröffentlichte Aref eine Erklärung über die Verschmelzung der beiden Staatsparteien von Ägypten und Irak¹⁵² und weitete dies am Monatsende auf die weitgehend diplomatischen Dienste aus.¹⁵³
- Eine Vereinbarung über ein Übergangsregime bis zum Zusammenschluss beider Länder unterzeichnete Aref mit Nasser am 16. Oktober 1964, die am 29. November des gleichen Jahres ratifiziert wurde. Diese Vereinbarung erzielte im Grunde die Zusammensetzung der Vereinigten Politischen Führung der beiden Länder.¹⁵⁴
- Der Beschluss Arefs im Mai 1965, ab 2. Juni 1965 die Nationalhymne und das nationale Emblem der VAR an die Stelle des irakischen zu setzen.¹⁵⁵

In der Monarchiezeit und nach dem Juli 1958 wies das irakische Emblem entsprechende Zeichen für die Partnerschaft der beiden Völker auf: in der ersten Zeit durch zwei Sterne¹⁵⁶ und danach durch ein arabisches Schwert und einen kurdischen Dolch.

Somit wurde es für die Kurden zur unerfreulichen Realität, dass über ihre Köpfe hinweg solche schicksalhaften Entscheidungen ausgehandelt bzw. getroffen wurden. Allerdings nach der Entmachtung der Baathisten im Irak im November 1963 kühlten die Nasser-Kurden-Beziehungen weitgehend ab. Nasser empfing keine kurdischen Emissäre mehr. Seinen Botschafter in Bagdad, Huwedi, fanden die Kurden als den heftigsten aller Gegner einer kurdischen Autonomie vor. Er soll, deren Angaben zufolge, solches Streben nach Autonomie als nichts anderes als »Hochverrat am arabischen Vaterland« verurteilt haben.¹⁵⁷

Über die Union hatten die Kurden ihre eigene Einstellung. Sie betonten, wie schon vorher erwähnt wurde, dass sie sich im Falle des Untergehens des Irak in der VAR das Recht vorbehielten, diesem Bund entweder als eigener Mitgliedsstaat oder überhaupt nicht beizutreten. Barzani selbst, der die Union zweifelnd betrachtete, fiel es schwer zu glauben, dass solche Pläne »etwas Gutes« für die Kurden bringen würden.¹⁵⁸ Daher war er bereit, sich an einer eventuellen Allianz mit den USA und dem Iran gegen den Irak und Ägypten zu beteiligen.¹⁵⁹ Glücklicherweise waren die Araber über die Formierung solcher

¹⁵² Ebd. vom 17. September 1964, S. 11453.

¹⁵³ Ebd. vom 28. und 29. September 1964.

¹⁵⁴ The Weekly Gazette, No. 31, 4th August 1965, S. 2-4.

¹⁵⁵ Ebd., No. 45, 10th November, 1965, S. 10-11.

¹⁵⁶ Siehe W. J. Gallman: Iraq under General Nuri, My Recollections of Nuri al-Said 1954-1958, Baltimore 1964, S. 121.

¹⁵⁷ Neue Zürcher Zeitung vom 3. Juli 1964. In seinem Buch äußert sich Huwedi über solche Anschuldigungen nicht, obgleich er Andeutungen über gewisse Bedenken der Iraker über seine Politik erahnen lässt. Der Botschafter genoss nach seinen eigenen Angaben volle Machtbefugnisse. Huwedi, 1983, S. 277.

¹⁵⁸ Er stellte dem Korrespondenten der Neue Zürcher Zeitung eine rhetorische Frage: »Wenn uns schon die Iraker allein mit Bomben belegen und ihre Versprechen brechen, was werden die Iraker und die Ägypter zusammen gegen uns unternehmen, falls sie sich vereinigen sollten?« Neue Zürcher Zeitung vom 3. November 1964.

¹⁵⁹ Ebd. vom 3. November 1964. Barzani hielt allerdings von der Verwirklichung der irakisch-ägyptischen Union nicht viel. »Die Union«, sagte er einmal zu Haraldsson, »läßt sich nur auf der Grundlage politischer Freiheit und Demokratie aufbauen und bewahren. Von der Existenz einer Demokratie kann im Irak keine Rede sein, zumal nur eine Partei erlaubt ist, die arabisch-sozialistische Union, zu denen aber die Kurden schon deshalb nicht gehören, weil sie keine Araber sind. Wenn aber schon im eigenen Lande keine Regelung gefunden wird, dann gilt es erst recht für eine Union zwischen Irak und Ägypten.« Haraldsson, 1966, S. 206.

möglichen Machtblöcke nicht. Dies traf vor allem auf die syrische Regierung zu, die nicht zulassen konnte, außer dem arabischen Nationalismus einen anderen Nationalismus anzuerkennen. Das gleiche galt für die nationalistischen irakischen Kräften. Diese betrachteten eine kurdische Autonomie eher als einen Schritt in Richtung der Schaffung eines "neuen Israel".¹⁶⁰ Konsequenterweise trat eine Entfremdung zwischen Nasser, der auf die irakischen Entscheidungen wahrscheinlich Einfluss nehmen konnte und den Kurden, die in Nassers guten Gesten greifbare Möglichkeiten zur friedlichen Lösung ihrer Angelegenheiten sahen, immer deutlicher zutage. Nasser nahm, was die Kurdenfrage betraf, besondere Rücksicht auf die Regierung Arefs I.¹⁶¹ Im Abschnitt 2.4 wurde angedeutet, dass die Lage im Februar 1965 angespannter wurde. Zu diesem Zeitpunkt wuchsen auch die Ängste Ägyptens, von Israel angegriffen zu werden. Nur vom Irak hatte Nasser Beistand erwarten können. Von daher schalteten sich die hochrangigen Botschaftsmitglieder Ägyptens in Bagdad ein, um die beiden Seiten von einer militärischen Konfrontation abzuhalten.¹⁶² Im Zeichen dieser Spannungen flossen Ende Oktober 1965 die Nachrichten, die die Wende in Nassers Kurden-Politik verbreiteten. Nach Gesprächen des irakischen Premier al-Bazzaz mit Nasser und seinem Ministerpräsidenten, Zakaria Mohieddin, in Kairo über die stufenweise Vereinigung wurde ein Kommuniqué herausgegeben, in dem zu lesen stand:

»Die VAR unterstütze die von der irakischen Regierung im Hinblick auf die Sicherung der territorialen Einheit des Landes und auf die Unterdrückung aller Versuche, die Unabhängigkeit, Freiheit und Integrität des Irak zu untergraben, unternommenen Anstrengungen, um so mehr als solche Versuche nicht nur gegen den Irak, sondern ebenfalls gegen die Sicherheit der gesamten arabischen Nation gerichtet sind.«¹⁶³

Daraufhin wurde dem kurdischen Vertreter in Kairo, Shawkat Aqrawi, angeordnet, Ägypten zu verlassen.¹⁶⁴ Drei Monate später versprach Nasser Aref bei seinem Besuch in Kairo die uneingeschränkte Unterstützung gegen »die Rebellion, die sich in einem Teil des irakischen Territoriums manifestiert« hatte.¹⁶⁵ Andererseits beteuerte er weiter seine 'Sympathie' für die kurdische Sache, als er vor den Journalisten sagte:

»Natürlich billigen wir weder Sezession noch eine eigene kurdische Armee. Wir wollen, daß die Kurden ihre nationalen Rechte auf den Gebieten der Sprache, der Kultur und der Verwaltung bekommen. Örtliche Selbstverwaltung bedeutet keine Sezession.«¹⁶⁶

Der ägyptische Präsident verwies bei dieser Gelegenheit Bagdad erneut auf den Verhandlungsweg, indem er sagte:

»Verschleppung des Kurdenproblems würde die Zukunft des Irak beeinträchtigen. Es könnte zu einem Geschwür werden, das unsere Feinde zur Stärkung ihrer Stellung

¹⁶⁰ Neue Zürcher Zeitung vom 23. Februar 1964 und 6. Januar 1966.

¹⁶¹ Mit Rücksicht auf Arefs I. Empfindlichkeit in der Kurdenfrage ließ Nasser während der Feierlichkeiten vom 23. Juli 1964 Massud Mohammad, dem kurdischstämmigen Minister, mitteilen, dass er ihn bei einer anderen Gelegenheit unter vier Augen empfangen wolle. Mohammad, 1992, S. 465.

¹⁶² Ebd. S. 476.

¹⁶³ Archiv der Gegenwart vom 4. November 1965, S. 12155-56.

¹⁶⁴ O'Ballance, 1973, S. 132-33.

¹⁶⁵ Neue Zürcher Zeitung vom 25. Februar 1966. Das Blatt berichtet über das Bestehen der Zusammenhänge zwischen der iranischen Unterstützung an die Kurden und dieser Wende in der Politik von Nasser.

¹⁶⁶ Süddeutsche Zeitung vom 22. Februar 1966.

benutzen. Deshalb glaube ich, daß wir nicht daran verzweifeln sollten, eine politische Lösung zu finden, und daß ein neuer Versuch gemacht werden soll, den Dialog zu beginnen.«¹⁶⁷

Somit blieb auch die versprochene uneingeschränkte Unterstützung vielmehr eine rhetorische als eine militärische Tatsache; die Kräfte der VAR waren zu dieser Zeit völlig im Jemen beansprucht. Hierzu ist es wahrscheinlich richtig, die Vermutung anzustellen, dass aufgrund dieser Tatsache Aref sich in den letzten Monaten seiner Herrschaft behutsam von der Union mit Ägypten abwendete.¹⁶⁸

Zusammenfassung

Aus den bereits geschilderten Vorgängen folgt, dass in der Zeit der Zweiten Republik der Kurden-Konflikt in mehrfacher Hinsicht bemerkenswerte Entwicklungen erlebte:

1. Zum ersten Mal machte die irakische Regierung vorläufig Gebrauch von Verhandlungswegen als Mittel zur Beilegung des Kurden-Konfliktes. Das war ein Novum in diesem Konflikt. Man entwickelte in Bagdad einen Dezentralisierungsplan, der in erster Linie Reformen für das ganze Verwaltungssystem des Landes vorsah, aber keineswegs in der Kurdenfrage eine umfassende und endgültige Regelung herbeiführen konnte. Dagegen nahm die kurdische Seite den Dezentralisierungsbegriff wortwörtlich. Die zu bildende dezentrale Verwaltung in Kurdistan hatte nach kurdischen Vorstellungen alle innenpolitischen Entscheidungen zu treffen. Außer in der Verteidigung und in außenpolitischen Angelegenheiten war die Rolle der zentralen Instanzen völlig ausgeschaltet. Obgleich die Kurden bei den zum Jahresbeginn 1965 aufgenommenen Verhandlungen ihre Forderungen weitgehend zurückschraubten, kamen ihnen die irakischen Entscheidungsträger, die ausschließlich ihre eigenen Ziele (Stabilisierung durch einen eigenen Dezentralisierungsplan und Bildung der arabischen Einheit) zu verwirklichen suchten, nicht entsprechend entgegen.
2. In Anbetracht der militärischen Herkunft der politisch Verantwortlichen in der Hauptstadt war die kriegerische Konfrontation von vorne herein das in Erwägung gezogene Mittel. Aus diesem Grunde nahm der Krieg erschreckende Ausmaße an, so dass man ohne Zweifel sagen kann, dass die Regierungsseite nicht mehr die Verhältnismäßigkeit der Mittel wahrte. Dadurch eskalierte der Konflikt erheblich. Die Widerstandsfähigkeit der relativ stark organisierten Kurden stellte jedoch dieses Mittel zur Lösung erneut in Frage.
3. Für eine zusätzliche Verschärfung dieses Konfliktes sorgten die panarabischen Gedanken der regierenden Machthaber. Diese eher chauvinistisch orientierte Linie verstellte den Blick auf die historischen, geographischen und politischen Wirklichkeiten in ihrem Gesamtzusammenhang. Mit großen Machtambitionen stellten die Vertreter dieser Ideologie alle Staatsterritorien der "arabischen" Länder vorbehaltlos als Eigentum der Araber hin. Im Zusammenhang mit der Forderung nach kurdischer Autonomie oder gar dem Wort Kurdistan brachten sie nicht selten die Entstehung des Staates Israel in Erinnerung. Zum »Separatist« und zum »Verräter« abgestempelt wurde, wer von einer kurdischen Autonomie sprach. Das war ein

¹⁶⁷ Ebd.

¹⁶⁸ Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 25. Februar 1966 und 9./10./11. April 1966.

schwerer Schlag gegen die Integrationsbemühungen der Kurden. Seitdem verschwanden auch die kurdischen Merkmale in dem irakischen Emblem und in der irakische Flagge für immer.

4. Aufgrund der sozio- und machtpolitischen Faktoren gelang es den Kurden, die bis 1964 eine relativ geschlossene Machtgruppe darstellten, nicht, ihre internen Konflikte beizulegen. Es kam zu einer nachhaltigen Spaltung. Das war ein willkommener Anlass für die Front der Kriegsgegner, die Kurden gegeneinander auszuspielen und die eigene Position zu stärken.
5. Auf regionaler und internationaler Ebene ergaben sich durch die Politik der Regierung in Bagdad wichtige politische Konsequenzen:
 - a) Der Krieg gegen die Kurden überschritt ab und zu die iranischen Grenzen, was das Nachbarland nicht ohne weiteres hinnehmen wollte.
 - b) Die starke irakische Annäherung zur VAR versetzte den Schah vom Iran in Unruhe, der befürchtete, dass der Panarabismus sich auch im südwestlichen Teil des Iran, der mehrheitlich von den Arabern bewohnt wird, verbreiten könnte. Das war einer der Gründe, weshalb der Iran Kontakte mit den aufständischen Kurden im Irak aufnahm.
 - c) Der Krieg gegen die Kurden und die Verfolgung von Kommunisten durch die Regierung veranlasste die Sowjetunion zur direkten Wortmeldung und Einmischung.
 - d) Nassers Äußerungen zu diesem Konflikt dürften zwar als eine der ersten Bemühungen eines Staatsmannes in der Geschichte dieses Konflikts in der Republik Irak gelten, beide Parteien öffentlich zum Frieden zu bewegen. Doch praktisch war mit seinen, wenig ernsthaften Interventionen, beeinträchtigt durch den israelisch-arabischen Konflikt, kein neuer Schwung in einen Friedensprozess zu bringen.

Kapitel Acht

Die Phase des passiven Friedens im Kurden-Konflikt in der Ära Arefs II.

Der irakische Staatschef, Abdul-Salam M. Aref, verunglückte nach offizieller Erklärung Bagdads am 13. April 1966 durch einen Hubschrauberabsturz. Er war bei der in der Nähe der Stadt Basra liegenden Ortschaft al-Qurna im südlichen Irak in einen Sandsturm geraten.¹⁶⁹ Die Entscheidung über die Wahl seines Nachfolgers fiel am 17. April in einer Sitzung des Nationalen Verteidigungsrates, bestehend aus zwölf Offizieren und acht Kabinettsministern. Benannt wurde der Generalstabschef, Generalmajor Abdul-Rahman M. Aref, der ältere Bruder des verstorbenen Präsidenten.¹⁷⁰ Die aufständischen Kurden gaben gleichzeitig über ihren Sender bekannt, die Kämpfe innerhalb eines Monats einzustellen, um zu sehen, ob der neue Präsident gewillt sei, ihren Forderungen entgegenzukommen. Angesichts dieser Tatsache begann die Herrschaftszeit Aref II., ähnlich wie die seiner beiden Vorgänger, Kassem und Aref I., mit einer Waffenruhe im Kurdenland. Ob dieser Waffenstillstand in eine Verständigung mündete, hing letztendlich von der Politik Bagdads ab.

Der neue Staatspräsident der Republik, der auf seiner ersten Pressekonferenz die Entschlossenheit zeigte, die von seinem Vorgänger geführten Innen- und Außenpolitik des Landes fortzusetzen, forderte u.a. die Verbrüderung zwischen den Kurden und Arabern, wobei er meinte: »Das kurdische Problem soll auf der Grundlage der Autonomie gelöst werden, die den Kurden die Erhaltung ihrer Sprache und ihrer Tradition garantiert.«¹⁷¹

Mit seinem Nachsatz, Barzani als 'einzigen abtrünnigen separatistischen Kurden' zu bezeichnen, nahm er allerdings seiner gewünschten Verbrüderung und kulturellen Autonomie für die Kurden jeglichen praktischen Wert.¹⁷² Als sein Premier al-Bazzaz am 25. April 1966 über die nationalen Rechte der Kurden sprach, wobei er jeden Separatismus ausschloss,¹⁷³ dauerte es kaum zwei Tage, da unterstrich der Präsident seine Haltung: »Wir feilschen nicht um unser Vaterland«,¹⁷⁴ sagte er über Radio Bagdad, als Dementierung der in Beirut aus den kurdischen Kreisen bekannt gegebenen gescheiterten Verhandlungen zwischen ihnen und Bagdad. Sollte ein erfolgreiches Abkommen unterzeichnet werden, so müsse ein neutraler arabischer Staat das Abkommen garantieren, hatten die Kurden gefordert und hierfür Ägypten vorgeschlagen. Die Kurden hätten diese Forderung damit begründet, dass die Regierung wiederholt ihre Versprechungen gebrochen habe. Diese Forderung betrachtete der Irak als Verletzung seiner Souveränität.¹⁷⁵ Der neue Präsident, der sich vor seiner Wahl zwecks

¹⁶⁹ Beinahe in allen überregionalen Tageszeitungen vom 15. April 1966 wurde über diesen Absturz berichtet.

¹⁷⁰ Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung und Süddeutsche Zeitung vom 18. April 1966. Für eine ausführliche Darstellung vgl. Khadduri, 1969, S. 264-66 und Batatu, 1978, S. 1062 ff.

¹⁷¹ National Zeitung vom 20. Mai 1966.

¹⁷² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. April 1966. Nebez, 1972, S. 204.

¹⁷³ O'Ballance, 1973, S. 136.

¹⁷⁴ Süddeutsche Zeitung vom 29. April 1966.

¹⁷⁵ Archiv der Gegenwart vom 25. bis 28. April 1966, S. 12463.

Waffenlieferungen in der Sowjetunion aufhielt, war sich im Klaren darüber, was sich bald abspielen würde. Lediglich der plötzliche Tod des Präsidenten Aref I. hatte die Durchführung eines militärischen Plans hinausgeschoben, der vom Verteidigungsminister al-Uqaili für eine der bis dahin größten Offensiven gegen die Kurden sorgfältig ausgearbeitet worden war. Anfang Mai war es dann soweit, den Feldzug der totalen Vernichtung der 'Rebellion' zu starten.¹⁷⁶ Diese Großoffensive sollte den Regierungstruppen die Kontrolle über die strategisch wichtige Hamiltonstraße ermöglichen, die sowohl Irakisch-Kurdistan in zwei Teile voneinander trennte als auch den bedeutendsten Nachschubweg für die Kurden darstellte. Doch entgegen den Erwartungen des Militärs verfehlte man seine gewünschten Ziele. Die irakischen Streitkräfte erlitten mit ihrer größten Offensive ihre größte Niederlage, nachdem die zweite Division, die best ausgestattete Division des Irak, in einer überraschenden Gegenoffensive der Peschmarga überrannt und so gut wie aufgerieben wurde.¹⁷⁷ Nun bewiesen die Kurden, dass ihr Widerstandswille über wirkliche Ausdauer verfüge.

1 Die Deklaration al-Bazzaz' vom 29. Juni 1966

Die bitteren Kriegsfolgen im Gebirge Kurdistans waren ein schwerer Schlag für das Ansehen der Armee. Diese drängte die Verantwortlichen in Bagdad sowie die Hardliner aus den Reihen des Militärs¹⁷⁸ dazu, ihre intransigente Haltung vorerst aufzugeben und eine neue Kurdenpolitik zu gestalten, die sich mehr als sonst mit den Belangen der Kurden befasste. Am 13. Juni breitete sich plötzlich eine überraschende Stille an den Fronten aus. Der irakische Stabschef hatte Barzani um Erlaubnis gebeten, eine vom Ministerpräsidenten offiziell beauftragte völkische Delegation zur Versöhnung passieren zu lassen.¹⁷⁹ Die erwähnte Delegation traf am 15. Juni in Barzanis Hauptquartier ein und überreichte dem Kurdenchef ein Projekt des Premiers als Basis der Verhandlungen zur Regelung der Kurdenfrage. Dieser Initiative war allerdings ein Gesprächsangebot der Regierung vorausgegangen, dem, wegen fehlenden, minimalen Garantien, von Barzani eine Absage erteilt worden war.¹⁸⁰ Am selben Tag unterrichtete al-Bazzaz über die irakischen Medien die Bevölkerung von seinem Friedensprogramm der völligen Anerkennung der kurdischen Nation, als er sagte: »Der Irak ist nicht nur das Heimatland der Araber, sondern in gleicher Weise auch das der Kurden.«¹⁸¹

»Ich weiß«, erklärte al-Bazzaz weiter, »daß eine Gruppe unter dem Volk - vielleicht auch Araber - sich gegen diese Politik wendet. Sie betrachtet diese Politik als schwach. Diese Gruppe ist nur mit der Vernichtung des letzten Rebellen zufrieden...« Der Premier fuhr fort und unterstrich seine Absicht, »Ich sage aber zu diesen Leuten ganz ernsthaft: wenn die Lage im Norden des Heimatlandes nicht durch Zufriedenheit..., eine vernünftige Lösung...,

¹⁷⁶ National Zeitung vom 20. Mai 1966.

¹⁷⁷ Dazu liefert Mauriès, der Augenzeuge dieser Schlacht, eine lebendige Darstellung im Kapitel 7 seines Buches. R. Mauriès: *Le Kurdistan ou la Mort*, Paris 1967, S. 171-213. Siehe auch Vanly, 1970, S. 263 ff.

¹⁷⁸ Gezwungenermaßen stimmten die Divisionskommandeure der irakischen Armee der Aufnahme der Verhandlungen mit den Kurden zu. *Süddeutsche Zeitung* vom 25. Juli 1966. Zu al-Bazzaz-Militär-Verhältnissen siehe Jawad, 1981, S. 194 ff.

¹⁷⁹ Mauriès, 1967, S. 200.

¹⁸⁰ Ebd., S. 199.

¹⁸¹ Nebez, 1972, S. 208.

vollkommene Anerkennung der Rechte derer auf der Gegenseite in Ordnung gebracht wird, wird der Konflikt nie völlig beseitigt sein.«¹⁸²

Diese Aussage offenbarte zumindest die gegensätzlichen Vorstellungen von der Lösung des Kurden-Konflikts bei den Spitzenpolitikern des Irak. Eine Woche später kam eine kurdische Delegation unter der Leitung des Generalsekretärs der DPK, Habib Mohammad Karim, nach Bagdad zu Besuch, wo sie zunächst vom Ministerpräsidenten und dann vom Präsidenten empfangen wurde.¹⁸³ Die Verhandlungen wurden trotz etlicher Unstimmigkeiten und der gespannten Lage¹⁸⁴ zum ersten Mal erfolgreich abgeschlossen. Die Geschichte des Kurden-Konflikts im Land des Tigris und Euphrat wurde um ein weiteres Kapitel des Friedens fortgeschrieben.

Nach Absprache mit den kurdischen Delegierten gab al-Bazzaz am 29. Juni 1966 eine programmatische Erklärung¹⁸⁵ ab, die als Grundlage für die irakische Kurdenpolitik anzusehen war und folgende hier zusammengefasste Zusagen enthielt:¹⁸⁶

1. Anerkennung der kurdischen Nation und deren nationalen Rechte im Rahmen eines einheitlichen Irak, der zwei Hauptnationalitäten - Araber und Kurden - enthält, mit deren Verankerung in der Verfassung;
2. die Bereitschaft der Regierung, diese Rechte in den Gesetzen der Provinzen, die auf der Basis der Dezentralisierung vorbereitet werden, zu gewähren;
3. Anerkennung des Kurdischen als offizielle Sprache neben dem Arabischen in den mehrheitlich von Kurden bewohnten Gebieten;
4. die Entschlossenheit der Regierung, Legislativwahlen abzuhalten und die entsprechende Repräsentation der Kurden im Parlament zu garantieren;
5. das Teilhaben der Kurden im Verhältnis ihrer Bevölkerungszahl an allen öffentlichen bzw. hohen Verwaltungsposten unter Berücksichtigung der Qualifikationsprinzipien;
6. Zugang der Kurden zum Studium in allen Branchen und Pflege der kurdischen Sprache sowie Kultur an der Universität von Bagdad;
7. in den kurdischen Provinzen werden die Stellen der lokalen Beamten mit Kurden besetzt;
8. Pressefreiheit im Rahmen des parlamentarischen Lebens;
9. Generalamnestie und Rückkehr der kurdischen Beamten, Arbeiter und Angestellten in ihre Stellen;
10. Rückkehr der Soldaten und Polizisten mit ihren Waffen in ihre Einheiten und Stationen sowie Auflösung der Fursan-Verbände;
11. Verwendung von Kriegsausgaben zum Aufbau im Norden. Zu diesem Zweck wird ein spezieller Apparat formiert und
12. Bemühen der Regierung um Rückführung der Evakuierten in ihre Gebiete.

¹⁸² Ebd.

¹⁸³ Mauriès, 1967, S. 204.

¹⁸⁴ Aref II. und al-Bazzaz empfangen Barzanis Widerstreiter, Talabani, sowie weitere regierungstreue kurdische Stammeshäuptlinge, was Barzani erheblich beunruhigte. Siehe Frankfurter Neue Presse vom 6. Juli 1966 und O'Ballenge, 1973, S. 139.

¹⁸⁵ Al-Bazzaz lehnte es ab, diese eigentliche Vereinbarung ein *Abkommen* zu nennen. Denn »[...] agreements and negotiations do not take place between the people of one country« argumentierte er. Jawad, 1981, Fußnote 33, S. 217. Er wollte eigentlich durch diese Haltung die Staatssouveränität und -autorität betonen.

¹⁸⁶ Siehe den Text bei Khadduri, 1969, S. 274-76 und O'Ballenge, 1973, S. 179-80.

Es gab aber noch drei weitere Punkte, die geheimgehalten wurden. a) Bildung eines Distrikts namens Duhok, aus kurdischen Provinzen um Mossul. b) Amnestie für sämtliche politischen Gefangenen und c) Lizenzierung der DPK.¹⁸⁷ Die Regierung hatte außerdem die Zulassung einer Tageszeitung der DPK in Bagdad versprochen, damit die Partei ihren Radiosender einstellen würde.¹⁸⁸

Im Gesamtkonzept dieser Entwicklung war die Bereitschaft al-Bazzaz' vollkommen durchsichtig, einem bedeutenden Teil der kurdischen Forderungen entgegenzukommen.¹⁸⁹ Somit stiegen anfänglich die Aussichten auf ein endgültiges Ende des Kurden-Konflikts. Die entscheidende aber unbeantwortete Frage war, inwiefern war der zivile Premier in der Lage, diese Versprechungen im Land der regierenden Generäle¹⁹⁰ in die Tat umzusetzen?

Auf diesen ersten Ansatzpunkt für eine dauerhafte Stabilisierung der Verhältnisse im Irak folgte das Warnsignal aus Bagdad. Nur einen Tag nach der Verkündung dieser Proklamation setzte eine als Nasseristen bekannte Gruppe, unter der Führung des aus seinem Fluchttort in Kairo, ohne Wissen der irakischen Behörden, in den Irak zurückgekehrte General Abdul-Razzaq Aref, einen missglückten Umsturzversuch in Szene.¹⁹¹

Die Regierung überlebte zwar die erste Kraftprobe, aber die zog Folgen nach sich. Unmittelbar danach unterstrich al-Bazzaz auf einer Pressekonferenz am 2. Juli 1966 seine Treue zum Arabertum des Irak.¹⁹² Auch wenn diese Haltung taktisch motiviert war, um den Widerständen der nationalistischen Kräfte den Boden zu entziehen, gab es noch genug unüberwindbare Streitpunkte mit den Kurden. Für Komplikationen sorgte das Nichtvorhandensein jeglicher Garantien für die Durchsetzung der aufgeführten Proklamation. Schon deshalb traten in den darauffolgenden Verhandlungsrunden enorme Diskrepanzen zwischen den Verhandlungsparteien auf, obwohl die irakische Seite angedeutet hatte, die vereinbarten Punkte 'großzügig' auszulegen.¹⁹³ Barzani betrachtete die vollständige Erhaltung seiner Peschmarga-Verbände, deren partielle Auflösung die

¹⁸⁷ Nebez, 1972, S. 211. Siehe auch Neue Zürcher Zeitung vom 11. Januar 1967. Später (Anfang Juli 1967) dementierte al-Bazzaz in einem Brief an die *al-Taakhi* Zeitung die Existenz geheimer Paragraphen. Siehe Nebez, 1972, S. 218.

¹⁸⁸ Jawad, 1981, S. 202.

¹⁸⁹ Rudolph Chimelli, der Nahostkorrespondent mehrerer deutscher Tageszeitungen meldete seine Bedenken über diese Deklaration: »Sie erfüllt nicht alle Forderungen der Kurden - weder Gebietsautonomie, noch ein fixer Anteil an den irakischen Öleinnahmen für die Kurden, noch eine eigene kurdische Armee sind vorgesehen«. Frankfurter Neue Presse vom 6. Juli 1966. New York Herald Tribune hatte ebenfalls Bedenken. Die Zeitung fragte, wie die vorgesehene und versprochene Amnestie, Wiedereingliederung der kurdischen Soldaten in die Armee und Dezentralisierung aussehen würden? New York Herald Tribune vom 7. Juli 1966.

¹⁹⁰ Jawad schildert al-Bazzaz' Politik vor dieser Deklaration wie folgt: »Although he continually stressed his intention to seek a peaceful solution, he warned the Kurds that his appeals were not made from a position of weakness; 'the brave Iraqi Army is ready, as it always has been, to maintain the integrity of our homeland'. This statement was made partly to flatter the Army and to acknowledge the military opposition, and partly in response to expressions of dissatisfaction with his moves.« Jawad, 1981, S. 196.

¹⁹¹ Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Juli 1966 und Mannheimer Morgen vom 7. Juli 1966.

¹⁹² Nebez, 1972, S. 212.

¹⁹³ Neue Zürcher Zeitung vom 5. Juli 1966.

Regierung verlangte, als die einzige Garantie für die Durchsetzung kurdischer Ansprüche. Offenbar setzte er in dieser Frage den Hebel zum Gegendruck an.¹⁹⁴

Immerhin leitete man Schritte ein, die die erhoffte Wende herbeiführen sollten. Einige Beispiele hierzu sind die Entwicklungen im Juli 1967: Am 10. Juli errichtete die Regierung das »Ministerium für den Aufbau des Nordens«, im gleichen Monat wurden 135 Personen freigelassen, die im Zusammenhang mit dem Kurdenkrieg verhaftet worden waren,¹⁹⁵ und das Kabinett verabschiedete einen Amnestieerlass.¹⁹⁶

Schwierigkeiten und Widerstände kamen aber nicht nur aus den unmittelbaren Reihen der Verhandlungsparteien. Etliche einflussreiche Vertreter der Armee widersetzten sich in der einen oder anderen Form al-Bazzaz, der freie Wahlen versprochen hatte. Dieses war ein natürliches Ergebnis der wahren Machtkonstellation im Irak. Der Premier geriet wegen seiner 'Liberalisierungspolitik', die die Privilegien des Militärs gefährden konnte, ins Kreuzfeuer der Kritik der Generäle, die in der Lage waren, seinen Rücktritt mühelos zu erzwingen.

Der Nahostkorrespondent der Neuen Zürcher Zeitung, Arnold Hottinger, beschrieb damals das Dilemma al-Bazzaz' zutreffend:

»[...] Bazzaz' *Schwierigkeit* war, daß im Irak die Regierungsmacht nicht mit der eigentlichen Macht im Lande identisch ist. Ueber der Regierung steht der *Präsident*, und hinter dem Präsidenten stehen die Armee und ihre politischen Sprecher, die Revolutionsoffiziere der verschiedenen Richtungen.«¹⁹⁷

2 Talibs Kabinett und die Kurdenfrage

Aref II. beauftragte nach dem Rücktritt al-Bazzaz' am 6. August 1966 Oberst Naji Talib, der »den Ausnahmefall eines *gemäßigt nasseristisch denkenden Schiiten*« darstellte, zu den Revolutionsoffizieren vom 14. Juli 1958 gehörte und dessen Vergangenheit am wenigsten belastet war,¹⁹⁸ mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Dieser neue Premier, der vom Präsidenten die Anweisung erhielt, u.a. die Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit in den Nordprovinzen weiterzuführen,¹⁹⁹ versicherte feierlich, sich an dem Programm seines Vorgängers in vollem Umfang zu orientieren.²⁰⁰

Wie ging aber Talib mit der Kurdenfrage in der Praxis um?

Talib verfolgte eine Politik, die darauf abzielte, die entstandene Bresche im kurdischen Lager so auszunutzen, um die Kurdenfrage im Irak in einen internen, kurdischen Konflikt umwandeln zu können. Er unterstützte verstärkt die Ahmad-Talabani-Gruppe mit den Fursan-Verbänden, um Stellungen der Peschmarga zu attackieren.²⁰¹ Auch wenn diese Politik ihre Ziele so weit erreichte, dass Kurden auf Kurden schossen, konnte sie jedoch Barzanis Position, »who enjoys the support of most of the rising generation of Kurdish nationalists [...]«, nicht entscheidend erschüttern.²⁰²

¹⁹⁴ Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 7. Juli 1966 und Khalil, 1991, S. 102.

¹⁹⁵ Süddeutsche Zeitung vom 20. Juli 1966. Nebez, 1972, S. 212.

¹⁹⁶ Neue Zürcher Zeitung vom 28. Juli 1966.

¹⁹⁷ Ebd. vom 20. August 1966. Vgl. auch Batatu, 1978, S. 1063.

¹⁹⁸ Neue Zürcher Zeitung vom 20. August 1966.

¹⁹⁹ Archiv der Gegenwart vom 13. August 1966, S. 12656.

²⁰⁰ Süddeutsche Zeitung vom 23. August 1966. O'Ballance, 1973, S. 142.

²⁰¹ Jawad, 1981, S. 205.

²⁰² C. J. Edmonds: The Kurdish war in Iraq: the constitutional background, in: The World Today, London, December 1968, S. 512-520, 519.

Darüber hinaus leistete die Regierung keiner der an die Kurden gemachten Zusicherungen Folge. Um einige Beispiele zu nennen: Von den Vorbereitungen des Gesetzes zur Dezentralisierung war keine Spur zu sehen; sie wurde strikt abgelehnt, den Kurden Oberst Ahmad Kamal zum Kommandeur einer irakischen Division zu ernennen;²⁰³ das Ministerium für den Aufbau des Nordens konnte wegen mangelnder Mittel nichts Wirksames unternehmen.²⁰⁴

Da die marode Wirtschaft des Landes um diese Zeit einen neuen, offenen und kostenaufwendigen Krieg fast unmöglich machte und die Schwächung ihrer eigenen Position zur Folge haben konnte, wurden die Kontakte zu den Kurden entsprechend gepflegt. Der irakische Verteidigungsminister, Shukri M. Shakri, traf z.B. im Oktober, in Begleitung des stellvertretenden Generalstabschefs, mit Barzani zusammen.²⁰⁵ Dann geschah etwas, das als das Ereignis des Jahrzehnts gelten darf. Am Ende des gleichen Monats kam es zum ersten Mal, seit Ausbruch des kurdischen Aufstandes 1961, zu einer persönlichen Begegnung zwischen dem irakischen Staatspräsidenten und dem Chef der aufständischen Kurden, als Aref II. sich mit Barzani in Ruwandiz, im Herzen des Kurdenlandes, traf. Auf diesem Treffen tauschten die beiden Chefs Freundschaftsbeteuerungen sowie Geschenke aus und beschworen das gegenseitige Entgegenkommen.²⁰⁶ Ob das Treffen eine Diversionsstrategie seitens Aref II. war, lässt sich schwer eruieren. Nach dieser Zusammenkunft aber erklärte er, mit Hinweis auf 'Ruhe und Stabilität' im Norden des Landes, das Kurdenproblem für eine abgeschlossene Angelegenheit.²⁰⁷ Dieses traf aber unglücklicherweise nicht zu. Im Gegenteil; seine Erklärung und Versprechungen haben sich vielmehr als unbedeutend erwiesen. Denn er besaß weder die Macht noch den Einfluss, um die mächtigen Offiziere, die das Staatsgeschehen bestimmten, zu einem friedlicheren und nachgiebigeren Kurs bewegen zu können.²⁰⁸

Unter diesen Umständen hielt die DPK im November 1966 in Galala, einem Dorf im Norden des Landes, ihren 7. Parteikongress ab.²⁰⁹ Die Deklaration vom 29. Juni wurde trotz fehlender Gewährung der Autonomie von diesem Kongress gutgeheißen. Gemäß den Resolutionen dieses Kongresses richtete Barzani am 28. Oktober 1966 ein Memorandum an Aref II. und seinen Regierungschef Talib. Die Präambel dieses

²⁰³ Die Welt vom 27. September 1966. Khadduri, 1969, S. 276.

²⁰⁴ Neue Zürcher Zeitung vom 11. Januar 1967. Erst im Oktober 1967 stellte man Gelder zum Aufbau und als Entschädigung zur Verfügung. Middle East Record, Vol. 3, 1967, S. 360.

²⁰⁵ Handelsblatt vom 3. November 1966. Ibrahim, 1983, S. 543.

²⁰⁶ Siehe Süddeutsche Zeitung vom 31. Oktober 1966 und Handelsblatt vom 2. und 3. November 1966. Zuvor hatten die beiden Seiten ihren guten Willen geäußert. Aref II. gab am Vormittag des erwähnten Treffens in einer Rede vor Offizieren in Kirkuk »Irrtümern, die in der Vergangenheit begangen« worden waren, die Schuld an dem Zwist zwischen Kurden und Bagdad, und er unterstrich: »Gott sei Dank haben wir wieder Einigkeit und Frieden gefunden. Die Kurden sind unsere Brüder zum Besseren oder zum Schlechteren. Sie haben die gleichen Rechte und Pflichten wie alle anderen Iraker«. Und Barzani widersprach auf einem Treffen mit einem Dutzend kurdischer Stammesführer Behauptungen, dass sie die Loslösung vom Irak angestrebt hätten. Süddeutsche Zeitung vom 31. Oktober. 1966.

²⁰⁷ Die Welt vom 2. November 1966. O'Ballance, 1973, S. 142.

²⁰⁸ Aref II. war vergeblich bemüht, eine Zusammenkunft von Armeeingehörigen und Politikern aller Richtungen anzuberaumen, mit der Erwartung, aus ihr eine Art beratende Versammlung zu bilden, die der Exekutive zur Seite stellen sollte, bis Wahlen abgehalten würden. Neue Zürcher Zeitung vom 2. November 1966.

²⁰⁹ Ibrahim, 1983, S. 544.

Memorandums führte die unveränderte Lage darauf zurück, dass »zerstörerische Hände in staatlichen Aemtern und Direktionen bis hinauf zu den Zentren der Regierungsmacht sich einmischten«, um das Land wieder in einen Bürgerkrieg zurückfallen zu lassen.²¹⁰ Außerdem wurde hinzugefügt, dass die Deklaration vom 29. Juni, die als ein 'Abkommen' bezeichnet wurde, »had not met all Kurdish national aspirations, but the Kurds had accepted it in order to prevent bloodshed and for the sake of "national unity"«. ²¹¹ Entscheidend in dieser Denkschrift war allerdings zweierlei. Erstens, die nachfolgend aufgeführten Verpflichtungen der Kurden für erfüllt zu erklären: die Entlassung aller Gefangenen, Öffnung der von Kurden kontrollierten Straßen, Einstellung des kurdischen Radiosenders, Zustimmung zur Rückkehr der lokalen Verwaltungsorgane bis hin zur Einhaltung des Kampfverbotes und Rückgabe der meist schweren, der Regierung gehörenden Waffen.²¹² Zweitens, der Regierung vorzuwerfen, keinen der vereinbarten Punkte ganz erfüllt zu haben.²¹³ Zur Lösung und zur Erfüllung der Versprechen schlug das Memorandum zum Schluss vor, eine gemischte Kommission mit 'ministeriellen Vollmachten' zu bilden.

Verwertbare Reaktionen auf dieses Memorandum sind nicht bekannt.

Zweifelsfrei ließen der Premier und sein Kabinett als legitime Instanzen nicht zu, ihre Politik etwa von den kurdischen 'Rebellen' diktieren zu lassen, auch wenn es sich um Forderungen handelte, die zuvor von beiden Seiten vereinbart worden waren. Wahrscheinlich ignorierte die Regierung auch deshalb diese Denkschrift, weil nach dem Rücktritt al-Bazzaz' eine Pattsituation in vielen Machtfragen entstanden war, die nur ungerne in Angriff genommen wurde. Jede ernste Stellungnahme hätte vermutlich eine unerwünschte Reaktion ausgelöst.

Um möglicherweise den fatalen Kreislauf der politischen Zustände im Lande endlich durchbrechen zu können, veröffentlichte Präsident Aref II. unmittelbar nach seiner Heimkehr von seiner offiziellen Kairoer Reise im Februar 1967 einen Zusatzartikel zu dem Entwurf des Wahlgesetzes. Dieser Entwurf, nach ägyptischem Muster autoritär gestaltet, stimmte mit dem Prinzip des Parlamentarismus kaum überein. Er wurde von der Vereinigung der Bagdader Advokaten sowie von der kurdischen Seite kritisiert.²¹⁴

Die politische Lage blieb in der ersten Hälfte des Jahres 1967 weiter unverändert. Obwohl die Kurden und die Regierung ununterbrochen Kontakte in Form der gegenseitigen Besuche auf verschiedenen Ebenen zueinander unterhielten,²¹⁵ schienen diese Verbindungen auf wackligen Füßen zu stehen. Eine tragfähige Grundlage zur Lösung der Kurdenfrage zeichnete sich bis dahin nicht ab, auch wenn es hin und wieder positive Entwicklungen gab, wie die Lizenzierung einer von der DPK gesteuerten Zeitung in Bagdad, namens al-Taakhi 'Bruderschaft', im April²¹⁶ und das Ersetzen der

²¹⁰ Neue Zürcher Zeitung vom 11. Januar 1967.

²¹¹ Middle East Record, Vol. 3, 1967, S. 358.

²¹² Neue Zürcher Zeitung vom 11. Januar 1967. Middle East Record, Vol. 3, 1967, S. 358.

²¹³ Zu diesen Punkten siehe Abschnitt 1 dieses Kapitels, Neue Zürcher Zeitung vom 11. Januar 1967 und Middle East Record, Vol. 3, 1967, S. 358.

²¹⁴ Siehe Neue Zürcher Zeitung vom 19. und 22. Februar 1967 sowie Middle East Record, Vol. 3, 1967, S. 340-42 und 358.

²¹⁵ Middle East Record registriert mindestens vier solcher Besuche. Ebd., S. 359.

²¹⁶ Ebd., S. 360; Nebez, 1972, S. 216.

Militärregierungen in den kurdischen Provinzen durch zivile Verwaltungen im Mai desselben Jahres.²¹⁷

Nach neunmonatiger Amtszeit resignierte Talib Anfang Mai 1967. Präsident Aref II. trat selbst die Nachfolge Talibs an. Er ernannte vier Vizeministerpräsidenten, jeweils einen Machtblock repräsentierend.²¹⁸ Der vierte stellvertretende Ministerpräsident war der Kurde Generalmajor Fuad Aref, der zugleich als stellvertretender Minister für die Entwicklung des Nordens amtierte.²¹⁹

Nachdem Aref II. durch die Niederlage der Araber im israelisch-arabischen Krieg vom Juni 1967 viel an Prestige und Popularität eingebüßt hatte,²²⁰ übertrug er im Juli das Amt des Ministerpräsidenten an den Generalleutnant Tahir Yahya, der 1963 schon einmal dieses Amt bekleidet hatte.²²¹

3 Aref II., die VAR und die Kurden

Im Allgemeinen verschoben nach dem Tod Arefs I. die Entwicklungen im Irak den Schwerpunkt der irakischen Politik noch etwas weiter von den panarabischen Belangen, eher nasseristische Prägung weg, hin zu den irakisch nationalen Fragen. Spätestens nach dem zweiten misslungenen Umsturzversuch der Nasseristen vom 30. Juni 1966, worüber Kairo mehrere Male seine Unschuld beteuerte, schien die irakisch-ägyptische Union weitgehend ohne Zukunft zu sein. Die Reise al-Bazzaz' in die Türkei, nur drei Tage nach dem gescheiterten Putschversuch, legte einen Gesinnungswandel im Irak nahe. Offenbar verstand es der Ministerpräsident, sich zur Wahrnehmung nationaler Interessen, den regionalen Gegebenheiten anzupassen; darum suchte er intensivere Kontakte mit seinen Nachbarn, der Türkei und dem Iran, ohne gegenüber Kairo eine feindliche Haltung einzunehmen.²²² Die guten Beziehungen zu Ägypten wurden weiter gepflegt.²²³ Gleichzeitig sah Bagdad keinen Grund, auf die Rhetorik der Union ganz zu verzichten. Der Premier Talib beispielsweise sagte zu den außenpolitischen Zielen seiner Regierung: »Die Verwirklichung einer Union mit Ägypten wäre der erste ernsthafte Schritt zur panarabischen Einheit.«²²⁴

Solche Äußerungen wirkten sich für das Land positiv aus. Aref II. stand sich nicht besonders gut mit den ausländischen Ölgesellschaften und Syrien, über dessen Territorien irakische Pipelines liefen. Die außenpolitische Atmosphäre war äußerst gespannt. Zur Überwindung dieser Probleme war der Staatspräsident auf die Unterstützung Ägyptens, das einen Militärpakt mit Syrien unterschrieben hatte, angewiesen. Im Februar 1967 besuchte er zu diesem Zweck Kairo. Dort kam es zwischen ihm und dem ägyptischen Präsidenten zu gegenseitigen 'verbalen Zusicherungen'.²²⁵ Doch hinter den Kulissen musste er scharfe Kritik einstecken. Laut Protokoll dieses Treffens vom 4. Februar 1967

²¹⁷ Süddeutsche Zeitung vom 9. Mai 1967.

²¹⁸ Ein misslungener Versuch zur Bildung einer Regierung der Nationalen Union. Neue Zürcher Zeitung vom 27. August 1967.

²¹⁹ Siehe Neue Zürcher Zeitung und Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Mai 1967.

²²⁰ O'Ballance, 1973, S. 144.

²²¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. Juli 1967.

²²² Vgl. Handelsblatt vom 7. September 1966 und Mannheimer Morgen vom 7. Juli 1966.

²²³ Man ließ auf dessen Wunsch die Anführer des 30. Juni-Putsches frei. Die Weltwoche vom 5. September 1966.

²²⁴ Süddeutsche Zeitung vom 23. August 1966.

²²⁵ Neue Zürcher Zeitung vom 17. Februar 1967.

richtete Nasser schwere Vorwürfe an Aref II. über die Haltung des Irak in der Unionsfrage in der Art, dass die unterschriebene, gemeinsame politische Führung der beiden Länder für den Irak eher »ein Schein- als ein Wirklichkeitsverfahren« zwischen beiden Ländern sei. Seine Unzufriedenheit mit der irakischen Außenpolitik brachte Nasser ebenfalls zur Sprache. Vorwurfsvoll äußerte sich der ägyptische Präsident über den Empfang einer militärischen Delegation aus Saudi-Arabien in Bagdad und die Normalisierung der Beziehungen des Landes zum Iran - zwei Staaten mit jeweils feindlicher Einstellung zu Ägypten. Wohl aber unterstrich der Mann am Nil, was er bereits dem ersten Regierungschef unter Aref II., al-Bazzaz, mitgeteilt hatte, nämlich dass die Ägypter kein Hindernis auf dem Weg der Verbesserung der irakisch-iranischen Beziehungen seien, schon gar nicht, wenn es sich »um Erleichterung des Kampfes im Norden mit Kurden« handeln würde.²²⁶ Daraus resultierte, dass Nasser im Geheimen eine militärische Lösung tolerierte, auch wenn er sie nicht befürwortete. Grundpfeiler dieser Politik dürfte die 'Stabilität' des Irak um des arabisch-israelischen Konfliktes willen gewesen sein. Dabei darf nicht vergessen werden, dass Barzani während des 6-Tage-Krieges Aref II. ein Solidaritätstelegramm zuschickte, in dem er das Recht der arabischen Brüder in Palästina betonte und die »zionistische und imperialistische Aggression« verurteilte.²²⁷ Die Forderung Aref II. nach Entsendung eines Kontingents von Peschmarga für den Kampf gegen Israel als Beweis für die kurdisch-arabische Solidarität lehnte der Kurdenchef aber ab. Dafür ersuchte Barzani die Regierung um Rückzug der verbliebenen Truppen aus Kurdistan.²²⁸

Anzumerken ist, dass sich in der Ära Aref II. keine erwähnenswerten Entwicklungen in Richtung der Union mit Ägypten vollzogen haben, auch soweit es die Frage der Kurden betraf. Nicht einmal mit der Ahmad-Talabani-Gruppe, die auf der Seite der Regierung stand, hatte Aref II. es leicht. Der Vorschlag seiner Regierung, diese Gruppe, die auch die Repräsentation der Kurden und der DPK für sich in Anspruch nahm, in *Kurdische Sozialistische Union* als kurdische Sektion der ASU umzubenennen, wurde auf dem Kalar-Kongress (22.-27. März 1967) von der Mehrheit der Parteimitglieder abgelehnt.²²⁹

4 Yahyas Kabinett und die Kurdenfrage

Die Bildung des Kabinetts im Mai 1967 durch den Ministerpräsidenten Yahya stimmte Barzani bedenklich. Dieses brachte er in einem Interview mit der *al-Taakhi* Zeitung zum Ausdruck, in dem er über die Regierungskrise sprach und meinte, dass die Regierung keine populäre Basis habe. Überdies forderte der Kurdenchef die Bildung einer alle Parteien umfassenden, nationalen Regierung mit proportionaler Repräsentation der Kurden. Eine solche Regierung wäre nach seiner Meinung imstande, die abnorme Situation des Irak zu beseitigen und die parlamentarische Demokratie vorzubereiten. Dagegen glaubte er nicht, dass Yahya fähig sei, so etwas auszuführen. Allerdings waren

²²⁶ M. H. Haikal: Die Explosion von 1967, Der dreißigjährige Krieg (Arabisch), Kairo 1990, S. 408.

²²⁷ Middle East Record, Vol. 3, 1967, S. 359. Barzani unterhielt zu dieser Zeit geheime Beziehungen zum Staat Israel, aus denen er erhebliche militärische Unterstützung erhielt.

²²⁸ Le Monde vom 12. Oktober 1968.

²²⁹ Middle East Record, Vol. 3, 1967, S. 361.

Barzani sowie Yahya entschlossen, keinen Konfrontationskurs einzuschlagen.²³⁰ Noch hofften sie auf eine politische Lösung.

In der Anfangsphase des Regierungsantritts Yahyas erlebte die Deklaration vom 29. Juni 1966 mehrere positive Fortschritte, die zumindest den guten Willen des Staates verkündeten: Per Gesetz wurde am 10. Juli 1967 das Ministerium für Angelegenheiten des Nordens gegründet; zwei Millionen irakische Dinnar (ID) wurden für den Aufbau und die Entschädigung im Norden zur Verfügung gestellt; nach Angaben Salah Biytars, Leiter der Abteilung für Angelegenheiten der Nationalen Sicherheit, hatten 1.357 Menschen von der Generalamnestie profitiert; eine große Anzahl in Arbil angesiedelter arabischer Stämme wurde Anfang Oktober 1967 umgesiedelt, und zwischen Bagdad und den Kurden wurde eine Vereinbarung über eine eventuelle Rückführung der evakuierten Kurden getroffen.²³¹

Außerdem informierte sich der Regierungschef über den Fortgang der Dinge an Ort und Stelle. Während seiner Reise im Norden des Landes zwischen dem 13. und dem 17. September 1967 traf er einige kurdische, loyale Stammesführer in Mossul und beteuerte, dass das Land sich in einer Übergangsperiode befände. Des weiteren sicherte der Ministerpräsident zu, dass die Regierung der Erklärung vom 29. Juni verpflichtet sei. Die Ereignisse der Vergangenheit im Norden sollten vergessen und ein neues Kapitel in den Beziehungen aufgeschlagen werden.²³² Am zweiten Tag seiner Reise, am 15. September, kam Yahya in dem in der Provinz Arbil liegenden Dorf Balek mit Barzani zusammen. Zentralthema der Gespräche war die Entwicklung und der Wiederaufbau des nördlichen Teils des Landes. Nach dieser Zusammenkunft wurde darüber berichtet, dass Barzani zur Regierungspolitik im Hinblick auf den Wiederaufbau im Norden Vertrauen hegte. Unmittelbar danach, also am 19. September, nahm Yahya den Barzani nahestehenden Politiker Ihsan Shirzad in seinem Kabinett als Minister für Städtische Gemeinden und Öffentlichkeit auf und gründete fünf Generaldirektoriums-Stellen für das Ministerium zum Wiederaufbau des Nordens.²³³ Doch die Oktobergespräche zwischen dem erwähnten Ministerium und der Kurdenführung gingen ohne greifbare Resultate zu Ende.²³⁴

In einem Schritt zur Verstaatlichung aller Zeitungen entzog Bagdad Anfang Dezember 1967 die Lizenzen aller zugelassenen Blätter.²³⁵ Selbstverständlich erfasste diese Suspendierung auch die *al-Taakhi* Zeitung, das Sprachrohr Barzanis in Bagdad. Heftige Reaktionen löste dieses Vorhaben der Regierung im kurdischen Lager aus. Barzani drohte mit dem Boykott der Regierung in Bagdad sowie mit der erneuten Inbetriebnahme seines abgeschalteten Senders, sollte die Zeitung nicht wieder erscheinen dürfen.²³⁶ Diese Drohung zeigte Wirkung; zwei Monate später war *al-Taakhi* die einzige zugelassene private Zeitung im ganzen Irak.²³⁷

²³⁰ Ebd., S. 359. Siehe auch Ibrahim, 1983, S. 546.

²³¹ Middle East Record, Vol. 3, 1967, S. 360.

²³² Ebd., S. 359.

²³³ Nebez, 1972, S. 218.

²³⁴ Middle East Record, Vol. 3, 1967, S. 359.

²³⁵ Die Welt vom 5. Dezember 1967. O'Ballance, 1973, S. 144.

²³⁶ Süddeutsche Zeitung vom 25. Januar 1968. Siehe auch Middle East Record, Vol. 3, 1967, S. 359-60 und Archiv der Gegenwart vom 30. November 1967, S. 13563.

²³⁷ Middle East Record, Vol. 4, 1968, S. 514.

5 Die letzten sechs Monate der zweiten Republik

Im Allgemeinen kann die Zeit der ersten Hälfte des Jahres 1968 im irakischen Kurden-Konflikt als eine Phase der gegenseitigen Furcht voreinander und Akzeptanz betrachtet werden²³⁸ - immerhin ein interessanter Aspekt der Aufrechterhaltung des passiven Friedens.

Schon zu Jahresbeginn sprach der Regierungschef Yahya auf eine Anfrage von Radio Kuwait über die Lage in Kurdistan, dass dort »Ruhe und Stabilität« herrsche und fügte hinzu, dass die Regierung fünf Mio. ID für die Rehabilitation der Region zugeteilt habe.²³⁹

Mit diesen Geldern konnte man nicht einmal den Aufbau im Norden des Landes entsprechend ankurbeln. Das Ausmaß der durch den Krieg entstandenen Schäden und durch die jahrzehntelange Vernachlässigung forderte noch größere programmatische Entwicklungspläne. Diese Gegebenheiten sorgten hin und wieder für einen Stimmungsumschwung in den Parteien. Ein Beispiel hierzu zeichnete sich während der mehrtägigen Reise Aref II. in Frankreich ab, um u.a. die Versorgung mit Kriegsmaterial nicht nur aus einem einzigen Land zu sichern. Daraufhin bat Barzani den französischen Staatspräsidenten De Gaulle, den einzigen Kurdenkenner unter allen Staatsoberhäuptern der Welt und der als junger Staboffizier in der Levante-Armee eine Studie von 80 Seiten über die Kurden verfasst hatte, keine Waffen an den Irak zu liefern, solange die Kurdenfrage ungelöst wäre.²⁴⁰

Unterdessen setzte die Regierung ihre Bemühungen fort, ihre Autorität über die unter Kontrolle der Kurden stehenden Gebiete auszudehnen.²⁴¹ Diese Aufgabe war keineswegs leicht - die Waffen ruhten nicht überall, und sporadisch kam es zu Gefechten. Im April und Mai 1968 lösten die blutigen Vorfälle zwischen den Söldnertruppen, unterstützt von der Talabani-Gruppe, und den Peschmarga eine Eskalation aus, die bis hin zu einem größeren Militärgefecht mit einer irakischen Armee-Einheit führte. Nach Beendigung dieses Zwischenfalls ließ Bagdad verlauten: »Die Regierung hatte alles wahrgenommen, um das kurdische Problem zu lösen, aber die Kurden sind unter sich selbst uneinig.«²⁴²

Aref II. seinerseits beteuerte, dass die Regierung auf keiner Seite stünde; sie sei aber verpflichtet zu »prevent the Barzânîs from liquidating the Tâlâbânîs«.²⁴³

Vier Wochen bevor Aref II. von der Macht zum Ausstieg gezwungen wurde, ging die Meldung durch die Öffentlichkeit, dass der Irak eine Nationalversammlung erhalten würde. Diese Versammlung, deren Mitglieder von Aref II. ernannt und mit der Ausarbeitung der Verfassung beauftragt werden sollten, sollte bis 1970 im Amt

²³⁸ Vgl. dazu Edmonds Aufsatz von 1968.

²³⁹ Middle East Record, Vol. 4, 1968, S. 513. Kritische Fragen eines Senders namens *die Stimme des irakischen Volkes* aus Kairo stellten diese Behauptungen öffentlich in Frage. Der Sender wollte wissen, was die Mehrheit der irakischen Armee in Kurdistan mache, wenn dort Ruhe herrschen würde. Ferner behauptete er, dass die Regierung durch die Politik 'teile und herrsche', die sie mit dem kurdischen Volk betreibe, an einen weiteren vernichtenden Krieg heranginge. Dieser Sender sagte schließlich, es sei eine Schande, eine Nationale Streitfrage mit 5 Mio. ID zu lösen zu versuchen etc. Ebd.

²⁴⁰ Siehe Khalil, 1990, S. 107, Frankfurter Neue Presse vom 8. Februar 1968 und O'Ballance, 1973, S. 144-46. Es handelte sich um 50 Düsenjagdbomber des Typs Mirage, moderne Panzer und panzerbrechende Waffen. Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Februar 1968.

²⁴¹ Jawad, 1981, S. 210.

²⁴² Nebez, 1972, S. 221.

²⁴³ Middle East Record, Vol. 4, 1968, S. 514.

bleiben.²⁴⁴ Daraufhin reichten die beiden kurdischen Minister ihren Rücktritt, als Protest und Ausdruck der Unzufriedenheit über den Entschluss zur Verlängerung der Übergangsperiode um weitere zwei Jahre, ein. Aus diesem Anlass schrieb al-Taakhi: »Das ist eine Enttäuschung und widerspricht den Zusagen, die das Kabinett in seiner Regierungserklärung gemacht hat.«²⁴⁵ Die Zeitung forderte den Rücktritt der Regierung, sollte sie ihre Versprechungen über freie Wahlen nicht verwirklichen können. Das Blatt wurde nach diesem Kommentar für einen Monat verboten.²⁴⁶

Kennzeichnend für die Epoche Aref II. waren die irakischen Bemühungen um Normalisierung der Beziehungen zu seinen Nachbarn vor allem zum Iran. Dass diese Bestrebungen darauf abzielten, die Kurden vom Iran zu isolieren, steht außer Zweifel.²⁴⁷ In dieser Hinsicht waren Yahyas Bemühungen beim Schah die letzten Versuche der zweiten Republik, der Kurdenfrage über eine dritte Kraft ein Ende zu bereiten.²⁴⁸

Der Staatspräsident der Republik, Aref II., der mühsam das Gleichgewicht im Lande hielt, sah die militärische Option, die von manchen befürwortet wurde, aus internen und externen Gründen als unangemessen an. Er behauptete, dass die Regierung eine friedliche Lösung verfolgt, in deren Rahmen sie einiges erfolgreich erreichen könne. Doch solche friedlichen Beteuerungen fanden wenig Anklang bei den Kurden. Das Presseorgan der DPK, Khabat, schrieb hierzu:

»the military solution had been rejected because the regime considered it inexpedient rather than out of humane and national consideration. Thus, the regime might very well resume fighting the moment circumstances were favourable. The periodical further accused Arif of doing nothing to implement the 29 June [1966] agreement.«²⁴⁹

Fazit

Als Erbe des alten Systems trug Aref II. zur Fortsetzung der Kurden-Politik bei. Er gab der militärischen Option die Priorität. Erst später, als seine militärische Macht eine beschränkte Offensivkraft aufwies und zwar nach der demütigenden Niederlage der Streitkräfte im Kampf gegen die Kurden, wendete er sich einer konstruktiven Politik zu. Hierbei spielte der erste zivile Regierungschef der Republik, al-Bazzaz, eine gewiss bedeutende Rolle. Die Juni-Deklaration war ein Fortschritt von weittragender Bedeutung in diesem Konflikt, wenn man bedenkt, dass die Regierungsseite nicht mehr darauf insistierte, dass durch die Gleichheit der Bürger die Rechte und Interessen der Kurden gewährleistet wären. Die Bestimmungen der Regierungsdeklaration gingen in ihrer Zielsetzung in eine Richtung, die den Ambitionen der Kurden weitgehend entgegenkam.

Den Bemühungen von al-Bazzaz, diese und andere irakische Probleme entsprechend zu regeln, waren große Schranken gesetzt. Seine Politik gehörte jedoch eher in die Kategorie von Versuchsballons, die testen sollte, wie weit ein ziviler Politiker bei der

²⁴⁴ Münchener Merkur vom 6. Juni 1968.

²⁴⁵ Süddeutsche Zeitung vom 5. Juni 1968.

²⁴⁶ Ebd. Zuvor am 2. Mai 1968 hatte der Herausgeber von *al-Taakhi*, Salih al-Josufi, ein scharfes Memorandum an Aref II. übermittelt, in dem er »attacking the chauvinism and dishonesty of various ministers who were deliberately harming Arab-Kurdish relations.« Jawad, 1981, S. 213.

²⁴⁷ Darüber sind sich mehrere Autoren einig: Nebez, 1972, S. 216; Jawad, 1981, S. 208; Ibrahim, 1983, S. 544-45.

²⁴⁸ Siehe Nebez, 1972, S. 222 und Jawad, 1981, S. 213-14. Weldani aber, der ebenfalls den Besuch von Yahya in Teheran darlegt, erwähnt bei der Ausführung des Themenkatalogs dieser Verhandlungen nichts von der Kurdenfrage. Weldani, 1992, S. 312-13.

²⁴⁹ Middle East Record, Vol. 4, 1968, S. 513-14.

Umsetzung entsprechender Ideen gehen konnte. Doch nach der ablehnenden Reaktion der führenden Gewährsleute in Bagdad trat er nach kurzer Zeit zurück. Die Armee war nicht glücklich über den wachsenden Einfluss eines zivilen Premiers, der freie Wahlen versprach und die Privilegien des Militärs hätte gefährden können. Die Nachfolger al-Bazzaz' beteuerten zwar weiterhin, sich an die Juni-Deklaration zu halten, taten aber in der Praxis nichts Wesentliches. Die positiven Entwicklungen, wie Amnestieerlasse und Aufbaumaßnahmen, waren Schritte, die die Folgen des Konfliktes streiften aber nicht dessen Kern trafen. Anders formuliert: Statt die Dinge schwungvoll in Bewegung zu bringen, folgte man faktisch alten Pfaden. Es hatte den Anschein, als ob die Herrschaft der Generäle im Irak es nach wie vor unmöglich machte, das Land von der Übergangsperiode, die immer wieder verlängert wurde, zu befreien. Folglich entbehrte die Lösung der Kurdenfrage eine ihrer wichtigsten Voraussetzungen, nämlich die Schaffung einer Verfassung.

Die Spaltung im kurdischen Lager seit 1966 ließ die Kurden gegeneinander ausspielen und schwächte sie damit als Ganzes. Die Schwächung der Kurden einerseits und die der Iraker durch die Herrschaft des unpopulären Militärs andererseits brachten den Kurden-Konflikt in eine passive Friedensphase. Die Konfliktparteien unterhielten freundschaftliche Beziehungen zueinander, trotz unregelmäßig auftretender, atmosphärischer Störungen.

Da das Land weiterhin keine Stabilität finden konnte, waren die Weichen für die Fahrt der Zweiten Republik in den Abgrund gestellt. Infolge einer unblutigen Machtergreifung durch die Baathpartei wurde Aref II. am 17. Juli 1968 gezwungen, von der politischen Bühne abzutreten. Dennoch misslang es ihm, zumindest in den zwei Jahren der weitgehend relativen Ruhe, die Trümmer, die von ihm und seinen Vorgängern durch den Krieg in Irakisch-Kurdistan angerichtet worden waren, zu beheben, und das Vertrauen der Kurden in einem erforderlichen Maße zu gewinnen.

Und die Kurden, mehrheitlich Barzani folgend, hielten an ihrer politisch-militärischen Position im Norden des Landes weiter fest.

Kapitel Neun

Der irakische Kurden-Konflikt und die regionalen und internationalen Kräfte

In diesem Kapitel wird der Versuch unternommen, die regionale und internationale Ebene des irakischen Kurden-Konflikts zu erörtern. Denn die Entwicklungen nach der Juli-Revolution von 1958 im Irak waren in der neuen Geschichte des Nahen und Mittleren Ostens auch für die regionalen und internationalen Mächte eine äußerst ernste Angelegenheit. Darüber hinaus fand der seit 1947 mehr oder weniger eingetretene Stillstand in der Kurdenfrage überraschenderweise sein endgültiges Ende - zwischen Bagdad und den Kurden begann ein neues und noch nie dagewesenes Verhältnis. Das blieb nicht ohne Einfluss auf die politischen Entwicklungen in der ganzen Region.

Die Anerkennung der »kurdischen Nation« im Irak war naturgemäß drei der angrenzenden Staaten (die Teilungsstaaten Kurdistans), die mit der Kurdenfrage konfrontiert waren (und noch bis heute), ein Dorn im Auge; ob für den Iran und die Türkei, die im westlichen Bündnissystem standen und u.a. Grund zur Besorgnis wegen einer eventuellen kommunistischen Machtübernahme im Irak hatten, oder für Syrien, das mit Ägypten seit Februar 1958 eine Vereinigte Arabische Republik gebildet hatte.

1 Die Nachbarstaaten und der irakische Kurden-Konflikt

Bevor wir die Einstellung des Iran und der Türkei in Bezug auf die Entwicklung im Irak thematisieren, ist es angebracht, darauf hinzuweisen, dass die monarchistische Regierung in Bagdad bis zu ihrem Sturz im Juli 1958 enge Beziehungen zu diesen beiden Staaten unterhielt. Zusammen mit Pakistan hatten die drei Staaten 1955 einen antisowjetischen Pakt ins Leben gerufen.¹ Das Sicherheitskonzept der Unterzeichner-Staaten funktionierte mit Hilfe des Westens relativ gut; Großbritannien trat dem Pakt bereits im April 1955 bei, und die USA waren in dessen Führungsgremien präsent. Der Untergang der Monarchie in Bagdad störte unweigerlich diese strategische Grundkonzeption sowie das Gleichgewicht der Kräfte und führte dazu, dass der Irak, der seinen eigenen Weg zu gehen beabsichtigte und auch Kontakte zu den Ostblockstaaten suchte, praktisch dem Pakt fernblieb. Vor diesem Hintergrund und aufgrund anderer Faktoren (Kurdenfrage, Grenzkonflikte) waren das östliche Nachbarland, der Iran und das nördliche, die Türkei, von den Folgen des Juli-Staatsstreiches im Irak am meisten betroffen.

1.1 Der Iran

Es waren noch keine zwei Wochen nach dem blutigen Machtwechsel im Juli 1958 in Bagdad vergangen, als die iranische Seite die Kurdenfrage in aller Öffentlichkeit in der Form in Erinnerung rief, »that if the Kurds of Iraq and Syria requested union with Iran, "such a request would be considered with great interest."«² Ramazanis Interpretation dieser iranischen Einstellung mag zutreffen, dass sie im Grunde eine Warnung dafür war, dass der ägyptische Präsident Nasser einen kurdischen Satellitenstaat als eine lange Brücke zwischen der VAR und der Sowjetunion zu schaffen suchte. Darüber aber kann

¹ Dazu siehe G. Lenczowski: *The Middle East in World Affairs*, 3rd ed., New York 1962 (1952), S. 290 ff.

² R. K. Ramazani: *Iran's Foreign Policy 1941-1973, A Study of Foreign Policy in Modernizing Nations*, Virginia 1975, S. 400.

nicht hinwegtäuschen, dass der Iran durch die neue Situation im Irak die Möglichkeit sah, mit dem Einverständnis und der Unterstützung des Westens seine alten Träume von der Machtexpansion Richtung Osten zu verwirklichen.³

Ein Jahr später erfuhr der irakisch-iranische Grenzkonflikt eine Verschärfung. Schon 1937 hatte der monarchistische Irak zugunsten des Irans auf eine fünf km lange Strecke der Wasserstraße des Schatt al-Arab verzichtet. Die neuen Machthaber von Bagdad beabsichtigten nun, aus strategischen Gründen von dieser Vereinbarung zurückzutreten, während die iranische Seite sie für rechtskräftig hielt und an ihr festhielt.⁴ Auf einer Pressekonferenz im November 1959 nannte Mohammad Raza Pahlawi, der Schah des Iran, die einseitige Verwendung des erwähnten Grenzflusses durch den Irak eine 'imperialistische Politik' dieses Landes. Als General Kassem der irakischen Position nach dieser harten Stellungnahme des Schah Nachdruck verleihen wollte, schrieb die halboffizielle iranische Zeitung *Ittilaat*

»... die neue irakische Regierung weiß nicht, wenn es beschlossen wird, dass der Iran seine Ansprüche erhält und die alten Unstimmigkeiten untersucht werden, würde das ganze ölfreiche Gebiet des Irak (die von Kurden besiedelten Gebiete) dem Iran zukommen, denn dieser Teil ist unser festes Anrecht.«⁵

Wie ist diese Mahnung zu verstehen?

Es steht fest, dass der Vielvölkerstaat des Mohammad Raza Schah mit einer Wiederbelebung der eigenen Kurden⁶ und der anderen ethnischen Problemen rechnen und hierzu vorbeugende Maßnahmen treffen musste. Solche Drohungen, die gleichzeitig die Stärke des Kaiserreiches verkündeten, hätten die iranischen Kurden sowie andere Ethnien möglicherweise von einer zwecklosen Erhebung abgehalten. Gleichzeitig sendete der Iran mit solchen Äußerungen Warnsignale an sein irakisches Nachbarland, das sich mit Hilfe von Verträgen über Waffenlieferungen mit Großbritannien und der Sowjetunion kräftig aufrüstete,⁷ um zu beweisen, wozu Teheran fähig sein konnte. Die irakische Seite reagierte ebenfalls. Bagdad ließ unmittelbar danach vage Andeutungen über arabisch-irakische Ansprüche auf die mehrheitlich von Arabern besiedelten, südlichen Teile des Iran, Khusistan, fallen.⁸ Diese Haltung des Irak dürfte die Iraner natürlich nur in Entrüstung versetzt haben.

Die Diskrepanz in den Beziehungen der beiden Staaten war relativ groß. Obgleich die panarabischen Tendenzen Ägyptens die beiden Kontrahenten, den Schah und Kassem, zu einer stillen Annäherung führte,⁹ gelang es ihnen trotzdem nicht, die Differenzen, z.B. in der heiklen Frage des Schatt al-Arab entsprechend zu regeln.

Ihrerseits sahen die Kurden die Verwirklichung ihrer Interessen in greifbare Nähe gerückt und waren bemüht, auf regionaler Ebene eine Zusammenkunft der

³ Siehe dazu die britischen Vorschläge in diesem Zusammenhang im zweiten Teil dieses Kapitels und die iranischen Bemühungen während der Pariser Konferenz 1919 im Ersten Teil dieser Arbeit.

⁴ Vgl. ebd., S. 402; Weldani, 1992, S. 259-93.

⁵ *Ittilaat* vom 13. Azar 1338, zitiert nach Weldani, 1992, S. 268.

⁶ Kurdische Aktivisten aus dem Iran hatten in Irakisch-Kurdistan politische Tätigkeiten aufgenommen. Siehe al-Barzani, Bd. 2, 1997, S. 211-51. Dort bezeugt der Autor anhand von über 10 Originaldokumenten die Zusammenarbeit zwischen den irakischen und iranischen Kurden.

⁷ Archiv der Gegenwart vom 16. Mai und 21. Dezember 1959, S. 7723 und 8070.

⁸ Weldani, 1992, S. 287 ff.

⁹ S. Chubin/S. Zabih: *The Foreign Relations of Iran, A Developing State in a Zone of Great-Power Conflict*, London u.a. 1974, S. 174.

'antikurdischen' Staaten zwecks Eliminierung der neu gewonnenen Freiheit in Irakisch-Kurdistan zu verhindern. Daher sahen sie sich zunächst nicht veranlasst, mit den benachbarten Ländern in Verbindung zu treten.¹⁰ Erst mit dem Kriegsausbruch 1961 zwischen ihnen und Bagdad änderte sich diese Lage. Für alle Akteure galten seitdem neue Spielregeln.

»Für die Kurden,« stellt Ibrahim in der Wiedergabe von Ibrahim Ahmads Äußerungen fest, »die bis dahin in völliger Isolation von der Außenwelt standen, war aus politischen und militärischen Gründen der Aufbau logistischer Wege von enormer Bedeutung.«¹¹

Der an der kurdischen Front geographisch nahegelegene Iran bot ihnen hierzu die bestmöglichen Chancen. Die iranische Seite nahm zwar direkte Kontakte mit den irakischen Kurden auf, um sich ein klares Bild über die dortigen Verhältnisse zu machen, musste aber fürchten, dass der Sturz von Kassem die Machtübernahme pro-nasseristischer Elemente zur Folge haben und der Sieg der Kurden, wie angedeutet, zur Wiederbelebung der Kurdenfrage im eigenen Lande führen konnte.¹² Daher wollte sich der Schah bis Februar 1963 zu keiner Partei eindeutig bekennen, obwohl es Hinweise gibt, dass er Hilfslieferungen an die irakischen Kurden geduldet bzw. unterstützt hat.¹³

Mit der Machtübernahme der arabisch-nationalistischen Kräfte im Irak am 8. Februar 1963 verließ der Iran seine eher 'neutrale' Position. Nachdem klar war, dass die Februar-Putschisten einen anti-kommunistischen und anti-sowjetischen Kurs einschlugen, nahm Teheran eine parteiische Haltung für Bagdad ein. Iranische Verbindungsoffiziere wurden häufig in Kirkuk zu Konsultationen eingeladen, um im Kurden-Krieg gemeinsam mit den türkischen und irakischen Offizieren gegen die Peschmarga-Verbände vorzugehen.¹⁴ In dieser Phase legten die beiden Staaten einige ihrer Probleme bei. Sie regelten z.B. den Konflikt um die Öl-Fördermengen von den gemeinsamen Ölquellen von Khanaqin und Naftschah an der Grenze.¹⁵ Gleichzeitig kündigte Teheran im Juni 1963 an, ein kurdischsprachiges Radioprogramm täglich drei Stunden lang von der Kermanschah-Funkstation auszustrahlen. Das kam als einer Konzession an die eigenen Kurden gleich, die die Anerkennung ihrer Sprache anstrebten.¹⁶

In Anbetracht der starken Annäherung zwischen dem Irak und Nasser, der die iranisch-israelischen Beziehungen scharf kritisierte, neigte sich im November 1963 der irakisch-iranische Friede nach der Entmachtung der Baathisten im Irak dem Ende zu. Wie im Kapitel Sieben angedeutet wurde, gewährte das kaiserliche Nachbarland der kurdischen Seite Unterstützung, solange sie keine pankurdischen Parolen erhob.¹⁷ Mit dieser Politik wurden mehrere Ziele verfolgt:

¹⁰ Ibrahim führt in diesem Zusammenhang einige Presseartikel des DKP-Organs *Khabat* auf, die belegen, dass die Partei zur Erlangung dieses Zieles anstrebte, Übereinstimmungspunkte mit der Politik der Regierung zu finden. Ibrahim, 1983, S. 680-88.

¹¹ Ibrahim, 1983, S. 692.

¹² Ebd., S. 692 und 695.

¹³ Siehe dazu die Erzählungen des iranischen Militärattachés in Bagdad S. Col. I. Pejman: Die Kurden und Kurdistan (Perisch), 4. Bd.: Politik, 2. Aufl., Paris 1995 (1992), S. 111-13. Siehe auch Aziz, 1995, S. 49.

¹⁴ Siehe al-Fakiki, 1993, S. 298; Huwedi, 1983, S. 231; Talabani, 1971, S. 341.

¹⁵ Chubin/Zabih, 1974, S. 176. Weldani, 1992, S. 304.

¹⁶ Wenner, 1963, S. 76-77.

¹⁷ I. T. Naamani: The Kurdish Drive for Self-Determination, in: The Middle East Journal, Vol. 20, No. 3, Washington 1966, S. 279-295, 285.

1. den Irak von seinen panarabischen Tendenzen abzubringen;¹⁸
2. bezüglich der Frage des Schatt al-Arab Aref I. zu einem nachgiebigeren Kurs zu bewegen und
3. der nationalen Frage der Kurden in den Weg zu treten.

Zumindest im letzten Punkt verbuchte Teheran 'Erfolge'. Die guten Beziehungen zwischen den irakischen und iranischen Kurden wurden durch den Druck des Schah auf Barzani erheblich gestört.¹⁹

Unter der Alleinherrschaft Aref I. unterhielten die Nachbarstaaten Irak und Iran keine guten Beziehungen zueinander. Aref I. ließ erneut die Ansprüche der Araber auf Khusistan anmelden, und dabei erhielt er die Unterstützung der VAR. Hinter dieser provokativen Haltung dürften zwei Ziele gestanden haben: a) die militärische Hilfe Irans an die Kurden zu unterbinden und b) das Kaiserreich zur Aufgabe seiner Forderungen auf die Revision von der Grenze im Schatt al-Arab zu zwingen. Denn allzu ernst können Arefs Ansprüche auf Süd-West-Iran nicht gewesen sein, wenn man bedenkt, dass er zur gleichen Zeit Saudi Arabien um eine Vermittlung zwischen ihm und dem Schah gebeten hatte.²⁰

In den darauffolgenden Jahren pflegten die beiden orientalischen Staaten relativ gute nachbarschaftliche Beziehungen. Häufig traten die Verantwortlichen beider Länder in Verhandlungen miteinander. Mitte März 1967 machte Aref II. selbst eine fünftägige Visite in die iranische Hauptstadt.²¹ In einem vertraulichen Gespräch versprach er dem Schah, er würde die Schatt-al-Arab-Frage nach dessen Wünschen lösen, unter der Bedingung, dass er sein Ehrenwort dazu gäbe, alle anderen Fragen zugunsten des Irak zu lösen, insbesondere dem Problem in Irakisch-Kurdistan ein Ende zu setzen. Der iranische Kaiser war damit zuerst einverstanden.²² Was ihn aber dazu veranlasste, sein Wort nicht zu halten, waren seine Ängste vor einer eventuellen Machtübernahme einer pronasseristischen Gruppe im Irak angesichts der labilen Position des irakischen Präsidenten. Dieses hätte höchstwahrscheinlich die sich gerade normalisierenden irakisch-iranischen Beziehungen auf den kritischen Stand in den Zeiten Aref I. zurückgeworfen.²³

¹⁸ In dem Schlusswort seiner Enzyklopädie gibt Hussein eine Aussage vom Schah wieder, die er persönlich in Teheran 1968 von ihm gehört habe: »Ich fürchte nicht den internationalen Kommunismus. Ich fürchte den nasseristischen Kommunismus. Ich erlaube keinen ägyptischen Soldaten, an meiner Grenze zu lagern.« K. I. Hussein: Die Enzyklopädie des 14. Juli, Nr. 7, Das ungeschlüsselte Rätsel, Abdul-Karim Kassem, Der Aufstieg (Arabisch), Bagdad 1990, S. 361.

¹⁹ Siehe dazu A. Ghassemloo: Bericht über Iranisch-Kurdistan, in: Kurdistan und die Kurden, Bd. 1, hrsg. von Gérard Chaliand, Berlin 1984, S.183-228, 211. Dort berichtet der Autor, der langjährige Generalsekretär der DPK-Iran, über die wirksame Hilfe seiner Landsleute an die irakischen Kurden bis 1966, und wie später (1967-68) seine Partei unter dem Druck der DPK-Irak stand, und etliche ihrer Anführer durch Barzanis Männer beseitigt wurden. Auch eine halboffizielle iranische Quelle weist in einer Fußnote auf diese Bewegung hin. Sie soll von einer etwa 200 Mann starken Gruppe, die in acht mobilen Verbänden operiert hat, begonnen und ca. achtzehn Monat dauernden Partisanenkampf fortgeführt haben. H. R. Jalaiepoor: Kurdistan: Causes for the Continuation of Its Crisis Following the Islamic Revolution (1358-1370) (Persisch), Teheran 1993, S. 57.

²⁰ Chubin/Zabih, 1974, S. 179-80; Ramazani, 1975, S. 405.

²¹ Siehe ebd., und Weldani, 1992, S. 310 ff.

²² Pejman, 1995, S. 131.

²³ Ebd., S. 132.

Die Kurden ihrerseits waren trotz der Kampfpause nicht bereit, ihre Verbindungen mit dem Iran abubrechen, solange ihre Angelegenheit nicht endgültig geregelt wurde. Darüber hinaus erwarteten sie mehr Rückendeckung vom Iran.²⁴

1.2 Die Türkei

Mit der Festlegung der irakisch-türkischen Grenzen 1925 begann ein lang andauernder Prozess zwischenstaatlicher Normalisierung zwischen den Türken und Irakern. 1955 gipfelten die freundlichen nachbarschaftlichen Beziehungen beider Länder in einem anti-kurdischen und anti-sowjetischen Militärpakt (Bagdad-Pakt). Nach Juli 1958 bereiteten zwei triftige Gründe den Türken Sorge:

- a) Sie sahen plötzlich, wie ihr ganzes nahöstliches Verteidigungskonzept (Bagdad-Pakt) ins Wasser fiel.²⁵
- b) Sie waren besorgt, dass die kurdisch-nationalen Gedanken in den südöstlichen Teilen der Republik sich relativ schneller als im Jahr 1957 verbreiten könnten,²⁶ als Ägypten ein kurdischsprachiges Radioprogramm Richtung Osten ausstrahlte, das jeden Tag mit der kurdischen Nationalhymne begann und die Ideologie Nassers propagierte.²⁷

Die Türkei nahm die Lage äußerst ernst und war bei den ersten Beratungen der Bagdad-Pakt-Staaten ohne die Anwesenheit des Irak (nach dem 14. Juli 1958) entschiedene Befürworterin eines direkten Eingreifens im Irak. Man fürchtete, dass die 'Revolution' andere Staaten der Region - Jordanien und Kuwait kamen ins Gespräch - erfassen könnte; in Südanatolien wurden in aller Eile starke Truppen zusammengezogen.²⁸ Moskau aber warnte die Türkei davor, einen Angriff auf den Irak zu unternehmen.²⁹

Kassem verwendete seinerseits beträchtliche Anstrengungen darauf, die militärisch starken Nachbarstaaten von einer solchen gewaltsamen Intervention gegen die neu ausgerufene Republik abzuhalten. Er vermied, die Bagdad-Pakt-Staaten zu provozieren, betrachtete seine Republik weiterhin als Mitglied dieses Bundes, und so ließ sich die angespannte Situation einigermaßen normalisieren.³⁰ Der Erfolg dieser Bemühungen hing allerdings vom Engagement der Sowjets und Araber ab, die sich eindeutig auf die irakische Seite schlugen. Schließlich passten sich die Türken der neugeschaffenen Lage an und waren, wie die Iraner, froh, dass Kassem sein Land vor dem »Zugriff Nassers« bewahrte.³¹

Dass die Türkei und der Iran großen Wert darauf legten, wie Bagdads Kairo-Politik sich gestaltete, lag offensichtlich am Konkurrenzkampf um die Vormachtstellung in der Nahostregion. Hätte Nasser die arabische Einheit verwirklicht, hätten die Türkei und der

²⁴ Ebd., S. 132-33.

²⁵ Vgl. *Der Bund* vom 12. Juli 1966.

²⁶ Vgl. Kendal: *Türkisch Kurdistan*, in: *Kurdistan und die Kurden*, Bd. 1, hrsg. von Gérard Chaliand, Berlin 1984, S. 82-182, 131.

²⁷ Nebez, 1972, S. 141; Awni, 1993, S. 187.

²⁸ Hussein, 1990, S. 185 und 197. Die Berner Zeitung *Der Bund* hat später bemerkt »Der damalige amerikanische Aussenminister Dulles musste in Ankara energisch vorstellig werden, um die aufgebrachten Türken vor einem Einmarsch in Mesopotamien abzuhalten.« *Der Bund* vom 12. Juli 1966.

²⁹ *Die Welt* vom 26. Juli 1958.

³⁰ Siehe *Frankfurter Rundschau* vom 21. Juli 1958 und *Neue Zürcher Zeitung* vom 23. Juli 1958.

³¹ *Baseler Nachrichten* vom 26. April 1959.

Iran, die ebenfalls diese Stellung anstrebten, als wenig bedeutende politische Akteure dagestanden. Der Nachfolgestaat der Osmanen war natürlich um die Lage im eigenen Land besorgt.

»Die Sendungen von Radio Bagdad in kurdischer Sprache,« merkt Kendal an, »die denen von Radio Kairo und Radio Erivan vorausgingen, erregten die Gemüter in der Bevölkerung von Türkisch-Kurdistan. Unter anderen Himmeln lebten ihre Landsleute getrennt von ihnen wie Bürger. Das war das Ende des großen Schweigens, des Winterschlafes, der dem Martyrium der dreißiger Jahre gefolgt war.«³²

Darum war es nicht verwunderlich, dass es dort kurze Zeit später zu Verhaftungswellen bei den kurdisch-nationalistischen und linken Elementen kam,³³ um einer eventuellen Bewegung der Kurden zuvorkommen zu können.

Die Türkei verfolgte die Situation im Irak mit Argwohn und Misstrauen. Sie ließ sich über ihre Verbündeten immer auf dem laufenden halten. Als der britische Botschafter in Bagdad, Humphrey Trevelyan, im Februar 1960 anlässlich der offiziellen Zulassung der DPK Barzani einen Besuch abstattete, verlangte das türkische Außenministerium dringend von London Erklärungen über Motive und Ursachen dieses Besuches.³⁴ Über diesen Besuch berichtet Trevelyan selbst folgendes:

»The Iranians were not concerned. The Turks were suspicious and sent their Ambassador in London to ask why I had gone. They would never have believed that it was only curiosity.«³⁵

Doch im Allgemeinen zeichnete sich die türkische Haltung gegenüber den Entwicklungen im Irak durch Zurückhaltung aus.³⁶ Nach dem Ausbruch der Kämpfe zwischen den Irakern und Kurden beschuldigte Kassem Ankara, die Kurden unterstützt zu haben.³⁷ Es kam zwar zu etlichen Zwischenfällen an der irakisch-türkischen Grenze,³⁸ diese störten die relativ normalen türkisch-irakischen Beziehungen aber anscheinend wenig. Die Interessen der politischen Gewährsleute am Bosphorus stimmten stetig mit denen der Generäle am Tigris überein, die Kurden zu unterwerfen und die Staatsmacht überall innerhalb der Staatsgrenzen durchzusetzen. Im Lichte der eigenen Kurdenfrage, deren Existenz nicht einmal zugegeben wurde - die Kurden in der Türkei wurden *Bergtürken* genannt - riegelte die türkische Regierung die Grenzen für die aufständischen Kurden in der Regel ab. Der Irak konnte daher fest mit der Neutralität, wenn nicht sogar

³² Kendal, 1984, S. 131. Während seines Besuches in den USA im Juni 1958 brachte der Schah bei den Amerikanern ebenfalls seine Besorgnis über diesen Sender zum Ausdruck. Foreign Relations of the United States, 1958-1960, Vol. XII, Near East Region; Iraq; Iran; Arabian Peninsula, Ed. by Edward C. Keefer, Washington 1993, S. 566 (künftig zitiert als Foreign Relations of the United States, 1958-1960, 1993).

³³ Ebd., S. 132.

³⁴ Hamdi, 1992, S. 280-81.

³⁵ H. Trevelyan: The Middle East in Revolution, London 1970, S. 201.

³⁶ Baseler Nachrichten vom 26. April 1959.

³⁷ Nebez, 1972, S. 161. Hierzu schreibt Naamani: »In addition, the rulers of Turkey never professed much love for 'Abd al-Karîm Qâsim in Iraq or for the régimes that succeeded his. Also, the rebellious Kurds of Iraq are circumspect in not antagonizing the governments of Turkey or Iran by talking of a pan-Kurdistan movement. Fleeing Kurds are offered refuge in Turkey and Iran. Moreover, supplies and arms flow from the two Iraqi neighbors to Kurdish rebels, as the writer of this article can testify from knowledge gained during visits to Turkey in 1962 and to Iran in 1965.« Naamani, 1966, S. 283

³⁸ Vgl. Frankfurter Rundschau vom 25. August 1962.

mit der direkten Unterstützung der Türken, wie es Mitte 1963 geschah, bei der Bekämpfung der Kurden rechnen.

In der Ära Aref II. fand sogar ein Dialog auf höchster Ebene statt. Dadurch haben sich die Verhältnisse weitgehend normalisiert.³⁹

Hätte Bagdad die Kurdenfrage in der Türkei für irgendeinen Zweck instrumentalisiert, hätten die Türken ihre historischen Ansprüche auf Mossul wiederbelebt und das Thema der turkmenischen Minderheit im Irak ernsthaft aufgerollt, was bisweilen in der türkischen Presse aufgewärmt wurde und bis heute wird.⁴⁰

1.3 Syrien

Aus naheliegenden Gründen (Bagdad-Pakt und Kurdenfrage im Allgemeinen) war es für die irakischen Kurden nicht möglich, politische Kontakte mit dem Iran und der Türkei zu knüpfen. Dagegen bot sich Syrien aufgrund der bestehenden Spannungen zwischen den Staaten des erwähnten Bündnisses und den Pro-Nasser-Staaten als der naheliegendste Gesprächspartner an. Vor diesem Hintergrund stellten die irakischen Kurden bereits 1957 zu den führenden Funktionären in Syrien Kontakte her, um die gemeinsamen Ziele (Anti-Imperialismus und Befreiungsbewegung) zu forcieren.⁴¹ Diese kurzfristigen Verbindungen traten 1958 in ein kritisches Stadium. Zwei entscheidende Entwicklungen trugen dazu bei: die eine waren die Folgen der Proklamation der Vereinigten Arabischen Republik zwischen Syrien und Ägypten vom 1. Februar 1958;⁴² und die andere war der mehrfach erwähnte Machtwechsel in Bagdad vom 14. Juli 1958.

Hinsichtlich des ersten Punktes ist festzustellen, dass sich in Syrien, der Wiege des arabischen Nationalismus, eine starke Tendenz zum Panarabismus abzeichnete. Der syrischen Führung fiel es schwer, außer dem Arabischen eine andere Nation in den 'arabischen Ländern' anzuerkennen. Die Syrer hegten im Allgemeinen eine Abneigung gegen die Kurden und waren, wie die Türken, vordergründig daran interessiert, dass die Entwicklungen in Irakisch-Kurdistan nicht die Vorgänge an den eigenen Staatsgrenzen beeinflussten. Denn es bestanden enge Verbindungen zwischen den irakischen und syrischen Kurden; 1957 wurde in Syrien die *Kurdische Demokratische Partei* nach dem Vorbild der DPK gegründet. Obgleich die Regierungsmacht in Damaskus etliche Male von einer zur anderen Gruppierung gewaltsam übertragen wurde, ließ die Unterdrückungspolitik gegen die kurdischen Syrer seit 1959 mit Anschuldigungen und Verdacht der Umtriebe gegen Arabismus und im Zusammenhang mit dem Aufstand der irakischen Kurden vom September 1961 nicht nach.⁴³

Zu dem zweiten Vorkommnis ist anzumerken, dass das Geschehen im Irak vorerst ein willkommener Anlass für die Syrer war, ein reiches Mitglied für die VAR zu werben, jedoch ohne Erfolg. Kassem hatte zwar unmittelbar nach seiner Machtübernahme den Austritt seines Landes aus der am 15. Februar 1958 mit Jordanien gebildeten Arabischen Föderation verkündet, die im Grunde nichts anderes als ein Gegengewicht gegen die nasseristische Machtexpansion war. An einer Union mit der VAR war er aber keineswegs

³⁹ Der Bund vom 12 Juli 1966.

⁴⁰ Vgl. Baseler Nachrichten vom 26. April 1959.

⁴¹ Talabani, 1971, S. 171.

⁴² Archiv der Gegenwart vom 5. Februar 1958, S. 68882.

⁴³ M. Nazdar: Die Kurden in Syrien, in: Kurdistan und die Kurden, Bd. 1, hrsg. von Gérard Chaliand, Berlin 1984, S. 395-412, 406.

interessiert. Die irakischen Kurden waren sich in diesem Punkt mit Kassem einig.⁴⁴ Das Resultat war eine schnelle Abkühlung der ohnehin schwachen Beziehungen zwischen Syrien und den irakischen Kurden.

Die Rolle der Syrer im irakischen Kurden-Konflikt erreichte 1963 ihren Höhepunkt, als die syrischen Truppen auf Einladung der Iraker in Irakisch-Kurdistan einmarschierten und aktiv die dortigen Kurden bekämpften. Das geschah, bevor der Militärpakt zwischen Syrien und Irak im September 1963 unterschrieben wurde.⁴⁵ Als die UdSSR sich einschaltete und die Syrer vor dieser Einmischung warnte, wies Damaskus die Sowjetnote ohne zu zögern zurück und erklärte, sie sehe in der kurdischen Erhebung eine Meuterei und eine ernsthafte Bedrohung des Friedens und der Stabilität im Irak. Des weiteren wurde beteuert, die Angelegenheit werde als eine rein irakische erachtet, in der Syrien keinerlei Pläne habe.⁴⁶ Die direkte, syrische, militärische Intervention im Irak erfolgte also u.a. die wacklige Regierung in Bagdad zu stabilisieren. Angesichts der machtpolitischen und ideologischen Unstimmigkeiten zwischen Kairo und Damaskus war es zu diesem Zeitpunkt für die baathistischen Machthabern in Syrien von enormer Bedeutung, dass sich die Macht ihrer baathistischen Partner in Bagdad gegen pro-nasseristische Kräfte etablierte.⁴⁷

Infolge der starken Annäherung zwischen Aref I. und Nasser erfuhr die syrisch-irakische Beziehung eine starke Belastung, so dass Syrien die in der zweiten Hälfte 1963 abgeschlossene Militärunion mit dem Irak kündigte.⁴⁸ Zudem entbrannte ein Streit zwischen Syrien und den ausländischen Erdölgesellschaften im Irak über die Erhöhung der Gebühren der Öltransporte über syrische Territorien. Dieser Streit schleppte sich bis März 1967 hin und bedrohte die lebenswichtigen Erdölinteressen des Irak.⁴⁹ Trotzdem hielten etliche Klammern (die Nachbarschaft, der arabisch-israelische Konflikt, die Kurdenfrage, Baathismus etc.) die beiden Staaten in der Ära Aref II. zusammen. Gelegentlich wurden die Beziehungen beider Länder sogar vertieft.

Fazit

Es ist offenkundig, dass die politischen Umstände im Irak sich auf die Vorgänge in den Nachbarstaaten teilweise direkt und in unterschiedlichem Maße auswirkten. Sie gaben der nationalen Bewegung der Kurden in den Nachbarländern dementsprechend wichtige Impulse. Daher lag es im Interesse dieser Staaten, die gleichermaßen mit der ungelösten Kurdenfrage konfrontiert waren, dass die kurdischen Bemühungen im Irak von keinem Erfolg gekrönt wurden. Das bedeutete wiederum, dass diese Staaten prinzipiell mit der Unterwerfungspolitik der Verantwortlichen in Bagdad einig waren.

Es ist aber auch denkbar, dass der Machtinstinkt sowohl die Türkei als auch den Iran und Syrien dazu verleitet hat, ein unabhängiges Kurdistan für unmöglich zu halten. Denn

⁴⁴ Siehe Abschnitt 1.5 von Kapitel Sechs.

⁴⁵ Siehe dazu Archiv der Gegenwart vom 3. September 1963, S. 10772. Der Zusammenschluss der Streitkräfte beider Staaten wurde einen Monat später bekannt gegeben. Ebd., vom 8. und 9. Oktober 1963, S. 10845.

⁴⁶ Archiv der Gegenwart vom 5. September 1964 S. 10781.

⁴⁷ Vgl. Jawad, 1981, S. 284.

⁴⁸ Archiv der Gegenwart vom 21. Mai 1964, S. 11236.

⁴⁹ Siehe Einzelheiten bei Archiv der Gegenwart vom 2. März 1967, S. 13020-21

ein solcher Staat wäre vorerst auf Kosten der irakischen Territorien gegangen, was sicherlich zumindest nicht freiwillig von Bagdad akzeptiert worden wäre.⁵⁰

Die Haltung der Türken und Syrer in der irakischen Kurdenfrage ähnelten sich in vielen Zügen. Da sie nicht in ernsthaften Konflikt mit dem Irak geraten wollten, gingen sie in der Unterwerfungspolitik gegen die Kurden konform mit den Irakern. Die beiden nationalistisch-orientierten Staaten waren über die wachsenden kurdisch-nationalen Gedanken in ihren Ländern aufgrund der Ereignisse im Irak beunruhigt und verstärkten den Druck auf die Kurden, um den Gefahren eines kurdischen Aufstandes, wie es im Irak der Fall war, entgegenzutreten.

Anders war es bei den Iranern, deren nachbarliche Beziehungen zum Irak seit Juli 1958 nicht mehr friedlicher Natur waren. Die vielschichtigen Streitfragen mit dem Irak veranlassten die Iraner dazu, sich in diesen Konflikt aktiv einzumischen. Ihnen gelang es, mit Unterstützung der irakischen Kurden, einerseits Bagdad bei den politischen Verhandlungen über die verschiedenen Konfliktstoffe in Bedrängnis zu bringen und andererseits, über lange Zeit die Gefahren einer kurdischen Erhebung im Iran im Zaum zu halten, indem sie Druck auf die irakischen Kurden, die weitgehend auf die iranische Hilfe angewiesen waren, ausüben konnten.

Der überregionale Charakter des Kurden-Konflikts trug gelegentlich zur Verschärfung des Konflikts bei (wie es 1963 vorkam) und erschwerte somit eventuelle Lösungsaussichten auf lokaler Ebene (im Irak) enorm.

Bei gegebenen zwischenstaatlichen Streitfragen galt dieser Konflikt als ein beliebtes Instrument und Druckmittel gegen den Irak. Zeitweise konnte von dieser Konstellation die kurdische Seite profitieren und militärisch ein Gleichgewicht in Kurdistan zustande bringen.

2 Großbritannien und die Supermächte und der irakische Kurden-Konflikt

2.1 Großbritannien

Einen Tag nach dem Sturz der Monarchie im Irak schrieb The Times: »The crisis in Iraq is the crisis of the West's position in the Middle East.«⁵¹ Die Machtübernahme von Jamal Abdul-Nasser in Ägypten im Jahr 1952 kam einer ersten Niederlage für Großbritannien im Nahen Osten gleich, und mit dem Juli-Umsturz büßten die Briten noch mehr Einfluss in der Region ein.

Der 14. Juli 1958 war tatsächlich ein schwerer Tag für das bis 1945 als Weltmacht fungierende Großbritannien. Irak, ein Königreich mit großen Ölvorkommen, seit seiner Gründung fast unentwegt zu England haltend, ein Mitglied des pro-westlichen Bagdad-Paktes und der Standort eines Stützpunktes der RAF, ging von diesem Tag an seinen eigenen Weg.⁵²

Soweit es die Kurden betraf, sahen die Briten zunächst zwei Gefahren mit Skepsis entgegen. Die eine war, dass Nasser in irgendeiner Form die Kontrolle über das Ölfeld Kirkuks, das größte Erdölfeld der Welt,⁵³ erhielt und die andere, dass er einen kurdischen Staat als Landbrücke zur Sowjetunion ins Leben rufen würde. Um solchen möglichen Entwicklungen zuvorzukommen, stellten die Briten Erwägungen an, die

⁵⁰ Vgl. Baseler Nachrichten vom 26. April 1959.

⁵¹ The Times vom 15. Juli 1958.

⁵² Vgl. Die Tat (vom 16. Juli 1958).

⁵³ G. Deschner: Die Kurden, Das betrogene Volk, Bonn/Wien 1989, S. 207.

verbündeten Nachbarländer des Iraks, den Iran und die Türkei, zum Aufmarsch gegen Irakisch-Kurdistan zu ermutigen.⁵⁴ Doch solche Mutmaßungen entbehrten einer realen Grundlage. Nassers Möglichkeiten und Einfluss waren äußerst begrenzt. Darüber hinaus war die neue irakische Regierung in vielen Fragen nicht so radikal wie London befürchtete. Kassem beteuerte sogar, dass er die guten Beziehungen seines Landes zum Westen fortsetzen wolle und die Verpflichtungen gegenüber den ausländischen Erdölgesellschaften aufrechterhalten und respektieren würde.⁵⁵ Obgleich auf diese verbindlichen Zusicherungen hin und wieder beunruhigende Meldungen aus der irakischen Hauptstadt zu hören waren - wie die schärferen Töne gegen die pro-westliche Regierung Jordaniens;⁵⁶ die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion und China⁵⁷ sowie die Bekanntgabe eines Beistandspakt am 20. Juli 1958 zwischen Bagdad und Kairo⁵⁸ - kehrte wenig später eine Art Normalität in die irakisch-britischen Beziehungen zurück. Die anfängliche Panik und Empörung über das Ereignis vom 14. Juli verebbte im August desselben Jahres allmählich. Zu Beginn dieses Monats erkannte Großbritannien die neue irakische Regierung an,⁵⁹ und vor Monatsende nahm Großbritannien seine Waffenlieferungen an den Irak wieder auf.⁶⁰

Der Angelegenheit der Kurden selbst wurde nach all diesen Ereignissen keine besondere Beachtung zuteil. Erst zwei Jahre später kam Bewegung in diese Sache. Anlässlich der offiziellen Zulassung der DPK erstattete H. I. Trevelyan, der britische Botschafter in Bagdad, am 21. Februar 1960 dem DPK-Präsidenten Barzani einen Besuch ab, um sich über die aktuellen Vorgänge zu informieren. Als Barzani den Besuch am 29. des gleichen Monats erwiderte, beschwerte er sich über Kassems Politik und bat die Briten um Beistand, Druck auf diesen auszuüben. Die in einem guten Verhältnis zu Bagdad stehenden Briten hatten aber keinerlei Motivationen, sich in die Kurden-Kassem-Beziehungen einzumischen.⁶¹

Als in Irakisch-Kurdistan der Krieg ausbrach, beschuldigte Kassem Großbritannien und die USA der Anstiftung. Neben dem Argument der schlechten Beziehungen zu diesen Ländern (aufgrund der Kuwaitkrise und der verfahrenen Ölverhandlungen mit ihnen) legte er als Beweis für die Verwicklung dieser Staaten in diesen Konflikt die von Barzani in den Jahren 1933 und 1945 geschriebenen Briefe an die Briten vor.⁶² Auf diese Anschuldigungen und den Vorwurf, dass die britische Botschaft in Bagdad £ 500.000 für die Revolte gespendet habe, folgte der Protest der Briten. Dieser wurde zurückgewiesen »in relatively mild terms and the incident was closed«, so der britische Botschafter.⁶³

⁵⁴ Hamdi, 1992, S. 266-68.

⁵⁵ Industrie-Kurier vom 19. Juli 1958.

⁵⁶ Die Tat vom 18. Juli 1958. Mit Jordanien hatte der Irak eine Arabische Föderation wenige Monate zuvor unterschrieben und nach dem 14. Juli 1958 sofort aufgelöst. Großbritannien ließ am Nachmittag des 14. Juli Truppen in Jordanien landen. W. LaFeber: America, Russia, and the Cold War 1945-1980, 4. ed., New York u.a. 1980 (1967), S. 203.

⁵⁷ Neue Zürcher Zeitung vom 19. Juli 1958.

⁵⁸ The Times vom 21. Juli 1958.

⁵⁹ New York Herald Tribune vom 2. und 5. August 1958.

⁶⁰ Siehe dazu die Frankfurter Allgemeine Zeitung und Neue Zürcher Zeitung vom 22. August 1958.

⁶¹ Trevelyan, 1970, S. 200-01. Hamdi, 1992, S. 273-80.

⁶² Siehe Abschnitt 3.1 von Kapitel Sechs.

⁶³ Trevelyan, 1970, S. 202-03.

Die Verwicklung der Briten und Amerikaner in diesen Konflikt zu diesem Zeitpunkt ist zwar denkbar, aber schwer nachweisbar, insbesondere, wenn man an Barzanis Äußerungen denkt, die er vor dem US-Journalisten Schmidt machte:

»If the Americans never consider our interests, never ask how many of our people are in prison, how our corps are burned, how much we need medical aid, then there is a danger. The danger is that we will be obliged by necessity to accept aid from the Communists.«⁶⁴

Solche Appelle, die Barzani in jenen kritischen Tagen - während Kassem im Konflikt mit den ausländischen Ölgesellschaften und den Briten wegen der Kuwaitkrise stand - oft an die Briten und den Westen im allgemeinen ergehen ließ, blieben offenbar ungehört.

Dass die Briten beim Sturz Kassem ihre Finger im Spiel hatten, ist längst kein Geheimnis mehr. Es hat den Anschein, dass Großbritannien es vorzog, unmittelbar auf das Machtzentrum in Bagdad einzuwirken, anstatt von den abgelegenen Gebirgen Kurdistans aus zu operieren und damit die Regierung in Bagdad eventuell unter Druck zu setzen.

London erkannte schnell die irakische Regierung vom 8. Februar 1963 an und pflegte bis 1967 gute Beziehungen zum Irak. Doch wegen der pro-israelischen Haltung der Briten im Sechs-Tage-Krieg brach Aref II. die diplomatischen Beziehungen zu London ab.⁶⁵

2.2 Die USA

Der Kalte Krieg hatte die Interessenlage der Amerikaner nach dem Zweiten Weltkrieg im Mittleren Osten grundlegend geändert.⁶⁶ Folglich stand der Juli-Staatsstreich der freien Offiziere in Bagdad blitzartig im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der US-Nahost-Politik. Man sah die dramatischen Entwicklungen im Irak als eine große Gefahr für die Sicherheit und Strategie des Westens an. Die Versorgungsfrage mit dem Rohstoff Erdöl, der Lebensader der Industriestaaten, dominierte die Gedanken der USA. Man fürchtete, dass nach dem Irak eine westliche Position nach der anderen unter Nassers Führung vorwärtstürend dem Panarabismus zum Opfer fallen würde.⁶⁷ Zweitrangig nach dem Erdöl war die Sicherheitsfrage des Staates Israel ein wichtiger Aspekt der amerikanischen Nahostpolitik.⁶⁸

Unverzüglich am Tag nach dem Putsch handelten die Amerikaner. Der US-Außenminister Dulles sprach schon wenige Stunden nach der Bekanntgabe des irakischen Umsturzes vor den führenden Mitgliedern des Kongresses von den »recent Sovjet political activities« in der Region und kündigte an, dass »it was time to bring a halt to the deterioration in our position in the Middle East.«⁶⁹ Die USA entsandten auf Ersuchen der libanesischen Regierung Truppen in den Libanon, um der dortigen Regierung bei der Aufrechterhaltung der territorialen Integrität und Souveränität, gegen eine eventuelle Intervention Nassers, behilflich zu sein. Die US-Truppenlandung im Libanon stieß selbstverständlich auf die Kritik der Sowjetunion und wurde als Aggression gegen die

⁶⁴ Schmidt, 1964, S. 204.

⁶⁵ Jawad, 1981, S. 311.

⁶⁶ D. Junker: Von der Weltmacht zur Supermacht, Amerikanische Außenpolitik im 20. Jahrhundert, Mannheim u.a. 1995, S. 84.

⁶⁷ New York Herald Tribune vom 15. Juli 1958.

⁶⁸ Neue Zürcher Zeitung vom 16. Juli 1958.

⁶⁹ LaFeber, 1980, S. 203.

Völker der Region bezeichnet.⁷⁰ Nikita Chruschtschow, das sowjetische Staatsoberhaupt, drohte bei einer US-Intervention im Irak mit Krieg.⁷¹ Nasser seinerseits versprach dem Irak, zu Hilfe zu eilen, sollte das Land Ziel eines westlichen Angriffs werden.⁷² Die Lage war sehr gespannt, aber nicht soweit fortgeschritten, dass es tatsächlich zu einem Krieg kommen würde; Die gegnerischen Parteien bezogen die Verteidigungsposition und nicht die des Angriffs.

Wie an einer anderen Stelle dieses Kapitels angedeutet wurde, war der Irak dem Westen immer noch freundlich gesinnt und schlug keinen Konfrontationskurs ein. Man suchte vorerst in Bagdad Fuß zu fassen. Der irakische stellvertretende Militärattaché in Paris, Abdul Faiyak, teilte wenige Tage nach dem Putsch vor der Presse mit, dass er von Kassem gebeten worden sei, dem Westen zu erklären, dass sie, also die Iraker, noch die Freunde des Westens seien und die früheren Beziehungen fortsetzen möchten. Sie seien keine Kommunisten, sondern irakische Nationalisten.⁷³ Solche Erklärungen beruhigten die USA sehr.⁷⁴ Durch solche moderaten Erklärungen nach außen zerstreute man die Befürchtungen des Auslands.

Obwohl der Austritt des Iraks aus dem Bagdadpakt im März 1959 eine gewisse Beunruhigung in den Reihen Teherans und Ankaras hervorrief, wurde in Washington dies jedoch ohne Überraschung aufgenommen. Die USA, die seit April 1955 diesem Pakt mit Beobachterstatus assoziiert waren, legten den irakischen Schritt als die »erwartete Klärung einer zweideutigen Lage« aus.⁷⁵ Wenig später annullierte Bagdad die Militärverträge mit den Vereinigten Staaten,⁷⁶ wünschte aber die Waffengeschäfte mit Großbritannien ohne Unterbrechung fortzusetzen.⁷⁷

Als der Kurdenkrieg im Nord-Irak ausbrach, verfügten die USA in der Nahostregion mindestens über zwei völlig zuverlässige Partner, die gleichermaßen an die Sowjetunion grenzten und mit der Kurdenfrage konfrontiert waren, nämlich die Türkei und den Iran. Man setzte vorrangig auf die Systemstabilisierung in den jeweiligen Ländern und war nicht in Nöten, neue Freunde suchen zu müssen. Darüber hinaus hätte eine Parteinahme für die Kurden, die die USA um Hilfe gebeten hatten,⁷⁸ zweifelsfrei die Gegnerschaft dieser zwei Verbündeten nach sich gezogen. Vor diesem Hintergrund kann die Kurdenfrage für die Amerikaner nur insofern relevant gewesen sein, als sie gegebenenfalls als Druckmittel gegen einen kommunistischen Irak einzusetzen gewesen wäre.

Obgleich Kassem seine diplomatischen Beziehungen zu den USA abbrach, als in Washington das Beglaubigungsschreiben des ersten Botschafters von Kuwait

⁷⁰ Neue Zürcher Zeitung vom 17. Juli 1958.

⁷¹ W. I. Cohen: *The Cambridge History of American Foreign Relations*, Vol. IV, *America in the Age of Soviet Power, 1945-1991*, New York 1995, S. 114.

⁷² Frankfurter Rundschau vom 18. Juli 1958.

⁷³ Süddeutsche Zeitung vom 22. Juli 1958.

⁷⁴ Cohen, 1995, S. 114-15.

⁷⁵ Neue Zürcher Zeitung vom 26. März 1959. Der US-Präsident Eisenhower prophezeite im selben Monat, dass der nächste Schritt der Sowjetunion im Irak das Organisieren der Kurden sein werde. *Foreign Relations of the United States, 1958-1960*, 1993, S. 216.

⁷⁶ Ebd., vom 3. Juni 1959.

⁷⁷ Die Welt und Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Mai 1959.

⁷⁸ Schmidt, 1964, S. 203.

entgegengenommen wurde, war - nach dem gegenwärtigen Untersuchungsstand - weiterhin keine Änderung der US-Politik in der Kurdenfrage zu verzeichnen.

Der Sturz Kassems, in den die britischen und amerikanischen Geheimdienste verwickelt waren,⁷⁹ bedeutete einen schweren Schlag gegen die irakischen Kommunisten und Sowjets. Die Amerikaner rieten den irakischen Kurden mit Nachdruck, kriegerische Auseinandersetzungen gegen die neue Regierung in Bagdad zu meiden.⁸⁰ Das war einer der Gründe, die Barzani zum Waffenstillstand und zur Aufnahme der Verhandlungen mit Bagdad ermutigte. Sein Generalsekretär Ahmad hatte sich in West-Berlin mit dem US-Konsul getroffen, der ihn über die Vorgänge informierte.⁸¹ Erfolge aber blieben, wie wir im Kapitel Sieben gesehen haben, bei den 1963 geführten Verhandlungen zwischen dem Irak und den Kurden aus.

Vermutlich blieben die USA seit Februar 1963 in den irakischen Angelegenheiten neutral, abwartend, welchen Kurs die neuen Machthaber in Bagdad in ihren Beziehungen zu Nasser einschlagen würden. Dementsprechend nahmen die Amerikaner Stellung zum Irak.⁸²

Mit dem Sturz Kassems war die Gefahr einer kommunistischen Machtübernahme im Irak endgültig gebannt. Kassems Nachfolger, Aref I. und II. betrieben keine feindliche Politik gegen den Westen, so dass die Kurdenfrage sich der Aufmerksamkeit Washingtons entzog,⁸³ vor allem deshalb, weil es den USA seit 1959 gelungen war, mit dem CENTO-Pakt, dem sie unmittelbar beitraten, »den Mittleren Osten im antisowjetischen Sinne zu stabilisieren.«⁸⁴

2.3 Die Sowjetunion

Nach dem Zweiten Weltkrieg schien die Zurückdrängung der sowjetischen Machtexpansion im Mittleren Osten in der Tat geglückt zu sein. Die im Norden des Irans einmarschierten Truppen der Roten Armee verließen im Mai 1946 das Gebiet, nachdem die Alliierten eine Vereinbarung getroffen hatten, die den Rückzug aller Besatzungstruppen aus dem Iran vorsah. Die Russen sollten als Gegenleistung vom Schah Öl- und Gaskonzessionen erhalten. Der Iran bekam dadurch formell seine Unabhängigkeit, aber gleichzeitig festigte sich innerhalb des Landes die Position der Amerikaner und Engländer. Diese Entwicklungen, die die Interessen von Stalin im Iran zum Scheitern verurteilten,⁸⁵ stellten die Kurden, die in Iranisch-Kurdistan mit Duldung der Sowjetunion einen Republikanischen Staat ausgerufen hatten, vor ein schicksalhaftes Dilemma. Sie standen nun den nach Kurdistan einmarschierten iranischen Einheiten hilflos gegenüber. Ihre Republik hielt insgesamt elf Monate stand. Deren Präsident Ghasi Mohammad wurde 1947 von den Iranern gehängt.

⁷⁹ Zur Beweislage siehe Ibrahim, 1983, S. 698; Adamson/Fat-Hullah, 1990, S. 67.

⁸⁰ Vgl. al-Fakiki, 1993, S. 298. Dreimal sollen die USA 1963 an die Kurden solche Appelle gerichtet haben. Siehe Adamson/Fat-Hullah, 1990, S. 67-68.

⁸¹ Aziz, 1995, S. 36.

⁸² Adamson/Fat-Hullah, 1990, S. 75.

⁸³ Vgl. Archiv der Gegenwart vom 25. Juni 1965, S. 11923 und vom 13. August 1966, S. 12651.

⁸⁴ Junker, 1995, S. 85.

⁸⁵ In seinen Memoiren beteuert der Schah zwar die Souveränität erhalten zu haben, räumt aber diese Tatsache (die dominante anglo-amerikanische Rolle) ein. M. R. Pahlawi: Antwort an die Geschichte (Persisch), o.O. 1366 (1987), S. 51-59.

Im Kapitel fünf dieser Arbeit wurde darauf verwiesen, dass auf das Ende des Zweiten Weltkrieges ein erneuter Ausbruch der Kampfhandlungen in Irakisch-Kurdistan folgte. Der Verlauf der Kämpfe zwang den irakischen Kurdenchef Barzani, den Rückzug in den Iran anzutreten. Barzanis Anwesenheit in Iranisch-Kurdistan kam während der Ausrufung der oben genannten Kurdischen Republik den Kurden gelegen. Die militärische Macht der aus dem Irak geflohenen Kurden wurde zum harten Kern der Streitkräfte der ersten Kurdischen Republik in der Geschichte. Diese Streitmacht aber war nicht stark genug, um die Staatsgebilde gegenüber iranischen Angriffen zu verteidigen. Unter dem Druck der militärischen Lage traten Barzani und seine Peschmarga unter schweren Bedingungen und Kämpfen an den irakisch-iranisch- und türkischen Grenzen den Rückzug an. Nach einem 52tägigen Marsch erreichte er die Grenzen der Sowjetunion, wo man ihm und seinen Gewährsleuten Asyl gewährte.⁸⁶ Der Zuflucht Barzanis in der Sowjetunion lag allerdings keinerlei ideologische Motivation zugrunde. Die Amerikaner weigerten sich aus technischen Gründen und Desinteresse, den geflohenen Kurden Asyl zu gewähren, wie der damalige US-Botschafter in Teheran, Alan George, in einem vom 10. Mai 1963 datierten Brief an den US-Journalisten Schmidt mitteilte.⁸⁷

In der Ära Chruschtschow brachte Barzani die Kurdenfrage erneut in Schwung. Kontakte mit seinen Anhängern und der DPK hielt er durch über die Türkei illegal in den Irak reisende Kuriere. Gelegentlich konnte er den kurdischen Sender Radio Eriwans in der Sowjetrepublik Armenien für seine Politik benutzen.⁸⁸ Diese Begebenheiten, die Bagdad in Unruhe versetzten, waren auch einer der wichtigsten Gründe für die Unterzeichnung des Irak-Türkei Paktes, der wenig später den pro-westlichen Bagdad-Pakt unter Einbeziehung des Iran, Großbritanniens und Pakistans ins Leben rief.

Der Architekt dieses Sicherheitskonzeptes war Nuri al-Said, der bekannteste irakische Premier in der Zeit der Monarchie. Während seiner Reise nach Kairo, zu Konsultationen über Sicherheitsfragen mit Ägypten, betonte al-Said außerordentlich diesen Aspekt und erklärte, weshalb er es mit dem Pakt mit der Türkei eilig habe.⁸⁹

Jedenfalls eröffneten sich nach dem Umsturz vom 14. Juli 1958 für die in ihre Schranken verwiesenen Sowjets neue Perspektiven im Mittleren Osten, erneut freundschaftliche Beziehungen aus sicherheitspolitischen und allgemein militärstrategischen Beweggründen zu schließen.⁹⁰ Die seit 1955 von al-Said wegen verstärkter kommunistischer Tendenzen im Zweistromland abgebrochenen diplomatischen Beziehungen mit der UdSSR wurden wenige Tage nach dem Juli-Putsch wieder

⁸⁶ Siehe Von Barzanis historischen Überlieferungen 1945-1958, 1985; Sajadi, 1996, S. 147 ff. und Zirbacht, S. 19.

⁸⁷ Schmidt, 1964, S. 195 ff. Schmidt, einer der ersten Journalisten, die nach dem Ausbruch des kurdischen Aufstandes 1961 Kurdistan besuchten, dokumentiert im Vorwort seines Buches folgenden Dialog zwischen ihm und Barzani:

»On our first meeting I said:

“I understand you are a Communist.”

He was instantly in his feet, shouting, “Show me your proof! Show me your proof!”

“You were guest of the Russians for a dozen years,” I teasingly replied.

“To save my neck,” he retorted; and then, sensing that I was not wholly serious, he relaxed.« Ebd., S. xii.

⁸⁸ Rasoul, 1988, S. 135.

⁸⁹ Siehe dazu E. al-Said: Nuri al-Said, Staatsmann und der Mensch (Arabisch), London 1992, S. 108 und Rasoul, 1988, S. 135-36.

⁹⁰ W. Berner: Sowjetische Interessenpolitik und arabischer Nationalismus, in: Sowjetunion, Außenpolitik 1955-1973, hrsg. von D. Geyer, Köln/Wien 1976, S. 620-24, 621.

aufgenommen.⁹¹ Seitdem konnte Moskau mit einem befreundeten Irak rechnen, der unter Kassem stetig einen neutralen Weg zu gehen beteuerte.⁹² Außerdem unterhielten zwei wichtige politische Kräfte im Land gute Beziehungen zu den Sowjets: die KP-Irak und die Kurden. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welche Rolle die Sowjetunion in dem Kurden-Konflikt gespielt hat, insbesondere während der kritischen Phase vor dem Beginn der Militäroperationen und danach?

Rasoul scheint der einzige Autor zu sein, dem es gelungen ist, durch ein im Februar 1984 stattgefundenes, vertrauliches Interview einen seltenen Blick auf die Schattenseite dieser Angelegenheit zu bekommen. Über Barzanis Gespräche in Moskau Ende 1960 schreibt er:

»Die sowjetische Seite zeigte sich besorgt über die Schwankungen in Qassims Politik und äußerte Verständnis für die kurdischen Bestrebungen. Barzani wurde empfohlen, Druck auf Qassim auszuüben, selbst wenn sich daraus militärische Auseinandersetzungen ergeben sollten. Man legte ihm nahe aus Sicherheitsgründen nicht in Bagdad zu bleiben und in die kurdischen Berge zu gehen.« Rasoul fährt fort, »Barzani hielt sich bis Februar 1961 in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Ländern auf. Vor seiner Rückkehr erhielt er eine hohe finanzielle Zuwendung. Die sowjetische Seite bezeichnete sie als Entschädigung für die Waffen, die die Barzanis im Jahre 1947 abgegeben hatten, und als Pension für die Barzanis, die zwölf Jahre lang in der Sowjetunion gelebt hatten. Nach seiner Rückkehr in den Irak verließ Barzani Bagdad, um in seinem Dorf Barzan zu leben.«⁹³

Was mag die Sowjets, die vorher keine Feindseligkeiten gegenüber Kassem zeigten, zur Einnahme dieser Haltung geführt haben? Aus Mangel an Literaturnachweisen ist es schwierig, dieser durchaus wichtigen Frage auf den Grund zu gehen. Man kann jedoch Überlegungen über die logischen und möglichen Folgen derartiger Entwicklungen anstellen, um eine plausible Antwort zu geben. Drei Zielvorstellungen können die sowjetische Haltung erklären: a) militärische Konfrontationen machten gewinnbringende Waffengeschäfte notwendiger denn je. Für den Irak kam die Sowjetunion als erster Geschäftspartner in Frage; b) Kassems Regierung distanzierte sich von den Kommunisten. Eine Feindschaft mit den Kurden hätte möglicherweise diese Politik zugunsten der KP beeinflusst; c) auf regionaler Ebene dürfte der irakische Kurden-Konflikt unter bestimmten Voraussetzungen zur Destabilisierung der anti-sowjetischen CENTO-Staaten, Türkei und Iran, beitragen.

Die Kurden konsultierten die UdSSR über ihre Auslandsbeziehungen. Die Sowjets signalisierten ihr Einverständnis, dass die Kurden Beziehungen mit allen Mächten, bis auf Israel, aufzunehmen vermochten.⁹⁴

Bemerkenswert ist, dass eine andere Entwicklung im November 1961 für eine starke Annäherung zwischen Bagdad und Moskau sorgte, nämlich die Kuwaitkrise. Kinnane schreibt dazu:

⁹¹ Neue Zürcher Zeitung vom 19. Juli 1958.

⁹² Middle East Record, Vol. 1, 1960, S. 260.

⁹³ Rasoul, 1988, S. 143. Vgl. auch al-Barzani, Bd. 2, 1997, S. 111-13. Das vertrauliche Interview hat Rasoul höchstwahrscheinlich mit Ibrahim Ahmad geführt. Ahmad, der Generalsekretär der DPK, erzählte Aziz, dass Barzani ihm bereits bei seiner Rückkehr aus seinem Exil beauftragt habe, die USA für die Kurden zu gewinnen. Die Russen, so habe Barzani ihm zugesichert, stünden schon auf der kurdischen Seite. Aziz, 1995, S. 47.

⁹⁴ Siehe dazu Jalal Talabanis Äußerungen zu Schlumberger. H. Schlumberger: Kurdische Reise, Aus dem Leben eines bedrohten Volkes, München 1989, S. 226 sowie Ahmads Erzählungen zu Aziz. Aziz, 1995, S. 36.

»In November 1961 relations between Qasim and the Soviet Union improved when Russia vetoed Kuwait's admission to the United Nations. The Baghdad Government ordered that no unfavourable mention was to be made of the Soviet Union in the Iraqi press. The Russians stopped attacking Qasim in propaganda and the Communists moderated their call for a peaceful settlement of the unpopular war against the Kurds.«⁹⁵

Die Sowjets haben in dieser Phase die beiden Konfliktparteien aufgefordert, auf dem Verhandlungswege ihre Differenzen beizulegen⁹⁶ und standen eher auf der irakischen Seite.⁹⁷ Die gescheiterten, nicht ernst zu nehmenden friedlichen Bemühungen zwischen Bagdad und den Kurden und die fortdauernden guten Beziehungen zwischen dem Irak und der UdSSR zeigen, dass es einerseits nicht im Interesse des Kreml war, dass der Kurden-Konflikt militärisch ausgetragen wurde - man fürchtete einen Kurswechsel infolge eines erfolgreichen Staatsstreiches gegen General Kassem. Andererseits waren die Russen aus strategischen Gründen nicht daran interessiert, ihren Einfluss in diesem Konflikt aktiver aufzubieten.

Erst mit Kassem's Ende fing Moskau an, diesem Konflikt verstärkt Aufmerksamkeit zu schenken, weil die Putschisten vom 8. Februar einen empfindlichen Nerv trafen. Mit den finanziellen Zuwendungen an sie setzte die sowjetische Führung darauf, eine starke Opposition gegen die anti-kommunistischen Machthaber von Bagdad auf die Beine zu stellen.⁹⁸ Darüber hinaus, bevor die militärischen Operationen zwischen Bagdad und den Kurden im Juni 1963 einen neuen Anlauf nahmen, machte der DKP-Politiker Jalal Talabani in der sowjetischen Hauptstadt eine Visite zwecks Konsultation mit der Moskauer Führung.⁹⁹

Die Sowjets gingen unmittelbar nach der Aufnahme der Kämpfe im Juli 1963 einen Schritt weiter, mit dem Versuch, den irakischen Kurden-Konflikt zu internationalisieren. Denn sie konnten gegenüber den andauernden, blutigen Repressalien der Baathisten gegen die Kommunisten¹⁰⁰ und dem verlustreichen Krieg in Kurdistan nicht ohne Interesse bleiben.¹⁰¹ So forderte die Volksrepublik Mongolei, die der Sowjetunion nahe stand, am 1. Juli 1963 die UNO auf, »die Politik des Völkermordes, die die irakische Regierung gegenüber den Kurden betreibt«, auf die Tagesordnung der UN-Vollversammlung zu nehmen. Die Sowjetunion sprach sich am 9. Juli gegen den harten Kurs der irakischen Regierung aus und warnte diesbezüglich den Iran,¹⁰² die Türkei¹⁰³

⁹⁵ Kinnane, 1964, S. 67-68.

⁹⁶ Rasoul, 1988, S. 147-48. Fat-Hullahs Ausführungen belegen diese Tatsache. Der Autor hatte von dem am 8. Februar 1963 getöteten Chef der irakischen Luftwaffe, Jalal Auqati, erfahren, dass Kassem diesen nach Moskau geschickt hatte, damit die Sowjetunion gemäß dem Abkommen von 1958 dem Land militärische Ausrüstung lieferte. Unter vier Augen sprach Chruschtschow Auqati an: Teile Kassem mit, wir werden die Versorgung mit Waffen einstellen, unabhängig davon, ob es zwischen uns ein Abkommen gibt oder nicht, wenn keine friedliche Lösung der Kurdenfrage gefunden wird. Fat-Hullah, 1988, S. 32-33.

⁹⁷ Vgl. Archiv der Gegenwart vom 8. Juli 1962, S. 9968.

⁹⁸ Rasoul, 1988, S. 149-50.

⁹⁹ Ebd., S. 150.

¹⁰⁰ Die stärkste KP der Nahost-Region war die irakische. Diese Partei war nach dem Putsch vom 8. Februar 1963 einem systematischen Vernichtungsprogramm der neuen Verantwortlichen in Bagdad ausgesetzt. Viele Geflohene fanden in Kurdistan Zuflucht. Siehe Batatu, 1978, S. 974 ff.

¹⁰¹ Siehe z. B. die übersetzte Fassung der TASS-Erklärung zur "Solidarität mit dem Kurdenvolk" in Neues Deutschland vom 19. Juni 1963.

¹⁰² Nach dem Putsch vom 8. Februar normalisierten sich die Beziehungen zwischen Teheran und Bagdad einigermaßen. Weldani, 1992, S. 299.

und Syrien,¹⁰⁴ die direkt oder indirekt in die Kämpfe verwickelt waren, vor einer Einmischung. Der Irak zögerte nicht, seine diplomatischen Beziehungen zur Mongolei, die später ihren Antrag zurücknahm, abubrechen und die sowjetische Kritik zurückzuweisen.¹⁰⁵

Andererseits forderte die Sowjetunion vom UNO-Wirtschafts- und Sozialrat eine Behandlung der befolgten 'verbrecherischen Politik des Völkermordes' gegen die Kurden durch den Irak. Der Antrag wurde erwartungsgemäß mit dreizehn gegen zwei Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt.¹⁰⁶ In der Zeit des Kalten Krieges kam es nicht selten vor, dass gerade die Friedensfragen den Interessen der Weltmächte zum Opfer fielen.

Die Sowjets hielten ihre Kontakte zu den irakischen Kurden aufrecht. Im September 1963 reiste eine zweiköpfige kurdische Delegation nach Moskau. Die Sowjets zeigten in den Gesprächen Bereitschaft zu materieller und ideeller Hilfe.¹⁰⁷ Damit gewannen die Kurden in diesem Konflikt neue Kraft.

Der zum Jahresbeginn von 1964 abgeschlossene Waffenstillstand zwischen Aref I. und Barzani kam u.a. durch die Vermittlerrolle der Sowjets und Ägyptens zu Stande.

Eigenen Worten zufolge besuchte abermals der bekannte sowjetische Diplomat Evguéni Primakov, als Korrespondent der Pravda in Begleitung von den Diplomaten Zotov und Possouvaliouk, Barzani in dieser Zeit in seinem Hauptquartier.¹⁰⁸

Darüber hinaus sandte Chruschtschow anlässlich des Waffenstillstandes Aref I. und Barzani Gratulationsbriefe. Die Beziehungen zwischen Moskau und Bagdad wurden trotz der sowjetischen Vorbehalte beständig gepflegt. Untersuchungen, die sich der sowjetischen Nahostpolitik widmen, sind der Ansicht, dass diese sowjetische Zurückhaltung Aref I. gegenüber auf die konservativ-nationalistische Attitüde des irakischen Präsidenten zurückzuführen sei.¹⁰⁹ Eine Wirtschaftsdelegation des Irak musste sogar im Frühjahr 1965 von ihrer Reise nach Moskau mit leeren Händen die Heimreise antreten. Die Russen hatten darauf bestanden, vor den Wirtschaftsgesprächen über die Kurdenfrage konsultiert werden zu müssen.¹¹⁰

Jedenfalls blieb die russische Führung bis 1968 mit den beiden Parteien dieses Konflikts in unmittelbarer Verbindung und war daran interessiert, dass die Stabilität des Irak nicht durch den Kurden-Konflikt gefährdet würde. Offenbar fanden sich die Sowjets damit ab, dass sowohl die Kurden als auch die Iraker Beziehungen mit Ländern knüpften,

¹⁰³ Abermals trafen sich in Kirkuk türkische sowie iranische Offiziere mit ihren irakischen Kollegen zur Beratung und Koordination gegen die Kurden. Siehe al-Fakiki, 1993, S. 298 und Huwedi, 1983, S. 231. Die Türkei wies die sowjetische Note am 13. Juli 1963 zurück, mit der Begründung, die Note sei absichtlich durch gefälschte Informationen entstanden und würde sogar die relativ guten Beziehungen beider Staaten, also der Türkei und Sowjetunion, negativ beeinträchtigen. Türkische Außenpolitik mit Fakten, hrsg. von M. Gönlübol u.a., Bd. 1: 1919-1973 (Türkisch), Ankara 1982, S. 439-40.

¹⁰⁴ Ein mehrere tausend Mann starkes syrisches Expeditionskorps kämpfte aktiv mit der irakischen Armee gegen die Kurden. Siehe Vanly, 1971, S. 208-10 und Aschirian, 1978, S. 106-07.

¹⁰⁵ Archiv der Gegenwart vom 5. September 1963, S. 10781.

¹⁰⁶ Süddeutsche Zeitung vom 13. Juli 1963.

¹⁰⁷ Rasoul, 1988, S. 151.

¹⁰⁸ E. Primakov: Missions à Bagdad, Histoire d'une négociation secrète, Paris 1991, S. 25-28 und 88.

¹⁰⁹ Ibrahim, 1983, S. 701.

¹¹⁰ Mohammad, 1992, S. 478.

die im Zeitalter des Kalten Krieges für ihre anti-sowjetische Haltung bekannt waren, seien es die kurdisch-iranischen Beziehungen oder die irakisch-französischen.

Fazit

Maßgeblich bestimmten zwei Sachverhalte die Kurdenpolitik der Sowjets und der Amerikaner in der Zeit des gespannten Ost-West-Verhältnisses. Der erste waren die Beziehungen der Regierung in Bagdad zur Sowjetunion und den Vereinigten Staaten und der zweite der überregionale Charakter des Kurden-Konfliktes im Mittleren Osten. Es darf aber nicht außer Acht bleiben, dass zum damaligen Zeitpunkt zunächst sicherheitspolitische und allgemein militärstrategische Leitmotive die Außenpolitik der Großmächte diktierten. Hierfür war üblicherweise die Zentralregierung der Länder der Hauptadressat, während die Beziehungen zu den nicht-staatlichen Akteuren (wie den Kurden) im Allgemeinen deutlich zweitrangig waren, wie auf der nachfolgenden Skizze zu erkennen ist. Die letztgenannten Beziehungen hatten sich mit einer relativen Sicherheit nur mündlich und nicht schriftlich verwirklicht. Das lag in der Natur der Sache. Völkerrechtliche Akteure lassen sich in der Regel aus vielen Gründen nicht auf ein offizielles Abkommen mit der Non-State-Nation ein.¹¹¹

Aufgrund der Rücksichtnahme auf verbündete Staaten (die Türkei und den Iran) schwankte die Einstellung der USA in der irakischen Kurdenfrage zwischen Zurückhaltung und Ablehnung. Als eine anti-kommunistische Gruppe im Februar 1963 mit Unterstützung der USA im Irak an die Macht gelangte, konkretisierte sich die Haltung der USA in der Kurdenfrage. Washington sah seitdem einer militärischen Austragung des Konfliktes kritisch entgegen. Vor diesem Hintergrund appellierten die USA an die Kurden, Konfrontationen mit Bagdad möglichst zu vermeiden. Zugleich verhinderten sie die internationale Behandlung des Kurden-Konfliktes durch die Sowjetunion, um die Position und Einstellung der anti-kommunistischen Staaten (Irak, Türkei und Iran) nicht zu gefährden.

Bis auf die Ereignisse von 1963, die eine Ausnahme in der Geschichte des Kurden-Konfliktes bilden, blieb Unschlüssigkeit das Grundmuster der amerikanischen Kurdenpolitik in den 60er Jahren. Zumal während des Sechs-Tage-Krieges, als die Iraker ihre seit Februar 1963 wieder aufgenommenen diplomatischen Beziehungen mit den USA wegen des israelisch-arabischen Krieges mit Washington abbrachen, vollzog sich nach einer langen Phase des Desinteresses keine Umorientierung.

Das sowjetische Verhältnis zum Irak wurde seit Juli 1958 von einem eher besonderen und freundschaftlichen Klima bestimmt. Das galt ebenfalls für die Beziehungen zu den Kurden.

Dennoch machten die gesamtstrategischen Interessen des Kreml es notwendig, die Kurden stärker als in den fünfziger Jahren ins politische Kalkül einzubeziehen. Im Irak fungierte diese Volksgruppe als eine ernstzunehmende politisch-militärische Kraft, die durchaus imstande war, Bagdad unter Druck zu setzen. Andererseits konnte ein Zeichen der Sympathie für die kurdische Sache im allgemeinen dazu führen, in den anti-kommunistischen Staaten (Türkei, Iran und gelegentlich Syrien) Einflussmöglichkeiten zu schaffen (siehe Abb. 1). Dieser letzte Aspekt aber darf nicht allzu hoch eingeschätzt

¹¹¹ Mohammad, einst Minister und die Verbindungsperson in den 60er Jahren, schreibt in diesem Zusammenhang, dass jegliche Kontaktaufnahme mit irgendeiner ausländischen Macht immer ohne vertragliche Verständigung erfolgte. Ebd., S. 545.

werden, wie es seinerzeit von fast allen westlichen Kommentatoren gemacht wurde.¹¹² Denn trotz des Kalten Krieges und der pro-westlichen Haltung der Türken und der Iraner pflegte Moskau relativ normale Beziehungen zu diesen Staaten. Zudem dürfte die sowjetische Regierung nicht ernsthaft gewillt gewesen sein, wegen eines schwer verwirklichtbaren kurdischen Staates, der die bestehenden staatlichen Strukturen der Region bedrohen könnte, oder gar für eine 'unsichere' kurdisch-russische Freundschaft, alles zu riskieren und zu opfern.

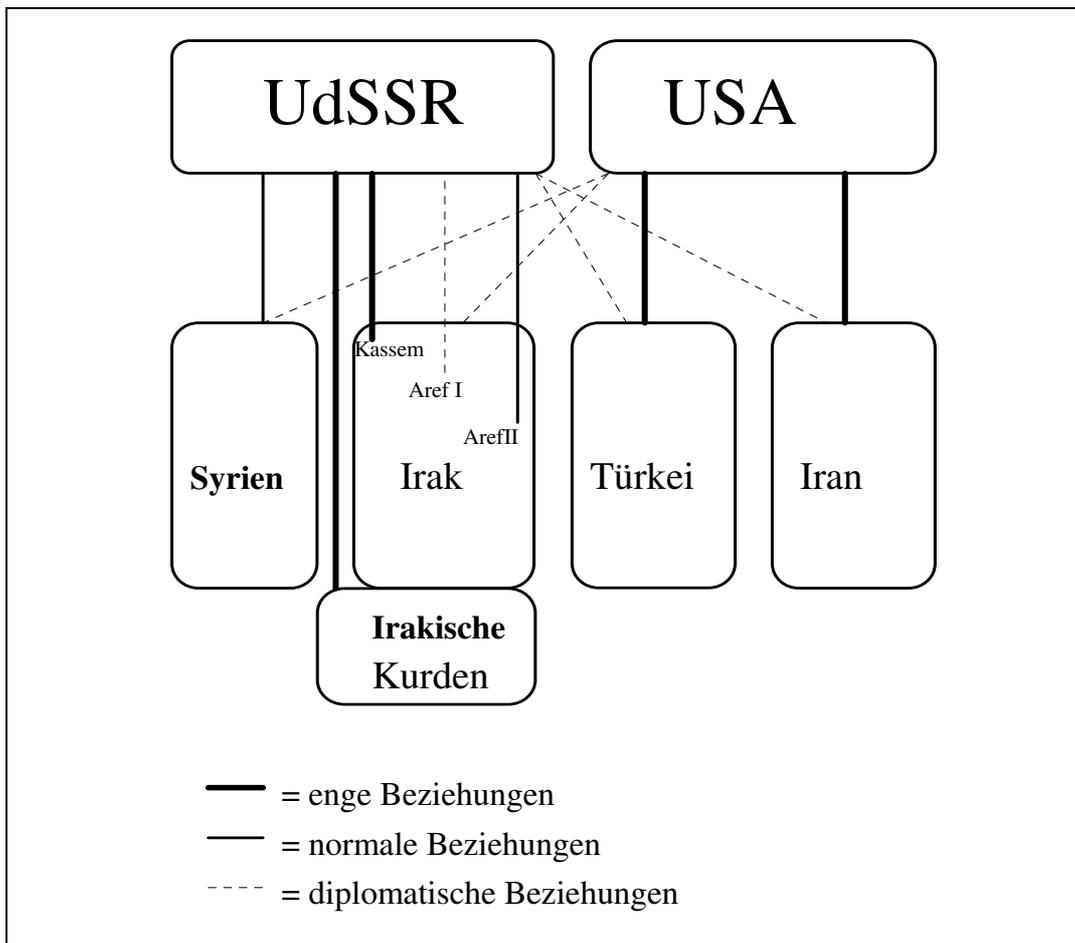
Darüber hinaus wies die Struktur der Sowjetunion selbst unzählige ethnische und nationalistische Bruchstellen auf¹¹³ und präsentierte, wie sich später herausstellte, kein Musterbeispiel für die Lösung solcher Problematiken.

¹¹² Um ein Beispiel zu nennen, dürfte ein Blick auf dieses Zitat, das zwei Monate nach dem Ausbruch des Krieges in Kurdistan veröffentlichte wurde, genügen: »Der Plan für ein unabhängiges Kurdistan, das große Teile der Türkei, Persiens und des Iraks umfassen würde, wird seit jeher von Moskau als eine Möglichkeit aufgefaßt, den sowjetischen Einflußbereich bis an den Suezkanal im Südosten und bis an den Persischen Golf im Südwesten auszudehnen.« Die Zeit vom 24. November 1961.

¹¹³ Vgl. dazu auch G. Wheeler: Sovjet interests in Iran, Iraq and Turkey, in: The World Today, London, May 1968, S. 197-203, 201.

Abb. 1

Die Beziehungen der beiden Supermächte mit dem Irak, den Nachbarstaaten und den Kurden



Dritter Teil

Der Kurden-Konflikt seit der zweiten Machtübernahme der Baathpartei 1968 bis 1990

Der Kurden-Konflikt vom Beginn der Ära al-Bakrs und Saddam Husseins bis zum Zusammenbruch des kurdischen Widerstands durch das Algerien-Abkommen im März 1975 (Juli 1968 - März 1975)

1 Die Kurdenfrage in den ersten zwei Jahren der Ära al-Bakrs

1.2 Al-Bakrs Machtkonsolidierung

Der Triumph über die Monarchie im Juli 1958 hatte die Macht in die Hände von Offizieren unterschiedlicher Richtung gespielt, die sich der Aufgabe nicht gewachsen zeigten, die schicksalhaften Probleme des Irak, konstruktiv und friedlich einer politischen Lösung zuzuführen. Das höchste Amt im Staat, das des Staatspräsidenten, wurde zehn Jahre nach dem Ende der Monarchie von einem General ausgeübt, der weder das staatsmännische Geschick noch die Tatkraft eines Politikers besaß.¹ Wer in Bagdad einen Militärputsch mit einigen ranghohen Offizieren in den Schlüsselpositionen zu organisieren im Stande war, konnte ohne große Anstrengungen dieses Amt an sich reißen. Einer Anzahl von Offizieren, die sich zusammengeschlossen hatten, um ihre Interessen durchzusetzen, gelang es am 17. Juli 1968, die Kontrolle über die lebenswichtigen Militäreinheiten der Staatsmacht, die für den Schutz des Staatspräsidenten verantwortliche 10. Panzerbrigade der Republikanischen Garde sowie weitere bedeutende Einrichtungen wie das Verteidigungsministerium und die Rundfunkstation zu übernehmen. Ohne nennenswerten Widerstand wurde Aref II. entmachtet und des Landes verwiesen. Unmittelbar nach dem Staatsstreich gingen alle Kompetenzen in der Republik auf den Kommandorat der Revolution (KRR) über.² Der KRR, dessen Zusammensetzung erst eine Woche später bekannt gegeben wurde, bestand ausnahmslos aus Offizieren.³ Laut einem Kommuniqué ernannten diese General Ahmad Hassan al-Bakr einstimmig zum Präsidenten.

Die Machtübernahme gelang, aber unter den Verschwörern entbrannte relativ schnell ein Streit um die Führung. Der Staatsstreich vom 17. Juli war wie sich wenige Wochen später herausstellte in Wirklichkeit die Rückkehr jener Partei auf die politische Bühne im Irak, die 1963 Ministerpräsident Kassem gestürzt hatte und sieben Monate später von Aref I. entmachtet worden war: die Arabische Sozialistische Baath Partei (ASBP). Die Partei war nun entschlossen, sämtliche Fäden im Land endgültig in der Hand zu halten. Hierzu unternahm sie beinahe regelmäßig 'Säuberungsaktionen'. Die erste erfasste die ranghöchsten an dem Putsch beteiligten nicht-baathistischen Offiziere, Ministerpräsident Abdul-Razzaq al-Nayif⁴ und Verteidigungsminister Ibrahim Abdul-Rahman al-Daud;

¹ Batatu schreibt, Aref II. »was more simple, more amiable, and less aggressive than 'Abd-us-Salâm [Aref I.]. He was also without political instinct and lacked the energy, the cunning, and the strong powers of decision that characterized his brother.« Batatu, 1978, S. 1063.

² Al-Jumhuriya vom 18. Juli 1968, nach Arabischen Dokumentationen, 1968, S. 365-67.

³ Zu den Namen der Mitglieder des KRR siehe Sluglett/Sluglett, 1991, S. 126.

⁴ Al-Nayif wurde bei einem zweiten Attentatsversuch in den 80er Jahren in London getötet.

beide Mitglieder des KRRs⁵ ohne dessen Unterstützung der Erfolg des 17.-Juli-Putsches kaum denkbar gewesen wäre.⁶ Diese am 30. Juli bekannt gegebenen Vorgänge⁷ hatten zur Folge, dass die Baathpartei, dominiert von einer mehrheitlich aus der Stadt Tikrit stammenden arabisch-sunnitischen Gruppe,⁸ die politische Szene in der Republik allein beherrschte und nun tatkräftig alles daran setzte, das Land zu "baathisieren".

Schon wenige Wochen nach dem 30. Juli war der harte Umgang mit jedem, an dessen Loyalität auch nur der kleinste Zweifel bestand, an der Tagesordnung.⁹ Die Ereignisse vom 8. Februar 1963 schienen sich zu wiederholen. In Form von Putschversuchen setzten nicht-baathistische Elemente den Baathisten Widerstand entgegen. So wurde im Januar 1969 ein Umsturzversuch der ehemaligen Mitglieder des alten Regimes aufgedeckt.¹⁰ Ein Jahr später war die neue Regierung das Ziel eines weiteren Putschversuchs. Bagdad reagierte mit schnellen Prozessen. Die Zahl der wegen Spionage oder Verschwörung z.T. öffentlich Hingerichteten¹¹ stieg bis März 1970 auf ca. 100 Personen.¹²

Die Machtrivalität brach rund zwei Jahre später in einen offenen Konflikt an der Spitze der Generalität in den Reihen der Baathpartei aus. Dieser wurde vordergründig zwischen Präsident al-Bakr, dem Stabschef und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generalmajor (Luftmarschall) Hardan al-Tikriti, sowie dem Innenminister Oberstleutnant Salih Mahdi Ammasch, ausgetragen. Der 1914 in Tikrit geborene al-Bakr ging aus dieser Auseinandersetzung als Sieger hervor.¹³ Durch seine langjährige militärische Laufbahn pflegte er vertrauliche Beziehungen zu den wichtigen Entscheidungsträgern in der Armee. Darüber hinaus hielt er sich als Erster Mann in der irakischen Baathorganisation den Rücken in der Partei frei.¹⁴ Durch ein Ende 1969 veröffentlichtes Dekret wurde die Macht endgültig auf ihn konzentriert: al-Bakr war ab sofort Staatspräsident, Regierungschef, Oberkommandierender der Armee, Vorsitzender des KRR¹⁵ sowie Parteichef.

1.2 Die anfänglich friedliche Haltung der Konfliktparteien und der darauf folgende erneute Ausbruch der Kämpfe bis zu ihrem Ende im Jahr 1969

Es ist nur wenig darüber bekannt, ob die Mitglieder der neuen Regierung in der irakischen Hauptstadt vor oder kurz nach ihrer Machtübernahme den Kurden

⁵ Die Anhänger der beiden Generäle im Kabinett, Nassir al-Hani (Außenminister) und Salih Kinah (Finanzminister), wurden ebenfalls handstreichartig von ihren Ämtern abgesetzt. Zu Einzelheiten dieser Vorgänge aus baathistischer Sicht siehe Der Politische Bericht 1974, S. 35-41. Vgl. M. Khadduri: *Socialist Iraq, A Study in Iraqi Politics Since 1968*, Washington 1978, S. 25 ff.

⁶ Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 7. August 1968.

⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Juli 1968.

⁸ Von dem 15-köpfigen Führungsgremium der Baathpartei stammten fünf Mitglieder aus Tikrit. Batatu, 1978, S. 1086-91.

⁹ Vgl. Le Monde vom 15. November 1968.

¹⁰ Khadduri, 1978, S. 50-53. Al-Bazzaz war laut offiziellen Erklärungen an dem Versuch beteiligt. Er wurde ins Gefängnis gesteckt, aus gesundheitlichen Gründen entlassen und starb 1972. Ebd.

¹¹ The Times vom 28. Januar 1969 veröffentlichte die Namen der vierzehn am 27. Januar 1969 Hingerichteten.

¹² Vgl. Archiv der Gegenwart vom 12. März 1970, S. 15339.

¹³ A. Kelidar: *Iraq: The Search for Stability*, in: *Conflict Studies*, Nr. 59, Juli 1975, S. 3-22, 10.

¹⁴ Siehe Sluglett/Sluglett, 1991, S. 128. Im April 1970 wurden al-Tikriti und Ammasch aus ihren wohl wichtigen Ministerien entlassen und bekleideten von da an die Ämter des Vizepräsidenten. Am 15. Oktober 1970 wurde dann der erstgenannte völlig entmachtet. Er fiel am 30. März 1971 in Kuwait einem Attentat zum Opfer. Batatu, 1978, S. 1093-94. Der zweite Konkurrent, Ammasch, wurde im September 1971 als Botschafter nach Moskau abgeschoben. Sluglett/Sluglett, 1991, S. 147.

¹⁵ Die Welt vom 30. Dezember 1969.

irgendwelche Versprechungen gemacht haben.¹⁶ Dagegen besteht kaum Zweifel daran, dass der Gedanke einer neuen friedlichen Kurdenpolitik, anders als 1963, den Baathisten nicht vorschwebte. Die früheren machtpolitischen, militärischen sowie ideologischen Auseinandersetzungen¹⁷ zwischen den panarabischen Baathisten und den Kurden hatten die Beziehungen der beiden Seiten zueinander in starkem Maße belastet, so dass man der Gegenwart und Zukunft eher mit Argwohn entgegenblicken musste. Dennoch sorgte der seit 1966 in Kraft getretene Waffenstillstand aus der Epoche Arefs I. vorerst für eine zumindest friedliche Kommunikation zwischen den Kontrahenten. In dem repräsentativ anmutenden neu gebildeten Kabinett saßen sogar vier kurdische Minister¹⁸ und schon im ersten Kommuniqué des KRR fand die Lösung der Kurdenfrage direkte Erwähnung. Dem alten Regime wurde vorgeworfen, keinen einzigen Schritt zur Lösung dieses Konflikts unternommen zu haben. Diese Tatsache hatte aus Sicht des neuen höchsten Gremiums im Irak dazu geführt, dass die Armee während des Kampfes um Palästina (der Sechstagekrieg von 1967) ihre Aufgabe nicht hatte erfüllen können.¹⁹ Unmittelbar nach seiner Machtergreifung begann der als 'gemäßigter' Baathist bekannte Präsident al-Bakr viele Versprechungen zu machen, um dadurch die unterschiedlichen politischen Gruppierungen vorläufig an sich binden zu können.²⁰ Diese Versprechungen konnte er in seiner Anfangszeit kaum einlösen. Die Regierung war zu sehr damit beschäftigt, sich zu etablieren. Der KRR rang sich allerdings zu Zugeständnissen durch, die zur Lösung des Kurdenproblems beitragen sollten. Das Zehn-Punkte-Abkommen aus der Epoche al-Bazzaz' von 1966 wurde von der neuen irakischen Regierung als Grundlage zur Lösung der Kurdenfrage betrachtet.²¹ Der KRR:

- erließ am 5. August 1968 eine Generalamnestie für die Kurden,²²
- benannte die Namen der Schulen in kurdischen Gebieten aus dem Arabischen ins Kurdische um,
- gab die Pläne über den Bau einer kurdischen Universität in Sulaimani sowie einer kurdischen Wissenschaftlichen Akademie bekannt und
- erkannte am 25. September 1968 das kurdische Nawroz-Fest als offiziellen Feiertag im ganzen Land an.

Die geheimen Klauseln des erwähnten Abkommens aber, die den Kurden die Gewährung wesentlicher Freiheiten versprachen, wie etwa die Vertretung der Kurden durch die DPK im irakischen Staat, oder die Bildung einer einheitlichen kurdischen Provinz, waren mit Schritten verbunden, die die Abschaffung des Militärregimes im Lande bedeuteten. An Stelle des bisherigen Regimes hätte ein pluralistischer und

¹⁶ Al-Nayif fuhr sechs Tage vor seiner Entmachtung nach Kurdistan und traf sich mit Barzani. Bei seiner Rückkehr versprach er auf einer Pressekonferenz die Lösung der Kurdenfrage. Nebez, 1972, S. 223. Im Baath-Memorandum an die DPK vom 23. September 1972 wird kurz auf Begegnungen vor dem 17. Juli hingewiesen. Das Memorandum der Regionalen Führung der Arabischen Sozialistischen Baath Partei an die Demokratische Partei Kurdistans, Publikation der Botschaft der Irakischen Republik in Beirut 1972, S. 5 (Künftig zitiert als: Das ASBP-Memorandum an die DPK 1972).

¹⁷ Siehe dazu Abschnitt 1.5 von Kapitel Sechs sowie Teil 1 von Kapitel Sieben.

¹⁸ Batatu, 1978, S. 1076.

¹⁹ Al-Jumhuriya vom 18. Juli 1968, nach Arabischen Dokumentationen, 1968, S. 366. Siehe auch Archiv der Gegenwart vom 23. Juli 1968, S. 14069.

²⁰ Vgl. Der Bund vom 5. Januar 1969.

²¹ Nebez, 1972, S. 224-25.

²² Archiv der Gegenwart vom 9. August 1968, S. 14113.

dezentral organisierter irakischer Staat entstehen müssen.²³ Die Ende September promulgierte provisorische Verfassung ging mit ihren kaum demokratischen, panarabischen und nationalistischen Tönen mit solchen unverzichtbaren Voraussetzungen nicht konform. Sie bezeichnete zuerst den Irak als

»Demokratische Volksrepublik, die die Grundsätze ihrer Demokratie und ihrer Volkstümlichkeit auf das arabische Erbe und den Geist des Islam stützt. Das irakische Volk« hieß es weiter, »ist ein Teil der arabischen Nation. Sein Ziel ist die umfassende arabische Einheit. Die Regierung verpflichtet sich, dieses zu verwirklichen.«²⁴

Sie erklärte den KRR zum obersten legislativen und exekutiven aber auch judikativen Organ und thematisierte die Kurdenfrage lediglich am Rande des § 21 im dritten Kapitel (Rechte und öffentliche Aufgaben).

»Alle Iraker«, hieß es, »sind vor dem Gesetz in ihren Rechten und Pflichten gleich. Keine Diskriminierung aus geschlechtlichen, rassischen, sprachlichen und religiösen Gründen gibt es zwischen ihnen. Sie arbeiten zur Aufrechterhaltung der Existenz des Vaterlandes zusammen, inklusive der Araber und Kurden. Diese Verfassung erkennt ihre nationalen Rechte innerhalb der irakischen Einheit an.«²⁵

Die erste Diskrepanz trat bereits in den ersten zwei Monaten nach der "friedlich" verlaufenen Machtübernahme auf. Bagdad hatte bei der Regierungsumbildung einen kurdischstämmigen Minister, Taha Moheddin, als Vertreter der von Barzani abgefallenen ehemaligen DPK-Mitglieder, der Gruppe von Ahmad-Talabani, ins Kabinett einberufen. Daraufhin weigerte sich Barzani, zwei Minister für die Regierung zu stellen.²⁶ Die ablehnende Haltung Barzanis wertete Bagdad als »anti-Ba'ath- feeling« des Kurdenchefs, und beschuldigte ihn auch des Pflichtversäumnisses und der Ablehnung zur Übernahme jeglicher Verantwortung.²⁷ In der Praxis schlugen die Baathisten einen zweiseitigen Kurs ein: Einerseits bemühten sie sich, gute Miene zu zeigen, indem sie die oben erwähnten sowie weitere friedliche Schritte unternahmen und die Beziehungen zu Barzani nicht gänzlich abbrachen - daran war Barzani ebenfalls interessiert. Andererseits versuchten sie, durch direkte Unterstützung der Ahmad-Talabani-Gruppe, die sich ebenfalls als Repräsentant der Kurden verstand, eine Alternative zur DPK-Barzani zu finden.²⁸

Die DPK-Barzani bemängelte die Haltung der Baathisten, die rechtmäßige kurdische Partei, die das Abkommen von 1966 mit Bagdad ausgehandelt hatte, an der Umsetzung dieses Abkommens nicht beteiligen zu wollen.²⁹ Für eine Regierungsbeteiligung machte Barzani den Ausschluss des Vertreters der erwähnten Gruppe im Kabinett zur

²³ Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 18. August 1968.

²⁴ Al-Jumhuriya vom 22. September 1968, nach Arabischen Dokumentationen, 1968, S. 475. Archiv der Gegenwart vom 12. Oktober 1968, S. 14244.

²⁵ Al-Jumhuriya vom 22. September 1968, nach Arabischen Dokumentationen, 1968, S. 476.

²⁶ Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 18. August sowie vom 21. September 1969.

²⁷ Jawad, 1981, S. 240.

²⁸ Diese Politik wurde später, Anfang 1969, auf dem VII. Parteikongress, der auch auf die Notwendigkeit des friedlichen Mittels bei der Lösung des Kurden-Konfliktes hinwies, definitiv vorgeschlagen. Die Beziehungen der Partei mit den 'progressiven kurdischen Organisationen' sollten verstärkt werden, um die 'traditionelle Führung' zu umgehen. Jawad, 1981, S. 247-49. Unter den Erstgenannten verstand man die Anti-Barzani-Kurden, vor allem die Gruppe um Ahmad-Talabani, unter den Letzteren sicherlich die Barzaniführung.

²⁹ Ibrahim, 1983, S. 556.

Bedingung.³⁰ Die Führung der Kurden war der Ansicht, dass die Regierung hauptsächlich in Nebenfragen Zugeständnisse mache. Die Partei sah in der verstärkten Unterstützung für die Ahmad-Talabani-Gruppe seitens Bagdad den Versuch der Baathisten, einen potentiellen Ersatz für die DPK bei der Lösung der Kurdenfrage zu finden - selbstverständlich über den Kopf der DPK-Barzani hinweg. Während die baathistische Regierung die Zeitung der DPK, al-Taakhi, einstellen ließ, weil sie die Regierungspolitik nicht positiv kommentierte, erlaubte sie der Ahmad-Talabani-Gruppe, eine Zeitung namens »al-Nur« herauszugeben.³¹ In der Hoffnung, die Führung über die Kurden zu erlangen und Barzani's Position zu schwächen, verscherzte sich diese Gruppe durch ihre Zusammenarbeit mit Bagdad ihre Sympathie bei der breiten kurdischen Masse. Sie wurde in den Rang des bei den Kurden als Kollaborateur bekannten kurdischen paramilitärischen Fursan herabgesetzt und büßte immer mehr von ihrem Ansehen ein.³²

Ende 1968 gab es erneut Meldungen über schwere Zusammenstöße zwischen den Regierungstruppen und den Peschmargas.³³ Die Machtkämpfe zwischen den beiden kurdischen Parteien im letzten Quartal des Jahres 1968,³⁴ bei denen die Regierung Barzani's kurdischen Konkurrenten direkte Hilfe gewährte, verschärfte den Konflikt erheblich. Unter diesen Umständen erschien Barzani, der bei den Kurden hohes Ansehen genoss, die Aufkündigung des dreijährigen Waffenstillstandes mit Bagdad geboten, um eine Regelung, die im Groben den Linien des 1966 vereinbarten Abkommens (al-Bazzaz) folgen sollte, erzwingen zu können. Bagdad startete zum Jahresbeginn 1969 eine großangelegte Offensive.³⁵ Als die Kurden Anfang März 1969 mehr als 100 Mörser-Granaten vom Kaliber 120 mm auf die Erdöl-Anlagen der Iraq Petroleum Compagne (IPC) in Kirkuk abschossen, läutete dies eine neue Phase in einem alten Krieg ein. Die Haupteinnahmequelle des Irak war schwer getroffen.³⁶

Nun ergriffen die Kurden die Initiative, um den Konflikt gewaltsam zu beenden. Barzani verkündete seine Entschlossenheit, den Kampf bis zum Sturz des Baath-Regimes fortzusetzen.³⁷ Die Beweggründe Barzani's lassen sich aus folgenden Überlegungen ableiten:

1. Die Kurden hegten begründete Zweifel an den von den Baathisten gemachten Versprechungen. Im Jahr 1963 war die Partei an die Macht gekommen und hatte das Land nicht gerade mit zimperlichen Mitteln regiert. Dieses harte Vorgehen hatte alle

³⁰ O'Ballance schreibt über die Talabani-Barzani-Verhältnisse: »Although both Mullah Mustafa and Talabani continued to communicate with each other, neither had any illusions about the other's intentions and ambitions; each watched for an opportunity to use or outwit the other.« O'Ballance, 1973, S. 150.

³¹ Die Welt vom 19. Dezember 1968.

³² Jalal Talabani bezeichnete später diese Politik mehrmals als falsch.

³³ The Times und Die Welt vom 19. Dezember 1968; Neue Zürcher Zeitung vom 25. Dezember 1968.

³⁴ O'Ballance, 1973, S. 150; Süddeutsche Zeitung vom 29. November 1968.

³⁵ Einzelheiten bei O'Ballance, 1973, S. 151 ff.

³⁶ Siehe Der Spiegel vom 16. Juni 1969 und Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. April 1969. »Wir können nicht müßig zusehen,« sagte Barzani zur Rechtfertigung dieses schweren Schlages, »wenn das Regime in Bagdad Ölgewinne zum Einkauf von Waffen benutzt, mit denen wir bekämpft werden sollen.« Die Welt vom 22. Mai 1969.

³⁷ Siehe dazu Barzani's Äußerungen in folgenden Quellen: Der Spiegel vom 16. Juni 1969; Die Welt vom 22. Juni 1969 und Neue Zürcher Zeitung vom 20. Juni 1969. Diese Entschlossenheit dürfte mit Barzani's Erwartungen zu erklären sein, dass nach dem Muster von 1963 in Bagdad noch einmal ein Militärputsch gegen das Baath-Regime stattfinden würde.

Schichten der irakischen Gesellschaft betroffen und beinahe alle oppositionellen Kräfte erfasst. Barzani hatte offensichtlich diese Tatsachen berücksichtigt und darauf gesetzt, die Opposition gegen das neue Regime, das noch nicht auf festen Füßen stand, zu vereinen.

2. Die regionalen Begebenheiten schränkten den Manöverraum der irakischen Armee erheblich ein. Zum einen weilten Teile der irakischen Streitkräfte in Syrien und Jordanien für den Kampf gegen Israel. Zum anderen waren weitere Teile der Armee an den Ostgrenzen zum Iran kampfbereit stationiert. Eine große Truppe stand für den Schutz der neuen gefährdeten Regierung bereit. Der Zeitpunkt des Angriffs war also geschickt gewählt.

Bagdad zeigte sich ebenfalls kampfbereit: »Diesmal werden wir die kurdischen Räuber vom Erdboden vertilgen«, versprach General Saadun Ghedan, der Militärkommandant der Hauptstadt und Mitglied des KRR.³⁸ Direkte Zusammenstöße zwischen beiden Parteien waren seitdem an der Tagesordnung.³⁹ Bemerkenswert ist, dass die regierende Clique der irakischen Baathpartei parallel zum Krieg auf die Forderung der Kurden reagierte. Die Gebiete mit der überwiegenden Mehrheit der kurdischen Bevölkerung um Mossul erhielten den vollen Status einer Provinz namens Dohuk.⁴⁰ Die Wirkung solcher Entscheidungen wurde aber offensichtlich in Anbetracht des Ausmaßes an Grausamkeit, mit der die Regierung gegen Teile der Zivilbevölkerung im Norden vorging, enorm relativiert. Mit brutalen Strafaktionen reagierten die Armee-Einheiten auf ihre Niederlagen.⁴¹ Außerdem verwendeten die irakischen MIG-Bomber auch Schwefelsäurebomben, so berichtete in Bonn Sami Rahmani, Barzanis Gesandter in Europa. Rahmani stellte dabei ebenso fest, dass die militärische Lage für die Kurden besser sei als je zuvor. Sie waren zum erstenmal in der Lage, kurdische Kleinstädte langfristig vor den irakischen Panzern zu beschützen.⁴²

2. Das 11.-März-Abkommen von 1970 - der Durchbruch

2.1 Die Vorbereitungen

Der erfolgreiche Angriff der Kurden auf die Erdöl-Anlagen sowie die weiteren militärischen und regionalen Umstände veranlassten die Baathpartei, die stark um ihre

³⁸ Der Spiegel vom 16. Juni 1969. Im Sommer wurde berichtet, dass Ghedan mit den Kurden Verhandlungen geführt hätte mit dem Versprechen: den Kurden volle Autonomie zu gewähren; den Bau von vier Fabriken in der Kurdenregion voranzutreiben und die mehrheitlich von Kurden bewohnten Gebiete zu einer autonomen Provinz zusammenzufassen. Der bei den Verhandlungen nicht anwesende Kurdenchef Barzani ließ erklären: »Wir lassen uns nicht mit einem alten Netz fangen. Das hat man uns bereits vor drei Jahren buchstabengetreu versprochen.« Weser Kurier vom 18. Juli 1969.

³⁹ Neue Zürcher Zeitung vom 12. Juni 1969; Nebez, 1969, S. 229.

⁴⁰ Süddeutsche Zeitung vom 30. Mai 1969.

⁴¹ Laut kurdischen Angaben ließ der leitende Offizier einer irakischen Einheit am 19. August 1969 67 wehrlose Frauen und Kinder, die in einer Höhle Zuflucht gefunden hatten, bei lebendigem Leibe in ihrem Fluchtort verbrennen. Diese bis dahin beispiellose Brutalität ließen die Truppeneinheiten weiterhin walten. Sie gaben der entfachten Hysterie durch ein ähnliches Massaker am 16. September des gleichen Jahres im Dorf Sorya neue Nahrung. Siehe dazu Le Monde vom 7. November 1969; Frankfurter Rundschau vom 9. Oktober 1969; Saarbrücker Zeitung vom 28. November 1969; Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 1. Februar 1970 und Vanly, 1988, S. 310-11.

⁴² Rheinischer Merkur vom 1. August 1969.

Macht fürchten musste,⁴³ einen neuen Kurs einzuschlagen, der sich mehr als sonst mit den grundsätzlichen Belangen der Kurden auseinander setzte.⁴⁴ In Anbetracht der früheren, negativen Einstellung der Baathpartei zu den Angelegenheiten der Kurden musste sie vor allem innere Widerstände in der Partei überwinden. Die Baath-Ideologie hatte die Kurden im Irak nicht als eigene Nation anerkannt. Aus ihrer Sicht lebten die Kurden im "arabischen Vaterland" und nicht in Süd- oder Irakisch Kurdistan. Um einen Bewusstseinswandel herbeizuführen, bereiteten einige offensichtlich liberale Baathführer⁴⁵ ihre Mitglieder durch die Veröffentlichung dreier Artikel in ihrer Parteizeitschrift *al-Thawra al-Arabiyya* auf die neue Politik vor: Schon im April 1969 erschien die erste Studie, die dem internationalen Aspekt der Kurdenfrage gewidmet war. Im Ergebnis rechtfertigte diese Studie zum erstenmal den bewaffneten Kampf der Kurden gegen die alten Regimes des Landes und setzte sich andeutungsweise für ihre legitimen Rechte ein. Die zweite, im darauffolgenden Monat publizierte Studie, nahm die kurdischen Organisationen unter die Lupe. Sie stellte klar, dass die DPK-Barzani die stärkste Organisation sei. Die dritte Studie erschien im Oktober 1969 und behandelte die Einstellung aller irakischen Organisationen zur Kurdenfrage. Der Autor betrachtete die Beilegung der Kurdenfrage auf autonomer Basis als besten Lösungsweg.⁴⁶

Bereits im September 1969 hatte die Regierung einen bekannten linksgerichteten Vermittler, Aziz Sharif,⁴⁷ nach Kurdistan geschickt, um der DPK-Führung die Bereitschaft Bagdads zum Frieden zu übermitteln.⁴⁸ Diese Initiative war erfolgreich, sodass die Baathpartei ein Mitglied des KRR nach Kurdistan entsandte, um die Kurden direkt davon zu überzeugen, dass Bagdad einen dauerhaften Frieden mit ihnen erreichen wolle.⁴⁹ Der Verteidigungsminister, Hardan al-Tikriti, traf sich ebenfalls mit der Führung der Kurden und kündigte das unmittelbar bevorstehende Ende des militärischen Widerstandes der Kurden an.⁵⁰ Am 18. Dezember besuchte das DPK-Politbüromitglied Dara Tofiq den Präsidentenpalais in Bagdad. Er sprach mit Regierungsvertretern und überbrachte der Regierung Barzanis Vorschläge. Anschließend bildete Bagdad eine

⁴³ Hier spielte auch die innerparteiliche Machtrivalität eine Rolle. Al-Bakr und Saddam Hussein waren sehr daran interessiert, die Macht der konkurrierenden Generäle al-Tikriti, Ammasch u.a. durch Einstellung der Kämpfe zu brechen. Siehe Anfang dieses Kapitels und vgl. Ibrahim, 1983, S. 576.

⁴⁴ Das im Februar 1969 von der Baathpartei vorgelegte Projekt zur Bildung einer progressiven Nationalfront sah die Lösung der Kurdenfrage auf der Basis eines Dezentralismus, Beteiligung der Kurden an der geplanten Nationalfront, Sprachautonomie sowie Verwirklichung des Sozialismus vor. Al-Baath, vom 3. Februar 1969, nach Arabischen Dokumentationen, 1969, S. 105-11.

⁴⁵ Die DPK glaubt, dass der 1970 der Mitgliedschaft im KRR enthobene und 1979 in Bagdad hingerichtete Abdullah Sallumm al-Samarai der einzige Baathist war, der aus Überzeugung die Kurdenfrage friedlichen lösen wollte. Al-Samarai soll die genannte Diskussion geführt haben. Siehe Ibrahim, 1983, S. 568, Fußnote 2 und S. 576, Fußnote 1.

⁴⁶ Jawad, 1981, S. 252-54. Ibrahim, 1983, S. 559-61. Dass diese Absichten geheim gehalten wurden, lässt sich daran erkennen, dass al-Bakr in seiner Rede zum ersten Jahrestag des 17.-Juli-Putsches zwar die Pflicht der 'Revolution' im Hinblick auf die friedliche und demokratische Lösung des Kurden-Konfliktes beteuerte, den Rebellen, also die DPK, aber vorwarf, bereits im Juli 1968 unerfüllbare Bedingungen gestellt zu haben. Die Rede ist in *al-Jumhuriya* vom 19. Juli 1969, nach Arabischen Dokumentationen, 1969, S. 549-553, zu lesen.

⁴⁷ Sharif wurde 1970 als erster Linksgerichteter ins Kabinett aufgenommen und mit dem Justizressort betraut. Die Welt vom 20. Januar 1970; Neue Zürcher Zeitung vom 4. Januar 1970.

⁴⁸ Jawad, 1981, S. 254-55.

⁴⁹ Ebd., S. 259.

⁵⁰ *Le Monde* vom 24/25. September 1969.

Verhandlungskommission unter der Leitung des stellvertretenden Generalsekretärs der Baathpartei, Saddam Hussein al-Tikriti.⁵¹

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die Regierung mit ihrem Kommuniqué vom 9. Oktober 1969 einen einmaligen Schritt unternahm, der tatsächlich ein Novum in der Geschichte der ethnischen Konflikte darstellte. Das Kurdische sollte nicht nur allein in der kurdischen Region, sondern in allen Oberschulen und Universitäten des Landes als zweite Sprache gelehrt werden.⁵² Im kurdischen Irak erhielten alle öffentlichen Dienste kurdische Namen.⁵³ Der KRR hatte den Umfang der kulturellen Rechte für die Kurden im gleichen Kommuniqué ausgeweitet: Das Direktorium für kurdische Studien wurde erweitert; ein Verlag für den Druck und die Publikation kurdischer Bücher und Zeitschriften sollte gegründet werden; ausgeweitet wurden auch die kurdisch-sprachigen Sendungen des TV-Senders von Kirkuk usw.⁵⁴ Auf kurdischer Seite ließ man noch Vorsicht walten. Die Behauptung der Regierung in Bagdad, in Kurdistan beginne Friede zu herrschen, wurde von den kurdischen Kreisen vorerst zurückgewiesen.⁵⁵

Die breite Öffentlichkeit erfuhr von der neu geplanten, friedlichen Politik der Regierung durch einen am 17. Dezember 1969 in der al-Thawra Zeitung erschienenen Artikel mit dem Titel: »Wie ist die Kurdenfrage zu lösen?« Der Autor, Tariq Aziz,⁵⁶ vertrat den Standpunkt, dass die Baathpartei aus folgenden Gründen in der Lage sei, das Problem endgültig zu lösen:

- a- Die Ba'th-Partei, als eine nationalistische Partei, wird die Interessen des arabischen Nationalismus bei der Lösung der Kurdenfrage nicht vernachlässigen.
- b- Die Ba'th-Partei, als nationalistische Partei (Hizb qaûmî), verbindet den Humanismus mit dem Nationalismus. Hier unterscheidet sie sich von der Kommunistischen Partei, die ihren Kosmopolitismus über die nationale Aspiration stellt.
- c- Die Ba'th-Partei glaubt, daß Sozialismus und Demokratie die essentielle Basis für die Lösung der nationalen Frage darstellt.
- d- Die Lösung dieser Frage setzt die Frage der Macht voraus, da die Ba'th-Partei die staatliche Macht erobert, kann sie auch diese Frage lösen.«⁵⁷

Am letzten Tag des Jahres 1969 erhielt Barzani einen Brief des irakischen Präsidenten, in dem dieser den Frieden beschwor.⁵⁸ Ende Januar 1970 gab Saddam Hussein schließlich bekannt, dass ein Dialog zwischen der Baath-Regierung und Barzani im Gange sei, »to reach a final formula for bringing about fraternization between the Arab and the Kurdish nationalities.«⁵⁹

Ob die Labilität der Regierung, die im Januar 1970 Ziel eines Umsturzversuchs war, den Friedensprozess stärker vorantrieb, ist sehr wahrscheinlich.⁶⁰ Zudem waren die

⁵¹ Jawad, 1981, S. 259. In der Meldung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 31. Dezember 1969 ist die Rede vom kurdischen Bevollmächtigten Fuad Aref.

⁵² Dieser Beschluss blieb in der Praxis ohne große Folgen und fand nur bedingt Anwendung.

⁵³ Archiv der Gegenwart vom 11. Oktober 1969, S. 14971.

⁵⁴ Siehe dazu Nebez, 1972, S. 229-30 sowie Ibrahim, 1983, S. 560.

⁵⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Dezember 1969.

⁵⁶ Der Artikel war mit der Unterschrift der Redaktion versehen.

⁵⁷ Ibrahim, 1983, S. 562. Die englische Fassung ist bei Jawad, 1981, S. 256-57 zu lesen.

⁵⁸ Siehe den Text bei G. Fat-Hullah: Ein Besuch in die nahe Vergangenheit (Arabisch), Stockholm 1998, S. 148-49.

⁵⁹ Middle East Record 1969-70, S. 733.

⁶⁰ Vgl. Sluglett/Sluglett, 1991, S. 143. Saddam Hussein gab später bekannt, dass nicht wenige führende Elemente in der Armee sich gegen die Vereinbarung mit den Kurden stellten. S. Hussein: Aussagen über die aktuellen Angelegenheiten, in: Auswahl, Bd. 4, Themen über die Revolution

Machthaber in Bagdad davon überzeugt, dass der gescheiterte Umsturzversuch mit iranischer Unterstützung unternommen worden war.⁶¹ Die Beziehungen zu dem östlichen Nachbarland hatten sich seit April 1969 aufgrund der Grenzstreitigkeiten am Schatt al-Arab rapide verschlechtert. Teheran gewährte unterdessen den Kurden großzügige Militärhilfe.⁶²

2.2 Die Hauptstreitpunkte bei den Verhandlungen

Was die kulturellen Rechte der Kurden betraf, herrschte bei den im Januar 1970 aufgenommenen Verhandlungen breite Übereinstimmung.⁶³ Bezüglich der anderen Fragen zeigten sich jedoch rasch schwer überbrückbare Differenzen. Beide Seiten machten in der Anfangszeit kaum Abstriche bei den ihnen als lebenswichtig oder politisch relevant erscheinenden Punkten. Die wichtigsten Streitpunkte betrafen folgende Punkte: die Demarkation der zu schaffenden Autonomieregion; die Zukunft des politischen Systems des Landes; die Beteiligung der Kurden an der Macht; die Zukunft der Peschmarga und Garantien dafür, dass die Regierung sich an ihre Verpflichtungen hält.

Die Grenzen der zu schaffenden Autonomieregion waren vor allem bezüglich der Gebiete umstritten, in denen die irakischen Erdölvorkommen lagen, u.a. im Distrikt von Kirkuk. Es stand viel auf dem Spiel. Als Kompromiss einigte man sich auf eine Volkszählung, die innerhalb eines Jahres stattfinden sollte.⁶⁴ Die Baathpartei hielt, was das künftige politische System des Landes betraf, an der Bildung einer unter ihrer Führung stehenden Nationalfront fest und weigerte sich, ihre Führungsposition irgendwie in Frage zu stellen.⁶⁵ Hinsichtlich der Regierungsbeteiligung der Kurden war Bagdad offensichtlich bereit, die Zahl der kurdischen Minister zu erhöhen. Es wurde außerdem vereinbart, eine 6000 Mann starke Grenzschutzpolizei aus den DPK-Verbänden zu bilden. Bis zur Integration der restlichen Peschmarga ins Berufsleben, verpflichtete sich Bagdad deren Alimentation zu übernehmen.⁶⁶ Letztendlich verzichtete Barzani auf seine Garantieforderung. Offensichtlich hatte Michel Aflaq, Gründer der Baathpartei, ihn indirekt davon überzeugt, dass Bagdad gesonnen sei, den Konflikt tatsächlich aus der Welt zu schaffen. Als Sicherheit sollte eine Übereinkunft bei den Vereinten Nationen hinterlegt werden.⁶⁷ Es gab auch Punkte, bei denen die kurdische Seite nachgeben musste. Eine Teilung des Zentralbudgets kam für Bagdad nicht in Frage, und die Kurden waren nicht in der Position, sie durchzusetzen.⁶⁸

Laut kurdischen Angaben waren die Vereinbarungen bereits vollständig unterschrittsreif, als sie feststellen mussten, dass Bagdad ihnen einen neuen Entwurf zum Unterschreiben vorlegte. Daraufhin verließ die kurdische Delegation unverzüglich die irakische Hauptstadt. Die DPK überreichte der Baathpartei wenige Tage später eine

und die revolutionäre Arbeit (Arabisch), Publikationen des Ministeriums für Öffentlichkeit, Bagdad 1988, S. 169-197, 172.

⁶¹ Khadduri, 1978, S. 53 ff.

⁶² Mehr dazu in Kapitel Zwölf.

⁶³ Jawad, 1980, S. 260.

⁶⁴ Vanly, 1988, S. 303.

⁶⁵ Vgl. Jawad, 1981, S. 264.

⁶⁶ Jawad, 1981, S. 264.

⁶⁷ So vermutete Rudolf Chimelli, der Beirut-Korrespondent der Süddeutschen Zeitung. Süddeutsche Zeitung vom 28. Januar 1970.

⁶⁸ Neue Zürcher Zeitung vom 20. Juni 1970.

Denkschrift. Dennoch entwickelten sich die Dinge positiv, als der Gouverneur von Arbil, Khalid Abdul-Hamid, auf Anordnung al-Bakrs, am 2. März Mulla Mustafa Barzani in seinem Hauptquartier in Nawpirdan besuchte. Die konstruktiv verlaufenden Unterredungen⁶⁹ veranlassten Bagdad zur Entsendung einer Delegation aus Mitgliedern des KRR in den Norden. Am 8. März stattete diese von Saddam Hussein geleitete Delegation Barzani einen dreitägigen Besuch ab und ebnete nach ausführlichen, vertrauenswürdigen Verhandlungen den Weg, dass die DPK nun bereit war, ihre Unterschrift unter das Abkommen zu setzen.⁷⁰ Als die offizielle Regierungsdelegation am 11. März nach Bagdad zurückkehrte, gab deren Vorsitzender der Irakischen Nachrichtenagentur (INA) folgendes Statement: »Echte Brüderlichkeit zwischen Arabern und Kurden hat mit dem heutigen Tag in Irak ihren Anfang genommen«, beteuerte Saddam Hussein und war überzeugt, dass »die anormalen Momente in den arabischen-kurdischen Beziehungen« für immer zu Ende gegangen seien.⁷¹

2.3 Die Erklärung des 11.-März-Abkommens

Am gleichen Tag, an dem die irakische Delegation aus Kurdistan nach Bagdad zurückkehrte, gab Staatspräsident al-Bakr in einer vom irakischen Rundfunk übertragenen Erklärung bekannt, dass den Kurden innerhalb des irakischen Staatenverbandes Autonomie gewährt werde. Diese am 11. März 1970 verbreitete offizielle Verlautbarung, die das Ergebnis der wochenlangen Verhandlungen zwischen der Baathpartei und der DPK darstellte, wurde als eine Manifestation des KRR präsentiert.⁷²

Die wichtigsten Bestimmungen, die die Manifestation über die kurdische Autonomie enthielt, waren in 15 Punkten formuliert. Im Folgenden werden sie in Anlehnung an Küchler mit einigen wenigen Ergänzungen zusammengefasst:

- »1. Die kurdische Sprache ist neben der arabischen Sprache die offizielle Sprache in den Gebieten, in denen die Mehrheit der Einwohner Kurden sind. Die Unterrichtssprache in diesen Gebieten ist Kurdisch. An den kurdischen Schulen wird dort die arabische Sprache als zweite Sprache gelehrt, während die kurdische Sprache an allen arabischen Schulen des Irak [innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen] als zweite Sprache gelehrt wird.
2. Beteiligung der Kurden an allen Regierungsgeschäften einschließlich Minister- und Militärführungs- und anderen gehobenen Posten, prozentual zur kurdischen Bevölkerungszahl und unter Berücksichtigung des Fähigkeitsprinzips.
3. [Angesichts des Rückstandes, den der kurdischen Nation in der Vergangenheit in den beiden Bereichen Bildung und Erziehung erlitten hat, wird zur Beseitigung dieses Rückstandes ein Plan ausgearbeitet:]
 - a. Die kurdischen Angelegenheiten im Rundfunk und Fernsehen werden dem Generaldirektorat für kurdische Kultur und Information unterstellt.
 - b. Relegierte Studenten werden wieder aufgenommen.
 - c. Vermehrung der Schulen im kurdischen Gebiet. Vergabe von Auslandsstipendien an kurdische Studenten und Gewährung von Beihilfe für kurdische Studenten der Universitäten und der Militärakademie gemäß einer gerechten, prozentualen Aufteilung der staatlichen Mittel.
4. Die Beamtenstellen in den kurdischen Gebieten sollen mit Kurden besetzt werden oder mit solchen, die die kurdische Sprache beherrschen.

⁶⁹ Fest des Friedens und das Historische Manifest vom Elften März (Arabisch), hrsg. v. K. M. al-Ubeidi, 2. Aufl. 1. Teil, Bagdad 1970, S. 72-75 (Künftig zitiert als: Das 11.- März-Manifest 1970).

⁷⁰ Jawad, 1981, S. 266.

⁷¹ Das 11. -März-Manifest 1970, S. 30.

⁷² Der KRR war das höchste Organ im Staat. Die Kurden nannten das Abkommen: Manifest des 11.- März-Abkommens.

5. Das kurdische Volk hat das Recht, eigene Gewerkschaften und Organisationen (wie z.B. Studenten-, Jugend-, Frauen-, Arbeiter-, Bauern- und Lehrervereinigungen) zu gründen.
6. Die ausgeschlossenen kurdischen Arbeiter, Beamten, Angestellten, ob zivil oder militär, sollen ihre Stellen zurückerhalten. Wenn es keine freien Plätze gibt, müssen sie geschaffen werden.
7. Zahlung eines Schadenersatzes an diejenigen, die im kurdischen Gebiet gelitten haben. Berücksichtigung der Umstände, die zu teilweise übergroßer Rückständigkeit in kurdischen Gebieten geführt haben. Bei der Ausarbeitung eines allgemeinen Wirtschaftsplanes soll die Zahlung einer Rente an die Familien der Opfer berücksichtigt werden, die an der kurdischen bewaffneten Bewegung teilgenommen haben, ebenso an Schwerbeschädigte und Arbeitsunfähige. Einrichtung von Wohnprojekten und Arbeitsbeschaffung für Arbeitslose.
8. Zurücksiedlung der Einwohner der arabischen und kurdischen Dörfer in ihre früheren Wohnorte. Sollte ein kurdisches Dorf von der Regierung und für den allgemeinen Nutzen besetzt werden müssen, dann werden die Kurden einen Ersatz erhalten.
9. Beschleunigte Einführung des Bodenreform-Gesetzes im kurdischen Gebiet, Auflösung des Feudalismus und Verteilung des Bodens unter den Bauern. Den Bauern, die während der Kriegsjahre ihre Steuern nicht bezahlen konnten, werden die Steuerschulden erlassen.
10. Die Provisorische Grundverfassung wird folgendermaßen geändert:
'Das irakische Volk besteht aus zwei Hauptnationalitäten, der kurdischen und der arabischen. Die Verfassung anerkennt die nationalen Rechte des kurdischen Volkes und die Rechte aller Minderheiten im Rahmen der irakischen Einheit. Die kurdische Sprache wird im kurdischen Gebiet die offizielle Sprache neben Arabisch sein'.
Paragraph 10 wird unverändert in die endgültige Verfassung übernommen werden.
11. Der Rundfunksender [...] und die schweren Waffen werden an die Regierung zurückgegeben. Dies wird aber erst geschehen, nachdem das Abkommen völlig erfüllt ist.
12. Einer der Vizepräsidenten der Republik wird Kurde sein.
13. Das Provinzen-Gesetz wird entsprechend diesem Abkommen geändert.
14. Die kurdischen Provinzen und Verwaltungseinheiten werden zusammengeschlossen, nachdem eine offizielle Volkszählung stattgefunden hat, damit das kurdische Volk dort seine Selbstregierung praktizieren kann. Die Ausbeutung der Bodenschätze in diesem Gebiet wird die Angelegenheit der Zentralregierung sein.
15. Das kurdische Volk wird prozentual an der Legislative beteiligt sein.«⁷³

Neben diesen Punkten gab es sechs weitere geheime Passagen:⁷⁴

»A. Die Region Kurdistan genießt Autonomie. Sie wird im vorliegenden Gesetz mit dem Begriff 'Region' bezeichnet.

B. Die Region beschränkt sich auf die Gebiete, in denen die kurdischen Bewohner die Mehrheit bilden. Eine allgemeine Volkszählung wird die Grenze der Region festlegen, in Übereinstimmung mit der Erklärung vom 11. März. Die Ergebnisse der Volkszählung von 1957 werden als Grundlage betrachtet, um den ethnischen Charakter der absoluten Mehrheit der Bewohner in den Gebieten zu bestimmen, in denen die Volkszählung stattfinden wird.

C. Die Region stellt eine eigene administrative Einheit dar, die über einen Rechtskörper verfügt und Autonomie genießt im Rahmen der legislativen, politischen und ökonomischen Einheit der irakischen Republik. Die administrativen Teilbereiche werden gemäß den Bestimmungen des Gesetzes über die Verwaltungsbezirke und unter Bezugnahme auf das vorliegende Gesetz gebildet.

D. Die Region ist integrierter Teilbereich des irakischen Territoriums. Ihre Bevölkerung stellt einen integrierten Teil der irakischen Bevölkerung dar.

E. Die Stadt Arbil ist administratives Zentrum der autonomen Regierung.

⁷³ Kuchler, 1978, S. 302-03.

⁷⁴ Diesen wurde vier Jahre später, nach dem Scheitern der Verhandlungen, von der DPK bekannt gemacht.

F. Die Organe der autonomen Regierung sind Teilbereiche der Organe der irakischen Republik.»⁷⁵

Unmittelbar nachdem al-Bakr die 11.-März-Manifestation vorgetragen hatte, verbreitete Radio Bagdad eine Gratulationsbotschaft Barzanis. Diese Botschaft, vom DPK-Politbüromitglied Mahmud Othman verlesen, sicherte die Bereitschaft der Kurden zur Zusammenarbeit mit der Baathpartei zu, damit der Frieden und die kurdische Autonomie Wirklichkeit würden.⁷⁶ Die Tage vom 12.-15. März wurden im Irak zu nationalen Feiertagen erklärt.⁷⁷

Kommentar

Ohne die weitreichende Bedeutung dieser Abmachung, deren Verwirklichung aus der damaligen Sicht der Kontrahenten die endgültige Lösung des Kurden-Konfliktes herbeigeführt hätte, zu schmälern, werden nun die einzelnen Artikel - z.T. im Zusammenhang mit dem Konfliktablauf - kurz kommentiert, um u.a. zu zeigen, dass der irakische Kurden-Konflikt in vielen Punkten nichts anderes war (und noch ist), als eine mangelhafte Umsetzung der Politik der irakischen Entscheidungsträger gegenüber den Kurden.

- Der erste Teil des Artikels 1 war nichts anderes als das, wozu sich der Irak bereits in den frühen dreißiger Jahren verpflichtet hatte bzw. was schon längst hätte praktiziert werden müssen. Dass die kurdische Sprache in allen Teilen des Landes gelehrt werden sollte, war ein Symbol der Anerkennung der dualen ethnischen Struktur im Irak.
- Artikel 2, der faktisch eine erneute Betonung der Gleichberechtigung der Bürger darstellte, machte deutlich, dass der tatsächliche Umgang mit den Kurden bis dahin nicht nach dem Gleichberechtigungsprinzip praktiziert worden war. Er erkannte somit die bisherige Diskriminierung der Kurden an. Dieses gilt ebenfalls für den Artikel 3, der vordergründig beteuerte, die Bildung und Erziehung des sich im Rückstand befindlichen kurdischen Irak zu fördern.
- Wäre der Irak seinen Verpflichtungen in den Jahren nach 1933 nachgekommen, wäre der Artikel 4 überflüssig gewesen. Es sollten spätestens seit diesem Jahr die Beamtenstellen in Kurdistan mit Kurden oder Kurdischsprechenden besetzt sein.
- Artikel 6-9, welche die Normalisierung des kurdischen Lebens, Wiedergutmachung und Aufbaumaßnahmen seitens der Regierung versprochen, repräsentierten einerseits ernsthafte Bemühungen um Beseitigung der Kriegsfolgen und erinnerten andererseits an Versäumnisse in der Vergangenheit.
- Artikel 5 erkannte die Eigenständigkeit des kurdischen Volkes an und Artikel 10 die verfassungsmäßige Verankerung der in Artikel 1 eingeräumten sprachlichen Zugeständnisse.
- Artikel 11 hatte die Funktion einer Garantie, bis die vereinbarten Punkte in die Tat umgesetzt seien.
- Die letzten vier Artikel betrafen den Kern der Autonomielösung. Hervorzuheben ist hier Artikel 14. Eine Autonomieregelung setzte ein eindeutig festgelegtes Territorium voraus. Es war völlig unklar, ob Bagdad nach der Durchführung der vereinbarten

⁷⁵ Vanly, 1988, S. 317.

⁷⁶ Der Wortlaut in: Das 11.-März-Manifest 1970, S. 26-28.

⁷⁷ Neue Zürcher Zeitung vom 18. März 1970. Middle East Record 1969-1970, S. 735.

Volkszählung den Distrikt Kirkuk sowie Teile der Distrikte von Mossul und Diyala, die eine eindeutig kurdische Mehrheit aufwiesen, als Teil des Autonomiegebietes anerkennen würde. Ebenso unklar war, ob die Kurden ihre Ansprüche so massiv zurückschrauben würden, dass sie auf diese strategisch wichtigen Landstriche verzichteten. Da beides unwahrscheinlich schien, hatten die Baathisten Vorsichtsmaßnahmen getroffen und darauf bestanden, dass die Ausbeutung der Bodenschätze, sprich die Erdölförderung, der Regierung allein zustehen müsse.

- Der aufmerksame Leser musste sich, mit Blick auf Artikel 15, die Frage stellen, wie die Kurden tatsächlich an der Legislative beteiligt werden sollten. Im Irak war diese Säule der Macht genauso wie die Exekutive bis dahin ein Monopol des KRR, dessen Mitglieder ausschließlich Baathisten waren. Waren die Baathisten tatsächlich bereit, der DPK, einer nicht arabischen, militärisch relativ gut organisierten und politisch unabhängigen Kraft, den Zugang zum KRR zu gewähren? Allerdings verlor diese Frage an Bedeutung, wenn die DPK sich damit begnügen würde, lediglich in der zu bildenden Nationalversammlung vertreten zu sein.

Bemerkenswert ist auch, dass im Manifest der Begriff *Kurdistan* als Bezeichnung für die kurdischen Siedlungsgebiete im Norden des Irak nicht verwendet wurde. Das *kurdische* bzw. *nördliche Gebiet des Landes* waren die gängigen Bezeichnungen.⁷⁸ Die Bezeichnung »Kurdistan« kam jedoch in den geheimen Passagen mehrfach vor. Wozu sollten diese der Öffentlichkeit vorenthaltenen Punkte dienen? Waren sie ein Vorbehalt der Baath-Seite, das in der Erklärung Gesagte nicht uneingeschränkt einzuhalten? Dies betrifft vor allem die recht sensible Frage der Volkszählung sowie den Rechtskörper der autonomen »Region Kurdistan«. Dass die Autonomie keinerlei Sezession nach sich ziehen würde, wurde nochmals unmissverständlich in den Punkten C, D und F festgehalten.

Fazit

In der Anfangszeit nach der Machtübernahme der Baathpartei herrschte noch der Waffenstillstand, welcher zwei Jahre zuvor vereinbart worden war. Die neuen Herren der irakischen Republik waren genauso wie die Kurden an der Fortsetzung dieser Vereinbarung interessiert. Die Gefahr des erneuten Ausbruchs der Kampfhandlungen war trotzdem nicht völlig gebannt, vor allem zu dem Zeitpunkt, als die Politik der Baathisten immer stärker in Richtung einer Isolierung der DPK-Barzani tendierte. Der Verlauf der erneuten militärischen Auseinandersetzungen entsprach nicht den Erwartungen der Baathpartei, nicht nur, weil die konfliktträchtigen Beziehungen zu Teheran eine zusätzliche Stärkung der Kurden herbeigeführt hatten. Die Baathpartei stand noch auf unsicherem Boden und musste zwecks der eigenen Etablierung den Kurden Konzessionen machen. Vor diesem Hintergrund war eine Versöhnung mit der aufständischen Volksgruppe nötiger denn je. Das Ergebnis war das Abkommen vom März 1970. Die Konfliktparteien hatten sich vorerst mit diesem Abkommen über die Beilegung aller ihrer politischen und verfassungsmäßigen Streitigkeiten geeinigt.

Die Regierung muss die Vor- und Nachteile dieses Schrittes ernsthaft abgewogen haben und zu dem Ergebnis gekommen sein, dass ein Frieden mit den Kurden ihr bedeutende Vorteile bringen würde:

⁷⁸ Siehe den Text in al-Jumhuriya vom 12. März 1970, nach Arabischen Dokumentationen, 1970, S. 148-51.

- Noch war ihre Zukunft mit Blick auf ihre deprimierende Vergangenheit bei den breiten Massen und ebenso bei der Armee nicht gesichert. Die Hinrichtungswelle hatte das Image der Baath-Regierung im In- und Ausland stark beeinträchtigt. Ein Frieden mit den Kurden, und sei es auch nur als Geste des guten Willens, hatte ihr Sympathien bei der Bevölkerung eingetragen.
- Aus der Präambel der Deklaration ist neben den eindeutigen Beteuerungen zur endgültigen Beilegung des Konfliktes zu ersehen, wie groß das Bedenken der Baathpartei bezüglich der Kurdenfrage war - vor allem, was ihre außenpolitische Dimension anbelangte. In mehreren Passagen traten die Ängste der Regierung unverblümt zum Vorschein, dass eine Nicht-Lösung der Kurdenfrage zur Instrumentalisierung durch die Imperialisten (dreizehnmal im Text erwähnt) führen könnte, und dies sollte verhindert werden. Der Friedensschluss hatte sicherlich die im Norden stehenden Divisionen für den Süden freigemacht, wo sich der Konflikt mit dem Iran kontinuierlich zuspitzte. Der Ausgleich mit den irakischen Kurden nahm den Iranern ein wichtiges Druckmittel aus der Hand. Teheran hatte die Kurden militärisch massiv unterstützt.

Es muss der DPK-Barzanis zeitgleich daran gelegen gewesen sein, sich mit der Baathpartei zu arrangieren, denn so ein Schritt versprach eine Menge Vorteile:

- Jede Übereinkunft mit Bagdad legitimierte den alleinigen Anspruch der DPK auf eine Repräsentation der Kurden. Dieses wurde durch das März-Abkommen bekräftigt.
- Mit dem Abkommen erreichte die Partei Ziele, für die sie jahrelang eingetreten war.

Ob der angekündigte Friedensschluss in der Tat Frieden schaffen würde, hing von seiner tatsächlichen Umsetzung ab.

3 Die Baath-DPK-Beziehungen von März 1970 bis zum Jahresende 1972

3.1 Die ersten eingeleiteten Schritte in Richtung der kurdischen Autonomie

Ein aus fünf Vertretern der Regierung und drei DPK-Mitgliedern bestehendes Gremium wurde am 17. März 1970 damit beauftragt, die Umsetzung des 11.-März-Manifestes in einem Zeitraum von vier Jahren vorzubereiten.⁷⁹

Bereits wenige Wochen nach dem 11. März verkündete die Regierung die Realisierung etlicher vereinbarter Punkte:⁸⁰

- Einführung des Kurdischen als Schulsprache in einigen mehrheitlich kurdischen Gebieten.⁸¹
- Durchführung der angekündigten Verfassungsänderungen in der provisorischen Verfassung vom 16. Juli 1970.⁸²
- Auflösung einiger Kollaborateurverbände am 27. März 1970. Im Mai 1970 zog Bagdad einige seiner Truppen aus dem kurdischen Norden zurück.⁸³

⁷⁹ Das 11.-März-Manifest 1970, S. 63-64. Der Beschluss des KRR wurde am 17. März 1970 erlassen, machte aber keine Angaben über den vereinbarten Zeitraum. Offensichtlich gehörte diese Angelegenheit zu den geheimen Vereinbarungen.

⁸⁰ Siehe Die 17.-Juli-Revolution in zwei Jahren (Arabisch), Publikation des Ministeriums für Kultur und Öffentlichkeit, Bagdad 1970, S. 8.

⁸¹ Persönliche Erinnerung.

⁸² Der Text in: al-Jumhuriya vom 17. Juli 1970, nach Arabischen Dokumentationen, 1970, S. 472-476. Die Verfassung bestätigte aber weiterhin den KRR als höchstes unantastbares Organ im Staat.

- Erkennbare Fortschritte in der Förderung der kurdischen Kultur, Aufbaumaßnahmen, Gründung von kurdischen Berufs- und Massenorganisationen.⁸⁴
- Für eine stärkere Regierungsbeteiligung der Kurden erhöhte Bagdad die Zahl der kurdischen Minister von Zwei auf Fünf, auch wenn diese sich nicht gerade in Schlüsselpositionen befanden. Die Ressorts der Verteidigung, der Finanzen, des Inneren, des Auswärtigen und des Erdöls sollten weiter in den Händen der Baathisten bleiben.⁸⁵ In der Kommunalverwaltung wurden zwar DPK-Mitglieder zu Gouverneure und Bürgermeister ernannt, Sicherheitsorgane in kurdischen Bezirken unterstanden jedoch nach wie vor der Zentralregierung bzw. der Baathpartei.⁸⁶

Einer der wichtigsten Schritte, der den Politikwandel im Irak zu bezeugen vermochte, war die Aufhebung des faktisch seit Juli 1958 in Kraft getretenen und 1965 verlängerten Ausnahmezustands in der ganzen Republik.⁸⁷

Die kurdische Seite erfüllte z.T. ihre auferlegten Pflichten. Am 23. März 1970 ließ sie ihren Sender 'Stimme Kurdistans' verstummen⁸⁸ und schaffte ihre seit 1964 aufgebauten Verwaltungsstrukturen, die als Ersatz für die Regierung in Kurdistan eingerichtet worden waren, ab.⁸⁹ Der VIII. Kongress der DPK, der zwischen dem 1. und 10. Juli 1970 in Nawprdan im Distrikt Arbil abgehalten wurde, wurde sogar von Barzani unter der Schirmherrschaft des Staatspräsidenten al-Bakr eröffnet.⁹⁰

3.2 Der Aufstieg Saddam Husseins

Ehe wir auf die Rekonstruktion des weiteren Verlaufs der Geschehnisse eingehen, empfiehlt es sich, eine kurz gefasste Darstellung über den Aufstieg Saddam Husseins zu geben, der seit Ende 1969 zum zweiten starken Mann hinter al-Bakr aufgerückt war. Im Laufe der Zeit gelang es dem in verwandtschaftlicher Beziehung zu al-Bakr stehenden⁹¹ Baathisten, die Baathpartei unter seine Vormundschaft zu stellen wie noch keiner vor ihm und seine Machtbefugnisse bekanntermaßen ins Grenzenlose auszudehnen.

Zu dem Zeitpunkt, als al-Nayif und al-Daud am 30. Juli 1968 entmachtet wurden, war Saddam Hussein Leiter des nichtstaatlichen Nationalen Sicherheitsbüros des KRR.⁹² Im Hinblick auf sein Machtstreben, war das ein sicherlich wichtiges Amt, das Saddam Hussein nur allzu gerne übernommen hatte. Mitte der sechziger Jahre hatte er, laut seiner halboffiziellen Biographien, eine maßgebliche Rolle bei der Reorganisation der Partei

⁸³ Nebez, 1972, S. 250.

⁸⁴ Ibrahim, 1983, S. 570.

⁸⁵ Die kurdischen Minister waren: Ihsan Sherzad: Minister für Stadt und Landgemeinden; Mohammad Mahmud Abdul-Rahman (Sami Rahmani): Minister für Wiederaufbau des Nordens des Landes; Nouri Schaweis: Minister für öffentliche Arbeiten und Siedlung; Nafith Jalal: Minister für Landwirtschaft und Salih Yusiffi: Staatsminister. Das 11.-März-Manifest 1970, S. 48; Süddeutsche Zeitung vom 31. März 1970.

⁸⁶ Ibrahim, 1983, S. 571.

⁸⁷ Der Wortlaut in: Das 11.- März-Manifest 1970, S. 65-66.

⁸⁸ Nebez, 1972, S. 249.

⁸⁹ Vanly, 1988, S. 303.

⁹⁰ Middle East Record 1969-1970, S. 739.

⁹¹ Batatu, 1978, S. 1084.

⁹² Diese Geheimdienstorganisation unterstand wie auch der KRR vollständig der Baathpartei. Saddam Hussein sagte über diesen Apparat: »Every party has its own special intelligence ... Frankly we don't trust the governmental agencies... We use the information collected by the party.« Middle East Record, 1969-70, S. 703.

gespielt.⁹³ Solange die Generäle die tatsächlichen Mandatsherren des Landes waren, hielt sich Saddam Hussein, der im November 1969 die KRR-Mitgliedschaft erwarb, von der direkten offiziellen irakischen Politik fern und untermauerte seine eigenen Ambitionen. Erst nachdem er zusammen mit al-Bakr 1970 den Einfluss ihrer Gegenspieler, vor allem in der Armee (darunter General Hardan al-Tikriti, General Salih Mahdi Ammasch sowie deren Anhänger)⁹⁴ zurückdrängen konnte, wurde er zum bestimmenden Akteur nicht nur in der Kurdenfrage, sondern in der gesamten irakischen Politik überhaupt. Al-Bakr berief nach der Entlassung der unerwünschten Personen im KRR, der Schaltzentrale der Macht im Irak, Saddam Hussein und neun weitere junge Baathisten niedrigerer Ränge.⁹⁵ Ob von den opportunistischen Erwägungen getrieben, oder als Anwärter panarabischer Ideale überlebten nur zwei von den neun im November 1969 dem KRR beigetretenen Baathisten die Säuberungsaktionen und zwar Izzat al-Durri und Taha al-Jazzrawi.⁹⁶

Der Aufstieg Saddam Husseins bedeutete keinesfalls die Ausschaltung des Militärs im politischen Leben der Republik Irak. Keine Schlüsselposition in der Armee durfte ab sofort von einem Baath-Kritiker⁹⁷ oder genauer gesagt von jemandem, der eine Bedrohung für Saddam Husseins Position hätte darstellen können, besetzt werden. Dass die Regierungsmacht von al-Bakr und Saddam Hussein auf dem Militär beruhte, belegen zumindest Sluglett/Sluglett, wenn sie schreiben:

»Insgesamt wurden bis Ende 1970 über 3000 neue Offiziersstellen geschaffen. Dadurch konnten al-Bakr und Husain auf allen Ebenen Politikommissare einsetzen und somit eine Kommandostruktur errichten, die die offizielle militärische Hierarchie umging und direkt bei Saddam Husain endete.[...] An dieser Stelle sollte betont werden, daß der zivile Anstrich des Regimes, der dadurch zum Ausdruck kommt, daß im RKR [KRR] seit 1969 die Zivilisten zahlreicher vertreten waren als die Militärs, dadurch relativiert wird, daß die Zivilisten immer von einem Offizierskorps gestützt wurden, das mit der Zeit zunehmend »bathisiert« wurde, so daß die Unterscheidung zwischen »zivil« und »militärisch« wenig aussagekräftig ist.«⁹⁸

⁹³ Siehe Askander, 1981, S. 70 ff. F. Matar: Saddam Hussein, Der Mensch, die Frage und die Zukunft (Arabisch), Beirut 1980. Beide Bücher sind zuerst in Französisch erschienen.

⁹⁴ Kurz nach seiner Wahl zum Präsidenten fand gegen Saddam Hussein, so die offizielle Darstellung, eine Verschwörung statt. Auf einer Versammlung der regionalen Führung der Baathpartei sprach Saddam Hussein rückblickend über die Jahre 1969-1971. Dort sagte er, dass es auch damals Verschwörer und Abenteurer innerhalb der Partei und der Revolution gegeben habe, die Anhänger außerhalb der Partei hatten. Zudem seien sie stärker gewesen als die Partei. Ammasch mit seinen parteiinternen, amtlichen sowie militärischen Funktionen habe der Mut gefehlt, um die Macht an sich zu reißen. Dagegen sei al-Tikriti mutig gewesen, meinte Saddam Hussein, aber ohne Rückendeckung in der Partei. S. Hussein: Die verräterische Verschwörung, Eine erste Analyse und die daraus zu ziehenden Lehren, in: Auswahl, Bd. 4, Bagdad 1988, S. 299-324, 318.

⁹⁵ Siehe dazu die übersichtliche Tabelle 52-2 von Batatu, 1978, S. 1086-89. Laut dieser Tabelle dürfte Abdul-Karim al-Shekhli mit seinen 37 Jahren der Älteste gewesen sein. Izzat Mustafas Geburtsjahr ist Batatu unbekannt.

⁹⁶ Neben Tariq Aziz waren diese beiden Baathisten die einzigen, die zu unterschiedlichen Zeiten hohe Ämter bekleidet hatten und von keinerlei Säuberungsaktionen betroffen waren.

⁹⁷ Batatu schreibt hierzu: »The attitude of the leaders of the regime toward non-Ba'athî army and police officers has been free from ambiguity: [...] "Who does not take our path, stays at home with his wife." Batatu, 1978, S. 1095.

⁹⁸ Sluglett/Sluglett 1991, S. 132.

Saddam Husseins bedeutende Rolle in den Präsidentschaftsjahren al-Bakrs von 1969-1979 im Hinblick auf zahlreiche wichtige Entscheidungen lässt die Schlussfolgerung zu, dass er die Macht mit al-Bakr bis 1979 tatsächlich geteilt hat.⁹⁹

3.3 Die Zwietracht stiftenden Punkte bis zum Jahr 1972

Auf das Abkommen vom März 1970 folgte eine neue Ära, in der sich die Konfliktparteien, die Baathisten und die Kurden gleichermaßen, in der Republik frei entfalten konnten. Offen war, ob diese Entwicklung zu einem erneuten aufeinanderprallen der beiden Parteien führen würde, zumal sie unterschiedliche Zielvorstellungen hatte. Dies betraf vor allem die Frage der eigentlichen Machtausübung und deren Verteilung. Zwei Punkte müssen vorweg angemerkt werden: Wenn auch gegen den Willen der meisten Baathführer, so hatte das März-Abkommen de facto die DPK als legitimen Repräsentanten der Kurden anerkannt, und mit Blick auf die vereinbarte Autonomie-regelung bedeutete es die Schwächung der Zentralmacht in Kurdistan.¹⁰⁰ Aufgrund dieser einschneidenden Entwicklungen, sah sich sogar der Ahmad-Talabani-Flügel, die stärkste kurdische Anti-Barzani-Gruppierung, gezwungen, ihre Loyalität für das Abkommen zu erklären.¹⁰¹ Sie streckte die Waffen und nach erfolgreichen Kontaktaufnahmen war Barzani bereit, die Gruppe wieder in der DPK zu integrieren. Ähnlich erging es einigen der Pro-Regierungsstämme. Das Ansehen Barzanis konnte durch solche Entwicklungen nur steigen, wodurch er in der Lage war, größere Ansprüche zu stellen.

Dass noch ein gehöriges Maß Skepsis vorherrschte, ließ sich daran erkennen, dass der DPK-Präsident sich weigerte, einer Einladung nach Bagdad Folge zu leisten.¹⁰² Stattdessen schickte er nach der Bekanntmachung des März-Manifestes seine beiden Söhne, Idris und Masud, in die irakische Hauptstadt. Seitdem ließ sich Barzani in der Regel von Idris in Bagdad vertreten. Dieser war am 9. Dezember 1970 Ziel eines fehlgeschlagenen Attentats.¹⁰³ Im gleichen Monat drückte der DPK-Präsident in einem Interview mit der Los Angeles Times einen verhaltenen Optimismus aus, als er sagte: »I don't feel there is full security yet but maybe some day perhaps.«¹⁰⁴ Die Regierungsseite, die recht früh den Kurden eine erste Absage erteilte, indem sie den DPK-Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten DPK-Generalsekretär Habib Mohammad Karim, nicht akzeptierte,¹⁰⁵ verbreitete dagegen nur Zuversicht.¹⁰⁶

Es hat den Anschein, dass ab Mai 1971, vor allem nach der Gründung einer höheren Kommission unter der Leitung Saddam Husseins zur Umsetzung des März-abkommens,¹⁰⁷ die Spannungen in den Beziehungen permanent zunahmen. Als Barzani

⁹⁹ Der Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung Arnold Hottinger schreibt über Saddam Hussein: »Seine Machtstellung hinter den Kulissen soll jener Präsident al-Bakrs gleichkommen, wenn sie sie nicht sogar übertrifft.« Neue Zürcher Zeitung vom 3. Dezember 1971.

¹⁰⁰ Vgl. Kalidar, 1975, S. 11.

¹⁰¹ Nebez, 1972, S. 241.

¹⁰² In einem am 12. März 1971 veröffentlichten Beitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung von Christel Pilz steht, dass Barzani geglaubt habe, er würde von einer Reise nach Bagdad nicht mehr zurückkommen.

¹⁰³ Idris hatte das Attentat nur überlebt, weil sein Vater ihn durch ein Eiltelegramm in die Berge zurückbeordert hatte. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. März 1971. Hat Barzani von denen Plänen gewusst oder nicht? Die wahren Hintergründe des Anschlags sind bis heute ungeklärt.

¹⁰⁴ Nach Ghareeb, 1981, S. 103.

¹⁰⁵ Le Monde vom 12. September 1970.

¹⁰⁶ Ebd.

¹⁰⁷ Ghareeb, 1981, S. 106-07.

zu dieser Zeit den Präsidenten in einer Denkschrift darum bat, die vor kurzem aufgenommene Arabisierungspolitik in Kirkuk einzustellen, erhielt er eine Warnung mit dem Inhalt, die irakischen Truppen seien in der Lage, Gesetz und Ordnung im ganzen Land wiederherzustellen.¹⁰⁸ Eine erneute militärische Auseinandersetzung brach tatsächlich im Juli 1971 in der Region Barzan aus. Barzanis Kämpfer opponierten dort gegen die verstärkte Präsenz der irakischen Streitkräfte.¹⁰⁹ Die Regierung, die erneut vier ihrer sechs Divisionen im Norden zusammengezogen hatte, bezeichnete ihre Operationen als Prävention gegen die andauernde iranische Bedrohung an ihren Grenzen.¹¹⁰ Die Differenzen zwischen den Konfliktparteien traten trotz gelegentlicher Freundschaftsbeschwörungen immer wieder zutage. Über die Einbürgerung der seit einigen Generationen im Irak lebenden und ursprünglich aus dem westlichen Grenzgebiet des kurdischen Iran stammenden kurdischen Faili entbrannte im Mai 1971 ein Streit zwischen dem DPK-Organ und der regierungsnahen Zeitung al-Jumhuriya, mit der Folge, dass die Redaktion der DPK-Zeitung für drei Tage geschlossen wurde. Bagdad verwies ca. 40 000 Failikurden des Landes.¹¹¹ Das Misstrauen zwischen den Konfliktparteien erreichte mit einem Attentatversuch auf Barzani am 29. September einen Höhepunkt. Dabei entging der Kurdenchef dem Tod nur knapp. Es war kein Zufall, dass die Attentäter aus der irakischen Hauptstadt gekommen waren und etliche Polizeikontrollen der Regierung problemlos passiert hatten.¹¹² Die Regierung beschuldigte die Agenten der Ölgesellschaften und des Iran des Attentats.¹¹³

3.3.1 Die Charta der Nationalen Aktion und weitere Differenzen

Die Baathisten beabsichtigten durch die Bildung einer Front, die alle fortschrittlichen, politischen Strömungen des Landes umfassen sollte, ein »demokratisches, revolutionäres, einheitliches System« zustande zu bringen. Die hierzu von al-Bakr Mitte November 1971 veröffentlichte Erklärung, die sogenannte Charta der Nationalen Aktion, sah bezüglich der Kurdenfrage in dieser Front eine Allianz zwischen der ASBP und der DPK vor.¹¹⁴ Nur auf der Grundlage der als Vorläufer einer endgültigen Verfassung konzipierten Front sollte die künftige Zusammenarbeit zwischen der Baathpartei und der DPK sowie anderen Gruppierungen erfolgen. Die Mandate des Führungsgremiums dieser Front waren ungleichmäßig verteilt: Eine Hälfte ging an die Baathpartei während die DPK und die

¹⁰⁸ Ebd.

¹⁰⁹ Ebd., S. 108. Der Konflikt zwischen dem Irak und Iran nahm an Schärfe zu. Barzani kam der Forderung Bagdads, mit seiner Garde iranische Stellungen zu attackieren, nicht entgegen, mit der Begründung, seine Peschmarga hätten lediglich die Aufgabe, Infiltrationen an der Grenze zurückzuschlagen. Ebd., S. 108-09.

¹¹⁰ Ebd., S. 108.

¹¹¹ Kutschera datiert diese Vertreibung auf den September 1971. Kutschera, 1979, S. 279. Es ist jedoch möglich, dass diese Politik mehrere Wochen, wenn nicht Monate gedauert hat. Frankfurter Allgemeine Zeitung und Die Welt berichteten im Winter 1972/73 über die Ausweisungen, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Dezember 1971; Die Welt vom 4. Januar 1972. Die Ausweisung stellte eine Revanche für die Besetzung dreier Inseln durch den Iran im Golf dar. Die diplomatischen Beziehungen zum Iran wurden ebenfalls abgebrochen. Süddeutsche Zeitung vom 4. Januar 1972. Siehe auch Vanly, 1988, S. 305.

¹¹² Ebd., S. 280. Nebez, 1972, S. 260. Die Kurden glaubten, das Attentat sei ein irakischer Plan. The Guardian vom 3. Dezember 1971. Siehe auch Fat-Hullah, 1998, S. 195-202.

¹¹³ An-Nahar vom 5. Oktober 1971.

¹¹⁴ Siehe Die Charta der Nationalen Aktion, das Grundsatzprogramm und die Arbeitsprinzipien in der Patriotischen Nationalen Progressiven Front (Arabisch), Publikationen des Ministeriums für Öffentlichkeit, Bagdad 1973, S. 213.

Kommunisten (IKP) jeweils drei Mitglieder aufstellen durften, zwei kamen den Unabhängigen zu.¹¹⁵

Am Tag nach der Bekanntmachung der Charta erfolgte die erste unzufriedene Reaktion der kurdischen Seite. Al-Taakhi schrieb, die DPK sei vor der Formulierung der Charta nicht konsultiert worden.¹¹⁶ Die kurdische Seite, die sich nicht zu unrecht in einer schicksalhaften Frage übergangen fühlte, zeigte sich eher skeptisch und beabsichtigte keineswegs, unter den von der Baathpartei allein formulierten Bedingungen der Front beizutreten. Die Kurden überreichten am 12. Januar 1972 der ASBP eine Note, in der sie etliche Bestimmungen der Charta kritisierten. Dazu zählten die fortdauernde Betrachtung des nur aus den Baathisten bestehenden KRR als einzigem legislativen Organ in der Übergangsphase, die Nicht-Festsetzung der Zeitdauer der Übergangsperiode in der Charta sowie die ganzheitliche Betrachtung des irakischen Volks als ein Teil der arabischen Welt. Die DPK-Note schlug die Gründung einer aus den politischen Kräften bestehenden Koalitionsregierung vor sowie eine vorläufig ernannte Konstitutionelle Versammlung, deren Zusammensetzung dem Gewicht dieser Kräfte - unter besonderer Berücksichtigung der Führungsrolle der Baathisten - entsprechen sollte.¹¹⁷ Die DPK nannte ihrerseits Bedingungen für einen Beitritt zu der geplanten Front:

- Abschluss eines Autonomieabkommens;
- Übereinkunft zur Abgrenzung der autonomen Region;
- Befugnis der Front den anderen Parteien (IKP und DPK) eine bestimmende Rolle in der Regierung einzuräumen, damit der Staatsapparat nicht allein von der Baathpartei kontrolliert wird;
- Die Einführung einer wirklichen Demokratie im Irak durch die Organisation allgemeiner freier Wahlen, spätestens ein Jahr nach Eintritt der DPK in die Front.¹¹⁸

Im gleichen Monat nach der Bekanntmachung der Charta richtete der DPK-Chef ein Memorandum an den irakischen Präsidenten, in dem er mit Abbruch des Dialogs drohte, sollte die Beteiligung der Kurden an der Staatsmacht nicht realisiert, der Streit um Kirkuk nicht beigelegt und der Abzug der Militär-Einheiten aus dem Norden nicht durchgeführt werden etc. Auf einer Pressekonferenz unterstrich der irakische Präsident die Haltung seiner Regierung, sie wolle einen friedlichen Dialog mit den Kurden. Ebenfalls sprach er auf dieser Pressekonferenz über die Rolle der politischen Parteien innerhalb der Streitkräfte. Unverblümt sagte der Präsident:

»Die Verantwortung für die Armeeführung und deren politische Ausrichtung liegt einzig und allein bei der Führung der Revolution. Es wird keine Fronten oder andere politische Organisationen innerhalb der Streitkräfte geben, außer der Organisation der Arabischen Sozialistischen Baathpartei. [...] Keinem wird gestattet, außer der Arabischen Sozialistischen Baathpartei irgendeine Art von politischer oder parteiorganisatorischer Tätigkeit innerhalb der Streitkräfte auszuüben.«¹¹⁹

Nur eine Woche danach sorgte ein weiteres Ereignis für Spannungen, als bekannt wurde, dass Bagdad eine Gruppe von DPK-Mitgliedern und Sympathisanten festgenommen hatte. Die Festgenommenen, die laut der offiziellen Verlautbarung Angehörige des Sicherheitsapparats der DPK waren, wurden wegen angeblicher Planung von

¹¹⁵ Ebd., S. 67-68.

¹¹⁶ An-Nahar vom 20. November 1971.

¹¹⁷ Ibrahim, 1983, S. 588-89.

¹¹⁸ Kutschera, 1979, S. 287.

¹¹⁹ An-Nahar vom 20. November 1971.

politischen Morden und Sabotageakten unter Anklage vor das Revolutionsgericht gestellt.¹²⁰ Einen Tag später (26. November 1971) erklärte al-Taakhi, die Verhaftungen seien »ungerechtfertigt und unbegründet«.¹²¹

Wenn auch die Baath-Anschuldigungen zuträfen, bedeuteten sie umso weniger, dass sich die Regierung solchen Mitteln nicht bediente. Einige kurdische Funktionäre fielen durch Attentaten und Briefbomben zum Opfer.¹²² Durch die Anhäufung dieser Vorfälle brauten sich düstere Wolken im kurdischen Norden zusammen. Die Ausweisung tausender kurdischer Faili in den Iran zerstörte alle freundschaftlichen Bande zwischen der Baathpartei und der DPK. Als Reaktion auf diese Entwicklung griffen mobile Einheiten der Peschmarga im Januar 1972 einige Armee- und Polizeiposten im Osten des Landes an.¹²³ Im darauffolgenden Monat erklärte Barzani der Baath-Regierung sogar den Krieg:

»Zum ersten Mal«, sagte er über seine inzwischen offenbar wieder in Betrieb genommene Radiostation, »geht es nicht nur darum, uns gegen eine bewaffnete militärische Aggression zu verteidigen, sondern auch darum, unseren Faili-Brüdern ihre Heimat zurückzugeben und Irak eine Demokratie, in der alle Völker des Landes ihre wirkliche Heimat finden können.«¹²⁴

Der Kurdenchef bot zur gleichen Zeit den kurdischen Vertriebenen an, in die von ihm kontrollierten Gebiete einzureisen.¹²⁵

Die massive Vergeltung der kurdischen Seite zu Beginn des Jahres 1972 war im Grunde ein Versuch, die Baathisten daran zu erinnern, dass die Kurden nicht um jeden Preis die langersehnte Autonomie akzeptieren würden. Man wollte die Entkurdisierung bestimmter Gebiete, in diesem Fall der Khanaqin Region, nicht einfach hinnehmen. Das Angebot Barzanis an den Iran, die vertriebenen Faili-Kurden in Irakisch-Kurdistan aufzunehmen, war auch eine Demonstration kurdischer Einheit, denn die sunnitischen Kurden wollten sich von den schiitischen Vertriebenen nicht distanzieren.

Derweil erklärte die Regierungsseite erneut ihren guten Willen zur Lösung der Kurdenfrage. In einem Interview mit der libanesischen Zeitung *An-Nahar* kündigte Saddam Hussein an, die Regierung warte auf das Ende des Dialogs und dementierte die Arabisierung der kurdischen Gebiete. Er behauptete, 90% der Flüchtlinge seien zurückgekehrt und kündigte an, den Kurden sofort Autonomie zu gewähren, wenn es zu einem einheitlichen Staat käme.¹²⁶

Die Regierung verstaatlichte am 1. Juni 1972 die Iraq Petroleum Company (IPC).¹²⁷ Mit diesem Schritt eröffneten sich neue Perspektiven für die baathistischen Entscheidungsträger in Bagdad. Man hatte sich einerseits nach langer Isolation in der

¹²⁰ Ebd. vom 24. November 1971.

¹²¹ D. Teichmann: *Irak: Wachsende Schwierigkeiten für die Ba'athisten*, hrsg. von der Abteilung der Deutschen Welle, Köln, 17. Dezember 1971, S. 3.

¹²² *Frankfurter Rundschau* vom 16. Februar 1972. Fat-Hullah, 1998, S. 83.

¹²³ *Süddeutsche Zeitung* und *Neue Zürcher Zeitung* vom 14. Januar 1972.

¹²⁴ *Frankfurter Rundschau* vom 16. Februar 1972.

¹²⁵ Ebd.

¹²⁶ *An-Nahar* vom 14. April 1972, nach Ghareeb, 1981, S. 111.

¹²⁷ Siehe Einzelheiten bei A. Hussein: *Iraq: The Eternal Fire 1972 Iraqi Oil Nationalisation in Perspective*, Translated from the Arabic by A-W. Lu'lu'a, London 1981. Der Wortlaut des Verstaatlichungsgesetzes in: *Die Wirtschaft des Irak, Entwicklung und Perspektiven 1958 - 1979 - 1980*, Publikation des Ministeriums für Information der Republik Irak, Madrid 1978 (künftig zitiert als *Die Wirtschaft des Irak*, 1978), S.186-88.

arabischen Welt die Unterstützung der Sowjetunion gesichert¹²⁸ und sich andererseits eine neue Möglichkeit eröffnet, die eigenen Ziele durchzusetzen. Der Verstaatlichungsschritt beeindruckte die IKP so sehr, dass sie ihre Zurückhaltung über den Beitritt zur Front kurz danach aufgab. Die Partei wurde legalisiert und bekam zwei Wochen vor der Verstaatlichung des Erdölsektors zwei Ministerposten.¹²⁹

Zur gleichen Zeit als die Bagdader Regierung den Kommunisten die Hand reichte, schienen die Verhältnisse im Norden wenig friedensfördernd. Ein zweiter versuchter gescheiterter Anschlag auf Barzani fand am 16. Juli 1972 statt.¹³⁰ Im August flammten nochmals vereinzelte Kämpfe auf,¹³¹ die im September in der umstrittenen Region um Sinjar an Heftigkeit zunahmen.¹³² Ununterbrochen stieg die Spannung. Der verbale Krieg in der Presse endete vorläufig, nachdem Bagdad seine Attacken gegen die Kurden eingestellt und mehrfach al-Taakhi verboten hatte.¹³³

Währenddessen setzte die Regierungsseite die Politik fort, die die Kurden eher skeptisch stimmte. Als der Staatspräsident zum ersten Mal das Land verließ und sich nach Moskau begab, gehörte keiner der fünf kurdischen Minister zu seiner Delegation.¹³⁴ Die sechstägige Reise al-Bakrs nach Moskau endete mit dem Resultat, dass konkrete Maßnahmen hinsichtlich der Konsolidierung der irakischen Verteidigungskapazität und der Modernisierung der Kampfeinheiten getroffen werden sollten.¹³⁵ Bagdad hatte am 20. Juni 1972 einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion unterschrieben. Der Vertrag war in der Tat ein weiterer Schritt, der ohne jegliche Mitwirkung oder gar Konsultation der Kurden stattgefunden hatte. Die kurdische Führung fühlte sich »überfahren«. ¹³⁶ Es sei angemerkt, dass eine DPK-Erklärung vom September 1972, die die Verkaufsmethoden des aus den verstaatlichten Ölfeldern von Kirkuk gewonnenen Öls kritisierte, belegte, wie unzufrieden die Kurden über die Verstaatlichung der IPC waren, die ohne sowjetische Unterstützung nicht denkbar gewesen wäre. Barzani war zudem davon überzeugt, dass die sowjetische Rüstungshilfe an Bagdad nichts Gutes für die Kurden verhieß. »Die Waffen werden gegen uns gebraucht«, meinte er.¹³⁷ Derartige Überlegungen veranlassten Barzani zu einer verstärkten Annäherung an die Gegenspieler des Irak: den Iran, die USA und Israel.

¹²⁸ Siehe dazu Sluglett/Sluglett, 1991, S. 157 ff.

¹²⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Mai 1972.

¹³⁰ Al-Hawadith vom 8. September 1972. Ohne Zeitangabe dokumentiert Randal einen weiteren Versuch zur Ermordung Barzanis und zwar durch Lebensmittelvergiftung. J. C. Randal: *After such knowledge, what forgiveness?, My Encounters with Kurdistan* Randal, Colorado/Oxford 1999, S. 209. Der Kurdenchef selber beteuerte in einem Interview mit Jeo Fitchelt vom Zürcher Tagesanzeiger, die Baathisten hätten dreimal versucht, ihn umzubringen. Tagesanzeiger vom 29. März 1974.

¹³¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung und Frankfurter Rundschau vom 16. August 1972.

¹³² Rheinischer Merkur vom 1. September 1972.

¹³³ Al-Hayat vom 14. August 1972.

¹³⁴ Süddeutsche Zeitung vom 15. September 1972. Während al-Bakr in Moskau weilte, richteten die Russen eine Einladung an Barzani. Der DPK-Präsident hatte jedoch die Russen auf eine passendere Gelegenheit vertröstet. Neue Zürcher Zeitung vom 17. November 1972. Die Haltung Barzanis in dieser gespannten Situation war zwiespältig. Wahrscheinlich hoffte er auf eine US-Unterstützung.

¹³⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. September 1972.

¹³⁶ Ebd. vom 4. November 1972.

¹³⁷ Süddeutsche Zeitung vom 5. September 1972.

3.3.2 Das Memorandum der Baathpartei an die DPK vom 23. September 1972

Die Zuspitzung der Lage im Sommer 1972 brachte die Baathpartei dazu, der DPK ein ausführliches Memorandum zu überreichen. Dieses warnte als erstes die Kurden-Partei, die unternommene Initiative zu einer friedlichen Lösung der Kurdenfrage als Schwäche der Baathpartei zu deuten. Die Note stellte fest, obwohl die Baathpartei bei ihren Zugeständnissen an die Kurden weit über die eigentlichen Forderungen der DPK hinausgegangen sei, hätte die DPK dennoch eine ablehnende Haltung eingenommen. Das Schreiben beschuldigte die kurdische Seite, mit der Zerstörung von Ölanlagen unter Beobachtung von Politbüromitgliedern die Lage erheblich zugespitzt zu haben.¹³⁸

Das Memorandum unterstrich, dass das 11.-März-Manifest auf zwei miteinander verknüpften Interessensphären basierte. Die erste wurde als Sicherung der legitimen nationalen Rechte der Kurden genannt und die zweite als Festigung der Einheit des Landes bezeichnet.¹³⁹ Das Schriftstück zählte zum ersten Punkt ca. 33 Schritte auf, die zur Realisierung des 11.-März-Manifestes unternommen worden seien.¹⁴⁰ Anschließend griff es die Streitpunkte aus Sicht der ASBP auf:

1. Die Baathpartei zeigte sich bereit, die Kurden an der Legislative (sprich Nationalversammlung) zu beteiligen. Dieses Organ, das ein Forum für nationale Harmonie darstellen sollte, setzte aus der Sicht der regierenden Partei eine Einigung über die Charta der Nationalen Aktion voraus. Es musste also zuerst die geplante Nationale Front gebildet werden.
2. Bezüglich der Aufstellung eines kurdischen Vizepräsidenten warf das Schreiben der DPK vor, auf die Vorschläge Bagdads nicht reagiert zu haben. Zugleich stellte die Baathpartei klar, dass sie die endgültige Entscheidung bei der Bekleidung wichtiger Staatsämter treffen würde.
3. Zur Ernennung kurdischer Vertreter als Direktoren der Sicherheitsorgane im Norden vertrat die Denkschrift die Ansicht, dass der herrschende Status quo im kurdischen Gebiet sowie die Art der dortigen Verhältnisse und Verbindungen der kurdischen Bewegung nicht ermutigend seien, so einen Schritt vorzunehmen.

Die letzten drei Punkte zeigten die Bereitschaft der Baathpartei zu

- Konsultationen über das Gesetz der Verwaltungseinheiten (Distrikte)
- der Durchführung der Volkszählung in den umstrittenen Gebieten und
- der unverzüglichen Umsetzung der Autonomie.¹⁴¹

Zum zweiten Punkt, der Festigung der Einheit des Landes, übte die Note scharfe Kritik an der DPK: »Wir verfehlen die Wahrheit nicht,« hieß es wörtlich, »wenn wir sagen, Sie haben keinen einzigen Schritt auf diesem Weg gemacht.«¹⁴²

Die offizielle Schrift aus der Zentrale der Baathpartei griff als erstes in schärfster Form die verstärkten Beziehungen der DPK mit den 'reaktionären' iranischen Machthabern an. Danach richtete sie zahlreiche Anschuldigungen an die DPK, die folgendermaßen zusammengefasst werden können:

¹³⁸ ASBP-Memorandum an die DPK 1972, S. 6.

¹³⁹ Ebd., S. 10.

¹⁴⁰ Ebd., S. 11-14.

¹⁴¹ Ebd., S. 15-16.

¹⁴² Ebd., S. 17.

- Behinderung der Staatsmacht bei dem Versuch im Norden des Landes in irgendeine Form Fuß zu fassen;
- eigenmächtige und willkürliche Herrschaft der DPK;
- bewusste Gefährdung der Sicherheit der Baath-Revolution und der Bevölkerung;
- trotz Regierungsbeteiligung die häufige Einnahme einer destruktiven sowie kritischen Haltung zur Regierungspolitik im In- und Ausland;
- statt Integration das Betreiben von kurdischer Isolationspolitik.¹⁴³

Die Note räumte ein, dass auf der eigenen Seite Fehler begangen worden seien. Doch dieses Eingeständnis suchte die Schuld dafür bei der Gegenseite.

»Wir verleugnen nicht,« behauptete die Denkschrift, »dass es innerhalb der Staatsapparate Elemente gibt, die nicht auf dem Niveau des historischen März-Manifestes sind sowie nicht fähig sind, die nationalen Rechte der Kurden zu begreifen. Wahrscheinlich einige von denen haben in Ihrem Verhalten, auf die wir hingewiesen haben, den Grund dafür gefunden, ähnliche Taten als Reaktion auf diese Verhaltensweisen und illegalen Aktionen zu praktizieren.«¹⁴⁴

Die Baathpartei knüpfte in ihrer Schrift an die Aufnahme neuer friedlicher Beziehungen zahlreiche Bedingungen, die z.T. erneut mit schweren Anschuldigungen begründet wurden. Die meisten baathistischen Forderungen gipfelten in einem Punkt. Demnach durfte die DPK nicht als eine herrschende Macht im Norden des Landes fungieren, sondern vielmehr als eine politische Partei, die sich den Anweisungen der Staatsmacht vollständig unterordnete und ihre Innen- sowie Außenpolitik ohne Vorbehalte unterstützte. Sie sollte die Staatssouveränität respektieren, jegliche Beziehungen zum Iran abbrechen, die Armee bei der Durchführung ihrer Aufgaben nicht behindern usw.

Zu den Forderungen des Memorandums gehörten u.a.: Entlassung der reaktionären Elemente innerhalb der DPK und Verbannung der friedensgefährdenden kurdischen Stammesführer; Respektierung der mit der Baathpartei sympathisierenden Kräfte im Norden; Übergabe der schweren Waffen; Unterstellung der Peschmarga an das Verteidigungsministerium.

Der letzte Punkt behandelte den Konflikt um die Eingrenzung der autonomen Gebiete und schlug vor:

- » a. Neugründung der nationalen Verwaltungseinheiten in den von Kurden bewohnten Gebieten
- b. Angliederung der nur von Kurden bewohnten Verwaltungseinheiten, (Distrikte, Subdistrikte, Landkreis), und die Bildung einer einheitlichen Verwaltung aus ihnen. Die Betrachtung dieses Gebiets als ihr in Grenzen umfasstes autonomes Gebiet.
- c. Die kulturellen und autonomen Rechte der in den ethnisch-gemischten Gebieten außerhalb des autonomen Gebiets wohnenden kurdischen Bürger werden innerhalb ihrer vorhandenen Verwaltungsgebiete garantiert, so wie die Rechte sämtlicher nationaler Ethnien in diesen Einheiten garantiert werden.«¹⁴⁵

Nach der Zusendung dieser Denkschrift startete al-Thawra, das Zentralorgan der regierenden Baathpartei, eine Artikelserie über die Kurdenfrage und die Beziehungen zur DPK. In Anlehnung an das oben thematisierte Memorandum besprach die Serie hauptsächlich die Politik der DPK und machte sie zur Zielscheibe der Kritik bzw. der

¹⁴³ Ebd., S. 19-24.

¹⁴⁴ Ebd., S. 24.

¹⁴⁵ Ebd., S. 32.

Agitation. In einer der Ausgaben stellte die Zeitung jedoch fest, dass die Baathpartei bereit sei, die Kurden als eine Nation an der Macht zu beteiligen.¹⁴⁶

3.3.3 Das DPK-Memorandum vom 28. Oktober 1972 an die Baathpartei

Die Antwort der DPK auf das Baath-Memorandum, das einigen Stellen im In- und Ausland zugestellt worden war, bevor die DPK es erhielt, fiel umfangreicher und z.T. kritischer und schärfer aus.¹⁴⁷ Sie bestand aus sieben Hauptpunkten.

Im ersten Punkt kritisierte das Memorandum die Haltung der Baathpartei, zahlreiche Bemühungen der DPK, um die Spannungen der jüngsten Zeit rechtzeitig einzudämmen, völlig ignoriert zu haben.¹⁴⁸

Punkt Zwei der Note widmete sich der Richtigstellung der Sachverhalte seit Juli 1968 im Hinblick auf die eigene friedfertige Haltung und die politischen Vorgehensweise, welche die Baathisten getadelt hatten.¹⁴⁹

Dem Baath-Memorandum wurde im dritten Punkt Unsachlichkeit, Übertreibung und Einschüchterung in mehreren Angelegenheiten vorgeworfen. Das DPK-Memorandum gab ebenso wie die Baathdenkschrift zu, dass Fehler in den eigenen Reihen begangen worden seien. Betrachtet wurden diese - wie bei der Baathisten - als Reaktion auf die Überschreitungen der Gegenseite. Die DPK-Denkschrift sprach aber von zehntausenden Überschreitungen.¹⁵⁰ Mit handfesten Beweisen listete die DPK-Denkschrift auf, wie die Baathpartei rechtlich bindende Vorschriften übertreten und vereinbarte Punkte gebrochen habe. Dazu zählten: das Betreiben der Arabisierungspolitik in den Distrikten von Kirkuk, Mossul und Diyala schon wenige Wochen nach dem März 1970, die andauernde Bekämpfung der DPK-Mitglieder, der Barzaniten und deren Sympathisanten, der Ausschluss der DPK von den Streitkräften sowie die Abschiebung von kurdischen Faili in den Iran.¹⁵¹

Punkt Vier des Memorandums griff einige wichtige Angelegenheiten auf, die das Baath-Memorandum lediglich gestreift hatte. Die negative Haltung der DPK zum Projekt der Charta der Nationalen Aktion wurde damit begründet, dass die Baathpartei entgegen der mehrfachen Vereinbarung mit der DPK im Alleingang das Projekt vorbereitet und bekannt gegeben hatte.¹⁵² Die DPK, die glaubte, dass die Popularität der Baathpartei bei den Kurden von der Stärke der Baath-Beziehungen zu ihrer abhängt, schlug abmahnend vor, zwischen der kurdischen Bewegung, der Kurdenfrage und ihr zu unterscheiden.¹⁵³ Aufgegriffen wurde in diesem Punkt auch, wie die Baathisten alle wichtigen politischen Ämter und Tätigkeiten unter ihre Kontrolle gebracht hatten und sich dadurch einige als Staatsmacht fungierende baathistische Machtzentren gebildet hatten. Die DPK wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass man wichtige Entscheidungen, die die Zukunft des Landes betreffen, fällt und im Namen des Volkes bekannt macht, ohne das Kabinett davon zu unterrichten. Die DPK-Minister erführen von diesen Entscheidungen, wie auch

¹⁴⁶ Siehe *Settlement of the Kurdish Problem in Iraq*, Ath-thawra publications, Bagdad 1974.

¹⁴⁷ Siehe den Wortlaut bei G. Hajjar: *Die Kurdenfrage* (Arabisch), Beirut, 1975, S. 77-120.

¹⁴⁸ Ebd., S. 77-79.

¹⁴⁹ Ebd., S. 79-84.

¹⁵⁰ Ebd., S. 84.

¹⁵¹ Ebd., S. 84-87.

¹⁵² Ebd., S. 88. Die Baathpartei hatte tatsächlich im November 1971 im Alleingang das Projekt vorbereitet und bekannt gemacht. Siehe dazu Diskussionen der Charta, *Der Wortlaut der Charta der Nationalen Aktion* (Arabisch), al-Thawra-Publikationen, Bagdad 1972, S. 4.

¹⁵³ Hajjar, 1975, S. 89.

die Bevölkerung, über den Rundfunk.¹⁵⁴ Darüber hinaus stellte das Schreiben klar, dass es die Baathpartei sei, die vehement die Vorschläge ablehne, über wichtige Angelegenheiten Volksbefragungen durchführen zu lassen.¹⁵⁵

Was vom historischen März-Abkommen bis dahin verwirklicht war, war der Inhalt des Punktes Fünf. Hier wurden alle 15 Punkte des 11.-März-Manifestes einer genauen Prüfung im Hinblick auf ihre Realisierung unterzogen. Beinahe sämtliche Punkte lagen weit unterhalb der erhofften und erwarteten Grenze. Die kurdischen Interessen, vor allem in den umstrittenen Gebieten, sah das Memorandum weitgehend gefährdet.¹⁵⁶ Man glaubte, dass die Kurden zwar teilweise an der Verwaltung beteiligt seien, nicht aber an der Regierungsmacht.¹⁵⁷

Die Note, die beteuerte, dass die meisten DPK-Verpflichtungen erfüllt worden seien, ging im sechsten Punkt auf die Bedingungen der Baathpartei zur erneuten Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen ein. Die DPK warf der Regierung zahlreiche Gesetzesüberschreitungen vor. Sie wurde beschuldigt, ihre Gegner landesweit verschwinden zu lassen.¹⁵⁸ Die Kurdenpartei betrachtete ihre Verbindungen zum Iran, obwohl namentlich nicht genannt, als Resultat der Spannungen zwischen ihr und der Baathpartei und behauptete, der Schlüssel zur Lösung solcher Fragen läge bei der Regierung.¹⁵⁹

Offenbar hatte die DPK vor dem März 1970 die Rechte der Minderheiten angesprochen, was Aufregung bei einigen Baath-Mitgliedern verursacht hatte. Nun beschuldigte die Baathpartei die DPK die Rechte der Turkmenen nicht zu respektieren. Der KRR hatte das Gesetz der kulturellen Rechte solcher Minderheiten, vor allem die der Turkmenen verabschiedet, bevor das 11.-März-Manifest bekannt gegeben wurde. Die DPK glaubte, das wäre ein taktischer Zug gewesen.¹⁶⁰ Allerdings nahm die DPK die turkmenischen Interessen in Schutz und forderte:

»zunächst müssen die Gebiete der beiden Hauptnationen im Irak, das sind die arabische und die kurdische Nation, eingegrenzt werden, danach sind die Gebiete der Minderheiten innerhalb der beiden Gebiete zu bestimmen. Jegliche Maßnahme gegen dieses empfinden wir als den Versuch, die Kurdengebiete unter dem Vorwand der Eingrenzung der Minderheitengebiete zu verkleinern.«¹⁶¹

Das Memorandum wies auf die unterschiedliche Betrachtungsweise des kurdischen Gebiets im Irak hin. Während die DPK darunter alle Regionen mit kurdischer Bevölkerungsmehrheit verstand, betrachtete die Regierung nur die ausschließlich von Kurden bewohnten Gebiete als Kurdisch.¹⁶²

Angesprochen wurde auch die Frage der Peschmarga-Verbände, deren Anbindung an das Verteidigungsministerium von der Baathpartei gefordert worden war. Die DPK betrachtete ihre eigenen Streitkräfte als ein sicherheitsgewährendes Organ. Sie durften

¹⁵⁴ Ebd., S. 91.

¹⁵⁵ Ebd.

¹⁵⁶ Ebd., S. 92-103.

¹⁵⁷ Ebd., S. 94.

¹⁵⁸ Ebd., S. 104.

¹⁵⁹ Ebd., S. 109.

¹⁶⁰ Ebd., S. 109.

¹⁶¹ Ebd., S. 110.

¹⁶² Ebd., S. 114.

unter bestimmten Umständen an das Innenministerium angegliedert werden, aber nicht an das Verteidigungsministerium.¹⁶³

Die DPK stellte klar, gegen die von Bagdad praktizierte Politik der Kollaboration sowie das Abwerben der Kurden in Kurdistan Widerstand zu leisten.¹⁶⁴

Im letzten und siebten Punkt listete die DPK ihre Vorschläge zur Beilegung der bestehenden Konflikte auf:¹⁶⁵

- Einstellung der Arabisierungs- und Baathisierungspolitik
- Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen und strategische Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten
- Anerkennung des Kurdischen als offizielle Sprache
- Beteiligung der Kurden an der Macht
- Volkszählungsprinzip bei der Behandlung der umstrittenen Gebiete
- gerechte Zuteilung beim Haushaltsplan für Kurdistan
- Ernennung der Direktoren der Sicherheitsapparate in Kurdistan nach Absprache mit der DPK und Aufnahme der Kurden an Militärhochschulen
- Festlegung des Zeitplans und der Form der Autonomie. Es hieß »Autonomie ist in ihrem Kern die Gründung eines nationalen Status innerhalb der patriotischen Einheit.«¹⁶⁶
- Ausarbeitung einer Lösung für die in den Iran deportierten Kurden
- Weiterführung der Ermittlungen über die beiden Attentate auf Barzani
- Gewährung einer Vollmacht für das Friedenskomitee zur Umsetzung des März-Manifestes.

Mitten in dieser explosiven Atmosphäre unternahm al-Bakr im November des gleichen Jahres den ungewöhnlichen Schritt, dem Parteihaus der DPK in der Hauptstadt erstmalig einen Besuch abzustatten. Er wollte bekunden, so ein DPK-Politbüromitglied, dass er gegen eine neue militärische Auseinandersetzung sei.¹⁶⁷ Man kann zu diesem Zeitpunkt daraus das tatsächliche Interesse al-Bakrs erkennen, die Beziehungen zur DPK noch aufrechtzuerhalten. Viele Gründe zwangen die Baathisten zur Zurückhaltung in einigen Angelegenheiten: die wirtschaftlichen Probleme, die sich aus der Verstaatlichung des Erdöls ergaben, die Rivalität mit dem Iran und die noch nicht ganz gefestigte Position der eigenen Macht.¹⁶⁸

Fazit

Unabhängig von der Überprüfbarkeit sämtlicher Anschuldigungen sowie Argumente beider Seiten, zeigt der aufgeführte Schriftverkehr, welchen enormen Belastungen der Friedensprozess ausgesetzt war. Auffällig ist eine bemerkenswerte Belastungsfähigkeit in den DPK-Baath-Beziehungen; Die Kurden und die Baathisten lieferten sich zahlreiche Wortgefechte, die ausgereicht hätten, erneut einen neuen Krieg zu entfachen. Doch beide Seiten waren bemüht, ohne militärische Konfrontation ihren Willen dem jeweils anderen aufzuoktroieren, in dem sie sich gegenseitig in die Schranken verwiesen. Es blieb

¹⁶³ Ebd., S. 112.

¹⁶⁴ Ebd., S. 113.

¹⁶⁵ Siehe ebd., S. 116-20.

¹⁶⁶ Ebd., S. 119.

¹⁶⁷ Süddeutsche Zeitung vom 15. November 1972.

¹⁶⁸ Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 17. November 1972.

weiterhin abzuwarten, ob der Geschehensverlauf eine positive oder kritische Wendung nehmen würde.

4 Die politische Lage von 1973 bis zur letzten Verhandlungsrunde vor dem Kriegsausbruch im April 1974

Infolge der Spannungen zwischen den baathistischen Behörden und den Kurden 1972 im Jahr nahm die kurdische Annäherung an den Iran bedeutlich zu. Dieses erweckte den Argwohn bei den Baathisten, die die kurdische Führung nachdrücklich davor warnten. Anfang 1973 ließ Saddam Hussein Barzani eine vertrauliche Mahnung zukommen. Die Haltung der Kurden dürfe die irakische Regierung nicht dazu zwingen, dem Iran Konzessionen im Schatt al-Arab und in anderen irakischen Gebieten zu machen, damit das Nachbarland seine Unterstützung für die Kurden einstelle.¹⁶⁹

Der am 30. Juni 1973 gescheiterte Putschversuch des berühmten Chefs des Sicherheitsdienstes, Nazim Gazar,¹⁷⁰ an dem der Iran involviert war, bestätigte, wie instabil die politische Macht der Baathisten noch war und mit welchen Mittel das benachbarte Königreich seine Ziele zu realisieren suchte. Wenige Tage zuvor dürften die unvorsichtigen Äußerungen Barzanis in einem Interview mit der Washington Post besonderes Ärgernis und begründete Ängste bei der Regierung hervorgerufen haben. Der Kurdenchef hatte beteuert, dass er sich der 1972 durchgeführten Verstaatlichung des Erdölsektors widersetzt hätte, hätte man ihn konsultiert. Ferner forderte er von den USA Unterstützung gegen die von ihm als »Wölfe« bezeichneten Baathisten. Als Gegenleistung bot er den Amerikanern an, die Ausbeutung der Ölfelder von Kirkuk, nach deren Übernahme durch die Kurden, einer amerikanischen Firma anzuvertrauen.¹⁷¹ Mit solchen Bemerkungen lieferte Barzani seinen Widersachern Argumente dafür, dass seine Aktivitäten auf eine Spaltung des Landes gerichtet seien.¹⁷² Barzani hatte zwar nie öffentlich und direkt darüber gesprochen, später deutete er an, dass die Unabhängigkeit eine natürliche Folge in der Geschichte der Völker sei.¹⁷³

Zwei Wochen nach dem erwähnten misslungenen Putschversuch wurde in Bagdad ein Zusatz zur provisorischen Verfassung bekannt gegeben, der dem KRR bedeutende Vollmachten entzog und sie dem Staatspräsidenten zusprach. Al-Bakr wurde damit ermächtigt, sämtliche wichtige Staatsämter zu ernennen und zu entlassen.¹⁷⁴ Auffallend an dieser Änderung war die Schaffung eines Ministerrates. Diese Entwicklung hätte theoretisch den kurdischen Minister das Mitspracherecht bei der Gestaltung wichtiger politischer Entscheidungen ermöglicht.¹⁷⁵ Al-Bakr sprach kurz darauf (am fünften Jahrestag des 17. Juli-Putsches) davon, seine Regierung hätte in den letzten dreieinhalb Jahren eine energische und umfassende Arbeit mit dem Ziel geleistet, die Bestimmungen der 11.-März-Erklärung anzuwenden. Auf die zahlreichen negativen Ereignissen der

¹⁶⁹ Von dieser ernsthaften Mahnung, die später die Regierungspolitik bestimmte und eine noch nie dagewesenes Desaster der Kurden herbeiführte, wussten nur wenige Kurden in Barzanis Quartier. Siehe dazu Demokratische Partei Kurdistans - Das Vorbereitende Komitee: Einschätzung des Verlaufs der kurdischen Revolution, ihren Zusammenbruch und die daraus zu ziehenden Lehren (Arabisch) (Künftig zitiert als DPK-VK: Einschätzung, 1977), o.O. 1977, S. 41-42.

¹⁷⁰ Siehe Khadduri, 1978, S. 63 ff.

¹⁷¹ The Washington Post vom 22. Juni 1973.

¹⁷² Ghareeb, 1981, S. 135.

¹⁷³ Le Monde Diplomati, April 1974.

¹⁷⁴ Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Juli 1973.

¹⁷⁵ Siehe Neue Zürcher Zeitung vom 8. August 1973.

jüngsten Zeit hinweisend, warf er der DPK - im Ton eher zurückhaltend - ihre Versäumnisse vor:

»Wir verkennen nicht, dass gewisse Apparate und Institutionen des Staates sowie gewisse chauvinistische und ketzerische Elemente für die Fehler und Krisen verantwortlich sind. Man muss jedoch auch sagen, dass unsere Brüder in der Kurdischen Demokratischen Partei [sic] ebenfalls ihren Anteil an der Verantwortung tragen.«¹⁷⁶

Der Präsident forderte in seiner Rede die DPK auch dazu auf, rasch und entschieden auf die Wiederherstellung der Normalität hinzuwirken. Al-Bakr bezeichnete das Festhalten der Baathpartei an der in der 11.-März-Erklärung festgelegten Regelung als eine »prinzipielle, unwiderrufliche Verpflichtung«.¹⁷⁷

Nur wenige Tage nach diesem Appell des Präsidenten überreichte die DPK ihre Vorschläge für ein Autonomiemodell, die aber nicht weniger föderalistische Züge aufwiesen.¹⁷⁸ Bagdad erteilte diesem Projekt eine Absage. Aus Sicht Saddam Husseins gingen die Erwartungen der DPK-Seite weit über das Autonomie-Verständnis hinaus.¹⁷⁹

Als die Nationale Progressive Front zwischen ASBP und IKP Mitte 1973 promulgiert wurde, schien ein Beitritt der DPK angesichts der enormen politischen Differenzen äußerst zweifelhaft, obgleich die Baathführung den Eindruck zu erwecken suchte, die Nationale Front sei ein Schritt auf dem Weg zu mehr Demokratie. Al-Bakr, der vergeblich die DPK zum Beitritt zu bewegen versuchte, ging in seinen Äußerungen noch weiter: er behauptete, die Regierungsgewalt liege in den Händen der Front.¹⁸⁰ Diese Behauptung stimmte jedoch mit den Realitäten kaum überein. Khadduri merkt folgendes über die Front an:

»Since the Ba‘th is the ruling party, it is taken for granted that it is solely responsible for all actions, irrespective of the views of other members of the HC [Höchste Kommission der Front], because the regime is not, strictly speaking, a “coalition government,” but a Ba‘thist regime supported by other parties and groupings.«¹⁸¹

Eine der erkennbaren Folgen der Bildung der Nationalen Front war, dass nun die Kommunisten auf der Seite der Baathisten standen und somit eine nicht zu unterschätzende Isolierung der DPK in der parteipolitischen Landschaft der irakischen Republik einsetzte. Es kam sogar zu Zusammenstößen zwischen den DPK-Verbänden und den wenigen bewaffneten Kommunisten in Kurdistan.¹⁸²

Während des arabisch-israelischen Krieges vom Oktober 1973 sah die kurdische Führung die Möglichkeit, militärisch gegen die Baathpartei vorzugehen. Inzwischen waren die mechanisierten Divisionen der Iraker überwiegend aus Kurdistan abgezogen. Die in direktem Kontakt zu Barzanis Hauptquartier stehenden USA rieten dem Kurdenchef jedoch davon ab. Der US-Außenminister Henry Kissinger ließ über William

¹⁷⁶ Arabische Sozialistische Ba‘th Partei: Ausgewählte Reden des Präsidenten Ahmad Hassan al-Bakr, Madrid 1978, S. 42. Jedes Jahr wird im Irak anlässlich des 17. Juli-Putsches eine Ansprache durch den Präsidenten gehalten. Die genannte ist deshalb von Bedeutung, weil sie die letzte im zwanzigsten Jahrhundert war, in der die Mitglieder einer oppositionellen, kurdischen Partei als Brüder bezeichnet wurden.

¹⁷⁷ Ebd. S. 43.

¹⁷⁸ Siehe den Text bei al-Hayat vom 21. Juli 1973.

¹⁷⁹ Siehe S. Hussein: Aussagen über aktuelle Angelegenheiten (Arabisch), in: Auswahl, Bd. 4, Bagdad, 1988, S. 149-257, S. 172.

¹⁸⁰ Sluglett/Sluglett, 1991, S. 175.

¹⁸¹ Khadduri, 1978, S. 101.

¹⁸² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. November 1973; Neue Zürcher Zeitung vom 24. November 1973. Zu den DPK-IKP-Beziehungen siehe Ibrahim, 1983, S. 596-99.

Colby, den CIA-Direktor, Barzani mitteilen: »We do not consider it advisable for you to undertake the offensive military action that another government [Israel] has suggested to you.«¹⁸³ Mittlerweile hatten die Israelis die Oberhand im Krieg gewonnen und die Sowjetunion hatte mit einer direkten Intervention gedroht, falls Washington Israel nicht zu einem Waffenstillstand zwingt.¹⁸⁴ Außerdem hatten die USA keine Interesse daran, dass die Kurden einen Erfolg verbuchen konnten.

Als die Baathpartei zu Beginn des Jahres 1974 ihren VIII. Kongress in Bagdad abhielt, bediente sie sich einer schärferen Ausdrucksweise bezüglich der Behandlung des Kurden-Konfliktes. Eine gewisse Legitimität der Kurdenfrage wurde zwar anerkannt, versah man sie jedoch mit einem negativen Etikett. In deutlich erkennbar gequältem Ton hieß es:

»Trotz einiger die Kurdenbewegung begleitenden Irrtümer und gewisser innerer Widersprüche, sowie teilweise reaktionärer, isolatorischer Tendenzen, von denen einige offenkundig auf imperialistische Einflüsse zurückzuführen sind, ist die Kurdenbewegung im Irak ihrem Wesen und Kern nach eine nationale Bewegung ...«¹⁸⁵

Die Baathseite übte Selbstkritik und gestand, dass durch manche eigene Fehler die Beziehungen zur DPK gestört worden seien, schob jedoch der Kurdenpartei die Schuld für vieles zu: Vor allem wurde der DPK-Führung vorgeworfen, ihre Beziehungen zu suspekten ausländischen Kräften intensiviert zu haben, um Baathpartei und Juli-Revolution zu schwächen und eine Verschwörung anzuzetteln.¹⁸⁶

Die Baathführung betonte aber auch die strikte Einhaltung des März-Manifestes zur Lösung der als »eines der gefährlichsten internen Probleme des Landes« eingeschätzten Kurdenfrage und hegte die Hoffnung, den Standpunkt der DPK-Führung mit dem der nationalen Front in Einklang zu bringen.¹⁸⁷ Unmissverständlich an die Adresse der Kurden gerichtet, hob Bagdad hervor, »Jeder Versuch, die nationale Integrität des Landes zu untergraben, muß mit aller Härte bekämpft werden.«¹⁸⁸ Die Baathpartei präsentierte der DPK am 12. Dezember 1973 im Namen der progressiven Front ihr Autonomiemodell. Die ab dem 16. Januar 1974 aufgenommenen großangelegten Verhandlungen zwischen Vertretern beider Seiten führten zu keinem Ergebnis. Die DPK-Delegation erschien später nicht mehr am Verhandlungstisch. Am 9. März 1974 kam es zur letzten Begegnung zwischen Saddam Hussein und Idris Barzani. Der Erstgenannte beteuerte die Bereitschaft zur Diskussion jeglichen DPK-Vorschlages, der bis zum 11. März einginge. Für die Zeit nach der Verkündung des Autonomieerlasses setzte er den DPK-Kurden eine fünfzehntägige Frist, um sich der Front anzuschließen und dem Autonomiegesetz zuzustimmen. Sollte dies nicht geschehen, hatte Saddam Hussein nach eigenen Angaben Idris gegenüber klagend festgestellt, werde man sich andere Verbündete suchen.¹⁸⁹ Die Baath-Seite war trotz der angespannten Lage fest entschlossen, selbst ohne Einverständnis der

¹⁸³ International Herald Tribune vom 14. März 1979.

¹⁸⁴ Deschner, 1989, S. 272-74.

¹⁸⁵ Der Politische Bericht 1974, S. 81.

¹⁸⁶ Ebd., S. 83.

¹⁸⁷ Ebd., S. 206.

¹⁸⁸ Ebd.

¹⁸⁹ Ebd., S. 181-82. Saddam soll mahnend auf Idris eingeredet haben: »Ich weiß, du wirst hier weggehen und du gehst um eine Rebellion zu erklären, aber ihr werdet es bereuen, weil eure Abrechnungen falsch sind.« Matar, 1980, S. 196. In den frühen achtziger Jahren lüftete Saddam Hussein ein weiteres Geheimnis seines letzten Gesprächs mit Idris. Er hätte ihn daran erinnert, dass seine Regierung »um jeden Preis« die Kurden daran hindern werde, einen kurdischen Staat zu bilden, weil so ein Staat nur ein Satellitenstaat entweder der USA oder der Sowjetunion sein werde. Persönliche Erinnerung.

DPK das Autonomiegesetz zum festgesetzten Datum, also zum 11. März 1974, zu verkünden. Die Regierung betrachtete es als eine Frage des Vertrauens vor dem Volk, gemachte Versprechungen fristgerecht einzuhalten.¹⁹⁰ Um den unvermeidbar erscheinenden Krieg abzuwenden, versuchte Idris vergeblich, die Übergangsperiode um ein Jahr (also bis zum 11. März 1975) zu verlängern.¹⁹¹ Dieses letzte Gespräch wurde auch von gegenseitigen Drohungen belastet¹⁹² und unmissverständlich wiederholte Saddam Hussein seine Mahnung, die die für ihn wenig kompromisshafte Haltung der Kurden in Zusammenhang mit dem Konflikt mit dem Iran brachte:

»If we were to find ourselves in a corner faced with the choice of either giving up half the Shatt al Arab or the whole of Iraq, we would give up the Shatt al Arab in order to keep the whole of Iraq in the shape we want.«¹⁹³

Am 10. März sendete Bagdad dann ein Telegramm an das DPK-Hauptquartier mit dem Inhalt, man hoffe, »neue Vorschläge« vor Mittag des darauffolgenden Tages zu erhalten. Mit diesen »neuen Vorschlägen« war gewiss die Zustimmung der DPK zu dem Autonomiemodell der Baathpartei gemeint. Idris Barzanis Antwort enthielt keine Neuigkeit: »Was wir vorgeschlagen haben, halten wir für korrekt; Dem haben wir nichts Neues hinzuzufügen. Unsererseits sind wir entschlossen, das Gesetz zu achten.«¹⁹⁴ Somit kam es zu keiner Änderung der Standpunkte. Beide Seiten beharrten auf ihrer Position. Letztendlich bedeutete das einseitig durch den Beschluss Nr. 248 des KRR verkündete Autonomiegesetz in Wahrheit das Scheitern des Verhandlungsweges.

Worin lagen die entscheidenden Gründe, dass das historische März-Abkommen und der längste formelle Waffenstillstand aus den Konfliktparteien keine Partner zu machen vermochten? Um diese zentrale Frage zu beantworten, empfiehlt es sich die Hauptstreitfragen, die sich in erster Linie um die Demarkation des autonomen kurdischen Gebietes und zweitrangig um die Kompetenzen der autonomen Verwaltung drehten, separat und unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der Konfliktparteien sowie des Grades der Umsetzung des März-Abkommens zu analysieren.

5 Die Hauptstreitfragen zwischen der Zentralregierung und den Kurden

5.1 Die Frage der Gebietsgrenzen der zu bildenden autonomen Region

Die umstrittenste Frage war, wie die Grenze der Autonomieregion verläuft, vor allem in den ölfreie Gebieten um Kirkuk und Khanaqin. Das sich über eine Länge von mehr als 100 km erstreckende Fördergebiet um Kirkuk lieferte ca. 70% des irakischen Erdöls.¹⁹⁵ Beide Seiten erhoben Anspruch auf dieses Gebiet. Dies erschwerte die Möglichkeit einer Übereinkunft immens, obgleich die Konflikt-Parteien sich recht früh darauf geeinigt hatten, dass die Erdölförderung im Kompetenzbereich der Zentralregierung bleibt. Unumstritten war, dass das Gebiet von Kirkuk schon vor der Gründung des irakischen Staates als Teil von Süd-Kurdistan betrachtet worden war und

¹⁹⁰ Saddam Hussein, Bd. 4, 1988, S. 177-78.

¹⁹¹ Vanly, 1988, S. 316.

¹⁹² »We're stronger than you believe,« ermahnt Barzanis Sohn Saddam Hussein, »and will oblige you to accept all our demands.« Saddam Hussein erwidert, »If there is war, we will win.« E. Sciolino: *The Outlaw State: Saddam Hussein's Quest for Power an the Gulf Crisis*, New York 1992, S. 277-78.

¹⁹³ Ebd.

¹⁹⁴ Hussein, Bd. 4, 1988, S. 196.

¹⁹⁵ Vgl. *The Financial Times* vom 20. August 1974 und F. Mayer: *Weltatlas Erdöl und Erdgas*, 2. Aufl. 1976 (1966), S. 45.

selbstverständlich zur Region gehörte.¹⁹⁶ Als der Völkerbundentscheid von 1925 das Wilayat Mossul dem Irak zugesprochen hatte, hatte die irakische Monarchie Kirkuk als Teil von Kurdistan betrachtet. Im Hinblick auf die Bildungspolitik war 1925 das ganze Land in fünf Direktionen aufgeteilt worden. Die »Bildungsdirektion Kurdistans« umfasste die Distrikte von Kirkuk, Sulaimani und Arbil.

Wie die sensible Frage um die Grenze geregelt werden sollte, war im Art. 14 des März-Manifestes festgelegt. Dort hieß es: »[...] Zusammenschluss der von einer kurdischen Mehrheit besiedelten Distrikte und Verwaltungseinheiten gemäß der offiziellen Volkszählungen, die stattfinden werden.«¹⁹⁷

Wie im Punkt B des geheimen Abschnittes des baathistisch-kurdischen Abkommens vereinbart, sollten die Ergebnisse der Volkszählung von 1957, die vor dem Ausbruch des Krieges im kurdischen Norden stattgefunden hatte, als Grundlage dienen.¹⁹⁸

Tatsache ist, dass bereits zu Beginn der Verhandlungen die Stellungnahmen der Administration in dieser hochempfindlichen Angelegenheit widersprüchlich waren: Der militärische Flügel des Regimes hatte kategorisch abgelehnt, eine Volkszählung in Kirkuk durchführen zu lassen. Der irakische Präsident al-Bakr wies schon am 28. März 1970 darauf hin, den Distrikt Kirkuk von der Eingliederung in die Autonome Region ausschließen zu wollen. Dagegen hatte Saddam Hussein eine Woche zuvor beteuert, dass die Volkszählung die Frage, ob die Kurden die Bevölkerungsmehrheit in Kirkuk bilden, beantworten solle.¹⁹⁹

Wenige Wochen nach dem März 1970 war bereits klar, dass keine Seite der anderen bei den geplanten Vorbereitungen und der Durchführung der Volkszählung traute.²⁰⁰ Aufgrund ihrer begrenzten militärischen Präsenz in diesen für den Partisanenkampf wenig geeigneten Gebieten war die DPK in dieser heiklen Angelegenheit wohl etwas misstrauischer. Sie sah sich in dieser Haltung dadurch bestätigt, dass die Regierung nach dem März 1970 lediglich die Rückkehr von zwei der insgesamt 22 umgesiedelten kurdischen Dörfer um Kirkuk erlaubte und zwar nach harten Verhandlungen und Beharren der kurdischen Seite. Überdies beschuldigte die DPK die Baathpartei, die Politik der Ansiedlung von Arabern in den umstrittenen Regionen fortzusetzen.²⁰¹ Dieses stellte einen Verstoß gegen Art. 8 des März-Manifestes dar, der die Repatriierung der arabischen und kurdischen Dörfer vorsah. Die Regierungsseite bezeichnete den Vorwurf

¹⁹⁶ Siehe Kapitel Sechs und Acht dieser Arbeit.

¹⁹⁷ Das 11. März-Manifest, 1971, S. 22.

¹⁹⁸ Die DPK hatte die Volkszählung von 1965 abgelehnt, weil sie sich gegen die Kurden gerichtet hatte. *Settlement of the Kurdish Problem in Iraq*, 1974, S. 38. Dass man dieses in den geheimen Vereinbarungen festhielt, hängt vermutlich damit zusammen, dass die Regierung den chauvinistischen und anti-kurdischen Charakter des Aref-Regimes nicht in der Öffentlichkeit zugestehen wollte.

¹⁹⁹ *Middle East Record 1969-1970*, S. 738. Vgl. auch Fat-Hullah, 1998, S. 189. Diese Position vertrat er auch in seinem Interview mit An-Nahar vom 14. April 1972, nach Ghareeb, 1981, S. 113.

²⁰⁰ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2. Juli 1970.

²⁰¹ Die DPK beschuldigte die Regierung, neue arabische Siedler nach Kirkuk gebracht und sie mit entsprechenden Dokumenten versehen zu haben, die ihre Abstammung aus Kirkuk belegen sollten. Die DPK-Note an die ASBP bei Hajjar, 1975, S. 100. Talabany stellt fest, dass die Regierung eine offizielle Verfälschung der Grundbücher und Statistiken betrieb, die bis heute andauert. Talabany, 1999, S. 72.

der Arabisierungspolitik als Verleumdung.²⁰² Saddam Husseins Sicht der Dinge sah wie folgt aus:

»There is nothing wrong for members of the larger national group [i.e., Arabs] to move to live on the land of the smaller national group [i.e., Kurds] which enjoys autonomous rule.[...] Any opposition to such a development is nothing but pure separatism.«²⁰³

Bagdad ließ die für den 26. Oktober 1970 geplante Volkszählung zur Feststellung, wie viele Kurden im Irak leben und welche Gebiete sie bewohnen, aus 'technischen Gründen' verschieben.²⁰⁴ Ob diese Verschiebung taktisch begründet war, weil die Ergebnisse einer heimlich durchgeführten Untersuchung durch die Behörden, unvoreilhaftige Zahlen ermittelt hatte,²⁰⁵ wie damals ein kurdischer Politiker behauptete, ist nicht auszuschließen.

Die Vermutung liegt nahe, dass die anhaltende Arabisierungspolitik die Kurden zu einer härteren Gangart getrieben hat, wie dieses während der Verhandlungen von 1972 festzustellen ist. Dort erklärte Barzani dem Mitglied der irakischen Delegation Murtatha al-Hadithi, er sei nicht bereit, die Ergebnisse einer Volkszählung anzuerkennen, wenn sich die Gebiete, die er als kurdisch betrachte, nicht als kurdisch erwiesen. Der DPK-Präsident präziserte:

»Kirkuk is part of Kurdistan. If the population census shows that the majority of its inhabitants are not Kurds, I will not recognize this. I will not bear, before the Kurds, the responsibility for relinquishing Kirkuk. May be this can take place after me.«²⁰⁶

Aus Barzanis Sicht war Kirkuk sowohl historisch als auch demographisch betrachtet kurdisch. Vor diesem Hintergrund hielt er die Durchführung einer Volkszählung dort sogar für unnötig,²⁰⁷ erst recht nach der praktizierten Arabisierung. Barzani schien in dieser Angelegenheit nicht bereit, auf Kompromisse einzugehen.²⁰⁸ Einmal sagte er: »Wir haben zehn Jahre lang um die Autonomie gekämpft. Wir werden, wenn es sein muß, noch einmal fünf Jahre um Kirkuk kämpfen.«²⁰⁹

Bezüglich der Demarkation der kurdischen Gebiete verfolgte die DPK 1972 eine Strategie, die auf der Betonung von der Regierung bereits anerkannter Tatsachen beruhte. Mit Blick auf die provisorische Verfassung, die besagte: dass der Irak aus zwei Nationen bestehe, forderte sie, dass die Gebiete der beiden Hauptnationen im Irak abgegrenzt werden müssten.²¹⁰ Diese Forderung hatte aber kaum Chancen in die Tat umgesetzt zu

²⁰² Süddeutsche Zeitung vom 7. Juli 1973. An-Nahar vom 14. April 1972 nach Ghareeb, 1981, S. 112. Später befürwortete und bestätigte Saddam Hussein diese Politik öffentlich.

²⁰³ Al-Jumhuriya vom 16. März 1971, zitiert nach E. Karsh/I. Rautsi: Saddam Hussein, A Political Biography, London u.a. 1991, S. 73-74.

²⁰⁴ An-Nahar vom 20. Dezember 1970.

²⁰⁵ H. Hauser: Die Kurden, Stiefsöhne Allahs, Frankfurt a. M. 1990, S. 220.

²⁰⁶ Settlement of the Kurdish Problem in Iraq, 1974, S. 38-39. Siehe auch Barzanis Äußerung bei Deschner, 1989, S. 258.

²⁰⁷ Middle East Record, Bd. 5, 1969-1970, S. 738. »Der beste Beweis für unsere Rechte auf Kirkuk,« sagte der DPK-Präsident einmal, »ist die Tatsache, daß es dort nicht einmal einen arabischen Friedhof gibt und kein einziges arabisches Grab.« Frankfurter Rundschau vom 16. März 1974.

²⁰⁸ Aus Fat-Hullahs Erzählungen geht hervor, dass bei den ersten Gesprächen ein Mitglied der irakischen Delegation, Abdullah Sallum al-Samarai, behauptete, Kirkuk sei arabisch. Barzani reagierte verärgert und verließ den Verhandlungsraum. Erst nachdem al-Samarai aus dem Verhandlungsraum entfernt worden war, kehrte der Kurdenchef zurück. Fat-Hullah, 1998, S. 188.

²⁰⁹ Kutschera, 1979, S. 270; Middle East Record 1969-1970, S. 738; Süddeutsche Zeitung vom 7. Juli 1973.

²¹⁰ Hajjar, 1975, S. 110.

werden, obgleich laut kurdischen Angaben die Baathseite während des März 1970 sogar kurz davon überzeugt werden konnte, dass nur die irakischen Araber ein Teil der arabischen Nation seien und nicht das ganze irakische Volk, wie es die provisorische Verfassung betonte.²¹¹ In Wirklichkeit zielte die Politik der Baathseite in eine völlig andere Richtung. Sie basierte auf ihrer ideologischen Vorstellung von der großen arabischen Heimat, die den gesamten Irak als Teil des arabischen Vaterlandes und die Kurden nur als eine in dieser Heimat geduldete Minderheit betrachtete.²¹² Das war auch der Grund, warum die Baathisten im Autonomiegesetz die Forderung der Kurden nicht berücksichtigten, Flagge und Emblem der irakischen Republik entsprechend abzuändern. Beide waren seit Arefs Herrschaft ägyptisch und besaßen keine kurdischen Merkmale mehr.

Saddam Hussein gab zu verstehen, Autonomie bedeute für die Baathpartei, »vollkommene Integration bei Festlegung eines Gebietes, in dem die nationalen Rechte ausgeübt werden und zwar innerhalb der Souveränität des Irak im Hinblick auf Gesichtspunkte der Gegenwart sowie der Zukunft.«²¹³ Da bräuchte man, aus seiner Sicht, keinen Bezug auf die ferne Geschichte zu nehmen, wolle man die ethnischen Gebiete demarkieren. Die Argumentation der Trennung zwischen Geschichte und Gegenwart war einleuchtend. Doch die Arabisierungspolitik in den strittigen Gebieten wie Kirkuk war keine Angelegenheit der fernen Geschichte. Sie war erst recht nicht vergleichbar mit dem hypothetischen Fall, den Saddam Hussein als Beleg für diese Argumentation anführte: Die Araber dürften keinen Anspruch auf Spanien erheben, nur weil sie vor etlichen Jahrhunderten dort gelebt hätten.²¹⁴ Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts hatten nur weniger Araber im Distrikt von Kirkuk gelebt.²¹⁵ Erst als die irakische Monarchie die Politik der Ansiedlung etlicher arabischer Nomadenstämme in der Ebene von Hawija begonnen hatte, stieg der Anteil der Araber in dem Distrikt rapide. Sie stellten 1957 28,2% der Einwohner, während die ethnische Minderheit der Turkmenen 21,4% und die Kurden 48,3% ausmachten.²¹⁶ Bezüglich der Turkmenen ist darauf hinzuweisen, dass die Ereignisse vom Juli 1959 eine tiefe Narbe in den turkmenisch-kurdischen Beziehungen hinterlassen hatten, so dass die Haltung dieser Minderheit gegenüber den kurdischen Forderungen, zwischen Ablehnung und passiver Neutralität schwankte. Bemühungen der kurdischen Seite um eine Normalisierung der Beziehungen bzw. um eine Vereinnahmung

²¹¹ Ebd., S. 188.

²¹² Siehe dazu al-Baath und die Einstellung zu den nationalen Minderheiten (Arabisch), Publikationen der Nationalen Führung der Arabischen Sozialistischen Baath Partei - Bildungsbüro, Bagdad 1974. Dort steht auf Seite 23, »[...] die Kurden koexistierten mit der arabischen Nation in einem Grenzgebiet, das im östlichen Flügel des arabischen Vaterlandes liegt.« Vgl. auch Saddam Husseins Äußerungen gegenüber An-Nahar vom 14. April 1972.

²¹³ Hussein, Bd. 4, 1988, S. 178.

²¹⁴ Ebd., S. 180.

²¹⁵ Die dortigen Araber unterhielten gute nachbarschaftliche Beziehungen zu den Kurden. Als Shaikh Mahmud 1922 nach Sulaimani zurückgeführt wurde und eine kurdische Regierung bildete, statteten ihm sogar die Anführer des Nomadenstamms al-Ubeidi offizielle Besuche ab und huldigten

ihm in seinem Amt. Die Gäste erhielten Geschenke und eine kurdische Flagge, die sie - so hatten sie den Gastgebern erklärt, mitten auf dem Hamringebirge hissen wollten. Khawaja, 1968, Bd. 1. S. 105-06. Der Stamm al-Ubeidi ließ sich erst in den vierziger Jahren in der Hawija-Ebene, südöstlich von Kirkuk, ansiedeln, nachdem er sich eine Einwilligung von Shaikh Mahmud geholt hatte. Talabany, 1999, S. 55. Diesem Stamm, offenbar einer der ersten arabischen Stämme in Süd-Kurdistan, war bewusst, dass die »arabische Grenze« am Hamringebirge endet.

²¹⁶ Talabany, 1999, S. 81.

im Kampf gegen die Staatsmacht scheiterten offensichtlich an der Abwesenheit jeglicher turkmenischer Organisationen.²¹⁷ Jedenfalls blieb die notwendige Einigung über die Demarkation der Autonomieregion auch bei der letzten Verhandlungsrunde aus. Als die kurdische Seite an die vereinbarte Volkszählung erinnerte, reagierte die Baathseite mit den Worten: »Mit Ihnen wird man nie die Zählung machen.«²¹⁸ Die Baathisten lehnten es auch ab, Kirkuk einer gemischten kurdisch-arabischen Verwaltung im Autonomiegebiet zu unterstellen.²¹⁹ Der Teilungsplan des Distriktes, der zwei von sechs Subdistrikten den Kurden zuwies, wurde von der DPK-Seite zurückgewiesen.²²⁰ Die Regierung war mit dem Teilungsplan der kurdischen Seite ebenfalls nicht einverstanden.²²¹ Bemerkenswert ist, dass die DPK letztendlich bereit war - so stellte Saddam Hussein fest - das Autonomiemodell der Zentralregierung zu akzeptieren, wenn Bagdad sich den Standpunkt der DPK bezüglich Kirkuk zu eigen machen würde.²²²

Für die Gültigkeit einer durchzuführenden Volkszählung machte die kurdische Führung am 5. April 1975 einige Vorschläge, die darauf abzielten, die Auswirkungen der Arabisierungspolitik zu beseitigen und ein günstiges Klima in den umstrittenen Gebieten durch die Bildung gemeinsamer Verwaltungen zu schaffen.²²³ Solche Vorschläge fanden in Bagdad nach dem 11. März 1975 jedoch kein Gehör mehr.

Im Ergebnis bleibt festzustellen: Während die Regierung lediglich die Gebiete als kurdisch betrachten wollte, die nur von Kurden bevölkert wurden, forderte die kurdische Seite, wie im März-Abkommen vereinbart, alle mehrheitlich von Kurden besiedelten Gebiete in einer Autonomieregion zusammenzufassen. Da die im März-Abkommen vereinbarte Volkszählung nicht stattfand, erlaubte sich die Regierung später, das Territorium Kurdistans willkürlich festzulegen, so dass die Kurden, obwohl nahezu geschlossene Gebiete bewohnend, in der Hälfte der von ihnen beanspruchten Gebiete plötzlich in die Minderheit gerieten. Das war für die Kurden eine unerträgliche Konsequenz (siehe Karte 7).

5.2 Der Konflikt um die Kompetenzen der Zentralregierung im kurdischen Autonomiegebiet

Im voraus sei angemerkt, dass man über den tatsächlichen Ablauf der Verhandlungen nur spekulieren kann, da die Regierungsseite noch nie die Einzelheiten solcher geheimen politischen Gespräche veröffentlicht hat und die damaligen Verantwortlichen auf kurdischer Seite bislang nur wenige Informationen preisgegeben haben. Die folgende Darstellung der als wichtig erscheinenden Unstimmigkeiten basiert daher auf einem Vergleich zwischen dem Autonomiemodell der DPK von 1973 und dem Autonomiegesetz der Regierung.²²⁴

²¹⁷ Al-Samanji, 1999, S. 192-198. Der Autor gehört dieser ethnischen Gruppe an und zählte damals nach eigenen Angaben zu den Hardlinern der Turkmenen. Die Turkmenen, die nach Angaben al-Samanji, Jahrzehntlang die Mehrheit der Stadt Kirkuk bildeten und seit Mitte der 70er Jahre ebenfalls Ziel der Arabisierung geworden waren, schalteten sich erst nach dem Zweiten Golfkrieg in die Politik ein. Ebd., S. 217 ff.

²¹⁸ Kutschera, 1979, S. 296.

²¹⁹ Vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. April 1974.

²²⁰ Hussein, Bd. 4, 1988, 191.

²²¹ Kutschera, 1979, S. 297.

²²² Hussein, Bd. 4, 1988, S. 192.

²²³ Archiv der Gegenwart vom 10. April 1974, S. 19359; Vanly, 1988, S. 318.

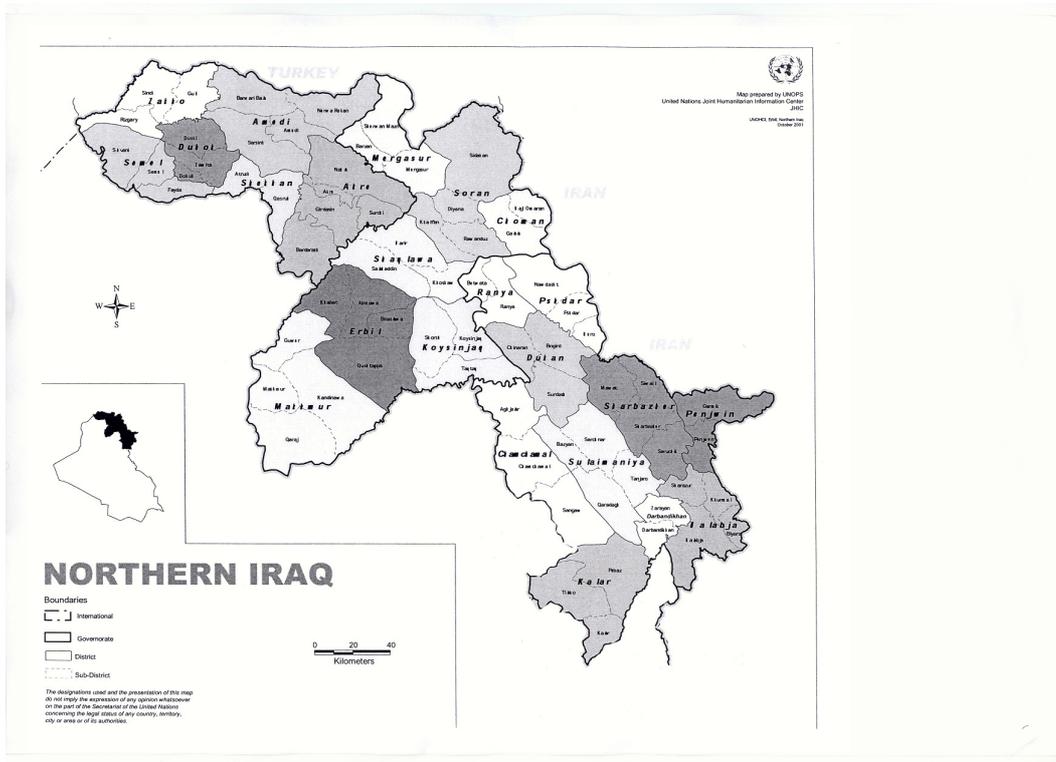
²²⁴ Der DPK-Text ist in Al Hayat vom 21. Juli 1973 und das Autonomie Gesetz der Zentralregierung in Settlement of the Kurdish Problem in Iraq, 1974, S. 192-93, zu lesen.

Karte 7 Das kurdische Autonomiegebiet

Quelle: United Nations Joint Humanitarian Information Center (JHIC), Oktober 2001.

Anmerkung: Da die Distrikte (Qadir Karim, Kifri und Khanaqeen) nicht zum Autonomiegebiet gehören, wurden sie auf dieser Karte retuschiert.





In der Frage der Zuständigkeitsbereiche der Staatsgewalt in Kurdistan sowie der Kompetenzen der Regionalregierung herrschte in mancherlei Hinsicht große Uneinigkeit zwischen den Zielsetzungen der kurdischen und der baathistischen Vertretern. Während die ASBP eher auf eine begrenzte Autonomie ausgerichtet war, versuchte die DPK, wenn man deren Ziele korrekt beschreibt, ein vollständiges föderales System zu etablieren.²²⁵ Im Autonomiegesetz der Regierung waren Bestimmungen eingebaut, die nicht unbedeutende Eingriffe der Zentralregierung ermöglichten. Laut Art. 13 c sowie 13 f des Autonomiegesetzes lag es in der Hand des Staatspräsidenten, den Vorsitzenden des Exekutivrates der Autonomieregierung zu ernennen bzw. zu entlassen und damit auch das kurdische Parlament aufzulösen.²²⁶ Die kurdische Seite forderte, dass die frei gewählte kurdische Legislative der kurdischen Exekutive das Vertrauen aussprechen und entziehen sollte (Abschnitt 2.7). Darüber hinaus bestanden erhebliche legislative Unterschiede. Die Entscheidungen der Autonomieregierung sollten gemäß Art. 19 a des Regierungsgesetzes der Kontrolle des Irakischen Gerichtshofs unterstehen. Die Kurden verlangten neben einer eigenen juristischen Körperschaft (Abschnitt 2.2.7) die Bildung eines Verfassungsschutzgerichtes, dessen Mitglieder zur Hälfte von der irakischen Legislative und zur anderen Hälfte von der kurdischen Legislative ernannt werden sollten (Abschnitt 4.10).²²⁷ Auch in der Exekutive gab es unbefriedigende Bestimmungen für die Kurden. Art. 17 des Autonomiestatutes verlieh dem Innenministerium die Autorität, seine Polizei- und Sicherheitsbeamten in der Autonomieregion schalten und walten zu lassen, ohne besondere Absprachen mit der lokalen Exekutive zu treffen.²²⁸ Diese Apparate sollten laut Abschnitt 2.7 der kurdischen Version dem Ministerium für Lokalverwaltung unterstellt werden.

Die Verfügungsgewalt über die Ressourcen des Landes sowie die Frage der finanziellen Ausstattung der Autonomie stellten sich ebenfalls als problematisch dar. Nach kurdischen Forderungen sollte ein fixer Budgetbetrag aus der Staatskasse zur Entwicklung der Nordprovinzen zur Verfügung gestellt werden und zwar in Abhängigkeit von der Einwohnerzahl.²²⁹ Diesen Vorschlag lehnte Bagdad strikt ab, weil eine solche Grundlage, Vereinbarung zwar für eine Konföderation geeignet sei, aber nicht für eine Autonomieregelung. Gemäß Art. 6 des Autonomiegesetzes sah die Regierung keine finanziellen Vorrechte oder Besonderheiten für die Region vor.²³⁰ Ein weiterer Konflikt bestand darin, dass dem Art. 12 e und 15 e zufolge die Selbstverwaltungsbehörden in Übereinstimmung mit den Gegebenheiten der allgemeinen zentralen Planungen des Staates zwar Projekte und Pläne aufstellen sollten, die die sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten sowie Entwicklung, Erziehung und Bildung, Gesundheit und Arbeitswesen betrafen. Was jedoch Bewässerungs- und Industrialisierungspläne anging, an

²²⁵ Vgl. The Times vom 16. März 1974.

²²⁶ Settlement of the Kurdish Problem in Iraq, 1974, S. 192-93.

²²⁷ Siehe ebd., S. 50 und vgl. Vanly, 1988, S. 320.

²²⁸ Settlement of the Kurdish Problem in Iraq, 1974, S. 195-97.

²²⁹ Während in den frühen siebziger Jahren mehr als 20 Mittel- und Großfabriken im Irak gebaut wurden, war der Anteil in der kurdischen Region äußerst gering. Es kam lediglich zum Bau einer Zigarettenfabrik in Arbil sowie einer Fabrik zur Fraktion von Schwefel aus Erdgas in Kirkuk. Die Wirtschaft des Irak, 1978, S. 80-82.

²³⁰ Vgl. Hauser, 1990, S. 220; Hussein, Bd. 4, 1988, S. 180. Vanly, 1988, S. 319; Settlement of the Kurdish Problem in Iraq, 1974, Art. 5-9, S. 188-89.

denen sich die Kurden interessiert zeigten, so weigerte sich die Regierung, ihnen erforderliche Befugnisse zu gewähren.²³¹

Zusammengefasst war das Autonomiegesetz der Baathisten in vielerlei Hinsicht streng zentralistisch geprägt, während die kurdische Seite bei einigen Fragen Selbständigkeit und/oder Mitspracherecht einforderte. Die Zielsetzungen beider Seiten klafften also weit auseinander. Ihre Ansichten zur Abstimmung über das endgültige Autonomiemodell durch Volksumfrage gingen ebenfalls auseinander. Die irakische Führung plädierte für ein Referendum. Die Autonomiemodelle der beiden Seiten sollten zur Entscheidung dem ganzen irakischen Volk, nicht nur den Kurden, vorgelegt werden. Man argumentierte, dass Autonomie das »irakische Volk in seiner Gesamtheit betrifft.« Dem wollte die DPK nicht zustimmen.²³² Es lag in der Natur der Sache, dass die Kurden keinen Einfluss auf die arabische Mehrheit im Irak zu ihren Gunsten auszuüben vermochten.

Nicht zuletzt der Autonomieentwurf der ASBP stimmte die Kurden nachdenklich.²³³ Die kurdische Machtbeteiligung, wie sie in der März-Deklaration versprochen worden war, entwickelte sich zu einer weiteren Barriere im gefährdeten Friedensprozess.

5.3 Der Konflikt um die Machtbeteiligung der Kurden

Obleich Art. 2 des März-Manifestes den Kurden die Beteiligung an allen gehobenen Posten und Art. 15 eine prozentuale Beteiligung an der Legislative garantierten, bahnte sich um die Machtausübung bzw. deren Verteilung zwischen den Kurden und der Baathpartei rasch ein Streit an. Zu Beginn waren die Baathisten nach ihren Schilderungen bereit, die Kurden als eine Nation an der Macht zu beteiligen. Al-Thawra schrieb:

»As we have repeatedly stated, the ABSP that leads political power in Iraq, "absolutely" believes in the full and fair participation of the Kurdish nationality in the government of the country.«²³⁴

Doch bei solchen Gelegenheiten wurde die DPK mit keinem Wort erwähnt. Die Problematik um die Machtverteilung wurde vom Standpunkt der Baathisten aus in der Form definiert,

»that the KDP mixes its own right for participation together with the size of its participation with those of the entire Kurdish population. The KDP also refuses to draw a dividing line between the nature of the two participations.«²³⁵

Von daher war der Partizipation der DPK an der Staatsgewalt eindeutige Grenzen gesetzt. Die Baathisten beabsichtigten die Kurdenpartei, die den Anspruch auf die alleinige Vertretung der Kurden erhob, nicht als solche anzuerkennen. Diese baathistische Position war nach dem März 1970 allgegenwärtig. Auf der dritten, am 24. September 1973 abgehaltenen Konsultation über das Autonomieprojekt verlieh Saddam Hussein dieser Einstellung Nachdruck und unterstrich die absolute Führerschaft seiner Partei, als er sagte:

»[...] wir dürfen einige Begriffe nicht missverstehen, so dass uns die Grenze zwischen unserem kurdischen Volk und der Demokratischen Partei Kurdistans schwindet, bis hin zur Vorstellung der Kongruenz zwischen den beiden [...]. Das ist ein falsches Begreifen, denn die Arabische Sozialistische Baath Partei betrachtet sich grundsätzlich sowie in der Praxis

²³¹ Neue Zürcher Zeitung vom 16. März 1974; Vanly 1988, S. 320.

²³² Hussein, Bd. 4, 1988, S. 197.

²³³ DPK-VK: Einschätzung, 1977, S. 37.

²³⁴ Settlement of the Kurdish Problem in Iraq, 1974, S. 49.

²³⁵ Ebd., S. 50.

als Führungskraft des irakischen Volkes, nicht nur als Führungskraft der Araber allein innerhalb des irakischen Volkes.«²³⁶

Die Baathpartei war bestrebt, ein »demokratisches, revolutionäres, einheitliches System« unter ihrer Führung zu Stande zu bringen.²³⁷ Um den Eindruck eines undemokratischen Charakters dieser Haltung zu entkräften, präsentierte die Baathpartei recht früh ihre eigene Begründung für diesen Vorschlag. Sie versuchte den Entwurf der sogenannten Charta der Nationalen Aktion als eine Art gemeinsamen Nenner 'common factor' für alle Parteien, die an einer Regierung der Nationalen Allianz beteiligt werden wollten, auszugeben.²³⁸ Das Führungsgremium dieser Front war, bereits wie angedeutet, zugunsten der Baathisten disproportional besetzt.²³⁹ Obwohl im Programm der national-progressiven Front von der Beendigung der Übergangsphase die Rede war, um eine endgültige Verfassung zu verabschieden,²⁴⁰ lehnte die Baathpartei den Vorschlag der DPK ab, zur Beendigung der Übergangsphase sechs Monate nach dem März 1974 freie Wahlen abzuhalten. Tatsächlich beabsichtigte die ASBP, die legislative Macht der geplanten Nationalversammlung stark zu begrenzen und sie weitgehend dem KRR unterzuordnen.²⁴¹ Die national-progressive Front war also eher von symbolischer Bedeutung und konnte die Erwartungen der Nicht-Baathisten kaum erfüllen, erst recht nicht die der Kurden.

Die tatsächliche Beteiligung der Kurden an den gehobenen Dienststellen, wie sie in Art. 2 der März-Proklamation angekündigt worden war, ließ auch vier Jahre nach der kurdisch-baathistischen Verständigung auf sich warten. Die Baathisten hatten den Kurden lediglich auf administrativer Ebene Zugang gewährt, wie z.B. zu den Gouverneurämtern in Kurdistan und zum Kabinett in Bagdad, das während der ganzen Zeit nicht eine förmliche Sitzung abgehalten hatte.²⁴² Zu den wichtigsten Organen des KRR, auch wenn dieser nicht ausdrücklich in der März-Deklaration erwähnt wurde, und der Sicherheitsapparate, die die tatsächliche Staatsgewalt ausübten, hatten die Kurden keinen Zugang. Diese waren das Monopol der ASBP, genauso wie die politische Tätigkeit in der Armee, die ausschließlich den Baathisten vorbehalten war.²⁴³ Von daher war es auch kein Zufall, dass entgegen den Bestimmungen des Art. 3a des März-Manifestes der kurdische Anteil an den Schulen für die Ausbildung der Armee- und Polizeioffiziere 1973 kaum 2% überschritt. Die Schulen des Generalstabs und der Luftwaffe blieben »kurdenfrei« und unter den 80 Botschaftern gab es nur einen einzigen Kurden.²⁴⁴ Auch wenn die baathistische Unterscheidung zwischen der DPK und den Kurden gerechtfertigt gewesen sein dürfte, so blieb die Partizipation der nicht-arabischen Volksgruppe an der eigentlichen Macht weit hinter den kurdischen Bestrebungen zurück.

²³⁶ Hussein, Bd. 4, 1988, S. 155.

²³⁷ Diskussionen der Charta, 1972, S. 302.

²³⁸ Settlement of the Kurdish Problem in Iraq, 1974, S. 50.

²³⁹ Die Charta der Nationalen Aktion und das Programm sowie die Arbeitsprinzipien der patriotischen, nationalen und progressiven Front. Publikationen des Informationsministerium, Dokumentationsreihen Nr. 39, Bagdad 1973, S. 67.

²⁴⁰ Diskussionen der Charta, 1972, S. 304.

²⁴¹ Vgl. Vanly, 1988. S. 320.

²⁴² Süddeutsche Zeitung vom 5. September 1972. Siehe auch Hauser, 1990, S. 219.

²⁴³ Siehe die Note der DPK an die Baathpartei bei Hajjar, 1975, insbesondere die Seiten 85, 87, 90, 93 und 97, sowie al-Bakrs Pressekonferenz in An-Nahar vom 20. November 1971.

²⁴⁴ Vanly, 1988. S. 312.

5.4 Weitere wichtige Faktoren, die den Kriegsausbruch forcierten

Die Vermutung liegt nahe, dass sich der Friedensprozess bis auf weiteres in Form eines passiven Friedens fortgesetzt hätte, wären die Staatseinnahmen aus dem Verkauf von Erdöl nicht unerwartet gestiegen und hätte es die kriegsfördernden Außenverbindungen der Konfliktparteien nicht gegeben.

Die rapide Zunahme der Erdöleinkünfte durch die Verstaatlichung der Erdölfelder versetzte die Baathpartei binnen anderthalb Jahren in eine äußerst starke Position, so dass sie sich einen neuen und entscheidenden Waffengang finanziell leisten konnte. Das Land pumpte täglich 113,3 Mio. Liter Öl durch die Pipelines in die Ölhäfen Syriens und des Libanon.²⁴⁵ Anfang April 1974 gab der KRR sogar einen Rekordhaushalt für das Haushaltsjahr 1974/75 bekannt. Er betrug umgerechnet rund elf Mrd. USD. Damit hatte er sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt.²⁴⁶ Mit Hilfe dieser Gelder rüstete Bagdad die irakische Armee mit modernsten Waffen aus der Sowjetunion aus. Die irakischen Machthaber stimmten auch deshalb für eine militärische Entscheidung, weil sich der kommende Krieg in mancher Hinsicht von den vorherigen unterscheiden sollte - eine Weltmacht war unmittelbar darin verwickelt. Der Geheimbesuch Saddam Husseins in Moskau Ende Februar 1974²⁴⁷ und die Reise des sowjetischen Verteidigungsministers Marschall Gretscho nach Bagdad²⁴⁸ - vor Ablauf des irakischen Ultimatums an die Kurden - lassen keinen Zweifel daran aufkommen, dass sich der Irak, bevor er seine Streitkräfte gegen die Kurden in Marsch setzte, eine verstärkte militärische Zusammenarbeit mit den Sowjets gesichert hatte. Wie schon erwähnt, war Moskau daran interessiert, im Nahen Osten Fuß zu fassen und versuchte zu diesem Zweck, ihre Beziehungen mit Bagdad zu verstärken. 3000 sowjetische Militärexperten befanden sich im Irak, die mit Rat und Tat den Baathisten in ihrem Kampf gegen die Kurden zur Seite standen. Vor diesem Hintergrund war es auch keine Überraschung, dass Moskau die Autonomievorschlüsse der irakischen Regierung als »gerechte Lösung« des Kurdenproblems bezeichnete.²⁴⁹ Überdies flog Saddam Hussein einen Tag vor Ablauf der fünfzehntägigen Frist an die Kurden nach Indien,²⁵⁰ das Lizenzen für die Herstellung einiger wichtiger sowjetischer Waffengattungen besaß.

Auch auf kurdischer Seite gab es Kontakte ins Ausland. Barzani, der in einem Interview die sowjetische Rüstungslieferung an den Irak scharf kritisierte, stellte fest:

»Der Iran hilft uns. Ich habe den Schah Schritt für Schritt in der Autonomie konsultiert. Er hatte keine Einwände. Die Bergroute zwischen hier [Irakisch-Kurdistan] und dem Iran ist für uns eine wertvolle Nachschubverbindung.«²⁵¹

Bereits drei Monate vor Kriegsausbruch hatte der DPK-Präsident auf einer erweiterten Sitzung des DPK-Politbüros mit den militärischen Befehlshabern behauptet, sie würden das Bagdader Regime mit ähnlichen Waffen bekämpfen, mit denen das Regime sie bekämpft.²⁵² Diese Äußerung lässt vermuten, dass Barzani sich verbindliche Zusagen bei seinen Helfern geholt haben muss und die militärische Option wohlwollend in Erwägung

²⁴⁵ Handelsblatt vom 20. November 1973.

²⁴⁶ Süddeutsche Zeitung vom 3. April 1974.

²⁴⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. März 1974.

²⁴⁸ Ebd. vom 25. März 1974.

²⁴⁹ Ebd. vom 1. April 1974.

²⁵⁰ An-Nahar vom 28. März 1974.

²⁵¹ Tagesanzeiger vom 29. März 1974.

²⁵² DPK-VK, 1977, S. 42.

gezogen hatte für den Fall, dass der Irak ihm nicht genügend entgegenkomme. Später stellte er sogar unverhohlen fest, dass sie (die Kurden) ohne die US-amerikanischen Zusagen, anders gehandelt hätten.²⁵³

Schließlich darf man eine Tatsache nicht verkennen: Durch die Gewinnung vieler neuer Anhänger²⁵⁴ und durch die erfolgreiche Bindung der Kommunisten an die Nationale Front waren die baathistischen Entscheidungsträger im Irak fünf Jahre nach ihrer Machtübernahme durchaus in der Lage, machtvoll im Krieg gegen die Kurden vorwärtszudringen.

Fazit

Aus dem bereits Dargestellten ergibt sich, dass in den letzten 15 Monaten vor dem Ablauf der Übergangsphase (Anfang 1973 bis März 1974) weiterhin erhebliche Meinungsunterschiede zwischen den Konfliktparteien bestanden. Die Regierungsseite versuchte mit der Verkündung des Autonomiegesetzes ihre Verpflichtungen zur Lösung der Kurdenfrage als erfüllt zu betrachten. Sie hatte zuvor die meisten kurdischen Gegenvorschläge unter dem Vorwand zurückgewiesen, sie seien für eine Autonomieregelung nicht geeignet. Die Position der Kurden zur baathistischen Autonomie war sehr kritisch. Vom kurdischen Standpunkt aus kam die Baathpartei den 1970 gemachten Zusagen nur zum Teil nach. Die wichtigste Streitfrage kreiste um den Distrikt Kirkuk.

Weshalb hielten die Konfliktparteien an der Einverleibung dieses Gebietes in ihren Kompetenzbereich so vehement fest?

Offenbar fürchtete Bagdad, dass eine Angliederung Kirkuks an die kurdische Autonomieregion zwei negative Entwicklungen hervorrufen würde. Zum einen würden die Kurden in der einen oder anderen Form einen Einfluss auf die wichtigste Einnahmequelle des Landes erhalten. Zum anderen könnten so zessionistische Tendenzen gefördert werden und - in ferner Zukunft - den Verlust einer der bedeutendsten Reichtumsquellen der Republik bedeuten. Für die kurdische Seite war es selbstverständlich, dass Kirkuk der Autonomie unterstellt werden musste. Ob Barzani die Autonomie vor Augen und einen eigenen Staat im Visier hatte, ist nicht ausgeschlossen. Wahrscheinlich blieb er deswegen bei seiner Forderung so konsequent.

Auch wenn die Kirkuk-Frage sich als der Schlüssel zu einer friedlichen Lösung herausstellte, gab es noch andere Hindernisse, die dem Friedensprozess ein Ende bereiteten: Die Partizipation der Kurden an der eigentlichen Macht vollzog sich eher symbolisch und weitgehend administrativ. Die Baathseite hielt die Kurden - und noch mehr die DPK - offensichtlich aus machtpolitischen sowie Sicherheitsgründen von den Hauptsäulen der Macht fern. Von daher fielen nicht unbedeutende Zuständigkeitsbereiche der autonomen Autorität in die Verantwortung der Regierung. Letztendlich führte dieser Mangel an Souveränität dazu, dass das Autonomiemodell der Regierung nicht akzeptiert wurde. In diesem Punkt war sich die Mehrheit der Kurden weitgehend einig.²⁵⁵ Selbst bei dem linken Flügel der DPK, welcher die Verbindung zum Iran ablehnte, wuchs die Einsicht, dass Bagdad kein Abkommen wünscht.²⁵⁶

Ein weiterer Aspekt, der die Aussicht auf eine Einigung zwischen Kurden und Baathpartei enorm beeinträchtigte, war die destruktive Einmischung der ausländischen

²⁵³ Ghareeb, 1981, S. 159.

²⁵⁴ Sluglett/Sluglett, 1991, S. 149.

²⁵⁵ DPK-VK: Einschätzung, 1977, S. 37.

²⁵⁶ Kutschera, 1979, S. 290.

Akteure. Ohne die sowjetische Unterstützung hätte sich Bagdad höchstwahrscheinlich nicht auf einen neuen Krieg vorbereiten können. Die Staaten, die den Kurden zu Hilfe kamen (etwa der Iran, die USA und Israel), standen in Konflikt zum Irak und verfolgten eine Strategie, die den Konflikt auf einen Kriegsausbruch steuerte. Ihre Zusagen und Hilfsangebote an die Kurden ermutigten diese dazu, wenn auch nicht ganz freiwillig, so doch für den Kriegsweg zu optieren.

Was die Verhandlungen scheitern ließ, war die inkonziliante Haltung von Saddam Hussein, das Inkrafttreten der Autonomie nicht um ein Jahr zurückzustellen. So flexibel und friedfertig sein Angebot (jeden Vorschlag zu debattieren) aussah, umso kompromissloser war in Wirklichkeit seine Einstellung. Mit der Verkündung des Autonomiegesetzes stellte er die Kurden vor vollendete Tatsachen: entweder das Autonomiemodell der Baathpartei zu akzeptieren oder die kriegsrische Auseinandersetzung zu wählen.

6 Der Kriegsausbruch und der Zusammenbruch des kurdischen Widerstandes (März 1974 - März 1975)

Da die kurdische Führung mit einigen grundsätzlichen Teilen des Autonomiegesetzes nicht einverstanden war, war abzusehen, dass eine neue Ära in den baathistisch-kurdischen Beziehungen anbrechen würde.

Das von Bagdad den Kurden gestellte Ultimatum verstrich am 26. März 1974 ohne Reaktion. Barzani, der sich weigerte einen Gegenvorschlag oder eine Abänderung zum Regierungsgesetz zu unterbreiten,²⁵⁷ stellte der Regierung ein Gegenultimatum. Demnach sollte Kirkuk der kurdischen Autonomie unterstellt und das Autonomiegebiet geographisch genau festgelegt werden.²⁵⁸ Der KRR ließ in seinen Gesetzen offen, wo genau die Autonomie praktiziert werden sollte. In den am 11. März 1974 verabschiedeten Gesetzen (Nr. 247 zur der provisorischen Verfassung und Nr. 33 zur Novellierung des Autonomiegesetzes) war lediglich die Rede von den Gebieten, in denen die Kurden die Mehrheit stellen und dies gemäß Volkszählung von 1957 bestimmt werden sollten.²⁵⁹ Unterdessen war die Spannung überall spürbar. Die Zeitung al-Taakhi, die von dem Autonomiestatut keine Notiz nahm, stellte ihr Erscheinen 'wegen der vorherrschenden Umstände' bis auf weiteres ein.²⁶⁰ Eine bedeutende Wanderung von Kurden aller gesellschaftlicher Schichten aus den irakisch kontrollierten Niederungen in die von Barzani gehaltenen Berge fand in den Wochen nach dem 11. März 1974 statt. Die kurdischen Minister verließen recht früh die Hauptstadt und traten zurück. Sie wurden am 7. April offiziell entlassen und an ihrer Stelle ernannte die Regierung loyale Kurden.²⁶¹ Drei der fünf neuen Minister gehörten zuvor der DPK an: Aziz Aqrawi, ein Politbüro-Mitglied; Abdullah Ismail, ebenfalls ein Politbüro-Mitglied, der sich aber 1972 von der Barzaniführung getrennt hatte,²⁶² und schließlich Ubeidullah Barzani, der älteste Sohn des Kurdenchefs, der wegen eines familiären Streits die kurdische Front verlassen hatte. Den Baathisten war es

²⁵⁷ Nach dem März-Debakel von 1975 erhoben Barzani-Kritiker den Vorwurf, der DPK-Präsident habe dieses aus Rücksichtnahme auf Teheran unterlassen. DPK-VK: Einschätzung, 1977, S. 45.

²⁵⁸ An-Nahar vom 23. März 1974; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. März 1974.

²⁵⁹ Siehe Wortlaut der beiden Gesetze und die anderen Verfügungen in Encyclopedia of Modern Iraq, Arabic, English, Vol. 2, Editor: Kahlid A.M. al-Ani, Bagdad 1977, S. 943-48.

²⁶⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. März 1974.

²⁶¹ An-Nahar vom 23. März 1973.

²⁶² An-Nahar vom 9. April 1974.

offensichtlich gelungen, in der Übergangsphase (1970-74) etliche Kurden für sich zu gewinnen. Diese entbehrten nicht nur der notwendigen Popularität bei den kurdischen Massen. Sie waren ideologisch heterogen sowie unfähig, eine gemeinsame politische Linie zu entwickeln, die ihnen hätte ermöglichen können, kurdische Interessen tatsächlich zu verwirklichen.²⁶³ Während Bagdad diese Personen als Vertreter der Kurden ausgab und eine Reihe von Dekreten verkündete, mit denen das Autonomiegesetz für die Kurden in Kraft treten sollte (wie z.B. eine kurzfristig erlassene Amnestie sowie allgemeine Wahlen für ein kurdisches Parlament, spitzte sich die Lage im kurdischen Norden zu. Auf einer Sitzung der Progressiven Front verschwieg Saddam Hussein diese prekäre Situation nicht, als er ein für alle Mal ausschloss, sich mit Barzani zu Verhandlungen an einen Tisch zu setzen. Der starke Mann in Bagdad zeigte Entschlossenheit und sagte: »Wir werden nicht ruhen und lassen uns von der Ausrottung Barzanis und seiner Clique nicht abbringen.« Sein einziges Zugeständnis an Barzani war, dass Barzani »die weiße Fahne« hissen sollte.²⁶⁴ Der stellvertretende Leiter des KRR kündigte ebenfalls seine Entschlossenheit an, gegen die nicht unter Staatskontrolle stehenden Gebiete eine strenge Blockade zu verhängen.²⁶⁵

6.1 Der Kriegsausbruch

Die militärischen Vorbereitungen auf beiden Seiten waren abgeschlossen. In den ersten Apriltagen von 1974 war es dann soweit: Mit ungewöhnlicher Härte brach diesmal der Krieg in der kurdischen Region aus. Erstmals verfügte die irakische Führung, die sich zum Ziel gesetzt hatte, den ganzen Norden des Landes zu kontrollieren, über eine modern ausgerüstete 100.000 Mann starke Armee. Dieser standen rund 40.000 Peschmarga und leichtbewaffnete Milizen gegenüber.²⁶⁶

Die erneute militärische Auseinandersetzung zog die kurdische Zivilbevölkerung in noch nie dagewesener Form in Mitleidenschaft. Die meisten unter kurdischer Kontrolle stehenden Dörfer und Kleinstädte waren Ziel massiver irakischer Luftangriffe. Diese dramatische Entwicklung ließ die Zahl der Flüchtlinge rasch auf Zehntausende steigen. Die Gebiete der Aufständischen waren nun in einem solchen Maße überbevölkert, dass man die Flüchtlinge in den Iran evakuieren musste. Einige Monate später zählte man mehr als 100.000 Zuflucht suchende irakische Kurden im Iran²⁶⁷ und dieses verstärkte die Abhängigkeit der Kurden vom Regime in Teheran. Über diese dramatische Flüchtlingswelle hinaus wurden dutzende festgehaltene Kurden in den irakischen Gefängnissen gefoltert und hingerichtet.²⁶⁸ Bis Oktober 1974 waren kurdischen Angaben

²⁶³ Die weitgehende Zersplitterung dieser Kurden veranlasste die Baathpartei sogar dazu, die Mitgliederzahl der Kurden im Führungsgremium der Progressiven Front zu verdoppeln. Khadduri, 1978, S. 100-01.

²⁶⁴ Hussein, Auswahl, Bd. 4, 1988, S. 253. Auch Barzanis Wortwahl war nicht gerade friedensfördernd. »Kurdistan«, sagte er nach dem Kriegsausbruch, »wird ein See von Blut, in dem der Feind ertrinkt.« Die Zeit vom 3. Mai 1974.

²⁶⁵ Hussein, Auswahl, Bd. 4, 1988, S. 253.

²⁶⁶ Zum Verlauf der Kampfhandlungen in den ersten fünf Monaten siehe Neue Zürcher Zeitung vom 21. September 1974. Siehe auch Ghareeb, 1981, S. 160 ff.

²⁶⁷ The Guardian vom 14. Januar 1975; The Times vom 13. November 1974.

²⁶⁸ Laut An-Nahar rächte sich die kurdische Seite nach der Hinrichtung von elf Kurden mit der Exekutierung neunzehn irakischer Offiziere. An-Nahar vom 23. April 1974.

zufolge mehr als 1.000 Gefallene unter den Kämpfern und der Zivilbevölkerung sowie mehr als doppelt so viele Verwundete zu beklagen.²⁶⁹

Obgleich die Regierungsstreitkräfte in dem unwegsamen Gelände der kurdischen Bergwelt im Nachteil waren und große Verluste einstecken mussten, eroberten sie einige wichtige Landstriche.²⁷⁰ An diesen militärischen Erfolgen waren die sowjetischen Experten maßgeblich beteiligt. Die hochmodernen Jagdbomber des Typs MiG 23 sowie die Langstreckenbomber Tu 20 wurden sogar von sowjetischen Piloten gegen kurdische Stellungen geflogen.²⁷¹ Als die Kämpfe in den Wintermonaten abflauten, quartierten sich die irakischen Einheiten zum ersten Mal in dem von ihnen eroberten Gelände ein. Die Kurden blieben jedoch nach wie vor im Besitz eines im Winter unzugänglichen Gebietes. Dies ermöglichte ihnen, sich weiterhin vom Iran aus leicht versorgen zu lassen. Die mit den Verhältnissen gut vertrauten Peschmarga griffen die vorgeschobenen irakischen Einheiten und ihre spärlichen Nachschubwege immer wieder an.²⁷² Die im Juli gestartete und bis Oktober fortgeführte Generaloffensive der irakischen Armee endete schließlich dort, wo sie in allen Kriegen gescheitert war, nämlich an der strategisch wichtigen Hamilton Straße, welche Irakisch-Kurdistan in nordöstlicher Richtung durchquert und bis an die irakisch-iranische Grenze führt. Um diesen für die Kurden lebensnotwendigen Versorgungsweg zu kontrollieren, mussten die umliegenden Gebirge (Handrin und Sosag) erobert werden. In der ersten Oktoberhälfte stürmten die Streitkräfte des Irak den Berghang Sosag. Handrin jedoch blieb in kurdischer Hand. Dem Vorstoß der Iraker wurde somit Einhalt geboten.²⁷³ Hier fand dank der iranischen Einmischung ein Positionskrieg statt. Zwei komplette Regimenter iranischer Einheiten mit etwa einhundert schweren Artilleriegeschützen lieferten sich auf der kurdischen Seite heftige Gefechte mit den irakischen Streitkräften.²⁷⁴ Vor Winterbeginn verstärkten allerdings die Kurden ihren Partisanenkrieg an anderen Fronten und verübten erneut Anschläge auf Ölanlagen sowie Ölpipelines.²⁷⁵

Währenddessen setzte die Regierung, die in der Öffentlichkeit über den Krieg faktisch Stillschweigen bewahrte, ihre Kurdenpolitik im Rahmen des Autonomiegesetzes fort. Der Präsident beteuerte in seiner Rede anlässlich des VI. Jahrestages der sogenannten 17.-Juli-Revolution, umgerechnet eine Mrd. USD für verschiedene Entwicklungsprogramme für das kurdische Gebiet ausgegeben zu haben.²⁷⁶ Im Namen des Staatspräsidenten eröffnete der nun zum Vizepräsidenten des Landes erklärte Kurde Taha Muheddin Maarouf im Oktober 1974 in der Hauptstadt des kurdischen Autonomiegebietes die erste Sitzung der Kurdischen Gesetzgebenden Versammlung. Bis dahin war es der Regierung nicht gelungen, die gewünschten achtzig kurdischen Notabeln vollzählig zu bekommen. Elf Sitze blieben leer.²⁷⁷ Das formelle kurdische Parlament sprach dem autonomen

²⁶⁹ The Guardian vom 14. Januar 1975. Die eigentliche Zahl dürfte wesentlich höher sein. Ein zuverlässiges Erfassungssystem gab es nicht.

²⁷⁰ The Times vom 14. November 1974.

²⁷¹ International Herald Tribune vom 7. Oktober 1974; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Oktober 1974; The Times vom 19. Juni 1974; Hauser, 1990, S. 226; Archiv der Gegenwart vom 10. April 1975, S. 19360; Deschner, 1989, S. 293-96.

²⁷² Rheinischer Merkur vom 18. Oktober 1974; Randal, 1999, S. 218.

²⁷³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. November 1974; Neue Zürcher Zeitung vom 11. März 1975.

²⁷⁴ The Times vom 13. Januar 1975; Kutschera, 1979, S. 317; Alam, 1991, S. 418.

²⁷⁵ Deschner, 1989, S. 306-08.

²⁷⁶ Al-Bakr, 1978, S. 78.

²⁷⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. November 1974.

Exekutivrat mit Hashim Aqrabi an der Spitze das Vertrauen aus.²⁷⁸ Auf das Kriegsgeschehen übten solche Maßnahmen jedoch keinen Einfluss aus.

Trotz enormer militärischer Vorbereitungen, totaler Wirtschaftsblockade gegen Kurdistan und hoher Verluste - Anfang März 1975 gab der Irak erstmals bekannt, dass der Krieg bis dahin das Leben von 15.000 Soldaten gekostet und Kosten von rund 10 Mrd. USD verursacht hätte²⁷⁹ - ließen sich die militärischen Ziele Bagdads nur stückweise realisieren. Die Macht der Kurden, die Mitte 1974 ihre Forderungen verschärften, als sie der Regierung eine Teilung des Landes vorschlugen,²⁸⁰ war in vielen Grenzgebieten zum Iran und zur Türkei bis Januar bzw. März 1975 nicht zu brechen.²⁸¹

Auf dem Kriegsfeld konnte der Konflikt nicht entschieden werden. So wie die reguläre irakische Armee den Kurden keine entscheidende Niederlage bereiten konnte, schlugen auch die kurdischen Bemühungen fehl, Städte am Rande der Berge zu erobern.

6.2 Die außenpolitischen Verbindungen der Konfliktparteien

Es lag in der Natur der Sache, dass die kurdische sowie die baathistische Seite bereits zwei bis drei Jahre vor dem Ausbruch der offenen Feindseligkeiten ernsthaft bemüht waren, zur Durchsetzung ihrer Interessen fremde Mächte in der einen oder anderen Form einzuschalten. Die Verstaatlichung der Erdölindustrie, der anhaltende Konflikt mit dem Iran über die Grenzfrage am Schatt al-Arab sowie die zunehmende Isolierung des Landes durch verbale Attacken - nicht zuletzt in der Palästinafrage - veranlassten die baathistische Regierung 1972, eine strategische Allianz mit der Sowjetunion einzugehen. Diese irakische Annäherung an Moskau fand in einer Zeit statt, in der das Misstrauen zwischen Kurden und Baathisten permanent zunahm. So fühlte sich die kurdische Führung dazu veranlasst, direkte Kontakte mit den Mächten zu suchen bzw. zu verstärken, deren Interessen dem irakisch-sowjetischen Vertrag zuwiderliefen.

Die Wahl musste auf den Iran und die USA fallen. Zum Iran pflegte man seit Mitte der sechziger Jahre Beziehungen. Das Nachbarland stand sich aufgrund von Grenzstreitigkeiten und aus ideologischen Gründen nicht gut mit Bagdad und war daran interessiert, sowohl seinem Erzfeind das Leben zu erschweren, als auch den Einfluss der Sowjets in der Region zurückzudrängen. Doch gegenüber dem iranischen Kaiser hegte die kurdische Seite Misstrauen. »We do not trust the Shah,« erzählte Barzani 1973 Jim

²⁷⁸ Süddeutsche Zeitung vom 8. Oktober 1974.

²⁷⁹ Archiv der Gegenwart vom 10. April 1975, S. 19361. Die Angaben über die Zahl der Opfer sind nicht eindeutig. Der irakische Stabschef Lt. General Abdul-Jabbar Schenschel behauptete, dass 1.640 getötet und 7.903 verwundet seien. International Herald Tribune vom 6. Mai 1975; Le Monde vom 6. Mai 1975. In Teheran gab Saddam Hussein in einem Interview mit Kayhan die Zahl der gefallenen Soldaten mit 10.000 an. Süddeutsche Zeitung vom 29. April 1975. Diese Zahl hat Saddam Hussein 1978 noch einmal auf ca. 14.000 Verletzte und Gefallene korrigiert und beteuerte, er habe keine Angaben über die Opfer unter der Zivilbevölkerung. S. Hussein: Eine Frontlinie oder zwei? In den Angelegenheiten der Patriotischen Front (Arabisch), 2. Aufl., Beirut 1978, S. 40-41 Nachdem sich der Konflikt mit dem Iran erneut zugespitzt hatte, korrigierte Saddam Hussein seine Angaben bei der Aufkündigung des algerischen Abkommens am 17. September 1980. Diesmal sprach er insgesamt 60.000 Betroffenen unter den Streitkräften und dem Volk. Saddam Hussein: Meinungen und Einstellungen (Arabisch), Bd. 4, Publikationen der irakischen Botschaft in Beirut, Beirut 1980, S. 13. Ob diese Korrektur taktisch motiviert war, um die Aufhebung der Konzessionen an den Iran, die Saddam Hussein nach dem Sturz des Schahs rückgängig machen wollte, zu rechtfertigen, ist nicht ausgeschlossen.

²⁸⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Juni 1974; Süddeutsche Zeitung vom 11. sowie 14. Juni 1974. Barzani meinte in einem Interview: »...the more bitter the struggle, the greater our demands are likely to be.« Newsweek vom 22. Juli 1974.

²⁸¹ The Times vom 13. Januar 1975.

Hoagland von der Washington Post, »I trust America. America is too great a power to betray a small people like the Kurds.«²⁸² Offensichtlich mit dem festen Vorsatz, alle Brücken zu Bagdad abzureißen, unternahm die kurdische Führung Anstrengungen, eine Allianz mit dem Iran und den USA einzugehen. Die Vereinigten Staaten von Amerika sollten in diesem Zusammenhang als Garanten dafür auftreten, dass der Schah eines Tages die Kurden nicht fallen lässt.²⁸³ Nach geheimen Konsultationen zwischen Teheran und Washington wurden tatsächlich Kontakte zwischen den amerikanischen Geheimdiensten und Barzanis Quartier hergestellt. Die USA leisteten, den Wünschen des Schahs entsprechend, den Kurden Hilfe. Die finanzielle US-Unterstützung war allerdings geringfügig.²⁸⁴

»But it was just important enough«, merkt Randal an, »to comfort Barzani in his most persistent and dangerous illusion, that of a genuine American guarantee for the Kurds.«²⁸⁵

Dessen ungeachtet rissen die kurdischen Beziehungen zur Sowjetunion nicht gänzlich ab. Das galt zumindest für die erste Hälfte des Jahres 1972. Die Kurden waren bemüht, dass die Sowjets auf die Baathisten Druck ausübten.²⁸⁶ Moskau blieb offenbar auch später nicht tatenlos. Wie bereits erwähnt, suchte der sowjetische Verteidigungsminister Andrij Gretchko vor dem Ablauf des irakischen Ultimatums an die Kurden die irakische Führung auf. Der Gast soll, laut New York Times,²⁸⁷ ein Projekt zur Übereinkunft zwischen den Kurden und der Baathpartei vorgeschlagen haben. Doch auf den Rat des Iran und der USA hin lehnte Barzani dieses Projekt ab. Näheres über das Projekt wurde nicht bekannt.

Die von den Kurden erstrebte Kooperation mit Teheran und Washington wurde in der Praxis zu einem Dilemma. Denn für die beiden Staatsmächte stellte die Kontaktaufnahme zu den Kurden nichts anderes als ein Störmanöver für Bagdad dar. Den Hauptverantwortlichen in der kurdischen Bewegung leuchtete zu spät ein, dass die ausländischen Helfer nicht die geringste Absicht hatten, ihnen zum militärischen Erfolg zu verhelfen,²⁸⁸ obgleich sie sie zum Krieg ermutigten. Der Iran lieferte den irregulären Armeen der Kurden die notwendige Munition lediglich in geringem Maße, so dass sie gerade für drei Tage ausreichte, und ließ diese Lieferungen sofort stoppen, wenn die Kurden gewisse Erfolge verbuchten. Anders formuliert: Die iranische Unterstützung ließ den Kurden faktisch keine Möglichkeit, für den Notfall Waffen und Munitionen zu lagern²⁸⁹ oder überhaupt eine Wende im Krieg herbeizuführen, und die USA hatten ausschließlich auf eine iranische Bitte hin akzeptiert, mit den Kurden Kontakte aufzunehmen. Das Ziel der Iraner und der USA war es - wie die Untersuchungskommission des US-Kongresses zu den Aktivitäten der CIA 1976 feststellte - , dass die Kurden gerade in der Lage waren,

²⁸² Randal, 1999, S. 156.

²⁸³ The Pike Report, CIA, Nottingham 1977, S. 196.

²⁸⁴ Diese Hilfe betrug laut Pike-Report insgesamt 16 Mio. USD Ebd., S. 197.

²⁸⁵ Randal, 1999, S. 152. Vanly, Barzanis langjähriger Sprecher in Europa, schreibt über die Folgen dieser sogenannten Garantie, dass »die Bewegung ein gefährliches Gefühl der Selbstgenügsamkeit entwickelt« habe. Vanly, 1988, S. 346.

²⁸⁶ Vanlys Darstellungen zufolge soll es in den letzten fünf Monaten des Jahres 1972 drei Versuche in dieser Richtung gegeben haben. Vanly, 1988, S. 332; siehe auch Kutschera, 1979, S. 282.

²⁸⁷ The New York Times vom 12. Februar 1976.

²⁸⁸ The Guardian vom 14. Januar 1975.

²⁸⁹ Le Monde vom 3. April 1975; Randal, 1999, S. 161.

einen ausreichenden Grad an Feindseligkeiten aufrechtzuerhalten, um die Ressourcen des Irak zu unterminieren.²⁹⁰ Von daher erwies sich die gewaltsame Option für die Kurden in Wirklichkeit als kein erfolgversprechendes Mittel.

Für die irakische Seite war die Situation nicht viel anders. Selbst die nicht zu unterschätzende Beteiligung der Sowjets an den Kampfhandlungen, vor allem bei der Planung der militärischen Operationen, half der irakischen Führung nicht, die Kurden entscheidend zu schwächen.²⁹¹ Der heftige Widerstand der Peschmarga sowie die iranische Artillerie hinderten die Iraker mehrfach daran, strategische Positionen der Kurden einzunehmen,²⁹² zumal die logistische Situation gleichermaßen hoffnungslos war. Die Armee litt unter einem großen Mangel an Munition, der alarmierende Ausmaß im März 1975 annahm. Saddam Hussein behauptete sogar später, dass der Luftwaffe nur drei schwere Bomben geblieben wären.²⁹³

Darüber hinaus hatte die irakische Annäherung an Moskau eine Isolierung des Bagdader Regimes hervorgerufen. Um diese zu durchbrechen, versuchte man die Beziehungen zu den arabischen Staaten und zu den neutralen Staaten zu intensivieren. Saddam Hussein besuchte zu diesem Zweck mehrere Hauptstädte und Bagdad verstärkte die diplomatischen Kanäle mit einigen anderen Ländern. Laut einem bemerkenswerten Artikel der Neuen Zürcher Zeitung sollen die Iraker von den neuen Freunden zwar allerhand Kritik an ihrer radikalen Politik vernommen z.T. aber auch diplomatische Erfolge erzielt haben. Der algerische Präsident Hawari Boumediene hatte Washington vor jede Unterstützung der Kurden gewarnt, und auf seine Initiative hin soll ein geplanter Besuch einer kurdischen Delegation in Washington abgesagt worden sein.²⁹⁴ Doch in Anbetracht der sicheren Erkenntnis, dass der Iran die Lebensader des kurdischen Widerstandes war, und angesichts des erklärten Willens der Baathregierung, die Aufständischen »um jeden Preis« und »ein für allemal«²⁹⁵ zu beseitigen, stand die Suche nach einem Ausweg aus dem Konflikt mit dem Iran im Vordergrund. Da entschied sich Saddam Hussein dafür, sich mit dem Schah zu arrangieren. Er tat also genau das, womit er bereits 1973 der Führung der Kurden gedroht hatte. Das Ergebnis war das Algerienabkommen.

6.3 Das Algerienabkommen von 1975, welches zum kurdischen Desaster führte

Der Irak hatte zwar nach dem Oktoberkrieg 1973 die diplomatischen Beziehungen zu Teheran erneut aufgenommen, das Verhältnis der beiden Staaten zueinander blieb aber weiterhin konfliktträchtig. Die Zuspitzung dieser Beziehungen zeichnete sich bereits vor dem Kriegsausbruch in Kurdistan ab. Kern der irakisch-iranischen Auseinandersetzung war der Grenzverlauf entlang des Schatt al-Arab. Dieser Fluss stellte nicht nur den

²⁹⁰ CIA, The Pike Report, 1977, S. 197.

²⁹¹ Wahrscheinlich waren die Sowjets nur bis zu einer bestimmten Grenze bereit, Bagdad behilflich zu sein, denn sie hatten offensichtlich kein Interesse daran, dass der Grenzkonflikt mit dem Iran dermaßen eskalieren, dass es zu einem direkten zwischenstaatlichen Krieg kommen würde. Siehe Neue Zürcher Zeitung vom 2. Oktober 1974.

²⁹² »I spent four and a half hours with Saddam Hussein,« erzählte der Schah seinem vertrauten Alam nach der Verständigung mit dem Irak, »and he admitted that several times the presence of our troops and artillery had been only factor to stand between the Iraqis and total victory.« Alam, 1991, S. 417-18.

²⁹³ Hussein, Bd. 4, 1980, S. 15.

²⁹⁴ Neue Zürcher Zeitung vom 2. Oktober 1974.

²⁹⁵ Al-Bakr, 1978, 141-42.

einzigem irakischen Zugang zum persischen Golf dar, er war auch die wohl wichtigste Wasserstraße, die die iranische Ölraffinerie in Khuzistan mit dem Golf verband. Der iranischen Forderung nach einer Korrektur der 1937 gezogenen Grenze an diesem strategisch wichtigen Fluss gemäß den internationalen Vereinbarungen (Markierung im mittleren Abschnitt) wollte Bagdad nicht entgegenkommen. Daraufhin griffen beide Seiten erneut zu Druckmitteln. Der Irak begann mit arabisch-nationalistischen Agitationen in der südöstlichen iranischen Provinz Khuzistan (Arabistan genannt), unterstützte Subversionsversuche der Belutschen im östlichen Teil des Nachbarlandes und nahm iranische Oppositionelle auf. Darüber hinaus beteiligte man sich an einem anderen Konflikt, in den bereits das Nachbarland involviert war, nämlich im Sultanat Oman. Der Iran mischte sich ebenfalls tatkräftig in die irakischen Angelegenheiten ein. Teheran erkannte recht früh, dass eine starke Annäherung an die militärisch gut organisierten Kurden, den Druck auf Bagdad enorm erhöht und die militärische Austragung des irakisch-kurdischen Konfliktes bot hierzu den willkommenen Anlass für den Schah. Folglich kam es in dieser Zeit häufig zu direkten militärischen Gefechten zwischen den beiden Staaten.²⁹⁶ Der Iran verstärkte seit August 1974 permanent seine Hilfe für die Aufständischen. Mit dem Ziel, die Abhängigkeit der Kurden zu forcieren, griffen die iranischen Streitkräfte sogar unmittelbar in die Kampfhandlungen ein. So verloren die Kurden nach und nach die eigentliche Kontrolle auf dem Kriegsfeld an ihre Helfer.²⁹⁷ Zu Beginn des Jahres 1975 hätten sich, so soll Barzani sich bei einem seiner arabischen Gäste beschwert haben, lediglich drei Prozent der Peschmarga an dem eigentlichen Kampf beteiligt.²⁹⁸ Den Truppen des Irak gelang es nicht, den kurdischen Verbindungsweg zum Iran unter ihre Kontrolle zu bringen. Sie hätten den Krieg in das iranische Hoheitsgebiet hineinragen müssen - eine Herausforderung, der sie nicht gewachsen waren. Von daher musste der Konflikt mit dem Iran politisch geregelt werden. Auf der Gipfelkonferenz der OPEC in der algerischen Hauptstadt Algier am 6. März 1975 unterzeichneten schließlich Saddam Hussein und der iranische Kaiser ein Abkommen, das alle Streitpunkte der beiden Staaten ausräumte.

Vorausgegangen waren dem Abkommen rege diplomatische Aktivitäten. Bereits im August 1974 fanden in Istanbul nach der Verabschiedung einer UN-Resolution die ersten direkten Gespräche zwischen beiden Seiten statt.²⁹⁹ Doch auf der arabischen Gipfelkonferenz in Rabat im Herbst des gleichen Jahres bat Saddam Hussein um arabische Vermittlung. Es wurde eine Kommission zur Regelung der Streitpunkte einberufen und die beiden Staaten führten von da an mehrere Gespräche.³⁰⁰ Während eines weiteren Außenministertreffens zwischen Abbas Khalaatbari und Saadoun Hammadi versuchte die iranische Seite zum wiederholten Mal, den Irak zu Konzessionen beim Grenzverlauf im Schatt al-Arab zu bewegen, um ihm in anderen Angelegenheiten, vor allem in der irakischen Kurdenfrage, entgegenzukommen.³⁰¹ Die iranischen Quellen behaupteten

²⁹⁶ Süddeutsche Zeitung vom 14. August 1974; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. August 1974, vom 17. Oktober 1974 sowie vom 19. Dezember 1974. Siehe auch Ghareeb, S. 170.

²⁹⁷ Siehe Kutschera, 1979, S. 315.

²⁹⁸ Randal, 1999, S. 213.

²⁹⁹ Weitere diplomatische Bemühungen fanden im Oktober 1974 in New York sowie zwischen dem 16. und 20. Januar in Istanbul statt. M. Parsadost: Die historischen Wurzeln der Konflikte des Iran und Irak (Persisch), Teheran 1369 (1991), S. 399-400.

³⁰⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. November 1974; Archiv der Gegenwart vom 14. März 1975, S. 19310; Khadduri, 1979, S. 151.

³⁰¹ Siehe Süddeutsche Zeitung vom 22. Januar 1975.

zwar, dass dieses nicht den »Verkauf« der Kurden bedeuten würde, doch sie deuteten an, »wenn zwei Staaten sich auf irgend etwas einigen, dann muss eine dritte Partei unbedingt etwas verlieren.«³⁰² Der Schah erreichte mit der Übereinkunft, dass die irakisch-iranische Grenze auf der Talweg-Mittellinie des in den Golf mündenden Gewässers von Euphrat und Tigres verlaufen sollte. Damit annullierte man die 1937 aufgrund britischer Interessen bestimmte und vertraglich festgelegte, aber vom Iran vor allem seit 1969 nicht respektierte alte Grenze, die auf der iranischen Uferseite verlief. Auf dem etwa drei Kilometer breiten Schatt al-Arab sollte nun die Schifffahrt gemeinsam von beiden Staaten betrieben werden.

Das Algerien-Abkommen legitimierte aber auch ein breites Spektrum von Maßnahmen, die über die endgültige Regelung der Schatt-al-Arab-Frage hinausgingen. Beide Staaten sollten laut Punkt 3 des Abkommens auf der gesamten Länge der gemeinsamen Grenze die Sicherheit und das Vertrauen wiederherstellen sowie eine scharfe Kontrolle durchführen, um jegliche Infiltration, von welcher Seite auch immer, zu unterbinden. Obwohl namentlich nicht erwähnt, waren damit vor allem die Kurden gemeint.

Die darauffolgenden Entwicklungen nahmen in der Tat ein rasantes Tempo an. Saddam Husseins Wunsch entsprechend setzte der Schah die Abkommensklauseln unerbittlich sowie unmittelbar um. Nur acht Stunden nach der algerischen Verständigung transportierten iranische Militärkonvois die den Kurden zur Verfügung gestellten schweren Geschütze samt Munitionsdepots und Lebensmittel in Richtung Iran ab.³⁰³ Ohne jegliche Rückendeckung standen nun die Peschmarga auf sich allein gestellt da. Zehn Stunden nach der Bekanntgabe des iranisch-irakischen Versöhnungspaktes startete die irakische Armee eine neue Generaloffensive gegen die Kurden.³⁰⁴ Sie konnte zwar nach dem Abzug der Iraner bedeutende Geländegewinne verzeichnen, doch erwogen die Peschmarga unmittelbar darauf einen »Verzweiflungsangriff«, um eine Wende des Krieges zu erzwingen. Sie brachten den Vorstoß der gegnerischen Truppen vorläufig zum Stillstand³⁰⁵ und die strategisch wichtige Kleinstadt Rawandouz nochmals unter ihre Kontrolle.³⁰⁶ Am 8. März erließ der KRR erneut eine Generalamnestie. Davon ausgeklammert wurden die Barzani-Anführer.³⁰⁷ Aufgrund eines iranischen Ersuchens stellte Bagdad am 13. März die Kampfhandlungen provisorisch ein, damit die kurdische Führung sich auf die neue Situation einstellen konnte.³⁰⁸ Zwei Tage zuvor hatte der iranische König in seiner Residenz in Teheran den Kurdenchef empfangen. Auf diesem Treffen warfen die Kurden dem Schah Wortbruch vor und versuchten vergeblich, ihn von seinem neuen Kurs gegenüber dem Baathregime abzubringen.³⁰⁹ Verärgert über solche Vorwürfe stellte das iranische Staatsoberhaupt die Kurden letztendlich vor die Wahl:

³⁰² An-Nahar vom 19. Januar 1975.

³⁰³ Le Monde vom 3. April 1975.

³⁰⁴ Vgl. The Times vom 11. März 1975 und Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. sowie vom 15. März 1975 und Neue Zürcher Zeitung vom 13. März 1975.

³⁰⁵ Deschner, 1989, S. 333.

³⁰⁶ Vanly, 1988, S. 330; G. Chaliand: The Kurdish Tragedy, London, New Jersey, 1994, S. 64.

³⁰⁷ Süddeutsche Zeitung vom 10. März 1975. Diese Amnestie wurde später bis Mai verlängert. The Time vom 1. Mai 1975.

³⁰⁸ The Times vom 14. März 1975; Archiv der Gegenwart vom 10. April 1975, S. 19362.

³⁰⁹ Laut Randals Schilderungen, die auf Erzählungen eines Barzani-nahen kurdischen Politikers, Muhsin Dizaiee, der selbst bei diesem Treffen anwesend war, beruhen, zeigte Barzani seine Enttäuschung über die Haltung des Schah mit den Worten: »We put our hands in yours. We did not expect ours to be chopped off.« Randal, 1999, S. 170.

Asyl im Iran zu erhalten, sich dem Irak zu ergeben oder ohne jegliche iranische Unterstützung den Krieg fortzusetzen.³¹⁰ Inzwischen waren starke Worte von der irakischen Seite zu hören. Al-Thawra schrieb:

»Der einzige Kurs gegenüber dem Widerstandsnest der reaktionären Kurden im nordirakischen Bergland ist die *Liquidation* dieses Nestes und seine Beseitigung aus der Geschichte unseres Landes.«³¹¹

Nach dem Treffen mit dem Schah kehrte Barzani nach Kurdistan zurück und hielt Konsultationen mit den kurdischen Hauptverantwortlichen ab, mit dem Ergebnis, die militärische Konfrontation fortzusetzen.³¹² In einem verzweifelten Versuch wurde indes ein Telegramm nach Bagdad mit der Aufforderung geschickt, erneut in sofortige Verhandlungen zu treten.³¹³ Bagdad erteilte diesem Vorschlag eine Absage. Begründung: Dieses Angebot des »Lakaienlagers« sei unannehmbar, da es nichts anderes darstelle als den Versuch, erneut heimlich zu intrigieren.³¹⁴

Barzani's Hilferufe an die USA blieben ebenfalls ungehört, denn mit dem Algerienabkommen hatte der Schah seine Ziele erreicht und die USA hatten lediglich mit den Kurden Kontakte aufgenommen, um ihrem Verbündeten einen Gefallen zu tun. Nun weigerten sie sich vehement, zugunsten der Kurden beim Schah zu intervenieren.

Die wahren Dimensionen des Algerienabkommens sollten die Kurden erst noch zu spüren bekommen. Ein Bote des Schahs traf bei Barzani ein und überbrachte eine für die Kurden noch deprimierendere Nachricht. »The Shah now recollected«, zitiert Randal den US-Journalisten Jim Hoagland bezüglich dieser Botschaft, »that he had promised in Algiers not to condone any further fighting by the Kurds, and Iraqi troops were authorized to cross into Iranian territory to enforce this promise.« Dann kam das iranische Ultimatum: »You can surrender to Iraq or you can surrender to us,« sagte der Gesandte aus Teheran General Mansourpour, »you have no other choice.«³¹⁵ Die dritte Option, die der Bote des Schahs Barzani gegenüber nicht erwähnte, war die Fortsetzung des Krieges - eine Option, die die kurdischen Anführer fast einstimmig befürworteten.³¹⁶ Doch darauf ließ sich Barzani, dessen Wort immer ins Gewicht fiel, ab dem 19. März nicht mehr ein. Er glaubte, dass ohne Hilfe von außen, die nun total unterbunden war, kein Widerstand möglich sei.³¹⁷ Von daher traf er die Entscheidung, den Krieg einzustellen. »Stopping fighting was the lesser of two evils«, sagte er.³¹⁸ Statt einer Ansprache hielt er lediglich eine Pressekonferenz ab, auf der er eindeutige Zeichen der Resignation gab, und versuchte erneut, Hilfe zu erhalten.

»Fighting would probably be useless,« sagte er nochmals, »We need help, humanitarian and political, from the major powers and especially from the United States, to prevent genocide.«³¹⁹

³¹⁰ Deschner, 1989, S. 334.

³¹¹ Nach der Neuen Zürcher Zeitung vom 13. März 1975.

³¹² DPK-VK: Einschätzung, 1977, S. 67.

³¹³ Laut DPK-VK: Einschätzung, 1977, S. 115-116, soll dieser Versuch auf Druck der politischen Flügel entstanden sein.

³¹⁴ Archiv der Gegenwart vom 10. April 1975, S. 19362.

³¹⁵ Randal, 1999, S. 171.

³¹⁶ Vanly, 1988, S. 341.

³¹⁷ DPK-VK: Einschätzung, 1977, S. 66.

³¹⁸ Randal, 1999, S. 171.

³¹⁹ International Herald Tribune vom 24. März 1975.

Nach dem Scheitern seiner Bemühungen, die USA einzuschalten und/oder mit dem Irak erneut zu verhandeln, überschritt er noch vor Monatsende zusammen mit den meisten militärischen sowie politischen Chefs die Grenze zum Iran. Ihnen folgten nochmals tausende Kurden. Die meisten Flüchtlinge nutzten aber später die verlängerte Generalamnestie und kehrten in den Irak zurück.

Anfang April hielten die irakischen Verbände ohne jeglichen kurdischen Widerstand Einzug in die jahrelang unter ausschließlich kurdischer Kontrolle stehenden Gebiete. In der irakischen Öffentlichkeit ließen sich die ersten Anzeichen des kurdischen Zusammenbruchs daran erkennen, dass sich die Aufständischen scharenweise den irakischen Behörden stellten und sogar die amtlich ausgesetzte Prämie für die Ablieferung ihrer Waffen erhielten.³²⁰ Präsident al-Bakr hielt anlässlich der Beendigung der Feindseligkeiten im Norden des Landes eine Ansprache, in der er u.a. erklärte, dass »der reaktionäre und unterstützte Aufstand [...] für immer niedergeschlagen« worden sei.³²¹

6.4 Zu Barzanis Entscheidung, die Kampfhandlungen einzustellen

Wahrscheinlich ist das tragische Ende des vierzehnjährigen Aufstands der irakischen Kurden ein beispielloser Fall in der neueren Geschichte der innerstaatlichen Konflikte. Ob die Kurden dazu fähig waren, den bewaffneten Kampf aus eigener Kraft fortzusetzen, bleibt Spekulation. Warum aber ordnete Barzani die Einstellung aller Kampfhandlungen an?

Bis heute sind die wahren Hintergründe von Barzanis Entscheidung umstritten und selbst die Kurden tappen noch im Dunkeln. Bei der Suche nach einer Antwort stößt man auf Schweigen und widersprüchliche Aussagen einiger damals beteiligter kurdischer Wortführer, die bis heute eine gewisse Autorität innehaben. Der bestinformierte Kurde Barzanis Sohn Massud, damals mit der Leitung der kurdischen Geheimdienstorganisation »Parastin« 'Schutz' vertraut und seit 1979 Vorsitzender der DPK, hat seine Geheimnisse noch nicht preisgegeben. Zwei der wichtigsten Mitglieder des DPK-Politbüros, Sami Abdul-Rahman und Mahmud Othman, änderten im Laufe der Jahre ihre Meinung darüber, warum Barzani im März 1975 aufgab. Am 26. April 1975 sagte der Erstgenannte dem französischen Journalisten Kutschera in seinem Asylort im iranischen Naghada: »Ein wichtigerer [Akteur] als der Iran machte uns konkrete Versprechungen, die er aber nicht gehalten hat.«³²² Darüber hinaus bestätigte er 1979 dem deutschen Journalisten Deschner, dass

»der Schah auch mit dem direkten militärischen Einsatz persischer Truppen gegen die Kurden gedroht hatte und vor allem mit der sofortigen Auslieferung der Hunderttausende Flüchtlinge an die irakischen Machthaber«.³²³

Doch im Oktober 1991 vertrat Abdul-Rahman eine andere Ansicht. Bei seinem Interview mit Randal meinte er über Barzani, »I think if he'd been younger and the family poorer Barzani would have fought on. But he was old and the Iranians had given

³²⁰ Das staatliche irakische Fernsehen, das während des Krieges die Menschen über das blutige Geschehen in Unkenntnis gelassen hatte, sparte mit Bildern des eigenen Sieges nicht. Oft wurde gezeigt, wie die Peschmarga reihenweise mit ihren einheitlichen kurdischen khakifarbenen Uniformen nach dem demonstrativen Ablegen ihrer Waffen von irakischen Soldaten begrüßt und z.T. umarmt wurden. Persönliche Erinnerung.

³²¹ Al-Bakr, 1978, S. 138.

³²² Kutschera, 1979, S. 332.

³²³ Deschner, 1989, S. 337.

him millions.«³²⁴ Auch bei Othman sind ähnlich widersprüchliche Aussagen zu erkennen. Während er in den schwierigen Märztagen von 1975 meinte, Barzani sei nicht mehr Herr seiner Handlungen, so nahm er zum bewaffneten Kampf mit den Worten Stellung: »Sollte der Kampf weitergehen, dann würden die hier verbliebenen Kurden Opfer des Genozids«.³²⁵ Doch in seiner 1977 erschienenen Broschüre war er anderer Meinung. Er übte dort scharfe Kritik an der Barzani-Führung und behauptete, dass eine Fortsetzung des Kampfes möglich gewesen wäre, weil den Kurden dazu die notwendigen Mittel (Geld, Munition für den Partisanenkrieg und vor allem die Kampfbereitschaft der Peschmarga) ausreichend zur Verfügung gestanden hätten.³²⁶ Othman ging soweit, dass die Barzani-Führung eine Fortsetzung des Kampfes sogar regelrecht verhindert habe.³²⁷

Es liegt nahe, dass eine Verkettung ungünstiger Umstände sowie einige folgenschwere Fehleinschätzungen der kurdischen Führung das Schicksal der kurdischen Bewegung besiegelten:

1. Die Möglichkeit, dass Barzani gegen seinen Willen und auf Druck des Iran hin die Einstellung der Kämpfe beschloss, erscheint aus dem Grunde denkbar, weil Teheran sich gemäß dem Abkommen vom 6. März (auch Bestandteil des am 13. Juni in Bagdad unterzeichneten Vertrages)³²⁸ verpflichtet hatte, die Kurden am weiteren Kampf zu hindern, und sich tatsächlich daran hielt. Dafür lobte sogar der irakische Präsident die Teheraner Regierung: »Seit der Unterzeichnung des Vertrages vom 6. März hat diese Regierung ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei der getreuen Anwendung aller Vertragspunkte gezeigt.«³²⁹ In seinem letzten Interview, das Barzani auf irakischem Boden der Zeitung *Die Welt* gab, wurde er über seine Einstellung zum Schah gefragt. Barzani antwortete: »Er hat unsere Flüchtlinge aufgenommen; auch ich gehe nun ins iranische Exil. Sie werden verstehen, dass ich Ihre Frage deswegen nicht beantworten kann.«³³⁰
2. Die diplomatischen Aktivitäten vor dem 6.-März-Abkommen blieben zwar den Kurden nicht ganz verborgen. Deren Tragweite konnten sie aber nicht erkennen. Der iranische König hatte bereits im Juni 1974 in Frankreich über die Bewegung

³²⁴ Randal, 1999, S. 171.

³²⁵ Deutsche Zeitung vom 11. April 1975.

³²⁶ DPK-VK: Einschätzung, 1977, S. 63-64. Auch Sami Abdul-Rahman, ein DPK-Funktionär, stellte 1981 fest, dass die kurdische Führung über große Mengen von Geldern verfügte. Die Revolutionäre Alternative in der Kurdischen Befreiungsbewegung, Der Politische Bericht der Gründungskonferenz der Demokratischen Volkspartei Kurdistans, Vorgelegt von Sami Abdul-Rahman (Arabisch) (Künftig zitiert als Der Politische Bericht der Demokratischen Volkspartei Kurdistans, 1981), o.O., 1981, S. 20.

³²⁷ DPK-VK: Einschätzung, 1977, S. 67.

³²⁸ Wortlaut des Vertrages bei Khadduri, 1978, S. 249-51.

³²⁹ Al-Bakr, 1978, S. 147. Das iranische Ultimatum an die Kurden dürfte kaum zu den Aufständischen und Medien durchgedrungen sein. Barzani ließ wissen, dass der Iran ihm etwa mit einem militärischen Eingreifen gedroht haben soll. Er sagte: »Wenn die Grenze geschlossen wäre, so daß wir sie nicht überschreiten dürften, dann könnten wir angegriffen werden, wenn wir uns ihr nähern.« Deutsche Zeitung vom 11. April 1975. The Financial Times schrieb am 24. März 1975: »There was no firm information on what had caused General Barzani to order evacuation but there were rumours that the Iranians had threatened to join the Iraqis in ending the Kurdish revolt in Kurdistan.«

³³⁰ Die Welt vom 1. April 1975.

der irakischen Kurden in einem Interview gesagt: »Sehen Sie, wenn ich den Hahn schließe, dann ist Schluss!«³³¹

3. Die Vereinigten Staaten von Amerika, von denen Barzani glaubte, dass sie zu den Verbündeten gehörten, blieben passiv. Diese unerwartete Passivität rief große Hoffnungslosigkeit bei Barzani hervor. Der Übermacht des Irak war aus seiner Sicht ohne Hilfe von außen und speziell von Washington nichts entgegenzusetzen.³³² Für Barzani stand recht früh fest, dass das Ausbleiben der westlichen Unterstützung für die Kurden das militärische Gleichgewicht zugunsten seines Gegners verschieben würde.³³³ Der Inhalt der inoffiziellen US-amerikanischen Versprechungen bleibt im Dunkeln. Sie dürften aber mehr als nur die Lieferung von Waffen über den Iran umfasst haben. Barzani soll vor dem Kriegsausbruch den USA mitgeteilt haben, wenn sie ihm die von ihm geforderten Waffen nicht entsendeten, würde er mit Bagdad doch Frieden schließen, weil die Kurden nicht massakriert werden wollten.³³⁴
4. Aus militärischer Sicht kam die algerische Verständigung überraschend für die kurdische Führung. Die einflussreichste Person in den Reihen des kurdischen Militärs, Idris Barzani, sagte Ende Januar 1975 dem Zeit-Reporter Franz C Widmer: »Auch wenn Teheran jetzt die Grenzen schließen sollte, könnten wir ein bis zwei Jahre lang so erfolgreich wie in den letzten Wochen kämpfen.«³³⁵ Diese Behauptung besaß zwei Monate später (ab dem 6. März) keine Gültigkeit mehr. »If we can get [sic] to the mountains,« sagte ein bekannter militärischer Kommandant namens Rashid Sindi, der auch am 20. März über die kurdische Radiostation die Einstellung der Kämpfe bekannt gab,³³⁶ »we can only fight for two to three months and then we'll have to finish. Then it will be worse for our people.«³³⁷
5. Neben der zahlenmäßigen, materiellen sowie technischen Überlegenheit der irakischen Armee gab es weitere subjektive Gründe, weshalb der Krieg beendet wurde. Die enorme Zahl der an dem Aufstand beteiligten Kurden, die zu Beginn jubelt wurde,³³⁸ erwies sich in der Realität als ein Handicap. Sie beeinträchtigte die zuvor relativ gut gepflegte und erforderliche Disziplin in den kurdischen Reihen.³³⁹ Die mit der Organisation wenig erfahrenen Kurden waren nicht fähig, ihre zahlreichen Fachkräfte optimal einzusetzen.³⁴⁰ Hinzu kamen die Not und das

³³¹ Quotidien de Paris vom 12. Januar 1975, nach Kutschera, 1979, S. 324. Der französische Journalist Erik Rolou hatte vergeblich versucht, die Aufmerksamkeit der Kurden auf solche für die Aufständischen gefährliche Äußerungen des Schahs zu lenken. Randal, 1999, S. 212.

³³² »The future is not bright for us«, sagte Barzani, »On one side the enemy has all the advantages and the support of the Russians and on the other side we are all alone with no friends. I think dark times are coming.« International Herald Tribune vom 24. März 1975. Siehe auch DPK-VK: Einschätzung, 1977, S. 59 sowie 66.

³³³ Vgl. sein Interview mit Newsweek vom 22. Juli 1974.

³³⁴ Aron Latham: What Kissinger Was Afraid of in the Pike Papers, New York, 1976, S. 68, nach Ghareeb, 1981, S. 159.

³³⁵ Die Zeit vom 24. Januar 1975.

³³⁶ Kutschera, 1979, S. 331.

³³⁷ The Financial Times vom 24. März 1975.

³³⁸ Die kurdischen Hauptverantwortlichen waren überrascht über den großen Zulauf der Kurden zu ihnen. Deschner, 1989, S. 290.

³³⁹ DPK-VK: Einschätzung, 1977, S. 27-31. Dort wird kritisiert, dass selbst die für die Niederlagen verantwortlichen Militärkommandanten nicht ein einziges Mal zur Rechenschaft gezogen wurden. Siehe auch Fat-Hullah, 1998, S. 90-95.

³⁴⁰ Kutschera, 1979, S. 315; Vanly, 1979, S. 346-47.

Schicksal der kurdischen Flüchtlinge. Deren Zahl überstieg die Aufnahmefähigkeit der schwer umkämpften Gebiete der Aufständischen, gegen die die Regierung eine totale Wirtschaftsblockade verhängt hatte. Man zählte schon im Januar 1975 mehr als 100.000 im Iran Zuflucht suchende Flüchtlinge³⁴¹ und dies hatte die Abhängigkeit der Kurden vom Iran noch verstärkt. Es hat den Anschein, dass Barzani noch Schlimmeres ahnte bzw. erwartete, etwa dass der Schah die Flüchtlinge in den Irak abschieben könnte. Eigenen Worten zufolge war er nicht bereit, das Leben aller Zivilisten zu gefährden. »Wir müssen versuchen zu retten, was möglich ist«, betonte er.³⁴² In den ersten Wochen war der Schah gemäß seinen Vereinbarungen mit Saddam Hussein lediglich bereit, den Peschmarga und nicht deren Familien und anderen zehntausenden Flüchtlingen Asyl zu gewähren.³⁴³

Fazit

Ein Jahr nach der Verkündung des Autonomiegesetzes schien die Verwirklichung der kurdischen Selbstverwaltung in Irakisch-Kurdistan ferner denn je. Der Grund lag eindeutig darin, dass die Mehrheit der Kurden mit dem Gesetz unzufrieden war und ein nicht unbedeutender Teil von ihnen Widerstand leistete.

Nachdem die Kurden Ende März 1974 ihre Zustimmung zum Autonomiegesetz verweigerten, erklärten die Baath-Führer die Niederschlagung der Aufständischen zum vorrangigen Ziel. Zuvor hatte die Verstaatlichung der Erdölindustrie ganz wesentlich zu ihrer Machtkonsolidierung beigetragen und die Baathisten wussten genau, wie sie sich gegen jeden gewaltsamen Versuch der Armee, die Macht zu übernehmen, absichern konnten. Von daher blieben die Hoffnungen der kurdischen Seite auf einen Sturz des Regimes wie bei Kassem oder Aref II. unerfüllt.

Um den ganzen Norden des Landes unter Kontrolle zu bringen und die Aufständischen endgültig zu unterwerfen, setzte die irakische Regierung ihre Streitkräfte gegen nordöstliches Gebirge in Marsch. Die während der zehnmonatigen Auseinandersetzungen unternommenen Feldzüge schlugen jedoch fehl. Die Probleme für einen militärischen Erfolg wurden in Bagdad unterschätzt. Die kurdische Bewegung hatte seit 1961 eine eigene Dynamik entwickelt, so dass sie 1974 in einer noch nie dagewesenen Form unzählige freiwillige Kurden anzog. Die wenig vertrauensfördernde Politik der Baath-Regierung trug ebenfalls dazu bei, dass viele Kurden aus Angst vor Repressalien und infolge der massiven Luftangriffe sich der kurdischen Front anschlossen. Diese massenhafte Teilnahme der Kurden an dem Aufstand ermöglichte den Kurden, die von ihnen kontrollierten Gebiete zu verteidigen und an einigen strategischen Stellen von ihrem traditionellen Partisanenkrieg in den Frontenkrieg überzugehen. Gefördert wurde diese Entwicklung durch die bereits existierenden Verbindungen zu Teheran und Washington. Offensichtlich beabsichtigten die Kurden, ihre Ziele mit iranischer sowie US-amerikanischer Unterstützung militärisch zu verwirklichen. Dieses Kalkül war insofern unrealistisch, weil es nicht allen Eventualitäten vorbeugen konnte. Dazu zählte eine Verständigung zwischen den beiden verfeindeten Staaten. Hartnäckig hielt sich die Auffassung, dass die USA die iranische Regierung daran hindern würden, den Kurden in den Rücken zu fallen. Doch entgegen den kurdischen Erwartungen setzte kurze Zeit nach

³⁴¹ The Guardian vom 14. Januar 1975.

³⁴² Deutsche Zeitung vom 11. April 1975. Zur elenden Lage der Flüchtlinge siehe Kutschera, 1979, S. 311 ff.

³⁴³ Siehe Alam, 1991, S. 419.

dem Ausbruch der Kampfhandlungen ein Prozess ein, der zu einer übermäßigen Abhängigkeit der Kurden vom Iran führte. Diese Konstellation führte zusammen mit der verhängten Wirtschaftsblockade der Regierung gegen die Gebiete der Aufständischen zu einer außerordentlichen Verwundbarkeit der kurdischen Seite. Dank der direkten iranischen Einmischung wurde der Handlungsspielraum der Kurden erheblich eingeschränkt. Der irakisch-kurdische Konflikt überschritt zwar die Ausmaße einer innerstaatlichen Auseinandersetzung, doch traten die Unstimmigkeiten in den irakisch-iranischen Beziehungen in den Vordergrund. Dieser Entwicklung konnten die Kurden nicht rechtzeitig entgegentreten. Ihre militärische Stärke basierte weniger auf eigener Kraft, sondern war weitgehend vom Iran abhängig. Daher erschien Saddam Hussein letztendlich die Entschärfung der bestehenden Rivalitäten mit dem Iran geboten, damit das Nachbarland seine Unterstützung für die Kurden einstellen und der kostspielige Krieg in den Bergen sein Ende finden würde. Zu diesem Zweck unterzeichnete er mit dem Schah das Algerien-Abkommen, durch das der Iran eine den internationalen Regeln gemäße Grenzziehung in der Mitte des Schatt al-Arab erreichte. Als Gegenleistung sollte das Nachbarland der irakischen Baath-Regierung bei der Beendigung des kurdischen Widerstands behilflich sein. Diese Vereinbarung hielt Teheran. Dem Abkommen folgten Schritte, die über eine iranische Grenzschießung für die Kurden hinausgingen. Teheran drohte der Führung der Kurden mit einem militärischen Eingreifen.

In dieser verzweifelten Lage, umgeben von zwei Staaten, völlig überrascht von der Teilnahmslosigkeit der USA, die ihn seinem Schicksal überließen, befahl Mulla Mustafa Barzani als letzte Entscheidungsinstanz an der kurdischen Front die Einstellung aller Kampfhandlungen. Der kurdische Aufstand, welcher beinahe vierzehn Jahre lang ununterbrochen gedauert hatte, brach in weniger als vierzehn Tagen zusammen.

Für diesen Erfolg musste Saddam Hussein ein bitteres Zugeständnis machen, indem er den Wünschen des Schah in der Schatt-al-Arab-Frage nachkam. Aber der Triumph über die Kurden war ihm dieses Opfer offenbar wert. So sicher die kurdische Führung bei den vorherigen Gesprächen auftrat, so machtlos und verwirrt mussten sie sich nach dem 6. März fühlen. Die Außenverbindungen, das mittlerweile wichtigste Mittel der Kurden, um der Regierung das Leben zu erschweren, verfehlten ihre Wirkung inzwischen völlig. Saddam Hussein nahm den Kurdenchef nun noch weniger ernst als zuvor. Es schien, als ob sich die Kurden vom Iran fernsteuern ließen.

Der Kurden-Konflikt nach dem Algerien-Abkommen vom März 1975 bis zum Ende der Präsidentschaft von al-Bakr

1 Die politische und militärische Lage nach dem März 1975

Es hat den Anschein, dass die baathistische Kurdenpolitik, zumindest was eine begrenzte kurdische Selbstverwaltung betraf, nicht von langer Hand vorbereitet worden war.¹ Durch die Gewährung einer eingeschränkten Autonomie beabsichtigte die regierende Baathpartei die Kurdenfrage als ein abgeschlossenes Kapitel im Irak.² Das kurdische Desaster vom März 1975 ebnete den Weg für Bagdad, die kurdische Autonomie so zu gestalten, wie sie den Baathisten am besten passte. Die Umsetzung der Autonomie wurde nicht verzögert. Die Modalitäten der von Bagdad den Kurden zugebilligten Teilautonomie wurden mit den kurdischen Vertretern erörtert, die keinerlei Einwände zu erheben wagten. Da sich der Kommandorat der Revolution (KRR) das Recht vorbehalten hatte, für das ganze Land verbindliche Gesetze zu erlassen und über die Provinzgouverneure für deren Einhaltung zu sorgen, blieb die Wirkung der kurdischen Selbstverwaltung gering.³ Die Politik der Baathpartei in Kurdistan blieb nach wie vor zentralistisch. Bagdads Begriffsauswahl unterstrich dies, wie folgende Beispiele zeigen: Die kurdischen Minister in der autonomen Verwaltung wurden »Sekretär« genannt. Statt "Region", die einen besonderen Charakter des Teils eines Staatsterritoriums hervorhebt, wurde Kurdistan als "Gebiet" bezeichnet. Die kurdische Autonomie besaß weder eine Flagge noch ein Wappen. Die Regierung machte recht früh einige wichtige Zugeständnisse an die Kurden rückgängig. Dies galt vor allem für die kurdischen Gebiete, die außerhalb der offiziellen Autonomie lagen. Alle historischen und kurdischen Ortsbezeichnungen wurden dort arabisiert.⁴ Die kurdischsprachigen Schulen in diesen Gebieten wurden ab 1977/78 ebenfalls arabisiert. Das Gesetz Nr. 311 des KRR vom 26. März 1974 hatte eigentlich die Gründung von kurdischsprachigen Schulen für die außerhalb des autonomen Gebiets lebenden Kurden in Aussicht gestellt, entsprechend den Anordnungen des irakischen Bildungsministeriums.⁵

1982 gab es in diesen Gebieten keine einzige kurdischsprachige Schule mehr. Bereits 1977 wurde die Geschichte Kurdistans in den Lehrplänen vollständig gestrichen. Viele Spuren, die den kurdischen Charakter der Friedenszeit 1970-74 belegten, ließ man kurzerhand verschwinden. 1978 wurde die kurdische Akademie in Bagdad, deren Gründung ein wichtiger Punkt des Märzabkommens war, der irakischen Akademie untergeordnet.⁶ Selbst der Spielraum der regierungstreuen Kurden wurde zunehmend kleiner. Anfang 1976 stellte die pro-baathistische Zeitung al-Taakhi, die die kurdische

¹ Vgl.: S. Hussein: Der Unabhängigkeitskampf und die Weltpolitik (Arabisch), (Künftig zitiert als Hussein, 1978 a) Bagdad, 1978, S. 23.

² »Die Autonomie«, sagte Saddam Hussein 1978, »war eine mutige Entscheidung und war eine prinzipielle, richtige Entscheidung für unser kurdisches Volk. Sie ist es noch, und wird es auch bleiben.« Ebd. S. 29.

³ Neue Zürcher Zeitung vom 10. Juni 1975. Bis 1978 trat der sogenannte Legislativrat der Autonomie lediglich nur einmal zusammen. Die Zeit vom 20. Oktober 1978.

⁴ Um ein Beispiel zu nennen: Der historische Name des Distrikt Kirkuk wurde in Taamim 'Nationalisierung' umbenannt.

⁵ Encyclopedia of Modern Irak, Vol. 2, 1977, S. 948.

⁶ Persönliche Erinnerung.

Stimme zu repräsentieren vermochte, ihr Erscheinen ein.⁷ An ihrer Stelle erschien in den darauffolgenden Monaten eine neue Zeitung namens *Der Irak*.

Der Staatsmacht gelang es nach der kurdischen Kapitulation tatsächlich, die Kontrolle über den ganzen Norden zu übernehmen. An allen wichtigen Straßen und Schlüsselstellungen waren nun Streitkräfte postiert.⁸ Um Stabilität zu gewährleisten richtete, die Regierung ihre Staatsapparate selbst in den Gebieten ein, die dies seit Jahrzehnten nicht kannten. Die Baathpartei war sich der positiven Wirkung ihrer Politik sicher. Saddam Hussein besuchte die kurdische Region Ende Juni 1976 und gab sogar eine Erklärung heraus, die dem Erfolg des Staates Ausdruck verlieh:

»In Anbetracht der Tatsache,« hieß es in der Erklärung »daß die Grundlagen der nationalen Einheit gefestigt und die Ordnung in der Region wiederhergestellt worden sind, ist entschieden worden, alle oben aufgeführten Maßnahmen [Umsetzung der Bevölkerung aus strategischen- und Grenzgebieten] vollkommen einzustellen. Dies ist von großer Wichtigkeit und wird bedeuten, daß sich unter den Bewohnern des Gebietes das Gefühl der Sicherheit wieder ausbreitet.«⁹

Gewiss kam die Errichtung der staatlichen Dienststellen im Norden der kurdischen Bevölkerung z.T. zugute. Doch das Misstrauen zwischen den Kurden und dem Staat war unverändert vorhanden und nahm durch die praktische Politik der Regierung an Intensität zu. Die Regierung befreite zwar die Heimkehrer aus den Reihen der Aufständischen vom unbeliebten irakischen Militärdienst,¹⁰ fing aber an, diese in den Süden des Landes zu verbannen.¹¹ Ähnlich erging es den DPK-Funktionären, die die Barzani-Politik kritisierten und sich nach Absprachen mit den Vertretern der Administration für eine Zusammenarbeit mit dem Staat entschieden hatten.¹² Diese Politik provozierte einen beachtlichen Teil der kurdischen Aktivisten im Inland, die nun auf den passenden Moment warteten, erneut Widerstand zu leisten. Tatsächlich kam es auch dazu, als die ersten Organisationen sich wenige Monate nach dem März 1975 formierten und Mitte 1976 den bewaffneten Kampf wiederaufnahmen. Daraufhin musste Saddam Hussein seine oben angekündigte Politik wieder beenden. Die Sicherheitspolitik der irakischen Regierung in der Kurdenregion wies nun vorbeugende Züge auf. Sie zielte darauf, die Infiltration der Peschmarga zu erschweren. Gezielt ging man dazu über, die Existenzgrundlage der kurdischen Aktivisten zu vernichten bzw. sie ihrer Wirkungsmöglichkeit zu berauben. Eine 20 km breite Pufferzone entlang der nordöstlichen Grenze zum Iran wurde durch eine Zwangsumsiedlung geschaffen.¹³ Diese 1978 durchgeführte Maßnahme wurde damit begründet, die Entwicklung der "unterentwickelten Gebiete" voranzutreiben.¹⁴ Diese Politik beeinträchtigte nicht nur die Erfolgsaussichten der Peschmarga. Sie führte zur sozialen Entwurzelung der eigenständigen sowie unabhängigen kurdischen Bewohner, die nach ihrer Entschädigung

⁷ The Guardian vom 23. März 1976.

⁸ International Herald Tribune vom 5. August 1976.

⁹ Vanly 1984, S. 380.

¹⁰ Neue Zürcher Zeitung vom 5. Juni 1975.

¹¹ Vgl. The Times vom 8. März 1976. The Guardian vom 17. Juni 1976. Offensichtlich aus Prestige Gründen versuchte Tariq Aziz, diese Politik zu dementieren. The Guardian vom 23. März 1976.

¹² Der Umgang der Baathisten veranlasste diese Männer, wie Ali Askari, Rasoul Mamand etc. wenig später, eine Organisation mit dem Namen Sozialistische Demokratische Bewegung Kurdistans zu gründen.

¹³ Hussein, 1978, S. 36.

¹⁴ Hussein, 1978 a, S. 29-30.

faktisch ihren Grund und Boden verloren hatten und nun als Lohnempfänger in wenigen Staatsbetrieben Beschäftigung suchen mussten.¹⁵ Diese Entwicklung schadete ebenfalls der Landwirtschaft immens. Viele fruchtbare Felder lagen brach. Eine erhöhte Abhängigkeit von Lebensmittelimporten war die logische Konsequenz. Ohne die enormen Einnahmen aus der Erdölindustrie hätte diese Politik vermutlich nicht realisiert werden können.

Der Staat konnte seine Erdölproduktion 1975 steigern und dadurch die Einnahmen fast verdoppeln. Die so entstandene wirtschaftliche Prosperität half der Baathpartei, ihre Basis in den arabischen Gebieten zu verbreiten. Zu einer Liberalisierung der Politik kam es aber nicht, sondern es zeichnete sich eine verstärkte Militarisierung des Landes ab. Von dem im April 1976 verabschiedeten Haushalt in Höhe von 1476,5 Mio. ID entfiel der Hauptanteil mit 423,5 Mio. ID auf die Verteidigung.¹⁶ Die Regierung unterzeichnete im August 1976 einen Vertrag mit Frankreich, der ein Volumen von umgerechnet rund 850 Mio. DM hatte. 1981 sollte im Irak der erste Atomreaktor in Betrieb gehen.¹⁷

Von dem wirtschaftlichen Aufschwung und der Industrialisierung spürte die kurdische Bevölkerung nur wenig. Von insgesamt 66 Mittel- und Großprojekten, die in der zweiten Hälfte der siebziger Jahren im ganzen Irak verwirklicht bzw. in Angriff genommen wurden, entfielen nur fünf Projekte auf den kurdischen Norden.¹⁸

2 Neuformierungen der kurdischen Seite

Wenn das Algerien-Abkommen den Gipfelpunkt der politischen Karriere von Saddam Hussein bedeutete, so erschütterte es gleichzeitig die kurdische Front in ihren Grundfesten. Die bis dahin schwerste Niederlage der Kurden leitete die Entmythisierung des Nationalhelden Barzani ein. Hierin dürfte Saddam Hussein, der im Januar 1976 zum General ernannt wurde, einen besonderen Sieg erblickt haben, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Mehrheit der DPK-Führung im März 1975 gegen die Einstellung des bewaffneten Kampfes gewesen war. Sie hatte die Stärke des kurdischen Widerstandes mit mehreren zehntausenden Männern als Indiz dafür gewertet, dass die Führung hätte anders entscheiden können bzw. müssen, als sich zu ergeben. Doch die Befürworter der Fortsetzung des Krieges waren zu jenem Zeitpunkt, weder in der Lage gewesen, den Kampf ohne die Führung Barzani fortzusetzen, noch den Kurdenchef umzustimmen. Der Verlauf der weiteren Ereignisse sollte zeigen, dass sie nur vorläufig aufgegeben hatten.

Das Debakel vom März 1975 ließ aber keinen Zweifel daran, dass die Haltung einer bedeutenden Anzahl kurdischer Politiker in den Reihen der DPK gegenüber Mulla Mustafa Barzani fortan zurückhaltender wurde.¹⁹ Für die einstigen Kritiker bzw. Gegner

¹⁵ Die Zeit vom 20. Oktober 1978.

¹⁶ Neue Zürcher Zeitung vom 1. August 1976.

¹⁷ Die Welt vom 17. Januar 1978. Siehe auch: Sluglett/Sluglett, 1991, S. 193. Anfang 1980 kündigte Frankreich an, hochangereichertes Uran zu liefern. Süddeutsche Zeitung vom 1. März 1980.

¹⁸ Eine Ziegelei und eine Fabrik zur Herstellung von Garnen und Geweben aus Wolle in Arbil; eine Weberei in Duhok sowie zwei Konservenfabriken für Früchte und Nebenprodukte in Duhok und Harir. Die Wirtschaft des Irak, 1978, S. 82-86.

¹⁹ Der Streit um die Frage der Verantwortung für das dramatische Ende des kurdischen Widerstandes dauert bis heute an. Die Pro-Barzani-Kreise meinen, dass das Märzdebakel durch eine internationale Verschwörung zu Stande kam. Sie werfen Barzanis Kritikern vor, dem Kurdenchef lediglich aus egoistischen Gründen in den Rücken gefallen zu sein. Dagegen behaupten die Kritiker, Barzani habe in den schweren Zeiten die Entscheidungen ohne Rücksicht auf deren Meinung getroffen und trage daher die Hauptlast der Verantwortung.

des Kurdenchefs, die Gruppe um Talabani und Ahmad, bedeutete das kurdische Desaster die Rückkehr auf die politische Bühne.

2.1 Die Patriotische Union Kurdistan

Vielleicht gehen wir mit der Behauptung nicht fehl, dass ein Personenkreis unter der Leitung von Jalal Talabani zu den ersten gehörte, die die Initiative einer neuen kurdischen Bewegung nach dem März 1975 ergriffen. Diese kurdischen Aktivisten, die nach dem März 1970 infolge ihrer Zusammenarbeit mit der Baathregierung gegen Barzani ihre Glaubwürdigkeit eingebüßt hatten, waren politisch benachteiligt. Das 11.-März-Abkommen ließ sie faktisch ohne jede politische Unterstützung allein zurück und ihre Integration in die DPK sicherte ihnen keine Schlüsselpositionen in der kurdischen Bewegung. Nun gingen sie eigenmächtig vor. Zusammen mit einigen seiner Vertrauten gelang es Jalal Talabani, nach seinem Treffen in Damaskus (22. Mai 1975) die **Patriotische Union Kurdistan** (PUK) ins Leben zu rufen. Das Hauptziel der Organisation war identisch mit dem der DPK, »Demokratie für Irak und Autonomie für Kurdistan«. Doch legte das linksorientierte Parteiprogramm der PUK großen Wert auf die Irakisierung der Bewegung.²⁰ Vor diesem Hintergrund wurde die PUK Mitglied des mit syrischer Unterstützung gebildeten frontähnlichen Verbands der Irakischen Patrioten, der hauptsächlich aus kleinen Exilgruppierungen der irakischen Opposition bestand.²¹

In Irakisch-Kurdistan gab es zwei weitere Organisationen, die in relativ enger Verbindung zu der im Exil gebildeten PUK standen und beabsichtigten, der frontähnlichen PUK beizutreten. Eine davon war die patriotisch-demokratische Gruppe, die nach März 1975 vergeblich versucht hatte, mit der Regierung eine Übereinkunft zu erzielen, um grundlegende Interessen der kurdischen Sache retten zu können. Diese Gruppe, bestehend aus Mitgliedern der beiden Flügel der damaligen Ahmad-Talabani-Fraktion sowie der Barzani-DPK, bildete die Sozialistische Demokratische Bewegung Kurdistans. Wenig später wurde das Adjektiv *Demokratische* fallengelassen; es entstand die **Sozialistische Bewegung Kurdistans (SBK)**.²² Die bekanntesten Figuren dieser Bewegung waren Ali Askari und Rasoul Mamand. Die zweite Gruppierung war der Marxistisch-Leninistische Bund Kurdistans, 1978 in **Bund der Werktätigen Kurdistans (BWK)** umbenannt. Diese Gruppierung hatte sich am 10. Juni 1970 aus einer Gruppe von zumeist jungen gebildeten Linksaktivisten des städtischen Milieus gebildet und besaß ein Vorstandskomitee. Dessen aktivste und bekannteste Figur war Shaswar Jalal, genannt Aram.

Die in Damaskus weilende Personengruppe um Talabani nannte sich *Gründungskomitee der PUK*. Nach der Rückkehr Talabanis nach Kurdistan konstituierte sich eine Organisation mit dem Namen: Progressive Patriotisch-Revolutionäre Breite Tendenz, bekannt als **Allgemeine Linie**, mit einer ideologisch eher reformistisch bis sozialdemokratisch geprägten Zielsetzung.²³

Die drei genannten Gruppierungen, also die Allgemeine Linie, die Sozialisten und die Marxisten, trafen nach der Rückkehr von Talabani im Juli 1977 in Kurdistan²⁴ zusammen

²⁰ Siehe das PUK-Programm bei: N. M. Emin: Vom Donauufer bis zum Nawzang-Tal, Die inneren Ereignisse in Irakisch-Kurdistan 1975-1978 (Kurdisch), Berlin 1997, S. 80-86.

²¹ Emin, 1997, S. 65.

²² Die SBK soll im Herbst 1976 der PUK beigetreten sein. Ibrahim, 1983, S. 786.

²³ Siehe: Patriotische Union von Kurdistan, Warum? bei Emin, 1997, S. 377-82, insbesondere S. 379-80.

²⁴ Ebd., S. 171.

und wählten ein gemeinsames Führungsgremium mit Jalal Talabani als Generalsekretär.²⁵ Ali Askari erhielt das Amt des Kommandanten der Peschmarga-Verbände.

2.2 Die Demokratische Partei Kurdistans - Provisorische Führung

Die DPK war ursprünglich eine Ansammlung aller möglichen Strömungen, die für die kurdische Sache eintraten: Rechte wie Linke, progressive wie konservative, reformistische wie revolutionäre Kräfte fanden in der Regel eine Heimstätte in dieser traditionsreichen Organisation. Das Debakel vom März 1975 brachte einige Parteimitglieder dazu, neue Wege zu finden, um vergleichbare Rückschläge künftig zu vermeiden. Die Märznieferlage wurde zwar auf die ungünstigen regionalen und internationalen Rahmenbedingungen zurückgeführt, auf die die Kurden keinen entscheidenden Einfluss hätten ausüben können,²⁶ trotzdem wurden die Verbindungen zu den USA und dem Iran eher kritisch bewertet. Folglich war der neue Kurs »anti-imperialistisch« und »anti-reaktionär«, also gegen die USA und den Iran ausgerichtet. Selbst der legendäre Parteichef Barzani blieb in diesem Zusammenhang von der Kritik nicht verschont. Schließlich setzten sich etliche Aktivisten zusammen und riefen vor dem Jahresende 1975 die **Demokratische Partei Kurdistans** mit einer **Provisorischen Führung** (DPK-PF) in West-Berlin ins Leben.²⁷ Unterstützung erhielt die DPK-PF von Barzani's Sohn, Massud.²⁸ Neben Massud Barzani, der bis 1975 Leiter der kurdischen Geheimdienstorganisation *Parastin* 'Schutz' gewesen war, waren die damaligen DPK-Politbüromitglieder Nouri Shaweis und Sami Abdul-Rahman, der zum Generalsekretär gewählt wurde, die einflussreichsten Köpfe der DPK-PF. Die neue DPK betrachtete sich als »fortschrittlich« und linksorientiert.²⁹

2.3 Die kleineren Gruppierungen

Neben der PUK und DPK-PF gab es zumindest drei weitere Organisationen von untergeordneter Bedeutung:

Der Name der DPK wurde auch von einer anderen, aber wesentlich kleineren Gruppierung um das einstige DPK-Politbüromitglied Dr. Mahmud Othman getragen. Sie nannte sich **Demokratische Partei Kurdistans - das Vorbereitende Komitee (DPK-VK)**. Diese patriotisch gesinnte Kleingruppierung warf der DPK-PF vor, die eigentliche ideologische Linie der DPK verlassen zu haben und stellte deren Legitimation als Nachfolgerin der DPK in Frage.³⁰ Das Vorbereitende Komitee pflegte enge Beziehungen zur PUK.³¹

Zwei weitere Organisationen zählten ebenfalls zur kurdischen Parteienlandschaft von 1975 bis zur ersten Hälfte der neunziger Jahre: Einige Mitglieder der nationalistisch-orientierten und 1959 gegründeten *KAJYK* (Vereinigung für Kurdische Freiheit, Wiedergeburt und Einheit) gründeten am 11. September 1975 in der Stadt Kirkuk eine neue Partei namens Nationalistische Sozialistische Partei der Kurden, die bei ihrer ersten

²⁵ Ebd., S. 171-173.

²⁶ Der Politische Bericht der Demokratischen Volkspartei Kurdistans, 1981, S. 39-40.

²⁷ Ibrahim, 1991, S. 95.

²⁸ Der Politische Bericht der Demokratischen Volkspartei Kurdistans, 1981, S. 30.

²⁹ Ebd., S. 41.

³⁰ DPK-VK: Einschätzung, 1977, S. 127.

³¹ Vgl. ebd., S. 121, 127 und 142.

Konferenz ihren Namen in **Sozialistische Partei der Kurden (SPK)** änderte.³² Die zweite Organisation wurde am 9. Juni 1977 von einem damals führenden Politiker der DPK, Ali Sinjari, unter dem Namen: **Demokratische Union Kurdistan (DUK)** ins Leben gerufen.³³

3 Die erneute Aufnahme des bewaffneten Kampfes

Die neue Lage in Irakisch-Kurdistan, gekennzeichnet durch die beinahe absolute Kontrolle der Regierungstruppen, stellte jeden neuen Versuch, ein Gegengewicht zu den irakischen Streitkräften im kurdischen Norden auf die Beine zu stellen, in Frage. Der Informationsminister Tariq Aziz sagte im Frühjahr 1976: »If Barzani or anyone else make trouble for Iraq the Government will be in a very good position to use its muscle.«³⁴ Mit Blick auf die geschlossenen Grenzen war jede Erhebung gewaltsamer Art nichts anderes als ein äußerst gefährliches Abenteuer. Recht früh bekamen die kurdischen Aktivisten die Entschlossenheit der iranischen Seite am eigenen Leibe zu spüren. Die Vorstandsmitglieder des marxistisch-leninistischen Bundes, die die Grenze zum Iran passiert hatten, wurden von den iranischen Behörden festgenommen. Diese wurden gemäß dem Sicherheitsvertrag mit dem Irak dem westlichen Nachbarn Mitte November 1976 ausgeliefert. Drei ihrer Führer: Shahab Nouri, Jaafar Wahid und Anwar Zorab wurden wenig später hingerichtet. Im Irak war die Hinrichtung weiterhin die gängige Strafe für Oppositionelle.³⁵ Die Zahl der Hingerichteten stieg innerhalb von zwei Jahren auf insgesamt mehr als 250 Personen.³⁶ Die intransigente Haltung der Baath-Regierung in Bezug auf eine für die Kurden zufriedenstellende Autonomieregelung veranlasste die Kurden, erneut zu den Waffen zu greifen. Es gehörte offenbar zu ihrem Selbstverständnis, militärisch gegen den Staat zu opponieren, solange ihre Interessen nicht realisiert worden waren. Etwa ein Jahr nach der Ausrufung der PUK unternahm deren Führung in Syrien den Versuch, durch die Entsendung von vier kleinen mobilen Einheiten über die syrisch-türkische Grenze in den Nord-Irak den bewaffneten Kampf wiederaufzunehmen.³⁷ Zuvor befand sich in Irakisch-Kurdistan bereits eine ähnliche Anzahl bewaffneter Milizen, die der DPK angehörten und die ebenfalls bemüht waren, einen neuerlichen bewaffneten Aufstand anzuzetteln.³⁸ Spätestens im Oktober 1976 flossen die ersten Meldungen in den westlichen Medien über die Wiederaufnahme der Guerilla-Aktionen gegen die baathistische Regierung.³⁹ Nun beschränkte sich die Regierung darauf, zu versichern, im Norden sei die Lage völlig »normal«.⁴⁰ Die wieder aufflackernden Kämpfe in dieser

³² A. Mustafa, Eine kurze Darstellung der Kurdistan-Front (Kurdisch), Publikationen von PASOK, o.O., 1988, S. 12-13. PASOK ist der abgekürzte kurdische Name von SKP.

³³ Siehe die Proklamation der Organisation in: A. Sinjari: Die Kurdische Befreiungsbewegung, Einstellungen und Meinungen (Arabisch). Duhok 1997, S. 133-40. Die beiden letztgenannten Organisationen (SPK und DUK) schlossen sich 1993 der DPK an. Die DPK-VK, die sich mit einem Flügel der PUK-Sozialisten vereint hatte, schloss sich letztendlich der PUK in den 90er Jahren an.

³⁴ The Guardian vom 23. März 1976.

³⁵ Emin, 1997, S. 48-49, Frankfurter Rundschau vom 1. Juli 1977.

³⁶ Ebd.

³⁷ Emin, 1997, S. 121-23.

³⁸ Die neue DPK proklamierte den 26./27. Mai 1977 zum ersten Jahrestag der »Mai-Revolution«. Frankfurter Rundschau vom 1. Juli 1977.

³⁹ Rheinischer Merkur vom 8. Oktober 1976. Man zählte über ein Dutzend Zwischenfälle mit 60 Gefallenen. The Guardian vom 28. Oktober 1976.

⁴⁰ Rheinischer Merkur vom 8. Oktober 1976.

Phase waren eher von symbolischer Bedeutung. Parallel dazu entbrannte von neuem der innerkurdische Streit, und dies verzehrte die kurdische Kraft. Die Regierung brauchte also nicht sehr viel »Muskel« bei der Bekämpfung der Kurden spielen zu lassen.

4 Zu den innerkurdischen Rivalitäten

Es ist zwar nicht der Gegenstand der vorliegenden Arbeit, den eigentlichen Ursachen der innerkurdischen Rivalitäten auf den Grund zu gehen.⁴¹ Ein Überblick über diese Ursachen scheint aber deshalb sinnvoll, weil sie den Konfliktverlauf mit der Regierung beeinflusst haben.

Die Kurden standen ab März 1975 vor einem Neubeginn. Unverändert war die Meinung der Mehrheit der Opponierenden über den anti-kurdischen Charakter der Baath-Regierung. In diesem Punkt bestand kaum Zweifel.⁴² Auch in einigen anderen Punkten stimmte die kurdische Opposition überein. Der Vergangenheit wollte man den Rücken nicht wenden. Infolgedessen war die Analyse des März-Desasters eine Selbstverständlichkeit für alle neuen sowie alten kurdischen Strömungen. Bezüglich der internationalen Unterstützung für die Kurden herrschten starke Bedenken gegen die alten Beziehungen zum Iran und zu den USA. Eine breite Übereinstimmung gab es darüber, dass die Verbindungen zu diesen beiden Staaten, ein bedeutender Anteil an dem Märzdebakel gespielt hatten.⁴³ Auch die Struktur der kurdischen Führung unter Barzani schien mehr denn je kritikwürdig zu sein. Nicht wenige betrachteten sie als tribal, feudalistisch, isolationistisch.⁴⁴ Selbst die DPK-Leute kritisierten den patriarchalischen Führungsstil von Barzani, der seit 1964 den Einfluss der Partei innerhalb der kurdischen Bewegung gemindert hatte.⁴⁵ Eine Ausnahme bildeten diejenigen, die aus unterschiedlichen Gründen jede Kritik an dieser Führung als schädlich für die kurdische Sache betrachteten. Derartige Überzeugungen zeigten unmittelbar ihre Folgen. Nach dem März 1975 brach ein Zeitalter an, in dem sich sämtliche Gruppierungen - ohne Ausnahme - eines 'progressiven' Vokabulars bedienten. Diese analytischen Konformitäten und die gleichzeitig beteuerten und vielfach wiederholten demokratischen sowie sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Zukunftspläne konnten die Kurden jedoch nicht in einer großen Organisation nach dem Muster der alten DPK vereinen. Die PUK beispielsweise, die einen breiten Zusammenschluss der patriotischen sowie progressiven Kräfte kurdischer Aktivisten darstellte, scheiterte beim Versuch, den Platz der DPK als Mehrheitsrepräsentanten der Kurden, einzunehmen. Sie war ideologisch nicht in der Lage,⁴⁶ alle irakischen Kurden zu vereinen oder alle wichtigen politischen Strömungen, sei es im Guten sei es mit Gewalt, für sich zu gewinnen. Darüber hinaus hielten nicht wenige Aktivisten an der DPK fest und hatten keinerlei Gründe, auf die alte Identität zu verzichten. Und es gab etliche kleinere Kräfte, die weder der einen Gruppe noch der anderen angehörten. Diese waren zu grundverschieden, als dass sie die kurdischen

⁴¹ Diese wichtige Problematik ist eine eigene Untersuchung wert. Sie ist bis heute von niemandem eingehend untersucht worden.

⁴² Siehe dazu die ersten Erklärungen der neu formierten kurdischen Organisationen sowie DPK-VK: Einschätzung, 1977.

⁴³ Siehe ebd.

⁴⁴ So die PUK Interpretationen.

⁴⁵ Der Politische Bericht der Demokratischen Volkspartei Kurdistans, 1981, S. 4 ff.

⁴⁶ Die Bildung einer 'führenden Einheitspartei', wie es sich die PUK-Gründer vorstellten, ließ sich bis 1993 nicht realisieren. Vgl. Ibrahim, 1983, S. 785. Die getrennte Organisationsform der ideologisch unterschiedlichen Strömungen mit jeweils eigenem Vorstand innerhalb der PUK ließ diesen Strömungen relativ großen Spielraum.

Massen für sich hätten mobilisieren können. In Irakisch-Kurdistan war ein Machtvakuum entstanden, das von keiner der rivalisierenden Strömungen auszufüllen war und die Feindseligkeiten verhinderten die Bildung einer gemeinsamen Front. Der Streit schien unvermeidbar, als die ersten politischen Erklärungen bekannt gegeben wurden. Das erste Kommuniqué der PUK enthielt schon in seinen ersten Zeilen einen relativ scharfen Angriff auf die kurdische Führung von 1974/75. Es wurde festgestellt, dass die Ereignisse nach dem 6. März-Abkommen die »Unfähigkeit der tribalen, bürgerlichen, rechten und kapitulanten Führung bewiesen haben«.⁴⁷ Eine solche Wortwahl, auch wenn sie z.T. nicht ganz unberechtigt war, schien vordergründig mit dem Versuch verbunden zu sein, zwecks Eigenprofilierung dem Image der DPK zu schaden und deren Führungskompetenz anzuzweifeln.⁴⁸ Diejenigen, die sich bis dahin mit der DPK identifiziert hatten, dürften kaum diese Einschätzungen als konstruktive Kritik aufgefasst haben. Tatsächlich dauerte es nicht lange, bis sie eilends die Neugründung der DPK mit einer Provisorischen Führung verkündeten. Die neue DPK, höchstwahrscheinlich besorgt über den möglichen Verlust ihrer Rolle als zentrale politische Macht, glaubte sogar weiterhin die rechtmäßige Vertreterin der Kurden zu sein. Diese Einstellung und die erwähnte scharfe Kritik der PUK, die ihre ablehnende Haltung gegenüber der DPK unverhohlen zum Ausdruck brachte, sowie die offenkundigen Bemühungen dem jeweiligen Alleinvertretungsanspruch der Kurden Geltung zu verschaffen, ließen von Anfang an die zwei Hauptfronten der neuen kurdischen Bewegung nicht zur Besinnung bringen. Verstärkt wurde der innerkurdische Streit durch den heiklen Konflikt um die Einflussgebiete, vor allem nach dem Ausbruch der Kampfhandlungen. Die DPK-Barzani hatte ihre Basen im nördlichen Badinan, das sie als ihr exklusives Einfluss- und Operationsgebiet betrachtete. Doch gerade dieses Gebiet war von existentieller Bedeutung für die PUK. Es stellte ihren wichtigsten Nachschubweg nach Syrien dar.⁴⁹ Den PUK-Angaben zufolge fielen hier im Sommer 1976 die ersten PUK-Männer durch die Gewaltanwendungen von DPK-Anhängern.⁵⁰ Somit gestalteten sich die Beziehungen bereits in der Anfangsphase konfliktträchtig.

Es ist nicht falsch die Behauptung anzustellen, dass der Umgang mit der jüngsten Geschichte die neuen innerkurdischen Beziehungen enorm belastete. Offenbar übertrieben alle Seiten ihre Stellungnahmen maßlos, um die eigene Existenz zu legitimieren und sich zu profilieren. Auf diese Weise ließ sich die aus den sechziger Jahren herrührende Animosität wiederbeleben. Der damalige Kurswechsel der Ahmad-Talabani-Gruppe von 1966, die eine Annäherung an die Regierung bedeutete wurde von der DPK ständig in Erinnerung gerufen und war das beliebteste Mittel, das Ansehen dieser nicht unwichtigen kurdischen Gruppierung in den Schmutz zu ziehen. Die PUK sparte ihrerseits nicht mit heftiger Kritik an der DPK. Sie warf ihr, wie schon in den 60er Jahren, Tribalismus vor und bezichtigte sie mit Blick auf das März-Desaster der Unfähigkeit. Dieses zeigte, dass die tiefen Gräben der sechziger Jahre bis dahin noch nicht zugeschüttet waren. Das bedeutet aber nicht, dass die Ursachen der innerkurdischen Auseinandersetzung nur in der Vergangenheit zu suchen sind. Die machtpolitischen

⁴⁷ Siehe den Text des Kommuniqués bei Emin, 1997, S. 384.

⁴⁸ Dass die PUK-Führung mit solchen heftigen Attacken auch darauf zielte, den Versuch der Wiederbelebung der DPK zu erschweren oder sogar zu verhindern, ist sehr wahrscheinlich.

⁴⁹ 1978 wurde dieser Konflikt zu einem wahren Verhängnis für die PUK.

⁵⁰ Dialog der Revolution mit der Regierung, hrsg. vom Politbüro der Patriotischen Union Kurdistan (Kurdisch), von der Auslandsabteilung der Patriotischen Union Kurdistan neu verlegt, o.O. 1985, S. 55; Emin, 1997, S. 121-23.

Interessen zweier ideologisch grundverschiedener Strömungen bildeten den Kern des kurdischen Streites. Die Kurden waren über die Teilung in den sechziger Jahren nicht hinweggekommen. In Irakisch-Kurdistan hatten sich zwei Hauptströmungen - eine traditionell und eine progressiv orientierte - formiert, die sich gegenseitig belauerten.⁵¹ Die erstgenannte mit einer allgemein patriotischen Richtung wurde von der Familie Barzani geführt. Die letztgenannte stand weitgehend unter dem Einfluss linken ideologischen Gedankenguts. Geführt wurde diese von dem Juristen Jalal Talabani.⁵²

Tatsache ist aber auch, dass die Kurden die Notwendigkeit einer Verständigung erkannten. In der syrischen Hauptstadt Damaskus unterzeichneten die beiden Seiten am 1. März 1977 unter Einbeziehung einer arabischen oppositionellen Kraft eine Übereinkunft über die Zusammenarbeit auf verschiedenen Feldern.⁵³ Doch war diese Übereinkunft nur von kurzer Dauer und legte keinen Grundstein für eine friedliche Koexistenz. Keine Seite hielt sich an diese Vereinbarung. Die tiefe Feindseligkeit war offensichtlich nicht so leicht zu überwinden.⁵⁴

5 Die Gespräche zwischen PUK und Regierung von 1977

Wie bereits angedeutet, hatten die irakischen Streitkräfte die militärische Kontrolle über Kurdistan. Die Schlagkraft der kurdischen Seite erschien 1977 wahrlich unbedeutend im Vergleich zu der von 1974/75. In dieser atypischen Situation leitete die Regierungsseite die ersten Schritte für eine Aufnahme der politischen Gespräche in die Wege. Durch eine bekannte kurdische Persönlichkeit ließ die Regierung der PUK -nach deren Angaben - einen handgeschriebenen Text ohne Adressaten oder Unterschrift übermitteln. In der Schrift brachte die Regierung ihre Bereitschaft zum Ausdruck, die PUK-Anhänger zu amnestieren und sich über die Erwartungen der Organisation zu informieren, wenn diese ihre feindliche Einstellung gegenüber der Regierung aufgabe.⁵⁵ Die Kurden wurden aufgefordert, in die »Patriotische Reihe zurückzukehren«, damit eine Kommunikation zu Stande komme. »Wir sind des Verhandlungsspiels überdrüssig«, hieß es in der Regierungsschrift weiter.⁵⁶

Ähnlich wie die Regierungsschrift, ohne Adressat und Unterschrift zu vermerken, ließ die PUK-Führung eine Antwort bezüglich ihrer Forderungen an die Regierung ergehen. Da die PUK zu dem Zeitpunkt große Unterstützung von Syrien erhielt, widmete sie einige ihrer Forderungen der arabischen Angelegenheit und zwar der Rolle des Irak im Konflikt

⁵¹ Beide Seiten warfen sich gegenseitig vor, die Beseitigung des jeweiligen Kontrahenten zum Hauptziel zu haben. Für die PUK-Seite siehe Emin, 1997, S. 93-96.

⁵² Sicherlich gab es andere bedeutende Politiker in der kurdischen Bewegung. Diese aber verfügten, wie die späteren Entwicklungen zeigten, kaum über die Möglichkeiten für einen entscheidenden Aufstieg.

⁵³ Siehe den Wortlaut der Vereinbarung bei Emin, 1987, S. 431-32.

⁵⁴ Emin liefert dazu in seinem Buch einige Hintergründe. Emin, 1997, S. 159.

⁵⁵ Emin, 1997, S. 180-81. Die Formulierung lässt den nicht nachweisbaren Verdacht zu, dass die PUK zuvor gewisse Signale in dieser Richtung nach Bagdad gesendet hatte.

⁵⁶ Dialog der Revolution mit der Regierung, 1985, S. 22. Diese Broschüre ist die einzige Broschüre, die sich relativ ausführlich den Dialogen zwischen Kurden und Bagdad, besonders dem von der PUK zwischen 1983-1984 mit der Regierung geführten Dialog widmet. Allerdings fallen einige Aspekte der parteipolitischen Geheimhaltung zum Opfer und ihre eigentliche Bedeutung bleibt im Dunkeln. Wohl aber wird zum ersten Mal von geheim geführten Gesprächen zwischen kurdischen Organisationen und Bagdad im Zeitraum zwischen 1978-1979 berichtet. Ebd. S. 36 ff, 46. Der Leser dieser Broschüre erfährt, dass alle kurdischen Organisationen an einem Übereinkommen mit Bagdad auf Basis Autonomieregelung interessiert waren, jedoch wurde keine Einigung erzielt.

um Palästina. Als Sofortmaßnahmen zur Regelung der Kurdenfrage wurden folgende Punkte gefordert:

1. Beendigung der Deportations- und Arabisierungspolitik sowie Repatriierung der Deportierten;
2. Umsetzung aller Punkte der Märzvereinbarung und Ausübung des Autonomiegesetzes durch Vertreter des kurdischen Volkes;
3. Freilassung sämtlicher politischer Gefangener und
4. Ermächtigung der kurdischen progressiven Kräfte, die Verteidigung der irakischen Grenzen in den kurdischen Gebieten zu übernehmen.⁵⁷

Im November 1977 hielt sich Ali Askari, Kommandant der PUK-Peschmarga-Verbände, drei Tage lang in Bagdad auf und konsultierte in einer Reihe von politischen Gesprächen Vertreter der Regierung sowie abschließend Saddam Hussein, der ihm zusicherte, die letzte Entscheidung liege allein in seiner Hand. Er erteilte dem kurdischen Vertreter eine Absage, was die Beendigung der Deportationspolitik, die Hauptforderung der PUK, betraf. Das ganze Unternehmen verlief somit ergebnislos.⁵⁸

Zweifelsfrei darf das Scheitern dieser Gespräche⁵⁹ nicht allein auf die erwähnte Absage zurückgeführt werden. Die Regierung muss den Erwartungen der PUK hinsichtlich der Beteiligung an der Regierungsverantwortung sowie der autonomen Verwaltung nicht ausreichend entgegengekommen sein. Mit Blick auf die Kräfteverhältnisse dürfte die Regierung die PUK aufgefordert haben, ihren militärischen Widerstand vollständig aufzugeben und die Baath-Politik vorbehaltlos zu unterstützen. Dieses war für die regierende Clique die wichtigste Voraussetzung dafür, eine "oppositionelle" Organisation zu legalisieren.⁶⁰ Aus den nachfolgenden Ereignissen ergibt sich, dass das Angebot der Regierung an die PUK letztendlich nicht ausreichte, die PUK in das System der Baath-Regierung zu integrieren.

6 Die Hakkari-Vorfälle

Nach dem Scheitern der ersten Gespräche mit der Baathpartei setzte die PUK erwartungsgemäß auf die Verstärkung ihrer militärischen Aktivitäten. Sie litt aber unter logistischen Problemen. Der Nachschubweg nach Syrien verlief über den türkisch-irakischen Grenzstreifen, der unter Kontrolle ihrer Rivalin, der DPK-PF, stand. Da die Grenze zum Iran abgeriegelt worden war,⁶¹ stellte der nördliche Grenzstreifen mehr oder weniger die einzige Lebensader der PUK dar. Vor diesem Hintergrund unternahm die Organisation eine Großexpedition, um sich zumindest diese schmalen Landstriche zu

⁵⁷ Siehe den vollständigen Originaltext bei Emin, 1997, S. 433-35.

⁵⁸ Die Deportation der Bewohner in den Grenzdörfern, soll Saddam Hussein gesagt haben, diene der Sicherheit und der Zukunft des Irak, von daher würde man sie durchführen, selbst wenn dadurch die ganze irakische Armee vernichtet würde. Emin, 1997, S. 182. Siehe auch Ibrahim, 1983, S. 788, Fußnote Nr. 1.

⁵⁹ Wahrscheinlich waren diese Konsultationen die ersten, die nach neuer Formierung der kurdischen Seite zwischen Bagdad und einem Teil der opponierenden Kurden stattfanden, ohnehin von sehr kurzer Dauer.

⁶⁰ Vgl. Saddam Husseins Aussagen vom 21. Juni 1978, S. Hussein: Das höchste Festhalten an Prinzipien, in: Auswahl, Bd. 3, Die Einheit und der Nationale Kampf (Arabisch), Publikationen des Ministeriums für Öffentlichkeit, Bagdad, 1988, S. 197-237.

⁶¹ McDowall bemerkt auf Seite 345 seines 1996 erschienenen Buches: »It was ironic that while Savak [Iranischer Geheimdienst] wanted the KDP-PL [DPK-PF] and PUK to co-operate and thereby maximize their operations against Iraq, Talabani offered to co-operate only if Savak broke with Idris Barzani and the KDP-PL.«

sichern. Ob angesichts des Ausmaßes dieses Unternehmens auch konkrete Pläne für die Vertreibung der gegnerischen DPK-PF vorlagen, wie seitens der DPK behauptet wird,⁶² ist zwar denkbar, vor allem mit Blick auf die Hegemoniebestrebungen der PUK, jedoch nicht restlos nachweisbar.⁶³

Der wahre Verlauf der nun einsetzenden kriegerischen und politischen Ereignisse lässt sich auch nach so lange Zeit schwer nachzeichnen. Vieles bleibt im Dunkeln über diese Vorfälle. Die Hauptakteure hüllen sich in Schweigen. Die Angaben der am Geschehen Beteiligten sind ungenau und unvollständig. Tatsache ist, dass das Unternehmen mit einem beispiellosen Desaster für die PUK im Hakkari-Gebiet, südöstlich der Türkei, endete. Die über 800 Mann starken PUK-Verbände gerieten in Orientierungsschwierigkeiten und wurden von Angehörigen der DPK-PF - zusammen mit einigen Tausend ihnen nahestehender tribaler Kräfte jenseits der türkischen Grenze - binnen weniger Wochen umzingelt,⁶⁴ verfolgt, festgenommen und beinahe vollständig aufgerieben. Die meisten PUK-Gefangenen wurden wenig später vereinzelt freigelassen oder ausgetauscht. Die Anführer der Expedition wurden jedoch getötet.⁶⁵ Die Folgen der regelrechten Hinrichtungen, waren vielfältig und wirkten sich auch auf die DPK negativ aus. Es ist zwar richtig, dass die Beseitigung solcher führenden Köpfe der PUK-Seite einen schmerzhaften und unersetzbaren Schaden zufügte, zumal sie den Weg für eine Spaltung der innerhalb der PUK agierenden Sozialisten freimachte. Zugleich festigten die Ereignisse die Position der Hardliner innerhalb der PUK und dies war langfristig nicht im Interesse der DPK. Vor allem Ali Askari, dessen Wort in der PUK von Gewicht war, hatte eindeutig zu den Wortführern gezählt, die für eine Übereinkunft mit der DPK eingetreten waren. Seine Beseitigung erschwerte eine künftige und eigentlich unausweichliche Verständigung zwischen beiden Organisationen entscheidend.

Die PUK brauchte lange, um sich von der dramatischen Niederlage in Hakkari zu erholen. Aus Amins Ausführungen geht hervor, dass ausgerechnet zu dieser Zeit die Baath-Regierung zweimal kurdische Mittelsmänner zur Führung der PUK entsandte. Aus diesen Treffen, die z.T. polemische Züge aufwiesen,⁶⁶ entstanden jedoch keine politischen Verhandlungen.

⁶² Einige DPK-Funktionäre gehen soweit, dass das ganze Unternehmen von der irakischen Seite veranlasst worden war. Als Gegenleistung für die Auslöschung der DPK-Barzani hätte Bagdad mit der PUK Verhandlungen aufgenommen. F. Hariri: Damit die Geschichte nicht gefälscht verfasst wird (Kurdisch), Publikationen der DPK, Pirmam 1995, S. 57-58. Emin, einer der ranghöchsten PUK-Männer schreibt, dass das Unternehmen insofern die Beseitigung der DPK-Basen anvisiert hätte, falls diese zum Problem für die PUK geworden wären. Emin. 1997, S. 266. Siehe auch A. Hottinger: Die Kurden im inneren und äußeren Kampf, in: Der Golfkrieg, Ursachen, Verlauf, Auswirkungen, Ausgewählte Texte, zusammengestellt und eingeleitet von Udo Steinbach, Hamburg 1988, S. 153-162,156.

⁶³ McDowall erzählt, Talabani hatte schriftliche Konstruktionen erteilt, dass Askari, Kommandant der Expedition, diese Route von den DPK-PF-Basen zu bereinigen. Doch anscheinend hatte Askari beabsichtigt, diese Konstruktion zu ignorieren. Zumal er mit der DPK-PF kontaktierte. McDowall, 1996, S. 345. Die Ansicht der PUK-Seite präsentieren Hariri, 1995, S. 21 und 59 sowie Emin, 1997, S. 263-94. Siehe auch F. Rasull: Einige Blätter von der Geschichte des Kampfes des kurdischen Volkes, Ereignisse und Dokumente, 1982-1990, (Kurdisch) Bd. 3, o.O. 1994, S. 354-55.

⁶⁴ McDowall. 1996, S. 345.

⁶⁵ Hariri, 1995, S. 125-26.

⁶⁶ Emin, 1997, S. 321 sowie 337-38. Solche kleinen und kaum ernsthaften Kontaktaufnahmen nahmen sogar sarkastische Züge an. Der erste Regierungsgesandte, Shaikh Mahmud Kareza, sagte dem PUK-Chef Jalal Talabani: »Die Regierung hat mich entsandt, um Euch zu erfragen was Ihr wollt.« Der PUK-Chef stellte dem Gesandten darauf hin die Frage, ob die Regierung ihm nicht

7 Saddam Husseins Einstellung zur Kurdenfrage 1978

Die weiter unten zitierten Aussagen Saddam Husseins, die er am 21. Juni 1978 im Büro für Kultur und Öffentlichkeit machte, lassen einige bemerkenswerte Einstellungen der baathistischen Seite in der Kurdenfrage erkennen. Der Vizevorsitzende des KRR des Irak bestätigte der Öffentlichkeit bereits bekannte Tatsachen über die Untüchtigkeit des Personals des kurdischen Autonomiegebietes mit den Worten: »Wenn irgendeiner von Euch über die Inkompetenz der Autonomie-Apparate redet, spricht er die Wahrheit.[...]«⁶⁷ Saddam Hussein begründete diesen Zustand wie folgt:

»Sie müssen wissen, oh Genossen, als der Krieg im Jahr 1974 ausbrach, sympathisierte ein großer und wichtiger Teil von unserem kurdischen Volk mit Barzani und war gegen die Regierung und die Arabische Sozialistische Baath Partei. Ein bedeutender Anteil von ihm war sogar für Trennung [Kurdistan vom Irak] mit unterschiedlichem Grad. Wenn wir damals den Standpunkt des kurdischen Volkes eingenommen hätten, auch den Standpunkt einiger unserer Anhänger, und denen gesagt hätten: falls wir euch objektive Tatsachen schaffen, so dass ihr ein unabhängiger Staat außerhalb des irakischen Staates werdet, so hätte ein Teil von denen mit Ja geantwortet. Diese Wahrheit müssen wir vor unseren Augen behalten und nicht vergessen, dass die Hauptursache in der vergifteten Atmosphäre lag, die während der komplizierten Periode in dem Gebiet herrschte[...].«⁶⁸

Er schloss in seinen Ausführungen eine Verständigung mit der Opposition aus:

»Und die Frage: sollen wir Jalal Talabani herholen, und in Anbetracht dessen, dass er ein Gebildeter und der Kurdenfrage Gewachsener ist, und ihn mit dem Amt des Präsidenten des Exekutivrates der Autonomie anvertrauen, weil ihm diese genannten Eigenschaften, beispielsweise, al-Naqishbandi den Vorrang gewähren!?! Jalal Talabani und viele seine Beispiele können durch die Autonomie das kurdische Publikum führen. Aber in welche Richtung führen sie es? Sie führen es zur Trennung. Haben wir einen alten Verband der Partei unter den Kurden, damit wir fähige baathistische Kader anstelle der Anwesenden in Autonomieinstitutionen einsetzen? Die Antwort auf diese Frage ist bekannt.. Von daher befinden wir uns in dem Zustand, das Personal der Autonomieinstitutionen kontinuierlich zu ersetzen. Im Lichte der neu eingetretenen Veränderungen und Kalkulationen bringen wir eine Gruppe nach der anderen bis wir auf diesen Weg die besten Alternative erreichen. Eine andere Lösung haben wir in dieser Phase nicht.«⁶⁹

Um die bereits erwähnte vergiftete Atmosphäre näher zu beschreiben, wies Saddam Hussein in seinen Ausführungen darauf hin, dass das Volk im Autonomiegebiet bis 1975 von Einflüssen der baathistischen Revolution isoliert geblieben sei, und da die Partei bis dahin keine flächendeckenden Organisationen in dem Gebiet aufgebaut habe, wäre das Gebiet im Vergleich zu anderen Teilen des Landes rückständig geblieben.⁷⁰ Die daraus resultierende Schlussfolgerung: Beim Abhalten freier Wahlen solle dieser Tatsache Rechnung getragen werden.

»Auf jeden Fall«, betonte er in einer Überspitzung dieser Verhältnisse, »ist es nicht möglich, dass es im Irak zwei Demokratien gibt: eine in dem Autonomiegebiet und eine in den restlichen Teilen des Irak.«⁷¹

etwas Weiteres mitgeteilt hätte. Der Emissär negierte. Daraufhin gab Talabani seinem Missfallen mit folgenden Worten Ausdruck: »Geh zurück und teile denen mit: sie [die aufständischen Kurden] wollen gar nichts. Die sind eine bekloppte Gruppe, die in die Berge gegangen sind.« Shaikh Mahmud Kareza beharrte auf einer Antwort. Letztendlich sagte Talabani: »Glaubst du, sie [Baathisten] wissen nicht, was wir wollen?«

⁶⁷ Hussein, Bd. 3, 1988, S. 220.

⁶⁸ Ebd., S. 220-21.

⁶⁹ Ebd., S. 221.

⁷⁰ Ebd., S. 223.

⁷¹ Ebd.

Eine solche Entwicklung hätte schlechte Ergebnisse für die Baathpartei mit sich gebracht. Eindeutig stellte Saddam Hussein fest, falls man unter diesen Umständen freie Wahlen für die Nationalversammlung und den Exekutivrat der Autonomie abhielte, würden die Sieger dort »die Reaktionären oder die Kommunisten oder die augenscheinlichen Unabhängigen, die letztendlich mit einer dieser beiden [Strömungen] sympathisieren« sein.⁷²

»Von daher ist es keine Schande,« fuhr Saddam Hussein fort, »dass wir die Konstellationen schaffen, die uns ermöglichen, im Autonomiegebiet Präsenz zu bekommen und dort ernstlich Einfluss auszuüben.«⁷³

Aus diesen Äußerungen lassen sich folgende Feststellungen ableiten:

Die Unfähigkeit des Personals der kurdischen Autonomie war nicht zu leugnen. Dieses Problem durfte aber nicht durch die Kurden selbst behoben werden, denn ihre Aktivisten wurden generell von Saddam Hussein lapidar als »Separatisten«, »Reaktionäre« oder »Kommunisten« degradiert, die es zu beseitigen galt.⁷⁴ Es musste ein Prozess in Gang gebracht werden, der der Baathpartei dort schließlich die Macht auf "demokratischem" Weg sicherte. Dieser Prozess, als *Baathisierung* bekannt, wurde tatsächlich eingeleitet. Die Baathisierungsbestrebung im kurdischen Autonomiegebiet lässt die Schlussfolgerung zu, dass die Baathpartei im Rahmen ihrer totalitären Politik die auf Integration zielende Kurdenpolitik neu definierte. Sie verkörperte den Versuch, die kurdischen Massen für die "gute" Regierung zu gewinnen, die den Kurden Autonomie gewährt hat.

Es sei daran erinnert, dass vor 1974 die Baathpartei bemüht gewesen war, durch die Bildung einer loyalen kurdischen Organisation Fuß in Kurdistan zu fassen. Diese Politik war kläglich an der Popularität der kurdischen Bewegung gescheitert, die sich durch die Märzvereinbarung hatte frei entfalten können. Nach dem kurdischen Debakel vom März 1975 trat die Baathpartei verstärkt selber in Aktion.

Für den Erfolg des Baathisierungsmusters, das zuvor in anderen Teilen des Irak praktiziert und nicht wirkungslos geblieben war, sprach allerdings eher die Tatsache, dass die Baathisten als Anhänger einer staatstragenden Partei in der Lage waren, einerseits den Beitritt zu ihrer Partei als Bedingung für die Weiterbeschäftigung und/oder Einstellung in den staatlichen Institutionen, Einrichtungen und Betrieben⁷⁵ zu erzwingen und andererseits hilfsbedürftige, eher unpolitische Kurden durch regelmäßige materielle Zuwendungen für die Partei zu gewinnen.

Es ist aber irrig anzunehmen, dass der Baathisierungsprozess trotz einiger Erfolge in langfristiger Hinsicht die politische Überzeugung der baathistischen Kurden zugunsten der arabischen Partei änderte. Dagegen sprachen vor allem zwei Dinge:

1. Die Verbreitung einer Ideologie wie die der Baathpartei war nicht nur deshalb schwierig, weil sie keinen übernationalen Charakter aufwies. Die Kurden brachten die Partei zwangsläufig mit negativen Erfahrungen in Verbindung. Die Erinnerungen

⁷² Ebd., S. 224-25.

⁷³ Ebd., S. 225.

⁷⁴ Sowohl Talabani als auch Massud Barzani waren 1979 Ziel von Attentatversuchen mutmaßlicher Agenten des Irak. Siehe dazu: Rasull, Bd. 1, 1991, S. 285-86 sowie an-Nahar vom 10. Januar 1979.

⁷⁵ 1984 fiel ein bemerkenswertes Dokument in die Hände einer irakisch-kurdischen Widerstandsorganisation. Das handgeschriebene aus mehreren Seiten bestehende Dokument war die Namenliste der Belegschaft eines großen Staatsbetriebs in der Autonomieregion, die zu Mitgliedern und Sympathisanten der Baathpartei geworden waren und deren Zahl die 350-Grenze überschritt. Persönliche Erinnerung.

an die 1963 begangenen Untaten der Baathisten sowie den Krieg von 1974-75 waren allgegenwärtig.

2. Die handstreichartige Ablehnung aller möglichen Denkrichtungen in Kurdistan musste zwangsläufig auf den unmittelbaren Widerstand der Betroffenen stoßen, die tiefe Wurzeln in der kurdischen Gesellschaft geschlagen hatten. Die Präsenz solcher Gruppierungen im Untergrund ließ auch die überwiegende Mehrheit der übrigen Kurden der Baathpartei gegenüber neutral bleiben.

Es reicht aber nicht aus, die Kurdenpolitik Saddam Husseins lediglich mit der Baathisierung gleichzusetzen. Die Deportations- und Arabisierungspolitik waren weitere wichtige Eckpfeiler dieser Politik, die nach 1975 in vielen kurdischen Gebieten praktiziert wurde.

Auf einer am 18. Juli 1978 gehaltenen Pressekonferenz sprach Saddam Hussein, auf Nachfrage von Journalisten, die Politik der Deportation und Arabisierung an. Er gab zu, den irakisch-iranischen sowie irakisch-türkischen Grenzstreifen auf einer Breite von 10-20 km evakuiert zu haben, um - so die Begründung - die Evakuierten in vorbildlichen Dörfern mit allen erforderlichen Dienstleistungen ansiedeln zu können. Saddam Hussein nannte die Ansiedlung von einigen aus dem Iran zurückgekehrten 'Barzanitten' im arabischen Süden als 'Kurdisierung' des Landes. »Arabisierung und Kurdisierung«, beteuerte er, »sind nicht in unserem wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Programm im Irak inakzeptabel.«⁷⁶

Solche Feststellungen fanden jedoch wenig Resonanz bei den Kurden, denn die Umsiedlungspolitik hatte eine grundlegende Änderung der Wirtschaft in den kurdischen Siedlungsgebieten zur Folge. Die zuvor in der Landwirtschaft tätigen Bauern waren nun, nach ihrer formellen Entschädigung, beschäftigungslos. Viele Landwirte sahen sich gezwungen, sich den kurdischen Kollaborateuren anzuschließen. Zahlreiche Felder lagen nun brach, was die landwirtschaftliche Autarkie der kurdischen Region spürbar beeinträchtigte. Das Ziel dieser Politik bestand vordergründig darin, die Überlebenschancen der kurdischen Partisanen zu schmälern. Man wollte auf diese Weise die relative Befriedung der Hauptunruhegebiete des Landes erreichen.

Das gleiche galt für die Arabisierungs- sowie die vermeintliche Kurdisierungspolitik. Die Arabisierungspolitik stieß bei den Kurden - nicht unbegründet - auf Misstrauen, denn sie lief nach einem systematischen Schema ab und traf vordergründig die mehrheitlich von Kurden bevölkerten Gebiete, die außerhalb der von der Baath-Regierung gezogenen Autonomiegrenzen lagen.⁷⁷ Durch großzügige finanzielle Zuwendungen wurden viele Araber ermutigt, sich in diesen Gebieten anzusiedeln.⁷⁸ Der seit 1970 in Angriff genommene Bau von arabischen Siedlungen in Kirkuk, das am stärksten betroffene Gebiet, nahm Mitte der siebziger Jahre ein rasantes Tempo an. In Kirkuk machte sich auch eine spürbare Entkurdisierungspolitik bemerkbar. Nur in Ausnahmefällen gestattete man den einheimischen Kurden dort Grundstücke oder Immobilien zu erwerben oder in den staatlichen Institutionen und Einrichtungen eingestellt zu werden. Parallel zur Arabisierung nahm die Regierung sogar einige Änderungen der alten Verwaltungs-

⁷⁶ Hussein, 1978 a, S. 30.

⁷⁷ Stufenweise wurde die Schulsprache in diesen Landstrichen arabisiert. Im Schuljahr 1977-78 arabisierte man die sozialwissenschaftlichen Fächer und 1979-80 sämtliche Fächer. Persönliche Erinnerung

⁷⁸ In der Regel bekamen die arabischen Siedler, die in der Stadt Kirkuk angesiedelt wurden, eine finanzielle Unterstützung von umgerechnet 30.000 USD.

einheiten vor. Vier der sieben kurdischen Bezirke um Kirkuk herum wurden per Dekret des KRR abgetrennt und anderen Gouvernements unterstellt. Durch diese Maßnahmen stieg der Anteil der Araber an der Gesamtbevölkerung im Distrikt Kirkuk nach Angaben von der 1977 durchgeführten offiziellen Volkszählung auf ca. 44 Prozent.

Als letztes darf nicht unerwähnt bleiben, dass aufgrund des Minderheitsstatus der Kurden im Irak eine Kurdisierung der arabischen Landesteile in einem von arabischen Nationalisten regierten Staat undenkbar war und ist. Was Saddam Hussein *Kurdisierung* nannte, war in der Tat nichts anderes als eine erzwungene Verbannung der amnestierten Kurden.

Um die ethnische Zusammensetzung der nichtarabischen Landstriche im Norden zu ändern, schaffte die Regierung mit ihrer Arabisierungspolitik demographische Tatsachen. Diese Politik war auf langfristige Wirkungen angelegt: Sie sollte den künftigen Anspruch der Kurden auf diese Gebiete unmerklich unterminieren.

Als die oben erwähnte Pressekonferenz im Juli 1978 abgehalten wurde, lag die zweite Machtübernahme der Baathpartei zehn Jahre zurück. Dies erlaubte Saddam Hussein, das durch den rapiden Anstieg der Staatseinnahmen aus der Erdölindustrie ohnehin gestiegene Ansehen des Landes und seiner Regierung zu bekräftigen. Der Irak zog zu diesem Zeitpunkt nicht zu unrecht die Aufmerksamkeit vieler westlicher Konzerne auf sich, die beim Aufbau ihren Investitionsanteil sichern wollten.⁷⁹ Dafür musste Stabilität gewährleistet werden und hierauf legte auch die Regierung großen Wert. Die wiederaufflackernden Kämpfe mit den Kurden und die mittlerweile bekannt gewordenen Verfolgungen der Kurden waren für diese Stabilität eine Gefährdung. Die Journalisten stellten Saddam Hussein die Frage nach dem erneuten Ausbruch der Kämpfe im Norden:

»Glauben sie nicht«, entgegnete er, »wir beantworten: es gibt sie nicht, oder wir versprechen deren Beendigung vielleicht ab jetzt bis zu den nächsten zwanzig Jahren. Sondern wir sind bereit, sie [die Kämpfe gegen die Kurden] als eine objektive Tatsache bis zu den nächsten zwanzig Jahren hinzunehmen.«⁸⁰

Die kurdischen Aktivitäten wurden von Saddam Hussein auch 1979 verharmlost. In einem Interview mit dem Spiegel antwortete er auf die Frage, ob er bestreitet, dass im Kurdenland geschossen werde:

»Sicher, es gibt vereinzelte Leute, die zu Waffen greifen, auf dieser Welt hat ja heute fast jeder eine Pistole. Aber das ist nicht ernster zu nehmen als diese Bande in Westdeutschland - wie heißt sie gleich? - die Baader-Meinhof-Bande. Es handelt sich also um ein Charakteristikum der Gesellschaft.«⁸¹

8 Die Kommunistenverfolgung durch die Baath-Regierung

Die Baathpartei, die der eigenen Etablierung stets Priorität gab, begann nach der Niederlage der Kurden im März 1975 die Tätigkeit der Kommunisten (IKP), die nun noch als einzige relativ starke politische Kraft im Irak existierten, zunehmend zu beschneiden.⁸² 1978 erreichte die baathistisch-kommunistische Auseinandersetzung ihren Höhepunkt. Alarmierend war für die Baathpartei der politische Bericht des KP-Kongresses vom März 1978, welcher die Politik der Regierung in vielen Fragen, wie der

⁷⁹ Siehe dazu Sluglett/Sluglett, 1991, S. 237 ff.

⁸⁰ Hussein, 1978 a, S. 29.

⁸¹ Der Spiegel vom 2. Juli 1979.

⁸² Neue Zürcher Zeitung vom 12. Juni 1976.

Kurdenproblematik, oder der Demokratisierung, gemäßigt aber eindeutig kritisierte.⁸³ Saddam Hussein glaubte - oder nahm dies nur als Vorwand -, dass die von der IKP an der Baath-Regierung geübte Kritik nicht mit dem übereinstimme, was man von einem Mitglied der Nationalen Front erwartet, nämlich an erster Stelle die Besorgnis um die Führung der Baathpartei. Die IKP versuche sich auf Kosten der Baathpartei zu stärken, meinte der Vizepräsident des KRR, und dies musste aus seiner Sicht verhindert werden.⁸⁴ Das politische Bündnis mit den Kommunisten wurde daraufhin brüchig. Ein Beleg für das angespannte Verhältnis ist die damals bekannt gegebene Hinrichtung einer Reihe von Kommunisten zur Jahresmitte 1978, die der Agitation und Zellenbildung in der Armee beschuldigt worden waren.⁸⁵

Im November 1978 leitete die Regierung dann eine großangelegte, gewaltsame Aktion gegen die IKP-Mitglieder und -Sympathisanten ein. Da die ihnen übriggelassenen Positionen nicht als etwaige Sprungbretter für eine Machtausweitung dienen konnten, blieb den IKP-Anhängern letztendlich nichts anderes übrig, als entweder die Flucht zu ergreifen oder widerwillig Mitglied der Baathpartei zu werden.⁸⁶ Die älteste irakische Partei wurde enorm geschwächt. Dadurch erhielt der Prozess der Gleichschaltung bzw. Baathisierung des arabischen Teils der irakischen Republik kräftige Impulse.⁸⁷ Im kurdischen Norden des Landes konnte die Baathisierung aus oben bereits erwähnten Gründen nur geringe Erfolge verbuchen. Jedenfalls bedeutete der Schlag gegen die IKP, dass die Zahl der opponierenden Kräfte im Norden zunahm, denn viele IKP-Mitglieder der verschiedenen Volksgruppen des Landes fanden bei den Kurden, vor allem bei der PUK, Zuflucht und beteiligten sich in den folgenden Monaten an dem bewaffneten Kampf gegen die Baath-Regierung.⁸⁸

Fazit

Es unterliegt keinen Zweifel, dass die mit Gewalt, Diplomatie und mit Elastizität zu eigenen Bedingungen erreichte "Lösung" der Kurdenfrage 1975 zu einer spürbaren Konsolidierung des Baath-Regimes führte. Eine Konsolidierung der kurdischen Selbstverwaltung blieb hingegen aus. Die Bemühungen, die von der Regierung einseitig gestaltete kurdische Autonomie zu verbessern, scheiterten an der Vormundschaft der Zentralmacht. Die kurdische Autonomie hatte unweigerlich nur der politischen Linie der Baathpartei zu folgen. Abweichungen jedweder Arten wurden als Gefahr für die nationale Einheit interpretiert. Die Baath-Seite, die glaubte, festen Boden unter die Füße bekommen zu haben, ging zielstrebig daran, die Schwierigkeiten der Partei in Kurdistan zu bewältigen. Verstärkt betrieb sie nun die Baathisierung der Region.

Der Regierung in Bagdad erschien die Politik der Stärke als ein attraktiver Weg. Mit aggressiver Drohung setzte sie darauf, die Kurden von der Zwecklosigkeit jeglichen Widerstandes zu überzeugen. Durch die Deportation wurden entlang der Grenzen alle

⁸³ Die Zeit vom 6. Juli 1979. Vgl.: Sluglett/Sluglett, 1991, S 194-95.

⁸⁴ Hussein, Bd. 3, 1988, S. 208 ff.

⁸⁵ Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 8. Juni 1978.

⁸⁶ Die Kommunistenverfolgung hat einige Monate gedauert. Der irakische Informationsminister Tariq Aziz rechtfertigte die Haltung seiner Regierung im April 1979: »After the executions of last summer, we found more Communist cells in the armed forces this year. We have new prisoners. They will be judged by the law and will meet their fate.« International Herald Tribune vom 9. April 1979.

⁸⁷ Vgl.: Batatu, 1978, S. 1078.

⁸⁸ Siehe Rasull (Bd. 1, 1991) Ausführungen, der selber ein Funktionär der IKP war.

Spuren menschlichen Lebens zerstört. Tausende Familien wurden in von den irakischen Streitkräften leicht kontrollierbaren Lagern angesiedelt. Diese waren Maßnahmen mit wirksamen Folgen gegen jede erneute Erhebung der Kurden und erschwerten in der Tat die Aktivitäten der in dieser Zeit entstandenen politischen Organisationen erheblich.

Wahr ist aber auch, dass die Vorgehensweise der Regierung denjenigen Argumente an die Hand gab, die zur Baathpartei in Opposition standen und ehemalige Aktivisten zu mobilisieren versuchten. Solche Aktivisten erwartete eine völlig neue Situation. Bis März 1975 war Barzanis Charisma für die Kurden durchaus von Vorteil gewesen. Er hatte den kurdischen Massen Selbstvertrauen eingeflößt und ihnen das Gefühl der Stärke vermittelt. Dies hatte jedoch eine fatale Selbsttäuschung hervorgerufen, die die wahre Tragweite des irakisch-iranischen Abkommens von 1975 unterschätzt und zu einem Desaster von bis dahin unbekanntem Ausmaß geführt hatte. Es musste danach eine neue schwierige Phase anbrechen, in der die traditionelle orientalische Gesellschaftsstruktur der Kurden nicht so leicht zu überwinden war. In Irakisch-Kurdistan, wo parteipolitische Interessen aufeinander prallten, war es nur um den Preis eines Flächenbrandes möglich, eine der beiden großen kurdischen Organisationen zu vertreiben, die aber letztendlich miteinander leben mussten. Diese Erkenntnis in den beiden Hauptorganisationen (PUK und DPK-PF) zu verankern, leistete die kurdische Vereinbarung in Damaskus 1977 nicht. Ein Prozess war in Gang gekommen, der immer weiter voranschritt und die kurdische Opposition schwächte. Dessen ungeachtet waren die Zusammenstöße zwischen kleineren Peschmarga-Einheiten und der irakischen Armee Mitte 1976 eine Botschaft an Bagdad mit dem Inhalt, dass das irakisch-iranische Algier-Abkommen vom 6. März 1975 den kurdischen Widerstand nicht endgültig vernichtet hatte.

Abb. 2

Überblick über die Parteienlandschaft in Irakisch-Kurdistan zwischen 1975-1988

Anmerkung: Die Organisationen sind in der Reihenfolge ihrer Gründungsdaten aufgeführt

Patriotische Union von Kurdistan (PUK) (01.06.1975)

anfänglich aus 3 später aus 2 Unterorganisationen

Marxistisch-Leninistischer Bund Kurdistans (10. Juni 1970); 1978 umbenannt in: Bund der Werktätigen Kurdistans (BWK)	Progressive Patriotisch-Revolutionäre Breite Tendenz 1977 (Allgemeine Linie)	Sozialistische Bewegung Kurdistans (SBK) 1976/77
BWK vom BWK gespalten: a) Organisation der Werktätigen Kurdistans 1975/76 gespalten (eine großangelegte Verhaftungswelle erfasste die meisten Mitglieder und führte deren Ende herbei) b) Flagge der Revolution (1985 gespalten. Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre schloss sich die PUK nochmals zusammen)	Union der Revolutionären von Kurdistan Ein am 15.08.1983 erfolgter Zusammenschluss zwischen der Allgemeinen Linie und der SBK	

Kurdische Nationalistische Sozialistische Partei (01.09.1975)

umbenannt am 01.09.1976 in **Nationalistische Partei der Kurden (NPK)**

Demokratische Partei Kurdistans - Provisorische Führung (DPK-PF) (10.12.1975)

1979 erneut umbenannt in

Demokratische Partei Kurdistans Irak (DPK)

Demokratische Partei Kurdistans - das Vorbereitende Komitee (DPK-VK) 1976/77

gründete zusammen mit der am 21.03.1979 mehrheitlich von der PUK gespaltenen

Sozialistischen Bewegung Kurdistans (SBK) die

Vereinigte Sozialistische Partei Kurdistans (08.08.1979)

08.08.1980 umbenannt in **Sozialistische Partei Kurdistan-Irak (SPK-I)**

Demokratische Union Kurdistan (DUK) (09.06.1977)

Demokratische Volkspartei Kurdistan 1981

Eine von der DPK gesplattene Gruppierung

Demokratisch-Revolutionäre Richtung der Sozialistischen Partei Kurdistan-Irak

gespalten von SPK-I im Sommer 1985

1988 umbenannt in **Partei der Werktätigen von Kurdistan-Irak**

Kapitel Zwölf

Der Kurden-Konflikt nach dem Beginn der Alleinherrschaft von Saddam Hussein 1979 - Die Kriegsära

1 Saddam Husseins Machtantritt als Präsident

Über Saddam Husseins Machtaufstieg wurde bereits in Kapitel Zehn, Abschnitt 3.2 einiges ausgeführt. Es sei daran erinnert, dass sich die Kontrolle der Baathpartei nach der Juli-Machtübernahme von 1968 nahezu in alle Lebensbereiche des Landes ausdehnte. Dadurch wurde der Herrschaft der Baathisten eine institutionelle Basis geschaffen. Der Baath-Regierung gelang es, Ende der siebziger Jahre innerhalb der Armee auf festen Füßen zu stehen. Am zehnten Jahrestag der Machtergreifung verabschiedete der Kommandorat der Revolution (KRR) einen Erlass, der die Todesstrafe für jede nicht-baathistische Betätigung in der Armee vorsah.⁸⁹ Viele mussten nun fürchten, verdächtigt zu werden. Die rasche Baathisierung der Streitkräfte, durch unzählige Zwangspensionierungen und die großzügige Förderung der Elemente, an deren Loyalität zur Partei und vor allem zur Person Saddam Husseins kein Zweifel bestand, ermöglichte diesem und seiner Organisation eine außergewöhnliche Etablierung. Dieser ungeheure Machtzuwachs der irakischen Baathisten war aber nicht etwa durch die Genialität des Führers zustande gekommen; sondern durch eine gegen alle potentiellen Regime-Gegner angewandte repressive Politik und durch den Reichtum des Landes an Ressourcen. Abermilliarden schwere Petrodollars boten der baathistischen Führung Mittel im Überschuss für jede beliebige Maßnahme, so dass man sogar eine eigene Volksmilizenarmee für die Partei aufbauen ließ. Mit der Zeit wurde im Irak der Staat als solcher der Partei untergeordnet und nicht umgekehrt. Diese Entwicklung vollzog sich auch formell in dem Moment, als sämtliche Mitglieder des so genannten Regionalkommandos der Baathpartei⁹⁰ im September 1977 in den KRR, die höchste Instanz im Irak, eingebunden wurden. Diese Entscheidung hob endgültig die Trennungslinie zwischen Staat und Partei auf. Die brisante Frage aber war, ob die Baathpartei als solche fortbestehen und weiterhin ihren Einfluss ausüben, oder ob sie umfunktioniert würde. Sluglett/Sluglett stellen hierzu fest:

»Damit war die Partei nicht länger, wenn sie es je war, ein Forum der politischen Diskussion, sondern wurde zum bloßen Symbol zur Bekräftigung der Autorität des Staates oder, genauer, Saddam Husains.«⁹¹

Dass sich Saddam Hussein schon vor dem Juli 1979, also vor seiner Präsidentschaft, zunehmend auf die Rückendeckung durch seine Familie verlassen hatte, dokumentiert die Besetzung des Amtes des Verteidigungsministers: Im Oktober 1977 wurde sein 38 Jahre alter Schwager Oberst Adnan Khairallah, zum Verteidigungsminister erklärt, der im April 1978 zum General befördert wurde.⁹² Dieses Amt wurde aus Sicherheitsgründen bis dahin von Präsident al-Bakr selber bekleidet.

⁸⁹ Sluglett/Sluglett, 1991, S. 198.

⁹⁰ Die Baathpartei predigt die Ideale des Panarabismus und verfügt auch über ein sogenanntes Nationalkommando. Die Mitglieder dieses eher symbolischen Gremiums, besteht aus Vertretern anderer vorhandener Organisationen der Baathpartei, die direkt vom Irak unterstützt werden.

⁹¹ Ebd., S. 191.

⁹² Ebd., S. 217.

Die Armee und die Sicherheitsapparate, die eigentlichen Garanten der Stabilität aller diktatorischen Systeme, waren 1979 zu zuverlässigen Stützen des Regimes geworden; ein Regime, das bekanntermaßen von Saddam Hussein geführt wurde. Die Autorität Saddam Husseins, dem es bereits in den frühen siebziger Jahren gelungen war, der irakischen Politik seinen Stempel aufzudrücken, und eine erstaunliche Geschäftigkeit in der Politik bewiesen hatte, wenn auch nicht mit zimperlichen Mitteln, war mit der Zeit dermaßen gewachsen, dass es nur eine Frage der Zeit war, wann er endgültig zum ersten Mann des Landes ernannt würde, um anschließend ein eher dynastisches Herrschaftssystem zu installieren. Im Juli 1979 kam dann die Wende.

Am Vorabend des elften Jahrestags der Juli-Machtübernahme der Baathpartei kündigte General Ahmad Hassan al-Bakr in einer Ansprache über den irakischen Rundfunk seinen Rücktritt an. Er begründete seinen Entschluss mit seiner angegriffenen Gesundheit. An seine Stelle trat Saddam Hussein, der am gleichen Tag den Eid auf die provisorische Verfassung leistete.⁹³ Obgleich der freiwillige Rücktritt auf normalen Wege vollzogen zu sein schien, so ging doch rasch die Meldung über eine Säuberungsaktion um. Fünf Kabinettsmitglieder, die auch dem KRR angehörten, darunter einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten, Adnan Hussein Hamdani, sowie über 50 weitere hohe Funktionäre der Baathpartei wurden festgenommen. Den Festgenommenen wurde Verschwörung mit Syrien nachgesagt. Es gab 22 Hinrichtungen.⁹⁴ Ob überhaupt die Hingerichteten irgendwelche Umsturzversuche geplant hatten, ist schwer einzuschätzen. Tatsache ist aber, dass diese Entwicklung die Bedeutung der Baathpartei und ihre Rolle im politischen Entscheidungsprozeß im Irak enorm relativierte. Die Partei war spätestens seit diesem Zeitpunkt zu einem Instrument geworden, dessen Aufgabe nun darin bestand, Saddam Husseins Bestimmungen treu zu befolgen und seine Herrschaftsmechanismen zu verschleiern.

Mit seiner endgültigen Machtergreifung begann dann eine Phase, in der der Personenkult im Zweistromland blühte wie noch nie zuvor. Der neue Präsident, gut zwanzig Jahre jünger als sein Amtsvorgänger, setzte als erstes die Zwei-Mann-Herrschaft endgültig ab, indem er drei neue, ihm treu ergebene Vizepremiere, ernannte. Dies ergab sich freilich aus dem Willen, sich der Alleinherrschaft zu bewerkstelligen. Die endgültige Machtübernahme Saddam Husseins markiert von daher eine Phase in der irakischen Geschichte, die sich als Übergang von der gemäßigten zur totalen Diktatur beschreiben lässt. Eine Diktatur, die sich vordergründig auf die Familie und den Clan stützte. Die zwei wichtigsten Sicherheitsapparate, der des Nachrichtendienstes und der der Spezialeinheit, die faktisch für die Sicherheit der ranghöchsten Verantwortlichen des Landes und die Überwachung von deren sämtlichen Aktivitäten zuständig waren, wurden von den beiden Halbbrüdern Saddam Husseins, Barzan⁹⁵ und Sabaawi⁹⁶ geleitet. Sie

⁹³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Juli 1979. Neue Zürcher Zeitung vom 18. Juli 1979.

⁹⁴ Siehe Süddeutsche Zeitung vom 30. Juli 1979 sowie vom 9. August 1979; Neue Zürcher Zeitung vom 9. August 1979, Der Spiegel vom 13. August 1979. Naim Haddad, ein KRR-Mitglied, der vom Beruf her ein Volksschullehrer war, wurde zum Richter des Sondergerichts erklärt und sprach die Todesurteile aus. Die Hinrichtungen, die – besonders makaber – von Führungsmitgliedern der Baathpartei vorgenommen wurden, nannte er »demokratische Exekution«. Die Weltwoche vom 12. September 1979.

⁹⁵ B. al-Tikriti: Die Mordversuche an den Präsidenten Saddam Hussein (Arabisch), 2. Aufl. Bagdad 1982. S. 5.

⁹⁶ Siehe weitere Beispiele über das Machtmonopol des Clans al-Tikriti im Bagdader Machtzentrum bei: A. Niemetz: Brennpunkt Nahost, München 1991, S. 252.

waren, und das galt auch für die anderen Sicherheitsapparate, Saddam Hussein direkt berichtspflichtig. Zweitrangig stützte sich das Regime auf die Region von Tikrit. Der Name Tikriti, nun ein von unzähligen Funktionären getragener Familienname, hätte einige Peinlichkeiten über die Machtverhältnisse im Irak verraten. Kurzerhand verbot Saddam Hussein den Irakern, ihren Familiennamen zu benutzen, stattdessen musste man einen dreiteiligen Namen (Vorname, Name des Vaters und des Großvaters) verwenden.⁹⁷

Im August, nachdem er seine potentiellen Gegner innerhalb der Partei beseitigt hatte, startete Saddam Hussein ein innenpolitisches Programm. Er amnestierte über 700 politische Gefangene und stellte Parlamentswahlen in Aussicht.⁹⁸

Beabsichtigte der neue Präsident nun vom üblichen Schema des tatsächlichen Einparteiensystems abzuweichen? Tariq Aziz, einer der neuen stellvertretenden Ministerpräsidenten und KRR-Mitglied ließ verlauten:

»Wir würden jede Wahl mit erdrückender Mehrheit gewinnen. Unser Regime ist das stärkste und populärste in der ganzen Region. Davon sind wir überzeugt. Deswegen werden wir auch in naher Zukunft Wahlen für eine Nationalversammlung abhalten...«⁹⁹

Der Machtwechsel in der irakischen Hauptstadt hätte zunächst allerdings keine besonderen Änderungen in der Kurdenpolitik hervorgerufen. Denn Saddam Hussein war ohnehin Architekt der irakischen Kurdenpolitik. Vor seiner endgültigen Machtübernahme bekräftigte er seine Zentralisierungspolitik im Zusammenhang mit der Kurdenfrage:

»Die Kurdenautonomie darf nur der Stärkung, nicht einer Schwächung der irakischen Einheit dienen. Die ewig währende Brüderlichkeit macht jede Trennung unmöglich und die Einheit endgültig.«¹⁰⁰

Darüber hinaus gingen die repressiven Maßnahmen gegen die Kurden 1979 unvermindert weiter. Auch in Form von Mordanschlägen auf die wichtigsten Persönlichkeiten. Anfang 1979 scheiterte der verübte Attentatsversuch auf Massud Barzani in Wien.¹⁰¹ Im selben Jahr wurde ein Anschlagversuch auf Jalal Talabani rechtzeitig aufgedeckt.¹⁰² Parallel zu diesen Entwicklungen waren 1978-79 aktive Vorgänge der irakischen Geheimdienste gegen Oppositionelle im Ausland zu verzeichnen. In Schweden beispielsweise gegen die Exilkurden.¹⁰³ Von daher war abzusehen, dass die Politik den Kurden gegenüber wahrscheinlich nur unter neuen Gegebenheiten eine Wende erhalten würde.

⁹⁷ Vanly, 1986, S. 153.

⁹⁸ Süddeutsche Zeitung vom 21. August 1979. Dieser Schritt darf aber nicht dahin missverstanden werden, dass Saddam Hussein von Grundsatzfragen der Demokratie irgendwelche Vorstellungen hatte. Bulloch und Morris erzählen über Saddam Hussein: »Er hat wenig Auslandsreisen unternommen und war nur einmal im Westen (1975 in Frankreich) und doch war er von dem Drang besessen, sich westliche Technologien und westliche politische Techniken anzueignen. Ein arabischer Journalist, der Saddam kurz vor Ausbruch des iranisch-irakischen Krieges interviewen wollte, wurde aufgefordert zu erklären, wie die Regierung der Vereinigten Staaten funktioniert. «Aber Exzellenz», protestierte er erschrocken, «das kann sehr zeitraubend sein.» - «Haben Sie denn noch weitere Termine?» entgegnete Saddam mit unheilschwangerer Stimme. Also erklärte der Journalist das System der checks and balances, die Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Rechtsprechung, bis Saddam ihn schließlich fragte: «Mit wem muß ich dann also verhandeln?»«. Bulloch/Morris, 1991, S. 63.

⁹⁹ Die Weltwoche vom 12. September 1979.

¹⁰⁰ Die Zeit vom 20. Oktober 1978.

¹⁰¹ An-Nahar vom 10. Januar 1979.

¹⁰² Rasull, Bd. 1, 1991, S. 285-86.

¹⁰³ Frankfurter Allgemeine Zeitung und Süddeutsche Zeitung vom 9. Februar 1979.

2 Die Gespräche der Sozialistischen Partei Kurdistan mit Bagdad

Kaum hatte sich die PUK von der dramatischen Niederlage von Hakkari erholt, da sah sie sich mit einem neuen schmerzvollen Schlag und zwar durch die eigenen Reihen konfrontiert. Die Sozialistische Bewegung Kurdistan (SBK), die einen Teil des frontenähnlichen Rahmens der PUK bildete, spaltete sich am 21. März 1979 von ihr ab. Der Anstoß dieser Spaltung beruhte auf einem Bündel ideologischer, tagespolitischer sowie personeller Ursachen.¹⁰⁴ Die Sozialisten schlossen sich zwischen dem 3. bis 6. August 1979 mit dem Vorbereitenden Komitee der DPK, die der PUK nahe stand, zusammen und bildeten eine neue Partei namens: Vereinigte Sozialistische Partei Kurdistan.¹⁰⁵

Begrenzte gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Bewaffneten beider Seiten, PUK und Sozialisten, entstanden kurze Zeit später.¹⁰⁶

Wie auch immer nahm die Führung der Sozialisten im Herbst 1979 direkte Kontakte zu der Regierung auf. Saddam Hussein empfing sogar Mahmud Othman, einen der führenden Köpfe der Sozialisten, zu einer dreistündigen Unterredung. Bei diesem Treffen verkündete der irakische Präsident zwar seine Absicht, alle Konflikte des Landes zu regeln,¹⁰⁷ wies aber die Forderung der kurdischen Seite nach einem Demokratisierungsprozess im ganzen Irak mit dem Argument zurück, die Kurden hätten mit den restlichen Irakern nichts zu tun.¹⁰⁸

Die Sozialisten näherten sich der Regierung an, ohne vorher die anderen oppositionellen Kräfte informiert zu haben. Erst nach der Bekanntgabe derartiger Beziehungen zu Bagdad versuchten die Hauptverantwortlichen der Partei die PUK und andere Organisationen in die Sache mit einzubeziehen.¹⁰⁹ Da die Regierung diesen Organisationen nicht vertrauenswürdig erschien, waren die PUK und IKP jedoch bemüht, die Sozialisten zur Abkehr von ihrer Annäherung an die Regierung zu bewegen.¹¹⁰

Die Beziehungen und der Waffenstillstand zwischen den Sozialisten und der Baathpartei brachen allerdings vor dem Jahresende ab. Ende Dezember 1979 wurde eine militärische Einheit der Sozialistischen Partei Ziel einer groß angelegten Offensive der irakischen Streitkräfte. Wenig später gab die Partei eine Erklärung über das Scheitern der Gespräche heraus.¹¹¹ Es ist anzumerken, dass im gleichen Monat der Entwurf zum Gesetz

¹⁰⁴ Wie etwa die Irakisierung der Bewegung. Die sozialistischen Anführer glaubten, dass die irakische Opposition viel zu schwach sei, um von ihr eine effektive Teilnahme am Aufstand erwarten zu können. Sie bewerteten darüber hinaus die Bildung einer Front mit der DPK als notwendigen Schritt. Ibrahim, 1983, S. 787. Solche Unterschiede in den Vorstellungen der SBK waren zumindest bis 1978 aktuell und dürften auch eine Rolle bei der Abspaltung von der PUK gespielt haben. Zu anderen Vorstellungen der SBK siehe N. M. Emin: Die sich gegenseitig die Finger brechen. Die inneren Ereignisse in Irakisich-Kurdistan 1979-1983, Berlin 1997 (künftig zitiert als Emin 1997a), S. 32-33. Siehe auch Othmans Aussagen bei Schlumberger, 1989, S. 197.

¹⁰⁵ Rasull, 1991, S. 104 sowie 178-79.

¹⁰⁶ Emin, 1997a, S. 136-37.

¹⁰⁷ Rasull, Bd. 1, 1991, S. 220-21.

¹⁰⁸ Ebd. S. 228. »Beschäftigt Euch mit solchen Sachen nicht,« erzählt Othman, was Saddam Hussein ihm mitgeteilt haben soll, »das geht Euch [den Kurden] nichts an.« Ebd.

¹⁰⁹ Dialog der Revolution mit der Regierung, S. 37.

¹¹⁰ Rasull, Bd. 1, 1991, S. 274-80. Siehe auch die Originalfassung der gemeinsamen Erklärung in Ebd. S. 381-82.

¹¹¹ Emin, 1997a, S. 139. Enttäuscht und verbittert antwortete Othman, ein führender Kopf der Sozialisten, auf die Frage von Schlumberger, was die Verhandlungen ergeben haben: »Nichts[...], absolut nichts. Sie sind die gleichen geblieben, rassistisch, und diktatorisch. Sie haben nicht vor, das kurdische Problem zu lösen.« Schlumberger, 1989, S. 197.

für die Direktwahl der Nationalversammlung (250 Sitze) und eines Legislativrates für die kurdische Autonomie (50 Sitze) veröffentlicht wurde.¹¹² Eine euphorische Reaktion der Bevölkerung blieb jedoch aus. Im Irak wurde nach wie vor keine politische Tätigkeit geduldet, die nicht vollkommen mit der vorgegebenen Linie der Baathpartei konform ging. Selbst die Strömungen, wie die kurdischen Sozialisten, die an einer Zusammenarbeit interessiert waren, mussten große Enttäuschungen erleben.

Der Fehlschlag dieses Friedensversuchs kam in Wahrheit nicht überraschend. Abgesehen davon, dass die Sozialisten zu dem Zeitpunkt nicht die Macht waren, die das Geschehen in Kurdistan zu diktieren vermochte, genauso wenig waren sie imstande, bei den politischen Gesprächen mit der Administration kraftvoll aufzutreten. Die Initiative erfolgte zunächst im Alleingang, und erst später unternahm die Partei den Versuch, die anderen Kräfte, wie die PUK, in die Gespräche mit der Regierung einzubeziehen. Darauf ließ sich Talabani, Chef der Organisation, nicht ein. Andererseits befand sich der irakische Präsident, der gerade die Kommunisten gejagt und eine erfolgreiche Säuberungsaktion in den eigenen Reihen hinter sich hatte, in gefestigter Position und war keinesfalls in Not, um einer kleinen kurdischen Gruppierung irgendwelche Konzessionen machen zu müssen.

3 Die Lage von Barzanis DPK-PF

Seit Juni 1976 hielt sich der DPK-Chef Barzani in den USA auf. Selbst vor Ort konnte er nach wie vor das Desinteresse der USA an der Kurdenfrage nicht beeinflussen.¹¹³ Der unter Krebs leidende DPK-Präsident verstarb am 1. März 1979 in Georgetown University Hospital in Washington. Die Nachricht seines Todes warf Licht für kurze Zeit auf die Kurdenfrage. Die al-Thawra-Zeitung, das Sprachrohr der Baathpartei, gab bekannt, dass die irakische Regierung nichts dagegen habe, Barzani im Irak beisetzen zu lassen. Doch das Misstrauen der Familie Barzani war groß genug, baathistischen Versprechungen nicht zu trauen. Der Leichnam des Kurdenführers wurde in den Iran überführt und in einer großen Trauerfeier in der kurdischen Stadt Schno beigesetzt.¹¹⁴ Es sei anzumerken, dass im gleichen Monat ein irakischer Unterhändler in den Operationsgebieten der DPK eintraf. Er versuchte der DPK Verhandlungen anzubieten und sie zu einer Kampfeinstellung für einige Monate zu bewegen. Bagdad forderte jedoch die Ablieferung sämtlicher Waffen. Die Vorbedingungen empfand die DPK als nicht akzeptabel.¹¹⁵ Die besondere Bedeutung dieser gescheiterten "Friedensinitiative" bestand darin, dass sie offenbar der erste Versuch der Regierungsseite nach dem März-Kollaps von 1975 war, mit der DPK-Führung in Kontakt zu treten. Darüber hinaus sagte der Zeitpunkt des Unternehmens aus, dass Bagdad mit dem Tod von Barzani eine kompromissbereitere DPK vorzufinden erwartete und die Sache nicht zusammenhanglos mit den Ereignissen im Iran stand, wo es zu einem revolutionären Machtwechsel im Februar 1979 gekommen war.

Bis zu seinem Tod war Barzani offiziell der Parteipräsident. Mit seinem Tod hatte die Partei die Frage der Nachfolge in der Führung zu regeln. Im Juli 1979 hielt die DPK eine

¹¹² Süddeutsche Zeitung vom 07. Dezember 1979.

¹¹³ Einzelheiten bei Randal, 1999, 163 ff.

¹¹⁴ Erst 1993 wurden seine sterblichen Überreste in seiner Heimatstadt Barzan beigesetzt.

¹¹⁵ F. Sitte: Ich war bei den Kurden, Graz/Wien 1980, S. 126.

Parteiversammlung auf iranischem Territorium ab und ernannte Massud Barzani zu ihrem vorläufigen Präsidenten.¹¹⁶

In der Organisation und dem Anhängerkreis hatten sich mehr oder weniger zwei Flügel gebildet. Zum einen die linksorientierten urbanisierten Intellektuellen, auf deren Initiative die neue DPK-PF ins Leben gerufen worden war. Zum anderen die konservativ-traditionellen, die von den beiden älteren Söhnen Barzanis, Idris und Massud geleitet wurde. Die Partei hielt Anfang November 1979 ihren IX. Kongress im iranischen Zewa ab. Auf dieser Versammlung gelang es den Söhnen Barzanis Hegemonie in der Partei zu erzielen. Sie gingen auf die Forderung der konkurrierenden Linie nicht ein, dass alle Mitglieder der Provisorischen Führung für das Zentralkomitee kandidieren dürfen. Ein neues Zentralkomitee ersetzte das alte Führungsgremium, das Massud Barzani als Parteipräsident und Ali Abdullah zum Generalsekretär wählte. Sami Abdul-Rahman und seine Anhänger verließen protestartig die Partei und gründeten 1981 die Demokratische Volkspartei Kurdistans.¹¹⁷ Diese Machtverschiebung stand u.a. im Zeichen der politischen Veränderungen im Iran. Dort, wo die beiden Söhne Barzanis rasch aktiv wurden, hatten sie enge Beziehungen mit der neuen iranischen Führung aufgebaut und die Unterstützung für die im Iran weilenden irakisch-kurdischen Flüchtlinge gesichert.¹¹⁸ Die DPK schien, wie Massud Barzani bereit im Juli 1979 angekündigt hatte, auch fähig zu sein, die neuen Kampfhandlungen gegen die Regierung durch einen verstärkten Partisanenkampf eskalieren zu lassen.¹¹⁹

4 Die Lage der Kurden nach 1979 bis 1983

Nicht unwesentlich für die Betrachtung späterer Entwicklungen ist die Tatsache, dass der Erdölboom die politische Lage im Irak vorläufig beeinträchtigte. Wirtschaftlich war das Land dank der Erdölproduktion eines der reichsten der Erde. Die Erdölfördermenge erreichte 1980 etwa 3,63 Mio. Fass pro Tag. Der Ölpreis lag in diesem Jahr bei 32 USD je Barrel. Iraks Tageseinnahmen betragen ca. 116 Mio. USD (Jahressumme 42 Milliarden USD).¹²⁰ Der Reichtum machte das Land auch zu einem attraktiven Geschäftspartner sowohl für den Osten wie auch für den Westen. In diesem Zusammenhang war es enorm schwer, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Kurdenfrage zu lenken. Überdies gab sich der irakische Präsident Saddam Hussein weltoffen. Um Stabilität im eigenen Land zu demonstrieren, ließ er am 20. Juni 1980 sogar Parlamentswahlen abhalten. Frei waren diese allerdings nicht. Es handelte sich um einen streng kontrollierten Urnengang, wie die eingeladenen Journalisten einfach erkennen konnten. Alle Kandidaten für einen Wahlbezirk, von der Baathpartei bestimmt, standen auf derselben Liste. Und die gleichzeitig abgehaltenen Wahlen für das kurdische Regionalparlament mit fünfzig Sitzen konnten selbstverständlich auch nicht frei abgehalten werden. Die ganze Prozedur war faktisch nicht mehr als, wie der Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung meinte, sich den Luxus zu leisten, »in ein dürftiges demokratisches Mäntelchen zu schlüpfen«. ¹²¹ Solche Wahlen konnten vor diesem Hintergrund nichts Positives ausrichten.

¹¹⁶ Neue Zürcher Zeitung vom 20. Juli 1979.

¹¹⁷ Der Politische Bericht der Demokratischen Volkspartei Kurdistans, 1981, S. 23 ff.

¹¹⁸ Schlumberger, 1989, S. 133.

¹¹⁹ International Herald Tribune vom 17. Juli 1979.

¹²⁰ Handelsblatt vom 8. Juli 1980; Neue Zürcher Zeitung vom 5. Juli 1980.

¹²¹ Neue Zürcher Zeitung vom 26. Juni 1980.

In den zweiten und dritten Abschnitten dieses Kapitels wurde Licht auf einige Entwicklungen auf der kurdischen Seite für das Jahr 1979 geworfen. Ergänzend dazu ist zu erwähnen, dass die Kurden ihre Aufmerksamkeit dem benachbarten Iran zuwandten. Hier boten sich ihnen Chancen, ihr Engagement für die kurdische Sache erneut zur Bewährung zu bringen. Generell wuchs in ihrer Lage im Allgemeinen das Bestreben, möglichst rasch die eigene Position durch die Herstellung intensiver Beziehungen zu der neuen iranischen Führung zu festigen. Ihr rückwärtiges Ausweichgebiet war durch das März-Abkommen nahezu gänzlich abgeschnitten und nun erhoffte man sich von den Verantwortlichen in Teheran Unterstützung. Mit der Ausreise der Verbindungsoffiziere beider Staaten konnten die Kurden damit rechnen, dass die beiden Seiten zumindest vorläufig nicht mehr ihre Aktionen koordinieren würden. Die Peschmarga waren nun in der Lage, ihr Aktionsfeld erheblich zu erweitern. Im Sommer 1979 besuchte PUKs-Chef Talabani Teheran und traf sich auch in der heiligen Stadt Qum mit dem geistlichen Führer der iranischen Revolution Khomeini.¹²² Auch die Führung der DPK-PF war bestrebt, wie vorher angedeutet, ihre Kontakte zu Teheran zu vertiefen.¹²³ Die iranische Führung war in der Tat an der Unterstützung der irakischen Opposition interessiert.¹²⁴ Die Kurden gaben sich zunächst optimistisch. Doch schnell machte sich die Befürchtung breit, dass Teherans Interessen nicht reibungslos mit denen der irakischen Kurden konform gehen. Dabei spielten die Entwicklungen in Iranisch-Kurdistan eine erhebliche Rolle. Dort erhoben sich die Kurden gegen die Staatsmacht, der der Einfluss auf das Kurdenland in den iranischen Wirren entglitten war.

Am 4. September 1979 kündigten sogar die PUK, die Sozialisten und IKP, in einer gemeinsamen Erklärung ihre Unterstützung für die iranischen Kurden an und die PUK nahm später begrenzt an den Kampfhandlungen auf der Seite der Demokratischen Partei Iranisch-Kurdistan (DPIK) teil. Doch die PUK-Führung war im Oktober 1979 bemüht, zwischen Iran und den Kurden zu vermitteln, mit der Hoffnung, sich die iranische Unterstützung zu sichern. Die neue iranische Regierung war zwar interessiert, die Gegner ihres Rivalen im benachbarten Land zu stärken, dennoch hielt sich ihre Unterstützung im Rahmen. Iranisch-Kurdistan war in dieser Zeit in offenem Aufruhr und dem Staat war dort die Kontrolle völlig entglitten. Der Iran machte zur Bedingung, so Amin, der die PUK-Gespräche mit der Regierung in Teheran leitete, dass die PUK die Grenzen für die iranischen Kurden abriegelt und die iranischen Kurden bekämpft. Bedingungen, zu denen die PUK weder willens noch fähig war.¹²⁵ Die PUK-DPIK-Beziehungen erfuhren in der ersten Hälfte des Jahres 1980 eine relative Abkühlung, da die beiden Seiten von ihren Kontakten zum Gegner des jeweils anderen (PUK zu Teheran und DPIK zu Bagdad) mehr oder weniger abhängig und zu einer breiten Koordination nicht imstande waren.¹²⁶ Anders als die PUK ergriff die DPK in den militärischen Auseinandersetzungen zwischen iranischen Kurden und der Zentralmacht Partei für diese. Diese Haltung rechtfertigte der

¹²² Emin, 1997a, S. 122.

¹²³ Der Politische Bericht der Demokratischen Volkspartei Kurdistans, 1981, S. 29 sowie 35.

¹²⁴ Der geistliche Führer des Iran Ayatullah Imam Khomeini stand sich nicht gut mit den baathistischen Machthabern in Bagdad. Diese hatten ihn in seinem irakischen Exil in Najaf auf Wunsch des Schah des Landes verwiesen. Von daher ist anzunehmen, dass die Spannung zwischen dem Irak und Iran schon mit dem Erfolg der islamischen Revolution vorprogrammiert war.

¹²⁵ Emin, 1997a, S. 130-31. Auch Mitte 1981 beschlagnahmte Teheran die aus Syrien gekommenen Hilfslieferungen für die PUK mit dem gleichen Argument. Somit brachen die Beziehungen ab. Ebd., S. 205.

¹²⁶ Ebd., S. 159, 164.

DPK-Vorsitzende Massud Barzani damit, vor einer schweren Aufgabe zu stehen, nämlich den Lebensunterhalt von 40000 im Iran weilenden irakisch-kurdischen Flüchtlingsfamilien zu gewährleisten.¹²⁷

Laut PUK-Angaben sollen wenige Wochen nach dem offenen Krieg zwischen Irak und Iran beide Seiten versucht haben, möglicherweise den Verhandlungsweg einzuschlagen. Aus solch kleinen Unternehmen erwuchs jedoch nichts. Die PUK erwartete Ernsthaftigkeit von der irakischen Seite.¹²⁸ In dieser Zeit befanden sich die irakischen Streitkräfte eher im 'Siegeszug' im Krieg gegen den Iran und kaum in Bedrängnis. Das Unternehmen scheint von daher ein Versuch gewesen zu sein, eine aktive kurdische Organisation an den nordöstlichen Grenzen des Landes möglicherweise zu neutralisieren und ferner als eine Gegenkraft gegen die in guten Beziehungen zum Iran stehende DPK für sich zu gewinnen. Ob die Regierung zeitgleich ähnliche Ersuchen an die anderen Organisationen gerichtet hat, ist nicht auszuschließen.

Der kurdische Widerstand war in dieser Zeit in sich zerstritten. Er war in Wahrheit unfähig, eine einheitliche Front zu bilden. Die Divergenz war deshalb schwer zu beheben, weil die relativ starken Organisationen mit ihren Machtansprüchen in bestimmten Landstrichen und die persönlichen Ambitionen ihrer Anführer - nicht zuletzt auch ideologische Unterschiede: die DPK im Norden traditionell gesinnt, die PUK im Südosten eher links orientiert - , nur ungern bzw. widerwillig die Penetration der konkurrierenden Kräfte zu akzeptieren bereit waren.¹²⁹ Dass diese Haltung aber den eigentlichen Gegner, die Regierung in Bagdad, nur zu stärken vermochte, schien bei diesem wenig von Belang zu sein, obgleich er hin und wieder von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit sprach. Von daher war es nicht überraschend, dass statt einer einheitlichen Front zwei Fronten im November 1980 ins Leben gerufen wurden. Die Sozialisten und die Kommunisten, nach DPK und PUK die zwei stärksten Organisationen, waren bemerkenswerterweise Mitglieder in beiden Fronten. Dies dürfte ein taktischer Versuch gewesen sein, nicht von der Gnade der PUK abhängig zu sein. Die zwei Organisationen näherten sich der DPK an und unterzeichneten schließlich einen Pakt namens: Patriotische Demokratische Front (PDF).¹³⁰ Falls diese Annäherung nicht gezielt gegen die PUK gerichtet war, so spaltete sie praktisch die Kräfte in Kurdistan in zwei Lager. Die PUK einerseits, DPK, Sozialisten, Kommunisten und die kleine Gruppe der Nationalisten sowie die Sozialistische Partei der Kurden andererseits. Nicht immer konnten die Differenzen zwischen beiden Lagern mit friedlichen Mitteln geregelt werden. In der zweiten Hälfte von 1982 gab es etliche gewaltsame Auseinandersetzungen

¹²⁷ Rasull, 1992, Bd. 2, S. 328. Vorher stand die Barzani-DPK unter Druck von etlichen Seiten. Aktivisten der irakischen Kurden und die meisten iranischen Kräfte waren ernstlich bemüht, das Bild der DPK im Zusammenhang mit ihren vorherigen Kontakten zum iranischen Geheimdienst Sawak und dem CIA ins Negative zu kehren. Vgl. Emin, 1997a, S. 172. J. Nebez: Die Gegenwart und Zukunft der kurdischen Nation im Feuer des irakisch-iranischen Krieges (Kurdisch), Stockholm 1989, S. 187.

¹²⁸ Emin, 1997a, S. 172-73. Siehe auch das Interview der Wochenzeitschrift al-Wasat mit Jalal Talabani, Teil 2, vom 16. November 1998.

¹²⁹ Die PUK war in ihrer Haltung der DPK gegenüber 1979-80 wesentlich kompromissloser. Mit Blick auf die Vorfälle von 1978 weigerte sie sich, die Präsenz der inzwischen kampfbereiten Verbände der DPK in ihrem Einwirkungsbereich hinzunehmen. Hierzu liefert Rasull, ein IKP-Mitglied, zahlreiche Feststellungen der Organisation und deren Hauptverantwortlichen. Rasull, Bd. 2, 1992, S. 84-85, 90-94, 96, 114-123, 164, 174, 177, 198-97. Die meisten zitierten Äußerungen sind allerdings von Emin, PUKs zweitem Mann. Emin selber macht in seinen Schriften aus seiner Abneigung zur DPK keinen Hehl. Siehe Emin, 1997a, S. 174 sowie 177.

¹³⁰ Siehe die Einzelheiten über die Fronten bei Rasull, Bd. 2, 1992, S. 221 ff.

zwischen Bewaffneten der beiden Lager.¹³¹ Trotz dieser wahrnehmbaren Diskrepanz in den kurdischen Reihen führten aktivistische Teile der kurdischen Bevölkerung besondere Aktionen durch. Ende April bis Anfang Mai 1982 erfasste eine relativ breite kurdische Protestkundgebung die meisten wichtigsten Städte Kurdistans (Qaladiza, Rania, Halbja, Sulaimani, Arbil, Kirkuk etc.).¹³² Diese neue Entwicklung machte, zur Überraschung der Administration, unmissverständlich klar, dass die kurdische Regierungspolitik nur wenig Resonanz in Kurdistan gefunden hatte. Deren Gegner trauten sich sogar, ihrer ablehnenden Haltung Nachdruck zu verleihen. In seinem Geheimbericht an den irakischen Präsidenten stellte der Leiter des irakischen Sicherheitsdienstes fest, dass die kurdischen Notabeln, einflussreiche Elemente und Persönlichkeiten, sich zwar nicht mit den Demonstrationen solidarisierten, dennoch bei Einzelgesprächen mit Regierungsverantwortlichen ähnliche Forderungen stellten, wie die Demonstranten. Ferner wurde darauf hingewiesen, dass die Baathpartei bei der Besetzung wichtiger Verwaltungsposten ihr Vertrauen den - so wörtlich - »schwerfälligen kurdischen Elementen mit geringfügigem Einfluss« gewährt hatte. Dies wurde nun für falsch gehalten, weil solche Elemente schnell unter feindlichen Einfluss geraten würden. Es wurde u.a. vorgeschlagen, mit den Führern der Aufständischen (i.d.R. als Saboteure bezeichnet) in Kontakt zu treten, um sich über ihre künftige Politik zu informieren und möglicherweise vorbeugende Maßnahmen zu treffen und unter ihnen Lücken zu schlagen.¹³³

Saddam Hussein war auch hin und wieder bemüht, die kurdische Bevölkerung auf seine Seite zu ziehen, bzw. für sich zu mobilisieren. Um ein Beispiel zu nennen, drückte er in seiner Rede in der Kleinstadt Khalifan (im Gouvernement Arbil) Anfang Mai 1980 den Wunsch aus, Kurdisch zu lernen und meinte:

»Wenn ich Euch sehe, kommt mir der Ruhm unserer Großväter in Erinnerung. Der Ruhm Eures Großvaters Salahaddin Ayyubi, der Held, der Palästina befreite... Die irakische Armee ist die Armee von Salahaddin Ayyubi, ist die Armee eurer Großväter. Weder Khomeini, noch irgendjemand anderes kann ihr widerstehen.«¹³⁴

Doch solche Worte waren nach dem Krieg gegen den Iran nur in Kurdistan zu hören. In den restlichen Teilen des Landes wurde ein anderes Vokabular gepflegt. Es hieß: »Saddams Qadissiyya ist die Qadissiyya aller Araber« - In Anspielung auf jene alte Schlacht zwischen islamisierten Arabern und Persern im Jahr 635 in Qadissiyya, die mit dem Sieg der Araber endete. Nicht zu Unrecht fanden solche panarabischen Slogans im Krieg gegen den Iran bei den kurdischen Massen keinerlei Resonanz. Solche Parolen mussten bei den Kurden klar den Eindruck hinterlassen, dass der Krieg gegen das benachbarte Land keine Sache der Kurden sei. Folglich war es nicht überraschend, dass die Zahl der kurdischen Deserteure, die sich nach Kurdistan abgesetzt hatten, 48 000 Mann überstieg.¹³⁵ Letztendlich setzte Saddam Hussein im Dezember 1982 eine Regelung durch, die darauf zielte, alle wehrpflichtigen Kurden zu neutralisieren. Sie konnten wählen: gegen eine Bezahlung von 500 ID sich freizukaufen, in der ersten in Kurdistan stationierten Armee zu dienen oder bis zum Ende ihrer Dienstzeit in der zivilen

¹³¹ Emin, 1997a, S. 208-231.

¹³² Laut einem geheimen Bericht des Sicherheitsapparats hat es insgesamt zwei Dutzend Tote, über 130 Verletzte und 751 Festnahmen gegeben. Emin, 1997a, S. 371. Vermutlich spielten die PUK-Aktivisten bei diesen Entwicklungen eine wichtige Rolle.

¹³³ Der Bericht, der während des Aufstands von 1991 in kurdische Hand fiel und von Emin (1997a, S. 357-71) in Originalfassung gedruckt wird.

¹³⁴ Al-Iraq vom 3. Mai 1980, nach Nebez 1989, S. 45.

¹³⁵ Hussein, Bd. 4, 1988, S. 51.

Verwaltung zu arbeiten.¹³⁶ Mit diesem taktischen Schachzug sicherte sich zwar die Regierung die Neutralität einer potentiellen, wenn auch nicht organisierten Macht im Norden, konnte aber angesichts des Wachstums des kurdischen Widerstandes die oppositionellen Kräfte nicht unterwerfen. Mit ihnen trat sie in Kontakt. Die Gespräche mit der DPK entziehen sich unserer Kenntnis, die zwischen der PUK und Bagdad finden dagegen in zwei kurdischen Quellen Erwähnung.

4.1 Der Meinungs austausch zwischen Regierung und PUK von 1982

Die Vermittlung zum Meinungs austausch zwischen der Regierung und PUK wurde 1982 vom DPIK-Chef, Abdul-Rahman Qassimlu, übernommen. Er unterhielt zur PUK sowie zu Bagdad zeitgleich enge Verbindungen. Auf Anfrage der irakischen Regierung, was die PUK wolle, entwickelte die Organisation einen aus drei Ebenen bestehenden Entwurf als Basis für einen umfassenden Friedensplan. Der erste Teil bezog sich auf eine allgemeine grundsätzliche und zukunftsweisende strategische Vereinbarung zwischen Kurden und Arabern als zwei geteilte Nationen. Diese Vereinbarung sollte über eine Autonomie hinausgehen, nämlich die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Kurden durch die Regierung. Der zweite Teil befasste sich mit der Autonomiephase. Demnach sollte die kurdische Selbstverwaltung die Verfügungsgewalt für sämtliche Angelegenheiten innehaben, ausgenommen Verteidigung, Finanzen und Inneres. Verlangt wurde dabei: Repatriierung der kurdischen Dörfer; Miteinbeziehung der nicht zur Autonomie gezählten kurdischen Landstriche in den Grenzen der kurdischen Administration; Einstellung der baathistischen Verfolgungspolitik und Einführung der Demokratie in der Region. Bei dem letzten Teil des PUK-Entwurfs handelte es sich um einen befristeten Waffenstillstand - zumindest bis zum Ende der iranischen Gefahr.¹³⁷ Mehrere Monate später brachte Qassimlu nach seiner Zusammenkunft mit Saddam Hussein und dessen Bruder die erste Antwort der irakischen Seite. Man ignorierte den ersten Punkt der PUK mit der Behauptung, dass Bedingungen für eine solche strategische Vereinbarung zwischen den Kurden und Arabern noch nicht vorhanden seien. Saddam Hussein war aber bereit den zweiten Punkt, die Autonomie, als Verhandlungsbasis für den Dialog zu akzeptieren und sofort den letzten Punkt (Waffenstillstand) in Kraft treten zu lassen. Qassimlu arrangierte ein Treffen für den 13. Oktober 1982. Zu diesem Treffen erschienen drei hohe Offiziere der militärischen Geheimdienste in den Operationsgebieten der PUK. Sie verlangten vordergründig den Besuch von Vertretern der PUK in Bagdad. Auf diesem Treffen wurde nicht mit Kritik gespart, sich gegenseitig für die negativen Entwicklungen verantwortlich zu machen.¹³⁸ Die Administration ließ eine schriftliche Mitteilung an die PUK ergehen, in der die Ansichten der Regierung in der Kurdenfrage artikuliert wurden.¹³⁹ Die Regierung hatte in diesem Schreiben betont, sich an die Bestimmungen der März-Manifestation von 1970 zu halten. Die offenen Konfliktpunkte wurden knapp thematisiert. Die Grenzen des Autonomiegebiets seien gemäß der

¹³⁶ Vanly, Bd. 2, 1986, S. 175. Nebez, 1989, S. 48.

¹³⁷ Emin, 1997a, S. 259-60.

¹³⁸ Der Oberstleutnant Khalil Shakir teilt der PUK-Seite mit, falls ihr wollt, dass die Gespräche Erfolge verbuchen, so sagt der Präsident: »Sämtliche Probleme müssen grundsätzlich gelöst werden. Es muss eine strategische Regelung und keine taktische sein. Jalal [Talabani] sollte nicht so viel taktieren.« Talabani kontert umgehend »Woher sollen wir Armen in diesen wilden Gegenden wissen, was Taktieren ist. Saddam Hussein ist selber der Gott des Taktierens.« Emin, 1997a, S. 270.

¹³⁹ Es ist nicht herauszufinden, wann dieses Schreiben bei der PUK eingegangen ist.

Märzserklärung, nämlich dort wo die Kurden die Mehrheit stellen, gezogen worden. Die Regierung hielt es für unabdingbar, die Kompetenzen der Autonomie zu bestimmen und nicht die der Zentralgewalt, so wie die kurdische Seite es verlangt hatte. Diese Angelegenheit sollte rein irakisch bleiben. Es sollten also keine fremden Beispiele für irgendwelche Ansprüche von der kurdischen Seite vorgebracht werden. Bezogen auf die Repatriierungsforderung wurde klargestellt, dass der Regierung zustehe, gemäß nationaler Notwendigkeiten, sei es aus Sicherheits- oder Wirtschaftsgründen, den Wohnsitz jedes Bürgers zu verlegen, wobei eine entsprechende Entschädigung erfolgen würde. Die politischen Tätigkeiten und ähnliche freiheitliche Angelegenheiten würden im Rahmen der Regierungsfront bestimmt und geregelt. Die Regierung betonte in dem Schreiben, dass sie es zwar für nützlich halte, über Vermittlungsmänner Meinungen auszutauschen, dennoch zwecks einer Verständigung fand sie es besser in direkten Kontakt miteinander zu treten. Doch ließ sich der PUK-Vorstand auf das Angebot nicht ein. In seiner Antwort auf das Schreiben aus Bagdad stellte er in drei Punkten fest:

»1) der Inhalt Ihres Briefs steht mit den wichtigsten Forderungen der Kurden im Widerspruch; 2) Wir sehen in Ihrer Einstellung keinen geeigneten und fördernden Boden, um Verhandlungen mit Ihnen zu beginnen, von daher lehnen wir sie ab, und werden keinen Vertreter schicken; 3) Wir werden die Heimat und unsere befreiten Gebiete verteidigen und werden den Waffenstillstand mit der irakischen Armee analysieren, falls der Heimat fremde Okkupation drohen würde.«¹⁴⁰

Das Unternehmen verfehlte sein Ziel. Die Regierungsseite war offenbar mehr als die PUK an einer Aufnahme der Verhandlungen interessiert. Sie war in Wahrheit bemüht, den Zweifrontenkrieg gegen den Iran und gegen den kurdischen Widerstand zu vermeiden. Vermeiden wollte sie aber auch, dass diese Zielsetzung von der Gnade der PUK abhängig wird. Den Hauptverantwortlichen in der irakischen Hauptstadt war bekannt, dass der Manövrierraum der PUK beschränkt war. Die PUK stand sich in dieser Zeit nicht gut mit der iranischen Seite und war mit Problemen der logistischen Versorgung konfrontiert. Sie war faktisch von der Außenwelt abgeschnitten. Die Unstimmigkeiten mit der PDF machten es den PUK-Verbänden schwer, in manchen Gegenden stärker gegen die Regierungstruppen vorzugehen, um erheblichen Druck ausüben zu können. Von daher unterzog sich die grundsätzliche Haltung der Regierungsseite in der Regelung der Kurdenfrage keiner Kursänderung. Vielmehr blieb sie unbeirrt staatsmännisch und kompromisslos, wenn sie auch moderate Züge aufwies.¹⁴¹ Ihrerseits war die PUK ebenfalls an einer Aufnahme von Verhandlungen interessiert. Sie musste aber feststellen, dass die Regierung ihr nicht konstruktiv genug entgegenkommt. Wahrscheinlich war es für die PUK auch eine Glaubwürdigkeitsfrage der kurdischen Bevölkerung gegenüber, nicht allzu kompromissbereit in Erscheinung zu treten. Deren Präsidium ging in dieser Sache damals in der Tat kühl kalkulierend vor und verlangte mehr Entgegenkommen von Bagdad.

¹⁴⁰ Rasull, Bd. 3, 1994, S. 230-33.

¹⁴¹ Es ist denkbar, dass die Haltung der Regierung auch im Zusammenhang mit der Angelegenheit der kurdischen Deserteure stand. Wie vorher angedeutet wurde, fand man eine Regelung, die die meisten kurdischen Wehrpflichtigen vor einem möglichen aber durchaus gefährlichen Einsatz im Krieg gegen den Iran schonte. Nun sahen sich diese, die Zuflucht in den außer staatlicher Kontrolle stehenden Landstrichen gefunden und z.T. sich den Peschmarga angeschlossen hatten, in der Lage, ihr normales Leben führen zu können. D.h. man brauchte nicht mehr zu fürchten, dass der kurdische Widerstand ins Unermessliche wächst.

In Anspielung auf ein gemeinsames Vorgehen gegen den Iran signalisierte jedoch der dritte Punkt der PUK-Antwort den Widersachern in der Hauptstadt ein grundsätzliches Interesse an einer möglichen Übereinkunft.

4.2 Das politische und militärische Wirrwarr des Jahres 1983 und die Massaker an den Barzanitten

Der Irak-Iran-Krieg hätte nach dem Erfolg der Ende März 1982 begonnenen iranischen Offensive, die nahezu sämtliche irakischen Geländegewinne erneut unter iranische Hoheit brachte, zu Ende gehen sollen, weil auch nach einer entsprechenden Ankündigung Saddam Husseins die irakischen Truppen sich bis zum 30. Juni 1982 wieder hinter die Ausgangslinie vor dem 22. September 1980 zurückzogen.¹⁴² Doch die iranische Seite schien darauf bedacht zu sein, den so genannten Revolutionsexport mit direkten militärischen Unternehmen zu realisieren. Ideologisch gesehen machten die religiösen Kräfte im Iran aus ihren durch den Krieg verstärkten Absichten keinen Hehl, im gesamten islamischen Umfeld des Vorderen Orients "islamische Ordnungen" nach dem Muster der islamischen Republik einzusetzen.¹⁴³ Bezogen auf Irakisch-Kurdistan sei daran erinnert, dass die iranischen Kleriker den religiösen Elementen aus den kurdischen Reihen großzügige logistische Unterstützung gewährten. Im Februar 1981 wurde die so genannte Islamische Armee der Kurden ins Leben gerufen. Die PUK duldete die Organisation, jedoch im Juli 1982 ließ sie sie vollständig entwaffnen.¹⁴⁴

Die iranische Bestrebung, die die politischen Verhältnisse in der Region hätte grundlegend verändern können und den dortigen Staaten ernsthafte Sorgen machte, rief mehr oder minder zur Überraschung des Iran einen panarabischen Nationalismus hervor.¹⁴⁵ Bis auf Syrien, Libyen und Südjemen standen sämtliche Mitglieder der Arabischen Liga auf der Seite des Irak. Libyen versuchte sogar die Aktivitäten der irakischen Opposition in einer breiten Front koordinieren zu können. Die iranische Seite war allerdings nicht fähig, die irakische Verteidigungslinie zu überrennen. Seitdem zeichnete sich ein regelrechter Abnutzungskrieg mit enormen humanitären und materiellen Verlusten ab.

Viele in Kurdistan stationierte Truppen wurden bereits ab 1981 zurückbeordert und an die südlichen Fronten des Krieges gegen den Iran verlegt. Die Peschmarga-Verbände waren seitdem nun in der Lage, ihr Aktionsfeld beträchtlich auszudehnen und etliche wichtige Stützpunkte unter ihre Kontrolle zu bringen. Doch die innerkurdischen Rivalitäten, vordergründig zwischen der Union und der Patriotischen Demokratischen Front, riefen etliche kleine gewaltsame Aktionen mit einigen Opfern hervor, so dass man zueinander kein rechtes Zutrauen hatte. Von daher rückte die Gründung einer breiten

¹⁴² Fürtig, 1988, S. 65-66.

¹⁴³ Steinbach, 1988, S. 5.

¹⁴⁴ Emin, 1997a, S. 201 und 263. In dieser Zeit waren die PUK-Teheran-Beziehungen gestört. Die PUK bezweckte mit diesem Schritt die rechtzeitige Ausschaltung einer möglichen Konkurrenz in ihren Operationsgebieten.

¹⁴⁵ Dieser Panarabismus hatte aber seine Grenzen. Der Krieg alarmierte in Wahrheit die kleinen arabischen Anrainerstaaten am Golf. Sie gründeten im Mai 1981 unter Ausschluss des Irak, dem sie großzügige Kredite ohne Zinsen und Gebühren gewährten, den Golfkooperationsrat; zumal sie im Februar 1982 eine Sicherheitsallianz und eine gemeinsame Verteidigung im Falle eines Angriffs vereinbarten. P. Hünseler: Der Irak und sein Konflikt mit Iran (Das regionale Umfeld), in: Der Golfkrieg, Ursachen, Verlauf, Auswirkungen, Ausgewählte Texte, zusammengestellt und eingeleitet von Udo Steinbach, Hamburg, 1988, S. 71-84, 74.

gemeinsamen weiteren Front in die Ferne, obwohl oft Anstrengungen unternommen wurden, die Unstimmigkeiten vorbeugend einzudämmen.

Am 13. Februar 1983 trafen noch einmal - nach vorherigen Kontaktaufnahmen - im PUK-Hauptquartier die drei irakischen Abgesandten vom Oktober 1982 ein. Die Emissäre verlangten erneut den Besuch der PUK-Spitze in Bagdad und teilten mit, die Regierung stünde ebenfalls mit der DPK in Verbindung. Die irakischen Offiziere redeten von der Gefahr der Lage im Hinblick auf den Krieg gegen den Iran und forderten von der PUK, ihre patriotische Rolle zu spielen. Diese zeigten zwar die Bereitschaft, das Land vor dem iranischen Überfall zu schützen, jedoch ließen sie sich auf keine Verhandlungen ein. Die PUK gab der Erwartung Ausdruck, so Talabani in seinem Schreiben an einen IKP-Vorstand, dass Bagdad gleichzeitig mit der IKP, den Sozialisten und der PUK in Verhandlungen treten solle.¹⁴⁶ Wie gewöhnlich wurde die Öffentlichkeit über diese Geheimgespräche nicht unterrichtet. Saddam Hussein nahm seine Begegnung mit den kurdischen Literaten und Journalisten am 9. März 1983 zum Anlass, sie zu loben und die Aufständischen mit einer verächtlichen Geste zu attackieren.¹⁴⁷

Jedenfalls, nur wenige Tage nach der PUK-Offiziere-Zusammenkunft, erfuhr die inneroppositionelle Auseinandersetzung eine gravierende Zuspitzung, die im Mai in einer dramatischen Kampfhandlung gipfelte. Das Ergebnis waren mehrere Dutzend Tote und die Vertreibung der Sozialisten sowie der IKP-Leute durch die PUK-mobilen Verbände über die iranische Grenze.¹⁴⁸ Diese Entwicklungen hinterließen eine tiefe Wunde in den Reihen der kurdischen Opposition und ließen sämtliche Bemühungen zum Zusammenschluss aller oppositionellen Kräfte in einer gemeinsamen irakischen oder gar kurdischen Front scheitern.

Die innerkurdische Auseinandersetzung spielte sich in erster Linie zwischen der Union und der Demokratischen Partei ab. Die PUK schien nach 1978 (Hakkari-Vorfälle) nicht mehr bereit zu sein, DPK-Männer in 'ihren' Gegenden zu dulden. Die DPK hatte indessen ihre im Iran weilenden Anhänger mit iranischer Unterstützung bewaffnet und stand faktisch bereit, in der Region Sulaimani ebenfalls in Aktion zu treten. Ihre Verbände nahmen zweimal Stellung an der irakisch-iranischen Grenze, (im Oktober-November 1980 und November 1982-Februar 1983), unweit der PUK- grenznahen Stützpunkte, um dort eventuell Einzug zu halten. Letztendlich wichen sie von diesem Plan nach etlichen Gefechten mit der Union ab und verlegten ihre Kräfte in den Norden. Dass diese Verlegung indirekt eine Tragödie hervorrufen würde, konnte keiner ahnen.

Die irakische Regierung, die sich durch den Krieg gegen den Iran seit 1982 in ernsthafter Bedrängnis befand, führte nicht nur mit der PUK im Oktober 1982 und

¹⁴⁶ Rasull, Bd. 3, 1994, S. 234.

¹⁴⁷ Er sagte dort: »... Die Situation solcher Leute tut uns leid, weil sie außerhalb des Marsches sind, ihre Überlegungen und ihr Verstand tun uns ebenfalls leid, weil sie auch außerhalb der Geschichte handeln«, sagt er. Hussein, Bd. 4, 1988, S. 28.

¹⁴⁸ Einzelheiten der Vorgänge werden relativ detailliert von Emin (1997a, S. 279-321) und Rasull (Bd. 3, 1994, S. 186-346) dokumentiert. Die irakischen Kommunisten, dominiert von einer kurdischen Mehrheit, hatten die meisten Opfer zu beklagen. Die Partei spielte vorher die Vermittlerrolle zwischen den rivalisierenden kurdischen Fraktionen, und zwar sehr oft erfolgreich. Doch die Parteinahme für die Sozialisten und die DPK erwies sich als verhängnisvoll und irrtümlich. Die kommunistischen Elemente, die den Befehl ihres Politbüros ablehnten, gegen die PUK vorzugehen, blieben von Angriffen der überlegenen PUK-Gewährsleute tatsächlich verschont. Die PUK scheint auch, um sich endgültig als eine Hauptmacht zu etablieren und die DPK zu isolieren, ein Vereinigungsangebot an die Sozialisten gerichtet zu haben. Die Sozialisten vertrauten der PUK nicht. Vor diesem Hintergrund verschärften sich die Spannungen.

Februar 1983 erfolglose geheime Gespräche und einen Meinungs austausch, sondern auch mit der DPK. Über den Inhalt dieser Kontakte liegen uns keine ausführlichen und zuverlässigen Informationen vor.¹⁴⁹ Sie dürften aber einen relativ längeren Zeitraum als den mit der PUK in Anspruch genommen haben. Die DPK-Kräfte pflegten in dieser Zeit unmittelbare Verbindungen zum Iran und koordinierten zumindest gelegentlich ihre Operationen miteinander. Am 23. Juli 1983 eroberte die iranische Armee zusammen mit Kämpfern der DPK die strategische Grenzstadt Haji Omran. Während dieser Entwicklung scheinen geheime Bagdad-DPK-Gespräche ebenfalls im Gange gewesen zu sein. Saddam Hussein begriff die Haltung der DPK Barzanis als einen unvergesslichen »Dolchstoß«.¹⁵⁰ Daraufhin brach er die Verbindungen ab und wahrte nicht mehr die Verhältnismäßigkeit der Mittel bei seinem Vorgehen gegen die Kurden. Er rächte sich an der DPK-Führung mit einer neuen, aber außergewöhnlich brutalen Methode. Am 30. Juli 1983 umzingelten seine Spezialeinheiten der Republikanischen Garde zwei von Barzaniten besiedelte Lager nahe der Stadt Arbil und führten sämtliche männlichen Einwohner im Alter zwischen 12-80 Jahren ab.¹⁵¹ Anschließend beschuldigte Saddam Hussein in Bagdad am 12. September 1983 in einer öffentlichen Rede vor kurdischen Gästen aus der Stadt Arbil die Söhne Barzanis des Verrats und der Untreue, und betonte auch die harte Bestrafung der vermeintlich involvierten Barzaniten. »Sie erhielten ihre harte Strafe und gingen in die Hölle«, sagte er.¹⁵² Die Zahl der Massakrierten, darunter 42 direkte Verwandte Massud Barzanis, wird zwischen fünf- und achttausend ziviler Männer und Jugendlicher des Barzani-Clans geschätzt.¹⁵³ Der barbarische Vorgang dokumentierte den ersten Höhepunkt der grausigen Geschichte des irakischen Präsidenten Saddam Hussein. Er bildete das erste Glied einer Kette von noch nie in der neuen Geschichte des Orients gekannten Grausamkeiten.¹⁵⁴

Es ist durchaus denkbar, dass diese gravierende Eskalation und Brutalität der irakischen Baathregierung die DPK dazu verleitet hat, keinen Spielraum mehr für irgendeine mögliche Verständigung mit Saddam Hussein sehen zu können. Im Glauben, dass der iranische geistliche Führer Ayatollah Khomeini keinen Kompromiss mit Saddam Hussein eingehen würde, sah Massud Barzani nun sein Bündnis mit Teheran, das im Gegensatz zu den Beziehungen der DPK, in den siebziger Jahren zum Schah offiziell besiegelt worden war, als essentiell und strategisch an.¹⁵⁵ Die Islamische Republik Iran hatte während des Krieges abermals diese Absicht bekundet und legte zu diesem Zweck, vor allem nach 1986, großen Wert darauf, dass zum Sturz Saddam Husseins sich alle irakischen oppositionellen Kräfte zumindest nicht feindlich gegenüberstehen sollten.

Jedenfalls nach dem Massaker an den Barzaniten sprach Saddam Hussein in seinen allabendlichen Auftritten im irakischen Fernsehen, wenn er in seinem Hauptpalast Gäste

¹⁴⁹ McDowall meint, dass die DPK-Regierungs-Gespräche fruchtlos blieben, weil Bagdad den DPK-Forderungen, Rückkehr der umgesiedelten Kurden in ihre Dörfer und Freilassung der politischen Gefangenen, nicht nachkam. McDowall, 1996, S. 348.

¹⁵⁰ So ein westlicher Diplomat. Ebd., S. 348-49.

¹⁵¹ K. Karadaghi: The Two Gulf Wars: The Kurds on the World Stage, 1979-1992, in: A People without a Country, The Kurds & Kurdistan, edited by Gerard Chaliand, New York, 1993, S. 214-230, 222.

¹⁵² Vgl. al-Barrak, 1989, S. 260.

¹⁵³ Randal, 1999, S. 227.

¹⁵⁴ Im Vergleich zu den Massakern von 1963 gegen die Kommunisten war dieses Verbrechen deshalb eine besondere Steigerung, weil unter den Opfern unzählige Minderjährige sich befanden und es sich insgesamt um unpolitisierte zivile Menschen handelte.

¹⁵⁵ Aus seinem Gespräch mit Chris Kutschera. Le Monde vom 3./4. November 1985.

aus Kurdistan empfing, mehrmals über die Rolle der Kurden im Krieg gegen den Iran. Einmal meinte er, dass über 70.000 Kurden sich freiwillig für die Verteidigung der Heimat gemeldet haben; ein anderes Mal hielt er diese Zahl für nicht ausreichend genug und schließlich forderte er die kurdischen Frauen auf, ihre Männer zum Kampf gegen den Iran zu ermuntern.¹⁵⁶ Diese Aufforderung machte klar, dass die Kurden den Irak-Iran-Krieg nicht als ihren eigenen zu betrachten vermochten. Daher versagte deren Mobilisierung durch die Regierung kläglich.

5 Die PUK Gespräche und Verhandlungen mit der Regierung 1983/84

Nach der gewaltsamen Auseinandersetzung mit den Kämpfern der Sozialisten und Kommunisten von April-Mai 1983 sowie im August des gleichen Jahres gegen die DPK-Kräfte manövrierte sich die PUK in eine komplizierte, eher verhängnisvolle Situation. Einerseits bewies sie eine gewisse Stärke und konnte ihr Operationsfeld mit ihren ca. 4500 Mann starken Verbänden mit zunehmender Intensität ausdehnen und etliche neue militärische Erfolge gegen die Regierungskräfte verbuchen; andererseits standen ihr Kräfte vollständig isoliert von der Außenwelt da. Die Diskrepanz mit dem Iran, PUKs unmittelbarem Nachbarn, nahm in Folge des gelegentlichen Beistands, den die PUK den iranischen Kurden gewährte, zu.¹⁵⁷ Die iranische Seite war der Union gegenüber unversöhnlich eingestellt, obgleich die kurdische Organisation großes Interesse an einer Normalisierung der Beziehungen zeigte.¹⁵⁸ Unter diesen Umständen optierte die PUK-Führung im November 1983 für die Entscheidung, mit der Regierung von Saddam Hussein in Verhandlung zu treten. Also das Angebot aus Bagdad nahm die Union letztendlich doch wahr.¹⁵⁹ Es sei daran erinnert, dass die Gesandten der irakischen Regierung mehr als einmal den Wunsch der Administration zum Ausdruck gebracht hatten, mit der PUK die Waffen ruhen zu lassen und Verhandlungen zu führen. Bagdad handelte in dieser Sache jedoch nicht ohne erkennbares Motiv. Um sich auf den Krieg gegen den Iran zu konzentrieren, war ein Waffenstillstand mit einer relativ starken Widerstandsgruppe von Nutzen.¹⁶⁰ Es bleibt allerdings dahingestellt, ob Saddam Husseins Regierung in der Tat irgendwelche Absichten erwogen hatte, diesen Konflikt in

¹⁵⁶ Nebez (1989, S. 50-66) zitiert die übersetzte Fassung dieser Reden basierend auf der in Bagdad erschienen kurdischsprachigen Wochenzeitung Hawkari (die Ausgaben vom 15. sowie 29. September, 20. und 27. Oktober und 3. November jeweils von 1983).

¹⁵⁷ Es ist nicht eindeutig, weshalb die PUK diese anti-iranische Haltung einnahm: Erhoffte sie sich von einem autonomen Iranisch-Kurdistan gewisse Privilegien in der Zukunft? Waren es die Iran-DPK-Verbindungen, die eine Annäherung der Union zu Teheran erschwerten? Versuchte die PUK damit, Gemeinsamkeiten mit der Regierung in Bagdad zu finden, um die in Frage kommende Annäherung erfolgreich und beweiskräftig zu gestalten? Oder eine Mischung aus diesen und anderen interessebedingten Gründen?

¹⁵⁸ Mustafa, 1988, S. 29.

¹⁵⁹ Die PUK-Kritiker in den Reihen der Opposition beteuern z.T. noch bis heute, dass es zwischen Bagdad und der Union eine Verschwörung in der Richtung gegeben habe, die PUK solle die anderen Kräfte niederschlagen, damit die Regierung mit ihnen Verhandlungen führe. Was an dieser vereinfachten Verschwörungstheorie wahr ist, ist schwer einzuschätzen. Fakt ist aber, dass die Union mit ihren aktiv operierenden mobilen Verbänden in vielen Gebieten von Sulaimani, Kirkuk und Arbil ihre dominante Rolle unter Beweis gestellt hatte, und die Auseinandersetzung gegen die Oppositionskräfte, abgesehen davon, wer wen provoziert hatte, relativierte vorläufig die Bedeutung dieser Strömungen auf dem Boden der Realität.

¹⁶⁰ Die Regierung ordnete die Militärausbildung für die nichtwehrpflichtigen Kurden an. Vor allem bei Studenten stieß dieses Vorhaben permanent auf heftigen Protest. Persönliche Erinnerung.

der einen oder anderen Form endgültig beizulegen,¹⁶¹ obwohl sein Vize im KRR Izzat Ibrahim, die Ernsthaftigkeit der irakischen Führung in der Beilegung dieses Konflikts ausdrücklich betonte.¹⁶²

Anfang Dezember 1983 ordneten die beiden Konfliktparteien für ihre Kräfte eine Feuerpause an. Die erste Verhandlungsrunde fand am 10. des gleichen Monats in Bagdad statt. Die Verhandlungen kreisten um vier Hauptpunkte: die Kompetenzen der Autonomieorgane und die der Zentralmacht; die geographischen Grenzen der Autonomiegebiete; die Normalisierung der Lage in Kurdistan, vor allem in den arabisierten Gebieten, und schließlich der Anteil der Kurden in den Entscheidungsgremien des Landes. Die verhandelnden Parteien konnten in diesen Punkten erste Gemeinsamkeiten finden.¹⁶³ Es kam daraufhin zur ersten Begegnung der kurdischen Delegation mit dem irakischen Präsidenten. Da das letzte Wort in der irakischen Politik in der Hand Saddam Husseins lag, war es nicht unwahrscheinlich, dass diese Begegnung die entscheidende Wende herbeiführen würde. Emin gibt etliche bemerkenswerte Informationen aus diesem Treffen bekannt, deren Inhalt sonst nirgendwo zu recherchieren ist. Saddam Hussein lobt die PUK-Haltung für die Aufnahme der Verhandlungen und meint, der Organisation und den Kurden großzügige Rechte zu gewähren, über die die Kurden sich überall freuen und sie feiern werden würden.

»Ich habe die Protokolle der Gespräche mir angeschaut«, stellt Saddam Hussein fest, »Eure Gespräche waren ernst und ihr habt vor, eine Verständigung zu erzielen. Selbst euer Zorn ist ein Anzeichen für die Ernsthaftigkeit. Ich bin mit sämtlichen Themen einverstanden, außer der Frage um Kirkuk. Ich sage nicht, dass Kirkuk nicht kurdisch ist, und sage nicht, Kirkuk ist eine arabische Stadt. Selbst nach der Umfrage, falls sich herausstellt, dass die Mehrheit der Stadt Kurden sind, selbst dann bestehe ich darauf, dass sie [Kirkuk] eine irakische Stadt bleiben muss und aus ihr alle irakischen Einwohner Nutzen ziehen. Denn damit die Kurden Kirkuk nicht verlieren, denken sie nicht mehr an Trennung, und die Araber, um die Kurden zufrieden zu stellen, stellen sich nicht gegen deren Rechte.« Des Weiteren machte der Präsident die Bemerkung: »Ihr werdet zu einem Teil von uns und wir ein Teil von euch. Zusammen bilden wir den Einheitszustand des Irak. Wir regieren zusammen, leben zusammen und sterben zusammen.«¹⁶⁴

Die erste Verhandlungsrunde schien relativ positiv verlaufen zu sein. Den Vorschlag Saddam Husseins aber, so Emin, die Begegnung und Vereinbarung der Öffentlichkeit

¹⁶¹ Tariq Aziz, Iraks Vizepremier und KRR-Mitglied, teilte dem PUK-Mann bei den ersten Vorbereitungen für die Aufnahme der Verhandlungen mit, dass sie die PUK-Haltung schätzen, jetzt eine Verständigung miteinander zu erreichen. »Falls ihr den Krieg fortsetzt«, drohte er dann ohne Umschweife, »würden wir nach dem Ende des Iran-Krieges diese gigantische Armee, die wir für den Krieg gegen sie [Iran] gebildet haben, gegen euch einsetzen. Ein Jahr und einhunderttausend Tote kalkulieren wir für Euch, aber wir werden euer Terrain durchsieben und euch vernichten.« N. M. Emin: Drehen im Kreis, Die inneren Ereignisse in Irakisch-Kurdistan 1984-1988 (Kurdisch), Berlin 1999, S. 8.

¹⁶² Siehe dazu Ibrahims Originalschreiben vom 19. Juni 1984 an den PUK-Generalsekretär Jalal Talabani bei Emin, 1999, S. 184.

¹⁶³ Die Regierungsdelegation wurde von Izzat Ibrahim, dem KRR-Vize geleitet, und die PUK-Delegation von Jalal Talabani. Emin, 1999, S. 10-11. Die Stimmung wirkte euphorisch in der Anfangszeit. Laut einer Meldung von Reuter, die die Gespräche in den westlichen Medien ans Tageslicht brachte, war die Rede von einer Bereitstellung von 30% des Staatshaushalts für Kurdistan sowie der Aufstellung einer 40.000 Mann starken kurdischen Armee etc. Siehe Archiv der Gegenwart vom 6. Januar 1984, S. 27303.

¹⁶⁴ Emin, 1999, S. 11. Vgl. auch Dialog der Revolution mit der Regierung, 1985, S. 61-62.

bekannt zu machen,¹⁶⁵ akzeptierte Talabani mit der Begründung nicht, er sei vor einer Rücksprache mit dem PUK-Präsidium nicht dazu bevollmächtigt. Der einstige PUK-Spitzenmann Emin macht dabei die Andeutung, dass sie (die PUK) nicht vorhätten, zu einem Teil der Baath-Regierung zu werden und auf Gedeih und Verderb zusammenzuhalten.¹⁶⁶ Diese Einstellung veranlasste die PUK jedoch nicht, die Verhandlungen nicht ernst zu nehmen.

Bis November 1984 fanden mehr als fünf Verhandlungsrunden mit unterschiedlicher Dauer und Intensität statt. Auffallend war die Tatsache, obgleich die ganze Geschichte nicht zu verbergen war, dass es keine offizielle irakische Erklärung zu diesen Verhandlungen gab, an denen in der Regel die ranghöchsten Verantwortlichen der Administration und die PUK-Spitzen-Männer teilnahmen. Bagdad und ihre zentralgesteuerten Medien bewahrten Schweigen über die Existenz dieser Verbindungen. Lediglich am 7. April 1984 publizierte die Zeitung al-Irak ein Interview mit dem Präsidenten der Nationalversammlung Naim Haddad. Der begnügte sich nur, darauf zu verweisen, dass mit der Patriotischen Union Kurdistan Gespräche im Gange seien, mit dem Ziel, die Organisation in die Nationale Front zu integrieren.¹⁶⁷

PUK-Angaben zur Folge¹⁶⁸ war die Regierungsseite in der Anfangszeit in einigen Punkten generell entgegenkommend, wie etwa bei:

- der Entwicklung der Autonomie auf tatsächlicher Basis der Selbstverwaltung, also weniger Vormundschaft aus Bagdad,
- der Ausweitung der Grenzen der Autonomiegebiete,
- der Beseitigung der Spuren der Arabisierung und anderer außerordentlicher Maßnahmen in Kirkuk und anderen Landstrichen, die nicht in das autonome Gebiet einbezogen werden,
- der Repatriierung der kurdischen Bauern und
- der Rückkehr der PUK-Anhänger und Sympathisanten unter den in den Iran vertriebenen kurdischen Faili in die Heimat.

Es hat sogar den Anschein, dass die Konfliktparteien im August 1984 schriftliche Vereinbarungen unterschrieben haben. Laut einem im Anhang von Emins Buch (1999, S. 194-200) in Originalfassung veröffentlichten Schreiben von Izzat Ibrahim vom 15. Februar 1985 an Talabani sollen die beiden Seiten am 15. und 23. August 1984 sechs Vereinbarungen unterzeichnet haben. Diese werden wie folgt ausgeführt: Verpflichtungen der PUK; Normalisierung der Lage im autonomen Gebiet; Grundsatzregelungen für die

¹⁶⁵ Izzat Ibrahim, der Vize-KRR hielt in seinem Schreiben vom 16. Juni 1984 an Jalal Talabani eine solche Bekanntmachung für eine unwesentliche Angelegenheit. Siehe das Originalschreiben bei Emin, 1999, S. 181.

¹⁶⁶ Ebd., S. 12.

¹⁶⁷ In einer indirekten Stellungnahme zu den Regierung-PUK-Beziehungen trug sogar Saddam Hussein eine selbstgefällige Miene zur Schau. Über das irakische Fernsehen, seit seiner Präsidentschaft weitgehend zu einem One-Man-Show-Programm geworden, bezeichnete er die laufenden Gespräche mit der Union (namentlich nicht erwähnt), als Rückkehr der betroffenen Seite in die patriotischen Reihen. Saddam Hussein behauptete, er hätte dem Gesprächsuchenden, (gemeint war Jalal Talabani) mitgeteilt, dass derjenige, der einen Tag vor ihm zurückgekehrt sei, sei »ehrvoller als du«. Dieser abfälligen Bemerkung, die den Höflichkeitsfloskeln widersprach, setzte Talabani wenig später die Feststellung entgegen, dass die PUK-Reihen echte patriotische Reihen seien. »Es gibt andere Personen,« betonte der PUK-Chef bei der Trauerzeremonie einer im Exil verstorbenen und in Kurdistan beigesetzten kurdischen Persönlichkeit, »die es nötig haben, in die patriotischen Reihen zurückzukehren«.

¹⁶⁸ Dialog der Revolution mit der Regierung, 1985, S. 89.

völkischen und beruflichen Organisationen im autonomen Gebiet; Beitritt der PUK in die nationale, patriotische und progressive Front; Normalisierung der Lage in Kirkuk und das Autonomiegesetz.

Doch weder Emins Buch noch die PUK-Politbüro-Broschüre druckten diese wichtigen Dokumente ab, um ein klares Bild sowohl über die gemachten Konzessionen der Regierung an die PUK als auch den Grad der Nachgiebigkeit der Unions-Seite in Erfahrung bringen zu können.¹⁶⁹

Es liegt nahe, dass die PUK-Führung eine außerordentliche Kompromissbereitschaft gezeigt hat. Denn mit Blick auf dasselbe Schreiben von KRR-Vize Ibrahim an Talabani dürfte die kurdische Seite ihre Ansprüche und Forderungen kräftig zurückgesteckt haben, und zwar in mehreren brisanten und existentiellen Angelegenheiten. Etwa bei den geographischen Grenzen der kurdischen Autonomie. Wie vorher erwähnt wurde, lehnte Saddam Hussein recht früh ab, dass Kirkuk, die Hauptstreitfrage, bei den Verhandlungen von 1974 der kurdischen Selbstverwaltung unterstellt wird. Die PUK schien sich mit der Normalisierung der Verhältnisse in der Stadt als geeignete Alternative begnügt zu haben. Laut ihrem Autonomieentwurf verlangte sie aber die Einbeziehung der etwa dreizehn mehrheitlich von Kurden bewohnten Landkreise, die währenddessen einer starken Arabisierungspolitik ausgesetzt waren. In diesem Punkt zeigte Saddam Hussein kaum Entgegenkommen. Selbst zu dem Zeitpunkt, als die Beziehungen sich außerordentlich abgekühlt hatten,¹⁷⁰ stellte er in Aussicht, nur zwei dieser dreizehn Landkreise sofort in die Autonomie zu integrieren.¹⁷¹ Regierungs-Argumenten zufolge waren die betroffenen Gebiete für die Sicherheit des Landes, Einnahmen des Staates (dieses waren teilweise Erdölgebiete) und wirtschaftliche Überlebensfähigkeit der arabischen Bauern von Bedeutung. Von daher sollten sie der für diese Sachen verantwortlichen Zentralmacht unterstellt bleiben.¹⁷² Auch in Sicherheitsfragen des autonomen Gebiets oder - richtiger gesagt - eine Art Garantie vor einem möglichen Überraschungsangriff der Regierung gegen das Kurdengebiet, muss die Union den Neigungen der Regierung sehr entgegenkommend gewesen sein. Die PUK-Seite forderte die Aufstellung einer 7500 Mann starken Grenzschutzpolizei für die autonome Regierung. In diesem Punkt war Bagdad kompromisslos. Es hieß:

»Eine Partei, die willens entscheidet, ein aktiver Partner an der Front, in der Regierung und im nationalen Leben insgesamt werden zu wollen, braucht keine eigenen ((bewaffneten Kräfte)), sei es direkt oder indirekt.. Dies ist eine Angelegenheit, in der es überhaupt keinerlei Kompromisse gibt.«¹⁷³

Wie auch immer fand am 3. September 1984 eine weitere wichtige Verhandlungsrunde im PUK-Quartier in Surdasch statt, auf der u.a. die Regierungsdelegation die Angelegenheit um die Entwaffnung der kurdischen Kollaborateure in Aussicht stellte. Ibrahim, Leiter der irakischen Delegation, lud nun Talabani zu einem Besuch nach Bagdad ein, um die Verhandlungen zu Ende zu führen und das Regierung-PUK-Abkommen zu unterzeichnen. In dieser Zeit beabsichtigte die Regierung bei den Wahlen

¹⁶⁹ Emin veröffentlicht jedoch die von der PUK angefertigten vier Arbeitspapiere, die als Diskussionsgrundlage für diese Vereinbarungen herangezogen worden waren. Emin, 1999, S. 161-76.

¹⁷⁰ Dialog der Revolution mit der Regierung, 1985, S. 91.

¹⁷¹ McDowall, 1996, S. 350. Talabanis Interview mit al-Wasat, Teil 2. 1998, S. 29.

¹⁷² Emin, 1999, S. 75-76.

¹⁷³ Aus dem Schreiben von Ibrahim an Talabani vom 19. Juni 1984, nach Emin, 1999, S. 189.

für die Nationalversammlung auch die PUK mit einzubeziehen. Am Monatsende reiste dann eine PUK-Delegation nach Bagdad, um das Abkommen zu unterzeichnen und der Regierung die Namen der kurdischen Kandidaten sowohl für die Ministerposten als auch für die Wahlen der Nationalversammlung vorzulegen. Doch die von Talabani geleitete Delegation erhielt unerwartet eine ablehnende Antwort. Der Beitritt der PUK in die Nationale Front müsse vor dem Unterzeichnen des Abkommens vollzogen werden, argumentierte der Gastgeber Izzat Ibrahim nach einem Telefonat mit Saddam Hussein.¹⁷⁴

Obgleich am 30. September und 13. November zwei weitere Verhandlungsrunden geführt wurden, stand für die PUK schon fest, dass der irakische Präsident bis auf die Fortsetzung des Waffenstillstands, den er an dem Treffen vom 6. November betonte, kein Interesse an einer endgültigen Vereinbarung hatte. Letztendlich überreichte die Organisation am 17. November in einem ausführlichen Schreiben ihre Kritik und Anmerkungen zu der Charta der Front, die eine grundsätzliche Abänderung vieler Passagen und zahlreiche notwendige Ergänzungen zugunsten der unerwähnt gebliebenen Angelegenheiten der Kurden und der PUK mit Nachdruck verlangte. Dieses fasste Bagdad als Versuch auf, sämtliche Vereinbarungen zu torpedieren.¹⁷⁵

Die allgemeine Lage verkomplizierte sich zunehmend. Die unter dem Druck der eigenen Leute und der kurdischen Öffentlichkeit stehende PUK-Führung musste nun um ihre eigene Glaubwürdigkeit und ihr Ansehen fürchten, solange sie trotz einjähriger Gesprächs- und Verhandlungsphase keine handfesten Früchte vorzuweisen hatte. Nicht einmal ein offizielles irakisches Kommuniqué über die Verbindungen zur PUK gab es. Von daher gab die Führung am 15. Januar 1985 eine Erklärung heraus, in der sie einseitig und offiziell die Verhandlungen für beendet erklärte. Der Versuch der Regierungsseite am Tag danach, die Organisation erneut zur Fortsetzung der Verhandlungen zu bewegen, stieß auf Ablehnung.¹⁷⁶

Saddam Husseins Position in der Phase des Waffenstillstands erweckt den Eindruck: lange mit den Kurden verhandeln, ohne dass es zu einer ausdrücklichen und endgültigen Verständigung kommt. Diese Haltung festigte sich vermutlich in der gleichen Zeit, als seine Männer mit der Union in Verhandlung traten. Hierfür sprechen zumindest zwei bedeutsame außenpolitische Verbindungen. Zum einen die unmittelbare Zusicherung der Vereinigten Staaten von Amerika, die seit März 1982 dem Irak geheimdienstliche Informationen zur Verfügung stellten, dass eine Niederlage des Irak durch die Streitkräfte der Islamischen Republik Iran im Widerspruch zu den US-Interessen in der Region stünde, wie ein US-Botschafter ihm im Dezember 1984 persönlich mitteilte.¹⁷⁷ Zum anderen die massive Militärunterstützung aus vielen befreundeten Staaten, darunter Frankreich. Die langjährigen guten Irak-Frankreich-Verbindungen erfuhren eine

¹⁷⁴ Der Vize des KRR Ibrahim, der anfänglich seine Freude über das Unterzeichnen des Abkommens äußert, kommt nach einem Telefongespräch mit Saddam Hussein mit einer verbitterten Miene zurück und teilt Talabani mit, »Noch ist die Frage der Front und der Charta nicht entschieden. Diese müssen ebenfalls abgeschlossen werden.« Daraufhin kontert Talabani: »Auf einem vorherigen Treffen sagte der Präsident: wir haben die Verhandlungen mit der IKP über die Front und deren Charta in drei Jahren abgeschlossen, lasst uns es auch mit euch so lange dauern. Wegen diesem Punkt verschiebt das Abkommen nicht.« Doch Ibrahim besteht auf seiner Haltung. Talabanis letzte Bemerkung: »Anscheinend haben die Türken die Sache sabotiert.« Emin, 1999, S. 81. Siehe auch Talabanis eigene Feststellungen in dem Interview mit al-Wasat vom 23. November 1998.

¹⁷⁵ Wortlaut des PUK-Schreibens bei Emin, 1999, S. 177-182.

¹⁷⁶ Ebd., S. 83-84.

¹⁷⁷ Die US-Irak-Verbindung wird im folgenden Kapitel thematisiert.

bemerkenswerte Ausweitung. Paris lieh im Herbst 1983 Bagdad fünf Flugzeuge des Typs Super-Etendards für zwei Jahre. Die ursprünglich für die taktische Nuklearmacht der französischen Flotte gebauten Maschinen, waren für Exocet-Raketen des Typs AM-29 (Anti-Schiffsrakete) eingerichtet. Damit war die irakische Luftwaffe erstmals in der Lage, die Wassertransporter und vor allem die aus den iranischen Ölraffinerien ausgelaufenen Öltanker im Golf treffsicher anzugreifen.¹⁷⁸ Solche massiven Unterstützungen ermöglichten den irakischen Streitkräften, sich den Angriffen der iranischen Seite erfolgreich zur Wehr zu setzen. Damit war die Gefahr einer vernichtenden irakischen Niederlage insofern ausgeschaltet, dass es für die Regierung ausreichte, lediglich den Waffenstillstand mit der Union aufrechtzuerhalten.

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die Türkei ebenfalls einen gewissen Einfluss auf die irakische Haltung ausgeübt hat. Im September 1984 befand sich der türkische Stabschef in Bagdad. Die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) hatte indes den bewaffneten Kampf aufgenommen. Vor diesem Hintergrund unterschrieb Ankara mit Bagdad im Oktober 1984 ein Sicherheitsabkommen. Diese Abmachung ermächtigte beide Seiten in Fällen besonderer Notwendigkeiten zum Betreten des Partnerlandes bis zu fünf Km zur Verfolgung von Aufständischen innerhalb von drei Tagen.¹⁷⁹ Ob Ankara gleichzeitig Bagdad vor einer Verständigung mit der Union gewarnt hat, ist nicht undenkbar.¹⁸⁰ Die irakische Regierung war in dieser Periode auf eine enge Zusammenarbeit mit der Türkei angewiesen. Die iranische Luftwaffe hatte solch verheerende Angriffe gegen irakische Ölverladeinstallationen im Golf geflogen, so dass die dortigen Terminals vollständig ausgefallen waren.¹⁸¹ Der syrische Präsident Assad, der auf Seiten des Iran stand, hatte die über seine Territorien verlaufenden irakischen Pipelines zum Mittelmeer geschlossen. Nur über die Türkei konnte Bagdad Erdöl über Pipelines exportieren.

Man geht fehl, das Scheitern der Regierung-Union-Verbindungen lediglich auf die regionalen und internationalen Bedingungen zurückzuführen. Saddam Husseins subjektive Grundhaltung war nichtsdestoweniger weiter im Spiel. Die Konsequenzen einer Verständigung dürfte er erwogen haben. Sie hätte gewährleistet, dass eine nicht loyale politische Kraft zumindest in einem bestimmten Landstrich der Republik, ihm die Macht seiner Regierung streitig machen würde. Ferner würde sie hervorrufen, dass der Spitzenmann der gegnerischen Organisation sich einer gewissen persönlichen Beliebtheit erfreuen kann. Solche unausweichlichen Konklusionen sind in totalitären Systemen, in denen Personenkult groß geschrieben wird, inakzeptabel; Und die Regierung von Saddam Hussein verkörpert in einer außergewöhnlichen Weise ein solches Herrschaftssystem.

¹⁷⁸ H. Maull: Regionaler Konflikt oder Wer hat am Golf das Sagen? Politische und militärische Perspektiven des Golfkrieges, in: Der Golfkrieg, Ursachen, Verlauf, Auswirkungen, Ausgewählte Texte, zusammengestellt und eingeleitet von Udo Steinbach, Hamburg, 1988, S. 111-127, 123. Al-Samarai, 1997, S. 127. Archiv der Gegenwart vom 7. Oktober 1983, S. 27049, 50. Im Oktober 1985 lieferte Frankreich als Ersatz für die fünf Super-Etendards 24 Jagdflugzeuge des Typs Mirage F-1 und eine Anzahl Exocet-Raketen. Archiv der Gegenwart vom 15. Oktober 1985, S. 29262. Laut Angaben von al-Samarai, des damaligen Chefs des Irakischen Militärnachrichtendienstes, soll der Französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing 1984 ernsthaft erwogen haben, Bagdad einen taktischen Nuklearbomber zu liefern. Mit dessen Einsatz gegen ein ausgesuchtes Ziel im Iran sollte das Land zum Waffenstillstand gezwungen werden. Al-Samarai, 1997, S. 130-31.

¹⁷⁹ Archiv der Gegenwart vom 4. März 1987, S. 30839, Fußnote 1.

¹⁸⁰ Laut Jalal Talabani Angaben habe Tariq Aziz während der Verhandlungen von 1991 selber zugegeben, dass die Türkei das Unterzeichnen der PUK-Bagdad-Vereinbarung torpediert hatte. Siehe sein Interview mit al-Wasat vom 11. November 1998. Vgl. Awni, 1993, S. 103-04. Randal, 1999, S. 226-27. Emin, 1999, S. 81.

¹⁸¹ Fürtig, 1988, S. 65.

Von daher ist auch davon auszugehen: Falls der Frieden gelungen wäre, hätte er höchstwahrscheinlich keinen dauerhaften Bestand gehabt.

Aufgrund fehlender Informationen können die tatsächlichen Ergebnisse der erfolglos erprobten Verhandlungen nicht präsentiert werden. Es sieht aber so aus, dass die PUK ihre desolante Lage richtig eingeschätzt und in Wahrheit auch großes Interesse an einer Einigung hatte. Saddam Hussein dagegen blieb inkonzilient, spielte auf Zeit und schien nicht willens gewesen zu sein, außer einer Fortsetzung des Waffenstillstands, der Union irgendwelche angemessenen Zugeständnisse zu machen. Diese kompromisslose Haltung hing maßgeblich von exogenen Faktoren ab, die unmittelbar mit dem Krieg gegen den Iran in Zusammenhang standen. Die starre Position des Präsidenten - vor allem in Fragen um Macht und Einfluss - trug nichtsdestoweniger dazu bei, die kurdische Seite in politische Entrüstung zu versetzen.

6 Die politisch-militärische Lage nach Januar 1985

Mit Blick auf die am 15. Januar 1985 verkündete Beendigung der Verhandlungen durch die Union mussten die Regierung-PUK-Verbindungen in ein neues Stadium übergehen. In Wahrheit beschloss die PUK mit ihrer Januar-Entscheidung, die Kampfhandlungen gegen die Regierungskräfte ebenfalls aufzunehmen.¹⁸² Mitte Februar 1985 starteten deren Kämpfer intensive Militäraktionen und eroberten binnen kurzer Zeit eine strategische Bergkette im Sulaimani-Distrikt. Diese groß angelegte Aktion veranlasste Bagdad nochmals eine Feuerpause zu fordern, jedoch ohne Erfolg.¹⁸³ Der Union standen unruhige Zeiten bevor, da diese Vorfälle von einer unerwarteten Entwicklung begleitet wurden. Es kam nämlich zu einer Spaltung innerhalb des stärkeren linken Flügels (Bund der Werktätigen Kurdistans) der PUK.¹⁸⁴ Dieser Bruch verpasste der Union einen heftigen Schlag. Die sich später als »Pfleger der Revolution« ernannte neue Gruppierung war ebenso unfähig, die Stelle der PUK oder deren Unterorganisation (Bund der Werktätigen) einzunehmen. Sie konnte ihre Existenz nicht länger als zwei bis drei Jahre aufrechterhalten. Jedenfalls war der tatsächliche Kriegszustand seit Februar 1985 in den PUK-Operationsgebieten bittere Realität. Die Badinan-Region (entlang der türkisch-irakischen Grenze südlich ins Landesinnere verlaufend), wo die DPK das Sagen hatte, war ohnehin unbefriedet. Die Demokratische Partei, die von Anbeginn der erneuten Aufnahme der militärischen Auseinandersetzungen (1976) an, einen 20-25 km schmalen Streifen der irakisch-türkischen Grenze hielt, hatte ihre Aktionen dort während der Regierung-Union-Gespräche mit unverminderter Härte fortgesetzt. Zumal pflegte die Parteiführung unter Massud Barzani, nach dem irakischen Überfall auf den Iran, hin und wieder den iranischen Streitkräften bei ihren Vorstößen im kurdischen Norden Hilfe zu leisten. Bei solchen Offensiven gelang es den Angreifern, etliche kleine Grenzgebiete zu erobern. Penjwin war die erste Ortschaft an der irakisch-iranischen Grenze.¹⁸⁵

Nun waren die sowieso durch den Iran-Krieg bedrängten Regierungskräfte mit zwei relativ starken, kampfbereiten Gegnern in Kurdistan konfrontiert. Die DPK im Norden

¹⁸² In einer verspäteten Einsicht bewertete Emin diesen Beschluss als falsch. Emin, 1999, S. 83.

¹⁸³ Emin, 1999, S. 87-88.

¹⁸⁴ Diese Gruppierung veröffentlichte eine Broschüre mit dem Titel: Das Schweigen ist nicht mehr möglich (Arabisch). In diesem 50-seitigen Heft wurden hauptsächlich die zwei wichtigsten PUK-Spitzen, Talabani und Emin, zur Zielscheibe der Kritik gemacht. Die relativ schnelle Auflösung dieser Gruppierung bedeutete allerdings ihre Unfähigkeit, ihre Eigenschaften deutlich und langfristig herauszustellen.

¹⁸⁵ Hottinger, 1988, S. 157.

und die PUK im Nordosten.¹⁸⁶ Die neue Taktik, um offensichtlich so wenig Soldaten wie möglich einsetzen zu müssen, war das rücksichtslose Bombardement der Peschmargas Präsenz- und Aktionsgebiete. Zumal jede Ortschaft, aus der bzw. aus deren Nähe gegen die regulären und irregulären Regierungskräfte gefeuert wurde, einen Tag später dem Erdboden gleichgemacht wurde.¹⁸⁷ Diese Politik der verbrannten Erde, die auch als Racheakt an der "Illoyalität" der Kurden Saddam Hussein gegenüber galt, nahm mit der Einstellung Ali Hassan al-Majids, eines Cousin des Präsidenten als Bevollmächtigten des Nordens, ihren grausigen Höhepunkt.¹⁸⁸

6.1 Die innerkurdische Versöhnung und die Verbindungen zum Iran

Die PUK hatte unmittelbar nach der Aufnahme der Verhandlungen mit Bagdad die Bereitschaft und das Interesse gezeigt, ihre Beziehungen zu den anderen oppositionellen Kräften zu normalisieren.¹⁸⁹ In dieser Zeit bestand keine Verbindung zwischen der irakischen Regierung und dem kurdischen Widerstand. Solche PUK-Unternehmen, wenn sie auch gerne als Geste des guten Willens hingestellt wurden, bekundeten gleichzeitig die Tatsache, dass die Union nicht alle Brücken hinter sich abbrechen wollte. Doch der Abbruch der Verbindungen mit Bagdad bahnte den Weg für eine Harmonisierung von PUKs innerkurdischen Beziehungen. Die Führung versuchte nun verstärkt, die Verbindung zu anderen kurdischen Organisationen zu normalisieren.¹⁹⁰ Für diese, die schon enge Kontakte mit Teheran pflegten und deren bewaffnete Mitglieder von den durch die PUK kontrollierten Gebieten ferngehalten worden waren, war eine solche Annäherung wichtig.¹⁹¹ Endgültig regelten die Sozialisten und die PUK im April 1986 ihre Unstimmigkeiten. Einen Monat später schloss die Union Frieden mit der kleinen Gruppe der Nationalisten, der Sozialistischen Partei der Kurden.¹⁹²

Der folgenschwere Beschluss der Union, erneut mit Kampfhandlungen gegen die Regierung zu beginnen, wurde nicht zuletzt durch das Scheitern der Verhandlungen möglich. Es lag ein weiterer wichtiger Grund für diese Entscheidung vor: die Intransigenz der iranischen Seite dem Irak gegenüber. Teheran setzte tatsächlich viel daran, die Regierung von Saddam Hussein zu stürzen. Und die PUK-Führung, die an Saddam Husseins Sturz durch den oppositionellen Widerstand nicht glaubte, war nun überzeugt, dies sei nur durch den Krieg realisierbar.¹⁹³

Im Februar 1986 begannen die iranischen Streitkräfte eine neue Offensive und meldeten Geländegewinne. Im nördlichen Frontabschnitt erzielten sie auch Erfolge. In Irakisch-Kurdistan eroberten sie 25 kleine Ortschaften nordöstlich von Sulaimani. Bis Anfang März rückten die Truppen dort vor und okkupierten dabei 330 km² irakisches

¹⁸⁶ Vier weitere Gruppierungen unterhielten ebenfalls bewaffnete Elemente in Irakisch-Kurdistan: die Sozialisten; die Kommunisten; die Demokratische Volkspartei Kurdistans sowie die Nationalisten.

¹⁸⁷ In einem Aufruf der PUK sollen 1985 ca. 200 namentlich aufgelistete Dörfer zwangsevakuert und zerstört worden sein. Kurdistan Info, Bd. 4, Juni 1986, S. 22-23.

¹⁸⁸ Diese Thematik greifen wir ebenfalls in diesem Kapitel auf.

¹⁸⁹ Siehe dazu Emin, 1999, S. 17-19, 32-33, 78-79.

¹⁹⁰ Le Monde vom 3./4. November 1985.

¹⁹¹ Vgl. F. Ibrahim: Demokratie für den Irak, Autonomie für die Kurden. Die Patriotische Union Kurdistan und ihr Führer Jalal Talabani. In: Die kurdische Tragödie. Die Kurden - verfolgt im eigenen Land. hrsg. von B. Nirumand. Hamburg 1991. (97-110) S. 103.

¹⁹² Emin, 1999, S. 115-17.

¹⁹³ Ebd., S. 102.

Territorium, so iranischen Angaben zufolge.¹⁹⁴ Am 11. Februar erklärte Irans Präsident Ali Khamenei in einer Rede zum Jahrestag der islamischen Revolution u.a.: »Unser Eindringen in [den] Irak dient nur der Bestrafung des Regimes von Saddam HUSSEIN. Die Welt soll wissen, ... dass wir es nicht auf das irakische Territorium abgesehen haben.«¹⁹⁵ Ohne Zweifel haben solche abermals wiederholten Bekundungen ihren Eindruck im PUK-Hauptquartier nicht verfehlt. Nach Abbruch der Beziehungen zu Bagdad und solchen militärischen Entwicklungen lag es im Interesse der PUK, ernsthaft nach solchen Möglichkeiten Ausschau zu halten, die Hoffnung auf verbesserte Beziehungen zum Iran boten. Bis 1984 gab es nur wenig, was derlei Hoffnungen gerechtfertigt hätte. Nun wirkte die Konstellation insgesamt günstiger. In der Gegnerschaft zur Regierung Saddam Husseins ging die Zielsetzung beider Seiten, Union und Teheran, konform. Die Kontaktaufnahme mit Vertretern der iranischen Seite erzielte einige Monate später ein positives Ergebnis. Seitdem gab es ein enges Verhältnis zwischen beiden Seiten. Die Annäherung zum Iran nahm im Oktober 1986 auch in militärischer Form Gestalt an. In diesem Monat unternahmen die beiden Seiten, die PUK und Iran, eine erste gemeinsame militärische Operation. In einer sorgfältig geplanten Aktion nahmen ca. 3000 Peschmarga in Begleitung von 150 iranischen Waffentechnikern die Ölinstallation um Kirkuk zum Ziel ihrer Mörsergranaten des Typs 120 mm und Katuscha-Raketen.¹⁹⁶ Die PUK-Teheran-Verbindungen übten auch Einfluss auf die innerkurdischen Beziehungen aus. Im gleichen Monat der gemeinsamen PUK-Iran-Aktion vermittelte Teheran zwischen der Union und der DPK, zwei der stärksten kurdisch-irakischen Fraktionen. Beide Seiten unterzeichneten zwei Abkommen für eine Zusammenarbeit. Mit dieser unter iranischer Schirmherrschaft erreichten Übereinkunft wurde die innerkurdische Rivalität erfolgreich besiegt.¹⁹⁷ Diesen Entwicklungen folgten im Mai 1988 nach langwierigen Konsultationen die Kreation einer breiten Front namens Irakisch-Kurdistan Front (IKF).¹⁹⁸

Doch im Verlauf des irakisch-iranischen Krieges kam Teheran bei seiner eigentlichen Zielsetzung nicht zum Zuge. Zu Beginn des Jahres 1986 gelang es den Iranern zum ersten Mal an der Südfront den Schatt al-Arab zu überqueren. Trotzdem waren die Streitkräfte der Islamischen Republik nicht fähig, das tief gestaffelte Abwehrsystem der irakischen Seite zu überwinden, um die zweitwichtigste irakische Stadt Basra einnehmen zu können.¹⁹⁹ Von daher lag es im Interesse des Iran, dem der Erfolg in den südlichen Fronten jahrelang weitgehend versagt geblieben war, nun möglicherweise mit kurdischer Unterstützung die Kämpfe in den Norden zu verlagern. Ihrerseits verstärkten die kurdischen Parteien gerne ihren Partisanenkrieg, um ihre eigenen Ziele, sei es die Schwächung und/oder Vertreibung der irakischen Truppen, sei es die Ausdehnung ihrer kontrollierten Gebiete und ihren Einfluss, zu erreichen. Dabei führten sie gelegentlich einen Frontenkrieg, teilweise mit Erfolg. Paradoxerweise war diese Phase der scheinbaren Stärke in Wirklichkeit der Beginn einer dramatischen Niederlage, da diesen für Bagdad

¹⁹⁴ Archiv der Gegenwart vom 18. März 1986, S. 29724. Auch im Februar des gleichen Jahres eroberten die Iraner die irakische Hafenstadt Fao an der Mündung des Schatt al-Arabs im Golf. Ebd., vom 24. Februar 1986, S. 29646.

¹⁹⁵ Ebd. vom 24. Februar 1986, S. 29648.

¹⁹⁶ Einzelheiten bei Emin, 1999, S. 103-12.

¹⁹⁷ Emin, 1999, S. 187-88. Sieh die Originalfassung dieser Vereinbarungen bei ebd. S. 201-204.

¹⁹⁸ Zur Gründung dieser Front siehe die Broschüre von Mustafa (1988).

¹⁹⁹ U. Steinbach: Die Entwicklung des Golfkrieges 1987, in: Nahost Jahrbuch 1987, hrsg. vom Deutschen Orient-Institut, Opladen 1988, S. 183-192, 183.

alarmierenden Entwicklungen der irakische Präsident ernsthaft entgegentrat. War die nördliche Front (Kurdistan) bis Mitte 1982 von einem massiven Krieg relativ verschont geblieben, so war sie seit 1986 zu einem nicht unbedeutenden Kriegsschauplatz geworden. Nun wurde hier ebenfalls der Bodenkrieg geführt - zwar nicht so massiv wie es im Mittel- und Südabschnitt der Fall war, jedoch bedrohlich genug, um irakisches Territorium - in einigen Fällen - an den Iran zu verlieren. Die Staatsautorität hatte ohnehin in vielen Landstrichen Kurdistans ihren Einfluss zugunsten der Peschmarga eingebüßt. Neben der Vertreibung der Iraner hat die Regierung auch das Ziel anvisiert, dem Kurden-Konflikt ein dauerhaftes bzw. ewiges Ende zu bereiten. Die Vorgänge dokumentieren, dass die Realisierung dieses Plans nachträglich nicht zu Unrecht als eine versuchte, aber auch vorläufig gelungene Endlösung der Kurdenfrage bezeichnet werden kann.

6.2 Die berüchtigten al-Anfal-Operationen der irakischen Streitkräfte

Spätestens seit Anfang 1987 machte sich der Erschöpfungszustand der Islamischen Republik im Krieg mit dem Irak derart bemerkbar, dass seitdem weder an der Süd- noch an der Nordfront von einer groß angelegten iranischen Offensive etwas zu spüren war. Iraks militärisches Potential ließ im Jahr 1988 die Waagschale endgültig zu seinen Gunsten ausschlagen. Während der Tankerkrieg massiv fortgesetzt wurde, wurde allmählich mit der erneuten, massiven Aufnahme des Städtekriegs durch Raketen der blutigste Teil des Irak-Iran-Krieges eingeleitet.²⁰⁰ Dieser von Saddam Hussein begonnene und von Imam Khomeini in die Länge gezogene Krieg hatte vielfältige dramatische Konsequenzen. Bagdad setzte bekanntlich alles daran, die aufmarschierten Iraner zurückzuwerfen. Die Mobilmachung der irakischen Seite militarisierte das Land am Vorderen Orient dermaßen, dass sich binnen sechs Jahren die Zahl der regulären und irregulären Streitkräfte des Landes nahezu verachtachte, was zur Folge hatte, kampffähige Truppen in jeden beliebigen Frontabschnitt oder innerhalb der irakischen Grenzen aufstellen zu können.

Diese Entwicklung ließ die irakische Regierung nicht ungenutzt. Präsident Saddam Hussein, der sich offensichtlich sicher fühlte, betrieb eine neue Politik. Um seine Autorität im Norden des Landes wieder herstellen zu können, ernannte er seinen Cousin Ali Hassan al-Majid zum Generalsekretär des Nordbüros der Baathpartei und übergab ihm die uneingeschränkte Kontrolle über sämtliche zivilen und militärischen Apparate des Staates in diesem Raum.²⁰¹ Eine der ersten Schritte al-Majid war, die erhobene Blockade gegen die so genannten »sanktionierten Gebiete«, sprich wo die Peschmarga verkehrten, lückenlos zu schließen. Dabei wurde den Streitkräften angeordnet, auf jeden Menschen und jedes Lebewesen zu schießen, das dort gesichtet wird.²⁰² Ferner wurde im Oktober 1987 eine Volkszählung durchgeführt, um den Bevölkerungsteilen, die in den von Peschmarga kontrollierten Landstrichen lebten, die irakische Staatsangehörigkeit abzuerkennen und sie zu Saboteuren abzustempeln.²⁰³ Mit dieser Vorgehensweise hatte der Bevollmächtigte das Ziel im Auge, der kurdischen Bewegung das Ende

²⁰⁰ U. Steinbach: Das Ende des Golfkrieges, in: Nahost Jahrbuch 1988, hrsg. vom Deutschen Orient-Institut, Opladen 1989, S. 187- 192, 188. S. 187.

²⁰¹ Randal, 1999, S. 228, Originalfassung dieses Beschlusses bei Emin, 1999, S. 205-06.

²⁰² Genocide in Iraq, The Anfal Campaign Against the Kurds, A Middle East Watch Report, New York u.a. 1993, S. 9. Emin, 1999, S. 207-08.

²⁰³ Genocide in Iraq, 1993, S. 10. Für die weitere Anordnungen von al-Majid siehe ebd., S. 76 ff.

herbeizuführen. Bis dahin war der Einfluss der kurdischen Seite enorm angewachsen.²⁰⁴ Am 13./14. April 1987 verbuchte die kurdische Seite etliche militärische Erfolge.²⁰⁵ Deren Führung schien die neue Politik des Entscheidungsträgers in Kurdistan begriffen zu haben, nämlich seine feste Entschlossenheit, den kurdischen Widerstand niederzuwerfen. Um diesem entgegenzutreten, unternahm Jalal Talabani Anstrengungen, mit al-Majid in Kontakt zu treten. Sein Angebot: für die Einstellung der gewaltsamen Deportation der kurdischen Dörfer sämtliche Verbindungen zum Iran abzubrechen.²⁰⁶ Doch die Reaktion kam unverzüglich und unmittelbar. Al-Majid erzählte später im engen Kreis seiner Mitarbeiter: »Jalal Talabani asked me to open a special channel of communication with him. That evening I went to Suleimaniya and hit them with the special ammunition. That was my answer.« Al-Majid fuhr fort:

»We continued the deportations. I told the *mustashar* [Anführer der kurdischen Kollaborateure] that they might say that they like their villages and that they won't leave. I said I cannot let your village stay because I will attack it with chemical weapons. Then you and your family will die. You must leave right now. Because I cannot tell you the same day that I am going to attack with chemical weapons. I will kill them all with chemical weapons!«²⁰⁷

Solche Feststellungen waren keine leeren Drohungen. Am 15. April 1987 ließ der vom Wachmann zum Generalleutnant beförderte Baathist die Hauptquartiere der beiden stärksten kurdischen Organisationen (PUK nahe Sulaimani, DPK in Zewe) an der iranischen Grenze mit C-Waffen bombardieren.²⁰⁸ Weitere ähnliche Aktionen gehörten seitdem in den bis dahin außer Kontrolle der irakischen Streitkräfte stehenden Gebieten zum Alltag.²⁰⁹ Schon bevor man sich mit einer neuen groß angelegten und umfassenden Offensive der irakischen Armee konfrontiert sah, ahnte die kurdische Führung die bevorstehende Gefahr: der DPK-Vorsitzende Barzani teilte dem US-Journalisten Randal im Dezember 1987 mit: »If this goes on, there will be no Kurds left in Kurdistan. Saddam's plan is to destroy us as a people. It's him or us. There's no other choice.«²¹⁰

Am 23. Februar 1988 war es dann soweit. Die Regierungstruppen starteten ihre Operationen, die den Namen al-Anfal 'Beute' trugen. Die Verwendung dieses in der heiligen Schrift des Islams erwähnten Namens war kein Zufall. In Anlehnung an die erste im Jahr 624 stattgefundene Schlacht der Muslime gegen die ungläubigen Ketzer beabsichtigte man dem brutalen Krieg gegen die so genannten »Verräter« einen religiösen Charakter zu geben, obgleich die Baathpartei eine säkulare Organisation war und ist.²¹¹

Das erste Ziel der al-Anfal-Operationen war die Eroberung der sich über eine breite Linie erstreckenden Stützpunkte der Hauptquartiere der PUK nördlich von Sulaimani. Mit

²⁰⁴ Einmal beschwerte sich al-Majid, dass man zwischen Kirkuk und Arbil nur mit einem gepanzerten Fahrzeug sich bewegen könne. *Genocide in Iraq*, 1993, S. 347.

²⁰⁵ Emin, 1999, S. 125-26.

²⁰⁶ Randal, 1999, S. 220. Randals Informationen beruhen auf einem Interview mit einem PUK-Exil-Politiker.

²⁰⁷ *Genocide in Iraq*, 1993, S. 249.

²⁰⁸ Siehe Einzelheiten und Augenzeugenberichte in Ebd., S. 60 ff.

²⁰⁹ Ebd., S. 60 ff. Der massive und rücksichtslose Einsatz von C-Waffen ließ den Kurden Ali Hassan al-Majid den Namen Ali Kimyayi "Ali Chemikar" geben.

²¹⁰ Randal, 1999, S. 210.

²¹¹ Die Bezeichnung passte in Wahrheit nur in der Richtung, dass das Hab und Gut der Opfer als Kriegsbeute geplündert werden durfte und zwar von den regierungsloyalen kurdischen paramilitärischen Verbänden. Ansonsten handelte es sich bei diesen Angriffen um kaum weniger als eine Massakrierung von "Gläubigen" aller Altersgruppen.

einem massiven Bombardement dieser Bergketten mit C-Waffen wurde eine neue Phase des irakisch-kurdischen Krieges eingeläutet. Die Kalkulationen der überlegenen irakischen Truppen gingen auf. Sie übten einen massiven Druck auf die Kurden aus. Bei fehlenden Abwehrmaßnahmen gegen die mit voller Kraft vorgerückten Einheiten der irakischen Armeen, die kontinuierlich Verstärkung erhielten, sahen sich die PUK-Kräfte existentiell bedroht. Nun glaubte man, um die Angriffe überstehen zu können, sei es notwendig, gemeinsam mit anderen kurdischen Organisationen und mit iranischer Unterstützung eine zweite Front zu öffnen. Also ein neues Quartier installieren zu können. Die kurdischen Kräfte eroberten mit iranischer Unterstützung Mitte März 1988 das Gebiet von Scharazur und die größte Stadt dieser Provinz Halabja mit ihren ca. 40.000 Einwohnern.²¹² Doch diese Aktion enthielt unwägbar Risiken bezüglich der Reaktion der Regierung, die sich noch entschlossener als vorher zu einer außergewöhnlichen Barbarei gegen die Kurden entscheiden konnte. In der Tat; die irakischen Verantwortlichen entrissen der gegnerischen Seite alle Mittel, den Ort und den Zeitpunkt der neuen Schlacht zu bestimmen. Am 16. März attackierten Iraks Flugzeuge die Stadt Halabja und deren Umgebung schlichtweg mit C-Waffen.²¹³ Auch wenn die Gefahr eines weiteren Durchbruchs in Richtung auf den Staudamm von Darbandi-Khan, von dem ein Teil der Elektrizitätsversorgung Bagdads abhing und der nur wenige Kilometer südlich des eroberten Gebietes lag, tatsächlich akut war, rechtfertigte nichts diese grausame Reaktion der Clique um Saddam Hussein.²¹⁴ Falls die Teilnahme der iranischen Seite in dieser Sache als Rechtfertigung dieser Grausamkeit dienen sollte, so war der Iran ohne jeglichen bedeutenden Truppenaufmarsch durchaus im Stande, diesen kaum 20 km entfernt von der iranischen Grenze gebauten Staudamm mit seiner klassischen 155 mm Artillerie treffsicher unter Beschuss zu nehmen. Wie auch immer kamen bei den Giftgasangriffen auf die Stadt Halabja mindestens 3500 wehrlose Zivilisten qualvoll ums Leben und viele weitere Tausende erlitten Vergiftungen. Die meisten Zivilisten flohen aus dem Gebiet in den Iran. Die Ebene vor Halabja glich einer Geisterprovinz.²¹⁵ Diese Attacke war ein Denkmahl besonderer Art an die Kurden. Einer der Sozialistenführer Mahmud Othman, witterte Unrat, als er meinte, dass ein Sieg des Irak im Krieg gegen den Iran die Lage sehr gefährlich machen würde, »because he [Saddam Hussein] will come and wipe us out. For him we are insects.«²¹⁶

²¹² Archiv der Gegenwart vom 2. April 1988, S. 32075-76. Genocide in Iraq, 1993, S. 102.

²¹³ Siehe zahlreiche Augenzeugenberichte in Genozid in Iraq, 1993, S. 102-08. Bei diesen Angriffen handelte es sich auch um den ersten dokumentierten Einsatz von Nervengas auf der Welt. Bulloch/Morris, 1991, S. 144.

²¹⁴ Steinbach, 1989, S. 188.

²¹⁵ Die iranischen Stellen luden viele westliche Journalisten in das Gebiet ein, um die Behauptungen der Iraker zu entkräften, Iran hätte die Stadt mit C-Waffen angegriffen. Es waren Dokumente des Grauens, die die westlichen Journalisten festhielten und die in den westlichen Medien tagelang ausgestrahlt und thematisiert wurden. Nun rückte vorläufig die Grausamkeit dieses Kriegs ins Bewusstsein - Bilder der qualvoll verstorbenen Opfer aller denkbaren Altersgruppen der irakischen Giftgasattacken. Es waren auch diese Bilder, die die EG-Staaten dazu veranlassten, am 25. März in einer Demarche vor den Vereinten Nationen - ohne den Irak namentlich zu erwähnen - den Einsatz chemischer Waffen zu verurteilen. Archiv der Gegenwart vom 2. April 1988, S. 32076. Im Juni 1989 wurde die verlassene Stadt Halabja vom irakischen Militär dem Erdboden gleichgemacht. 20 Kilometer weiter westlich wurde im Schnellverfahren eine gigantische Betonhaussiedlung errichtet, die von Saddam Hussein persönlich eingeweiht wurde. Frankfurter Rundschau vom 12. März 1990.

²¹⁶ Randal, 1999, S. 234.

Die al-Anfal-Operationen wurden währenddessen ununterbrochen fortgesetzt und zwar vor dem Einlenken des Iran im Juli 1988, den Krieg gegen den Irak einzustellen. Die kurdische Seite geriet immer mehr in Bedrängnis. Am 19. März hielten die irakischen Streitkräfte Einzug in das PUK-Hauptquartier im Jafati-Tal. Nicht ohne Stolz wurde die Nachricht dieses errungenen Sieges durch ein besonderes militärisches Kommuniqué bekannt gegeben.²¹⁷ Nach dem gelungenen Auftakt führte die irakische Seite seinen begonnenen Feldzug zu Ende. Nun war sie entschlossener denn je, eine Art Internierungslager für die kurdischen Dörfer einzurichten:

»By next summer«, sagte al-Majid in einem engen Kreis seiner Vertrauten Mitte April 1988, »there will be no more villages remaining spread out here and there, but only complexes. It'll be just like the hen when she puts the chicks under her wing. We'll put the people in the complexes and keep an eye on them. We'll no longer let them live in the villages where the saboteurs can go and visit them. Emigration from the villages to the city is necessary in the north of Iraq.«²¹⁸

Die anschließende Offensive Anfal 2 (siehe Karte 8), die auf einen Vorstoß auf das Qaradagh-Gebirge abzielte, wurde am 22. April ins Rollen gebracht. Die vollständige Okkupation dieses Gebietes erfolgte endgültig am 2. April.²¹⁹ Ähnliches galt der zwischen dem 7.-20. des gleichen Monats unternommenen Anfal 3 gegen die Garmiyān-Ebene, die Operationsgebiete waren Teile der aktivsten mobilen Verbände der Union. Die weiteren groß angelegten Feldzüge wurden in den darauf folgenden Monaten fortgesetzt, bis sämtliche unter PUK-Kontrolle stehenden Landschaften am 28. August restlos okkupiert wurden. Faktisch hörte die PUK ab diesem Datum auf, als eine militärische Kraft in Irakisch-Kurdistan zu existieren.²²⁰ Bereits am 25. August wurde das Gebiet von Badinan, DPK-Einflußzone, Ziel der letzten Phase dieser Offensive. Offensichtlich war bei all diesen militärischen Angriffen der Einsatz von C-Waffen eine unerlässliche Komponente der irakischen Strategie. Und der irakischen Regierung war bewusst, dass solche grausamen Vorgehensweisen keine Komplikationen auslösen würden.²²¹ Die Wirkung solcher Einsätze war verheerend. Im Angesicht der drohenden vollständigen Niederlage sah sich Barzani gezwungen, den Rückzug anzuordnen. Er gab bei dieser letzten Offensive eine Erklärung heraus, in der er die kurdischen Peschmarga zum Aufgeben aufforderte, falls diese das Leben von Zivilisten schonen würde: »Everything has ended; the revolution is over; we cannot fight chemical weapons with bare hands; we just cannot fight chemical weapons.«²²² Am 6. September war es den irakischen Streitkräften gelungen, in Kurdistan Herr der Lage zu werden. Eine Amnestie wurde ebenfalls an diesem Tag für alle irakischen Kurden erlassen. Ausgenommen wurden lediglich »the traitor Al-Talabani...because of his wilful and repeated violations of law

²¹⁷ Siehe Wortlaut dieser Erklärung, die mit Nummer 3087 vom 19. März 1988 versehen ist, bei Emin, 1999, S. 212. Genocide in Iraq, 1993, S. 110-11. Dieses Kommuniqué war in Wahrheit das erste dieser Art nach dem März-Desaster der kurdischen Seite von 1975, obgleich sie im Zusammenhang mit dem Krieg gegen den Iran ins Spiel gebracht wurde.

²¹⁸ Genocide in Iraq, 1993, S. 347.

²¹⁹ Ebd., S. 113.

²²⁰ Ebd., S. 206.

²²¹ »Who is going to say anything? The international community?« bemerkte al-Majid unverholen abfällig und verdammt sie und die auf sie hören. Genocide in Iraq, 1993, S. 349. Der Einsatz von Senf- und Nervengas durch die irakische Seite im Krieg gegen den Iran wurde auch durch eine von Perez de Cuellar entsandte Sachverständigendelegation bestätigt. Archiv der Gegenwart vom 18. März 1986, S. 29725.

²²² Genocide in Iraq, 1993, S. 277.

and order, even after he was granted opportunities to reform his ways«,²²³ so die offizielle irakische Ankündigung.

Für die Logik der militärischen Auseinandersetzung bestand die dramatische Seite dieser Entwicklung - lässt man den Einsatz von international verbotenen Mitteln außer Betracht - weniger in der Niederlage der Peschmarga, die bekanntlich an einigen Frontabschnitten den unermesslich überlegenen Regierungstruppen respektablen Widerstand leisteten. Es war das Schicksal der Zivilbevölkerung dieser Landstriche, die die Gemüter der Weltgemeinschaft hätte erschüttern müssen. Für die wehrlosen Zivilisten der betroffenen Gebiete spielte sich eine beispiellose Tragödie ab, die in der Neugeschichte des Vorderen Orients ein Novum darstellte. Diese wurden mehrheitlich als Kriegsgefangene in einigen irakischen Städten zur Schau gestellt und Tausende von ihnen wenige Tage später in der süd-irakischen Wüste regelrecht hingerichtet und in Massengräbern mit Bulldozern zugeschüttet.²²⁴ Die kurdische Seite schätzt die Zahl dieser Opfer mit 182000 ein. Dagegen hielt Ali Hassan al-Majid, der Hauptverantwortliche für diese Feldzüge, bei den Verhandlungen von 1991, diese Zahlen für "übertrieben" und gab 100000 an!²²⁵ Später meinte ein UN-Bericht: die unternommenen Grausamkeiten gegen die Kurden seien »so grave and ... of such a massive nature that since the Second World War few parallels can be found.«²²⁶ Kurzum: bei dem letztem Krieg in den achtziger Jahren zwischen der Regierung von Saddam Hussein und den Kurden handelte es sich um Völkermord.²²⁷

Nach den al-Anfal-Campagnen traten die meisten Kämpfer der kurdischen Organisationen zusammen mit Zehntausenden kurdischen Flüchtlingen in den Nachbarstaaten - Iran und Türkei - den Rückzug an. Politisch isoliert und militärisch niedergeschlagen standen die Kurden faktisch vor einem ausweglosen Dilemma. Weder auf regionaler noch auf internationaler Ebene fanden ihre Appelle einen Widerhall. So war die Türkei bemüht, die anormale Vorgehensweise der Iraker gegen sie zu vertuschen, indem sie die mit C-Waffen verletzten Kurden vor den Augen der Beobachter und Presse fernzuhalten versuchte. Um der Kurden willen hatte das nördliche Nachbarland keinen Grund, ihre traditionell guten Beziehungen zum Irak zu trüben.²²⁸ Die Iraner, die gerne ihre Revolution nach Außen zu exportieren vermochten, waren sowieso ein schwieriger Partner für die Völkergemeinschaft. Die Nachrichten über den Einsatz von C-Waffen passten nicht ins Bild der irakischen Siegsstimmung. Bagdad traute sich nun, ausländische Medien ins Land einzuladen, um Behauptungen dieser Art zu entkräften. Es war allerdings nur ein Zufall, dass ein Teil der eingeladenen Journalisten eine mit entsprechenden Materialien für C-Waffen ausgerüstete irakische Einheit besichtigen konnten, so dass die kurdischen Behauptungen eher bekräftigt denn entkräftet wurden, anders als Bagdad es sich erhoffte.²²⁹

²²³ Ebd., S. 297.

²²⁴ Siehe die Äußerungen von al-Majid in: ebd., S. 351-52.

²²⁵ Randal, 1999, S. 214.

²²⁶ National Geographic, Vol. 182, No. 2 August 1992, S. 46.

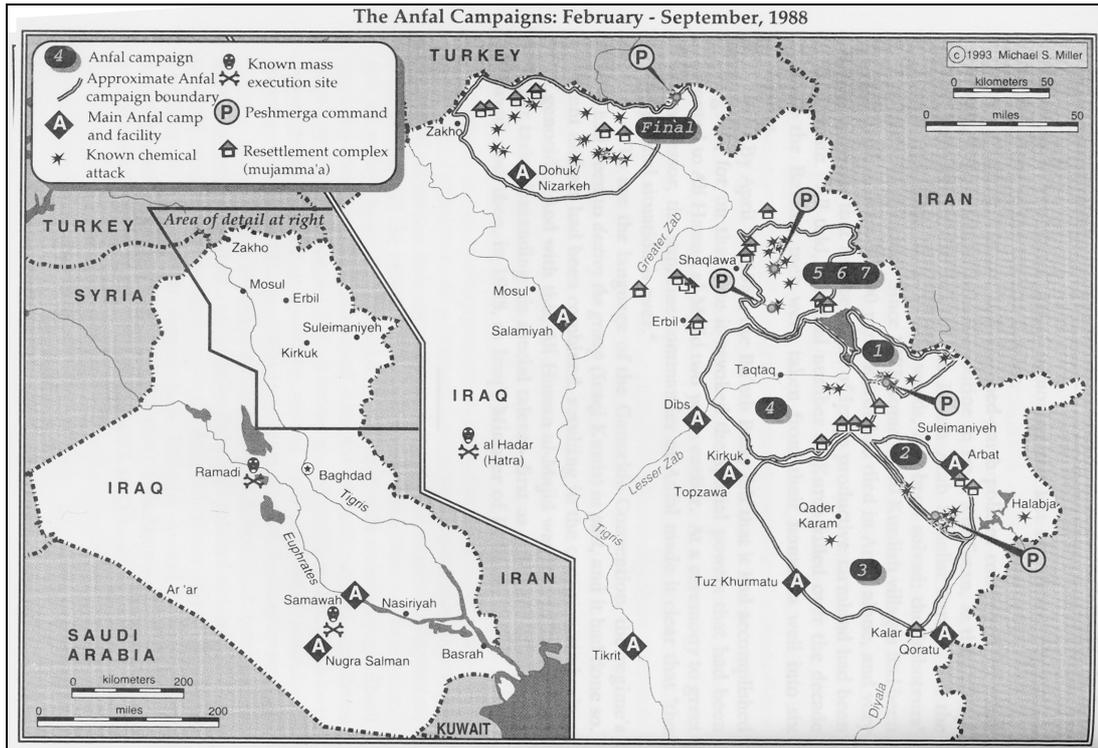
²²⁷ Der Präsident der Demokratischen Partei Massud Barzani sprach von »schleichendem Völkermord«. Völkermord an den Kurden, Eine Dokumentation der Gesellschaft für bedrohte Völker, Frankfurt a.M. 1991, S. 63.

²²⁸ Randal, 1999, S. 217.

²²⁹ Ebd., S. 221.

Karte 8 Überblick über die al-Anfal-Operationen der irakischen Streitkräfte

Quelle: Genocide in Iraq, The Anfal Campaign Against the Kurds, A Middle East Watch Report, New York u.a. 1993, S. 22.



Die Geschichte vom Einsatz der C-Waffen hatte aber auch gewisse Konsequenzen. Dazu fand in Paris eine internationale Konferenz statt. Die Kurden, die Opfer und der eigentliche Anlass für die Abhaltung dieser politischen Tagung, wurden auf Wunsch der irakischen Regierung von der Konferenz ferngehalten.²³⁰ In der neuen politischen Konstellation hatten die Kurden keinen leichten Stand. Sie setzten aktiver auf eine internationale Diplomatie, besonders in der Zeit, in der sich der Ost-West-Konflikt zu entspannen begann. Von Erfolgen war kaum etwas zu spüren. Auch im Westen wurden den Aussagen der Politiker keine entsprechende Bedeutung beigemessen. Der Auslandschef der Kurdistanfront, Jalal Talabani, bemühte sich vergeblich, in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit auf die Belange und das Drama der irakischen Kurden zu lenken, als er von den nächsten Gefahren des irakischen Präsidenten warnte. Auf einer Veranstaltung in London am 11. Mai 1990 kündigte er an, dass die zusammengezogenen Truppen der Iraker an der kuwaitischen Grenze das Nachbarland überfallen würden. Ähnliche Feststellungen machte er in Paris und bei den US-amerikanischen Behörden. Talabanis Quellen stammten von den irakischen Militärs. Trotzdem schien keiner ihm Glauben schenken zu wollen oder gar zu können.²³¹ Am 2. August 1990 überfielen die irakischen Streitkräfte den kleinen Nachbarn am Golf. Seit diesem Zeitpunkt war Saddam Husseins zweiter Golf-Krieg keine Propaganda oder Vermutung mehr; sondern eine Realität, die mit großer Überraschung aufgenommen wurde. Die Ereignisse überschlugen sich. Anfänglich ohne klare Signale in welche Richtung? Sechs Monate später holte diese dramatische Entwicklung die Kurden aus ihrer Ausweglosigkeit heraus. Erneut traten sie als ein nicht zu ignorierender Machtfaktor in den mittlerweile völlig gestörten Kräfteverhältnissen des Vorderen Orients auf.

Fazit

Saddam Husseins endgültige Machtübernahme markiert einen Wendepunkt im politischen Entscheidungsprozeß des Irak. Alle politischen Entscheidungen hingen nun in einem noch nie dagewesenen Maß von dem Willen und den Vorstellungen eines Mannes ab, dem des Präsidenten. Der Kommandorat der Revolution (KRR), dessen Bedeutung nach der Juli-Säuberungsaktion von 1979 entschieden sank, verblieb nur formell als höchstes politisches Gremium des Landes. Das von den nächsten Vertrauten bzw. Verwandten geleitete dichte Netz der Geheimdienste stellte dem neuen jungen Präsidenten einen politisch-militärisch-polizeilichen Komplex von überragender Machtfülle zur Verfügung. Gerade zu diesem Zeitpunkt, während sich in Bagdad die Etablierung einer Diktaturherrschaft abzeichnete, war im kurdischen Norden ein Durcheinander an politischen Strömungen entstanden, welches die Kurden mehr denn je verwirrten. Mit Blick auf die Anzahl der Organisationen (4-6) musste in Wahrheit klar sein, dass keine mehr allein die Führung der Kurden in Anspruch nehmen konnte. Noch aber taten die relativ großen Organisationen so, als stünden sie nicht neben den anderen sondern vor ihnen. Wahrscheinlich ist es nicht unzutreffend, die Behauptung anzustellen,

²³⁰ Ebd., S. 220.

²³¹ Talabanis Interview mit al-Wasat, Teil 2. vom 23. November 1998. In einem Interview mit der libanesischen as-Safeer, sagte Talabani im September 1988: »Saddam ist zu einer Gefahr für die Golfstaaten geworden. Er akzeptierte nicht einmal, die Grenzprobleme mit Kuwait zu lösen. Er war nicht bereit, während des Krieges das Problem mit Kuwait lösen, wie kann man sich eine Lösung in Friedenszeiten vorstellen. Ich glaube, er wird bei einer ihm sich bietenden Gelegenheit Kuwait erobern. Er braucht Geld zum Wiederaufbau des Irak.« As-Safeer vom 14. September 1988.

dass die PUK in den mittelöstlichen Gebieten des kurdischen Berglandes den anderen Kräften numerisch sowie organisatorisch qualitativ überlegen war. Das war es, was der Organisation 1982 ein Gefühl der Stärke verlieh, so dass sie die anderen aus diesen Gebieten vertreiben bzw. fernhalten konnte. Fakt ist, dass die kurdischen Belange im Wirrwarr der internen Machtkämpfe auf der Strecke blieben.

Der Sturz des Schah im Jahr 1979 und die sukzessive Konsolidierung der Macht der schiitischen Kleriker im Iran waren erdbebenartige Entwicklungen, die den Gang der Ereignisse im Irak enorm beeinträchtigten. Ein ganzes Bündel von realpolitischen Motiven sowie eine Reihe von Fehlkalkulationen brachten Saddam Hussein darauf, für einen "Blitzkrieg" gegen den Iran zu optieren, um die gemachten bitteren Konzessionen von 1975 an das Nachbarland, rückgängig machen zu können. Seine Regierung hat nach dem Überfall auf den Iran oft das Interesse an einem Ende der militärischen Auseinandersetzungen in Kurdistan gezeigt. Dieses Interesse wurde aber mit keinem die kurdischen Aktivisten zufrieden stellenden Angebot verknüpft. Oft verlangte Bagdad eine Feuerpause. Entgegenkommen beabsichtige die kurdische Seite für bestimmte Gegenleistungen, welche angemessen von der irakischen Seite realisiert werden sollten.

Nach dem 11.-März-Abkommen von 1970 war sicherlich der im Jahr 1985 gescheiterte Friedensversuch zwischen Bagdad und der PUK eine der dauerhaftesten und wohl wichtigsten Bemühungen beider Seiten, den Kurden-Konflikt über den Verhandlungsweg zu regeln. Die PUK stand vor dem großen Experiment - ein Bündnis mit der Regierung Saddam Hussein. Der Pakt barg jedoch Risiken. Am Verhandlungstisch saßen zwei sehr ungleiche Partner: die PUK, militärisch und politisch schwach angesichts Saddam Husseins Stärke, der keinen Raum für eine Übereinkunft ließ, obgleich beide Seiten durch den ersten Golfkrieg militärisch in die Enge getrieben und auf eine Atempause angewiesen waren. Im August 1984 haben zwar die Konfliktparteien bei ihren Verhandlungen gewisse Konformitäten gefunden, so dass die PUK im September bereit war, das Abkommen zu unterzeichnen. Dieses blieb aber aus. Indizien sprechen dafür, dass die Einmischung der Türkei einer der Gründe gewesen war, die die Verhandlungen zu Fall gebracht hatten. Parallel zu diesen Verhandlungen rief in der Türkei die Arbeiter Partei Kurdistan (PKK) den bewaffneten Kampf gegen die Türkei aus.

Gleichzeitig war die iranische Bedrohung groß genug, um die Überlebenschancen der Regierung in Bagdad ernsthaft in Frage zu stellen. Von daher hatte die PUK Grund genug, sich nicht auf Gedeih und Verderb mit der Regierung Saddam Husseins einzulassen. Eingelassen hätte sich sicherlich die Union auf solch ein Angebot (wofür sie schließlich angetreten war), falls es vor dem Irak-Iran-Krieg geschehen wäre. Es sieht aber so aus, dass der Zeitpunkt und die allgemeine Konstellation der Dinge die PUK-Führung skeptisch gestimmt hatten. Die Führung vermutete, dass ein solches Unternehmen mit Saddam Hussein langfristig keinen Stand hat. Mit Blick auf die iranische Bedrohung, wie erwähnt, schien die Zukunft der irakischen Regierung unter Saddam Hussein mehr als fraglich. Also für die PUK und die anderen kurdischen Fraktionen bedeutete der Rückhalt durch den Iran ein entscheidendes Faustpfand im Konflikt gegen Bagdad. Allerdings trug dieses ihnen den irakischen Vorwurf ein, durch ihre "Intransigenz" und ihren "Verrat" den Krieg in Kurdistan fortsetzen zu wollen.

Je länger der Krieg mit dem Iran andauerte, umso stabiler wurde die Regierung in Bagdad, und zwar durch milliardenschwere Daueraufrüstung und Unterstützung aus vielen Staaten der Welt, die sie als Bollwerk gegen den Expansionsdrang des islamischen

Iran betrachteten. Diese Entwicklung versetzte den irakischen Präsidenten in die Lage, zu versuchen, die Kurdenfrage militärisch ein für allemal zu beenden. Die neue Politik sah zwar die Möglichkeit einer Amnestie für die Betroffenen vor, dennoch bestand Grund dazu, zu befürchten mittellos in eine fremde Region vertrieben zu werden.

Zu einer 'Endlösung' der Kurdenfrage konzentrierte die irakische Armee Anfang des Jahres 1988 ein großes Truppenkontingent auf den kurdischen Norden. Mit dem Beginn der Offensive al-Anfal gelang es der Armee, tiefe Keile in die Verteidigungslinie der Kurden zu schlagen. Um eine Entlastung an den anderen Fronten zu erreichen, beschloss die PUK zusammen mit dem Iran im Scharazur-Gebiet die Stadt Halabja zu erobern. Halabja wurde zwar eingenommen; das Unternehmen endete jedoch mit einer Tragödie. Iraks Flugzeuge beschossen die Stadt rücksichtslos mit C-Waffen. Zahlreiche wehrlose Zivilisten waren zu beklagen. Die PUK musste den Rückzug antreten. Der Fall der schwer einnehmbaren Hauptquartiere in Jafati-Tal traf die kurdische Organisation ins Mark. Der Vormarsch der Iraker war währenddessen unaufhaltsam. In den darauf folgenden Kampfhandlungen konnten die Peschmarga nicht standhalten. Sie zerbrachen unter den Schlägen der irakischen Feuerkraft. Schließlich wankte die kurdische Front und brach. Diese Großoffensive, die viele Zehntausende Menschenleben forderte, machte alle unter Kontrolle der Kurden (PUK, DPK und Sozialisten etc.) stehenden Gebiete dem Erdboden gleich.

Kapitel Dreizehn

Der irakische Kurden-Konflikt und die regionalen und internationalen Akteure

In diesem Kapitel wird die Beeinflussung des irakischen Kurden-Konfliktes durch die mit der Kurdenfrage konfrontierten Nachbarstaaten (Iran, Türkei und Syrien) sowie die beiden Supermächte (USA und Sowjetunion) erörtert. Da die jeweiligen Verbindungen dieser Staaten zur irakischen Regierung immer ein bestimmtes Licht auf die Kurdenfrage geworfen haben, werden mit Hilfe der in dieser Arbeit herangezogenen Quellen die bilateralen Beziehungen dieser Länder zum Irak aufgezeigt.

1 Iran

Kein staatlicher Akteur des Vorderen Orients hat auf den irakischen Kurden-Konflikt mehr Einfluss ausgeübt als das östliche Nachbarland Iran, der eine 1300 kilometerlange Grenze mit dem Irak teilt. Die Beziehungen zwischen beiden vorderasiatischen Staaten waren häufig getrübt. »Ungewöhnliche Beziehungen zum Irak sind für uns das Normale geworden«, sagte einmal der iranische Botschafter in Bagdad.¹ Schon in den dreißiger Jahren weigerte sich Teheran das Königreich Irak und seine Regierung anzuerkennen.² Erst auf Druck von Großbritannien gab die iranische Regierung in dieser Sache nach. Der Anspruch auf eine Vormachtsrolle und die damit verbundenen traditionellen machtpolitischen Rivalitäten sowie iranische Gebietsansprüche am Fluss Schatt al-Arab sorgten hin und wieder - vor allem nach 1969 - für permanente Spannungen.

Die Kurden ihrerseits haben schon fast immer den Iran als ein Fenster zur Welt, ein mögliches Rückzugsgebiet und einen wichtigen Nachschubweg betrachtet.³ Dabei war die geographische Nähe nur ein Faktor. Jenseits der offiziellen Grenze leben ebenfalls Kurden. Diese verbinden mit den irakischen Kurden mehr als nur sprachliche und kulturelle Gemeinsamkeiten. Einige kurdische Häuptlinge waren schon während der Erhebung von Shaikh Mahmud 1919 ernstlich bemüht, die kurdischen Gebiete innerhalb der iranischen Grenzen dem Königreich Kurdistan anzugliedern. In der zweiten Hälfte der vierziger Jahre stellten die irakischen Kurden unter Barzani, die im Iran Zuflucht gefunden hatten, eine wichtige militärische Streitkraft für die dort ins Leben gerufene kurdische Republik dar, welche elf Monate hielt. Nach dem erneuten Ausbruch der Kampfhandlungen im Jahr 1961 in Irakisch-Kurdistan war der Iran wieder das einzige Fenster zur Welt und der wichtigste Nachschubweg. Die iranische Rolle im irakischen Kurden-Konflikt war vor diesem Hintergrund von weit reichender Bedeutung.

Die latente Spannung in den Irak-Iran-Beziehungen hatte sich seit 1958 bemerkbar gemacht und elf Jahre später (1969) erfuhr sie eine außerordentliche Zuspitzung. Obgleich im Dezember 1968, etwa drei Monate nach der Juli-Machtübernahme der Baathpartei im Irak, die neuen irakischen Machthaber mit einer Delegation der iranischen Hauptstadt einen offiziellen Besuch abstatteten und dabei Freundschaft und gute nachbarschaftliche Beziehungen betonten,⁴ schlug man im April 1969 einen Kurs ein, der

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. November 1974.

² H. Kluge: Das Königreich Irak, Ein Beitrag zum Völkerrecht und Völkerbündrecht, Leipzig 1934, S. 70.

³ Siehe z.B. Khawaja, Bd. 1, S. 92; Bd. 2, S. 125 sowie 149-50.

⁴ Wildani, 1990, S. 357-58.

Teheran provozierte. Im Lichte des angekündigten Abzugs von Großbritannien aus dem Golf und der daraus resultierenden Frage der Vorrechte im gesamten Golf erklärte der Irak, faktisch nach dem Scheitern der Verhandlungen über den Grenzverlauf im Süden mit dem Nachbarland Iran, die Gewässer des Schatt al-Arab, der gemäß Artikel vier vom Vertrag von 1937 auch als internationaler Schifffahrtsweg galt,⁵ zum rein irakischen Hoheitsgebiet.⁶ Theoretisch hätte der Irak dadurch eine direkte Kontrolle über die iranischen Häfen und die dort angelegten großen Petroleumraffinerien erlangt. Daraufhin kündigte die iranische Seite am 19. April den Vertrag von 1937. Teheran forderte nun, dass die Grenze, die am iranischen Ufer verlief, nun im tiefsten Punkt des Flusses Schatt al-Arab festgelegt werden solle.⁷ Demonstrativ ließ der Schah die iranischen Handelsschiffe, die von Khorramshahr aus in den Golf steuerten, von der kaiserlichen Marine und Luftwaffe begleiten, um so seine politischen Ansprüche militärisch durchzusetzen bzw. ihnen Nachdruck zu verleihen. Die Truppen der beiden Seiten wurden zwar am Schatt al-Arab in Alarmzustand versetzt,⁸ jedoch war die irakische Armee keineswegs zu diesem Zeitpunkt der iranischen gewachsen. Teile der irakischen Truppen waren noch nach dem israelisch-arabischen Krieg von 1967 in Jordanien stationiert. Ein weiterer Teil war in den Krieg gegen die Kurden im Norden verwickelt. Zumal sich die baathistische Regierung ihrer Macht nicht ganz sicher war. Im Inneren kämpfte sie gegen eine Opposition links und rechts. Wie auch immer fing Bagdad kurze Zeit später damit an, auf seine Art am Iran Rache zu üben. Einige Tausende der seit Jahrzehnten im Irak ansässigen iranisch-stämmigen Bürger wurden unter menschenverachtenden Bedingungen vertrieben.⁹

Die gegenseitige Einmischung in die inneren Angelegenheiten trat daraufhin offenkundig zutage. Der Irak sprach nun von arabischen Rechten im südwestlichen Teil des Iran und unterstützte gewisse 'separatistische' Bewegungen dort.¹⁰ Irans Reaktion verkörperte sich darin, seine Grenzen zum Irak für die Kurden offen zu halten¹¹ und es hatte den Anschein, dass die iranische Seite Anstrengungen unternahm, im Kampf der rivalisierenden Gruppierungen um die Macht in der irakischen Hauptstadt in der einen oder anderen Form mitzuwirken. Dem Anfang 1970 gescheiterten Putschversuch etlicher Iraker folgte nicht zuletzt die Hinrichtung von 44 irakischen Bürgern, sondern auch eine diplomatische Krise. Der iranische Botschafter und vier weitere Diplomaten sowie das Personal der iranischen Konsulate wurden ausgewiesen. Ähnlich reagierte Teheran auf die irakische Haltung.¹² Die Spannung in den Irak-Iran-Beziehungen stieg somit stärker

⁵ Siehe den Wortlaut des Vertrags in arabischer Sprache bei al-Hasani, 1988, S. 327-28; in persischer Fassung bei Wildani, 1990, S. 475-73.

⁶ Wildani, 1990, S. 360; Publik vom 25. April 1969.

⁷ Wildani, 1990, S. 366.

⁸ Siehe Wildani, 1990, S. 363 sowie W. G. Lerch: Der Golfkrieg, Ereignisse, Gestalten, Hintergründe, München 1988, S. 16. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in Teheran, Khalatbary, sagte: »Wir wollen keinen Krieg, unsere militärischen Maßnahmen sind rein defensiver Natur. Wir glauben aber, daß die Zeit, in der der Irak auf Grund eines Vertrages aus imperialistischer Zeit nicht länger den wichtigen Seeweg des Schatt el Arab allein für sich beanspruchen und kontrollieren kann, sondern daß es gerecht wäre, sich über eine Grenzziehung in der Mitte des Stromes zu einigen, so wie das überall in der Welt der Fall ist.« Die Welt vom 28. Mai 1969.

⁹ Siehe Die Welt vom 20. Mai 1969 und Der Spiegel vom 26. Mai 1969.

¹⁰ Wildani, 1990, S. 403.

¹¹ Die Welt vom 22. Mai 1969. Kutschera, 1979, S. 272.

¹² Siehe etliche Informationen aus irakischer Sicht bei Khadduri, 1985, S. 92-94. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Januar 1970.

als vorher. In diesem Zusammenhang war die kurdisch-baathistische Annäherung (März-Abkommen von 1970) keine Neuigkeit, die in Teheran Freude verbreiten konnte. Am 8. März beunruhigte das bevorstehende Abkommen zwischen dem Kurdenchef Barzani und Bagdad den persischen Kaiser, Mohammad Reza Pahlawi. Da diese Entwicklung praktisch dem verfeindeten Nachbarland ermöglicht hatte, seine militärische Macht an der iranischen Grenze zu konzentrieren.¹³

Für das März-Abkommen hatte Bagdad sicherlich der kurdischen Seite auferlegt, die Beziehungen zu Teheran gänzlich abzubrechen. Nach außen war eine vorläufige Abkühlung der kurdisch-iranischen Beziehung zu verzeichnen. »Teheran hat immer nur doppelzünftig mit uns gespielt«, sagte Barzani über den iranischen Faktor. »Solange es mit Bagdad in Fehde liegt, bleiben wir für die Perser interessant.«¹⁴ Man wird allerdings schwerlich fehlgehen, die Vermutung anzustellen, dass Barzani spätestens seit 1971 - entgegen allen Erwartungen der irakischen Seite - seine Beziehungen zum Iran im Geheimen aufrechterhielt bzw. erneuerte.¹⁵ Der Kurdenchef erkannte die großen Unstimmigkeiten zwischen Irak und Iran. »Eher als gegen Israel«, glaubte er, »marschieren die arabischen Regimenter der Zentralregierung in Bagdad gegen den persischen Nachbarn.«¹⁶

Und es lag durchaus im iranischen Interesse, aus dem kurdisch-irakischen Konflikt Nutzen zu ziehen.¹⁷ Teheran hielt die Verbindungen zu den Kurden aufrecht mit dem Ziel, wie sich später herausstellte, bei ihrer Forderung an die irakische Seite, eine gemeinsame Nutzung des im Golf mündenden Flusses Schatt al-Arab und die Verschiebung der Wassergrenze gemäß dem internationalen Schifffahrtsrecht als Druckmittel auszunutzen. Im November 1971 stiegen nochmals die Spannungen. Der Irak nutzte den Anspruch des Iran auf drei Inseln (Abu Musa, der Große und Kleine Tomb) in der Straße von Hormuz aus, um selbst Einfluss im Golf zu gewinnen. Erneut wies Bagdad einige zehntausende Bürger iranischer Nationalität (darunter zahlreiche Faili-Kurden) aus.¹⁸ Der irakisch-sowjetische Freundschaftsvertrag vom April 1972 ließ jedoch einen neuen Tiefstand in den irakisch-iranischen Beziehungen erkennen. Der iranische Kaiser, der dem Kommunismus feindlich gesinnt¹⁹ und ernstlich bemüht war, den sowjetischen Einfluss im Golf zu liquidieren, warb um US-Unterstützung für seine Vorhaben, und zwar während der Reise des US-Präsidenten nach Teheran im Mai 1972. Dabei bediente er sich einer einfachen Taktik: mit US-Hilfe seinen Einfluss auf den weiteren Verlauf des Geschehens in der irakischen Kurdenfrage auszudehnen. Die irakischen Kurden, die unmittelbare Beziehungen zum Iran pflegten, vertrauten jedoch dem iranischen Kaiser nicht. Sie suchten, so die Feststellung einer Untersuchungskommission des amerikanischen Kongresses, Verbindungen zu einem Akteur herzustellen, der imstande wäre, ihrem Einfluss in Teheran Geltung zu verschaffen.²⁰

¹³ Alam, 1991, S. 129.

¹⁴ Neuer Zürcher Zeitung vom 20. Juni 1970.

¹⁵ Barzani seinerseits ließ jedoch dem Schah nicht im Unkenntnis von seinen Kontakten. Er konsultierte ihn sogar. Aus dem Interview des iranischen Botschafters in Bonn Hussein Amir-Khalil mit der Welt am Sonntag vom 7. April 1974.

¹⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. März 1971.

¹⁷ Siehe dazu die Äußerungen vom Schah bei Haikal 1987, S. 348.

¹⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Dezember 1971. Süddeutsche Zeitung vom 4. Januar 1971.

¹⁹ Siehe dazu seine Äußerungen bei Haikal, 1987, S. 344-45.

²⁰ Vgl. The Pike Report, CIA, 1977, S. 196.

Die Verhältnisse zwischen Irak und Iran blieben unverändert gestört, obgleich nach dem Ausbruch des Oktoberkrieges von 1973 die beiden Nachbarstaaten notdürftig ihre diplomatischen Beziehungen auf Botschaferebene wieder aufnahmen.²¹ Der schwelende Streit in den irakisch-iranischen Beziehungen spitzte sich im Februar 1974 zu. Diesmal kam es sogar zum Einsatz von schwerer Artillerie.²² Doch schnell wurde ein Waffenstillstand am 7. März des gleichen Jahres vereinbart. Zufall war dieses Übereinkommen nicht. Fünf Tage später sollte die Frist für die Bekanntmachung der kurdischen Autonomie ablaufen und bis dahin hatte Bagdad kaum die Aussicht auf eine endgültige Verständigung mit den Kurden gehabt. Fakt ist, dass der Regierung in Teheran nicht an kriegerischen Kraftproben gelegen war, weil die Zerstörung der grenznahen Ölanlagen durch irakische Artillerie bei einem offenen Krieg nicht zu verhindern gewesen wäre. Es hätte das Land ins Mark getroffen. Zumal dem persischen Kaiser bewusst war, die arabischen Empfindlichkeiten zu schonen. Die arabischen Staaten am Golf standen ohnehin den iranischen Hegemonieansprüchen misstrauisch gegenüber.

Mit dem erneuten Ausbruch der Feindseligkeiten in den Baath-Kurden-Beziehungen entwickelte sich eine Konstellation, aus der nur die iranische Seite Nutzen ziehen konnte. Der Iran mischte sich nur soweit in die militärischen Auseinandersetzungen ein, dass keine Seite der Konfliktparteien als Sieger den Krieg zu beenden im Stande war. Die Pattsituation bei den Kampfhandlungen zog sich somit haargenau nach iranischem Wunsch in die Länge. Auf diplomatischer Ebene begannen im August in Istanbul auf UN-Vermittlung hin Gespräche zwischen Vertretern Iraks und Irans. Der Irak hatte vor der Weltorganisation den Iran der Aggression beschuldigt. Der Iran wiederum sprach von irakischen Provokationen.²³ Währenddessen flüchteten tausende Kurden in hellen Scharen aus dem Irak in den Iran.²⁴

Doch den diplomatischen Gesprächen vom August folgten rasch neue Grenzgefechte und weitere Anklagen und Gegenanklagen vor dem Sicherheitsrat. Eine Annäherung der Standpunkte schien sich bei den Verhandlungen im Januar 1975 in Istanbul vollzogen zu haben.²⁵ Zeitgleich gab der Schah in Westeuropa eine außergewöhnliche Stellungnahme ab. Er bezog sich noch einmal auf die iranisch-kurdischen Gemeinsamkeiten vom 14. Januar 1975, als er in einem Fernsehinterview mit dem Österreichischen Rundfunk in Wien die Kurden des Irak als »Rassegenossen der iranischen Arier, denen unsere ganze Sympathie gehört«, bezeichnete. »Wir liefern Ihnen, was sie benötigen, allerdings keine schweren Waffen, denn von wo aus sollten Panzer und Flugzeuge starten?«²⁶

Die Kampfhandlungen mit den Kurden erreichten im Frühjahr 1975 einen Punkt, der die irakische Seite dazu veranlasste, um die Kurdenfrage nach eigenen Vorstellungen zu beenden, der Regierung in Teheran große Zugeständnisse zu machen. Das Ergebnis war die Unterzeichnung des Algerien-Abkommens am 6. März 1975. Gemäß diesem Abkommen erhielt der Iran die Grenzkorrektur und als Gegenleistung stellte er die Versorgung mit dringend benötigten Munitionen und Lebensmitteln an die Kurden unmittelbar ein. Die kurdische Front geriet somit ins Wanken.

²¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Oktober 1973.

²² Ebd. vom 12. Februar 1974.

²³ Süddeutsche Zeitung vom 14. August 1974.

²⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. September 1974. Frankfurter Rundschau vom 10. September 1974.

²⁵ Süddeutsche Zeitung vom 22. Januar 1975.

²⁶ Deschner, 1989, S. 325.

Am 7. März stellte ein vertrauter Mitarbeiter des Schahs, Alam, dem iranischen König die Frage, was nun mit der Idee des autonomen Kurdistan würde? Die Antwort lautete: »Moonshine from the word go«. Um diesen extremen Kurswechsel zu rechtfertigen, fügte er hinzu:

»They've [die Kurden] suffered defeat after defeat. Without our support they wouldn't last ten days against the Iraqis. I spent four and a half hours with Saddam Hussein, and he admitted that several times the presence of our troops and artillery had been the only factor to stand between the Iraqis and total victory.«²⁷

Wenige Tage später revidierte der Schah seine Aussage. Wahrscheinlich aufgrund der vielen Versprechungen, die er Barzani gemacht hatte, welche er nun völlig außer Acht ließ, traf er sich am 11. März 1975 widerwillig mit Barzani. In sicherer Erwartung der Vorwürfe gegen seine Politik betrieb das iranische Oberhaupt eine Art Vorwärtsverteidigung seines Handelns. Er behauptete, dass seine Verbündeten ihn der irakisch-sowjetischen Annäherung beschuldigten. Ferner warf er den Kurden vor, dass sie nach einem Kriegsjahr Saddam Hussein nicht hätten stürzen können.²⁸

Wie an anderer Stelle bereits erwähnt wurde, verriet das Algerien-Abkommen zwischen Saddam Hussein und dem Schah Freundschaft und Übereinstimmung in der irakischen Kurdenfrage. Die iranische Seite stellte der kurdischen Führung ein Ultimatum, nachdem diese keine andere Wahl hatte, außer sich einem der beiden Staaten zu ergeben. Da sich die kurdische Führung in einer ausweglosen Situation zu finden glaubte, stellte sie die Kampfhandlungen ein. Das Ende der Bewegung war damit besiegelt.

Mit dem Algerien-Abkommen von 1975 brach eine neue Epoche in den irakisch-iranischen Beziehungen an. Seitdem unterhielten Iran und Irak gute nachbarschaftliche Beziehungen. Durch das am 13. Juni 1975 unterzeichnete Sicherheitsabkommen mit dem benachbarten Land²⁹ erhielt die irakische Seite bis 1978 direkte Unterstützung von Teheran, der Infiltration kurdischer Verbände einen Riegel vorzuschieben.³⁰ Zumal suchten beide Staaten ihre Verbindungen zu vertiefen. 1977 unterschrieben sie zahlreiche Abkommen für Zusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei, Handel, Tourismus, Kommunikation, Industrie und Verkehr etc. Auch in der Sache des Öls gingen die Interessen beider Staaten bereits auf der OPEC-Konferenz im Jahr 1976 konform. Sie versuchten einen Preisanstieg von 10% zu verwirklichen.³¹ Diese Annäherung war in der Tat - bei allen Vorbehalten der baathistischen Politik gegenüber - eine fruchtbare Politik. Ein Land, das eine ca. 1300 kilometerlange gemeinsame Grenze mit einem Staat teilt, handelt rational, statt Konfrontation den Kooperationsweg einzuschlagen. Erst recht, wenn die lange staatliche Trennungslinie, anderes als die nahezu menschenleeren Wüsten der West- und Südgrenze, relativ dicht besiedelt ist und die Bevölkerung beider Seiten jahrhunderte lange alte Beziehungen miteinander pflegen.

²⁷ Alam, 1991, S. 417-18.

²⁸ Randal, 1997, S. 169. Allerdings war der Erfolg in der Frage um die Grenzkorrektur kein Glanzstück der iranischen Diplomatie. Das Opfer dieses zynischen Spieles waren die nichtstaatlichen Akteure, die Kurden. In seinen Memoiren erwähnt der Schah lediglich mit 4-5 kurzen Sätzen das Algerien-Abkommen und übergeht die Kurden mit Stillschweigen. Pahlawi, 1987, S. 194-95.

²⁹ Wortlaut bei Hussein, Bd. 4, 1980, S. 59-67. Parsadost, 1369, S. 545-48.

³⁰ Al-Samarai, 1997 S. 50.

³¹ Weldani, 1992, S. 495-96.

Doch die einschneidenden Entwicklungen im Iran haben den Vorderen Orient in seinen Grundfesten erschüttert. Der Sturz des Schahs durch die islamische Revolution und die Ausrufung der Islamischen Republik im Februar 1979 ließen eine völlig neue Ära anbrechen. Eine tief greifende Veränderung der nahöstlichen Kräfteverhältnisse stand schon bevor. Bereits im frühen Stadium dieser Entwicklungen schienen die Hauptakteure motiviert, ihre politischen Beziehungen neu zu bewerten. Die ersten Anzeichen dafür, dass die Ereignisse im Iran die irakische Regierung außerordentlich skeptisch stimmten, war, dass die irakische Regierung ihre Verbindungsoffiziere im Nachbarland zurückbeordnete und schon im März 1979 die iranischen Offiziere zum Verlassen des Landes veranlasste.³² Die irakische Regierung wandte sich nun verstärkt dem nördlichen Nachbarstaat, der Türkei, zu. Sie lud den türkischen Stabschef General Kenan Evren nach Bagdad ein, um die Kurdenpolitik beider Nachbarstaaten rechtzeitig sowie vorbeugend koordinieren zu können. In dieser Zeit hatten sich schon die iranischen Kurden gegen die Regierung in Teheran erhoben und die beiden Staaten, Irak und Türkei, waren erwartungsgemäß daran interessiert, die »kurdische Separation« zu unterdrücken.³³

Fakt ist, dass die islamische Revolution kaum zwei Monate alt war, da gingen die ersten Nachrichten in den Medien über offene Spannungen in den irakisch-iranischen Beziehungen um. Teheran beschwerte sich bereits am 2. April 1979 über die Verletzung seines Luftraums durch den Irak und fünf Tage später über irakische Artillerie-Attacken gegen die Grenzstadt Qasri-Shirin.³⁴ Anfang Juni 1979 griffen sogar irakische Flugzeuge die iranische Ortschaft Sardascht an. Mehrere Menschen wurden dabei getötet. Diese Attacke war gegen Stützpunkte irakischer Kurden gerichtet, die von iranischer Seite aus den Irak angegriffen hatten.³⁵ Der irakische Botschafter in Teheran übermittelte der iranischen Regierung eine formelle Entschuldigung.³⁶ Im gleichen Monat beschuldigte Teheran Bagdad indirekt der Verwicklung im Zusammenhang mit den Unruhen in den arabischen Gebieten.³⁷ Die beiden orientalischen Staaten waren schon bei der Machtübernahme von Saddam Hussein im Juli 1979 soweit, einander hinterlistige Zusammenarbeit mit Israel vorzuwerfen.³⁸ Die Verschlechterung der Verhältnisse erfuhr im Herbst 1979 eine Zuspitzung. Die Massenmedien beider Seiten schlugen eine schärfere Tonart in den gegenseitigen Beschuldigungen an.³⁹

Die iranischen Ereignisse ließen zwangsläufig die Wirksamkeit der religiös orientierten aber auch inzwischen starken gesellschaftspolitischen Kräfte verstärkt zum Vorschein kommen. Sie warfen Probleme der Stabilität für eine Reihe von Regierungen

³² Tehrani, 1993, S. 17. Die im vorherigen Kapitel erwähnte Kontaktaufnahme mit der DPK im März 1979 dürfte im Zusammenhang mit dieser Haltung gestanden haben. Bagdad hatte offensichtlich versucht, der iranischen Seite möglicherweise ein altes, neues Druckmittel aus der Hand zu entreißen.

³³ International Herald Tribune vom 21. April 1979. Siehe auch Neue Zürcher Zeitung vom 12. Mai 1979.

³⁴ K. McLachlan: Analyses of the Risks of War: Iran-Iraq Discord, 1979-1980, in: The Iran-Iraq War, The Politics of Aggression, edited by Farhang Rajaei, Florida 1993, S. 24-31, 25.

³⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Juni 1979; Süddeutsche Zeitung vom 11. Juni 1979; Frankfurter Rundschau vom 7. Juni 1979.

³⁶ Süddeutsche Zeitung vom 15. Juni 1979.

³⁷ Neue Zürcher Zeitung vom 6. Juni 1979. Frankfurter Rundschau vom 7. Juni 1979.

³⁸ Neue Zürcher Zeitung vom 20. Juli 1979.

³⁹ H. Möller: Der Krieg Irak-Iran, 1980-88, Berlin 1995, S. 59-62.

der Region auf.⁴⁰ Der Irak stand in diesem Zusammenhang an erster Stelle. Dort, wo die arabischen Schiiten auch die Mehrheit der Bevölkerung präsentieren, nicht an der Macht teil haben und seit eh und je benachteiligt werden, dürfte die Wirkung der iranischen Revolution nicht spurlos vorbeigezogen sein.. Obgleich der Begriff Islamische Republik des Nachbarlandes keinen konfessionellen Charakter verriet, da man an den Islam als universale Religion dachte, legte das zwölfte Kapitel der iranischen Verfassung die schiitische Herkunft unmissverständlich dar.⁴¹ Es muss allerdings dahingestellt bleiben, wieweit die schiitische Bevölkerung im Irak, von den iranischen Vorfällen inspiriert und verstärkt, ermuntert wurde. Tatsache ist aber, dass es im November 1979 in der heiligen Stadt Karbala zu begrenzten Demonstrationen der Schiiten kam.⁴² Diese waren allerdings kein Novum in der neuen Geschichte des Irak. In den schiitischen Zentren des Landes war es bereits 1974 und 1977 zu ähnlichen anti-baathistischen Demonstrationen gekommen. 1974 wurden deswegen fünf schiitische Rechtsgelehrte hingerichtet.⁴³ Anfang 1980 ließ Saddam Hussein sogar den namhaften schiitischen Führer Baqir al-Sadir liquidieren.⁴⁴

Ob der Attentatsversuch auf Tariq Aziz in Bagdad im April 1980 tatsächlich von einer militanten schiitischen Gruppierung als Rache für diese Hinrichtung verübt wurde, weil damals in Beirut eine Organisation namens Mujahiddin die Verantwortung dafür übernahm, ist ein noch nicht restlos geklärter Zwischenfall. Fest steht nur, dass Saddam Hussein dem Iran die Verantwortung für das Attentat in die Schuhe schob und blutige Rache schwor.⁴⁵ Zumal er diese Entwicklung zum Anlass nahm, etliche tausende irakische Bürger "iranischer Abstammung", so behauptete er, in den Iran abzuschicken. Ein großer Teil der Vertriebenen waren die in Bagdad ansässigen schiitischen Faili-Kurden.⁴⁶

Seit dem Attentat auf Tariq Aziz wurde der Konflikt auf höchster Ebene angeheizt. Der iranische Revolutionsführer Ayatullah Imam Khomeini forderte die irakische Armee und Bevölkerung auf, das Regime zu stürzen: »Wacht auf und zerschmettert dieses korrupte Regime in eurem islamischen Land, bevor es zu spät ist!« Saddam Hussein konterte umgehend: »Wer immer seine gierige Hand nach dem Irak ausstreckt, dem wird

⁴⁰ U. Steinbach: Der Golfkrieg im Konfliktfeld des Nahen und Mittleren Ostens, in: Der Golfkrieg, Ursachen, Verlauf, Auswirkungen, Ausgewählte Texte, zusammengestellt und eingeleitet von Udo Steinbach, Hamburg, 1988, S. 9-24, 10.

⁴¹ Die Verfassung der Islamischen Republik Iran, Ministerium der islamistischen Irschad (Persisch), o.J., S. 26.

⁴² Süddeutsche Zeitung vom 21. November 1979. H. Fürtig: Sechs Jahre irakisch-iranischer Krieg - eine Bilanz, in: Der Golfkrieg, Ursachen, Verlauf, Auswirkungen, Ausgewählte Texte, zusammengestellt und eingeleitet von Udo Steinbach, Hamburg, 1988, S. 61-69, 64.

⁴³ Kutschera, 1979, S. 322-23.

⁴⁴ Über al-Sadirs Hinrichtung teilte der Gouverneur von Najaf Mizban Khidir Robert Fisk, der Korrespondent von The Times mit: »He was executed because he was a traitor and plotted against Iraq and maintained relations with Khomeini. He was a member of the Dawaa Party [eine in den fünfziger Jahre gegründete schiitische Untergrundorganisation]. He was a criminal and a spy and had a relationship with not just Khomeini but with the CIA as well.« Khidir sagte desweiteren »He was hanged just over five months ago. But these are small things to ask me about. We execute anybody who is a traitor in Iraq. Why do reporters ask unimportant questions like this? Why do you not ask me about the development projects in Najaf.« The Times vom 24. Juli 1980.

⁴⁵ Siehe Süddeutsche Zeitung vom 5. April 1980 und The Guardian vom 8. April 1980.

⁴⁶ Als Saddam Hussein am 20. Juli 1980 auf seiner Pressekonferenz von Deportationen der Iraner sprach, erwähnte er dies im Zusammenhang mit der Kurdenfrage. S. Hussein: Meinungen und Einstellungen, Bd. 3, (Arabisch), hrsg. von der Botschaft der Republik Irak, Beirut 1980, S. 35.

diese Hand abgehauen werden.«⁴⁷ Der iranische Außenminister Ghotbzadeh, der bereits im Dezember 1979 das Nachbarland Irak scharf angegriffen und die Regierung in Bagdad vor einem Ende der Geduld seines Landes gewarnt hatte, weil diese ihnen viele Probleme verursacht hätte,⁴⁸ wurde in Radio Teheran zitiert: »Wir haben beschlossen, das Regime der Baathpartei im Irak zu stürzen.«⁴⁹ Solche scharfen Töne sorgten sicherlich nicht für eine Eindämmung der Spannungen. Sie förderten ihre Ausbreitung. Ein Eckpfeiler der Irak-Politik der iranischen Führung bestand in diesem Stadium darin, die religiösen und teilweise konservativen Kräfte der irakischen Opposition zu unterstützen. Die iranische Seite hatte Grund genug dazu gehabt, dem benachbarten Land misstrauisch gegenüber zu stehen. Vor allem in der offenen Einmischungspolitik in seinen eigenen inneren faktisch außer Kontrolle geratenen Angelegenheiten. Auf eine Anfrage der Journalisten, ob er der iranischen Opposition Hilfe leiste, insistierte Saddam Hussein am 20. Juli 1980: »Wer von der [iranischen] Opposition uns begrüßt, dem erwidern wir mit einem kräftigen Gruß.«⁵⁰ Der Irak gewährte in der Tat den sich neu erhobenen iranischen Kurden großzügige logistische Unterstützung.⁵¹ Auch den Arabern im Iran wurde massiv geholfen. Gesprengte Ölleitungen und Explosionen auf den Ölfeldern im Zentrum der Ölproduktion des Landes, in der mehrheitlich von Arabern besiedelten iranischen Südprovinz Khusistan, und die dortigen blutigen Unruhen und Demonstrationen, bereiteten Teheran ernsthafte Sorge über die irakische Einmischung und die Beeinflussbarkeit der eigenen arabischen Minderheit.⁵² Ferner gab es Anzeichen zur Annahme, dass der Irak auch in den Mitte 1980 vom letzten Premier des Schahs vorgenommen Umsturzversuch der Islamischen Republik involviert war.⁵³

Doch eine der Wurzeln des irakisch-iranischen Konflikts saß wesentlich tiefer. Die Kosten des errungenen Sieges von 1975 über die Kurden stellten sich bekanntermaßen in den bitteren Konzessionen dem Iran gegenüber dar. Diese Tatsache schien Saddam Hussein ab dem Moment noch einmal zu überdenken, als der Schah gestürzt wurde und im Iran selbst chaotische Zustände herrschten. Erstmals verlangte der Irak, in einem Interview seines Botschafters in Beirut, dass die iranischen Behörden das Abkommen von Algier rückgängig machen sollten. Man forderte auch die Räumung der von der iranischen Seite seit 1971 besetzten drei kleinen Inseln im Golf, und dass den Minderheitsvölkern im Iran Autonomierechte gewährt würden.⁵⁴

Die ganze Eskalation darf aber nicht von Saddam Husseins persönlichen Machtambitionen getrennt betrachtet werden. Nach dem Abzug der Briten aus der Golfregion Ende 1971 war der iranische Schah mit seiner militärischen Übermacht der unbestrittene Herr des Golfs und erlaubte sich solche Aktionen, wie die Einnahme von drei Inseln im Golf, die von keiner Seite zurückgedrängt werden konnte. Da sich der ägyptische Präsident Anwar Sadat seit seinem Camp-David-Vertrag mit Israel 1978 von

⁴⁷ Basler-Zeitung vom 10. April 1980. Süddeutsche Zeitung vom 10. April 1980. Die Welt vom 10. April 1980.

⁴⁸ Süddeutsche Zeitung vom 4. Dezember 1979.

⁴⁹ Ebd., vom 10. April 1980. Frankfurter Rundschau vom 10. April 1980. Neue Zürcher Zeitung vom 11. April 1980.

⁵⁰ Hussein, Bd. 3, 1980, S. 54.

⁵¹ Emin, 1997a, S. 127. Rasull, Bd. 2, 1992, S. 156.

⁵² Süddeutsche Zeitung vom 10. April 1980.

⁵³ Shahpor Bakhtiar stand in Kontakt zum Irak. Süddeutsche Zeitung vom 5. August 1980. Wildani, 1990, S. 507.

⁵⁴ Neue Zürcher Zeitung vom 3. November 1979.

der formellen Führerschaft in der arabischen Welt verabschiedet hatte, war es nicht verwunderlich, dass Saddam Husseins Politik solche Züge aufwies, die keinen Zweifel daran ließen, dass er sich als neue Ordnungsmacht in der Region zu profilieren suchte. Er unternahm schnell praktische Schritte in dieser Richtung. Auf politischer Ebene suchte er sich Saudi-Arabien anzunähern. Saddam Husseins erster Staatsbesuch als Präsident galt Saudi-Arabien.⁵⁵ Das Zusammenwirken des Königreiches mit dem Schah hatte Irak lange Jahre aus dem strategisch wichtigen Golf ferngehalten.⁵⁶ Anfang 1980 legte der irakische Präsident den Mitgliedstaaten der Arabischen Liga den Plan einer Panarabischen-Neutralitäts-Charta vor.⁵⁷ Den Anrainerstaaten am Golf war Saddam Hussein nun freundlich gesinnt. Er beabsichtigte, Sultan Qabus von Oman, des am äußersten Rand des Golfs liegenden Sultanats, Beistand bei der Bekämpfung von dessen Rebellen, die er zuvor unterstützt hatte, zu leisten. Er beruhigte sein kleines Nachbarland Kuwait, zu dem er die Beziehungen normalisierte.⁵⁸

Auf militärischer Ebene, um sich als neue Ordnungsmacht am Golf und um in eine Hegemonieposition in der arabischen Welt aufzurücken, glaubte Saddam Hussein sich stärker aufrüsten zu müssen. Er plante beispielsweise, sich eine beträchtliche Flotte anzuschaffen. Seine 4500 Mann starke Kriegsmarine sollte schnell auf 28.000 Mann aufgestockt werden.⁵⁹ An Geld fehlte es ihm nicht. Der Überschuss an Einnahmen aus dem Erdölverkauf ließ alle aufwendigen Projekte finanzieren. Wie auch immer schien Saddam Husseins Zielsetzung nicht unrealistisch, sich die Position des Schah und Sadats erkämpfen zu können. Denn ein Irak, der sich nach und nach aus der scheinbaren Abhängigkeit der Sowjets befreite, wurde von den kleinen Ölstaaten am Golf mit ihren "Mini-Armeen" gerne begrüßt.⁶⁰ Der irakische Stabschef General Ismail al-Nuaimi war in seiner Wortwahl während seiner Reise in die Golfstaaten im Frühjahr 1980, was die neuen Aufgabe und Zielsetzungen betraf, präzise: »Nachdem der Schah abtrat, kommt uns eine neue Wächterfunktion im Golf zu.«⁶¹ Dass diese Funktion auch einen Krieg mit einbezog, darüber war sich Saddam Hussein relativ sicher. Der aber meinte »um die Ehre des arabischen Volks und die Würde des Irak zu verteidigen.«⁶²

Darüber hinaus dürften Saddam Husseins Ambitionen eine internationale Dimension im Blickfeld gehabt haben. Im Blockfreien Lager schien die Führung unbesetzt zu sein. Der jugoslawische Präsident Tito war verstorben. Der kubanische Präsident Castro hatte sich zum Verbündeten der Afghanistan-Invasoren degradiert und Indiens Premier Indira Gandhi schien einen allzu westlichen Kurs zu betreiben.⁶³ Eine günstige Konstellation für den irakischen Präsidenten, sich auch im Blockfreienlager zu profilieren. 1982 sollte das Gipfeltreffen der Organisation der Blockfreien in Bagdad stattfinden.

In dieser spannungsgeladenen Atmosphäre und der ineinander verflochtenen Interessengegensätze waren mittlerweile die irakisch-iranischen Grenzzwischenfälle zu alltäglichen Erscheinungen geworden. In der ersten Hälfte des September 1980 zeichnete

⁵⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. August 1980.

⁵⁶ Neue Zürcher Zeitung vom 2. März 1980.

⁵⁷ Süddeutsche Zeitung und Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. März 1980.

⁵⁸ Die Zeit vom 18. April 1980. Süddeutsche Zeitung vom 8. Mai 1980. The Guardian vom 13. Mai 1980.

⁵⁹ Neue Zürcher Zeitung vom 2. März 1980.

⁶⁰ Deutsche Tagespost vom 26. März 1980.

⁶¹ Die Welt vom 14. April 1980.

⁶² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. April 1980.

⁶³ Siehe den Beitrag von Martin Peter in der schweizerischen Zeitung Vaterland vom 5. Juli 1980.

sich eine gravierende Eskalation ab. Der Irak brachte eine über 300 Quadratkilometer große Enklave von Zain al-Qaus, Seif Saad und Meimak, die 1970 von der iranischen Seite annektiert worden war, unter seine Kontrolle. Diese Aktion wurde damit begründet, dass dieses Gebiet gemäß dem Algerien-Abkommen hätte zurückgegeben werden müssen, was nicht geschehen war.⁶⁴ Vorher hatte der Irak Iran ultimativ zur Rückgabe der Gebiete binnen weniger Tage vergeblich aufgefordert.⁶⁵ Die iranische Seite, die diese Forderung in der Art offensichtlich zurückgewiesen hatte, kündigte nun zwecks Rückeroberung der besetzten Teile eine Gegenoffensive an. Zeitgleich warf Teheran erneut Bagdad vor, die arabische und kurdische Minderheit im Iran zum Auswandern bewegt und Iran mit Waffen überflutet zu haben. Als Beleg für die feindlichen Absichten wiesen die iranischen Verantwortlichen auf die Abschiebung von 40000 Irakern in den Iran hin.⁶⁶

Die irakische Septemberaktion sollte aber im Wesentlichen eine Kraftprobe sein. Denn unverantwortlich handelte die Regierung in Bagdad bei der Problematik der Landübergabe nicht, soweit man die irakische Argumentation eruiert. Eine gemeinsame Kommission war bereits zwischen dem 14.-31. Mai 1978 hierfür zusammengetroffen. Doch die irakische Seite hatte, einer iranischen Quelle zufolge, ohne Rücksicht auf die Arbeit der Kommission und die vorherigen Vereinbarungen, etwas anderes verlangt, nämlich den Standort von 21 Grenzsteinen zu ändern. Die Iraker hatten somit die Angelegenheit schwer gemacht und die iranische Hauptstadt verlassen, ohne die Arbeit vollständig beenden zu wollen.⁶⁷

Auf die militärische Eskalation folgte in der ersten Hälfte vom September eine weitere besondere Zuspitzung, die höchstwahrscheinlich schon lange vorbereitet war. Einseitig kündigte Saddam Hussein am 17. September 1980 das Algerien-Abkommen. Nun beteuerte er ganz offen, dass die Entscheidung darüber, den iranischen Forderungen im Schatt al-Arab nachzukommen, eigentlich unter dem militärischen Druck im Kampf gegen die vom Iran unterstützten Kurden erfolgte, welcher 60.000 Tote und Verletzte gekostet hatte: »Die Munitionen der schweren Artillerie« stellte er bei seiner Rede fest, »war im Begriff zu Ende zu gehen; von den schweren Bomben der Luftwaffe waren lediglich drei geblieben.«⁶⁸ Saddam Hussein machte auch die iranische Seite dafür verantwortlich, sich an die Bestimmungen des Abkommens von Algier nicht gehalten zu haben. Hierzu nannte er definitiv die Unterstützung der aus den USA zurückgekommenen Barzanitten gegen den Irak.⁶⁹

Auf die einseitige Annullierung des Vertrags reagierte Teheran scharf und wies irakische Gebietsansprüche zurück. Die Kämpfe wurden daraufhin entlang der Wasserstraße des Schatt al-Arab konzentriert.⁷⁰ Am 22. September 1980 verschärfte Saddam Hussein den Konflikt aufs Äußerste. Er erteilte seiner Armee den Befehl, zu Lande, zu Wasser und in der Luft Abschreckungsschläge gegen die iranischen militärischen Ziele zu führen. Der Krieg, der als solcher nicht erklärt wurde, gegen den durch die Revolutionswirren geschwächten Iran war nach israelischem Muster von 1967

⁶⁴ J. M. Abdulghani: Iraq & Iran - The Years of Crisis, London and Sydney 1984, S. 201.

⁶⁵ Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 17. September 1980.

⁶⁶ Frankfurter Rundschau vom 16. September 1980.

⁶⁷ Wildani, 1990, S. 519.

⁶⁸ Hussein, Bd. 4, 1980, S. 4 sowie 15.

⁶⁹ Ebd., S 21.

⁷⁰ Süddeutsche Zeitung vom 22. September 1980.

geplant und sollte in wenigen Tagen dem Irak den Sieg bescheren. Doch ein solches Unternehmen gegen die Islamische Republik war kein solch leichtes Spiel, wie es sich Saddam Hussein vorgestellt hatte. Zu seiner Überraschung formierte sich rasch ein heftiger Widerstand der iranischen Seite, welcher den irakischen Vormarsch zum Stillstand brachte. Mit der Konsolidierung der Macht des schiitischen klerikalen Establishments im Iran sah die Lage völlig anders aus. Im März 1982 war der Iran in der Lage, ganz offensiv vorzugehen.

Mithin waren die Erwartungen der kurdischen Seite relativ groß. In Wahrheit verlieh der Machtwechsel im Iran der Bewegung der irakischen Kurden vorläufig kräftige Impulse. Der Iran gewährte den verschiedenen Fraktionen des kurdischen Widerstands in Irakisch-Kurdistan häufig logistische Unterstützung. Gelegentlich wurden gar gemeinsame Operationen unternommen. Trotzdem waren solche Unternehmen nur mit mäßigen Erfolgen gekrönt. Irans militärisches Potential hatte in den Wirren der Revolution enorm eingebüßt, während das des Irak enorm gewachsen war. Wie auch immer, zu lange brauchte die geistliche Führung im Iran, um zu begreifen, dass der Traum von der Umgestaltung der Welt im Lichte der islamischen Ordnung nicht realisierbar ist. Selbst der erste Feind, Saddam Hussein, war eine Nummer zu groß für die islamischen Streitkräfte des Iran, denen jahrelang eingehämmert wurde: "Zur Befreiung Palästinas muss erst Karbala passiert werden" - Karbala liegt im Irak und ist die heiligste islamisch-schiitische Stadt. Saddam Hussein endete nicht "auf dem Misthaufen der Geschichte", wie der Revolutionsführer voraussagte⁷¹ und die Kurden es sich wünschten. Obgleich in dieser Sache die Ziele der iranischen Regierung und die der irakischen Kurden übereinstimmend wirkten, ist es nicht falsch, die Behauptung aufzustellen, dass im Falle eines gelungenen Sieges über den Irak, was nicht eintrat, die Islamische Republik ohnehin kaum angemessene Zugeständnisse an die irakischen Kurden gemacht hätte und zwar allein aus ideologischen Gründen. Die kurdischen Organisationen, mit Ausnahme einer einzigen kleinen Partei, waren laizistisch.

Durch die beinahe achtjährige ununterbrochene kriegsartige Auseinandersetzung markierte der Erste Golfkrieg den längsten konventionellen Krieg im 20. Jahrhundert. Auch wenn genauere Statistiken nicht vorliegen, beziffern die Beobachter die Zahl der Gefallenen auf über 400 000 Tote und über eine Mio. Verwundete. Die Kosten werden auf ca. 350 Mrd. USD geschätzt.⁷² Dass der Krieg zumindest den Irak in den Ruin trieb, zeigt sich an diesen Zahlen: Vor dem Krieg verfügte das Land über 36,5 Mrd. USD Währungsreserven und lag an der zweiten Stelle in der Welt, nach der Bundesrepublik Deutschland mit 52,3 Mrd. Nach dem Krieg betrugen die Schulden des Landes 80 Mrd. USD.⁷³

Bemerkenswert ist eine Tatsache. An der kurdischen Niederlage von 1975 leistete der Iran einen entscheidenden Beitrag. Noch dramatischer war aber die Niederlage von 1988 - zehntausende Opfer auf der kurdischen Seite waren zu beklagen. Zu diesem Zeitpunkt war der Iran noch immer (mehr oder weniger) Kriegsgegner des Irak. Dennoch konnte das zweite historische kurdische Desaster nicht verhindert werden. Der Grund lag darin,

⁷¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. April 1980.

⁷² W. Woyke: Prägende Konflikte nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Handwörterbuch Internationale Politik, hrsg. von Wichard Woyke, 7. aktu. Aufl. Bonn 1998, S. 346-354, 352. Siehe auch Steinbach, 1988, S. 5.

⁷³ E. Wirth: Irak und seine Nachbarn, in: Die Golfregion in der Weltpolitik, hrsg. von Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart u.a. 1991, 21-37, 29-30.

dass sich die Kräfteverhältnisse zugunsten des Irak geändert hatten; regional aber auch international.

2 Türkei

Im Kontext der außenpolitischen Beziehungen und der Einflussnahme auf die irakische Kurdenfrage stellten die türkisch-irakischen Beziehungen nahezu eine Ausnahme dar. In der Regel gestalteten sich die Beziehungen zwischen der Türkei und dem Irak freundschaftlich; selbst in den Zeiten, wo Ankara äußerst besorgt die Entwicklungen der irakischen Kurdenfrage beobachten musste - wie im März 1970, als es zwischen der Baathpartei und den irakischen Kurden zu einer Verständigung kam. Mit Blick auf die fünfzigjährige Unterdrückungspolitik gegen die eigenen Kurden konnte die offizielle Anerkennung einer kurdischen Autonomie in einem benachbarten Land aus der Sicht der türkischen Führung nur destabilisierend in Anatolien seinen Widerhall finden. Die Kurden in der Türkei befanden sich in einer weit misslicheren Lage als ihre irakischen Volksgenossen, die nun mit Optimismus in die Zukunft blickten. In diesem Jahr (1970) stieg darüber hinaus die Spannung in der Türkei insgesamt. Das Verbot der linksorientierten türkischen Arbeiterpartei, die im Oktober 1970 eine Resolution zur Kurdenfrage in der Türkei angenommen hatte, stand zumindest indirekt mit den Entwicklungen in Irakisch-Kurdistan in Zusammenhang.⁷⁴ Trotzdem ließen sich kaum irgendwelche Divergenzen in den türkisch-irakischen Beziehungen erkennen. Aufgeführt seien zwei Beispiele: Anfang 1970 beschloss die irakische Regierung, eine neue Pipeline für Öl zu bauen. Um sich den langen Weg vom Golf um die Südspitze Afrikas zu sparen, sollte diese Pipeline direkt im Mittelmeer enden. Anstatt durch Syrien oder den Libanon, zwei Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga, zog Bagdad die Türkei vor. Die Leitung verlief in Richtung des türkischen Ortes Dörtüyol nördlich von Iskandariona gelegen.⁷⁵

Obleich die Türkei ein Nato-Mitglied war und der Irak einen Freundschaftsvertrag mit der UdSSR unterschrieben hatte, vereinbarten beide Staaten im September 1972, ihre handelspolitischen Beziehungen zu festigen.⁷⁶ Diese gute nachbarschaftliche Beziehung wurde lange aufrechterhalten; Während der irakisch-kurdischen Kampfhandlungen im Frühjahr 1974 schloss Ankara die Grenze zum Irak, um den irakischen Kurden, so ein Sprecher des türkischen Außenministeriums, die Waffenzufuhr abzuschneiden. Ferner ordnete die türkische Regierung, offensichtlich als eine Präventivmaßnahme gegen eine mögliche Ausdehnung des Kurden-Konfliktes, ihren gesamten Streitkräften erhöhte Alarmbereitschaft an.⁷⁷ Das nördliche Nachbarland hatte während der militärischen Auseinandersetzungen von 1974 zwischen Bagdad und den Kurden eher Neutralität gewahrt, wenn es auch ein großes Interesse daran hatte, dass bei diesen Kämpfen die Zentralregierung in Bagdad die Oberhand in Kurdistan gewinnen würde.

Die türkisch-irakische Grenze blieb auch nach dem 6. März 1975 für jede Hilfe, auch für eine humanitäre, hermetisch geschlossen.⁷⁸ Die Kurden konnten bis dahin keinerlei Unterstützung von der Türkei erwarten. Dieser Zustand war allgegenwärtig. Zumal Ankara und Bagdad im April 1979 vereinbarten, bei der Niederschlagung der so genannten kurdischen Separation innerhalb ihrer eigenen Grenzen zu kooperieren. Bülent

⁷⁴ Kendal, 1984, S. 141.

⁷⁵ Süddeutsche Zeitung vom 3. April 1970.

⁷⁶ Die Welt vom 21. September 1972; Neue Zürcher Zeitung vom 23. September 1972.

⁷⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. März 1974.

⁷⁸ The Times von 11. März 1975. Neuer Zürcher Zeitung vom 11. März 1975.

Ecevit, der türkische Ministerpräsident, wurde zitiert, dass »containing Kurdish separatism was one of the primary tasks of his government.«⁷⁹ Am 10. Mai 1983 drangen zum ersten Mal die türkischen Streitkräfte über die Grenze in den Irak ein, um die Kämpfer der kurdischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zu bekämpfen. Der Entwicklung folgte ein offizielles Abkommen beider Staaten im Oktober 1984 zur Bekämpfung der aufständischen Kurden. Diese türkisch-irakische Abmachung ermächtigte beide Seiten, zur Verfolgung von Urhebern von Angriffen auch außerhalb des eigenen Hoheitsgebiets bis zu fünf Kilometern einzudringen.⁸⁰ Die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder wurden in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, während des Ersten Golfkrieges, erheblich ausgebaut. 1987 wurde eine zweite Pipeline mit einer halben Mio. Barrel Kapazität in Betrieb genommen.⁸¹ Nach den al-Anfal-Operationen von 1988 nahm zwar die Türkei die geflohenen Kurden auf, jedoch ohne ihnen den Flüchtlingsstatus zu gewähren.⁸² Ferner waren die türkischen Behörden ernsthaft bemüht, die Opfer der irakischen C-Waffen-Einsätze vor der neugierigen Presse zu verbergen.⁸³

Die Türkei-Irak-Beziehungen erfuhren nur gelegentlich begrenzte Spannungen. Die vorübergehende Stauung des Euphrats bedrohte Anfang 1990 die Austrocknung einer großen Fläche Kulturlandes im Süd-Irak. Das Euphratwasser deckte rund 40 % der irakischen Stromproduktion. Als Folge dieser Entwicklungen drohte der Irak damit, die Öllieferungen einzustellen.⁸⁴ Doch es wurde wenig später der Versuch unternommen, die vorübergehend belastenden Beziehungen erneut zu normalisieren.

Nicht zuletzt Nachbarschaft und Handlungswege ließen die irakisch-türkischen Beziehungen freundschaftlich gestalten. Ankara und Bagdad waren in Wahrheit zwei Staaten, die im Zuge der kurdischen Erhebungen am heftigsten mit der Angelegenheit der Kurden konfrontiert waren. Von daher zeigte keine Seite irgendwelche Ambitionen, die Kurden der anderen Seite auf irgendeine Art und Weise zu unterstützen.

3 **Syrien**

Der Panarabismus, die ideologische Richtlinie der Baathpartei, regierend in Syrien seit 1963 und im Irak ab dem Juli 1968 zum zweiten Mal an der Macht, war kaum Anlass für eine langfristige Annäherung zwischen den Regierungen von Bagdad und Damaskus. Dementsprechend ließ sich die Einstellung Syriens zu Ereignissen im Irak gestalten. Syrien stand sich seit 1970 nicht gut mit dem Irak. Von daher griff das staatlich gesteuerte Radio Damaskus 1970 das März-Abkommen zwischen der irakischen Regierung und der Führung der kurdischen Bewegung hart an. Diese Haltung war eine Ausnahme in der Einstellung der Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga in der Beurteilung der historischen Verständigung zwischen Bagdad und den Kurden.⁸⁵

Die Spannung zwischen Syrien und dem Irak hielt faktisch über Jahre an, obgleich während des Oktoberkrieges von 1973 eine kurzfristige Teilnahme der irakischen Streitkräfte auf syrischer Seite erfolgte. So z.B. ging Saddam Hussein soweit, dass er

⁷⁹ International Herald Tribune vom 4. sowie vom 21. April 1979.

⁸⁰ R. Olson: The Kurdish Question and Turkish-Iranian Relations, From World War I to 1998, California 1998, S. 30-31.

⁸¹ P. Robins, Turkey and the Middle East, 1993, S. 75.

⁸² Robins, 1993, S. 80.

⁸³ Vgl. Randal, 1997, S. 217.

⁸⁴ The Times vom 15. Januar 1990.

⁸⁵ Siehe dazu Nebez, 1972, S. 242.

Syrien indirekt beschuldigte, die Aufstandsbewegung der Kurden zu unterstützen.⁸⁶ Und die syrische Regierung ihrerseits griff das Algerien-Abkommen zwischen Saddam Hussein und dem Schah scharf an.⁸⁷ Dabei vermied Syrien in der Öffentlichkeit, Partei für die irakischen Kurden zu nehmen. Denn was die eigene Kurdenfrage anbetraf, glaubte die syrische Regierung ohnehin in der Gefahrenzone zu liegen. Schon 1962 hatte die syrische Regierung gewisse Maßnahmen - in Form der Umsiedlung der Kurden und Entziehung ihrer Staatsbürgerschaft etc. - in die Wege geleitet, um der kurdischen "Bedrohung" entgegenzutreten. Präsident Assad gab 1976 jedoch den Plan der Umsiedlung offiziell auf.⁸⁸ Waren bis dahin die Ziele der Regierung insofern realisiert, dass man die Kurdenfrage in Syrien als ein abgeschlossenes Kapitel zu beurteilen vermochte? Oder versuchte man, eine Integration neuer Art zu betreiben? Jedenfalls unterstützte Syrien die irakische Opposition großzügig; so z.B. wurde die PUK 1975 in Damaskus gegründet. Zahlreiche kleine oppositionelle Gruppierungen aus dem Irak nahmen ihre Aktivitäten in Damaskus auf. In diesem Zusammenhang unternahm die syrische Führung sogar den Versuch, eine einheitliche irakische Führung unter ihrer Regie auf die Beine zu stellen. Hiervon profitierten die Kurden von den logistischen und politischen Unterstützungen Syriens und waren bemüht, diese Kontakte aufrechtzuerhalten.

Die syrisch-irakischen Beziehungen blieben ebenfalls in den Jahren 1976-1978 weitgehend getrübt. Im Mai 1976 war der Luftraum beider Staaten für gegenseitige Flugzeuge gesperrt. Geschlossen wurden auch die Handelsvertretungen.⁸⁹ 1976 beschuldigte Irak Syrien eines Bombenanschlags auf den Flughafen in Bagdad.⁹⁰ Für Attentate auf syrische Politiker wurden irakische Geheimdienste seitens Damaskus beschuldigt. Die irakische Seite erkannte das schwierige Verhältnis zu Syrien. Von daher wollte sie in der Sache des Öl-Transit die Abhängigkeit von Syrien vermindern. Irak ließ 1977 die Erdölpipeline von Kirkuk zur türkischen Mittelmeerküste bauen. Daraufhin warfen die Syrer den Irakern vor, durch den Bau dieser Erdölpipeline der syrischen Wirtschaft zu schaden.⁹¹ Als Syrien mehrere Staudämme am Euphrat baute, erhob der Irak den Vorwurf, das ihm verbleibende Wasser reiche für die Bewässerung nicht aus. Die ständigen Beschuldigungen vor Gremien der Arabischen Liga kennzeichneten somit die irakisch-syrischen Beziehungen bis 1978.

Erst 1978 zeichnete sich eine Wende ab. In diesem Jahr leiteten die beiden Baath-Regierungen in Syrien und Irak Schritte in Richtung einer Normalisierung bzw. Einheit miteinander ein.⁹² Für die syrische Seite dürften zwei Punkte ausschlaggebend gewesen sein, die Annäherung voranzutreiben: a) der Konflikt gegen Israel; b) die wirtschaftliche Unterstützung vom reichen Nachbarland. Über die Beweggründe, die die irakische Baathpartei veranlassten, eine solche Wendung vorzunehmen, dürfte Folgendes in Frage kommen:

⁸⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. Februar 1975.

⁸⁷ Süddeutsche Zeitung vom 11. April 1975.

⁸⁸ Nazdar, 1984, S. 394-411.

⁸⁹ Süddeutsche Zeitung vom 31. Mai 1976.

⁹⁰ Ebd. vom 16. Dezember 1976.

⁹¹ Ebd. vom 11. Juni 1977. Siehe auch Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Januar 1979.

⁹² Hier die vergangenen und gescheiterten Fusionbestrebungen: 1. Jordanien - Irak (Februar 1958-Juli 1958), 2. Ägypten - Syrien - Irak (April 1963-Juli 1963) und 3. Ägypten - Irak (Mai-1964-Juli 1968).

- Im Lichte der politischen Veränderung im Iran war zu vermuten, dass die iranischen Unruhen auf den mehrheitlich von Schiiten bevölkerten Irak übergreifen könnten.⁹³ Zu schweren Ausschreitungen war es bereits in den heiligen schiitischen Zentren in Karbala im Süden des Landes im Februar 1977 gekommen.
- Da Syrien relativ großzügige Unterstützung beinahe für sämtliche oppositionelle Kräfte des Irak gewährt hatte, war damit zu rechnen, dass diese Unterstützung nach der Union ihr Ende finden würde.
- Der Irak galt rhetorisch als unversöhnlichster Gegner Israels und die ägyptisch-israelische Annäherung im Jahr 1978 rief u.a. eine Entspannung zwischen ihm und Syrien hervor. Zwei Länder, die von zwei rivalisierenden Flügeln der Baathpartei regiert wurden und beide Regierungen, die vehement gegen die Friedensinitiative des ägyptischen Präsidenten Mohammed Anwar Sadat eingestellt waren.
- Die Baath-Regierung hatte unter al-Bakr-Saddams Führung ihren auf Panarabismus eingestellten Kurs in den siebziger Jahren so radikal verfochten, so dass sie eine beispiellose Isolierung des Landes hervorgerufen hatte.⁹⁴ Eine Union hätte das Land aus der Isolation befreit. Denn eine Zustimmung Syriens angesichts deren Bedeutung in der Nahostregion war unentbehrlich für die Reintegration der irakischen Baath-Regierung in der arabischen Welt.
- Die irakischen Baathisten, die sicherlich eine Vormachtrolle in der Region nie aus den Augen verloren, hätten mit einer Union die Gunst der Stunde im Golf voll ausnutzen können und zwar auf Kosten des an den Rand des Chaos abgesunkenen Nachbarlandes Iran. Nun glaubte man die Zeit reif dafür, sich als Vormacht in der strategisch wichtigen Region profilieren zu können. Hier wäre die Union mit Syrien der erste Schritt gewesen.

Jedenfalls sollte die Feindschaft gegeneinander von einer Wende zueinander abgelöst werden. Der Syrische Präsident Hafiz al-Assad stattete im Oktober 1978 einen Staatsbesuch in Bagdad ab.⁹⁵ Beide Seiten beschlossen, die bilateralen Beziehungen auf verschiedenen Ebenen zu verstärken. Eine Charta wurde unterschrieben, die die Grundlage für eine Verfassungsunion beider Staaten sein sollte.⁹⁶ Laut Saddam Husseins Angaben sollte die kurdische Autonomie ebenfalls in diese Verfassung integriert werden.⁹⁷ Es handelte sich dabei um die einseitig eingeführte kurdische Autonomie im Irak und nicht deren Ausdehnung auf die syrischen Kurden.

Die Fusion war im Januar bzw. Juni 1979 eine beschlossene Sache. Die beiden Länder sollten einen Staat mit einem Namen, mit einem Präsidenten, der abwechselnd ein Iraker und ein Syrer sein sollte, werden.⁹⁸

⁹³ Vgl. Baseler-Zeitung vom 13. Februar 1978. Handelsblatt vom 7. Februar 1979.

⁹⁴ Deutsche Zeitung vom 13. Juli 1979.

⁹⁵ The Guardian und The Times vom 25. Oktober 1978.

⁹⁶ Süddeutsche Zeitung vom 15. November 1978.

⁹⁷ S. Hussein: Der Baath, die Revolution und der Mensch, in: Auswahl, Bd. 10, Förderung von Menschen, Frauen und Jugend (Arabisch), Publikationen des Ministeriums für Öffentlichkeit, Bagdad, 1988, S. 45-148, 71.

⁹⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung und Frankfurter Rundschau vom 16. Januar 1979. Im Juni 1979 beschlossen die beiden Seiten, eine gemeinsame politische Führung zu bilden. Beschlossen haben sie auch die Bildung eines Untersuchungsausschusses, der die Verfassung für einen Bundesstaat ausarbeiten sollte, sowie die Bildung von weiteren Untersuchungsausschüssen, die sich mit den Einzelheiten der Union befassen sollte. Grundsätze erzielten die beiden Staatschefs wie folgt: Einigung über die Vereinbarung der beiden Staaten mit einem Parlament, einer Streitmacht,

Währenddessen gab es im Irak eine Entwicklung, mit der wahrscheinlich die syrische Seite nicht gerechnet hatte. Saddam Hussein übernahm nun endgültig die Macht. Der neue irakische Staatschef versicherte zunächst seinem Kollegen in einem Schreiben, dass der Machtwechsel keine negative Auswirkung auf die beiderseitige Wiederannäherung haben werde.⁹⁹ Der syrische Außenminister überbrachte einen Tag später die Glückwünsche des Präsidenten Assad nach Bagdad und sprach die Hoffnung auf die Verwirklichung der Einheit beider Länder aus.¹⁰⁰ Doch die erwartete Proklamation einer Union zwischen dem Irak und Syrien blieb aus. In Bagdad wollte man eine Verschwörung der syrischen Seite aufgedeckt haben, um den neuen irakischen Präsidenten zu stürzen.¹⁰¹ Auf den gescheiterten vierten Einheitsversuch¹⁰² folgte eine bis Mitte der neunziger Jahre erbitterte Feindschaft. Kurz vor dem Ausbruch des Krieges zwischen Irak und Iran wies Syrien, nach dem Sturm der irakischen Sicherheitskräfte auf die syrische Botschaft in Bagdad, alle irakischen Diplomaten aus.¹⁰³ Neben Libyen war Syrien der zweite Mitgliedsstaat der Arabischen Liga, die Iran im Irak-Iran-Krieg unterstützten.

Die neue Rivalität zwischen Damaskus und Bagdad ließ folgerichtig der kurdischen sowie irakischen Opposition weitere Unterstützungen von Syrien zukommen. Über den Umfang einer solchen Unterstützung kann spekuliert werden. An deren Bedeutung besteht jedoch kein Zweifel. Zahlreiche irakische Personen fanden in Syrien Zuflucht. Nahezu alle kurdischen und irakischen Gruppierungen unterhielten in der syrischen Hauptstadt ihre eigenen Vertreter. Überdies wurden nicht selten führende Elemente aus den Reihen des kurdischen und irakischen Widerstands vom syrischen Staatspräsidenten persönlich empfangen.

4 Die Sowjetunion

Die sowjetisch-irakischen Beziehungen nahmen bereits im frühen Stadium der baathistischen Machtübernahme im Juli 1968 in Bagdad auf militärischer sowie wirtschaftlicher Ebene freundschaftliche Züge an. Im Winter 1968-69 wurde eine irakische militärische Delegation nach Moskau entsandt. Relativ schnell resultierten aus den Verbindungen die Gründung einer russisch-irakischen Freundschaftsunion und eine stetige Pflege der Wirtschaftsbeziehungen.¹⁰⁴ Die Anerkennung der DDR durch die Baath-Regierung war ein Schritt, der den Irak immer mehr an die Ostblockstaaten annäherte. Währenddessen gewann die militärische Seite der Beziehungen immer mehr an Bedeutung. Ende Mai 1969 reiste sogar der irakische Verteidigungsminister an der Spitze einer militärischen Delegation nach Moskau.¹⁰⁵ Ihrerseits unterstützten die Sowjets auch die irakische Erdölindustrie mit großzügigen Lieferungen von technischen Mitteln und Know How.¹⁰⁶ Überdies wurde Mitte 1971 ein Abkommen über die

Flagge und Nationalhymne. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Juni 1979. Süddeutsche Zeitung vom 21. Juni 1979.

⁹⁹ Die Welt vom 18. Juli 1979.

¹⁰⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Juli 1979.

¹⁰¹ Ob Saddam Hussein mit der Fusion eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten seiner Kontrahenten innerhalb der Baathpartei fürchtete, ist durchaus denkbar. Baram, 1980, S. 133-34.

¹⁰² Die vorherigen drei Versuche waren folgende: Jordanien-Irak (Februar 1958-Juli 1958), Ägypten-Syrien-Irak (April 1963-Juli 1963), Ägypten Irak (Mai 1964-Juli 1968).

¹⁰³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. August 1980.

¹⁰⁴ Der Bund vom 5. Januar 1969.

¹⁰⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Juni 1969.

¹⁰⁶ Handelsblatt vom 10. Juli 1969.

Zusammenarbeit miteinander unterzeichnet¹⁰⁷ und in der darauf folgenden Zeit intensivierten sich die Verbindungen. Man sprach von einer dauerhaften strategischen Allianz zwischen den beiden Staaten.¹⁰⁸ Diese Entwicklungen zeigen, dass Moskau tatsächlich an einer engen Bindung zur irakischen Regierung interessiert war. Wie wirkte sich dies auf die Kurdenfrage aus, wenn wir daran denken, dass die Sowjetunion oft in der Vergangenheit Partei für die Kurden nahm? Heute besteht kein Zweifel daran, dass sich die Moskauer Führung für das Ende des Kurden-Konflikts eingesetzt hatte. Sie spielte nämlich eine bedeutende Rolle bei der Märzverständigung zwischen Barzani und der Baathpartei.¹⁰⁹ Vor diesem Hintergrund gehörte die Sowjetunion zu den ersten Gratulanten des kurdisch-baathistischen Abkommens. Moskau hatte freilich ein Interesse daran gehabt, dass die innenpolitische Hauptschwierigkeit des irakischen Partners beseitigt wird, und wenn dieses nach dem sowjetischen Modell geschehen könnte (eine begrenzte Autonomie), dürfte dies ihr umso willkommener sein.¹¹⁰ Die augenscheinliche Harmonie hatte nicht allzu lange Bestand. Die Vorgänge von 1972 legen nahe: Je mehr die Sowjet-Irak-Verbindungen gefestigt wurden, umso kühler wurden die Sowjet-Kurden-Beziehungen. Die komplexe Geschichte der Kurden ist ein schönes Beispiel für die machtpolitische Bedeutung des Satzes: dass der Feind meines Feindes mein Freund ist. Als der sowjetische Ministerpräsident Alexej Kossygin sich in Bagdad zu einem offiziellen Besuch aufhielt, ließ er die Einladung Barzanis zum Empfang in dessen Quartier unbeachtet. Zumal stärkte der Gast aus Moskau die Position der irakischen Baath-Regierung gegenüber den Kurden, indem er Barzani öffentlich empfahl, sich mit Bagdad und den Baathisten endgültig zu arrangieren.¹¹¹ Darüber hinaus, während die Verstaatlichung der Iraq Petroleum Company (IPC) durch die Regierung in Bagdad einigen westlichen Ölgesellschaften einen herben Schlag verpasste, pflichtete die Prawda, Organ der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, dem Vorgehen der irakischen Regierung vorbehaltlos bei.¹¹² Im Juli 1972 tauschten dann die Außenminister der Sowjetunion und des Irak in Moskau die Ratifizierungsurkunden des Freundschaftsvertrags aus.¹¹³ Aus diesen Verbindungen folgte eine intensive sowjetische Militärhilfe für den Irak. Nach einem sechstägigen Besuch des irakischen Staatspräsidenten al-Bakr in Moskau hieß es in dem gemeinsamen Kommuniqué: »Konkrete Maßnahmen hinsichtlich der Konsolidierung der irakischen Verteidigungskapazität und der Modernisierung der Kampfseinheiten« seien getroffen worden.¹¹⁴

In dieser Zeit war der Sowjetunion offensichtlich bewusst, dass die Kurden-Baath-Verhältnisse problembeladen waren. Diesen Spannungen sah man nicht tatenlos zu. Laut den damaligen Presseberichten soll Moskau 1972 den Versuch unternommen haben, Barzani zum Besuch in die sowjetische Hauptstadt zu bewegen, und zwar während des Aufenthalts des irakischen Präsidenten dort. Barzani hätte aber zweimal eine Einladung

¹⁰⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. Juni 1971.

¹⁰⁸ Neue Zürcher Zeitung vom 20. Februar 1972. Handelsblatt vom 7. April 1972.

¹⁰⁹ Laut eigenen Angaben war der Prawda-Korrespondent Evguéni Primakov der Vermittler zwischen den Kurden und der Baathpartei. Primakov, 1991, S. 25 ff. Siehe auch Talabanis Interview mit al-Wasat vom 7. Dezember 1998, S. 31 und Fat-Hullah, 1998, S. 145-46.

¹¹⁰ Neue Zürcher Zeitung vom 12. März 1972.

¹¹¹ Frankfurter Rundschau vom 29. April 1972.

¹¹² Neue Zürcher Zeitung vom 5. Juni 1972. Siehe auch Wirtschaftswoche vom 9. Juni 1972.

¹¹³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. Juli 1972.

¹¹⁴ Ebd. vom 20. September 1972.

abgewiesen und die Russen auf eine passendere Gelegenheit vertröstet.¹¹⁵ Was an solchen Aussagen wahr ist, ist schwer herauszufinden. Fest steht nur, dass die Kurden in dieser Zeit über den Iran Kontakte zu den USA geknüpft hatten. Der US-Präsident Nixon hielt sich in Teheran vier Monate vor al-Bakrs Reise nach Moskau auf. Diese Reise markierte den Beginn der ersten US-Kurden-Verbindungen.

Mit der Zeit trat immer mehr eine Entfremdung zwischen der Moskauer Führung und den irakischen Kurden ein. 1974 schien der endgültige Bruch zwischen beiden Parteien vollzogen zu sein. Im irakisch-kurdischen Konflikt hatte die sowjetische Regierung ihre bis dahin eher als "prokurdisch" gegoltene Haltung endgültig aufgegeben. Dass sich der russische Verteidigungsminister Marschall Gretschkow in den außergewöhnlich angespannten Tagen vom März 1974, also vor dem Ablauf des Autonomie-Ultimatums, das die irakische Regierung den Kurden gestellt hatte, auf Einladung des Präsidenten al-Bakr in Bagdad befand,¹¹⁶ war freilich kein Zufall. Ob der sowjetische Minister irgendwelche geheimen Appelle an die Kurden gesandt hat, sich mit der irakischen Autonomie zufrieden zu geben, ist durchaus vorstellbar. Wie es auch immer gewesen sein mag, begrüßte Moskau die irakische Kurden-Politik und bezeichnete sie als eine "gerechte Lösung".¹¹⁷ Die damalige Supermacht beließ ihre Unterstützung für die Baath-Regierung nicht nur bei der Rhetorik. Die Prawda griff zum ersten Mal die Führung der Kurden an.¹¹⁸ Zumal die Sowjetunion den 1972 geschlossenen Freundschaftsvertrag strikt einhielt. Sie lieferte nicht nur die MIG-23 (damals galt sie als die beste Maschine der sowjetischen Luftwaffe) an den Irak. Piloten der Sowjetunion waren in die Kampfhandlungen z.T. aktiv involviert. Sie flogen beispielsweise die modernen Bomber des Typs Tupolev 22 in großer Höhe jenseits der Reichweite der Flak der kurdischen Seite.¹¹⁹ Die Ausbildung irakischer Piloten für solche Maschinen war offenbar bis dahin nicht abgeschlossen. Der Fernlauschdienst amerikanischer Dienststellen zeichnete den Funksprechverkehr von Flugzeugen auf und bestätigte, dass russische Piloten in den Tupolevs aber auch teilweise in den MIGs der irakischen Luftwaffe an den Angriffen auf kurdische Stellungen teilgenommen hatten.¹²⁰ Die Kurden fingen bereits im April 1974, d.h. in den ersten Tagen der neuen Kampfhandlungen, die Stimmen russischer Artilleriebeobachter beim irakischen Vorstoß in den Nordosten auf.¹²¹ Die Politik der

¹¹⁵ An-Nahar vom 1. November 1972. Neue Zürcher Zeitung vom 17. November 1972. Später bestritt die kurdische Seite sowjetische Vermittlungsbemühungen mit Entschiedenheit. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. November 1974.

¹¹⁶ An-Nahar vom 16. März 1975.

¹¹⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. April 1974.

¹¹⁸ Die Welt vom 27. April 1974.

¹¹⁹ Die Welt vom 12. sowie vom 19. September 1974; The Times vom 19. Juni 1974. Der Irak war das einzige Land außerhalb des Warschauer Pakts, das von den Sowjets die Langstreckenbomber Tu 22 erhalten hatte. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Oktober 1974.

¹²⁰ International Herald Tribune vom 7. Oktober 1974.

¹²¹ Deschner notiert in seinem Buch, dass Idris Barzani ihm erzählt habe: »Wir spüren jetzt bei den Truppen Bagdads ein ganz neues taktisches Konzept. Statt wie früher unüberlegt und konfus, greifen die Iraker jetzt unsere Front an wenigen ausgewählten Stellen mit großer Materialüberlegenheit an. Das Prinzip haben, glaube ich, die Deutschen erfunden, und die Russen haben es im Zweiten Weltkrieg von ihnen übernommen: Klotzen, nicht kleckern, heißt die Devise. Und der ganze taktische Ansatz der Baathisten hat mehr Intelligenz als früher; das Zusammenwirken der Waffen funktioniert und macht uns schwer zu schaffen. Denn in der Kombination von Panzern, Artillerie, Jagdbombern und mit Hubschraubern beweglicher Infanterie potenziert sich die irakische Materialüberlegenheit noch. Das ist es, was wir jetzt zu spüren bekommen: Hinter der Armee der Baathisten stehen die russischen Berater, und die verstehen ihr Geschäft.« Deschner, 1989, S. 296.

Sowjetunion stand sicherlich auch mit der gesamten Lage im Vorderen Orient in Zusammenhang. Nach dem Wegfall Ägyptens war der Irak für Moskau der unentbehrliche Partner, so dass man zu außergewöhnlichen massiven Unternehmen bereit war. Auch wenn der Aufmarsch der irakischen Streitkräfte unaufhaltsam schien, waren die Kurden - u.a. dank der iranischen Unterstützung - militärisch nicht zu unterwerfen. Von daher ist es zutreffend, die Behauptung anzustellen, dass das Algerien-Abkommen ebenfalls einer militärischen Schlappe für Moskau gleichkam. Denn die sowjetischen Berater und Waffensysteme, die eine wichtige Rolle bei den Kriegshandlungen spielten, erwiesen sich als unfähig, den irakischen Streitkräften den Erfolgsweg zu ebneten. Nicht auf dem Schlachtfeld wurde der Krieg der Konfliktparteien entschieden; sondern in der über 3.750 km Luftlinie entfernt liegenden algerischen Hauptstadt. Ein irakischer Militärkommandant brachte die militärische Seite des Konfliktes auf den Punkt: »[...] wir sind keine Sieger und die Kurden sind keine Besiegten.«¹²²

Abgesehen davon, dass die Sowjets im irakischen Kurden-Krieg fest auf irakischer Seite standen, ist es an dieser Stelle aufgrund fehlender Informationen nicht möglich, die Haltung Moskaus in der Sache des kurdischen Desasters zu klären.¹²³ Doch mit dem Algerien-Abkommen war zumindest eins klar, dass sich der Irak ernsthaft dem sowjetischen Einfluss entzog. Ein Grund für die sowjetische Führung, die Entwicklungen mit Skepsis zu verfolgen. Wahrscheinlich deshalb besuchte Saddam Hussein im April und im September 1975 Moskau.¹²⁴ Eine Lockerung der engen Bande zur Sowjetunion dürfte somit verhindert worden sein. Die sowjetische Hauptstadt wurde oft zur Station irakischer Politiker. Im Dezember 1978 befand sich Saddam Hussein noch einmal dort und traf sich mit Alexij Kossygin, dem Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR.¹²⁵ Diese engen Verbindungen hatten tatsächlich einen bemerkenswerten Charakter. Sie waren nämlich keine »Satelliten-Verhältnisse« eines Staates zu einer Weltmacht. Im Irak wurden nicht nur Kommunisten hart verfolgt. Saddam Hussein beteuerte: »we reject the wide expansion by the Soviet Union in the Arab homeland.«¹²⁶ Ferner hielt Saddam Hussein die sowjetische Invasion in Afghanistan für einen schweren Fehler, der unentschuldig sei.¹²⁷

Die nach dem März 1975 entstandenen kurdischen Gruppierungen suchten offensichtlich vergeblich eine Annäherung zu den "anti-imperialistischen" Staaten.¹²⁸ Es sieht so aus, dass der irakisch-sowjetische Freundschaftsvertrag eine erhebliche Rolle bei der Gestaltung der sowjetischen "Kurdenpolitik" gespielt hat. Für die UdSSR war mit dieser langfristigen Übereinkunft ein Partner gewonnen, an dessen Bedeutung in einer

¹²² An-Nahar vom 6. April 1975.

¹²³ Talabani erzählt, dass Primakov in einem persönlichen Gespräch mit ihm in Beirut an eine Fortsetzung der Kampfhandlungen appelliert hatte, damit sie, die Sowjets, zwischen der kurdischen Bewegung und Bagdad vermitteln können. Talabani, al-Wasat vom 16. November 1998, S. 13. Auch in der Broschüre der VK-DPK (S. 65) ist die Rede davon, dass die Sowjetunion nicht mit dem Algerien-Abkommen zufrieden war. Ob solche Appelle und Einstellungen persönliche Meinungen bestimmter kurdenfreundlicher sowjetischer Elemente waren oder die offizielle Haltung der Moskauer Regierung, ist nicht herauszufinden.

¹²⁴ Neue Zürcher Zeitung vom 15. April 1975.

¹²⁵ Neues Deutschland vom 12. Dezember 1978. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Dezember 1978.

¹²⁶ International Herald Tribune vom 9. April 1979.

¹²⁷ Neue Zürcher Zeitung vom 11. Januar 1980.

¹²⁸ Siehe z.B. die Bemühungen der PUK um Kontaktaufnahme mit den Sowjets stießen auf taube Ohren. Emin, 1997a, S. 161. Rasull, Bd. 2, 1992, S. 114-121.

strategisch wichtigen Region kein Zweifel bestand. Vor diesem Hintergrund büßte die Kurdenfrage in der sowjetischen Nahostpolitik an Bedeutung ein. In der sowjetischen Presse verschwanden sogar die kritischen Töne gegenüber dem Irak nahezu vollständig. Nicht ohne Grund. Die UdSSR konnte aus dem Krieg gegen den Iran einen hohen Profit schlagen. Allein zwischen 1982-1986 verkaufte sie dem Irak Rüstungsgüter im Wert von über fünfzehn Milliarden USD; somit fast die Hälfte aller irakischen Waffenkäufe für diesen Zeitraum.¹²⁹

5 Die USA

Anders als die Sowjetunion verfügte die Supermacht USA über mehrere starke Verbündete im Vorderen Orient. Zu den Staaten Israel, Türkei, Iran unterhielt die US-amerikanische Regierung seit Jahrzehnten enge Verbindungen. Die konservativen erdöltreichen Golfstaaten standen ebenfalls in freundschaftlichen Beziehungen zu Washington. Bei einer solchen politischen Konstellation konnte die Kurdenfrage die Aufmerksamkeit der amerikanischen Administration nicht auf sich ziehen. Die amerikanische Indolenz hätte sich höchstwahrscheinlich fortgesetzt, hätte die iranische Seite 1972 nicht den US-Präsidenten Nixon um Einmischung gebeten. In diesem Jahr vollzog sich die Wende.

Die Baath-Kurden-Verbindungen im Irak waren in Wirklichkeit seit dem gescheiterten Attentatsversuch auf das Leben von Barzani im Jahr 1971 in eine kritische Phase getreten. Zumal die kurdische Führung nach dem irakisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag von 1972 Grund genug gehabt hatte, nach einem Verbündeten zu suchen, der ihr eine gewisse Stärke bei den nächsten scheinbar unvermeidbaren Kampfhandlungen verleihen konnte. Alle Außenverbindungen der kurdischen Seite liefen über den Iran. Der Regierung des benachbarten Landes, die ebenfalls mit der Kurdenfrage konfrontiert war, konnte aber nur bedingt vertraut werden. Teheran hätte faktisch jederzeit ihre Verbindungen zu den irakischen Kurden abgebrochen, falls die irakische Seite in der Schatt-al-Arab-Frage nachgegeben hätte. Das einzige Mittel, um dieses Dilemma zu umgehen, schien der kurdischen Führung die Kontaktaufnahme mit der Supermacht USA zu sein. Nach ihrer Auffassung waren die USA in der Lage und "durchaus" willens, bei der iranischen Administration ihnen Gehör zu verschaffen. Der iranische Kaiser sollte unter dem amerikanischen Druck den Kurden nicht in den Rücken fallen.

Für die USA war der irakisch-sowjetische Freundschaftsvertrag von 1972 keine erfreuliche Entwicklung, welche sich nach dem Abzug der britischen Truppen in der strategischen Golfregion vollzogen hatte. Zwecks Eindämmung des sowjetischen Einflusses war die Konsolidierung der iranischen Hegemonie zu einer wichtigen Zielsetzung der US-Politik geworden.¹³⁰ Dem iranischen Kaiser war diese Tatsache offensichtlich bewusst, aus solchen Entwicklungen zu profitieren, nämlich den irakischen Kurden-Konflikt in eine Richtung zu steuern, die relativ leicht von ihm dirigiert werden konnte. So bat der Schah 1972 den US-Präsidenten Nixon in Teheran um eine Art symbolische Einmischung im irakischen Kurden-Konflikt und die USA ließen sich auf das Spiel tatsächlich ein.

¹²⁹ H. Wulf: Waffenexport aus Deutschland, Geschäfte mit dem fernen Tod, Hamburg 1989, S. 44.

¹³⁰ Kissinger, 1979, Bd. 1, S. 1340.

Ein Untersuchungsausschuss des US-Kongresses hat 1976 die geheimen Aktivitäten der CIA untersucht und fand heraus, dass die USA so handelten, um einem Alliierten [Iran] einen Gefallen zu tun. Es hieß:

»Documents made available to the Committee indicate that the U.S. acted in effect as a guarantor that the insurgent group [die aufständischen Kurden] would not be summarily dropped by the foreign head of states [Schah]«. ¹³¹

An einer anderen Stelle des Berichtes des Ausschusses hieß es:

»It appears that the U.S. not reinforced our ally's prodding, the insurgents [die Kurden] may have reached an accommodation with the central government [Baath-Regierung], thus gaining at least a measure of autonomy while avoiding further bloodshed. Instead, our clients fought on, sustaining thousands of casualties and 200,000 refugees.« ¹³²

Das ganze Unternehmen, das etwa 16 Mio. USD kostete, wurde mit unüblichen Sicherheitsmaßnahmen des Departement of State und des US-Präsidenten gehandhabt. Dokumente, die im Besitz des bereits erwähnten Ausschusses waren, zeigen, dass der US-Präsident, Kissinger und der Schah eine Politik des »Nicht-Gewinns« der Aufständischen anvisierten. »They preferred instead that the insurgents simply continue a level of hostilities sufficient to sap the resources of our ally's neighboring country.« ¹³³ Und es wurde festgestellt: »This policy was not imparted to our clients [Kurden], who were encouraged to continue fighting. Even in the context of covert action, ours was a cynical enterprise.« ¹³⁴

Als es zur Unterzeichnung des März-Abkommens zwischen dem Schah und Saddam Hussein kam, ließen die US-Verantwortlichen die Kurden wortwörtlich fallen. Sie schauten nicht nur tatenlos zu, wie der Iran die Belange der Kurden durch die Abriegelung der Grenze vollkommen ignorierte, sondern weigerten sich sogar, humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge zu leisten. Ein hoher US-Beamter, ließ den bereits mehrfach erwähnten Ausschuss wissen: »covert action should not be confused with missionary work«. ¹³⁵ In der Stunde der Not mussten die nun von den USA völlig enttäuschten Kurden schmerzliche Entbehrungen auf sich nehmen.

Für die USA waren die Entwicklungen nach dem algerischen Abkommen zwischen dem Irak und Iran zumindest in einer Hinsicht profitabel. Das Land hat faktisch nach 1975 mehr Abstand zur Sowjetunion gewonnen, ohne jedoch auf den westlichen Kurs einzuschwenken. Die Führung in Bagdad sicherte sich in Wahrheit mit ihrem neuen und alten Partner im Ausland ihre Blockfreiheit ab. Der Irak hatte aber zur Bedingung gemacht, mit den USA nur dann diplomatische Beziehungen ¹³⁶ aufzunehmen, wenn Washington seine Nahost-Politik ändert und die Rüstungslieferung an den Iran

¹³¹ The Pike Report, CIA, 1977, S. 196.

¹³² Ebd., S. 197.

¹³³ Ebd.

¹³⁴ Ebd.

¹³⁵ Ebd., S. 198. Diese Äußerung war vom US-Außenminister Kissinger. Selbst der CIA-Chef im Iran war besorgt über die Entwicklungen nach dem 6. März 1975. Er schrieb seinem Vorgesetzten in Washington, dass die Aktion des Schahs nicht nur die politischen Hoffnungen der Kurden zerstört, sie bedrohe das Leben von Tausenden. Ebd. S. 215.

¹³⁶ Trotzdem verfügte die USA über eine Vertretung in der belgischen Botschaft in Bagdad. International Herald Tribune vom 2. April 1975.

einschränkt bzw. den Schah dazu bringt, die Feindseligkeiten gegen den Irak einzustellen.¹³⁷

Unumstritten ist aber die Tatsache, dass sich vor dem Irak-Iran-Krieg allmählich eine wirtschaftliche Annäherung zwischen den USA und dem Irak abzeichnete. Es wurden der Verkauf von Gasturbinen und amerikanischer Transportflugzeuge vereinbart. Während des Krieges änderte sich die Lage grundlegend.¹³⁸ So z.B. am 26. Februar 1982 gab das US-Handelministerium bekannt, dass der Irak nicht mehr auf der 1979 aufgestellten Liste der so genannten "terroristischen Länder" stünde.¹³⁹ Ab März 1982 stellten die USA der irakischen Seite präzise Satellitenaufnahmen über iranische Stellungen entlang der Frontlinie zur Verfügung.¹⁴⁰ Der US-Middle-East Spezialgesandte Donald Rumsfeld stattete sogar dem irakischen Präsidenten im Dezember 1983 einen Besuch ab. Auf diesem Treffen überbrachte der Gast einen Brief des US-Präsidenten Reagan, in dem die Bereitschaft der USA zur erneuten Aufnahme der seit 1967 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen erklärt worden war.¹⁴¹ Darüber hinaus teilte der Gast Saddam Hussein mit, dass die Niederlage des Irak im Krieg gegen den Iran den regionalen Interessen der USA entgegenstände.¹⁴² Der Feststellung war, wie erwähnt eine enge geheimdienstliche Kooperation vorausgegangen. Die US-Irak-Verbindungen weiteten sich aus. Ende November 1984, während Iraks Vizepremier und Außenminister Tariq Aziz in den USA weilte, beschlossen beide Seiten die diplomatischen Beziehungen in den Rang von Botschaften zu erheben und sie sofort aufzunehmen.¹⁴³ Die USA hatten in der Golfregion vitale politische, wirtschaftliche und strategische Interessen. Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zum Irak stärkte ihre Position in der Rivalität zu Moskau im strategischen Vorderen Orient. Der US-Außenminister erklärte, dass sein Land im Golfkrieg weiterhin neutral bliebe:

»Aber wir sind nicht neutral im Hinblick auf unseren Wunsch, daß der Krieg bald zu einem Ende kommen möge. Daher begrüßen wir die fortdauernde Bereitschaft Iraks, an den Verhandlungstisch zu gehen und eine ehrenhafte Beendigung des Krieges auszuhandeln.«¹⁴⁴

Die Normalisierung der Beziehungen zum Irak hinderte die US-Regierung jedoch nicht daran, die Freilassung der US-Geiseln im Libanon voranzutreiben, in die Versuchung zu kommen, ebenfalls mit der iranischen Seite Kontakte aufzunehmen. Teheran machte zur Bedingung, sich um eine Freilassung der US-Geiseln im Libanon nur dann zu bemühen, falls Washington die vom Schah gekauften aber nicht mehr gelieferten

¹³⁷ Süddeutsche Zeitung vom 19. Februar 1975. Saddam Hussein signalisierte Mitte Februar 1979 die Bereitschaft, die seit 1967 unterbrochenen Beziehungen seines Landes mit den USA wieder aufzunehmen, und somit eine vorsichtige Annäherung an den Westen. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Februar 1979.

¹³⁸ Laut Angaben des ehemaligen iranischen Präsidenten Abolhassan Bani-Sadr soll Saddam Hussein sich mit Präsident Carters Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski in Jordanien getroffen haben. Dabei hätte dieser die Unterstützung der USA für einen Angriff auf den Iran zugesagt bekommen. Bulloch/Morris, 1991, S. 127.

¹³⁹ Archiv der Gegenwart vom 26. und 27. Februar 1982, S. 25371.

¹⁴⁰ Al-Samarai, 1997, S. 127. Satellitenerkenntnisse an Bagdad zu geben, wurde 1983 aufgenommen und ab November 1984 regelmäßig betrieben. Archiv der Gegenwart vom 18. Dezember 1986, S. 30611.

¹⁴¹ Archiv der Gegenwart vom 21. Dezember 1983, S. 27269.

¹⁴² McDowall, 1996, S. 350.

¹⁴³ Archiv der Gegenwart vom 1. Dezember 1984, S. 28296-97.

¹⁴⁴ Ebd. vom 1. Dezember 1984, S. 28297.

Waffen und die 1979 eingefrorenen iranischen Vermögenswerte (60 Mrd. USD) freigeben würde. Washington kam dem nach. Über israelische Waffenhändler lieferten sie Waffen und Ersatzteile ab September 1985, gegen das Versprechen der Teheraner Regierung, die Unterstützung für den Terrorismus einzustellen.¹⁴⁵

Den Kurden gegenüber blieben die USA nach wie vor auf Distanz. Es ist nicht bekannt, dass die USA offiziell einen kurdischen Vertreter empfangen hätten. Eine Stellungnahme hat es ebenfalls zwischen den Jahren 1975-88 nicht gegeben. Die Lage schien sich erst 1988 zu ändern, als die Nachricht des außergewöhnlich harten Umgangs der irakischen Streitkräfte in Irakisch-Kurdistan in den westlichen Medien lief. Da verabschiedete der US-Senat am 9. September 1988 gegen den Willen der US-Regierung eine Resolution, die Wirtschaftssanktionen gegen den Irak vorsah. Ursprünglich hatte der Vorsitzende des Auswärtiges Ausschusses im amerikanischen Senat, Clairborne Pell, die Gesetzesvorlage zur Verhinderung des Völkermordes eingebracht. Im Repräsentantenhaus wurde ebenfalls eine ähnliche Resolution verabschiedet. Einen Monat später bekräftigte der Senat noch einmal seine Forderung nach scharfen Sanktionen. Obgleich das Vorhaben die allgemeine Zustimmung fand, wurde jedoch am 7. November gemeldet, dass die US-Regierung dem Irak einen Kredit über 1 Mrd. USD bereitgestellt hat. Präsident Reagan hielt die Gesetzgebung für verfrüht und unwirksam. Er ließ sie also noch im selben Jahr abwürgen.¹⁴⁶ Die Teilhabe am Wirtschaftsboom der Nachkriegszeit sollte nicht wegen der Kurden gefährdet werden. Überdies schienen die USA nicht willens zu sein, den auf die Kurdenfrage stets empfindlich reagierenden wichtigen Partner am Bosphorus unnötig zu beunruhigen. Infolgedessen erfuhr die starke und unverhohlene offizielle US-Zurückhaltung in der Kurdenfrage eine Bekräftigung. Den Kurden wurde sogar von den US-Beamten, die gewisse inoffizielle Kontakte zu ihnen pflegten, vorgeworfen, dass sie enge Verbindungen zu solchen Ländern und Kräften (Iran, Syrien, Libyen, Palästinenser) pflegten, die den USA feindlich gegenüberstehen.¹⁴⁷ Trotz der ernsthaften kurdischen Bemühungen nach dem Kriegsende 1988 blieb die Angelegenheit der irakischen Kurden bis 1991 für die USA weitgehend unbedeutend. Dagegen ging Washington immer mehr auf den Irak ein. Im Februar 1990 traf der amerikanische Unterstaatssekretär John Kelly Saddam Hussein in Bagdad. Kelly nannte den irakischen Präsidenten eine Kraft der Mäßigung in der Region und sprach den Wunsch aus, die US-Irak-Beziehungen auszubauen. Zwei Monate später sandte sogar US-Präsident George Bush seinem irakischen Kollegen eine Grußbotschaft anlässlich des Ramadanfestes.¹⁴⁸ Nach dem Fall des Iran als Verbündeter am Golf suchten die USA zum Irak unter Saddam Hussein stets die Annäherung.

Fazit

Nach dem Vorgetragenen ist es angebracht, die Einflüsse der regionalen und internationalen Akteure auf den irakischen Kurden-Konflikt zusammenzufassen.

1) Ab 1969 brach der Streit zwischen Iran und Irak um den Grenzverlauf des in den Golf mündenden strategischen Flusses Schatt al-Arab aus. Für den Iran war nun die Interessenlage klar: In der Regel banden die irakischen Kurden mehrere Divisionen der

¹⁴⁵ Siehe Einzelheiten in ebd. vom 18. Dezember 1986, S. 30603 ff.

¹⁴⁶ Ebd. vom 16. November 1988, S. 32729; Bulloch/Morris, 1991, S. 145-46.

¹⁴⁷ So warfen einige US-Beamten dies Jalal Talabani 1988 vor. Siehe dazu Talabanis Äußerungen bei as-Safeer vom 14. September 1988.

¹⁴⁸ Niemetz, 1991, S. 260-61.

irakischen Armee. Auf diese Weise reduzierten sie die militärische Kapazität des Landes, sich stärker im Süden in der irakisch-iranischen Auseinandersetzung einzuschalten. Vor diesem Hintergrund pflegte der Iran Kontakte zu den irakischen Kurden und als Barzani 1972 direkte Kontakte zu Washington zu knüpfen suchte, sprang der Schah aus taktischen Gründen als Vermittler ein. Der Iran vermied einen offenen Krieg gegen das militärisch durchaus schwächeren Irak - nicht unbegründet. Weder war die Schlagkraft der iranischen Armee erprobt, noch waren die Erdölanlagen des Iran vor einer überraschenden Offensive des Irak sicher; Diese lagen in der Reichweite der irakischen Kanonen. Doch Teheran griff 1974/75 begrenzt in den irakisch-kurdischen Krieg ein, damit nur der Fortgang des Krieges im Interesse der militärischen Pattsituation gefördert werden sollte. Diese gezielte Vorgehensweise ging auf. Weder gelang es der irakischen Armee die Kurden zu besiegen, noch wurde sie von den Kurden besiegt. Aus dem militärischen Gezanke wurde ein nahezu regelrechter Abnutzungskrieg. Es musste also gehandelt werden. Mit ihrem Außenministertreffen in Istanbul haben die beiden Staaten eine deutliche Annäherung zwischen zwei einander lange belauernden Nachbarn am persischen Golf markiert. Neue Ansätze der Zusammenarbeit ließen sich beobachten. Kurdische Vorbehalte machten sich dagegen nicht bemerkbar. Die Führung der Kurden glaubte, dass die USA auf den Iran Druck ausüben würden. Doch dazu kam es aber nicht. Die Folge war das Algerien-Abkommen und das daraus resultierende kurdische Desaster von März 1975. Der Iran erreichte sein Ziel im Hinblick auf die nun erzwungene Grenzkorrektur am Fluss Schatt al-Arab. Sein Beitrag in der irakischen Kurdenfrage war aus opportunistischen Motiven heraus in zweifacher Hinsicht vernichtend. Zum einen war er ein Faktor, der die Kurden zur Aufnahme der Kampfhandlungen ermutigte. Zum anderen wandte er den Kurden nach der algerischen Verständigung mit dem Irak ganz einfach den Rücken zu.

Nach dem überraschenden Machtwechsel im Iran durch die islamische Revolution suchte der Irak, sich als neue Ordnungsmacht zu profilieren. Die Schwäche des Iran war ein willkommener Anlass, den Traum einer Hegemonie am Golf zu nutzen. Und im euphorischen, revolutionären Iran dachte man nur allzu gern an einen Export der gelungenen islamischen Revolution ins Ausland. Dass solche Bemühungen in dem Land viele unnötige Feindseligkeiten hervorrufen müssten, wurde von den Klerikalen der islamischen Republik nicht wahrgenommen. Nun war es der Irak, der das Nachbarland militärisch angriff, um die bereits gemachten Zugeständnisse von 1975 rückgängig zu machen. Für den Iran war die verstärkte Unterstützung der religiösen und konservativen Kräfte des benachbarten Landes ein wichtiges Mittel dafür, der irakischen Aggression entgegenzutreten und gewisse neue politische Ziele anzuvisieren. Ihrerseits betrachteten die irakisch-kurdischen Politiker die Islamische Republik als neues politisches Schwergewicht, das es zu pflegen galt. Denn über Teheran ließen sich womöglich eigene Interessen durchsetzen. Auch die internationale Lage hatte sich grundlegend zugunsten des Irak gewendet. Die massive Unterstützung aller Art aus West und Ost für den Irak hinderte die Iraner daran, Mitte 1982 den Irak fast vollständig zu erobern. Der neue Krieg wurde allmählich zu einem sinnlosen Abnutzungskrieg. Allen Khomeini-Befürwortern zum Trotz griff im iranischen Lager eine gewisse Unruhe um sich. Dort wurde man den Gedanken nicht los, ob der Iran imstande sei, das Ziel von Saddam Husseins Sturz zu realisieren. Denn das militärische Potential des Irak war dermaßen gewachsen, dass die irakische Armee im achten Jahr des Krieges erneut und erfolgreich in die Offensive überging. Selbst die militärischen Kleinerfolge in den nördlichen Frontabschnitten, die

durch kurdische Mitwirkung zu verbuchen waren, konnten nun den Kampfgeist der dem irakischen Gegner militärisch und technisch hoffnungslos unterlegenen iranischen Streitkräfte nicht mehr steigern. Spätestens ab März 1988 war der Irak in der Lage, durch groß angelegte Offensiven und den häufigen Einsatz von C-Waffen auch der kurdischen Seite schmerzvolle Schläge zu verpassen. Letztendlich gab die iranische Führung nach und akzeptierte widerwillig den Waffenstillstand. Diese eigentlich sehr verspätete Entscheidung hatte zur Folge, dass der Iran in der darauf folgenden Zeit aus einer Position der Schwäche heraus in Verhandlungen treten musste. In der kurdischen Sache konnte das Land außer der Aufnahme der den Rückzug angetretenen bzw. geschlagenen Kurden nichts Effektives ausrichten. Die unmittelbare Auswirkung der Länge des Krieges bestand in der zunehmenden Militarisierung des Irak und der damit verbundenen Niederlage der kurdischen Seite. Nach dem achtjährigen Krieg waren bekanntlich die nahöstlichen Kräfteverhältnisse völlig gestört. Der Irak rückte am Golf zu einer Hegemonieposition auf. Der Weg zu einem neuen Krieg (Kuwait-Krieg) war somit vorprogrammiert.

2) Vor dem Hintergrund der traditionellen anti-kurdischen Haltung der Türkei musste jede positive Veränderung der irakischen Kurdenfrage die Befürchtung der Verantwortlichen in der türkischen Hauptstadt wecken, dass die eigenen Kurden im Land sich von den Entwicklungen im Irak inspirieren lassen. Von daher lag es im Interesse der Türkei, dass die Kontrolle über die kurdischen Aktivisten der autoritären Baath-Regierung, zu der man gute Verbindungen unterhielt, nicht entgleitet. Die Konformität in den türkisch-irakischen Verhältnissen, was die Kurdenfrage anbetraf, zeigte sich aber auch in dem Punkt, dass die beiden Länder nach 1978 einige Übereinkünfte unterschrieben haben, die vordergründig zum Ziel hatten, der kurdischen Infiltration über die Grenzen der beiden Staaten einen Riegel vorzuschieben.

3) Politische Unstimmigkeiten zwischen Syrien und dem Irak hat es oft gegeben. Die bestehenden Spannungen zwischen den Regierungen der beiden Länder hatten ihren Ursprung in den ideologischen Gegensätzen zwischen den regierenden zwei Flügeln der Baathpartei sowie später im Streit um die Nutzung des Euphrat-Wassers. Es hat den Anschein, dass Syrien Anfang der siebziger Jahre den Entwicklungen im Irak praktisch neutral gegenüberstand, obgleich Damaskus gewisse Stellungnahmen vertrat, die einen anti-kurdischen Charakter aufwiesen. Dies hinderte Damaskus aber nicht, Mitte der siebziger Jahre den irakischen Kurden Unterstützung zu gewähren. Der gescheiterte Fusionsversuch, der eine freundschaftliche Phase markierte, war in Wahrheit so kurzlebig (Oktober 1978-Juli 1979), dass er im Kontext der syrisch-irakischen Verhältnisse eher unbedeutend bleibt. Mit diesem Schritt hat jede Seite auf bestimmte politische Entwicklungen reagiert aber nicht überzeugend agiert. Die neue Zeit der Unstimmigkeiten bedeutete wiederum eine erneute Unterstützung seitens Syriens für die kurdische und irakische Opposition. Im Vergleich zum Iran blieb aber die Rolle Syriens in den irakisch-kurdischen Auseinandersetzungen nebensächlich. Zu keiner Zeit war Damaskus imstande, irgendeine Wende in dem Konflikt herbeizuführen.

4) Im Zeitalter des kalten Krieges zählte die Sowjetunion wesentlich weniger verbündete Staaten im Vorderen Orient als die USA. Dafür pflegte sie jahrelang eine gewisse freundschaftliche Beziehung zu den irakischen Kurden. Diese Verbindungen gingen auf die Zeiten zurück, als Barzani und seine nächsten Gefolgschaften in der UdSSR Zuflucht gefunden hatten. Die Kontakte blieben nach der Rückkehr von Barzani in den Irak im Jahr 1959 weiterhin bestehen. Zehn Jahre später traten neue

Entwicklungen ein. Aus der baathistischen Annäherung an Moskau nach 1969 entstand eine fruchtbare und friedensfördernde Konstellation. Die Sowjets traten nun mehr oder weniger als Vermittler zwischen der Regierung in Bagdad und der kurdischen Führung auf. Somit waren sie nach 1968 die einzigen staatlichen Akteure überhaupt in diesem Konflikt, die der Kurdenfrage gute Dienste geleistet haben. Es war sicherlich im Interesse Moskaus, dass der Kurden-Konflikt spätestens nach dem irakisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag von 1972 friedlich geregelt wird. Doch als die friedlichen Bemühungen der Konfliktparteien scheiterten und die Kampfhandlungen ausbrachen, standen die Sowjets fest auf irakischer Seite. Warum wandte sich die Sowjetunion von den vorherigen kurdischen "Verbündeten" ab? Was bewegte sie zur Umkehr?

Zwei Faktoren gelten als entscheidend für diesen Kurswechsel: a) Mit dem Freundschaftsvertrag von 1972 wurde ein strategisches Ziel der sowjetischen Nahostpolitik realisiert. Moskau konnte nun auf einen staatlichen und durchaus bedeutenden Akteur dieser explosiven Region zählen. Je mehr sich Ägypten von den Sowjets distanzierte, umso bedeutender wurde der Irak für sie. b) Während die moskautreuen irakischen Kommunisten (IKP) seit 1973 der Nationalen Front unter der Baath-Führung beigetreten waren, hatten die Kurden enge Verbindungen zu den antisowjetischen Staaten (Iran, Israel und den USA) aufgebaut. Ein Sturz der irakischen Regierung lief in dieser Kombination selbstverständlich den sowjetischen Interessen entgegen.

Für die Zeit nach 1975 schienen die Sowjets ihr Interesse für die Kurden überhaupt verloren zu haben, obgleich die Entwicklungen im Irak immer weniger "prosovietisch" wirkten. Im Trend lag, dass der irakischen Führung daran gelegen war, sich als Vormacht am Golf zu etablieren. Die scharfe Kritik seitens des Irak an der sowjetischen Invasion in Afghanistan war ein Symptom, sich aus dem sowjetischen Einflussbereich stärker zurückzuziehen. Allerdings waren nach 1974 keine Impulse von der Sowjetunion in der Kurdenfrage mehr zu erwarten. Für die damalige Weltmacht, die unter der zunehmenden Schwäche ihres Wirtschaftssystems litt, bestand der wesentliche Ansatzpunkt ihres Einflusses immer mehr in den Waffenverkäufen an den irakischen Partner.

5) Ein Bündel von realpolitischen Motiven hielt die USA lange Zeit davon ab, sich in die irakische Kurdenfrage einzumischen. An Verbündeten fehlte es der US-Regierung in der Nahostregion nicht. Von daher konnte kein Interesse in dieser Richtung bestehen. Erst 1972 vollzog sich eine Wende. Die Wende kam aber nicht aus einer Eigeninitiative heraus. Es war die iranische Seite, die aus taktischen Gründen den US-Präsidenten um eine Intervention gebeten hatte. Die Führung der Kurden hatte direkte Verbindung zu Washington gesucht. In dieser Sache beabsichtigten die US-Behörden nicht nur dem befreundeten Iran einen Gefallen zu erweisen, sondern auch möglicherweise den sowjetischen Einfluss in der Region zurückdrängen zu können. Zweifellos war eine planvolle Regie am Werk gewesen, um den Gang der Ereignisse im Sinne der vordergründig iranischen Interessen verlaufen zu lassen. Mit ihrer symbolischen Einmischung erweckten die USA bei der Führung der Kurden den falschen Eindruck, sie stünden auf der Seite der Kurden und zwar ausgerechnet für den Fall, den Iran an einer möglichen Umkehr in der irakischen Kurdenfrage zu hindern. Doch die US-amerikanische Administration hat die iranische Führung an dem neuen anti-kurdischen Kurs nach dem 6. März nicht hindern wollen. Die politischen Ziele der Intervention beider Länder (USA und Iran) wurden mit dem Abkommen von Algier zwischen dem Irak und Iran realisiert. Der Iran war nun der Wächter am Golf. Der Beitrag der USA in dem Kurden-Konflikt war genauso destruktiv wie der der Sowjetunion. Während Moskau

fest auf irakischer Seite stand und somit automatisch der militärischen Option einen kraftvollen Schub gab, trat die USA spielerisch als ein Faktor auf, den Kurden zum Sieg zu verhelfen. Die Irritation und das Verkalkulieren der kurdischen Führung waren in dieser Sache vollkommen und verhängnisvoll. Anzunehmen ist, dass die USA oft der Meinung waren, dass ein Erfolg der Kurden die bestehenden staatlichen Strukturen der Region bedrohen würde. Die Haltung der USA den Kurden gegenüber blieb in der Zeit nach dem März-Desaster distanziert. Erst 1988 als die erschütternden Berichte über die Leiden der Kurden durch die Öffentlichkeit gingen, zeichnete sich ein langsamer und vorläufiger Umschwung in Washington ab. Doch für den US-Präsidenten hörte Ende 1988 die Politik auf und es fingen die nackten blanken Wirtschaftsinteressen an. Der Irak war inzwischen zu einem wichtigen Partner der USA geworden. Die Bedenken über die andauernde antiamerikanische Politik des Iran bestand unverändert. Die US-Administration unternahm sogar vielfältige Anstrengungen, die freundschaftlichen Beziehungen zum Irak auszubauen und zwar bis zum 2. August 1990, als sich der Irak mit seinem Überfall auf Kuwait als eine ernsthafte Bedrohung für die US-Interessen am Golf und für die ganze Welt überhaupt entpuppte.

Resümee

Das erkenntnisleitende Interesse der hier vorgelegten Studie war, zu eruieren, wo die hauptsächlichsten Probleme für die Lösung des Kurden-Konfliktes in den heutigen Staatsgrenzen des Irak lagen. Im Ersten Teil der Arbeit wurde die Fragestellung behandelt: Welche Hindernisse sich der Entstehung eines kurdischen Staates in Süd-Kurdistan (heute Nord-Irak, Irakisch-Kurdistan oder Region Kurdistan) nach dem Ende des Ersten Weltkrieges entgegenstellten? Gestützt auf die Niederlage der Osmanen im Ersten Weltkrieg und die Annäherungserfolge an Großbritannien schickte sich die kurdische Führung unter Shaikh Mahmud an, den Staat Kurdistan ins Leben zu rufen. Doch dieses Ziel war nicht zu realisieren. Eine Verkettung ungünstiger Umstände war im Spiel.

I

Die geopolitische Lage von Süd-Kurdistan: Geographisch lag das Land zwischen der Einfluss-Sphäre zweier vergleichsweise starker Mächte (Großbritannien und der Türkei), deren Interesse hauptsächlich darin bestand, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu expandieren. Hinzu kam erschwerend die Existenz von zwei weiteren - wenn auch weniger bedeutenden - Akteuren (die Araber des Irak und die Perser des Iran) an den südlichen und östlichen Grenzen von Süd-Kurdistan. Selbst diese schutzbedürftigen Akteure erstrebten ihrerseits die Angliederung Süd-Kurdistans an ihre jeweiligen Territorien. Die Kurden waren also vollständig von Gegnern umringt. Es war daher nicht möglich, irgendeinen zuverlässigen Partner für die kurdische Sache zu finden. Der nötige regionale und internationale Rückhalt fehlte.

Das Fehlen eines kurdischen Staatsgebildes bzw. einer Zentralinstanz in der neueren Geschichte: Gerade in einem wichtigen Abschnitt der Weltgeschichte, als die einschneidenden Ereignisse des Ersten Weltkrieges und deren politische Folgen die Lage in der Region bestimmten und eine Neuordnung ankündigten, befanden sich die Kurden wirtschaftlich und sozio-politisch in einem unterentwickelten Zustand. Eine funktionierende Zentralinstanz, die sich auf vielen Gebieten Gehör verschaffen, Stärke demonstrieren und Massen mobilisieren könnte, war nicht vorhanden. Bei vielen kurdischen Stammeshäuptlingen, die die Führung Shaikh Mahmuds nicht akzeptierten, waren gemeinsame Interessen den tribalen und persönlichen Anliegen untergeordnet. Solche Verhältnisse hinterließen deutliche Spuren und trübten die Perspektiven der kurdischen Aktivisten umso mehr.

Die militärische und politische Unterlegenheit der Kurden: Sie ergab sich aus den oben aufgeführten Faktoren. Die Kurden weigerten sich zwar, sich als willenslose Untertanen sei es der Briten, sei es der Türken behandeln zu lassen, ihr Problem war jedoch ihre mäßige militärische Durchsetzungsmöglichkeit. Shaikh Mahmud, der militärisch den herrschenden Kräften der Region (Großbritannien und der Türkei) unterlegen war, konnte in diesem Konflikt nicht stark genug auftreten. Sein Waffenpotential erlaubte ihm kaum, eine bedeutende Rolle im Konzert der etablierten Mächte zu spielen. Darüber hinaus war er nicht in der Lage, die teilweise gegensätzlichen Interessen aller Akteure, die aber allesamt Süd-Kurdistan als potentielle Beute betrachteten, für sich zu nutzen. Und anders als die Briten und Türken mussten die

Kurden die Hauptlast des Krieges auf ihrem eigenen Boden austragen. Die kriegerischen Auseinandersetzungen lähmten die Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung zusätzlich. Vor der Übermacht der Briten wichen die Kurden nach erbitterten Kämpfen zurück.

Die Interessen Großbritanniens und seine vor allem darauf abgestimmte Politik: Großbritanniens Bestrebungen, so konnte gezeigt werden, zielten auf eine Abtrennung Süd-Kurdistan von Osmanisch-Kurdistan, mithin auf die Gewinnung eines zuverlässigen Partners im Irak, um so den britischen Manövrierraum im Mittleren Osten zu erweitern und die vitalen Öl- und Sicherheitsinteressen in der Region im britischen Sinne zu sichern. Diese Kombination schloss in der Anfangszeit die Schaffung eines kurdischen Staates nicht aus.

Angesichts der Unüberschaubarkeit der militärisch-politischen Lage war zu Beginn des Konfliktes nicht einzuschätzen, welche Verhältnisse sich langfristig in Süd-Kurdistan etablieren würden. Den Möglichkeiten der Briten waren Grenzen gesetzt, so dass sie mit den einheimischen Kurden sowie später mit den Türken in Verhandlungen treten mussten. Sie und die mit ihnen verbündeten Iraker versuchten, mittels verschiedener Zugeständnisse die Kurden zu ködern. Wirkte das nicht, dann griffen sie zu militärischem Druck. Diese Strategie war eine geradezu unvermeidliche Folge aus den völlig unterschiedlichen Zielsetzungen der Konfliktparteien vor Ort. Während Shaikh Mahmud keinesfalls auf die Gründung eines kurdischen Staates verzichten wollte und an dieser Zielvorstellung immer festhielt, gab sich der britische Hochkommissar Wilson permanent abweisend und verfolgte entgegen der Anweisungen aus London, die die Gründung eines kurdischen Staatsgebildes vorsahen, das Ziel der Angliederung von Süd-Kurdistan an den pro-britischen Irak.

Die Briten wie die Kurden waren offenbar bestrebt, ihren Willen ohne Abstriche den jeweils anderen aufzuzwingen. Die von den Briten verfolgte moderate Politik sollte vornehmlich Shaikh Mahmud davon abhalten, wieder ins Lager der Türken überzulaufen. Der Kurdenchef konnte im Bündnis mit dem Hauptfeind der Briten, der Türkei, oder richtiger gesagt mit dessen Unterstützung zu einer gefährlichen Macht gegen die Interessen Großbritanniens werden und hätte durchaus den Verlust von ganz Süd-Kurdistan herbeiführen können, was die Briten keinesfalls hinnehmen wollten.

Die Ironie liegt aus heutiger Sicht darin, dass die Briten eine Politik verfolgten, die letztendlich die Gründung eines kurdischen Staates verhindern musste aber andererseits Süd-Kurdistan wenigstens vor dem Zugriff der Kemalisten bewahrte, die eine aggressive Assimilationspolitik gegenüber den Kurden verfolgten, welche eine Auslöschung der eigenständigen Kultur der Kurden zum Ziel hatte. Analog zu ihrer Kurdenpolitik in Süd-West-Anatolien (Nord-Kurdistan) hätten die Türken den Kurden von Süd-Kurdistan zweifelsfrei nicht einmal kulturelle Minimalrechte eingeräumt, geschweige denn eine kommunale oder regionale Autonomie. Von daher kann die Angliederung Süd-Kurdistan an den "arabischen" Irak - wenn auch als eine historisch fehlgelaufene Entwicklung - in einem milderen Licht gesehen werden.

Die lückenhaften und inkonsequenten Verfügungen des Völkerbundes in der Kurdenfrage: Die damalige Weltorganisation behandelte die Kurdenfrage nach den Vorstellungen der Briten und nicht als eine nationale Frage, die gemäß der Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts der Völker geregelt werden sollte. Bei der Entscheidung um die Mossulfrage (1925) sowie bei der Anerkennung der Souveränität des Irak (1931-33) legte der Völkerbund keinerlei Gewicht auf diesen außerordentlich wichtigen Aspekt und

konnte auch offenbar unter dem Druck Großbritanniens die Bestimmungen über die Kurdenfrage nicht konkret genug formulieren. Der Inhalt der sogenannten *local administration* für die Kurden, die entscheidende Frage, wurde nicht genau definiert. Dass es diesbezüglich unterschiedliche Auffassungen gab, lag in der Natur der Sache. Die britischen und irakischen Stellungnahmen suggerierten, dass die einheimischen Kurden nur die Anerkennung des Kurdischen und die Einstellung kurdischstämmiger Beamter in Kurdistan zum Ziel hatten. Die Wünsche der Kurden gingen aber darüber bekanntlich hinaus. Darum erwiesen sich die Anordnungen der Staatengemeinschaft im Hinblick auf diese *local administration* für Kurden als eine unzureichende Lösung der Kurdenfrage. Vor allem deshalb, weil diese Maßregelung des Völkerbundes lediglich Aufforderungen ohne Erzwingungscharakter blieben. Auch wenn die Briten sich in dieser Angelegenheit »moralische Verpflichtungen« zuschrieben, blieben sie jedoch den eigenen Interessen und kaum der Verantwortung gegenüber den Kurden treu.

Eine mögliche Variante, die die Bestimmungen des Völkerbundes hätte wirksam machen können, wäre gewesen, den Kurden von Süd-Kurdistan im Völkerbund einen Sonderstatus zu gewähren, um dort ihre Interessen selbst durchsetzen zu können, oder alternativ: ein neutrales Gremium zu ermächtigen, die Einhaltung der irakischen Verpflichtungen zu überwachen.

Kurzum: Die Völkerbund-Verfügungen waren so verklausuliert formuliert, dass eine politische Autonomie für die Kurden dahinter verschwand.

Die irakische Kurdenpolitik: Die Elite der arabischen Iraker berief sich zwar ständig auf das Selbstbestimmungsrecht, wenn sie mit den Engländern Verhandlungen über ihre eigene Zukunft führte, weigerte sich aber, dieses Recht den Kurden zuzugestehen. Ihre Bestrebungen waren darauf gerichtet, sich Süd-Kurdistan anzueignen. Dieser Expansionspolitik lag Annahme der Unentbehrlichkeit des Kurdenlandes für das Überleben des wirtschaftlich armen, religiös unausgewogen besiedelten und militärisch-strategisch ungeschützten Irak zugrunde.

Die Iraker signalisierten mit ihrem Anspruch auf das ganze Wilayat Mossul den Engländern ihr Mitspracherecht auch in der Frage von Süd-Kurdistan. Ihnen fehlte es aber an der notwendigen militärischen Macht. Ohne die Briten standen sie den Kurden aber auch den Türken gegenüber völlig machtlos da. Von daher mussten sie in ihrem Kampf um das Wilayat Mossul fest auf der Seite der Briten stehen und ihren Anweisungen folgen.

Mit der Angliederung von Süd-Kurdistan an den Irak entspannte sich die erste Kontroverse in den kurdisch-irakischen Beziehungen. Es liegt nahe, dass seitdem das Verhältnis dieser Parteien - der Kurden und der Iraker zueinander - nicht mehr freundschaftlich gestaltet werden konnte.

Dass die Kurdenpolitik des Irak den Machthabern in Bagdad nicht den Frieden bescherte, den sie sich erhofften, zeigten die Geschehnisse während des Zweiten Weltkrieges. Die in dieser Zeit geführten Verhandlungen zeigten zeitweilig gewisse 'Erfolge', brachten aber wiederum keine Spur einer dauerhaften Stabilität mit sich. Denn in den turbulenten Kriegszeiten hieß die Devise einfach Zeitgewinn. Folglich war es kaum überraschend, dass unter den Verhandlungsparteien erneut eine heftige Auseinandersetzung um die reichlich vorhandenen Probleme entbrannte und die Gesprächsphase ohne greifbare Resultate zu Ende ging. Die irakische Führung war weit davon entfernt, den Forderungen der Kurden entgegenzukommen.

Ob der Frieden in der Form bestehen konnte, wie in der irakischen Unabhängigkeitserklärung vor dem Völkerbund verkündet wurde, hing maßgeblich von der Fähigkeit und dem Willen der irakischen Administration ab, zu einer fairen Politik gegenüber den Kurden zu kommen.

Um ihre eigene Souveränität zu erlangen, gingen die Iraker vor dem Völkerbund auf Verpflichtungen ein, die einigermaßen die Interessen der Kurden berücksichtigten. So verpflichteten sie sich, dass in den mehrheitlich von Kurden bevölkerten Distrikten des Landes das Kurdische neben der arabischen offizielle Sprache sein werde; die dortigen Beamten sollten die kurdische Sprache beherrschen. Außerdem wollten sie in diesen Distrikten in den staatlichen Institutionen möglichst Einheimische einstellen. Diese Punkte, die letztlich nur auf Druck der Engländer und der kurdischen Bewegung zu Stande gekommen waren, stimmten unzureichend mit den Forderungen der Kurden überein. Keineswegs sprach man in irgendeiner Form von einer politischen Selbstverwaltung. Denn es wurde offensichtlich befürchtet, dass eine kurdische Autonomie die Staatstruktur des Landes sprengen würde. Bagdad hielt sich also an eine Ordnung, die sich in den Zentralisierungsbemühungen verkörperte, ohne eine tragfähige Lösung zu finden.

Man betrieb vielmehr mit der Aufnahme eines oder zweier kurdischstämmiger Minister ins Kabinett, der Integration der gebildeten Schichten der kurdischen Gesellschaft in den Staatsapparat und ähnlichen Maßnahmen eine Politik, mit der die Kurdenfrage als gelöst hingestellt werden konnte, wobei völlig ignoriert wurde, dass die Angelegenheit der Kurden mehr als eine bloße Integrationsfrage war und ihre Anliegen mehr als die bloße Anerkennung der kurdischen Sprache umfassten.

Lässt man alle gezielten propagandistischen Übertreibungen hinsichtlich der historischen Einheit des Landes und alle verbalen Beteuerungen über die Gleichheit aller Bürger beiseite, bleibt angesichts der ernsten Strukturprobleme und der Unterentwicklung in der Wirtschaft des Irak die Frage, ob die Iraker überhaupt fähig waren, die versprochenen Entwicklungsmaßnahmen aktiv vorwärtszubringen - nicht nur in Süd-Kurdistan, sondern auch im ganzen Irak.

Die Integrationsmaßnahmen der Regierungen der Monarchie waren zweifelsfrei Halbheiten, die sich im Sande der weiten Wüste Mesopotamiens verliefen und nie die Gebirge Kurdistans erreichten.

II

Bei jeder irakischen Regierung standen zwei Probleme im Vordergrund, deren Lösung großen Mut und Verantwortungsbereitschaft und einen starken Rückhalt erfordert hätte. Das eine bestand darin, die Entwicklung in allen Lebensbereichen des Landes aktiv voranzutreiben, und das andere darin, eine angemessene Regelung der Kurdenfrage herbeizuführen

Mit der überraschenden und blutigen Machtübernahme der Freien Offiziere in den heißen Sommertagen des Juli 1958 geriet die Bevölkerung in einen wahren Begeisterungstaumel, weil sie hoffte, dass die genannten Probleme gelöst würden. Doch verstärkte sich in Wirklichkeit ein bestehender Trend zur politischen Unsicherheit, die durch den Faktor einer direkteren Einmischung durch die Armee gekennzeichnet wurde.

Über die Wahl der Mittel zur Lösung der Kurdenfrage war man bisweilen in Bagdad unterschiedlicher Ansicht. Während die rechtsorientierten Generäle und Politiker

grundsätzlich eine militärische Option bevorzugten (womit sie sich in der Regel auch durchsetzen konnten), gab es eine gemäßigte Linie in der Führung, die in der Fortsetzung der Kurdenpolitik der Monarchiezeit (Aufnahme von ein oder zwei kurdischstämmigen Ministern in das Kabinett und bestimmte kulturelle Zugeständnisse an die Kurden) eine angemessene Lösung des Konfliktes sah. Beide Strategien wurden aber nicht selten auch gleichzeitig und komplementär zueinander verfolgt.

Da dem Irak aufgrund der Komplexität des Kurden-Konfliktes nie eine wirkliche Befriedung des Nordens gelang, blieb die irakische Kurden-Politik, bei aller Konstanz in der Zielsetzung, im Kern immer Krisenpolitik.

Auch wenn die Kurden sich in den ersten zwei Jahren der Ära **Kassem** mit dem Art. 3 der provisorischen Verfassung zunächst zufrieden gaben, war es offenkundig, dass Sein und Schein divergierten; auf die politischen Entscheidungen des Landes hatten die Kurden nicht den gleichen Einfluss wie die Araber. Nach der DPK-Zulassung zeichnete sich zwar eine vielversprechende Entwicklung in der Kurdenfrage ab - die Kurden konnten sich jetzt offiziell artikulieren -, aber General Kassem schien nicht gewillt zu sein, darüber hinaus irgendwelche weiteren positiven Schritte zu unternehmen. Trotz seiner gemäßigten Linie in der Kurdenfrage optierte er seit 1961, nachdem die Beziehungen zwischen ihm und den Kurden aufs stärkste getrübt waren, für eine militärische Lösung. Offenbar glaubte er, durch einen unnachgiebigen Kurs die Kurden von der Zwecklosigkeit ihres Kampfes überzeugen zu können, so dass sie die Waffen niederlegen würden. Unter diesen Umständen erschien der Griff zu den Waffen selbst denjenigen Kurden, die ursprünglich entschieden gegen eine gewaltsame Austragung des Konfliktes waren, als notwendige Reaktion. So blieben die Gräben, die die Konfliktparteien trennten, bis zum Sturz Kassems im Februar 1963 tief.

General Kassem stürzte das Land in eine schwere Krise, deren Ausmaß schwer zu überblicken war. Eine für ihn selbst verhängnisvolle Konsequenz seiner Kriegsführung war, dass seine Machtbasis immer dünner wurde und er den Verschwörungsplänen seiner Gegner auf Dauer nicht standhalten konnte.

Zu Beginn der Amtszeit **Arefs I.** wurde ein Durchbruch in der Kurdenfrage angekündigt, aber im Gegenteil kam es zu einem Rückschlag. Die politischen Verantwortlichen in der irakischen Hauptstadt schienen in den emotionalen Sog des Panarabismus geraten zu sein. Sie betrieben eine arabisch-nationalistische Politik, die schon in den ersten Wochen ihrer Herrschaft an Schärfe zunahm. Was auf dem Spiel stand, war die Zukunft der Kurden - zurückblickend erkennt man, dass die Bedenken der Kurden nach dem Ersten Weltkrieg, ihre Ängste vor einer arabischen Vorherrschaft, nicht unberechtigt waren.

Jedenfalls gaben die Kurden nach dem Sturz von Kassem im Februar 1963 der Hoffnung Ausdruck, dass aus politischen Verhandlungen positive Impulse in Richtung einer politischen Lösung ihrer Angelegenheit entstehen könnten. Als es aber um die Details einer solchen Lösung ging, schien die Regierung nur ein Ergebnis zu akzeptieren, das einer Kapitulation der Kurden gleichkam. Von Bagdad war zu hören: »Alle Iraker sind gleich.« Den Kurden galt diese Äußerung als ein routinemäßiges Ritual ohne Aussagekraft. Ihre Angelegenheiten stellten eine politische Frage dar, die aus wesentlich mehr als nur aus Chancengleichheit im Beruf und anderen zivilrechtlichen Fragen bestand.

Als **Aref II.** die Macht antrat, räumte er als erstes jeden Zweifel aus, dass er die Politik seines Vorgängers in allen wesentlichen Punkten fortführen werde. Bezüglich der Kurdenfrage bekräftigte er diese Absicht sogar besonders. Eine Wandlung in der irakischen Kurdenpolitik vollzog sich erst später, nachdem die langjährigen Kriege und eine letzte Offensive gegen die Kurden zeigten, dass das Bagdader militärische Potential alles andere als ein erfolversprechendes Instrument ist, den Kurden-Konflikt zu lösen, ganz zu schweigen von den mit diesen kriegerischen Maßnahmen verbundenen menschlichen und wirtschaftlichen Verlusten. Erst jetzt versuchte die Regierung, neue Wege zu finden, und damit bestand erstmals die Chance, einen der explosivsten Konflikte des Landes zu entschärfen.

Angesichts der Struktur des Regimes, das zumeist aus Generälen bestand, hatten die Befürworter politischer Vernunft wahrlich keinen leichten Stand. Der zivile Regierungschef al-Bazzaz spielte dabei eine wichtige Rolle. Er war zunächst mehr oder weniger bemüht, im Windschatten der Generäle mitzusegeln, versuchte aber, nach dem Scheitern der militärischen Offensive von Mai bis Juni 1966, ihnen den Kriegswind aus den Segeln zu nehmen, um Stabilität in die Republik zu bringen. Sein Einfluss auf die irakische Staatsführung fand aber dort sein Ende, wo sich der Wille der Generäle artikuliert. Die liberalen Programme, die al-Bazzaz verfolgte, nicht nur in der Kurdenfrage, auch in anderen wirtschaftlichen Fragen, machten ihn relativ populär, so dass die Generäle in ihm eine Gefahr für ihre eigene Macht sahen. Sie zwangen ihn zurückzutreten.

Seinerseits war dem politisch wenig erfahrenen Staatspräsidenten, der über Jahrzehnte bloß in der Armee Erfahrungen gesammelt hatte, immerhin bewusst gewesen, dass eine Kombination aus der Regelung der Kurdenfrage und der Zufriedenstellung seiner Kollegen nicht möglich war. Angesichts seiner Schwäche konnte er jedoch nicht mehr bewirken als eine weitere Enttäuschung für die Kurden und eine weitere zeitliche Verschiebung bei der Lösung der Kurdenfrage.

Selbst als er mit Barzani in Ruwandiz Einigkeit und Aufbruchsstimmung demonstrierte, war es klar, dass nur mit Handschlägen und Bruderküssen keine Feindschaften und Konflikte begraben werden können.

Die einzige sichtbare Errungenschaft in Ruwandiz war, neben dem warmen Empfang und der ebensolchen Verabschiedung des DPK-Präsidenten durch den irakischen Staatschef, der Eindruck, dass die Iraker erstmals seit 1961 eine kleine Öffnung in der Mauer der ideologischen Abwehr geschaffen hatten und die Kurden als Partner im politischen Leben des Landes zu akzeptieren schienen.

Seit 1962 wurden, wie ein Blick auf die Geschichte zeigt, etliche brüchige Waffenstillstände geschlossen und politische Gespräche im Kurden-Konflikt geführt; zeitweiliger Ruhe folgten immer wieder neue verlustreiche Kämpfe. Die entscheidende Frage ist: Warum?

Eine Anzahl erkennbarer Umstände lagen dieser Tatsache zugrunde und stellten schier unüberwindbare Hürden auf den Weg zur erhofften Regelung dieses Konflikts:

Die Stabilitätsfrage: Die Stabilität im Irak war, ist und bleibt eine Grundvoraussetzung für die Neugestaltung des Landes. Gerade sie aber war damals nicht gegeben. Die Lage des Landes blieb permanent labil. Alle Regierungen litten in den Jahren ihres Bestehens an dieser Instabilität. Weder die Regierung von Kassem noch die Regierungen von Aref I. und Aref II. räumten den Erfordernissen der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung eindeutig Priorität ein. Sie gründeten ihre Hoffnungen eher auf militärische

Macht. Da mögen Waffenstillstände und die friedlichen Gesten, die sie den Kurden gegenüber zuweilen zeigten, auf eine Wandlung in ihrer Grundkonzeption hinweisen, doch die jeweils darauf folgenden Feldzüge verdeutlichten die Grenzen ihres Willens zu einer friedlichen Regelung der Kurdenfrage.

Seitens Bagdad wurde allerdings das Mittel friedlicher Verhandlungen zumeist nur dann herangezogen, wenn Zweifel an der eigenen militärischen Macht aufkamen. Das bedeutete wiederum, dass der Verhandlungsweg gleichzeitig Ausdruck der Unfähigkeit der Regierung war, in Kurdistan militärische Überlegenheit herstellen zu können, wie es in den 20er, 30er und 40er Jahren der Fall gewesen war.

Die Vertrauensfrage zwischen den Konfliktparteien: In diesem Konflikt gab es zwei Parteien, die sich nur mäßig vertrauen konnten. In Kriegszeiten spien sie Gift und Galle und auch in den relativ friedlichen Zeiten standen sie weiterhin Gewehr bei Fuß. Zwischen ihren Zielvorstellungen lagen in mancher Hinsicht Welten und keine der beiden Seiten erkannte die Legitimation der anderen Seite an. Bagdad verstand sich als legitime Autorität über ganz Irak, die Kurden dagegen bezeichneten Kurdistan als ihr eigenes Territorium, wo Bagdad wenig oder gar nichts zu sagen habe. Diese Situation war fast allgegenwärtig. Das fehlende Vertrauen brachte die Kurden einmal auf die Idee, darauf zu bestehen, dass eine dritte Kraft ein eventuelles Abkommen zwischen ihnen und Bagdad garantieren sollte, weil der Irak - so wurde diese Forderung begründet - zu oft seine Versprechungen gebrochen habe.

Manchmal kam gerade Bewegung in die erstarrte Szene, schon wurde die Atmosphäre der politischen Gespräche mit erpresserischen Winkelzügen vergiftet und mit Drohungen von beiden Seiten belastet, was zur Folge hatte, dass die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung des Konfliktes begraben werden musste, noch bevor sie richtig gekeimt hatte, und was den politischen Horizont im Irak wieder völlig verdunkelte. Darüber hinaus war es mehr als fraglich, ob durch einige wenige Zugeständnisse der Regierung an die Kurden (Amnestieerlasse; Aufbauversprechungen etc.) das inzwischen tiefverwurzelte Misstrauen überhaupt zu beseitigen war.

Die Frage des Aufbaus von Kurdistan: Lang war die Liste der Probleme, die seit Jahren verschleppt worden waren, darunter die Aufbaumaßnahmen in Kurdistan. Schuldlos an den gravierenden sozialen und wirtschaftlichen Missständen im Irak im Allgemeinen und im Norden im Besonderen war die Regierung nicht. Statt dass die Regierung alle Anstrengungen darauf setzte, schnelle Erfolge einzubringen, um die Kriegsspuren zu beseitigen und den versprochenen Aufbau voranzutreiben, waren in dieser Frage meistens Fehlschläge zu verzeichnen. Man gelangte durch zögernde und widersprüchliche Maßnahmen nur zu mageren Resultaten. Die Folge war eine Kumulation von Konfliktpotential und die Perpetuierung der Unzufriedenheit der Kurden mit der Staatsgewalt.

Die unverträglichen Zielvorstellungen der Parteien: Der ungeheure Unterschied in den Zielvorstellungen der gegnerischen Seiten muss als die wichtigste Ursache für das Scheitern der politischen Gespräche gelten. Gerade in diesem Gegensatz lag die Wurzel der Problematik. Die Diskrepanz in den Zielvorstellungen der streitenden Parteien zeigte sich in vielen Fragen; zu den wichtigsten zählen:

a) **die panarabische Ideologie Arefs I.:** Berücksichtigt man die spektakulären Äußerungen und Entscheidungen Arefs I. im Hinblick auf die Frage der arabischen Einheit, so muss man geradezu zu dem Ergebnis kommen, dass es ihm darum ging, ausschließlich die Interessen der Araber durchzusetzen. Auf keine der für die Kurden

dringenden Schicksalsfragen gab es während der Verhandlungen in den Jahren 1963 und 1964 eine Antwort. Weder in der Frage der Arabisierung bestimmter Teile von Kurdistan noch bei dem Status der Kurden in der Vereinigten Arabischen Republik bewegte sich die Regierung auch nur einen Zentimeter auf die Position der Kurden zu, die auf eine autonome und/oder föderale Ordnung zielten.

Der Panarabismus bzw. die starke Annäherung an Ägypten war eine Doppelstrategie der Regierung Arefs I. Zum einen erhielt die schwache und unpopuläre Regierung Rückendeckung von Ägypten, zum anderen konnte man dadurch die arabische Welt gegen die Kurden mobilisieren.

Je mehr der panarabische Leitgedanke im Irak vordrang, desto misstrauischer wurden die Kurden, die wiederum umso stärker für die Bewahrung ihrer nationalen Rechte auftraten.

b) das Dezentralisierungsverständnis der Parteien: Inhaltliche Differenzen in den Modellen der Parteien zur Herrschafts- und Verwaltungsstruktur des Landes, vor allem in Kurdistan, war ein Punkt, worüber sich die gegnerischen Parteien nie einigen konnten. Jede entwickelte ein eigenes sogenanntes Dezentralisierungsmodell, jede ausschließlich ihren eigenen Interessen Rechnung tragend. Das Modell der Kurden präsentierte eine föderale Lösung mit weitgehend demokratischen Zügen, bei der die Regierungsautorität in der Verteidigungs- und Außenpolitik eingeschränkt wurde, während der Entwurf der Administration nicht mehr als eine geringfügige Reform der Verwaltung verhieß. Die Anerkennung der kurdischen Sprache bis zur neunten Schulklasse wurde mehr oder minder als hinreichende Lösung für die ganze Problematik dargestellt. Die Regierung ging stillschweigend darüber hinweg, dass der Irak seit 1933 (also als er sich vor dem Völkerbund zur Anerkennung der kurdischen Sprache verpflichtete, damit er seine Souveränität erhielt) dieses kulturelle Recht den Kurden hätte gewähren müssen.

c) die Frage der kurdischen Teilnahme an der Macht: In den machtpolitischen Fragen gab es praktisch keinerlei Übereinstimmung zwischen den Vorstellungen der Parteien über eine mögliche Lösung. Die Kurden waren bemüht, hinsichtlich dieser heiklen Angelegenheit eine Ordnung im Irak zu schaffen, die zumindest ihre Teilnahme an der Macht garantieren konnte und Art. 3 der provisorischen Verfassung zur Wirklichkeit machte. Aber der Staatsmacht fiel es schwer, die Kurden als Partner in der Regierung anzunehmen und mit ihnen wichtige Posten zu teilen. Auch Teilzugeständnisse und Verpflichtungen der Regierung den Kurden gegenüber änderten nichts an der grundsätzlichen Ablehnung, die Kurden als Partner zu akzeptieren.

d) die Grenzfrage von Kurdistan: Von zentraler Wichtigkeit war die Festlegung der Grenzen von Kurdistan. Die politischen Gespräche waren von Anfang an mit Grenzproblemen behaftet. Aus der Sicht der Regierung setzte eine Lösung der Kurdenfrage voraus, dass die Interessen des Landes durch die kurdischen Forderungen nicht zu stark eingeschränkt würden, vor allem, dass die Erdölgebiete (Kirkuk und Khanaqin) vollständig der Staatsautorität untergeordnet blieben. Dagegen forderten die Kurden die Einbeziehung aller mehrheitlich von ihnen bewohnten Gebiete in den Einwirkungsbereich einer kurdischen Autonomieverwaltung als berechtigten Anspruch.

Die kurdische Autonomie als angebliche Bedrohung für die bestehende staatliche Struktur des Irak: Immer wieder betonte die Regierungsseite, die selbstverständlich die kurdischen Distrikte als einen fixen Bestandteil des Landes betrachtete, die Einheit des Irak habe oberste Priorität. Man sah in den Zugeständnissen an die Kurden insgesamt das Vorzeichen dafür, dass langfristig die Staatsstruktur der Republik gesprengt würde und

ein wichtiger Teil des Landes verloren ginge - eine Abtrennung der kurdischen Erdölgebiete vom Irak hätte die Wirtschaft des Landes äußerst schmerzlich getroffen.

Teile der Forderungen der Kurden, wie etwa die Aufrechterhaltung der Peschmarga-Verbände und die Bereitstellung bestimmter Summen von den Erdöleinnahmen zugunsten der zu schaffenden kurdischen Autonomieorgane, schienen die Befürchtungen Bagdads über eine Spaltung des Landes zu bestätigen. Doch sämtliche kurdische Forderungen waren verhandelbar. Im Kern ging es darum, dass die Regierung nicht bereit war, die Macht oder die Ressourcen des Landes angemessen zu verteilen.

Die Spaltung im kurdischen Lager: Diese Spaltung zeichnete sich ausgerechnet in einem äußerst wichtigen Zeitpunkt der Ära Arefs II. ab, als in Bagdad eine relativ schwache Regierung amtierte. Die Kurden traten nicht mehr als eine einheitliche Kraft auf, wenn sie mit den Behörden Verhandlungen führten. Die politischen Konsultationen zwischen den streitenden Parteien nahmen u.a. aufgrund dieser Zerrissenheit in der kurdischen Front keine ernsthaften Züge an und gingen ohne greifbare Resultate zu Ende. Die Unstimmigkeit unter den Kurden hinterließ einen tiefen Riss in der kurdischen Gesellschaft, der bis heute andauert.

Das Fehlen eines ernsthaften Vermittlungsangebots: Die außenpolitischen Faktoren konnten zwar zeitweise den Konfliktverlauf beeinflussen, boten aber keine Garantien für irgendeinen friedlichen Erfolg oder gar eine militärische Wende in den Kriegszeiten.

Die Vermittlungsangebote des ägyptischen Staatspräsidenten Nasser - wenn seine positiven Äußerungen zur Kurdenfrage und gelegentlichen Interventionen überhaupt als Vermittlungsangebote gelten dürften - blieben weitgehend wirkungslos. Nassers Gedanken waren eher auf den arabisch-israelischen Konflikt konzentriert. Die Tatsache, die Nassers Einstellung zur Kurdenfrage später nachhaltig änderte, war keine andere als der Nahost-Konflikt.

Der Kreml andererseits wollte nicht die gesamte arabische Welt gegen sich aufbringen, auch wenn er ab und zu Partei für die Kurden nahm.

Für Teheran war schließlich die Kurdenfrage nicht mehr als ein Instrument, mit dem Bagdad erpresst werden konnte.

Aufgrund der hier vorgelegten Betrachtungen und Darlegungen kann man abschließend feststellen, dass unter all diesen ineinander verflochtenen Umständen eine dauerhafte Aussöhnung zwischen den Kurden und den arabischen Machthabern in Bagdad in den Jahren 1961-1968 stets als höchst zweifelhaft erscheinen musste.

III

Der Putsch vom 17. Juli 1968 verkündete den Beginn eines neuen Zeitalters in der Republik Irak. Der Vollzug der zweiten Etappe dieses Machtwechsels am 30. Juli 1968 ist in mehrfacher Hinsicht von großer Bedeutung. Ein Prozess der Baathisierung wurde gestartet, der über drei Jahrzehnte lang ohne Unterbrechungen anhielt und somit die politische Kultur des Irak in einer noch nie dagewesenen Form prägte. Die neuen Funktionsträger des Landes, die sich in der Baathpartei zusammengefunden hatten, bauten ihre Macht dermaßen aus, dass sie sich in wenigen Jahren eine stabile Herrschaftsstruktur sichern konnten. Dieser Vorgang übte großen Einfluss auf die Haltung der Regierung in der Kurdenfrage aus.

In die sicherheitspolitischen Planungen des Irak flossen in den sechziger Jahren eine Anzahl unterschiedlicher, teilweise gegenläufiger Determinanten und Zielvorstellungen ein, was die Kurdenfrage anbetraf. Diese Tendenz setzte sich 1968-69 zunächst fort. Doch die neue Regierung gelangte Ende 1969 zu neuen Erkenntnissen; deutlich wurden zunächst die Schwierigkeiten, die sich ihrem Hauptziel, der Festigung der eigenen Position, entgegenstellte. Im Militär, nach wie vor Träger der Macht, schlich sich in diesem Zusammenhang Zweifel ein, ob man den Kurden-Konflikt militärisch lösen könne. Er wurde als eine hochsensible Angelegenheit eingestuft, die durch andere Faktoren noch eine Verschärfung hätte bekommen können.

Überlegungen haben dazu geführt, die Schwierigkeiten seien zu überwinden, wenn man sich einen längerfristigen, innenpolitisch verkraftbaren Plan zurechtlegt und ihn nach und nach umsetzt.

Die Baathisten schienen aber auch der Realität des bi-nationalen Staatscharakters nicht mehr ausweichen zu wollen. Vor diesem Hintergrund stiegen die Chancen für die langersehnte Beilegung des Kurden-Konfliktes beachtlich. Es kam zur März-Verständigung von 1970 zwischen der Zentralregierung und der kurdischen Führung. Der Frieden war aber vor Rückschlägen noch nicht sicher. Relativ früh überwog das Misstrauen das Vertrauen bei weitem. Was in den Jahren zwischen 1970-1974 wie die große Freiheit aussah, hatte wiederum Spielregeln. Die gezielten Attentatversuche auf das Leben von Mulla Mustafa Barzani in dieser Zeit, unterstrichen zumindest, mit welchem unfairen Mittel Bagdad sich bediente, um die gegnerische Seite loszuwerden.

Die Regierung, die ein gewisses Interesse an einer Regelung des Kurden-Konfliktes hatte, hielt aber daran fest, dass eine solche Regelung im völligen Einklang mit ihren eigenen Vorstellungen stehen musste, also der Umfang der Zugeständnisse die festgesetzte Linie weder inhaltlich noch zeitlich überschreiten durfte. Auch wenn man sich des Eindrucks nicht verwehren kann, dass der Friedensschluss am Hoheitsstreit um die Stadt Kirkuk scheiterte, muss man neben diesem Anlass zwei Hauptursachen für die erneute Eskalation des Konfliktes 1974 in den Vordergrund stellen:

Die Stabilität der neuen baathistischen Regierung

Die Regierung schloss mit der kurdischen Führung ein Abkommen ab, das auf den Wunsch deutete, die Spannungen endgültig zu beenden. Doch die zu Beginn 1970 geförderte Entwicklung wurde vier Jahre später modifiziert. Die kompromisslose Haltung der Baath-Regierung sowohl bei den letzten Verhandlungsrunden 1974 als auch bei dem verspäteten und verzweifelten Versuch der kurdischen Seite, nach März 1975 neue Verhandlungen aufzunehmen, lässt nur die Schlussfolgerung zu, dass der Ansatz einer Konfliktbeilegung primär aus dem Machtkalkül der baathistischen Regierung entsprungen war, also nicht das primäre Motiv hatte, den Konflikt ein für alle mal abzuschließen. Verständigt haben sich die irakischen Machthaber, mit Saddam Hussein an der Spitze, mit dem Schah vom Iran, der die kurdische Karte als Vehikel zur Erreichung seiner Ziele am Golf benutzte. Das irakisch-iranische Abkommen von Algerien im März 1975 entleerte das März-Abkommen mit den Kurden von jeglicher Bedeutung.

Die destruktive Einmischung exogener Faktoren

Es soll hier nicht die Behauptung angestellt werden, dass dieser Konflikt lösbar gewesen wäre, hätten sich die fremden Akteure der Einmischung enthalten. Viel mehr ist

festzustellen, dass direkte und indirekte Eingriffe der regionalen (Iran) und internationalen Kräfte (USA und Sowjetunion) die Konfliktparteien in der einen oder anderen Form ermutigt haben, sich Ziele zu setzen, die die Möglichkeit einer Verständigung mit der gegnerischen Seite erheblich erschwerten. Die direkte sowjetische Unterstützung verlieh der ansonsten isolierten irakischen Regierung die Möglichkeit, den Konflikt gewaltsam auszutragen. Und die kurdische Seite wiegte sich offensichtlich in der Illusion, sie vermöge mit der Unterstützung durch die USA und den Iran, den Irak zumindest zu großen Zugeständnissen zu zwingen. Diese zwei Faktoren versperrten den Weg zur Regelung der bestehenden Unstimmigkeiten zwischen der Regierung und den Kurden.

Das Ausmaß der Zugeständnisse an die Kurden fiel im Autonomiegesetz des Kommandorats der Revolution (KRR) vom 11. März 1974 relativ knapp aus. Es wurde deutlich, dass selbst diese Konzessionen Mängel und Probleme aufwiesen.

Um welche Gegenstände ging es bei den Konflikten zwischen der baathistischen Zentralregierung und der Führung der Kurden? Grob vereinfacht um Territorien, Kompetenzen und Macht:

- **Der Konflikt um die Demarkation der kurdischen Autonomie**

Die Kurden kritisierten, dass die Autonomie-Verordnung selbst hinter niedrig gehaltenen Erwartungen noch weit zurückblieb. Einer der Konfliktgegenstände war die territoriale Frage: Die Festlegung der Grenzen der kurdischen Autonomie bzw. die Kirkuk-Frage. Bagdad kam den Kurden soweit entgegen, eine gemeinsame Verwaltung von Kirkuk anzubieten. Die Kurden verlangten hingegen, dass diese Verwaltung allein der kurdischen Regionalregierung unterstehen sollte.

Das Gebiet um Kirkuk, in dessen Tiefen großer Reichtum (Erdöl) ruht, spülte Milliarden in die Staatskasse und besserte die finanziellen Möglichkeiten des Landes grundsätzlich. Es handelte sich also um einen Interessenkonflikt ökonomischer Art. Bagdad fürchtete, auch wenn die Förderung und der Verkauf des Erdöls in der eigenen Kompetenz bliebe, gehe von der kurdischen Seite eine nicht zu unterschätzende Bedrohung der Einheit des Irak aus, denn sie agierte im Zeichen des kurdischen Nationalismus und könnte langfristig secessionistische Ziele anvisieren. Allerdings ist festzuhalten: Alle strittigen Gebiete (und das galt auch für die Umgebungen von Mossul, Dohuk und Khanaqin) standen beinahe vollständig unter Regierungskontrolle. Militärisch war die DPK nicht in der Lage, diese Gebiete zu erobern oder ihre Sicherheit entscheidend in Frage zu stellen.

Die kurdische Seite war damit unzufrieden, dass die Baath-Regierung die Autonomie auf das Gebiet beschränken wollte, das eine Bevölkerungsmehrheit der Kurden von über 90% aufwies. Die Haltung der Regierungsseite, so empfanden die Kurden, war gegen den Geist der Märzverständigung. Artikel 14 lautete: »Die kurdischen Provinzen und Verwaltungseinheiten werden zusammengeschlossen, nachdem eine offizielle Volkszählung stattgefunden hat, damit das kurdische Volk dort seine Selbstregierung praktizieren kann. Die Ausbeutung der Bodenschätze in diesem Gebiet bleibt Angelegenheit der Zentralregierung.« Willkürlich demgegenüber schloss Bagdad die kurdischen Provinzen zusammen und erschwerte bzw. blockierte die Durchführung einer Volkszählung.

- **Der Konflikt um die Kompetenzen der Zentralregierung in der kurdischen Autonomie**

Die Standpunkte der Antagonisten in diesem Konflikt lagen, was die Kompetenzen der Zentralregierung betraf, in wichtigen sicherheitspolitischen Fragen fern von einander. Während die Regierungsseite auf eine begrenzte kurdische Selbstverwaltung und eine starke Zentralisierung wichtiger machtpolitischer Angelegenheiten zielte, strebte die kurdische Seite nach einer Ordnung, die über die Rahmen einer begrenzten Autonomie hinausging. So z.B. sollte der Präsident des Landes das frei gewählte kurdische Parlament nicht auflösen dürfen. Die Polizei- und Sicherheitsorgane der autonomen Region sollten dem Ministerium für die Lokalverwaltung und nicht dem Innenministerium in Bagdad unterstellt sein. Der Autonomieregierung sollte ihr eigenes Budget, im angemessenen Verhältnis zur Bevölkerungszahl, zur Verfügung gestellt werden usw.

- **Der Konflikt um die Teilhabe der Kurden an der Zentralregierung**

Auch auf weitere Schlüsselfragen, die den Kurden auf den Nägeln brannten, gab es keine befriedigende Antwort. Weder in der Grenz- und Sicherheitsfrage der kurdischen Autonomie, noch bezüglich der Teilhabe der Kurden an der Zentralmacht bewegte sich die Regierung auch nur einen Zentimeter auf die Position der Kurden zu. Bei etlichen Punkten der Märzvereinbarung haben sich die Baathisten sogar jeden Schritt vorbehalten. Art. 15 des Abkommens sah vor, dass die Kurden prozentual an der Legislative beteiligt werden. Doch das gesetzgebende Organ, der Kommandorat der Revolution, blieb immer der Baathpartei vorbehalten. Vergeblich versuchte die DPK, wenigstens einen Vertreter in den KRR entsenden zu dürfen. Die Regierung weigerte sich auch vehement, freie Wahlen nach den Forderungen der DPK, aber auch der Kommunisten, abzuhalten. Sie fühlte sich provoziert durch diese Großorganisationen, denen es an Popularität nicht fehlte. Man beabsichtigte diesen Kräften durch die sogenannte Nationale Front, »eine politische *Minderheitsposition* zu gewähren«, wie Arnold Hottinger zutreffend in der Neuen Zürcher Zeitung am 3. Dezember 1971 formulierte. Denn bei dieser Front handelt es sich um ein pseudodemokratisches Manöver.

So flexibel und ausgewogen sich das letzte Angebot der Baath-Seite an die Kurden im März 1974 anhörte, »jeden Vorschlag zu debattieren«, so kompromisslos war in Wirklichkeit die Einstellung der irakischen Führung. Mit der Bekanntmachung des Autonomiegesetzes am 11. März 1974 stellte Bagdad die Kurden vor vollendete Tatsachen; sie mussten eine Autonomie mit vielen Lücken akzeptieren. Die kurdische Seite, der es nicht gelungen war, bei der Regierung eine Verschiebung der Umsetzung der kurdischen Autonomie um ein Jahr durchzusetzen, lehnte es nun ab, das Autonomieangebot in dieser rudimentären Form anzunehmen.

Saddam Hussein war allerdings eindeutig in seiner Wortwahl, als er Idris Barzani mahnend mitteilte, sie (die Baathistischen) würden alles unternehmen, um die Bildung eines kurdischen Staates zu verhindern. Es war unschwer zu erraten, was damit gemeint war. Von daher kam die Kehrtwendung des Irak nicht derart aus heiterem Himmel, wie es in der algerischen Hauptstadt schien. Trotzdem wurde die Führung der kurdischen Bewegung von den Ereignissen dermaßen überrollt, dass sie sich irritiert und politisch ohne gerade Linie zeigte. Sie verfolgte die Entwicklungen nach dem 6. März 1975 mit größter Sorge. In doppelter Stoßrichtung war sie in der bestochenen Situation bemüht, ein Desaster zu verhindern. Sie versuchte vergeblich mit dem Irak neue Verhandlungen zu

beginnen und zeitgleich aus ihren Kontakten mit den USA ihrem Dilemma entgegenzuwirken. Der Schaden auf ihrer Seite war überaus groß.

Aber hat sich die Führung der Kurden ohne Folgenbewusstsein in ein vermeidbares Dilemma manövriert? Verspielte sie im März 1974 die Chance auf eine mögliche Abmachung mit der baathistischen Regierung, ohne sich eine Garantie und/oder eine verlässliche Unterstützung der USA für mögliche Schwankungen ihrer iranischen Helfer gesichert zu haben?

Mit Blick auf den weiteren Verlauf der Geschehnisse im Irak kann heute, 29 Jahre später, die nachträgliche Behauptung, dass die kurdische Ablehnung des baathistischen Autonomiegesetzes vom März 1974 den Realitäten keine Rechnung trug, nicht mit Bestimmtheit aufgestellt werden. Denn die Entscheidungssituation in den Irrungen und Wirrungen von 1974 war nicht so leicht gewesen, wie damit unterstellt wird.

Spätestens mit den Weigerungen Saddam Husseins, im März 1974 die Autonomieumsetzung um ein Jahr zu verschieben und ein Jahr später, erneute Verhandlungen aufzunehmen, wurde unmissverständlich klar, dass die Regierung kein wirklich neues Kapitel des Kurden-Konfliktes aufzuschlagen gedachte. Sie schlug vielmehr erneut den Kurs ein, den sie verlassen zu wollen vorgab. Die baathistischen Entscheidungsträger waren weit davon entfernt, eine Liberalisierung der politischen Verhältnisse in die Wege zu leiten. Selbstverständlich schloss dies die kurdische Autonomie nicht aus. Man praktizierte eine Vorgehensweise, die leicht erkennen ließ, dass die Entwicklungen auf eine Diktatur hinausliefen. Die schlechten Erfahrungen der Kommunisten, die sich auf die Seite der Baathpartei geschlagen hatten, lassen sich drei Jahre später als unwiderlegbaren Beleg für die negative Haltung der Regierung in den machtpolitischen Fragen anführen. Es blieb die gängige Politik der herrschenden Clique, unter keinen Umständen ihre absolute politische Macht, die eindeutig auf dem Militär und den Sicherheitsdiensten beruhte, zur Disposition zu stellen. Dies war auch der Grund, warum sie nicht bereit war, den Kurden einen angemessenen Anteil an der Staatsmacht zu gewähren.

In Fortsetzung der traditionellen Anerkennung der kurdischen Identität war die Förderung der kurdischen Sprache und z.T. der kurdischen Kultur auch nach 1975 eine Politik der Regierung, die im Rahmen der formellen kurdischen Autonomie den Kurden zu Gute kam. Die nationale Identität der Kurden war nun mehr denn je juristisch und politisch verankert. Eine positive Entwicklung, die man in vielen ähnlichen Konflikten nicht als eine Selbstverständlichkeit vorfinden kann.

Doch die Entwicklungen nahmen im ganzen einen negativen Verlauf. Der blutige Krieg von 1974/75 wurde von einem eisigen Frieden abgelöst, der definitiv nicht einmal den Tatbestand eines negativen Friedens erfüllte. Denn die Deportation der sich ergebenden Kurden und die systematische Zerstörung der Existenzgrundlage der kurdischen Grenzdörfer legten schon den Keim für den kommenden Konflikt.

Die Regierung erfand darüber hinaus immer neue Varianten, wie sich das Autonomiediktat aufweichen ließe. Sie betrachtete die kurdische Autonomie eher als ein Prestige für das Land, anstatt eine angemessene kurdische Selbstverwaltung zu gewährleisten. Karrieristen und eine kleine Clique regierungstreuer Kurden, scharten sich schon früh (nämlich 1974) um die Regierung in Bagdad, offensichtlich in der Hoffnung auf Ministerämter. Dass diese, von der Regierung reichlich mit Geld ausgestattet, unter sich zerstritten und unfähig waren zumindest vereint der sogenannten Nationalfront unter

der Baath-Führung beizutreten, konnte nicht darüber hinweg täuschen, dass sie nur ein Alibi präsentierten. Von daher konnten solche Personen in Bagdad nichts Positives für die kurdische Autonomie bewirken.

Um die Stabilität seiner Regierung langfristig zu gewährleisten, bediente sich Saddam Hussein zweier Strategien: der Deportationspolitik und der Arabisierungspolitik.

Mit der Deportationspolitik der kurdischen Dörfer machte er nicht nur klar, dass er nicht gewillt war, einer neuen Welle kurdischer Erhebungen passiv zu begegnen, sondern dass er die wirtschaftliche Grundlage Kurdistans vernichten wollte. Die wirtschaftliche Abhängigkeit der kurdischen Gebiete von der Zentralregierung war die zwangsläufige Folge dieser Politik.

Mit der Arabisierungspolitik, einerseits durch die staatlich organisierte Kolonisierung vieler kurdischer Gebiete durch Araber, mit der Folge der Majorisierung durch diese, andererseits durch eine verstärkte Verbreitung der arabisch-baathistischen Ideologie im Alltagsleben, zielte er darauf, in Kurdistan neue Bedingungen zugunsten seiner Regierung zu schaffen. Die aggressive Arabisierung drohte darüber hinaus immer stärker, die kurdische Identität zu deformieren.

Solche Vorgehensweisen vergifteten das politische Klima im Allgemeinen. Sie riefen die herausgeforderten kurdischen Aktivisten auf den Plan und boten Anreize für Versuche, erneut den bewaffneten Kampf aufzunehmen, solange Bagdads intransigente Haltung bestehen blieb und das menschliche Potential für einen neuen Waffengang vorhanden war. In Kurdistan konnte man nicht länger von einer friedlichen Ruhe sprechen, als Saddam Hussein im Juni 1976 die Region besuchte und eine Erklärung über die Erfolge seiner Politik herausgab, in der er auf das Gefühl der Sicherheit in der Bevölkerung hinwies.

Die neue Normalität, die sich seit 1976 abzeichnete, entzog sich dem bekannten Raster und damit auch jeglicher Vorhersagbarkeit. Die im Widerstand erprobten Kurden konnten das Schicksal ihrer neuen Bewegung nicht ahnen. An dieser Stelle ist anzumerken, dass drei wesentliche Entwicklungen den Fortgang der Geschehnisse im Irak nach dem März 1975 bis 1990 markierten: Die erste betraf das politische System des Landes. Formal wurde der Irak vom KRR regiert. Doch in Wahrheit stand der Familienrat um Saddam Hussein im Mittelpunkt des Geschehens. Der Geheimdienst und sein Clan erlangte unter Saddam Husseins Regentschaft immer mehr eine Schlüsselrolle im politischen System der Republik. Mit der Zeit gelang es dem jungen Präsidenten, seine Macht endgültig zu festigen. Mittels rücksichtsloser Beseitigung seiner möglichen Konkurrenten schuf er eine außergewöhnlich stabile **Diktatur**. Für irakische Politiker, die den leisesten Verdacht Saddam Husseins erweckten, war es vor allem seit 1979 ein seltenes Privileg, friedlich im Bett zu sterben.

Die fehlenden Kontrollmechanismen und die Monopolisierung der Macht ließen nicht nur den ubiquitären Machtmissbrauch florieren. Sie ließen das Land von einem Konflikt in den anderen stürzen. Diese fatale Entwicklung wurde durch den Umstand begünstigt, dass die hohen Einnahmen des Staates aus der Erdölproduktion der Regierung einen großen Spielraum öffneten, willkürlich zu handeln, ohne jemals einer Kontrollinstanz irgendeine Rechenschaft ablegen zu müssen. Die relative Befriedung der siebziger Jahre, die sich in einen respektablen Wirtschaftswachstum umzusetzen begann, schlug in den achtziger Jahren durch den Krieg gegen das Nachbarland Iran in eine Inflation

dramatischer Dimensionen um. Die Regierung leistete es sich weiter so zu handeln, als sei nichts geschehen. Überdies schlug sie jedes Angebot der kurdischen Seite, aber auch die der anderen Strömungen des Landes, sich im Rahmen der politischen Legalität zu artikulieren, stets kurzerhand aus. Fakt ist, dass nach einer kurzen Periode der Öffnung in den frühen siebziger Jahren die schon vorher autoritäre Regierung zu einer immer rigoroseren, mit moderner Technik perfektionierten Ein-Mann-Herrschaft wurde.

Die zweite entscheidende Entwicklung nach 1975 war die **Zerrissenheit des kurdischen Lagers**. Bis 1975 war Mulla Mustafa Barzani mehr oder weniger eine Projektionsfläche für ein kollektives Gefühl, das mehr als alle Parteiprogramme die Mehrheit der Kurden zusammenhielt. Barzanis Charisma ging über die traditionellen Stammesgrenzen hinaus. Doch die Niederlage von 1975 schuf eine neue ungünstige Konstellation. Es entstand ein Durcheinander an politischen Strömungen, die die Kurden verwirrten. Zahlreiche DPKler fühlten sich ihrer Partei nach 1975 zunehmend entfremdet und das barsche Urteil über die Vergangenheit (Fehlkalkulationen der Führung) prognostizierte keinen verheißungsvollen Neubeginn. Obwohl nahezu alle Aktivisten und Mitglieder der neuen Organisationen in der Vergangenheit die zweite Garnitur der DPK bildeten, hat das fortdauernde Misstrauen zwischen ihnen die Bildung einer aktionsfähigen Koalition gegen die Prävalenz der Regierung in Kurdistan entscheidend beeinträchtigt.

Eine dauerhafte Zusammenarbeit zwischen den wichtigsten Organisationen kam langfristig nicht zustande. Denn es waren keineswegs nur ideologische Differenzen, die die Gruppierungen trennten, auch nicht ihre Verbindungen nach Außen. Vielmehr beruhte der Dissenz auf blanken parteiischen Interessengegensätzen bzw. auf den Legitimationsanspruch. Die DPK war als älteste noch bestehende kurdische Organisation nicht bereit, auf den Anspruch, die »rechtmäßige Repräsentation« der Kurden zu sein, zu verzichten. Und die PUK, die sich als erste Organisation nach dem März-Desaster 1975 formiert hatte, war genauso wenig bereit, diesen Anspruch nicht zu erheben. Von daher musste jede gewonnene Freundschaft der beiden großen Organisationen mit Skepsis betrachtet werden. Die tiefsitzende Gegnerschaft konnte keineswegs leicht beseitigt werden. Die Ergebnisse aller Gipfeltreffen entsprachen den vorher hochgeschraubten Erwartungen kaum. Folglich fehlte von Anbeginn an die grundsätzliche Voraussetzung dafür, dass die Entscheidungen in den schicksalhaften Fragen um Krieg und Frieden parteiübergreifend getroffen werden konnten. Jede Annäherung einer kurdischen Gruppierung an die Regierung hatte zwangsläufig Einfluss auf die politischen und militärischen Kräfteverhältnisse in Kurdistan. Das gleiche galt für jede Distanzierung. Doch die Fragmentierung schwächte die Kurden entscheidend, sodass die Regierung sie gar nicht richtig ernst zu nehmen brauchte. Der mühsame Neuanfang wurde nicht selten wieder in Frage gestellt und die geführten politischen Gespräche mit der Regierung entglitten oft ins Banale.

Im Konzept solcher Entwicklungen dominierte der **Irak-Iran-Krieg**, die dritte wichtigste Entwicklung nach 1975. Mit der islamischen Revolution im Iran keimten kurdische Hoffnungen auf. Die Beziehungen der Konfliktparteien waren seitdem noch stärkeren Schwankungen unterworfen. Dies galt auch für die innerkurdischen Verhältnisse. So begann sich nach dem Ausbruch der Kampfhandlungen in Iranisch-Kurdistan einiges zu ändern. Mit der Ausstoßung der etablierten DPK-Barzani, die vielerorts die Hoheit über die politische Landschaft verloren hatte, aus dem Kreis der zum

Iran oppositionellen Parteien, hoffte die PUK, einen lästigen Rivalen als "Verräter" an der kurdischen Sache diskreditiert und in ein politisches Niemandsland abgedrängt zu haben. Die PUK, deren Einflussgebiet im südlichen Teil von Irakisch-Kurdistan lag, vor allem entlang der Achse Kirkuk-Koya-Qaladize, fühlte sich zumindest in den östlichen Teilen Kurdistans nun als Führungsmacht und suchte sich mit gewissen Parolen gegen den Iran in den Vordergrund der kurdischen Szene zu schieben.

Festzustellen ist, dass vor dem Ausbruch des irakisch-iranischen Krieges die Öffentlichkeit von den Bemühungen der Konfliktparteien (Regierung und kurdische Aktivisten) um eine friedliche Regelung des Kurden-Konfliktes kaum Kenntnis nahm. Die militärische Lage stand zugunsten der Regierungsseite. Die kurdischen Fraktionen waren in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre im Begriff sich zu etablieren. Erst nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten im ersten Golfkrieg erhielt die kurdische Front kräftige Impulse, so dass sie von der Regierung nicht mehr völlig ignoriert werden konnte. Es kam tatsächlich zu einigen wenigen Verbindungen und Gesprächen der Konfliktbeteiligten. Die Regierung-PUK-Verhandlungen von 1983/84 waren nach dem März 1974 wohl die wichtigsten Bemühungen der Konfliktparteien, auf der Grundlage der politischen Gespräche die bestehenden Unstimmigkeiten beizulegen. Doch die Aussicht, dass diese Verhandlungen zur tatsächlichen Entspannung der politisch-militärischen Situation in Irakisch-Kurdistan beitragen würden und dem Kurden-Konflikt eine Regelung zuteil werden lassen, wirkte in der Realität insgesamt recht düster. Die Aufmerksamkeit der irakischen Seite war hauptsächlich auf den Krieg gegen den Iran gerichtet und weniger auf die kurdische Problematik. Es liegt nahe, dass nicht nur die PUK, sondern alle anderen Kräfte des kurdischen Lagers ohne Ausnahme eine Verständigung mit der Administration vorgezogen hätten, falls ein Mindestmaß an politischer Verlässlichkeit und an Rationalität die Geschäftsgrundlage für ein Regierungs-Kurden-Bündnis gewesen wäre. Das aber scheint zu keiner Zeit möglich gewesen zu sein. Denn das Monopolisieren der politischen Macht durch die Regierenden durfte nicht zur Disposition gestellt werden. Obgleich bei den PUK-Regierung-Verhandlungen von 1983/84, um ein Beispiel zu nennen, die kurdische Seite ihre Forderungen kräftig zurückschraubte, zeigte sich Bagdad bis auf die Beibehaltung des Waffenstillstands nicht bereit, ein Abkommen zu unterzeichnen. Als nach über elf Monaten Waffenstillstand die Hoffnung auf eine ernsthafte Regelung mit Bagdad völlig schwand, drohte der verhandelnden Organisation (PUK) der Verlust der Glaubwürdigkeit. Sie vollzog einen Kurswechsel und erklärte die Verhandlungen für beendet. Diese Haltung trug der Spitze der PUK den irakischen Vorwurf ein, durch ihre Intransigenz den Krieg fortsetzen zu wollen. Der PUK ging es aber auch um ein politisch-militärisches Signal. Die Patriotische Union, so die Botschaft, ist ein unerlässlicher Teil der Anti-Saddam-Front. Die PUK-Führung verstand den Kurswechsel zugleich als Anzahlung für das Ticket, das ihr einen Platz am Verhandlungstisch nach dem Ende der Regierung von Saddam Hussein sichern sollte - möglichst in der ersten Reihe. Doch dazu kam es nicht. Statt dessen standen die PUK-Gebiete in der ersten Reihe des irakischen Vernichtungsfeldzuges vor dem Kriegsende mit dem Iran.

Die Kurden waren insgesamt nicht willens, für die politische Unterstützung zu sorgen, die Saddam Hussein während seines Krieges gegen den Iran von ihnen erwartete. Denn die Hoffnungen derer, die die Verhandlungen begrüßt hatten, waren weiter pro-kurdisch angesiedelt, als die Absichten derer, die die Gespräche mit den kurdischen Fraktionen als

bloßes Mittel zur Mobilisierung der kurdischen Massen für den Krieg gegen den Iran betrachteten.

Wenn in den ersten sieben Jahren des Krieges die Kurden den überlasteten irakischen Streitkräften häufig schmerzhaft Schläge zu verpassen im Stande waren, so waren sie im achten Jahr einem Gegner ausgesetzt, der kraftvoll und voll ausgerüstet die letzten Etappen eines rücksichtslosen Krieges führte. Die Eroberung der Stadt Halabja durch die Kurden gemeinsam mit den Iranern reflektierte allerdings eine unzureichende Einschätzung des Stellenwerts des Hauptakteurs (Saddam Hussein). Aus dieser dramatischen Fehleinschätzung folgte ein barbarischer Akt, der mehreren tausend wehrlosen Menschen das Leben kostete. Die Art, wie die irakischen Truppen nun vorgingen, war deutlich rücksichtsloser und noch gleichgültiger gegenüber humanitären Argumenten als früher. Von daher dämpfte sich die relativ euphorische Stimmung auf der kurdischen Seite nach der kurdisch-kurdischen Versöhnung im Jahr 1987 nach und nach. Was der iranische geistliche Führer, Ayatollah Imam Khomeini, über die Annahme des Waffenstillstandes rhetorisch meinte, »den Kelch, der bitter sei als Gift trinken« zu müssen, ging an den Kurden nicht vorüber. Schon vor dem Ende des Ersten Golfkrieges mussten sie den bitteren Kelch bis zur Neige leeren. Eine dramatische Entwicklung in diesem Konflikt folgte der anderen. Den Umstand, dass die kurdische Bevölkerung außerhalb der staatlich kontrollierten Gebiete im Nordosten des Landes den Verbänden der Peschmarga nicht nur z.T. mit Sympathie gegenüberstand, sondern sie gelegentlich unmittelbar unterstützte, nahm die irakische Führung zum Anlass, die 'Endlösung' der Kurdenfrage in Angriff zu nehmen. Die von den sogenannten al-Anfal-Operationen völlig überraschten Kurden, die sich nicht rechtzeitig in sichere Gebiete außerhalb der irakischen Grenzen hatten absetzen können, wurden unter dem Vorwand der Wiederherstellung von Recht und Ordnung im Norden als Kriegsgefangene in die irakische Wüste getrieben und dort massakriert. Ob die Zahl der umgekommenen Opfer 182.000 war, wie von kurdischen Kreisen angegeben wird oder ob sie geringer ist, ändert am Faktum des Genozids dem Wesen nach nichts.

Rückblickend kann die kurdische Entscheidung, Schulter an Schulter mit der iranischen Seite zu kämpfen, als Einleitung zum letzten grausamen Kapitel im irakischen Kurden-Konflikt in den achtziger Jahren gewertet werden. Sicherlich lag es im Interesse des Iran, dem der Erfolg an den südlichen Fronten jahrelang versagt geblieben war, nun mit kurdischer Unterstützung die Kämpfe auch in den Norden zu verlagern. Die Kurden machten sich mehr oder minder zum Erfüllungsgehilfen einer, wie sich herausstellte, gescheiterten iranischen Irak-Politik.

Nachträglich kann die Behauptung aufgestellt werden, dass eine zurückhaltende Präsenz an den nördlichen Fronten wahrscheinlich für die Kurden nützlicher gewesen wäre, als mit aller Kraft auf einen Gegner des Irak zu setzen, der in der Weltpolitik fast isoliert dastand. Doch auch eine neutrale Haltung hätte den irakischen Genozid an den Kurden kaum verhindern können. Ohne Umschweife hatten die irakischen Verantwortlichen wie Tariq Aziz und Ali Hassan al-Majid den Vertretern der Kurden in der Opposition, aber auch den regierungsloyalen Kurden in geheimen Gesprächen zu verstehen gegeben, dass die Entscheidung, die Endlösung der Kurdenfrage gewaltsam durchzusetzen, bereits gefallen sei. Selbst die niedrig gehaltenen Erwartungen der kurdischen Seite waren in Bagdad bei den politischen Gesprächen unberücksichtigt geblieben. Diese bittere Erfahrung machten alle Kräfte in Irakisch-Kurdistan, die PUK, die Sozialisten und auch die DPK; da sich kein politischer Akteur freiwillig selbst

abschafft, war die gewaltsame Vernichtung der Kurden unter diesen Voraussetzungen vorprogrammiert. Vor allem deshalb, weil die Regierung von Saddam Hussein dermaßen stabil war, dass sie nur von Außen hätte gefährdet werden können. Die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Machtwechsels durch einen Militärputsch war sehr gering. Diese Tatsache erkannte die Führung der kurdischen Organisationen. Das Dilemma der kurdischen Seite bestand offensichtlich darin, dass sie den veränderten Verhältnissen auf regionaler und internationaler Ebene nicht Rechnung tragen konnte. Die Entwicklungen sprachen nur für die Regierung Saddam Hussein, und er wusste die Rolle zu nutzen, welche die Welt ihm im Geflecht der Krisenstaaten zudedacht hatte: die eines verlässlichen Bollwerkes gegen den schiitisch-islamischen Expansionsdrang. Bis auf wenige kaum bedeutende Staaten (Syrien, Jemen und Libyen) profitierten die meisten Staaten der Region und der Welt während des Krieges vom Waffenverkauf und wollten einen Sieg des Iran auf jeden Fall verhindern.

Die Kurden, die weder die Interessen der regionalen und internationalen Mächte ernsthaft gefährdeten noch sie sichern konnten, hatten in dieser Konstellation kaum einen Spielraum, "zuverlässige" Partner zu finden. Ihre militärische Kraft überstieg nicht das erträgliche Maß für die irakischen Streitkräfte, obgleich sie hin und wieder logistische Unterstützung vom Iran, von Syrien und Libyen erhielten.

Fazit

Nachdem die Faktoren vorgestellt wurden, die Aufschluss darüber geben, warum in den politisch günstigen Zeiten des Zusammenbruchs des Osmanischen Reiches kein Kurdenstaat in Süd-Kurdistan (heute Nord-Irak, Kurdistan-Irak oder Irakisch-Kurdistan) entstand, und weshalb in den darauffolgenden Entwicklungen bis 1990 keine endgültige Kompromisslösung im irakischen Kurden-Konflikt in Kraft treten konnte, soll abschließend das Thema noch einmal bündig aufgegriffen werden.

Aus welthistorischer Sicht erscheint Großbritannien letztlich als Befreier im Nahen Osten, insofern das Empire die veralteten osmanischen Strukturen erschütterte und den Weg zu einer neuen Ordnung im Vorderen Orient ebnete. Diese einschneidende Entwicklung bescherte den Kurden jedoch keine Eigenstaatlichkeit. Eine umfassende Nationalbewegung im Sinne einer politischen Mobilisierung der Volksmassen in Kurdistan war nach dieser relativ kurzen Zeit noch nicht vorhanden. Ferner trat kein einziger staatlicher Akteur für ein solches Kurdistan-Projekt ein.

Das Schicksal Kurdistans stellte in dieser Hinsicht jedoch keine Ausnahme dar. Die Gründung moderner Staatsgebilde war nur in den Regionen realisierbar, wo an Stelle eines Vorgängerregimes rechtzeitig eine starke staatsähnliche Autorität auftrat oder die Sieger des Ersten Weltkrieges ein Interesse an der Gründung eines Staates nach ihrem Ermessen hatten. Gegenüber diesen Rahmenbedingungen musste jede kurdische Bewegung hilflos dastehen. Vor diesem Hintergrund zählt Shaikh Mahmuds Bemühungen um die Gründung eines Staates als der missglückte Jahrhundertsversuch der Kurden.

Obgleich die Londoner Regierung und das India Office 1919 für die kurdische Staatlichkeit optierten, sahen die britischen Hochkommissare in Bagdad das macht- und wirtschaftliche Interesse Großbritanniens am besten dadurch bedient, dass man Süd-Kurdistan in den Irak inkorporierte. Süd-Kurdistan wurde dann Mitte der zwanziger Jahre auf britisches Betreiben tatsächlich dem neuen Staat Irak zugeschlagen, jedoch mit der erklärten Absicht, die Wünsche der ansässigen Kurden hinsichtlich einer - nicht genau

definierten - Selbstverwaltung zu berücksichtigen. Die Benachteiligung der Kurden nahm ihren Lauf. Sie bestand nicht nur in der Verweigerung der kurdischen Eigenstaatlichkeit. Die Elite der dominanten Volksgruppe (der Araber) in dem neugeborenen Staatsgebilde verfolgte im Rahmen ihrer Bemühungen um die Integration der Kurden auch eine Zentralisierungspolitik, die häufig mit den Interessen der Kräfte kollidierte, die dem irakischen Staat misstrauisch gegenüberstanden. Dies führte zwangsläufig zur Unterdrückung der Aktivisten aus den Reihen der minoritären Kurden.

Die Zielvorstellungen der kurdischen Seite variierten entsprechend dem Konfliktverlauf und dem Entwicklungsstand der Dinge. In der frühen Phase wurde die Eigenstaatlichkeit anvisiert. In der Folgezeit wurde dagegen eine Art Selbstregierung angestrebt; Diese Vorstellung reichte von einer politischen Autonomie bis hin zur Konföderation. Dabei wurde auch eine angemessene Teilhabe an der Zentralmacht in Erwägung gezogen.

Seit den dreißiger Jahren griff unter den politisch aktiven kurdischen Eliten die Einsicht um sich, das grundsätzliche Problem der Koexistenz mit der arabischen Regierung anzugehen. Frühzeitig mussten sie sich mit der ernüchternden Erkenntnis abfinden, dass eine lange Auseinandersetzung vor ihnen steht. Die Liste der politischen Gespräche und militärischen Zusammenstöße, die seitdem das Verhältnis zwischen ihnen und dem irakischen Staat bestimmten, wurde immer länger. Der wiederholte Bruch von Vereinbarungen und Waffenstillständen deutete darauf hin, dass zum Ausgleich der Interessen die notwendigen Mechanismen, die für die Beilegung von politischen Konflikten unabdingbar sind, fehlten. Das Ausmaß der Zugeständnisse der irakischen Seite befriedigte in den vierziger, fünfziger und sechziger Jahren nie die kurdischen Erwartungen. Erschwerend dazu kam das Fehlen eines dritten Akteurs, der sich hätte gutwillig als Vermittler einschalten können; Militärisch war dieser Konflikt ohnehin nicht zu regeln. Iraks Streitkräfte waren in der Regel in dem unwegsamen, zerklüfteten Gelände der nordirakischen Bergwelt im Nachteil. In der Ebene waren die kurdischen Peshmarga hoffnungslos unterlegen.

Das März-Abkommen von 1970 brachte die Wende. Die Regierungsseite kam den kurdischen Erwartungen recht früh auf halbem Weg entgegen. Es war nicht zu leugnen, dass die beiden Parteien bis 1974 noch den Weg des geringsten Widerstands gingen. Doch die provisorische Verfassung, die die nationalen Rechte der beiden Hauptvölker des Landes gleichsetzte, und die Rechtswirklichkeit fielen mit Blick auf die Omnipotenz des Kommandorats der Revolution (KRR), dem Präsident al-Bakr bis 1979 vorstand, völlig auseinander.

Die irakische Seite sah jedoch lange nicht ein, dass auch nach 1974 ein direkter und freimütiger Dialog der beste Weg gewesen wäre, mit den Meinungsverschiedenheiten umzugehen und sie auf konkrete Weise beizulegen. Sie war nicht gewillt, eine relativ starke inländische politische Macht neben sich zu dulden. Daher hat der Kurden-Konflikt nach vierjähriger Waffenruhe ab März 1974 wieder eine kriegerische Wende genommen. Zahlreiche kurdische Zivilisten und Freischärler und hunderte irakische Soldaten wurden auf dem Altar des Starrsinn geopfert.

Der Krieg führte jedoch keine Lösung herbei. Doch die Abhängigkeit der Kurden vom Iran erhöhte die Verwundbarkeit der kurdischen Bewegung bei den militärischen Auseinandersetzungen immens und dies nutzte die irakische Führung aus. Im Rahmen der irakisch-iranischen Auseinandersetzungen kam die Baath-Regierung dem iranischen Wunsch entgegen und trat ihm den Schatt al-Arab jenseits des Talwegs ab. Seinerseits

schloss der Iran unmittelbar seinen Grenzen für die Kurden. Die Existenzgrundlage der aufständischen Kurden war nun gefährdet. Durch diese dramatische Entwicklung geriet die kurdische Front aus den Fugen.

Nach dem Märzkrach von 1975 war kaum an eine schnelle Formierung der Kurden zu denken. Die Episode nach 1975 zeigte die Zerrissenheit einer Bewegung, deren Entscheidungsträger daran scheiterten, friedlich nebeneinander einen neuen Aufbruch in eine völlig neue Entwicklung zu gestalten. Der Einfluss der kurdischen Organisationen blieb weitgehend gering, zieht man die Epoche Barzani in den Jahren zwischen 1961 bis 1975 zum Vergleich. Als Folge dieser Schwäche verloren die Kurden an Geltung. Zeitgleich zeichnete sich eine neuartige Machtkonsolidierung in der irakischen Hauptstadt ab. Für das Land traf nicht mehr zu, was einmal ein irakischer Politiker sagte: »Zwölf gute Männer mit den richtigen Verbindungen, dem richtigen Personal und zur richtigen Stunde, können aus schwarz weiß und aus weiß schwarz machen.«¹

Saddam Hussein machte schon in der ersten Phase seines Aufstiegs zur Macht die Baathpartei zu einem Zentrum politischer Autorität und sich zum Alleinherrscher. Eine Anzahl unter seiner direkten Kontrolle stehender, miteinander konkurrierender Geheimdienstnetze bescherte ihm einen politisch-militärisch-polizeilichen Komplex von überragender Machtfülle. Und dieses machte ihn umso kompromissloser in Fragen von Macht und Einfluss, als seine Regierung politische Gespräche und Verhandlungen mit den kurdischen Organisationen führte.

Unumstritten ist, dass durch die iranische Revolution im Jahr 1979 ein historisches Ereignis im Orient zu verzeichnen war, das von da an überall politische Hoffnungen der benachteiligten Gruppierungen weckte. Die kurdische Seite, die von ihren politischen Gesprächen mit der irakischen Regierung nichts Positives zu erwarten hatte, erhoffte sich vom irakisch-iranischen Krieg den Sturz von Saddam Husseins Regierung. Sie fragte sich jedoch auch, ob der Iran sie nicht enttäuschen würde, obgleich der geistliche Führer der islamischen Revolution Imam Khomeini tatsächlich als Zielsetzung Saddam Husseins endgültigen Niedergang vorsah. Doch die ruhige und harmonische Fassade der kurdisch-iranischen Verbindungen nach 1986 täuschte darüber hinweg, dass die etablierten Kleriker im Iran nicht fortwirkend dieses Ziel verfolgen würden. Mit Blick auf das Waffenpotential der beiden Staaten waren die iranischen Streitkräfte ihrem Kriegsgegner zu sehr unterlegen. 1988 war das Jahr der Entscheidung. Der militärischen Übermacht der irakischen Seite war nichts entgegenzusetzen. Der Irak gewann nahezu an allen Fronten die Oberhand. Der Krieg lieferte der Regierung von Saddam Hussein darüber hinaus einen Vorwand und die Möglichkeit, sich der kurdischen Opposition endgültig zu entledigen. Zur Politik der verbrannten Erde, des Aushungerns und der lückenlosen Blockade kam eine Serie von Strafexpeditionen, al-Anfal-Operationen genannt, die ganze kurdische Dörfer auslöschten und mithin die Präsenz der kurdischen Organisationen im Norden beendeten. Diese für die kurdischen Aktivisten beklemmende Konstellation hielt über zweieinhalb Jahre an.

In Kurdistan-Irak hatte sich seit 1988 die depressive Stimmung mit dem mehr oder minder zweiten Untergang der Bewegung breitgemacht. Keiner ahnte, dass mit dem Einmarsch von Saddam Husseins Armee in Kuwait der Übergang zu einem neuen Zeitalter anbrechen würde. Zu einer Ära, in der sich die Kurden selbst regieren würden.

¹ Handelsblatt vom 24. Mai 1965.

Ausblick

Die Konfliktbeilegung ist oft ein komplizierter Prozess zu dessen Erlangung auch Auseinandersetzungen verschiedener Arten zwischen den gegnerischen Parteien gehören. Doch jeder Konflikt kann letztendlich geregelt werden, wenn die Auswirkung einer Regelung den Konfliktparteien überschaubar und berechenbar erscheinen. Eine Regelung würde aber umso schwieriger sein, je stärker die Konfliktbeteiligten ihre jeweiligen Interessen als gegensätzlich und kompromissunfähig wahrnehmen.

Es lässt sich mit Bestimmtheit sagen, und das ist die Erkenntnis der vergangenen achtzig Jahre aus den irakisch-kurdischen Auseinandersetzungen: dieser Konflikt war (und ist noch) weder durch Krieg noch auf dem Weg der normalen politischen Verhandlungen der streitenden Parteien lösbar.

Wird dieser Konflikt je eine umfassende Regelung erfahren?

Hervorzuheben ist, dass die Hauptverantwortung für die Regelung eines solchen Konfliktes bei der Zentralregierung steht, aber auch den Kräften der opponierenden Seite eine wichtige Rolle zukommt. Eine wirksame Konfliktbeilegung setzt in der heutigen Zeit eine entsprechende demokratische Kultur voraus, um die Dialogbereitschaft zu fördern, damit eine Verständigung auf friedlichem Weg keine Utopie bleibt, sondern Wirklichkeit wird. Ist diese Voraussetzung erfüllt, können mittelfristig Mechanismen entwickelt werden, die einen Interessenausgleich ermöglichen.

In unserem Fall hat die irakische Führung durch ihre vielfältigen Möglichkeiten als staatlicher Akteur zu jeder Zeit die Macht, diesen Konflikt endgültig beizulegen. Was ihr aber fehlt, ist die Kultur, der Wille und der Entschluss dazu.

Seit Saddam Husseins Machtanstieg kennt das Land keine sanften Übergänge mehr. Spätestens 1979 ging eine Epoche irakischer Geschichte zu Ende. Gewalt als konstruktive Komponente von Herrschaftssicherung verdrängte immer mehr die Moral aus der politischen Kultur des Landes, das seit Ausrufung der Republik 1958 nur eine provisorische Verfassung kannte. Trotz der angekündigten Versprechungen mit der Verfassung von 1990 machte sich die irakische Führung eine demokratische Kultur nicht zu eigen. Die Entschlossenheit, die Zügel der Macht niemals zu lockern, geschweige denn sie aus der Hand zu geben, verhindert stets jede denkbare Liberalisierung des Landes, genauso jede halbwegs zufriedenstellende Regelung der Kurdenfrage.

Der in der vorliegenden Arbeit behandelten Zeitspanne (vom ersten Weltkrieg bis zum Ausbruch des Zweiten Golfkrieges) folgten bekanntlich bemerkenswerte Entwicklungen, die aber über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen und daher nicht eingehend analysiert werden. Trotzdem empfiehlt es sich, einen kurzen Blick auf die Geschehnisse zu werfen, um zu unterstreichen, dass der Kurden-Konflikt mit der am 9. April 2003 abgesetzten irakischen Führung nicht zu lösen war.

Die gewaltige Überlegenheit der irakischen Streitkräfte vor der Bodenoffensive der Alliierten zur Befreiung von Kuwait Anfang 1991 ließ keinen Spielraum für die kurdische Seite. Erst mit der irakischen Niederlage taten sich ihr neue Perspektiven auf. Der im Süden des Landes ausgebrochene spontaner Volksaufstand im Frühjahr 1991 änderte die Lage grundlegend.¹ Die Kurden sahen in den militärischen Niederlagen des Irak die lang ersehnte Gelegenheit, sich selbst von den Überresten der baathistischen Herrschaft zu lösen. Ihr zunächst erfolgreich verlaufender Aufstand endete jedoch wenig

¹ "The uprising came from the people themselves. We didn't expect it." sagte Barzani über den Volksaufstand. The Independent vom 24. April 1991, nach McDowall, 1996, S. 371.

später in einem Fiasko. Denn den während des Krieges verschont gebliebenen Eliteeinheiten des irakischen Präsidenten gelang es binnen einer Woche, alle wichtigen Städte des Landes erneut unter ihre Kontrolle zu bringen. Dies löste einen Massenexodus der kurdischen Flüchtlinge aus, die das Gemüt der Weltgemeinschaft erregte. Der UN-Sicherheitsrat verabschiedete vor diesem Hintergrund die Resolution Nummer 688 am 7. April 1991, die den Irak ausdrücklich aufforderte, die Unterdrückungspolitik gegen die Kurden umgehend einzustellen. Die Alliierten errichteten sogar Auffanglager für Flüchtlinge in einer schmalen Schutzzone nördlich der Stadt Dohuk und später eine militärisch abgesicherte Flugverbotszone nördlich des 36. Breitengrades. Nun befanden sich die beiden Konfliktparteien in einer verzweifelten Lage, die sie zu einer Kampfpause nötigte: die Kurden auf der Flucht und Saddam Hussein unter dem kaum erträglichen innen- sowie außenpolitischen und militärischen Druck.² Der irakische Präsident ergriff die Initiative und lud die Führung der IKF zur Aufnahme politischer Verhandlungen nach Bagdad ein.

Bei den Verhandlungen türmten sich schnell "unüberbrückbare" Schwierigkeiten auf, wie etwa die geographische Festlegung der zu schaffenden kurdischen Autonomieregion. Dieses war das alte umstrittene Problem. Über die strategische Region um Kirkuk teilte Tariq Aziz, der irakische Vizepräsident, dem kurdischen Verhandlungsteam in unverblümter Direktheit mit: »Wir wissen, daß dieses Gebiet kurdisch ist, wir geben Euch [den Kurden] aber hierzu nur ein einziges Recht, nämlich das des Weinens, wenn ihr dieses Gebiet durchquert.«³ Aus den kurdischen Reihen meinte Massud Barzani zu diesem Punkt:

»Wir verlangen nicht die Kontrolle über die Ölfelder oder gar, daß sie in unseren Besitz übergehen. Bagdad muß uns einen fairen Anteil an den Erlösen aus dem Verkauf des dort geförderten Öls geben.«⁴

Ohne jegliche Erfolge zogen sich die politischen Gespräche in die Länge. Nach den ergebnislos verlaufenen Verhandlungen standen die Zeichen unweigerlich wieder auf einer neuen Runde Kampfhandlungen. Im Juli 1991 brachen die Gefechte zwischen Bagdad und den Kurden erneut aus.⁵ Deren Folgen waren die Teilung des umkämpften Gebietes auf Dauer und somit die Entstehung einer Demarkationslinie entlang des nordöstlichen Teils des Irak.

Doch die Administration in Bagdad war 1991 vorrangig darum bemüht, durch Verhandlungen die Kurden von den Alliierten zu isolieren. Die Irakische Nachrichtenagentur (INA) ließ verlauten: »Die Vereinbarung eines Autonomieabkommens mit den Kurden wäre eine gewaltige Ohrfeige für die Feinde des Irak.« Bei einigen Forderungen der beiden Kontrahenten kam es zu keiner Annäherung der Standpunkte. In einem überraschenden Schritt zog der Irak Ende Oktober 1991 seine Streitkräfte aus den drei kurdischen Distrikten (Arbil, Sulaimani und Dohuk) ab und stellte sämtliche Dienstleistungen in der Region ein.⁶ Die Verwaltungsapparate lösten sich zusehend auf.

² McDowall, 1996, S. 376.

³ N. Talabany: Die Region Kirkuk und die Versuche zur Änderung ihrer nationalen Wirklichkeit (Arabisch), 2. Auflage, o.O. 1999, S. 18.

⁴ Tageszeitung vom 14. März 1992.

⁵ McDowall, 1996, S. 378.

⁶ Neue Zürcher Zeitung vom 2. November 1991. Der DPK-Sprecher in London, Hoshyar Zibari, bezeichnet diese Haltung Bagdads als »eine Falle«. Die Bildung einer unabhängigen kurdischen Administration hätte die Nachbarländer besonders alarmiert. McDowall, 1996, S. 379.

Darüber hinaus verhängte Saddam Hussein über das ohnehin vom Krieg erschütterte kurdische Gebiet eine Wirtschaftsblockade. Konsequenterweise war die kurdische Seite nicht mehr bereit, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, solange die Blockade nicht aufgehoben wurde. Saddam Hussein teilte der kurdischen Führung folgendes mit:

»Falls Eure wirkliche Absicht Unabhängigkeit ist, und es keinen anderen Weg gibt, werden wir Euch nicht bekämpfen. [...] Wenn Ihr Iraker bleiben wollt«, setzte er fort, »dann sollten wir uns verständigen. Wir glauben nicht mehr an eine militärische Lösung mit Euch wie dem auch sei. Wir werden Euch nicht gewaltsam in den Irak zurückholen.«⁷

Nach Berichten von Tariq Aziz implizierte diese neue irakische Kurdenpolitik auch die Bereitschaft des Irak, als erstes Land, den kurdischen Staat anzuerkennen.⁸

Wie ist diese Einstellung zu bewerten? Die Ernsthaftigkeit der irakischen Politik ist zwar nicht nachprüfbar, Fakt ist aber, dass die in Aussicht gestellte Option der Eigenstaatlichkeit nicht die umstrittenen und strategischen Gebiete umfassen dürfte. Im Mittelpunkt der irakischen Interessen stand nicht die Integrität und Unversehrtheit des irakischen Staates, sondern standen nackte ökonomische Belange (nämlich das Erdöl von Kirkuk). Die Haltung von Saddam Hussein darf als ein Kurswechsel der irakischen Kurdenpolitik in zwei Richtungen verstanden werden: Einerseits sich eines dauerhaft lästigen Machtfaktors zumindest temporär zu entledigen. Andererseits diene diese verfolgte Strategie als gewollte Provokation dazu, den Kurden ihr geographisches Dilemma vor Augen zu führen. Die Nachbarländer blickten besorgt in Richtung Nordirak. Ihre regelmäßig abgehaltenen Außenministertreffen ließen nichts Gutes für die irakischen Kurden erahnen. Diese Konstellation bot den Kurden keinen Anreiz dafür, ihre Souveränität zu erklären, auch wenn diese im Prinzip mit dem irakischen Rückzug real war.

Doch die Kurden handelten. Am 19. Mai 1992 hielten sie freie Wahlen ab. Die DPK konnte einen knappen Sieg erringen. Sie erhielt 45,3% der Stimmen, die PUK 43,8%. Eine Koalition aus den beiden Siegern bildete am 4. Juni 1992 eine Regierung namens Regionalregierung Kurdistan (RRK). Anfang Oktober gründete das gewählte Parlament offiziell ein Bundesland Kurdistan als Teil eines künftigen demokratischen Bundesstaates Irak.⁹ Die Regierung in Bagdad lehnte bis zu ihrem Sturz am 9. April 2003 ab, diesen Schritt anzuerkennen. Saddam Hussein hatte keinerlei Absichten, in Richtung einer Versöhnung bzw. einer endgültigen Regelung der Kurdenfrage zu schreiten. Sein Rückzug aus den Kerngebieten Kurdistans 1991 und seine starre Haltung in den umstrittenen Fragen (die Grenzen der kurdischen Autonomie), selbst in Zeiten seiner Schwäche, bewiesen die Unwilligkeit zu einem Ausgleich mit den Kurden. Da eine Reihe von Interaktionen mit einem besonders destruktiven Verlauf die Politik seiner Herrschaft kennzeichneten, war ohnehin die Wiederherstellung von Vertrauen, unabdingbar für einen dauerhaften Frieden, schwer vorstellbar. Aus diesem Hintergrund ist zu folgern, dass der Fortbestand der irakischen Regierung unter Saddam Hussein nichts anderes war als die Verlängerung einer dringend zu klärenden Pattsituation des Kurden-Konfliktes.

Im Frühjahr 2003 vollzog sich im Vorderen Orient ein politisch-militärischer Erdbeben. Saddams Macht ist endgültig zerfallen. Wie wirkt sich dies auf die Kurdenfrage im Irak aus?

⁷ H. Naanaa: Tariq Aziz ... Mensch und Frage (Arabisch), Beirut 2000, S. 164-65.

⁸ Ebd., S. 164.

⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Oktober 1992.

In der heutigen Situation sind die Kurden ein ernstzunehmender Machtfaktor. Sie stellen faktisch eine der wichtigsten und bestorganisierten Kräfte des Landes dar. Ihnen winkt die Chance, in eine neue Ära aufzubrechen. Aber neue Kraftproben erwarten die Kurden. Einige Aspekte sind entscheidend dafür, ihre Interessen sicherzustellen:

1) Wahrung ihrer Einheit. Die jüngere Geschichte der innerkurdischen Beziehungen bot wenige Vorbilder für eine langfristige Versöhnung der Hauptfraktionen. Gelingt es der kurdischen Führung langfristig Einheit, Sicherheit und Stabilität zumindest in der eigenen Region zu gewährleisten und ein gewisses Maß an Selbstvertrauen bei den eigenen Kräften zu wecken, kann sie stärker denn je auf einen Rückhalt nicht nur bei den Kurden, sondern bei den meisten Irakern zählen.

2) Aktive Mitgestaltung der irakischen Politik. Die Etablierung eines modernen Staatssystems, das auf dem Boden einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen sollte, eröffnet dem ganzen Land eine gute Perspektive für eine zufriedenstellende Beilegung vieler politischer Auseinandersetzungen. Der irakische Staat kann mit dem kurdischen Engagement die dringend benötigte ethnisch-kulturelle Neutralität als ein wichtiges konfliktabwendendes Prinzip gewinnen.

Statusgemäß und strukturell ist der heutige Nordirak eine partielle Eigenstaatlichkeit, eine Art Föderation als Gliedstaat eines gegenwärtig entsouveränisierten Staates. Das unter kurdische Kontrolle stehende Gebiet verläuft wie ein halbmondartiger Streifen entlang der türkischen und iranischen Grenze bis Khanaqin, stellenweise nur an die 30 km, in unwegsamen Gebieten bis zu 100 km tief (siehe Karte 9). Die kurdische Selbstverwaltungsregion dürfte in der Zukunft u.U. eine Ausweitung erfahren. Schon jetzt bekleiden zum ersten Mal seit dem Sturz der Monarchie 1958 einige kurdische Persönlichkeiten höchste politische Ämter in etlichen, traditionell als Teile von Irakisch-Kurdistan bekannten, wichtigen Städten und Ortschaften wie Kirkuk und Khanaqin in den südlichen Teilen des nordirakischen Kurdenlands.

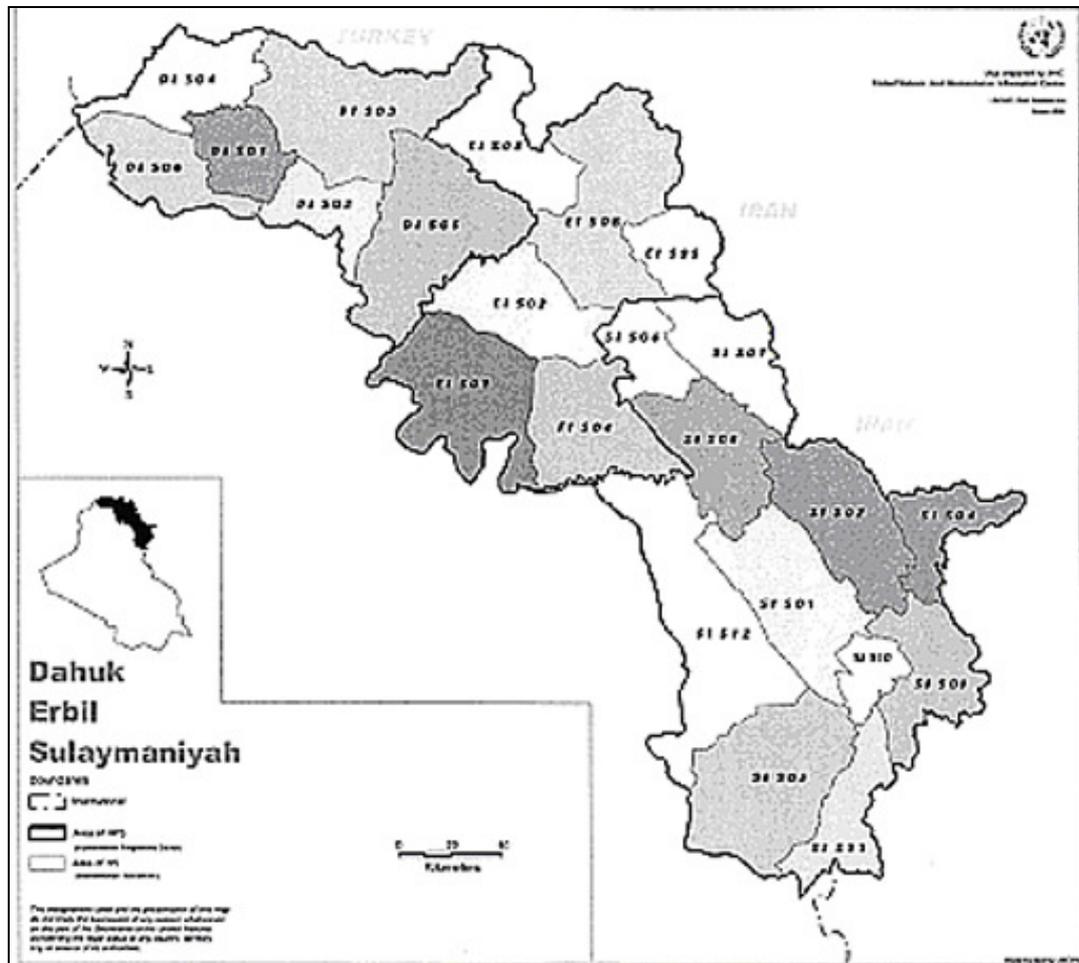
Die seit 1991 entstandene und faktisch autonome kurdische Regionalregierung ist mit der Duldung und z.T. Unterstützung der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich zu Stande gekommen. Das Interesse dieser Mächte an den irakischen Kurden entspringt strategischen Motiven und zeigt, dass die dortigen Kurden zu einer Macht geworden sind, der zumindest in der Doppelten Eindämmungspolitik der USA gegen den Iran und Saddam Husseins Irak eine nicht zu übersehende Bedeutung beigemessen wird. Dass die irakische Kurdenfrage bereits einen Hauch an Internationalität gewonnen hat, steht heute außer Zweifel. Dies darf aber den Blick auf die zwangsläufigen Auswirkungen der jetzigen Entwicklungen nicht verstellen. Das Gleichgewicht in der sensiblen Region im Orient ist mit dem Regimesturz in Bagdad empfindlich gestört.

Auch wenn sich gegenwärtig die Syrer und Iraner zurückhaltend geben und die Gefahr eines türkischen Einfalls in Irakisch-Kurdistan nach den zwischenzeitigen Verstimmungen zwischen Ankara und Washington nicht mehr akut sein mag, ist doch Vorsicht mit den nicht gerade kurdenfreundlichen Nachbarn Gebot der Stunde.

Wie sich die Dinge entwickeln, ist noch undurchsichtig. Fest steht aber, dass die irakischen Kurden erstmals in ihrer neuen Geschichte auf der Siegerseite stehen. Um diesen militärischen Sieg in einen politischen Erfolg umzuwandeln, müssen die Kurden in der völlig neuen Konstellation lokal, regional und international viel diplomatisches Geschick aufbringen.

Karte 9 Das kurdisch kontrollierte Gebiet

Quelle: United Nations Joint Humanitarian Information Center (JHIC), August 2002.



Literaturverzeichnis

Offizielle Publikationen

Völkerbund

League of Nations: **Question of the Frontier between Turkey and Iraq**, Report submitted to the Council by the Commission instituted by the Council Resolution of September 30th, 1924, C. 400. M. 147, Geneva 1925.

Société des Nations: **Journal Officiel**, VII^e Année. N° 2. Février 1926, VII^e Année. N° 4. Avril, 1926.

Großbritannien

Armenia and Kurdistan, Handbooks prepared under the direction of the historical section of the foreign office. No. 62, London 1920.

British Documents on the Origins of the War 1898-1914, ed. by G. P. Gooch/H. Temperley, Vol. IV: The Anglo-Russian Rapprochement 1903-7, London 1927 und Vol. X, Part II: The Last Years of Peace, London 1938.

Documents on British Foreign Policy 1919-1939, ed. by R. Butler/J. P.T. Bury, London, Vol. IV, 1952; Vol. VII, 1958; Vol. VIII, 1958 und Vol. XIII, 1963.

Peace Handbooks, Turkey in Asia (2), Vol XI, (62) Armenia and Kurdistan, (63) Mesopotamia, Issued by the Historical Section of the Foreign Office, London, 1920, 1973.

House of Commons/Great Britain, Account & Papers, Published by His Majesty's Stationery Office, Vol. 51, London 1920.

Parliamentary Debates, House of Commons, Vol. 127, Col. 622-664, dated March 25 1920.

Parliamentary Debates, House of Commons, Vol. XI., London 1921.

Parliamentary Debates, House of Commons, Vol. XVII., London 1922.

Parliamentary Debates, House of Lords, Vol. X., London 1920.

Report by His Britannic Majesty's Government on the Administration of 'Iraq for the Period April, 1923-December, 1924, Issued by the Colonial Office, London 1925.

Report by His Britannic Majesty's Government to the Council of the League of Nations on the Administration of 'Iraq for the Year 1925, Issued by the Colonial Office, London 1926.

Report by His Britannic Majesty's Government to the Council of the League of Nations on the Administration of 'Iraq for the Year 1926, Issued by the Colonial Office, London 1927.

Report by His Britannic Majesty's Government to the Council of the League of Nations on the Administration of 'Iraq for the Year 1927, Issued by the Colonial Office, London 1928.

Report by His Majesty's Government in the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the Council of the League of Nations on the Administration of 'Iraq for the Year 1930, Issued by the Colonial Office, London 1931.

Report by His Majesty's Government in the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the Council of the League of Nations on the Administration of 'Iraq for the Year 1931, Issued by the Colonial Office, London 1932.

Review of the Civil Administration of Mesopotamia, in: The House of Commons/Great Britain, Account & Papers, Published by His Majesty's Stationery Office, Vol. 51, London 1920, S. 911-1062.

Deutschland

Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871-1914, Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914. Sammlungen der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes, 14. Band: Weltpolitische Rivalitäten, Zweite Hälfte, Berlin 1914 und 37. Bd.: Entspannungen unter den Mächten 1912-1913 Erste und Zweite Hälfte, Berlin 1926.

Irak

Die Patriotische Regierung und das Problem im Norden (Arabisch), Bagdad 1965.

Die Prinzipien der Revolution vom 14. Juli in den Reden von Herrn General Abdul-Karim Kassem (Arabisch), Bagdad 1959.

The Weekly Gazette of the Republic of Iraq, published by the Ministry of Culture and Guidance - Bagdad, No. 3, 20th January 1965; No. 5, 3rd February 1965; No. 12, 24th March 1965; No. 31, 4th August 1965; No. 45, 10th November 1965.

Publikationen der offiziellen Irakischen Stellen

Das Memorandum der Regionalführung der Arabischsozialisten Baathpartei an die Demokratische Partei Kurdistans (Arabisch), Publikation der Botschaft der Republik Irak in Beirut, 23. November 1973.

Die 17.-Juli-Revolution in zwei Jahren (Arabisch), Publikation des Ministerium für Kultur und Öffentlichkeit, Bagdad 1970.

Die Charta der Nationalen Aktion und das Programm sowie die Arbeitsprinzipien der patriotischen, nationalen und progressiven Front. Publikationen des Informationsministerium, Dokumentationsreihen Nr.: 39, Bagdad 1973.

Die Charta der Nationalen Aktion, das Grundsatzprogramm und die Arbeitsprinzipien in der Patriotischen Nationalen Progressiven Front (Arabisch), Publikationen des Ministeriums für Öffentlichkeit, Bagdad 1973.

Die Wirtschaft des Irak, Entwicklung und Perspektiven 1958 - 1979 - 1980, Publikation des Ministeriums für Information der Republik Irak, Madrid 1978.

Hussein, Saddam: Das Herausfinden des Kerns der Sache, Die Regierung und das Volk, in: Auswahl, Bd. 4, Aussagen über aktuelle Angelegenheiten (Arabisch), Publikationen des Ministeriums für Öffentlichkeit, Bagdad, 1988, S. 161-168, 169-197.

Ders.: Der Baath, die Revolution und der Mensch, in: Auswahl, Bd. 10, Förderung von Menschen, Frauen und Jugend (Arabisch), Publikationen des Ministeriums für Öffentlichkeit, Bagdad, 1988, S. 45-148.

Ders.: Die verräterische Verschwörung, Eine erste Analyse und die daraus zu ziehenden Lehren, in: Auswahl, Bd. 4, Publikationen des Ministeriums für Öffentlichkeit, Bagdad 1988, S. 299-324.

Ders.: Eine Frontlinie oder zwei? In den Angelegenheiten der Patriotischen Front (Arabisch), 2. Aufl., Beirut 1978.

Ders.: Geburt der Märzdeklaration und das Gesetz der Autonomie, aus: Reden über die aktuellen Angelegenheiten, in: Auswahl, Bd. 4, Themen über die Revolution und die revolutionäre Arbeit (Arabisch), Publikationen des Ministeriums für Öffentlichkeit, Bagdad, 1988, S. 169-197,

Ders.: Das höchste Festhalten an Prinzipien, in: Auswahl, Bd. 3, Die Einheit und der Nationale Kampf (Arabisch), Publikationen des Ministeriums für Öffentlichkeit, Bagdad, 1988, S. 197-237.

Ders.: Meinungen und Einstellungen (Arabisch), Bd. 4, hrsg. von der Botschaft der Republik Irak, Beirut 1980.

Ders.: Meinungen und Einstellungen (Arabisch), Bd. 3, hrsg. von der Botschaft der Republik Irak, Beirut 1980.

Publikationen der regierenden Arabischen Sozialistischen Baathpartei

Arabische Sozialistische Ba'th Partei - Irakische Region: Der Politische Bericht, verabschiedet vom Achten Regionalen Kongress, Publikationen des Informationsministeriums der Republik Irak, o.O. 1974.

Al-Baath und die Einstellung zu den nationalen Minderheiten (Arabisch), Publikationen der Nationalen Führung der Arabischen Sozialistischen Baath Partei - Bildungsbüro, Bagdad 1974.

Diskussionen der Charta, Der Wortlaut der Charta der Nationalen Aktion (Arabisch), Ath-Thawra-Publikationen, Bagdad 1972.

Settlement of the Kurdish Problem in Iraq, Ath-thawra publications, Bagdad 1974.

Arabische Sozialistische Ba'ath Partei: Ausgewählte Reden des Präsidenten Ahmad Hassan Al-Bakr, Madrid 1978.

Iran

Die Verfassung der Islamischen Republik Iran, Ministerium der islamistischen Irschad (Persisch), o.J.

Weldani, Asgar Jaafar: Untersuchung der historischen irakisch-iranischen Grenz-Konflikte (Persisch), hrsg. vom Außenministerium der Islamischen Republik Iran, 2. Aufl., Teheran 1370 (1992).

Kurden

Abdulla, Ali: Die Geschichte der Demokratischen Partei Kurdistan-Irak bis zu ihrer dritten Konferenz (Arabisch), 2. Aufl., o.O. 1991.

Al-Barzani, Massud: Barzani und die kurdische Nationalbewegung (Arabisch), Bd. 1-2, Kawa-Publikationen, Beirut 1997.

Al-Jaf, Layla Namiq: Kirkuk, Historische Augenblicke (Arabisch), Khabat Publikationen, o.O. 1992.

Demokratische Partei Kurdistans - Das Vorbereitende Komitee: Einschätzung des Verlaufs der kurdischen Revolution, ihren Zusammenbruch und die daraus zu ziehenden Lehren (Arabisch), o.O. 1977.

Der Politische Bericht der Gründungskonferenz der Demokratischen Volkspartei Kurdistans, Die Revolutionäre Alternative in der Kurdischen Befreiungsbewegung, Vorgelegt von Sami Abdul-Rahman (Arabisch), o.O., 1981.

Dialog der Revolution mit der Regierung: Herausgegeben vom Politbüro der Patriotischen Union Kurdistan (Kurdisch), von der Auslandsabteilung der Patriotischen Union Kurdistan neu verlegt, o.O. 1985.

Hariri, Franswa: Damit die Geschichte nicht gefälscht verfasst wird (Kurdisch), Publikationen der DPK, Pirmam 1995.

Mustafa, Azad: Eine kurze Darstellung der Kurdistan-Front (Kurdisch), Publikationen von PASOK, o.O., 1988.

Shaweis, Nuri: Aus meinen Erinnerungen, hrsg. von der Demokratischen Volkspartei Kurdistan (Arabisch), o. O. 1985.

Shérif Pasha: Memorandum on the Claims of the Kurd People, Paris 1919.

Von Barzanis historischen Überlieferungen 1945-1958, Der historische Marsch in die Sowjetunion (Arabisch), hrsg. von der Presseabteilung des Politbüros der Demokratischen Partei Kurdistan-Irak, o.O. 1985.

Sekundärliteratur

Abdulghani, Jasim M.: Iraq & Iran - The Years of Crisis, London and Sydney 1984.

Adamson, David /**Fat-Hullah**, Georgis: Der Kurden-Krieg und die Spaltung von 1964 (Arabisch), Stockholm 1990.

Adamson, David: The Kurdish War, London 1964.

Ahmad, Kamal Mazhar: Blätter aus der modernen irakischen Geschichte, Analytische Studien (Arabisch), Bagdad 1987.

Ders.: Einige Blätter aus der Geschichte des kurdischen Volkes (Kurdisch), Bagdad 1985.

Ders.: Kurdistan während der Jahre des Ersten Weltkrieges (Kurdisch), Bagdad 1975.

Alam, Asadollah: The Shah and I, The Confidential Diary of Iran's Royal Court, 1969-1977, Introduced and Edited by Alinaghi Alikhani, translated into English bei Alinaghi Alikhani and Nicholas Incent, London/New York 1991.

Al-Baseer, Mohammad Mahdi: Die Geschichte der Irakischen Frage (Arabisch), 2. Auflage 1990 (1923).

Al-Barrak, Fadil: Mustafa al-Barzani, Die Legende und die Wahrheit (Arabisch), Bagdad 1989.

Al-Durra, Mahmoud: Der Kurden-Konflikt und die Arabische Nation in der Irakischen Schlacht (Arabisch), Beirut 1963.

Al-Fakiki, Hani: Nester der Niederlage, Meine Erfahrung in der Baathpartei des Irak (Arabisch), London 1993.

Al-Hajj, Aziz: Die Kurdenfrage in den zwanziger Jahren (Arabisch), Beirut 1984.

Al-Hasani, Abdul-Razzaq: Die Geschichte der irakischen Kabinette (Arabisch), 7. erw. Aufl., Bd. 1-10, Bagdad 1988.

Al-Jaf, Layla Namiq: Kirkuk, Historische Augenblicke (Arabisch), Khabat Publikationen, o.O. 1992.

Al-Nasiri, Abdul-Razzaq Ahmad: Nuri al-Said und seine Rolle in der irakischen Politik (Arabisch), Einsichtnahme von K. M. Ahmed, Bagdad 1988.

- Al-Said**, Ismet: Nuri al-Said, Staatsmann und der Mensch (Arabisch), London 1992.
- Al-Samanji**, Aziz Qadir: Die historische Geschichte der Turkmenen im Irak (Arabisch), Beirut/London 1999.
- Al-Samarai** Wafiq: Trümmer der östlichen Tür (Arabisch), Kuwait 1997.
- Al-Tikriti**, Barzan: Die Mordversuche an den Präsidenten Saddam Hussein (Arabisch), 2. Aufl. Bagdad 1982.
- Anon.:** Major Soane in Sulaimaniyah, in: Journal of the Royal Central Asian Society, Vol. X, London 1923, S. 145-148.
- Arfa**, Hassan: The Kurds, An Historical and Political Study, London 1966.
- Aschirian**, S. G.: Die Demokratische Nationalbewegung im Irakischen Kurdistan 1961-1968, Vom Russischen ins Arabische von Wilato übersetzt, Beirut 1978.
- Askandar**, Amir: Saddam Hussein, Ein Kämpfer, Denker und Mensch (Arabisch), o.O. 1980.
- Atiyyah**, Ghassan R.: Iraq: 1908-1921, A Socio-Political Study, Beirut 1973.
- Awni**, Durriya: Araber und Kurden, Streit oder Harmonie (Arabisch), Kairo 1993.
- Aziz**, Mohammad Hussein: Fünf Stunden mit Ibrahim Ahmad (Kurdisch), o.O., 1995.
- Aziz**, Namu: Kurdistan, Menschen. Geschichte. Kultur, Nürnberg 1992.
- Batatu**, Hanna: The Old Social Classes and the Revolutionary Movements of Iraq, A Study of Iraq's Old Landed and Commercial Classes and of its Communists, Ba'athists, and Free Officers, New Jersey 1978.
- Behrendt**, Günter: Nationalismus in Kurdistan, Hamburg 1993.
- Bell**, Gertrude: The Letters of Gertrude Bell. Selected and ed. by Lady Bell, D. B. E., Vol. 2, London 1927.
- Berner**, Wolfgang: Sowjetische Interessenpolitik und arabischer Nationalismus, in: Sowjetunion, Außenpolitik 1955-1973, hrsgg. von D. Geyer, Köln/Wien 1976, S. 620-624.
- Bruinessen**, Martin M. van: Agha, Scheich und Staat, Politik und Gesellschaft Kurdistans, Berlin 1989.
- Bulloch**, John/Harvey **Morris**: Saddams Krieg, Hamburg 1991.
- Chaliand**, Gerard: The Kurdish Tragedy, London, New Jersey, 1994.
- Chubin**, Shahram/**Zabih**, Sepehr: The Foreign Relations of Iran, A Developing State in a Zone of Great-Power Conflict, London u.a. 1974.
- Cohen**, Warren I.: The Cambridge History of American Foreign Relations, Vol. IV, America in the Age of Soviet Power, 1945-1991, New York 1995.
- Cox**, Major-General Sir Percy : Iraq, in: The Journal of the Royal Empire Society, Vol. XX, No. 3, London, March 1929, S. 132-144.
- Curzon**, George N.: Persia and the Persian question, 2nd impr., Vol. 2. London 1966 (1892).
- Dann**, Uriel: Iraq under Qassem, A Political History, 1958-1963, Jerusalem 1969.
- Ders.:** Irak under Qassem, A Political History, 1958-1963, Von G. Fat-Hullah ins Arabische übersetzt und die Fußnoten kommentiert, Bd. 1, o.O. 1989.
- Davenport**, E. H. /**Cooke**, Sidney Russell: The Oil Trusts & Anglo-American Relations, 2nd ed., London 1976 (1923).
- Denny**, Ludwell: Ölquellen / Kriegsquellen, Aus dem englischen *We fight for Oil* von F. v. Richetti übersetzt, Zürich/Leipzig 1930.
- Deschner**, Günther: Die Kurden, Das betrogene Volk, Bonn/Wien 1989.
- Die Kurdische Bewegung im neuen Zeitalter**, Jalili Jalil, Lazarev, Hasratian u.a., aus dem Russischen ins Arabische von Abdi Hajji, Beirut, 1992.
- Die Nationalen Werke von Sati Al-Husari (15):** Regionalismus, seine Wurzeln und Samen, Von A. S. Al-Husari (Arabisch), Sonderausg., Beirut 1985.
- Eagleton**, William Jr.: The Kurdish Republic of Muhabad, London 1963.
- Earle**, E. M.: Turkey, The Great Powers and the Baghdad Railway, A Study on Imperialism, London 1923.

- Edmonds**, C. J.: Kurds, Turks and Arabs, Politics, Travel and Research in North-Eastern Iraq 1919-1925, London/New York 1957.
- Ders.:** The Kurdish War in Iraq: A Plan for Peace, in: The Journal of the Royal Central Asian Society, Vol. LIV, London 1967, S. 10-23.
- Ders.:** The Kurdish war in Iraq: the constitutional background, in: The World Today, London, December 1968, S. 512-520.
- Ders.:** The Kurds and the Revolution in Iraq, in: The Middle East Journal, Vol. 13, No. 1, Washington 1959, S. 1-10.
- Emin**, Noshirwan Mustafa: Drehen im Kreis, Die inneren Ereignisse in Irakisch-Kurdistan 1984-1988 (Kurdisch), Berlin 1999.
- Ders.:** Fingers that crush each others, Political Events in Iraqi Kurdistan from 1978 to 1983 (Kurdisch), Berlin 1997.
- Ders.,** Noshirwan Mustafa: From the Danaube Shore to the Nawzang Valley, Political Events in Iraqi Kurdistan from 1975 to 1978 (Kurdisch), Berlin 1997.
- Encyclopedia of Modern Irak**, Arabic, English, Vol. 2, Editor: Kahlid A.M. al-Ani, Bagdad 1977.
- Eskander**, Saad: Britain's Policy in Southern Kurdistan: The Formation and the Termination of the First Kurdish Government, 1918-1919, in: British Journal of Middle Eastern Studies, Vol. 27 (2), London 2000, S. 139-163.
- Ders.:** Southern Kurdistan under Britain's Mesopotamian mandate: from separation to incorporation, 1920-23, in Middle Eastern Studies, Vol. 37 (2), Ilford 2001, 153-180.
- Farouk-Sluglett**, Marion/**Sluglett**, Peter: Der Irak seit 1958, Von der Revolution zur Diktatur, Aus dem Englischen von G. Brock, Baden-Baden 1991.
- Fat-Hullah**, Georgis: Der Irak unter der Ära Qassim, Meinungen und Erinnerungen 1958-1988 (Arabisch), Bd. 2, o.O. 1989.
- Ders.:** Ein Besuch in die nahe Vergangenheit (Arabisch), Stockholm 1998.
- Ders.:** Boykottierte Meinungen über die modernen irakischen Angelegenheiten (Arabisch), Stockholm 1994.
- Fawzi**, Ahmad: Wo liegt die Wahrheit über den Tod Abdul-Karim Kassems .. !!? (Arabisch), Bagdad 1990.
- Ders.:** Die bekanntesten politischen Ermordungen im Irak (Arabisch), Bagdad 1987.
- Fest des Friedens und das historische Manifest vom elften März** (Arabisch), hrsg. v. Kamal Mohammad Najib al-Ubeidi, 2. Aufl. 1. Teil. Bagdad 1970, 2. Aufl. 1. Teil. Bagdad 1970.
- Foreign Relations of the United States, 1958-1960**, Vol. XII, Near East Region; Iraq; Iran; Arabian Peninsula, Ed. by Edward C. Keefer, Washington 1993.
- Foster**, Henry A.: The Making of Modern Iraq, A Product of World Politics, Oklahoma 1935.
- Franz**, Erhard: Kurden und Kurdentum, Zeitgeschichte eines Volkes und seine Nationalbewegungen, Hamburg 1986.
- Fürtig**, Henner: Sechs Jahre irakisch-iranischer Krieg - eine Bilanz, in: Der Golfkrieg, Ursachen, Verlauf, Auswirkungen, Ausgewählte Texte, zusammengestellt und eingeleitet von Udo Steinbach, Hamburg, 1988, S. 61-69.
- Gallman**, Waldemar J.: Iraq under General Nuri, My Recollections of Nuri al-said 1954-1958, Baltimore 1964.
- Galtung**, Johann: Peace: Research, Education, Aktion, Essays in Peace Research, Vol. I, Kopenhagen 1975.
- Gavan**, S.S.: Kurdistan, Divided Nation of the Middle East, London 1958.
- Genocide in Iraq**, The Anfal Campaign Against the Kurds, A Middle East Watch Report, New York u.a. 1993.
- Ghareeb**, Edmund: The Kurdish Question in Iraq, New York 1981.
- Ghassemlou**, Abdul Rahman: Bericht über Iranisch-Kurdistan, in: Kurdistan und die Kurden, Bd. 1, hrsg. von Gérard Chaliand, Berlin 1984, S. 183-228.
- Gilbert**, Martin: First World War Atlas, introduction by Field-Marshal Montgomery, London 1970.

- Haikal**, Mohammad Hasaneen: Der dreißigjährige Krieg, Die Jahre des Aufbruchs (Arabisch), Bd. 1, Kairo 1988.
- Ders.:** Die Explosion von 1967, Der dreißigjährige Krieg (Arabisch), Kairo 1990.
- Ders.:** Ein neuer Besuch in der Geschichte (Arabisch), 6. Aufl., Beirut 1987.
- Hajjar**, George: Die Kurdenfrage (Arabisch), Beirut, 1975.
- Haldane**, A. L.: The Insurrection Mesopotamia 1920, Edinburgh 1922.
- Hall**, H. Duncan: Mandates, Dependencies and Trusteeship, Washington 1948.
- Hamdi**, Welid: Die Kurden und Kurdistan in den britischen Dokumenten, Eine historisch dokumentarische Studie (Arabisch), o.O. 1992.
- Haraldsson**, Erlendur: Land im Aufstand ... Kurdistan, Hamburg 1966.
- Hauser**, Hans: Die Kurden, Stiefsöhne Allahs, Frankfurt a. M. 1990.
- Hawar**, M.R.: Der Leader Shaikh Mahmud and der Südlichen Staat von Kurdistan (Kurdisch), London 1991.
- Hay**, William Rupret: Two Years in Kurdistan, London 1921.
- Hilmi**, Rafiq: Memoiren, Irakisch-Kurdistan und die Erhebungen Shaikh Mahmuds (Kurdisch), Bd. 1 und 2, Bagdad 1956 und 1957.
- Hoepli**, Henry U.: England im Nahen Osten, Das Königreich Irak und die Mossulfrage, Erlangen 1931.
- Hoetzsch**, Otto: Rußland in Asien, Geschichte einer Expansion, Stuttgart 1966.
- Hottinger**, Arnold: Der Kampf der irakischen Kurden um die Autonomie 1965, in: Europa-Archiv, Folge 12, Bonn 1965, S. 465-475.
- Ders.:** Kairo, Damaskus, Bagdad im labilen Gleichgewicht, Ein weiteres Jahr erfolgloser Einheitsbestrebungen, in: Europa-Archiv, Folge 16, Bonn 1964, S. 595-604.
- Ders.:** Die Kurden im inneren und äußeren Kampf, in: Der Golfkrieg, Ursachen, Verlauf, Auswirkungen, Ausgewählte Texte, zusammengestellt und eingeleitet von Udo Steinbach, Hamburg 1988, S. 153-162.
- Hünseler**, Peter: Der Irak und sein Konflikt mit Iran (Das regionale Umfeld), in: Der Golfkrieg, Ursachen, Verlauf, Auswirkungen, Ausgewählte Texte, zusammengestellt und eingeleitet von Udo Steinbach, Hamburg, 1988, S. 71-84.
- Hussein**, Adel: Iraq: The Enternal Fire 1972 Iraqi Oil Nationalisation in Perspective, Translated from the Arabic by A-W. Lu'lu'a, London 1981.
- Hussein**, Fadil: Das Mossul-Problem, Eine Studie über die englische, irakische und türkische Diplomatie und die öffentliche Meinung (Arabisch), Bagdad 1955.
- Hussein**, Khalil Ibrahim: Die Enzyklopädie des 14. Juli, Nr. 7, Das unerschlossene Rätsel, Abdul-Karim Kasseem, Der Aufstieg (Arabisch), Bagdad 1990.
- Hussein**, Saddam: Der Unabhängigkeitskampf und die Weltpolitik (Arabisch), Bagdad 1978.
- Huwedi**, Amin: Ich war Botschafter im Irak 1963-1965 (Arabisch), Kairo 1983.
- Ibrahim**, Ferhad: Demokratie für den Irak, Autonomie für die Kurden, Die Patriotische Union Kurdistan und ihr Führer Jalal Talabani, in: Die kurdische Tragödie. Die Kurden - verfolgt im eigenen Land. Hrsgg von B. Nirumand. Hamburg 1991. S. 97-110.
- Ders.:** Die kurdische Nationalbewegung im Irak, Eine Fallstudie zur Problematik ethnischer Konflikte in der Dritten Welt, Berlin 1983.
- Ireland**, Philip Willard: 'Iraq, A Study in Political Development, 2nd ed., London 1970 (1937).
- Izady**, Mehrdad R.: The Kurds, A Concise Handbook, Washington/London 1992.
- Jalaiepoor**, Hamid Reza: Kurdistan: Causes for the Continuation of Its Crisis Following the Islamic Revolution (1358-1370) (Persisch), Teheran 1993.
- Jalili**, Jalil: Der Aufstand der Kurden im Jahr 1880, aus dem Russischen ins Kurdische von Kaws Qaftan, Bagdad 1987.
- Jamil**, Hussein: Der Irak, Politische Aussagen 1908-1930 (Arabisch), London 1987.
- Jawad**, Sa'ad: Iraq & the Kurdish Question, 1958-1970, London 1981.
- Junker**, Detlef: Von der Weltmacht zur Supermacht, Amerikanische Außenpolitik im 20. Jahrhundert, Mannheim u.a. 1995.

- Karadaghi**, Kamaran: The Two Gulf Wars: The Kurds on the World Stage, 1979-1992, in: A People without a Country, The Kurds & Kurdistan, edited by Gerard Chaliand, New York, 1993, S. 214-230.
- Karsh**, Efraim /**Rautsi**, Inari: Saddam Hussein, A Political Biography, London u.a. 1991.
- Kelidar**, A.: Iraq: The Search for Stability, in: Conflict Studies, Nr. 59, Juli 1975, S. 3-22.
- Kendal**: Türkisch Kurdistan, in: Kurdistan und die Kurden, Bd. 1, hrsg. von Gérard Chaliand, Berlin 1984, S. 82-182.
- Khadduri**, Majid: Socialist Iraq, A Study in Iraqi Politics Since 1968, Washington 1978,
- Ders.:** Independent Iraq 1932-1958, A Study in Iraqi Politics, 2nd rev. ed., London 1960.
- Ders.:** Republican 'Iraq, A Study in 'Iraqi Politics Since the Revolution of 1958, London u.a. 1969.
- Khalil**, Fadel: Kurden heute, 2., aktu. u. korr. Aufl., Wien/Zürich 1990.
- Khawaje**, Ahmad: Was ich gesehen habe; Die Aufstände vom großen Shaikh Mahmud (Kurdisch), Bd. 1, Bagdad 1968, Bd. 2, Sulaimani 1969, Bd. 3 Sulaimani 1970.
- Kinnane**, Derk: The Kurds and Kurdistan, London/New York 1964.
- Klieman**, Aaron S.: Foundations of British Policy in the Arab World: The Cairo Conference of 1921, London 1970.
- Kluge**, Hans: Das Königreich Irak, Ein Beitrag zum Völkerrecht und Völkerbündrecht, Leipzig 1934.
- Küchler**, Hannelore: Öffentliche Meinung, Eine theoretisch-methodologische Betrachtung und eine exemplarische Untersuchung zum Selbstverständnis der Kurden, Berlin 1978.
- Kutschera**, Chris: Le Mouvement National Kurde, Paris 1979.
- LaFeber**, Walter: America, Russia, and the Cold War 1945-1980, 4. ed., New York u.a. 1980 (1967).
- Lazarev**, M. C.: Die Kurdenfrage (1917-1923) (Arabisch), Aus dem Rußischen ins Arabische von Abdi Hajji übersetzt, Beirut 1991.
- Lees**, G. M.: Two Years in South Kurdistan, in: Journal of the Royal Central Asian Society, Vol. 15, London 1928, S. 253-277.
- Lenzowski**, George: The Middle East in World Affairs, 3rd ed., New York 1962 (1952).
- Lerch**, Wolfgang Günter: Der Golfkrieg, Ereignisse, Gestalten, Hintergründe, München 1988.
- Lloyd George**, David: The Truth about the peace Treaties, Vol. I and II, London 1938.
- Ders.:** War Memoirs, Vol. V, London 1936.
- Longrigg**, Stephen Hemsley: 'Iraq, 1900 to 1950, A Political, Social, and Economic History, 2nd impr., London 1956 (1953).
- Ders.:** Four Centuries of Modern Iraq, Oxford 1925.
- Ders.:** Oil in the Middle East, Its discovery and development, 2nd impr., London/New York 1955 (1954).
- Lowe**, C. J./**Dockrill**, M. L.: The Mirage of Power, Vol. 1-3, London/Boston 1972.
- Lukitz**, Liora: Axioms Reconsidered: The Rethinking of British Strategic Policy in Iraq during the 1930s, in: Britain and the Middle East in the 1930s, Security Problems, 1935-39, ed. by M. J. Cohen/M. Kolinsky, New York 1992, S. 113-127.
- Main**, E.: Iraq from Mandate to Independence, London 1935.
- Mardan**, Jemal Mustafa: Abdul-Karim Kassem, Der Anfang und Sturz (Arabisch), Bagdad 1989.
- Marloh**, J.: Late Victorian, The Life of Sir Arnold Talbot Wilson, Bd. 2, London 1967.
- Matar**, Fuad: Saddam Hussein, Der Mensch, die Frage und die Zukunft (Arabisch), Beirut 1980
- Maull**, Hanns: Regionaler Konflikt oder Wer hat am Golf das Sagen? Politische und militärische Perspektiven des Golfkrieges, in: Der Golfkrieg, Ursachen, Verlauf, Auswirkungen, Ausgewählte Texte, zusammengestellt und eingeleitet von Udo Steinbach, Hamburg, 1988, S. 111-127.
- Mauriès**, René: Le Kurdistan ou la Mort, Paris 1967.
- Mayer**, F.: Weltatlas Erdöl und Erdgas, 2. Aufl. 1976 (1966).
- McDowall**, David: A Modern History of the Kurds, London / New York 1996.

- McLachlan**, Keith: Analyses if the Risks of War: Iran-Iraq Discord, 1979-1980, in: The Iran-Iraq War, The Politics of Aggression, edited by Farhang Rajaee, Florida 1993, S. 24-31.
- Memoiren aus Kurdistan**, Erinnerungen von Shaikh Raaouf Diyaai von den Geschehnissen der Präsenz der Russen, Briten und Osmanen und die inneren Unruhen, angefertigt mit Unterstützung von Omar Farouqi (Persisch), Uromia, 1347, S. 92-93.
- Middle East Record**, Jerusalem, Vol. 1, 1960; Vol. 2, 1961; Vol. 3, 1967; Vol. 4, 1968.
- Minorsky**, V.: Kurden, in: Enzyklopaedie des Islam, Leipzig 1927, S. 1212 -1240.
- Mohammad**, Massud: Die Reise meines Lebens (Kurdisch), Stockholm 1992.
- Möller**, Harald: Der Krieg Irak-Iran, 1980-88, Berlin 1995.
- Moltke**, Helmuth v.: Unter dem Halbmond, Erlebnisse in der alten Türkei 1835-39, Stuttgart 1979.
- Mustafa**, Azad: Eine kurze Darstellung der Kurdistan-Front (Kurdisch), o.O., 1988.
- Naamani**, Israel T.: The Kurdish Drive for Self-Determination, in: The Middle East Journal, Vol. 20, No. 3, Washington 1966, S. 279-295.
- Naanaa**, Hamida: Tariq Aziz .. Mensch und Frage (Arabisch), Beirut 2000.
- Nazdar**, Mustafa: Die Kurden in Syrien, in: Kurdistan und die Kurden, Bd. 1, hrsg. von Gérard Chaliand, Berlin 1984, S. 395-412.
- Nebez**, Jemal-eddin: Der kurdische Fürst Mîr Muhammed-î Rawândizî genannt Mîr-î Kôra im Spiegel der Morgenländischen und Abendländischen Zeugnisse, Ein Beitrag zur kurdischen Geschichte, Hamburg 1970.
- Ders.:** Kurdistan und seine Revolution, München 1972.
- Ders.:** Die Gegenwart und Zukunft der kurdischen Nation im Feuer des irakisch-iranischen Krieges (Kurdisch), Stockholm 1989.
- Nevakivi**, Jukka: Britain, France and the Arab Middle East 1914-1920, London 1969.
- Nieme**, Kadim: König Faisal I, die Engländer und die Unabhängigkeit (Arabisch), Beirut 1988.
- Niemetz**, Alexander: Brennpunkt Nahost, München 1991.
- Nirumand**, Bahman (Hg.): Die kurdische Tragödie, Die Kurden - verfolgt im eigenen Land, Hamburg 1991.
- O'Ballance**, Edgar: The Kurdish Revolt: 1961-1970, London 1973.
- Olson**, Robert: The Kurdish Question and Turkish-Iranian Relations, From World War I to 1998, California 1998.
- Pahlawi**, Mohammed Raza: Antwort an die Geschichte (Persisch), o.O. 1366 (1987).
- Parsadost**, Manuchahr: Die historischen Wurzeln der Konflikte des Iran und Irak (Persisch), Teheran 1369.
- Parfit**, J. T.: Mesopotamia: The Key to the Future, London/New York 1917.
- Pejman**, Issa: Die Kurden und Kurdistan, 4. Bd.: Politik, 2. Aufl., Paris 1995 (1992).
- Primakov**, Evguéni: Missions à Bagdad, Histoire d'une négociation secrète, Paris 1991.
- Putzger** Historischer Weltatlas, Berlin 1991.
- Ramazani**, Rouhollah K.: Iran's Foreign Policy 1941-1973, A Study of Foreign Policy in Modernizing Nations, Virginia 1975.
- Randal**, Jonathan C: After such knowledge, what forgiveness? My Encounters with Kurdistan Randal, Colorado/Oxford 1999.
- Rashow**, Khalil J.: The Movement of National Liberation in Southern Kurdistan. From the World War II to 1968. "Opinions and Treatments". Spanga 1994.
- Rasoul**, Fadil: Großmachtpolitik und Freiheitskampf, Kurdistan und die sowjetische Nahost-Politik, Wien 1988.
- Rasull**, R.: Einige Blätter von der Geschichte des Kampfes des kurdischen Volkes, Ereignisse und Dokumente, 1982-1990, (Kurdisch) Bd. 1-3, o.O. 1991, 1992 und 1994.
- Robins**, Philip: Turkey and the Middle East, 1993.
- Sajadi**, Alaadin: Die Geschichte der kurdischen Erhebungen, 2. Aufl., Saqiz 1996 (1959).
- Saggs**, Henry William Freserick: Kindlers Kulturgeschichte, Mesopotamien, Assyrer, Babylonien, Sumerer, 1966.

- Shwadran**, Benjamin: *The Middle East, Oil and the Great Powers*, 3ed ed., rev., & enl., New York/Toronto, 1973.
- Schlumberger**, Hella: *Kurdische Reise, Aus dem Leben eines bedrohten Volkes*, München 1989.
- Schmidt**, Dana Adams: *Journey among Brave Men*, Bosten 1964.
- Ders.:** Recent Developments in the Kurdish War, in: *Journal of the Royal Central Asian Society*, Vol. LIII, London 1966, S. 23-31.
- Schulze-Gaevernitz**, G. v.: *Britischer Imperialismus und englischer Freihandel zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts*, Leipzig 1906.
- Sciolino**, Elaine: *The Outlaw State, Saddam Hussein's Quest for Power an the Gulf Crisis*, New York 1992.
- Soane**, E. B.: *Evacuation of Kurdistan: An Ill-fated Expedition*, in: *Journal of the Royal Central Asian Society*, Jg. 10, Heft 1, London 1923, S. 73-74.
- Scott**, James Brown: *Official Statement of War Aims and Peace Proposals, December 1916 to November 1918*, Washington 1921.
- Sharif**, Issam A.: *Die irakischen Kurden, Tragödie eines Volkes*, Wien 1991.
- Sinjari**, Ali: *Die Kurdische Befreiungsbewegung, Einstellungen und Meinungen (Arabisch)*. Duhok 1997.
- Sitte**, Franz: *Ich war bei den Kurden*, Graz/Wien 1980.
- Soane**, E. B.: *To Mesopotamia and Kurdistan in Disguise*, London 1912.
- Steinbach**, Udo: *Das Ende des Golfkrieges*, in: *Nahost Jahrbuch 1988*, hrsg. vom Deutschen Orient-Institut, Opladen 1989, S. 187- 192.
- Ders.:** *Der Golfkrieg im Konfliktfeld des Nahen und Mittleren Ostens*, in: *Der Golfkrieg, Ursachen, Verlauf, Auswirkungen, Ausgewählte Texte, zusammengestellt und eingeleitet von Udo Steinbach*, Hamburg, 1988, S. 9-24.
- Ders.:** *Die Entwicklung des Golfkrieges 1987*, in: *Nahost Jahrbuch 1987*, hrsg. vom Deutschen Orient-Institut, Opladen 1988, S. 183-192.
- Talabani**, Jalal: *Der politische Bericht, Bestätigt von der Ersten Generalversammlung der Patriotischen Union Kurdistan 27.1. - 4.2.1992 (Kurdisch)*, o.O. 1992.
- Ders.:** *Kurdistan und Kurdische Nationalbewegung (Arabisch)*, 2. erw. u. korr. Aufl., Beirut 1971.
- Talabany**, Nouri: *Meine Erinnerungen mit Shaikh Ahmad Barzani (Kurdisch)*, in: *Malband*, Nr. 86, August 1998.
- Ders.:** *Die Region Kirkuk und die Versuche zur Änderung ihrer nationalen Realitäten (Arabisch)*, London 1999, 2. Aufl. 2000.
- Tarbush**, Mohammad: *The role of the military in politics, A case study of Iraq to 1941*, London 1982.
- Tehrani**, Ibrahim Anvari: *Iraqi Attitudes and Interpretation of the 1975 Agreement*, in: *The Iran-Iraq War, The Politics of Aggression*, edited by Farhang Rajaei, Florida 1993, S. 11-23.
- The Pike Report**, CIA, Nottingham 1977.
- Teichmann**, D.: *Irak: Wachsende Schwierigkeiten für die Ba'thisten*, hrsg. von der Abteilung der Deutschen Welle, Köln, 17. Dezember 1971.
- Temperley**, H. W. V.: *A History of the Peace Conference of Paris*, Vol. VI, London 1924.
- Topf**, Erich: *Die Staatenbildungen in den arabischen Teilen der Türkei seit dem Weltkriege nach Entstehung, Bedeutung und Lebensfähigkeit*, Hamburg 1929.
- Taqe**, Jalal: *Der Kampf des kurdischen Volkes in den Memoiren von Ahmad Taqe (Kurdisch)*, Bagdad 1970.
- Toynbee**, Arnold J.: *Angora and the British Empire in the East*, in: *The Contemporary Review*, Nr. 680, London 1923, S. 680-691.
- Ders.:** *Survey of International Affairs*, Vol. 1, *The Islamic World since the Peace Settlement*, London 1925.
- Trevelyan**, Humphrey: *The Middle East in Revolution*, London 1970.

Türkische Außenpolitik mit Fakten, hrsg. von M. Gönlübol u.a., Bd. 1: 1919-1973 (Türkisch), Ankara 1982.

Vanly, Ismet Chériff: Kurdistan im Irak, in: Kurdistan und die Kurden, hrsgg. von Gérard Chaliand, Bd. 1, Göttingen/Wien 1988, S. 259-394.

Ders.: La question nationale du Kurdistan irakien, Etude de la Révolution de 1961, Neuchatel 1970.

Völkermord an den Kurden, Eine Dokumentation der Gesellschaft für bedrohte Völker, Frankfurt a.M. 1991.

Wenner, Lettie M.: Arab-Kurdish Rivalries in Iraq, in: The Middle East Journal, Vol. 17, No. 1 & 2, Washington 1963, S. 68-82.

Wheeler, Geoffrey: Sovjet interests in Iran, Iraq and Turkey, in: The World Today, London, May 1968, S. 197-203.

Wilson, Arnold T.: Mesopotamia, 1917-1920, A Clash of Loyalties, A Personal and Historical Record, London 1931.

Wimmer, Michael/Joachim Spiering/Bernhard Michalowski: Brennpunkt: Die Kurden. Ein Volk kämpft um das Überleben. Hintergründe. Geschichte. Analysen. München 1991.

Wirth, Eugen: Irak und seine Nachbarn, in: Die Golfregion in der Weltpolitik, herausg von Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart u.a. 1991, 21-37.

Woyke, Wichard: Prägende Konflikte nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Handwörterbuch Internationale Politik, herausg. von Wichard Woyke, 7. aktu. Aufl. Bonn 1998, S. 346-354.

Wulf, Herbert: Waffenexport aus Deutschland, Geschäfte mit dem fernen Tod, Hamburg 1989.

Zerbakht, M: Von Irakisch-Kurdistan bis zum anderen Ufer des Ares Flusses, Der historische Marsch Mulla Mustafa Barzanis, 1326 (Persisch), Teheran 1376 (...).

Zubaida, Sami: Community, Class and Minorities in Iraqi Politics, in: The Iraqi Revolution of 1958, ed. by R. A. Fernea/W. R. Louis, London/New York 1991, S. 197-210.

Zeitungen

Al-Hawadith

Al-Wasat

An-Nahar

Archiv der Gegenwart

As-Safeer

Baseler Nachrichten

Christ und Welt

Der Bund

Der Spiegel

Deutsche Tagespost

Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

Die Presse

Die Welt

Die Weltwoche

Die Zeit

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Frankfurter Neue Presse

Guardian

Handelsblatt

Industrie-Kurier

Kölner Stadt-Anzeiger.

Le Monde

Mannheimer Morgen

Münchener Merkur

National-Zeitung

Neue Zürcher Zeitung

Neues Deutschland

New York Herald Tribune

New York Times

Newsweek

Rheinischer Merkur

Saarbrücker Zeitung
Stuttgarter Nachrichten
Süddeutsche Zeitung
Tagesanzeiger
Tat
The Financial Times
The Times
The Washington Post
Weser Kurier

